



Energiewende und Bürgerproteste

Eine Untersuchung der Kommunikation von Bürgerinitiativen im Themenfeld Netzausbau

Marco Bräuer



Marco Bräuer

Energiewende und Bürgerproteste

**Eine Untersuchung der Kommunikation von Bürgerinitiativen im
Themenfeld Netzausbau**

NEU - Nachhaltigkeits-, Energie- und Umweltkommunikation

Herausgegeben von

Prof. Jens Wolling (Technische Universität Ilmenau),
Prof. Heinz Bonfadelli (Universität Zürich),
Prof. Mike Schäfer (Universität Zürich) und
Prof. Oliver Quiring (Universität Mainz)

Band 4

Das Themenfeld Nachhaltigkeit, Energie und Umwelt stellt Gesellschaften weltweit vor Herausforderungen. Wie sich Umweltprobleme erfolgreich angehen lassen, wie Energiegewinnung und -nutzung bestmöglich realisiert und auf welche Weise diese Prozesse nachhaltig gestaltet werden können, wird von Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Zivilgesellschaft kontrovers diskutiert. Welche Interessen sich dabei durchsetzen und wie Entscheidungen ausfallen, hängt wesentlich davon ab, wie diese Themen öffentlich kommuniziert werden. Daher ist die Erforschung dieser Kommunikationsprozesse – ihrer Entstehungsbedingungen, ihrer Ausgestaltung und ihrer Wirkung – von großer Bedeutung.

Die Reihe Nachhaltigkeits-, Energie- und Umweltkommunikation (NEU) bietet allen in diesem noch jungen Forschungsfeld arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine Plattform zur Veröffentlichung ihrer Forschungsergebnisse. Sie bündelt einschlägige Arbeiten, erhöht so ihre Sichtbarkeit und ermöglicht einen intensivierten Austausch über ein zukunftssträchtiges Forschungsfeld.

Darüber hinaus leistet die Reihe einen Beitrag dazu, Open-Access-Formate stärker in der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft zu etablieren. Die Bücher der Reihe erscheinen sowohl online als auch offline. Sie sind damit für alle Interessierten sofort, einfach und kostenlos zugänglich. Zugleich sichert ein erfahrenes Herausgebergremium die Qualität der erscheinenden Arbeiten.

Energiewende und Bürgerproteste

Eine Untersuchung der Kommunikation von
Bürgerinitiativen im Themenfeld Netzausbau

Marco Bräuer



Universitätsverlag Ilmenau
2017

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Diese Arbeit hat der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Medien der Technischen Universität Ilmenau als Dissertation vorgelegen.

Tag der Einreichung: 30.11.2015
1. Gutachter: Prof. Dr. Jens Wolling
(Technische Universität Ilmenau)
2. Gutachter: Prof. Dr. Jeffrey Wimmer
(Technische Universität Ilmenau)
3. Gutachter: Prof. Dr. Mike Schäfer
(Universität Zürich)
Tag der Verteidigung: 29.03.2016

Technische Universität Ilmenau/Universitätsbibliothek
Universitätsverlag Ilmenau
Postfach 10 05 65
98684 Ilmenau
www.tu-ilmenau.de/universitaetsverlag

readbox unipress
in der readbox publishing GmbH
Am Hawerkamp 31
48155 Münster
<http://unipress.readbox.net>

ISSN 2197-6937

ISBN 978-3-86360-152-2 (Druckausgabe)

URN urn:nbn:de:gbv:ilm1-2016000757

Coverbilder:

1. Strommasten: David Iliff. CC-BY-SA 3.0
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wind_Turbines_and_Power_Lines,_East_Sussex,_England_-_April_2009.jpg)
 2. Dorf: Sally Remington
 3. Protestbanner: Marco Bräuer
 4. Landschaft mit Brücke: Sally Remington
- Collage: Caroline Jacobi, Sally Remington und Victor Valles
Logo: Iwanja Wolling

Zusammenfassung

Der Ausbau des deutschen Höchstspannungsnetzes hat in den letzten Jahren in vielen der betroffenen Regionen zu einem starken Unbehagen in der Bevölkerung geführt. Öffentlich wahrnehmbar wird dieser Unmut durch Bürgerproteste. In den meisten Fällen sind Bürgerinitiativen die Hauptträger dieser Proteste. Da Bürgerinitiativen aus der politischen Peripherie heraus agieren, sind sie darauf angewiesen ihre Interessen öffentlich zu kommunizieren, um Druck auf das politische sowie administrative Entscheidungssystem auszuüben. Dabei können sie einerseits Zugang zu den Massenmedien suchen, andererseits haben sie auch die Möglichkeit, eigene Medien herzustellen (z.B. Flyer, Plakate oder Social Media-Auftritte) und Veranstaltungen zu organisieren (z.B. Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen).

Theoretischer Ausgangspunkt der Arbeit sind die Theorien sozialer Bewegungen sowie die Theorie der Öffentlichkeit als intermediäres System. Die theoretische Auseinandersetzung mündet in die Entwicklung eines Erklärungsmodells der Wahl der Protestrepertoires durch Bürgerinitiativen. Da der Untersuchungsgegenstand Bürgerinitiative bislang kaum empirisch untersucht wurde, wurden im Rahmen der Arbeit insgesamt acht Fallstudien mit Bürgerinitiativen im Themenfeld „Ausbau des deutschen Höchstspannungsnetzes“ durchgeführt.

Die Ergebnisse zeigen, dass die untersuchten Bürgerinitiativen planvoll vorgehen. Sie beobachteten den politischen sowie medialen Diskurs und auch die Reaktionen, die sie aus der Bevölkerung erhalten und entwickelten aktiv Problemdeutungen und Lösungsvorschläge. Auch wenn die institutionellen Abläufe sowie die Handlungen der einzelnen Politikerinnen und Politiker kritisiert werden, bleibt das politische System der Hauptansprechpartner und markiert den Rahmen, in dem sich die Bürgerinitiativen bewegen. Auch das System der Massenmedien wird grundsätzlich anerkannt. Kritisiert wird jedoch, dass den Anliegen der Bürgerinitiativen häufig zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Darüber hinaus wird einzelnen Journalistinnen und Journalisten Unkenntnis und eine negative Tendenz unterstellt. Die intensive Herstellung von eigenen Formen der Öffentlichkeit durch die Bürgerinitiativen, seien es Veranstaltungsöffentlichkeit oder die verschiedenen Formen der Entwicklung eigener Bürgerinitiativ-Medien sind jedoch nicht primäre Reaktionen auf die beobachteten Fehlleistungen der Massenmedien. Vielmehr sind diese in der tiefen Verwurzelung der Bürgerinitiativ-Mitglieder in kommunalen und regionalen Kommunikationsstrukturen begründet. Die Arbeit schließt mit Empfehlungen für die Verbesserung der Kommunikation und Partizipation im Rahmen des Netzausbaus.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| Zusammenfassung | 5 |
| Inhaltsverzeichnis | 7 |
| Danksagung | 9 |
| Einleitung | 11 |
| 1 Der Untersuchungsgegenstand | 19 |
| 1.1 Definitionselemente und Abgrenzung..... | 24 |
| 1.2 Erscheinungs- und Organisationsformen | 28 |
| 1.3 Handlungsfelder | 32 |
| 1.4 Protestformen | 32 |
| 1.5 Zusammenfassung und Schlussfolgerung aus der Bürgerinitiativforschung | 35 |
| 2 Theoretische Einordnung des Untersuchungsgegenstandes | 39 |
| 2.1 Die Theorie der Ressourcenmobilisierung..... | 43 |
| 2.2 Die Theorie der Gelegenheitsstrukturen..... | 69 |
| 2.3 Die Theorie des Framing und kollektiver Identitäten | 83 |
| 2.4 Die Theorie die Öffentlichkeit als intermediäres System | 95 |
| 2.5 Zusammenfassung und Fazit der theoretischen und empirischen Befunde | 120 |
| 3 Zusammenführung in ein theoretisches Erklärungsmodell | 123 |
| 3.1 Funktion und Charakter des Modells | 123 |
| 3.2 Dimensionen des Modells | 125 |
| 4 Untersuchungsdesign und Methoden | 133 |
| 4.1 Fallstudien | 133 |
| 4.2 Auswahl des Untersuchungsfeldes..... | 136 |
| 4.3 Untersuchungsdesign | 138 |
| 5 Ergebnisse | 153 |
| 5.1 Ergebnisse der Orientierungsphasen: Das Konfliktfeld | 153 |
| 5.2 Ergebnisse der Fallstudien | 165 |
| 5.3 Gemeinsame Betrachtung der Fallstudien..... | 256 |

| | | |
|----------|--|------------|
| 6 | Zusammenfassung und Schlussfolgerungen..... | 289 |
| 6.1 | Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse | 289 |
| 6.2 | Schlussfolgerungen für die Praxis | 299 |
| | Literaturverzeichnis..... | 303 |
| | Abbildungsverzeichnis | 319 |
| | Tabellenverzeichnis | 320 |
| | Anhang: Interviewleitfaden..... | 321 |

Danksagung

Mein erster und größter Dank gilt meinem Doktorvater Jens Wolling. Ich erinnere mich noch ganz genau an unser erstes Gespräch über mein Dissertationsvorhaben. Von diesem Zeitpunkt an bis hin zu den letzten Schritten hast du meine Arbeit unterstützt. In den Zeiten, in denen ich nicht den geraden Weg ging, hast du mich motiviert am Ball zu bleiben. Deine Tür war immer offen. Nach jedem Treffen konnte ich mich mit neuen Erkenntnissen und mit neuer Motivation wieder an den Schreibtisch setzen.

Besonders danke ich meinen Kolleginnen vom Fachgebiet Empirische Medienforschung und politische Kommunikation: Imke Hoppe, Dorothee Arlt und Christina Schumann. Ich wüsste nicht, wie ich ohne den fachlichen Austausch, eure Kritik und eure Unterstützung durchgehalten hätte. Jeffrey Wimmer danke ich für die vielen inhaltlichen Impulse, die er mir über die Jahre gegeben hat. Nicht zuletzt gilt Katrin Jungnickel und Patricia Müller mein Dank. Ihr habt dort kritisch nachgehakt, wo ich mir schon allzu sicher war.

Schließlich danke ich meinen Eltern, Kunibertus und Monika Bräuer, dafür, dass sie über die ganze Zeit hinweg nicht die Geduld mit mir verloren haben. Ihr habt mich auf Kurs gebracht. Und last but not least möchte ich dir danken, liebe Sabine. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, wie ich das hier ohne dich je hingekriegt hätte.

Die Fallstudien hätte ich nicht ohne die aktive Unterstützung durch die vielen Mitglieder der Bürgerinitiativen durchführen können. Sie haben sich viel Zeit genommen für die vorbereitenden Gespräche und schließlich für die Interviews. Darüber hinaus haben sie mich an ihren Mitgliederversammlungen teilnehmen lassen und haben mir viele Dokumente zur Verfügung gestellt. Das ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Die Feldforschung war somit eine ganz besondere Zeit in meinem akademischen Leben. Ich danke Ihnen dafür von ganzem Herzen!

Einleitung

Für viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ist klar: Für den Erfolg der Energiewende sind neue Höchstspannungsleitungen notwendig. Doch sind nicht alle dieser Meinung: Im Oktober des Jahres 2014 bekräftigte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer seine Forderung nach einem Moratorium des Ausbaus des deutschen Höchstspannungsnetzes. Beobachterinnen und Beobachter sahen darin auch eine Reaktion auf die intensive Protestmobilisierung von Bürgerinitiativen (Issig, 2014). Im Sommer 2015 schließlich verständigte sich die Bundesregierung darauf, dass ein Teil der neuen Höchstspannungsleitungen vorrangig als Erdkabelvarianten gebaut werden solle, nicht zuletzt auch um die Akzeptanz des Netzausbaus zu erhöhen (Bundesregierung, 2015). Mit diesem Beschluss wurde eine zentrale Forderung vieler Bürgerinitiativen aufgegriffen. Haben Bürgerproteste einen direkten Einfluss auf die Energiepolitik?

Spätestens seit dem Widerstand von Bürgerinitiativen gegen den Bahnhofsneubau in Stuttgart (Ohme-Reinicke, 2012) werden lokale und regionale Bürgerproteste gegen Infrastrukturprojekte auch auf der nationalen Ebene intensiv diskutiert. Selbst die Bundeskanzlerin mahnte, die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland sei durch die protestierenden Bürgerinnen und Bürger in Gefahr (Fischer, Fischhaber, Grieb, Hengst, Reinbold & Ternieden, 2010).

Zu den Protestierenden werden von publizistischer, politischer sowie sozialwissenschaftlicher Seite eine Reihe von Überlegungen angestellt: Die einen beschreiben sie als Wutbürger, die Maß und Mitte verloren hätten und lediglich ihre Partikularinteressen vertreten würden (Kurbjuweit, 2010). In diesem Zusammenhang wird den Protesten unterstellt, Ausdruck einer NIMBY-Mentalität zu sein: Das Wort NIMBY steht für „not in my backyard“. Kurz zusammengefasst kann sich diese Mentalität beispielsweise darin ausdrücken, die Energiewende prinzipiell zu begrüßen, sich aber gegen eine Höchstspannungstrasse in Wohnnähe zu wehren. Diese Argumentation wurde zwar durch die sozialwissenschaftliche Forschung empirisch widerlegt (Wolsink, 2000; Kubicek, 2014, S. 63). NIMBY-Charakterisierungen von Protestierenden halten sich dennoch in der öffentlichen sowie wissenschaftlichen Diskussion (z.B. Brettschneider, 2015, S. 16).

Eine alternative Interpretation der Proteste drückt sich im Begriff Mutbürger aus (Kessler, 2013). Die Mutbürger – so legt dieser positiv konnotierte Begriff nahe – beobachteten ihr Umfeld aufmerksam und brächten sich ganz aktiv in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess mit ein. Politik, Verwaltung sowie Unternehmen könnten von dem umfassenden regionalen Wissen und der vielfältigen

Expertise der aktiven Bürgerinnen und Bürger profitieren (Kubicek, 2014, S. 59). Eine Folge aus einer stärkeren Bürgerbeteiligung sei nicht nur die Steigerung der Qualität der konkreten Planungen. Darüber hinaus könne auch die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten im Allgemeinen steigen (Kubicek, 2014, S. 59).

Ein dritter Argumentationsstrang geht dem Charakter der Proteste auf dem Grund: Da kommunale und regionale Infrastrukturproteste vorrangig den Widerstand gegen ganz konkrete Projekte artikulieren, fragen sich einige Beobachter auch, ob Proteste generell einen Wandel in ihrem Charakter durchlaufen haben: Während viele der früheren Demonstrationen eher von jungen Menschen getragen wurden und diese oft globale Themen wie Menschenrechte und Frieden zum Thema hatten (z.B. die Demonstration gegen den NATO-Doppelbeschluss in Bonn 1982), wird nun konstatiert, dass der Protest älter und bürgerlicher geworden sei (vgl. Rucht, Baumgarten, Teune & Stuppert, 2010; vgl. Walter, 2013, S. 307). So plausibel diese Einordnungen auf den ersten Blick sein mögen, sind sie vorrangig Verallgemeinerungen auf Basis von Momentaufnahmen und Erinnerungen (vgl. Hutter & Teune, 2012). Bereits ein flüchtiger Blick in die Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland offenbart beispielsweise, dass sich auch viele der das kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland prägenden großen Protestmobilisierungen in der Vergangenheit (z.B. Wyhl, Gorleben, Brokdorf, Startbahn West, Wackersdorf) an den konkreten Planungen bedeutsamer Infrastrukturprojekte kristallisierten.

Die anhaltende gesellschaftliche Debatte um die „Dagegen Republik“ (Spiegel, 2010) hat in den letzten Jahren den Buchmarkt um eine Reihe zeitdiagnostischer Analysen bereichert (z.B. Matzig, 2011; Bussemer, 2011; Kessler, 2013). Für die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit Bürgerprotesten ziehen Haunss und Ullrich (2013) in einem jüngeren Überblick allerdings folgendes Fazit: „Viel Bewegung – wenig Forschung“ (Haunss & Ullrich, 2013).

Dabei sind Proteste ein hochrelevantes Forschungsfeld, haben diese für Demokratien doch eine wichtige Funktion. Proteste weisen auf der einen Seite auf Interessen hin, die von der etablierten Politik übersehen oder nicht hinreichend berücksichtigt werden (Neidhardt & Rucht, 2001, S. 29). Insofern ermöglichen sie im besten Fall eine breitere Integration von Interessen in politische Entscheidungsprozesse. Sozialwissenschaftliche Analysen können hier helfen, die Ursachen und Wirkungen von Protesten besser zu verstehen und einen Beitrag für die Verbesserung demokratischer Prozesse zu leisten. Auf der anderen Seite kann das Ergebnis wissenschaftlicher Protestforschung auch offenbaren, welche Interessen sich nicht integrieren lassen, an welchen Stellen ein grundsätzlicher Dissens bestehen bleibt und wo öffentliche Diskurse und politische Entscheidungsprozesse zu keiner befriedigenden Kompromisslösung führen. Fest

steht, mit der Erforschung von Protesten kann die Sozialwissenschaft Impulse für die gesellschaftliche Praxis leisten, indem sie die wichtigen politischen sowie gesellschaftlichen Herausforderungen zum Thema ihrer Forschung macht. Das eingangs erwähnte Beispiel der Konflikte um den Ausbau des Höchstspannungsnetzes legt eine solche komplexe Herausforderung offen:

Eine der zentralen Aufgaben des Bundes liegt in der Gewährleistung und Sicherung der Energieversorgung. Mit dem Beschluss der Bundesregierung der sogenannten „Energiewende“ als Reaktion auf den Reaktorunfall von Fukushima ist eine grundlegende Umgestaltung der Energiegewinnung aus atomaren sowie fossilen Quellen hin zur Gewinnung der Energie aus erneuerbaren Quellen verbunden. Doch hat die Umgestaltung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien mittelbare Folgen, die sich deutlich auf das Landschaftsbild auswirken. Durch die Errichtung von Windparks, Pumpspeicherkraftwerken (PSW) oder großen Solarparks rücken die Kraftwerke weg von der Nähe der Hauptabnehmer in den urbanen und industriellen Ballungszentren hin zu den Orten, an denen viel Wind weht und ausreichende Gefälle vorhanden sind. Diese liegen zumeist im ländlichen Raum. Da der dort gewonnene Strom in die Bedarfszentren transportiert werden muss, sind neue Höchstspannungsleitungen erforderlich. Aus diesem Grund ist der Netzausbau zu einem der zentralen Konfliktfelder der Energiewende geworden. In den von den Planungen von Höchstspannungsleitungen betroffenen Regionen regt sich zum Teil ein sehr intensiver, öffentlich sichtbarer Widerstand, der eine ganze Reihe von Interessenkonflikten verdeutlicht:

- **Interessenkollision verschiedener politischer Ebenen:** Auf der Bundesebene wurde der Beschluss der Energiewende getroffen. Auf der regionalen sowie kommunalen Ebene schränken die damit verbundenen Infrastrukturprojekte die Optionen der Regionalentwicklung zum Teil deutlich ein (z.B. Ausbau des Tourismus oder Ausweisung von Bauland, um gezielt Menschen anzuwerben und so dem Bevölkerungsrückgang entgegenzutreten).
- **Interessenkollision politischer Zielsetzungen:** Auf der einen Seite werden durch die Energiewende klimapolitische Ziele (Senkung des CO₂-Ausstoßes) realisiert, auf der anderen Seite bedrohen große Energieinfrastrukturprojekte auch Habitate und zerstören diese möglicherweise für immer (Stichwort „Umweltschutz gegen Umweltschutz“).
- **Interessenkollision Politik und Bürger:** Die Politik fördert einerseits die Errichtung von Wohneigentum, auch zur Altersvorsorge. Betroffene Eigentümerinnen und Eigentümer müssen allerdings mit einem Wertverfall ihres Wohneigentums rechnen (z.B. durch eine Stromtrasse in Sichtnähe).
- **Interessenkollision Partizipationswünsche der Bürgerinnen und Bürger:** Die Bevölkerung erreicht die Nachricht des Baus einer Stromtrasse oftmals erst mit Beginn der konkreten Planungen. Bürgerinnen und Bürger äußern zu diesem

Zeitpunkt weitgehende Partizipationswünsche, die an dieser Stelle der Verfahren nicht (mehr) einlösbar sind. Die grundsätzlichen politischen Entscheidungen wurden schon lange vorher getroffen.

Im Geflecht aus Akteuren, Interessen und Entscheidungen sind lokale und regionale Bürgerinitiativen in den meisten Fällen die Hauptträger des Protests (Kubicek, 2014; Marg, Hermann, Hambauer & Becké, 2013).

Ziel dieser Arbeit ist es, sich dem Akteur „Bürgerinitiative“ als Untersuchungsgegenstand aus dem Blickwinkel der *politischen Kommunikationsforschung* zu widmen. Als Akteure der politischen Peripherie sind sie ganz entscheidend auf die öffentliche Kommunikation ihrer Anliegen angewiesen, um von Politik, Verwaltung, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen zu werden (Stamm, 1988, S. 160). Proteste vollziehen sich in einem hohen Maß in der Öffentlichkeit, da die Protestierenden in den Massenmedien sichtbar werden müssen, um die Unterstützung mächtigerer Akteure zu erhalten (Della Porta & Diani, 2006, S. 167). Trotz ihrer empirischen Bedeutung sind Bürgerinitiativen im Vergleich mit anderen politischen Akteuren (z.B. politischen Parteien, Nichtregierungsorganisationen und Interessenverbänden) ein Forschungsfeld, dem sich die Kommunikationswissenschaft allenfalls am Rande gewidmet hat. Gleiches gilt auch für die Protestforschung, die Bürgerinitiativen überwiegend ignorierte. Auch wenn in den 1970er und 1980er Jahren viele Arbeiten (z.B. Matthöfer, 1977; Guggenberger & Kempf, 1978; Guggenberger, 1980; Guggenberger & Kempf, 1984; Mayer-Tasch, 1985), darunter auch einige empirische Studien (Schenk, 1981; Nowack, 1988) entstanden sind, verlor die sozialwissenschaftliche Forschung insgesamt schnell ihr Interesse an den Bürgerinitiativen, was eventuell darin begründet sein könnte, dass diese alltäglich geworden seien und ihren „Überraschungscharakter“ verloren hätten (Roth, 1999, S. 8).

Bürgerinitiativen agieren aus der politischen Peripherie heraus: Sie haben keine Sitze in Parlamenten und verfügen über keine Ämter in Regierungen. Insofern sind sie darauf angewiesen, ihre Interessen öffentlich zu kommunizieren, um Druck auf das politische sowie administrative Entscheidungssystem auszuüben. Dabei können sie einerseits Zugang zu den Massenmedien suchen, andererseits haben sie auch die Möglichkeit, eigene Medien herzustellen (z.B. Flyer, Plakate oder Social Media-Auftritte) und Veranstaltungen zu organisieren (z.B. Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen). Aus diesem Grund sind gerade die medialen Innovationen und Veränderungen (z.B. die Onlinekommunikation, aber auch Laserdrucker, digitale Bildbearbeitung und computergestützte Präsentationen) für Protestierende hochrelevant. Mediale Innovationen, wie das Fax sowie das Aufkommen von Kopierern, die Mobilkommunikation und das Internet haben die Protestbewegungen in ihren

Protestformen bereichert (Della Porta & Diani, 2006, S. 170; Rolfe, 2005). Durch das Fax konnten regionale Beschränkungen leichter überwunden werden und mit Hilfe der Kopierer wurde die Herstellung von Flyern oder Protestzeitungen erleichtert. Die rasche Diffusion des Internets sowie der mit ihm verbundenen Plattformen und Werkzeuge hat seit den 1990er Jahren die Möglichkeiten politischer Kommunikation für Protestierende (wie auch für alle politischen Akteure) immens erweitert und auch im Forschungsfeld der politischen Kommunikation zu einer intensiven Forschungsaktivität geführt: Sowohl die Veränderungen individueller politischer Kommunikation (z.B. Xenos & Moy, 2007; Emmer, 2005; Emmer, Vowe & Wolling, 2011) als auch die Veränderungen auf der Mesoebene (siehe Emmer & Bräuer, 2010) standen im Fokus empirischer Kommunikationsforschung. Neben der intensiven empirischen Erforschung etablierter politischer Akteure, wie Parteien und Politiker (Brändli & Wassmer, 2014; Hanel, Marschall & Wilker, 2014) sowie großer NGOs und Verbände (z.B. Voss, 2008; Dreiling, Lougee, Jonna & Nakamura, 2008; Seo, Kim & Yang, 2009; Schulze & Preusse, 2014) geraten auch die Onlinekommunikationsstrategien von Protestierenden in den Blick der Forschung (z.B. van de Donk, Loader, Nixon & Rucht, 2004; Stein, 2009; Fillieule, 2014; Voss, 2014; Markham, 2014). Der gegenwärtige Stand der Forschung zur Kommunikation von Protestierenden ist durch die folgenden Tendenzen gekennzeichnet:

- Konzentration auf ein Medium: Viele Studien untersuchen jeweils nur ein Medium oder nur einen Bereich der medialen Kommunikation von Protestierenden und/oder Protestorganisationen. Diese Tendenz der Forschung wird als „One Medium Bias“ bezeichnet (Mattoni & Treré, 2014, S. 254).
- Konzentration auf die neuesten Tools: Viele Forscherinnen und Forscher haben die Tendenz, sich jeweils nur auf das neueste Medium zu fokussieren (Mattoni & Treré, 2014, S. 255). So entstanden in den letzten Jahren viele Studien zum Einsatz von Tools wie Facebook oder Twitter (Poell & Borra, 2012; Tufekci & Wilson, 2012; Valenzuela, 2013; Anduiza, Cristancho & Sabucedo, 2014).
- Konzentration auf öffentliche Kommunikation: Die Erforschung von Protest findet zumeist dort statt, wo dieser am „sichtbarsten“ ist, in den Massenmedien oder im Internet. Dabei gerät aus dem Blick, dass Protestierende auch die Option haben, sich ganz bewusst aus der öffentlichen Kommunikation zurückzuziehen und sich direkt an die politischen Entscheidungsträger zu wenden (vgl. Rucht, 2004, S. 31). Die öffentliche Kommunikation kann nur dann richtig eingeordnet werden, wenn sie im Zusammenhang mit den Optionen der direkten Partizipation von Protestierenden betrachtet wird.
- Konzentration auf progressiven, radikalen oder innovativen Protest: Außerdem ist eine Konzentration vieler Protestforscher auf sogenannte „progressive“ Bewegungen, innovative Protestpraktiken sowie auch eher radikale Bewegungen festzustellen. Damit wird nur ein bestimmter Ausschnitt des Phänomens „Protest“

untersucht. Da den Protesten von Bürgerinitiativen vermeintlich wenig „Überraschungscharakter“ (Roth, 1999, S. 8) durch die Forschenden attribuiert wurde, spielten sie in der Forschung von Protest-Kommunikation kaum eine Rolle.

Da Bürgerinitiativen bislang nicht in den Fokus der politischen Kommunikationsforschung gerückt sind, fehlt sowohl eine theoretische als auch eine empirische Einordnung dieses Akteurs. Diese Arbeit widmet sich dieser Forschungslücke.

Bürgerinnen und Bürger, die sich in Bürgerinitiativen engagieren, treten aus ihrer Rolle als Rezipierende medialer Inhalte heraus und beginnen, Politik und Medien aufmerksamer und kritischer zu beobachten. Das Medienpublikum wird selbst zum Produzenten eigener medialer Inhalte (Della Porta, 2013, S. 30). Dabei entwickeln Bürgerinitiativen ihre Handlungen in den meisten Fällen auf Basis einer Laienperspektive (vgl. McCurdy, 2009, 2011, 2013). Die Kommunikation von Bürgerinitiativen in den Blick zu nehmen bedeutet daher auch zu untersuchen, welche Rolle innovative Protestmittel für den Protest von Bürgerinitiativen spielen und wie stark das Internet die Bürgerproteste verändert. Da sowohl die theoretische Auseinandersetzung mit dem Forschungsgegenstand Bürgerinitiative als auch das empirische Wissen gering sind, möchte diese Arbeit die folgenden Forschungsfragen beantworten:

Das Protesthandeln von Bürgerinitiativen kann, wie bereits skizziert, sehr unterschiedliche Formen öffentlicher bzw. medial vermittelter Kommunikation umfassen. Denkbar sind darüber hinaus auch die Nutzung bestehender Partizipationsoptionen sowie die direkte Ansprache von Verantwortlichen in der Politik. Jede Bürgerinitiative entwickelt somit ihr eigenes „Protestrepertoire“ (Tilly, 1978, S. 151ff.). In einem ersten Schritt stellt sich die Frage:

Forschungsfrage 1: Wie sehen die Protestrepertoires von Bürgerinitiativen aus?

Diese deskriptive Fragestellung ist im Hinblick auf die soeben vorgestellten Desiderate von Bedeutung. Gleichzeitig eröffnet sie auch Raum für die Analyse, in welchem Verhältnis die partizipativen und die kommunikativen Aspekte stehen und welche Rolle das Internet für die Protestkommunikation spielt.

In einem nächsten Schritt stellt sich die Frage, welche Faktoren die Wahl der einzelnen Protestmittel des Protestrepertoires prägen. Da Bürgerinitiativen, anders als politische Parteien oder große NGOs und Interessenverbände, nicht in übergeordnete organisationale Strukturen eingeordnet sind, fehlt es bislang an einem theoretischen Modell, das die Ursachen für konkretes Protesthandeln bestimmen kann. Aus diesem Grund stellt sich die zweite Forschungsfrage:

Forschungsfrage 2: Welche Faktoren prägen die Wahl der Protestrepertoires von Bürgerinitiativen?

Beide Forschungsfragen implizieren ein sowohl theoretisches als auch empirisches Vorgehen dieser Arbeit. Aus diesem Grund können die folgenden Ziele abgeleitet werden:

1. Theorieintegration und Theorieentwicklung: Bürgerinitiativen sind Protestakteure, die vorrangig aus einer „schwachen“ Position heraus versuchen, anstehende politische Entscheidungen zu erwirken oder bereits getroffene Entscheidungen rückgängig zu machen. Da sie weder in Parlamenten vertreten noch an Regierungen beteiligt sind, müssen sie aus der politischen Peripherie heraus werben, mobilisieren oder Druck herstellen. Damit sind die Bürgerinitiativen mit den Organisationen sozialer Bewegungen verwandt. Die Theorien sozialer Bewegungen liefern verschiedene Erklärungsansätze für die Entstehung von Protesten und auch für die Wahl der Protestmittel.

Seit einigen Jahren ist eine Annäherung der Kommunikationswissenschaft und Bewegungsforschung festzustellen (Downing, 2008; Cammaerts, Mattoni & McCurdy, 2013). Kommunikationswissenschaftlerinnen und Kommunikationswissenschaftler widmen sich häufiger Formen des Aktivismus (z.B. McCurdy, 2011; Cammaerts, 2012; Löblich & Wendelin, 2012; Wendelin & Löblich, 2013), wie auch Bewegungsforscherinnen und Bewegungsforscher die Rolle von Medien und Öffentlichkeit für die Bewegungen stärker in den Blick nehmen (z.B. Gamson & Wolfsfeld, 1993; Koopmans, 2004; Rucht, 2004; Earl & Rohlinger, 2012). Diese Arbeit möchte diesen Weg weiter beschreiten und für den Gegenstand der Bürgerinitiativen anwenden. Es soll gezeigt werden, dass bewegungstheoretische Ansätze für die kommunikationswissenschaftliche Erforschung von Bürgerinitiativen von Bedeutung sein können. Die verschiedenen Theoriebausteine sollen in ein theoretisches Modell der Erklärung der Repertoires von Bürgerinitiativen fließen.

2. Empirische Untersuchung: Da der Untersuchungsgegenstand Bürgerinitiative bislang kaum empirisch aus der Perspektive der politischen Kommunikationsforschung untersucht wurde, sollen die Forschungsfragen im Rahmen von Fallstudien zu Bürgerinitiativen empirisch beantwortet werden. Am Ende der Arbeit wird ein durch die empirische Forschung ergänztes und erweitertes theoretisches Modell der Erklärung der Wahl der Repertoires von Bürgerinitiativen stehen. Mit der thematischen Wahl der Proteste gegen Hochspannungsleitungen wird schließlich ein Untersuchungsfeld erforscht, das sich durch eine hohe gesellschaftliche Relevanz auszeichnet.

Im folgenden Kapitel 1 wird der Untersuchungsgegenstand „Bürgerinitiative“ vorgestellt. Es erfolgt eine Definition und eine empirische Einordnung. Darüber hinaus wird

ein Einblick in die Handlungsfelder und Protestformen von Bürgerinitiativen geben. Aufgrund der Desiderata der Bürgerinitiativforschung erfolgt im Kapitel 2 eine umfassende theoretische Einordnung. In den Kapiteln 2.1 bis 2.3 werden jene maßgeblichen Theorien aus der soziologischen Bewegungsforschung vorgestellt, die die Erklärungsfaktoren für die Wahl und Ausgestaltung von konkreten Protesten liefern. Im Kapitel 2.4 wird unter Zuhilfenahme der Theorie der Öffentlichkeit als intermediäres System sowie des Konzeptes der Medialisierung eine vertiefende theoretische Perspektive auf die Aspekte der öffentlichen Kommunikation entwickelt. Diese theoretische Auseinandersetzung mündet im Kapitel 3 in die Entwicklung eines vorläufigen theoretischen Erklärungsmodells der Wahl der Protestrepertoires durch Bürgerinitiativen. Im anschließenden Kapitel 4 werden das Design der empirischen Untersuchung und die angewendeten Methoden vorgestellt. Das Kapitel 5 widmet sich der Vorstellung der empirischen Ergebnisse der Arbeit und beantwortet die Forschungsfragen. Im Kapitel 6 werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und kritisch diskutiert. Zusätzlich werden Impulse für die weitere Forschung gegeben. Die Arbeit schließt mit Empfehlungen für die Verbesserung der Kommunikation und Partizipation im Rahmen des Netzausbaus.

1 Der Untersuchungsgegenstand

Bürgerinitiativen sind nach Mayer-Tasch (1985) ein noch relativ junger Begriff für ein bereits sehr altes Phänomen: Wenn es darum geht, dass Angehörige eines Gemeinwesens in Ergänzung zu obrigkeitlicher Fürsorge um die Mitgestaltung des sozialen Lebens bemüht sind, kann von Bürgerinitiativen gesprochen werden (Mayer-Tasch, 1985, S. 9). Gleichwohl wird der Begriff im Allgemeinen für ein gesellschaftliches Phänomen gebraucht, das (erst) seit den späten 1960er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland Aufmerksamkeit erfährt. In den teilweise erbitterten Auseinandersetzungen um die Planungen eines Atomkraftwerks in Wyhl in Baden-Württemberg (Wüstenhagen, 1975), das Vorhaben des Baus einer Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennstäbe in Wackersdorf (Kretschmer & Rucht, 1991) sowie in dem noch anhaltenden Konflikt um das als Endlager für atomaren Müll bestimmte Lager in Gorleben, überall spielen Bürgerinitiativen als Protestorganisationen unmittelbar und mittelbar betroffener Bürgerinnen und Bürger eine wesentliche Rolle für die Protestmobilisierung. Dies gilt auch für Konflikte im Bereich von Verkehrsinfrastrukturprojekten (Nessel & Nowack, 1982; Nowack, 1988; Ohlemacher, 1992). In jüngster Zeit erhalten Bürgerinitiativen wieder verstärkt sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit: Bei Auseinandersetzungen, wie um den Neubau des Hauptbahnhofs in Stuttgart (Ohme-Reinicke, 2012), den Protesten gegen die Flugrouten bzw. für Nachtflugverbote der Flughäfen Berlin-Brandenburg-International und Frankfurt/Main sowie auch bei den zahlreichen Protesten gegen Windparks und Pumpspeicherwerke (z.B. Ziekow, Gabriel, Remer-Bollow, Buchholz & Ewen, 2013) und Hochspannungstrassen (Cotton & Devine-Wright, 2011; Schnelle & Voigt, 2012; Marg et al., 2013) haben Bürgerinitiativen auch gegenwärtig einen festen Platz als Trägerinnen des Widerstands gegen solche Vorhaben oder sie widmen sich der kritischen Begleitung dieser Großprojekte.

Ziel dieses Kapitels ist es, den Forschungsstand zum Thema Bürgerinitiative zusammenzufassen. Zunächst wird auf Basis vorliegender empirischer Daten begründet, warum sich die sozialwissenschaftliche Forschung dieser Thematik widmen sollte. Im Anschluss daran erfolgt eine begriffliche Konkretisierung des Forschungsgegenstandes, die diesen von anderen politischen Organisationen (Interessenverbände, politische Parteien) unterscheidet. Danach erfolgt eine detaillierte Betrachtung des Phänomens Bürgerinitiative. Dazu werden die verschiedenen Erscheinungs- und Organisationsformen von Bürgerinitiativen vorgestellt. Daran schließt sich die Beschreibung der Handlungsfelder sowie die Beschreibung der Aktionsformen von Bürgerinitiativen an. Ein Schwerpunkt wird auf die Betrachtung des Verhältnisses von Bürgerinitiativen und Öffentlichkeit sowie Massenmedien gelegt. In der abschließenden Zusammenfassung werden die Defizite und Desiderate der bisherigen Forschung in Bezug auf die

(öffentliche) Kommunikation von Bürgerinitiativen herausgearbeitet und es wird eine Forschungsperspektive für die weiteren Kapitel dieser Arbeit skizziert.

Welche Rolle spielen Bürgerinitiativen in der Vielfalt der Proteste in Deutschland? Inhaltsanalytische Untersuchungen zur Berichterstattung über Proteste in den beiden Zeitungen Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Rundschau erlauben einen Blick in die Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (Neidhardt & Rucht, 2001, S. 31ff.). Hier zeigt sich, dass neben politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden vor allem Bürgerinitiativen, bewegungsförmige Netzwerke und andere Gruppierungen die Hauptträger politischen Protests in Deutschland sind (Neidhardt & Rucht, 2001, S. 45ff.).

Als Geburtsstunde der Bürgerinitiativen in Deutschland gelten die sogenannten „Rote-Punkt-Aktionen“ von Hannoveraner Bürgerinnen und Bürgern gegen eine geplante Preiserhöhung der städtischen Verkehrsbetriebe im Jahr 1969. Durch selbstorganisierte Sammeltaxis wurden Straßenbahnen und Busse boykottiert. Bereits in den 1970er Jahren verfügten Bürgerinitiativen in der Bevölkerung über eine positive Resonanz (Rucht, 1982, S. 212). Auch neuere Daten bestätigen, dass Bürgerinitiativen von den deutschen Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor überwiegend positiv beurteilt werden: Beispielsweise zeigen die Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2008, dass aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger Bürgerinitiativen Themen in die Öffentlichkeit bringen, die von den etablierten Parteien und Politikern nicht genügend berücksichtigt würden. Die große Mehrheit der Befragten stimmt der Aussage zu, dass durch Bürgerinitiativen darüber hinaus wichtige Veränderungen angestoßen werden. Bürgerinitiativen werden von der Bevölkerung als Vertreter der Interessen der Bürgerinnen und Bürger anerkannt. Gleichwohl sehen die Befragten auch die Gefahr, dass Bürgerinitiativen potenziell eher neue Konflikte schaffen könnten, als die auf der Hand liegenden zu lösen (Wolling & Bräuer, 2010, S. 4). In der Tabelle 1 sind diese Befunde zusammengefasst.

In einer weiteren repräsentativen Bevölkerungsumfrage unter Bürgerinnen und Bürgern in Thüringen zu deren energiebezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen wurde den Bürgerinitiativen, die sich in Thüringen gegen den Bau einer 380kV-Höchstspannungsleitung einbringen, von insgesamt 55 Prozent der Befragten attestiert, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu behindern (Arlt & Wolling, 2011). Diese Befunde gemeinsam betrachtet, kann durchaus geschlossen werden, dass die Bürgerinnen und Bürger generell ein differenziertes Urteil über Bürgerinitiativen haben: Diese werden als legitimes Korrektiv etablierter Politik anerkannt, deren Rolle bei konkreten Vorhaben jedoch nicht kritiklos beurteilt wird.

Tabelle 1: *Einstellungen zu Bürgerinitiativen*

| | | lehne ganz ab | lehne etwas ab | Stimme etwas zu | stimme voll und ganz zu |
|--|-----|------------------|-------------------|--------------------|----------------------------|
| | n | % | % | % | % |
| Bürgerinitiativen bringen Themen in die Öffentlichkeit, die von den etablierten Parteien und Politikern nicht genügend berücksichtigt werden | 555 | 2,3 | 2,5 | 35,5 | 59,6 |
| Durch den Druck von Bürgerinitiativen werden wichtige Veränderungen angestoßen | 560 | 4,3 | 10,4 | 49,1 | 36,2 |
| Bürgerinitiativen vertreten die Interessen der Bürger | 559 | 2,1 | 6,1 | 42,9 | 48,8 |
| Bürgerinitiativen schaffen eher zusätzliche Konflikte als dass sie bestehende lösen | 551 | 29 | 22,9 | 36,5 | 11,6 |

Anmerkung: Eigene Darstellung der Daten aus Wolling & Bräuer (2010).

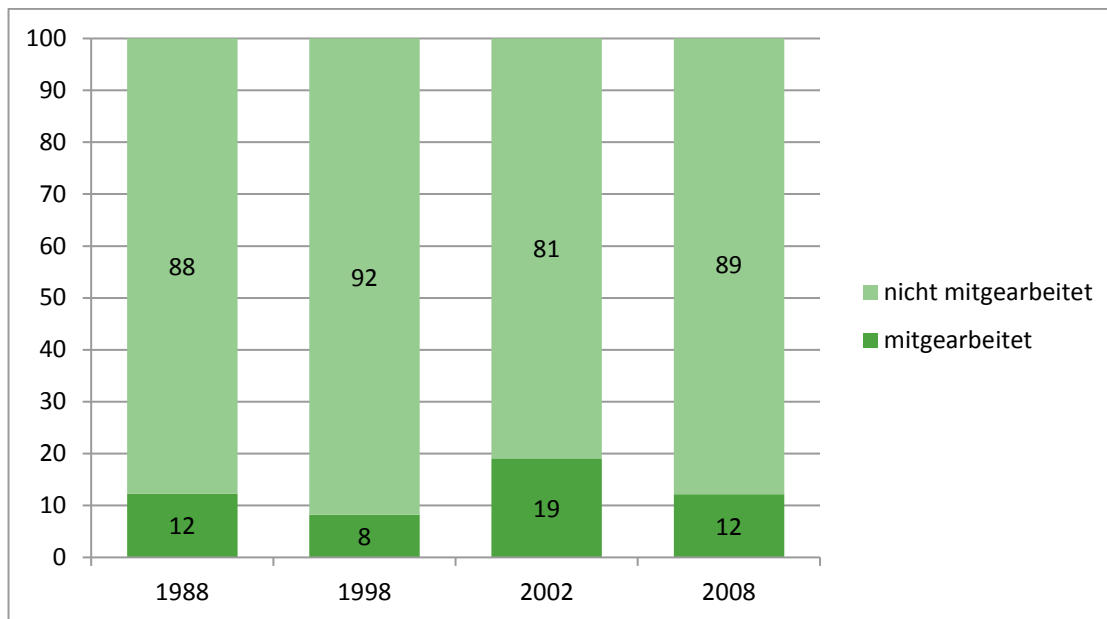
Generell sind Bürgerinitiativen aus der Bevölkerungssicht nicht nur eine anerkannte sondern auch eine naheliegende Form des politischen Engagements, wenn sie vor konkreten Problemen stehen. Danach gefragt, was sie tun würden, wenn ihnen ein Problem „unter dem Nagel brennt“, gaben 52 Prozent der Befragten der erstgenannten bevölkerungsrepräsentativen Studie an, sich vorstellen zu können, Mitglied in einer Bürgerinitiative zu werden. Für knapp 15 Prozent wäre sogar die Gründung einer Initiative denkbar. Lediglich für ein Drittel der Befragten ist die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative keine Option (Wolling & Bräuer, 2010, S. 4).

Nun ist die generelle Bereitschaft in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten noch kein hinreichender Beleg dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger auch tatsächlich in einer Bürgerinitiative engagieren oder an Veranstaltungen oder Aktionen von Bürgerinitiativen teilnehmen (z.B. Informationsveranstaltungen, Unterschriftensammlungen). Engagement erfordert beispielsweise die Teilnahme an Sitzungen in den Abendstunden, das Verfassen von Pressemitteilungen und die Vorbereitung von Veranstaltungen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Missetand, wie er in der Frageformulierung beschrieben wurde, nicht vergleichbar mit einem tatsächlichen Missetand.

Der ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften) ermöglicht einen repräsentativen Blick auf die Zahlen der Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen. Zwischen 1998 und 2008 gaben zwischen acht und 19 Prozent der Befragten an, schon einmal in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet zu haben (Abbildung 1). Damit gelingt es Bürgerinitiativen – zumindest auf den ersten Blick – eine durchaus bedeutende Anzahl an Bürgerinnen und Bürgern für ihre Anliegen zu mobilisieren. Die Zahlen erlauben daher die Schlussfolgerung, dass es sich bei Bürgerinitiativen rein empirisch nicht um ein marginales Phänomen aus der politischen Peripherie handelt. Diese Daten geben allerdings keine Auskunft über die Qualität und Intensität der

individuellen Mobilisierung. Die Angabe, in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet zu haben, kann von der Bekundung der Unterstützung dieser Bürgerinitiative im Rahmen einer Unterschriftensammlung, über die singuläre Teilnahme an einer Demonstration dieser Bürgerinitiative bis hin zu Tätigkeiten im Vorstand reichen.

Abbildung 1: *Mitarbeit in Bürgerinitiativen*



Anmerkung: Quelle ALLUS 1988-2010, eigene Berechnung. Frage: „Haben Sie schon in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet?“, Angaben in Prozent, n 1988= 3024, n 1998= 3065, n 2002= 2655, n 2008= 3465, 2010: keine Erhebung der Frage.

Über die soziodemografische Zusammensetzung derjenigen, die in Bürgerinitiativen mitarbeiten, liegen empirische Befunde vor. Die Studien kamen zu dem Ergebnis, dass Bürgerinitiativen einen sogenannten „Mittelschicht“-Bias haben, dass es vor allem höher gebildete, berufstätige Menschen sind, die sich in solchen Organisationen engagieren (Marg et al., 2013, S. 99). In Bürgerinitiativen dominieren keinesfalls die „De-klassierten oder Marginalisierten“ (Walter, 2013, S. 307). Diese Tatsache gilt allerdings auch für andere politische Organisationen. Insbesondere die politischen Parteien sind durchaus noch stärker von einem solchen Bias betroffen: Werden die soziodemografischen Merkmale von Parteimitgliedern und BI-Mitgliedern miteinander verglichen, so ähnelt die Verteilung unter den BI-Mitgliedern den nicht engagierten Menschen eher als die Verteilung der Parteimitglieder (Wolling & Bräuer, 2013). Bürgerinitiativen können somit stärker den Anspruch erheben, die Bevölkerung zu vertreten (zumindest in ihrer Soziodemographie) als es die politischen Parteien tun. Im Hinblick auf die Altersstruktur wird kritisch darauf verwiesen, dass besonders viele

Rentnerinnen und Rentner in Bürgerinitiativen aktiv sind (Walter, 2013, S. 302). Tatsächlich ist der Anteil der ab 60-74-Jährigen Mitglieder in Bürgerinitiativen von 2002 bis 2008 deutlich gestiegen und lag 2008 höher als der Anteil dieser Altersgruppe in der allgemeinen Altersverteilung der Bevölkerung (Abbildung 2). Allerdings darf auch hier nicht außer Acht gelassen werden, dass die Altersverteilung in politischen Parteien mit Blick auf ältere Bürgerinnen und Bürger noch deutlich verzerrter ist: Mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen sind in allen anderen etablierten Parteien (CDU, CSU, SPD, Linke, FDP) mehr als die Hälfte der Parteimitglieder über 60 Jahre alt (Niedermayer, 2015).

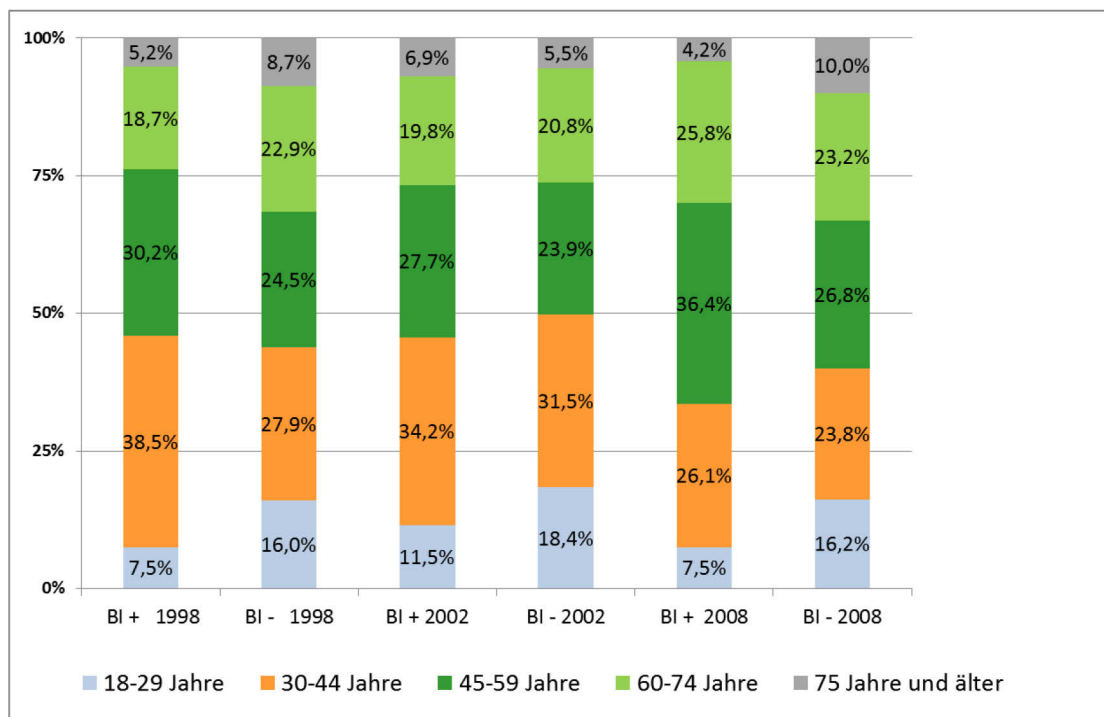
Zusammenfassend zeigen die hier vorgestellten Daten, dass Bürgerinitiativen als Organisationsform politischen Engagements im politischen Alltag der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben aktiv Erfahrungen in Bürgerinitiativen gesammelt und im Allgemeinen werden sie als Ergänzung des repräsentativen Systems von der Bevölkerung begrüßt. Die sozialwissenschaftliche Bürgerinitiativforschung widmet sich demnach einem anhaltend relevanten politischen Phänomen. Gleichwohl, das wissenschaftliche Interesse für Bürgerinitiativen verlief nach einer recht intensiven Phase der Beschäftigung in den 1970er und den frühen 1980er Jahren rückläufig. Viele der einschlägigen und wegweisenden Publikationen stammen aus den 1970er und 1980er Jahren (z.B. Wüstenhagen, 1975; Matthöfer, 1977; Guggenberger & Kempf, 1978; Guggenberger, 1980; Karl, 1980; Hauff, 1980; Schenk, 1981, 1982; Guggenberger & Kempf, 1984; Krefß & Nikolai, 1985; Mayer-Tasch, 1985; Nowack, 1988) und können daher nur unter Vorbehalt Gültigkeit für die Gegenwart beanspruchen. Insbesondere durch den seit den 1990er Jahren intensiv fortschreitenden Medienwandel (Digitalisierung, Diffusion des Internets) ist zu erwarten, dass sich das Feld des Bürgerprotests stark verändert hat.

Bei einer genaueren Betrachtung des Forschungsstandes fällt auf, dass Bürgerinitiativen selten Gegenstand systematischer *empirischer Untersuchungen* waren. In den 1970er Jahren dominierten darüber hinaus bei den empirischen Untersuchungen Umfragen unter Mitgliedern von Bürgerinitiativen oder von Verwaltungsmitarbeitern, die vorrangig einem sozialstatistischen Interesse verpflichtet waren. Bis zum heutigen Zeitpunkt liegen daher nur wenige Studien vor, die einen detaillierten empirischen Blick in das Leben einer Bürgerinitiative geworfen haben (Ausnahmen sind z.B. Schenk, 1981; Nowack, 1988; Marg et al., 2013), was daran liegt, dass ein Großteil der Studien zunächst darum bemüht war, das „neue“ Phänomen Bürgerinitiative definitiv einzuordnen.

Um den Gegenstand Bürgerinitiative von anderen Organisationsformen der Zivilgesellschaft abgrenzen zu können, soll im folgenden Unterkapitel zunächst ein

begriffliches Verständnis erarbeitet werden. Dabei kann auf die in der Bürgerinitiativforschung bereits entwickelten konzeptionell-theoretischen Einordnungen zurückgegriffen werden.

Abbildung 2: Die Altersstruktur von Menschen, die in Bürgerinitiativen mitarbeiten



Anmerkung: Quelle: ALLUS 1988-2010, eigene Berechnung. BI+ zeigt die Altersverteilung in der Gruppe der Bürgerinitiativmitglieder an, BI- die Altersverteilung des Rests der Bevölkerung; n 1998= 3024, n 1998= 3065, n 2002= 2655, n 2008= 3465, 2010: keine Erhebung der Frage.

1.1 Definitionselemente und Abgrenzung

Im Vergleich mit politischen Parteien sind Bürgerinitiativen deutlich dynamischere Organisationen, die sich zudem im Laufe ihres Bestehens mit Blick auf ihre Organisationsstrukturen durchaus wandeln können (vgl. Rucht, 1982, S. 227). Während der „Hochphase“ der Beschäftigung mit Bürgerinitiativen in den frühen 1980er Jahren wurden verschiedene Definitionen entwickelt. Dabei können *empirisch-deskriptive* Definitionen von *normativen* Definitionen unterschieden werden (Rucht, 1982, S. 202). Die normative Auseinandersetzung mit den Bürgerinitiativen erscheint aus heutiger Sicht zum Teil befremdlich, da sie Teil spezifischer Debatten der 1970er Jahre ist,

und einige Autoren einer politisch-ideologischen Ausgangsbasis verpflichtet waren (z.B. Offe, 1972)¹. Eine allzu stark auf das „Sollen“ fokussierte Definition hilft allerdings nicht, dem empirischen Phänomen gerecht zu werden. Daher beschränkt sich die Darstellung hier auf den Bereich der empirisch-deskriptiven Definitionen.

Drei dieser Definitionen sollen exemplarisch herausgegriffen und verglichen werden, nämlich die Definitionen von Guggenberger (1980), von Mayer-Tasch (1985) und von Knirsch und Nickolmann (1976). Im Anschluss daran wird eine eigene Arbeitsdefinition entwickelt.

Mayer-Tasch definiert Bürgerinitiativen als „spontan oder auch planvoll ins Leben gerufene, von einer mehr oder weniger losen Organisation getragene Gruppierungen von (Staats-)Bürgern, die aus einem konkreten Anlass und (oder) mit einer allgemeineren Zielsetzung zu Selbsthilfeaktionen schreiten und (oder) auf kommunaler, regionaler und überregionaler Ebene Einfluss auf rechtlich-politische Willensbildungsprozesse zu gewinnen suchen“ (Mayer-Tasch, 1985, S. 17).

Laut Guggenberger sind „Bürgerinitiativen (...) spontane, zeitlich in der Regel begrenzte, organisatorisch lockere Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich außerhalb der traditionellen Institutionen und Beteiligungsformen der repräsentativen Parteidemokratie zumeist aus konkretem Anlass als unmittelbar Betroffene zu Wort melden und sich, sei es im Wege der Selbsthilfe, sei es im Wege der öffentlichen Meinungswerbung und der Ausübung politischen Drucks, um Abhilfe im Sinne ihres Anliegens bemühen“ (Guggenberger, 1980, S. 18f.).

Diese beiden Definitionen haben ein zentrales Element gemeinsam, das den Rahmen politisch-administrativer Verfahren berührt, was bedeutet, dass eine Bürgerinitiative im so genannten *Reproduktionsbereich* (im Sinne von „Freizeit“) agiert, also nicht Auseinandersetzungen in der Berufswelt umfasst. Menschen, die sich innerhalb eines Unternehmens beispielsweise zusammenschließen und sich für den Erhalt des Betriebskindergartens stark machen, sind demnach nicht als Bürgerinitiative zu verstehen. Allerdings wären Menschen, die sich für den Erhalt einer kommunalen Kindertagesstätte einsetzen, als eine Bürgerinitiative zu verstehen. Diese Unterscheidung ist zentral: Im ersten Beispiel erfolgt das Engagement in der Rolle als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Unternehmen und im zweiten Beispiel in der Rolle als Bürgerinnen und Bürger. Darauf weisen verschiedene Autoren hin (z.B. Knirsch &

¹ So war für Offe (1972) eine Bürgerinitiative nur dann eine Bürgerinitiative, wenn diese „für eine sozialistische Transformation des spätkapitalistischen Systems beitragen“ konnte (Offe, 1972, S. 161).

Nickolmann, 1976, S. 11f.). In einer Bürgerinitiative finden sich Menschen in ihrer Rolle als Bürgerinnen und Bürger zusammen.

Bei Guggenberger findet sich in der Definition keine Abgrenzung der Bürgerinitiativen im Hinblick auf die Ebenen des politischen Systems. Auch Mayer-Tasch verortet Bürgerinitiativen auf der lokalen bis zur überregionalen Ebene. Dennoch wird per Definition den meisten Bürgerinitiativen ihr Aktionsfeld in einem lokalen, beziehungsweise regionalen Bereich zugeschrieben (Knirsch & Nickolmann, 1976, S. 13).

Mit Blick auf die von Guggenberger entwickelte Definition der *Betroffenheit* sowie auch der unscharfen Formulierung von Mayer-Tasch ist zu ergänzen, dass die Mitglieder einer Bürgerinitiative nicht unmittelbar direkt Betroffene sein müssen. Auch mittelbar Betroffene können Mitglieder in Bürgerinitiativen sein oder diese aktiv unterstützen (Rucht, 1982, S. 234). Darüber hinaus gibt es Advokaten, also Menschen, die für andere Menschen im Rahmen von Bürgerinitiativen eintreten (z.B. für die Verbesserung der Lebensbedingungen in Asylbewerberunterkünften) oder auch Mitglieder in Bürgerinitiativen, die Bürgerinnen und Bürger einer anderen Kommune bei ihrem Engagement gegen die Errichtung eines Windparks unterstützen. Daher ist die direkte Betroffenheit kein ausschließliches oder zwingendes Kriterium für die Teilnahme in einer Bürgerinitiative (Knirsch & Nickolmann, 1976, S. 13). So konnte – wenn auch in einer älteren Studie aus dem Jahr 1973 – der Anteil dieser Advokaten auf 15 Prozent beziffert werden (Schenk, 1982, S. 32). Wichtig ist hervorzuheben, dass die Betroffenheit nicht lediglich durch eine politische Entscheidung, z.B. den Bau einer Autobahn oder einer Umgehungsstraße, sondern durchaus auch durch Planungsprozesse von Unternehmen (z.B. die eines Pumpspeicherwerkes) ausgelöst werden kann.

Nach der Definition von Knirsch und Nickolmann (1976) sind Bürgerinitiativen „eine neue Form politischer Selbstorganisation einer räumlich und zahlenmäßig relativ eng umgrenzten Gruppe von Menschen, die aus einer selbst oder bei anderen erlebten Betroffenheit heraus gemeinsame Interessen erkennen, formulieren und zu deren Durchsetzung auf konkrete und begrenzte Ziele vorübergehend gemeinsam hinarbeiten, um eine Verbesserung bzw. Verhinderung einer Verschlechterung im außerberuflichen Lebensbereich zu erzielen“ (Knirsch & Nickolmann, 1976, S. 27).

Diese Definition von Knirsch & Nickolmann ergänzt, beziehungsweise konkretisiert die Definitionen von Mayer-Tasch und Guggenberger um den Aspekt, dass sich nicht nur direkt Betroffene in Bürgerinitiativen engagieren und dass das Engagement von Bürgerinitiativen eindeutig im Reproduktionsbereich verortet wird.

Die Definitionen nennen „konkrete“ Anlässe oder Ziele. Mit diesem Verweis kann eine Bürgerinitiative von einer sozialen Bewegung „grob“ abgegrenzt werden.

Generell agieren Bürgerinitiativen in thematischen Feldern sozialer Bewegungen (z.B. Umwelt, Frieden, Menschenrechte), allerdings widmen sie sich dabei vorrangig konkreten Aspekten dieser Themen (Verhinderung einer Infrastrukturanlage um die lokale Umwelt zu schützen, Unterstützung von Flüchtlingen, Förderung der Integration von Migranten). Da der Zusammenhang zwischen Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen im nächsten Hauptkapitel (Kapitel 2) ausführlich beleuchtet wird, soll diese erste Abgrenzung an dieser Stelle zunächst genügen, wengleich schon hier darauf hingewiesen werden kann, dass Bürgerinitiativen und Bewegungsorganisationen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufweisen.

Tabelle 2: *Definitionselemente von Bürgerinitiativen*

| | Knirsch & Nickolmann (1976) | Guggenberger (1980) | Mayer-Tasch (1985) |
|--------------------------|---|---|--|
| Anlass | --- | spontan | spontan und planvoll |
| Zeitlicher Rahmen | Konkret und zeitlich begrenzt | zeitlich begrenzt | --- |
| Organisation | räumlich und zahlenmäßig relativ eng umgrenzte Organisationen | mehr oder weniger lose Organisation | mehr oder weniger lose Organisation |
| Anlass | aus eigener oder bei anderen erlebter Betroffenheit | zumeist konkreter Anlass durch unmittelbar Betroffene | konkreter Anlass oder allgemeine Zielsetzung |
| Mittel | --- | Selbsthilfe, öffentliche Meinungswerbung, Ausübung politischen Drucks | Selbsthilfe und Einflussnahme auf rechtlich-politischen Willensbildungsprozess |
| Räumlichkeit | räumlich begrenzt | --- | kommunale, regionale und überregionale Ebene |

Anmerkung: Eigene Darstellung der Definition von Knirsch & Nickolmann, 1976), Guggenberger (1980) und Mayer-Tasch (1985).

Im Hinblick auf die eingesetzten *Mittel*, mit denen Bürgerinitiativen versuchen ihre Anliegen durchzusetzen, werden sowohl von Guggenberger als auch von Mayer-Tasch die Selbsthilfe, das Ausüben politischen Drucks, die Einflussnahme auf den rechtlich-politischen Willensbildungsprozess sowie die öffentliche Meinungswerbung als die typischen Mittel, die Bürgerinitiativen einsetzen, genannt.

Im Rahmen dieser Arbeit wird, auf Basis der hier diskutierten Definitionsvorschläge, die folgende Arbeitsdefinition von Bürgerinitiativen entwickelt: „Bürgerinitiativen sind zumeist eher wenig formalisierte Organisationen von Bürgerinnen und Bürgern, die aus einer unmittelbaren oder mittelbaren Betroffenheit heraus gemeinsame Ziele formulieren und zu deren Durchsetzung projektbezogen zusammenarbeiten. Dies

erfolgt sowohl auf dem Weg der Herstellung öffentlicher Aufmerksamkeit als auch der Ausübung politischen Drucks auf allen Ebenen des politischen Systems.“

Diese Definition ist, wie auch die vorgestellten Definitionen, recht abstrakt. Dies liegt in der Tatsache begründet, dass die konkrete Ausgestaltung einer Bürgerinitiative zum einen „wesentlich von den Zielen und Erfahrungen der Beteiligten und den Gegebenheiten der jeweiligen Umwelt“ abhängt (Knirsch & Nickolmann, 1976, S. 15). Zum anderen hat diese weite Definition den Vorteil, dass nicht bereits ex ante viele empirisch mögliche Phänomene ausgeschlossen werden (z.B. eine Bürgerinitiative auf Bundesebene, die eine feste Vereinsstruktur aufweist). Wie grenzt sich der Bereich der Bürgerinitiativen allerdings von politischen Parteien und Interessenverbänden ab?

Ein wichtiges, implizit in diesen Definitionen erwähntes Merkmal von Bürgerinitiativen ist der Grad der *Professionalisierung*, den eine Initiative im Normalfall erreicht. Das Engagement in einer Bürgerinitiative ist für deren Mitglieder keine Form der Erwerbstätigkeit. Sicherlich gibt es in Bürgerinitiativen Differenzierungen in unterschiedliche Rollen (z.B. in Sprecher, Vorstände etc.), die sich durchaus an den beruflichen Qualifikationen der Mitglieder sowie in Anlehnung an die Arbeitsverteilung von Interessenverbänden orientieren können. Eine Professionalisierung im Sinne des Schaffens dauerhafter eigener Geschäftsstellen mit eigenen Beschäftigten schließt das Konzept der Bürgerinitiative nicht explizit aus. Dennoch ist es eher unwahrscheinlich, dass Bürgerinitiativen solche Strukturen bilden (aufgrund der Definitionselemente „zeitlich befristet“/„lose Organisation“). Damit unterscheiden sich Bürgerinitiativen von vielen anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren (wie zum Beispiel Umweltorganisationen oder Interessenverbänden), aber auch von politischen Parteien: Zwar leben viele Umweltorganisationen in beträchtlichem Maße durch die ehrenamtlichen Aktivitäten lokaler Ortsgruppen und auch die politischen Parteien vom Engagement ihrer aktiven „einfachen“ Mitglieder in den jeweiligen Ortsvereinen/Ortsgruppen. Allerdings haben diese zivilgesellschaftlichen Akteure und die politischen Parteien immer einen Apparat an hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der bestimmte Grundfunktionen der Organisation, z.B. in einer Zentrale, sichert und auch die Kontakte zu Politik und Medien über diese zentralen Stellen tätig beziehungsweise die Mitglieder in den lokalen und regionalen Standorten berät.

1.2 Erscheinungs- und Organisationsformen

Die vorgestellten allgemeinen Definitionen einer Bürgerinitiative nehmen bereits vorweg, dass die Organisationsformen auf einem Kontinuum von loser bis mehr oder weniger fester Organisation liegen.

Im Hinblick auf die *Mitgliederstruktur* von Bürgerinitiativen gibt es gefestigte Erkenntnisse. Nach Mayer-Tasch (1985) gruppieren sich die Mitglieder von Bürgerinitiativen um einen festen kleineren Kern an Mitgliedern, um den sich ein zweiter Kreis an Mitgliedern zieht, die temporär aktiv werden beziehungsweise sich aktivieren lassen. Der weitaus größere dritte Kreis besteht aus Mitgliedern, die nur sporadisch mobilisiert werden können und größtenteils inaktiv sind (Mayer-Tasch, 1995, S. 156f.).

In seiner empirischen Untersuchung der Kommunikationsstrukturen von Bürgerinitiativen konnte Schenk (1981, 1982) diese Strukturierung bestätigen: Beide von ihm untersuchten Bürgerinitiativen bestanden aus einem Kern sowie einer Peripherie, und das unabhängig von der gewählten Organisationsform (in einem Fall ein eingetragener Verein, im anderen Fall ein loses Netzwerk, das explizit basisdemokratische Grundsätze für sich reklamierte). Auch die neuere Studie von Marg et al. (2013) zu Bürgerinitiativen im Bereich großer Energieinfrastrukturprojekte zeigt, dass Bürgerinitiativen aus einem harten Kern an Aktivisten bestehen (zwei bis drei) und darüber hinaus eher kleinere Mitgliederzahlen im zweiten Kreis haben (Marg et al., 2013, S. 111).

Aufgrund der nicht zufälligen Stichprobenauswahl sowie der geringen Fallzahlen der untersuchten Bürgerinitiativen lassen sich die vorliegenden Befunde nicht ohne weiteres verallgemeinern. Dennoch scheint sich für die Mitgliederzahl ein Kern aus zwei bis zehn Mitgliedern und ein mobilisierbarer Kreis aus 20-30 sowie eine Anzahl von bis zu mehreren tausend Mitgliedern im dritten Kreis (Schenk, 1981, S. 631) herauszukristallisieren.

Die Etablierung einer *Organisationsform*, die eine Bürgerinitiative arbeitsfähig macht und eine gewissen Kontinuität sichert, ist bereits eine strategische Leistung, die in den meisten Fällen auch nicht mit der Gründungsphase abgeschlossen ist (Mayer-Tasch, 1985, S. 143). Dabei hängt die Organisationsform einer Bürgerinitiative von den verfügbaren *personellen Ressourcen*, ihrer *Zielsetzung* sowie den *Umständen, die zur Gründung der Initiative geführt haben*, ab (Mayer-Tasch, 1985, S. 143). So liegt es auf der Hand, dass eine Bürgerinitiative in einem urbanen Ballungsraum auf eine soziostrukturell anders zusammengesetzte Zahl an Betroffenen und Sympathisanten zurückgreifen kann als eine Bürgerinitiative auf dem Land.

Trotz der immensen Vielfalt von Bürgerinitiativen erfolgt in der wissenschaftlichen Beschreibung der Bürgerinitiativen eine Zweiteilung in *Ad-hoc-Initiativen* und *Dauerinitiativen* (Mayer-Tasch, 1985). Ad-hoc-Initiativen sind auf kurzfristige Ziele ausgerichtete „Spontan Gründungen“, die ihre Ursache in der Gefährdung des Lebensraumes finden. Das heißt, die Gründung ist auf eine äußere Drucksituation zurückzuführen (Mayer-Tasch, 1985, S. 149), wie zum Beispiel der Ankündigung der Planung für eine

Stromtrasse.² Dem gegenüber stehen die Dauerinitiativen, deren Ziele langfristig angelegt sind und über das Erreichen eines eng gefassten Zieles hinausgehen. Ein Beispiel hierfür wäre eine Initiative, die die Bemühungen einer Kommune zur Energieautarkie unterstützt.

Die organisatorischen Herausforderungen sind für beide Formen der Bürgerinitiativen entsprechend unterschiedlich: Müssen Ad-hoc-Initiativen durch den von außen hervorgerufenen Handlungsdruck vor allem eine schnelle Handlungsfähigkeit sicherstellen, geht es bei den Dauerinitiativen darum, den Zusammenhalt der Organisation mittel- bis langfristig zu sichern (Mayer-Tasch, 1985, S. 146). Dauerinitiativen bestehen häufig aus einem Vorstand, der im Rahmen einer Vereinsatzung seine Legitimität erhält. Durch die Vereinskasse wird auch die finanzielle Handlungsfähigkeit gesichert. Dauerinitiativen sind daher weniger auf die Erfolge situativer Spendensammlungen angewiesen (Mayer-Tasch, 1985, S. 148). Darüber hinaus signalisiert eine Vereinsstruktur auch nach außen eine gewisse Reputation bei der Öffentlichkeit und bei Ansprechpartnern in Verwaltung, Politik und Wirtschaft (Rucht, 1982, S. 228). Aus diesen Gründen wählen durchaus auch Ad-hoc-Initiativen die Rechtsform eines eingetragenen Vereins (Marg et al., 2013, S. 112f.). Allerdings darf die Wahl eines Vereins als Organisationsstruktur nicht darüber hinweg täuschen, dass Bürgerinitiativen im Vergleich mit Parteien, Verbänden und anderen Interessenorganisationen einen vergleichsweise geringen Institutionalisierungsgrad aufweisen (Rucht, 1982, S. 229).

So analytisch klar die von Mayer-Tasch (1985) vorgeschlagene Einteilung in Ad-hoc-Initiativen und Dauerinitiativen auf den ersten Blick erscheint, so schwierig ist sie aufrecht zu erhalten, wenn diese mit der empirischen Vielfalt an Bürgerinitiativen konfrontiert ist: Insbesondere die in der Einleitung thematisierten Infrastrukturprojekte zeichnen sich durch relativ lange Planungs- und Genehmigungsphasen aus, die sich über mehrere Jahre, teilweise bis hin zu annähernd einem Jahrzehnt, erstrecken. In diesem Fall ist die Gründung der Bürgerinitiative durchaus auf unmittelbaren Druck von außen zurückzuführen (erste Informationen über die Planung erzeugen Druck). In ihrem Verlauf können die Bürgerinitiativen jedoch sowohl ihre Organisationsstruktur formalisieren als auch ihre Ziele erweitern (vgl. Kreß & Nikolai, 1985, S. 22). Im Zeitverlauf können neue Bürgerinitiativen hinzukommen, z.B. im Rahmen eines bestimmten Verfahrensschrittes, der neuen Handlungsdruck erzeugt (z.B. Änderungen an den Planungen). Diese Bürgerinitiativen können beispielsweise auch fusionieren.

² Da sich die Arbeit empirisch mit Bürgerinitiativen im Themenfeld „Energie“ befasst, sind die meisten der Beispiele, die die theoretische Argumentation illustrieren, auch in diesem Bereich verortet.

Auch die Dauerinitiativen müssen nicht unbedingt von vornherein einen anderen, breiteren thematischen Zuschnitt aufweisen als Ad-hoc-Initiativen. Im Rahmen des Erweiterns der Ziele einer Bürgerinitiative kann aus einer Ad-hoc-Initiative eine Dauerinitiative entstehen (wenn sich eine Bürgerinitiative anfangs lediglich gegen eine Hochspannungsleitung einsetzte, im Laufe der Zeit jedoch den Ausbau regenerativer Energien vor Ort aktiv unterstützt). Die analytische Trennung zwischen Ad-hoc-Initiativen und Dauerinitiativen entspricht daher eher einer Idealtypisierung. In Wirklichkeit ist sie vielmehr als ein Kontinuum zu verstehen, in dem es durchaus zu Vermischungen kommen kann.

Neben der Unterscheidung von Ad-hoc-Initiativen und Dauerinitiativen nennt Rucht (1982) noch die aus der Kooperation verschiedener Bürgerinitiativen entstandenen regionalen und überregionalen *Zusammenschlüsse* (Rucht, 1982, S. 231). Als ein Beispiel führt Rucht verschiedene Landesverbände von Bürgerinitiativen an (ebd., S. 231).

Zu den Organisationsformen zählen auch die *internen Kommunikationsstrukturen* sowie die *Entscheidungsprozesse*. Rucht (1982) schreibt, dass Entscheidungen diskursiv im Anschluss an lange Diskussionsprozesse getroffen werden und eher weniger auf formellen Abstimmungen basieren (Rucht, 1982, S. 229). Dass diese diskursiven Entscheidungsprozesse allerdings nicht mit basisdemokratischen, partizipativen Verfahren gleichzusetzen sind, zeigt die Studie von Schenk, die einen besonderen Einblick in die internen Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen von Bürgerinitiativen ermöglicht (1981, 1982). Er fand heraus, dass sich die Organisation und Strukturierung eindeutig im Kern konzentriert. Die Personen des Kernteams bringen nicht nur die meisten Vorschläge ein, sondern sie kommunizieren auch fast ausschließlich untereinander und weitaus weniger mit den Mitgliedern der Peripherie (Schenk, 1981, S. 630f.). Das Kernteam spielt die zentrale Rolle bei den Entscheidungen. Laut Marg et al. (2013) erfolgt die Koordination durch regelmäßige Treffen in Gasthäusern und über E-Mail-Listen. Die Treffen werden entlang einer Tagesordnung strukturiert und Protokolle werden geführt, wobei der Hauptteil der Arbeit im Kernteam konzentriert ist (Marg et al., 2013, S. 111). Neben diesen Treffen spielt die interpersonale Kommunikation die herausragende Rolle, um sich als Mitglied der Bürgerinitiative über eben diese zu informieren (Schenk, 1981, S. 631).

Zusammenfassend lässt sich der Forschungsstand folgendermaßen festhalten: Unabhängig davon, ob eine Bürgerinitiative aus konkretem Anlass oder auf die Erreichung langfristiger Ziele ausgerichtet ist, die Organisationsstruktur reicht von losen Netzwerken bis hin zu eingetragenen Vereinen. Bürgerinitiativen bestehen aus einem Kernteam und einem zweiten Kreis an weniger aktiven Mitgliedern sowie einem dritten Kreis an Mitgliedern, die jedoch nicht aktiv in der Bürgerinitiative mitarbeiten.

1.3 Handlungsfelder

Bereits oben wurde angesprochen, dass die Handlungsfelder von Bürgerinitiativen sehr vielfältig sind: Sie reichen beispielsweise von kurzfristigen Reaktionen unmittelbar von einer politischen Entscheidung betroffener Bürgerinnen und Bürger bis hin zu langfristig ausgerichteten Zielen, die die Lebensqualität in ihrem Umfeld sichern und nachhaltig verbessern sollen. Laut Rucht (1982) waren Bürgerinitiativen vor allem in den Bereichen Wohnen/Stadtplanung, Sanierung, Bildung und nicht zuletzt auch in der Regional- und Verkehrsplanung aktiv (Rucht, 1982, S. 212).

Um einen aktuelleren Überblick über die thematischen Handlungsfelder von Bürgerinitiativen zu erhalten, wurden im Rahmen der bereits erwähnten bevölkerungsrepräsentativen Befragungsstudie Mitglieder von Bürgerinitiativen offen gefragt, in welchem thematischen Feld sich ihre Bürgerinitiativen engagieren (Wolling & Bräuer, 2010). Die Antworten wurden anschließend folgendermaßen zusammengefasst: Kommunale Belange und Stadtplanung, Verkehr und Lärm sowie Umwelt- und Naturschutz zählen zu den drei thematischen Hauptbereichen, wobei sich die Handlungsfelder nicht auf diese Kernthemen beschränken. Auch Bildung und Kultur sowie Integration, Soziales und Demokratie spielen eine Rolle (Tabelle 3).

Tabelle 3: *Handlungsfelder von Bürgerinitiativen*

| Handlungsfeld | n |
|--------------------------------------|----|
| Kommunales und Stadtplanung | 19 |
| Umwelt- und Naturschutz | 15 |
| Verkehr und Lärm | 14 |
| Bildung und Kultur | 8 |
| Integration, Soziales und Demokratie | 4 |
| Wirtschaft | 3 |
| Sicherheit | 2 |
| Nicht eindeutig | 2 |
| Summe der Nennungen | 67 |

Anmerkung: Datenbasis: Befragung im Rahmen des Projekts "Politische Online-Kommunikation", 6. Welle, 2008; n= 72 (Befragte nur Mitglieder in Bürgerinitiativen, 5 Befragte haben keine Angaben gemacht) (Wolling & Bräuer 2010).

1.4 Protestformen

Ähnlich breit wie die Handlungsfelder sind auch die Protestformen von Bürgerinitiativen. Im Alltagsverständnis sind Bürgerinitiativen vor allem mit der Inszenierung von Protest verbunden. Doch umfasst dies nur eine, wenn auch eine zentrale Dimension des Aktivitätenspektrums von Bürgerinitiativen. Bereits in den vorgestellten

Definitionen finden sich Hinweise auf die Mittel, die Bürgerinitiativen einsetzen, um Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen (Selbsthilfe, öffentliche Meinungswerbung, Ausübung politischen Drucks, Guggenberger, 1980). Um die eingesetzten Mittel von Bürgerinitiativen zu systematisieren, werden diese in die Differenzierung verschiedener Protestformen, wie sie im Rahmen des Prodat-Projektes entwickelt wurden (Rucht, 2010; Hutter & Teune, 2012) eingeordnet (siehe Tabelle 4).

Die vorhandenen empirischen Studien zeigen, dass *appellative Protestformen* einen zentralen Stellenwert für die Arbeit der Bürgerinitiativen einnehmen. Unterschriftensammlungen sowie offene Briefe und Flugblätter gehören zum Standardrepertoire von Bürgerinitiativen. Darüber hinaus stellten Bürgerinitiativen insbesondere in den 1980er Jahren durch die Herausgabe eigener Zeitungen eine Öffentlichkeit her (Jarren, 1984). Mit Flugblättern, Zeitungen, sichtbaren Protestplakaten sowie Rundschreiben entwickeln Bürgerinitiativen eine eigene alternative Öffentlichkeit. Dies liegt darin begründet, dass die Vermittlung der Information an die Bürgerinnen und Bürger einen hohen Stellenwert aufweist (Marg et al., 2013, S. 115). Mittels des Appells kann ein bestimmtes Thema in der öffentlichen Wahrnehmung verankert werden (Agenda Setting). Es geht darüber hinaus darum, die Bevölkerung „wachzurütteln“ (Marg et al., 2013, S. 115) und das Thema eindeutig als Missstand und Problem zu beschreiben (Framing). Zu den klassischen Formen der Aufmerksamkeitsgewinnung sind nunmehr auch Websites und Formen der Social Media-Angebote hinzugetreten. In der 2008 durchgeführten Befragungsstudie mit Bürgerinitiativmitgliedern gaben bereits 41 Prozent der Initiativmitglieder an, dass ihre Initiative über eine Website beziehungsweise ein Weblog verfügte (Wolling & Bräuer, 2010).

Diese appellativen Protestformen werden durch die *demonstrativen Protestformen* ergänzt. Durch Protestmärsche, Informationsveranstaltungen und Infostände wird das Thema im öffentlichen Bewusstsein verankert. Die Organisation von Demonstrationen ist vergleichsweise aufwändig. Dennoch, ein Großteil der Bürgerinitiativen organisiert solche Aktionen und Veranstaltungen (Wolling & Bräuer, 2010). Verbreitet sind auch Mahnwachen und Lichterketten (Marg et al., 2013, S. 116).

Auch die *prozeduralen Protestformen* zählen zum Kernrepertoire von Bürgerinitiativen. Gemeint sind damit beispielsweise Verfahrenseinsprüche und gerichtliche Klagen. Auch für diese Aktionen muss jeweils eine Öffentlichkeit hergestellt werden, nicht zuletzt auch um Spenden für die Finanzierung der mit einer Klage verbundenen Kosten (z.B. Anwaltskosten) einzuwerben.

Konfrontative Protestformen, wie Besetzungen, Boykotte, Störungen und Behinderungen, zählen zu den Praktiken einer Reihe sozialer Bewegungen und sind dort erprobt.

Bürgerinitiativen nutzten diese Formen in der Vergangenheit (Rucht, 1982, S. 237). Auch in der Gegenwart kommt es durchaus vor, dass von der Politik oder von Unternehmen initiierte Informationsveranstaltungen, auf denen auch Vertreterinnen und Vertreter von Bürgerinitiativen anwesend sind, von Bürgerinnen und Bürgern gestört werden (Auer & Sebald, 2014). Ob diese Ausbrüche kollektiven Verhaltens allerdings gezielt durch Bürgerinitiativen gefördert werden oder es sich vielmehr um ein Massenphänomen handelt, kann an dieser Stelle nicht mit Sicherheit gesagt werden, da keine empirischen Befunde vorliegen. Dass konfrontative Mittel von Bürgerinitiativen eingesetzt werden, zeigen die Erfahrungen aus Gorleben. Diese lassen sich auch als „symbolische Konfrontationen“ beschreiben (Rucht, 1982, S. 237). Rucht schreibt, dass vor allem Dauerinitiativen eher den Charakter von „Honoratioreninitiativen“ haben, in denen die örtlichen Honoratioren in den Vorständen den Ton angeben. Aus diesem Grund scheuen solche Initiativen aus Vorsicht vor Reputationsverlust den Einsatz eher unkonventioneller und spontaner Aktionen (Rucht, 1982, S. 228). Zu ihren Mitteln gehören eher Gespräche und Stellungnahmen gegenüber Behörden, Pressevertretern und politischen Entscheidungsträgern (Rucht, 1982, S. 228). Auch Marg et al. (2013) weisen darauf hin, dass Bürgerinitiativen den Eindruck vermeiden wollen, als „Krawallmacher“ oder „Blockierer“ wahrgenommen zu werden (Marg et al., 2013, S. 116). Auch die Anwendung *politischer Gewalt* ist, zumindest in der Vergangenheit, im Rahmen der Handlungen von Bürgerinitiativen vorgekommen (Rucht, 1982, S. 238). Da jedoch Gewalt zum Erreichen politischer Ziele in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland weitestgehend abgelehnt wird, führte diese eher zur Isolation (ebd., S. 238).

Bei all diesen genannten Handlungsformen treten Bürgerinitiativen öffentlich in Erscheinung (Kreß & Nikolai, 1985, S. 12). Dies liegt insbesondere daran, dass die inhaltliche Auseinandersetzung zwischen den Bürgerinitiativen und den anderen Konfliktparteien fast ausschließlich in der Öffentlichkeit stattfindet (vgl. Rucht, 1982, S. 236). Bei der Herstellung von Öffentlichkeit spielen daher auch die Medien als Multiplikatoren eine wichtige Rolle. Dabei ist der Verhältnis der Bürgerinitiativen zu den Medien ambivalent, da häufig auch negative Erfahrungen mit der Arbeit der Medien gemacht werden (Marg et al., 2013, S. 117). Gleichwohl, Bürgerinitiativen haben nicht von vornherein ein schwieriges Verhältnis zu den Massenmedien. Diese werden generell als wichtige Multiplikatoren anerkannt (Stamm, 1988, S. 165). Bürgerinitiativen betreiben aktiv Pressearbeit: 72 Prozent der Bürgerinitiativmitglieder in der bereits zitierten bevölkerungsrepräsentativen Studie gaben an, Pressearbeit zu machen (Wolling & Bräuer, 2010).

Tabelle 4: *Protestformen (nach Rucht, 2010)*

| Protestform | Beispiele |
|--------------|---|
| Appellativ | Unterschriftensammlungen, Petitionen, Resolutionen, offene Briefe, Flugblätter |
| Prozedural | Verfahrenseinsprüche, gerichtliche Klagen |
| Demonstrativ | Demonstrationsmärsche, Versammlungen, Protestkundgebungen, Streiks, Hungerstreiks |
| Konfrontativ | Besetzungen, Boykotte, Störungen, Behinderungen |
| Gewalttätig | Sachbeschädigungen, Anschläge |

Neben diesen immer an einer Öffentlichkeit ausgerichteten Formen des Protests wenden Bürgerinitiativen auch andere Formen der Interessendurchsetzung an. Sie treten in Kontakt mit politischen Entscheidern, ihren jeweiligen Abgeordneten, mit Landesregierungen, Landtags- und Bundestagsfraktionen und legen ihnen ihre Sicht der Dinge dar. Die Politik ist und bleibt ein *zentraler Adressat* von Bürgerinitiativen (Marg et al., 2013, S. 115). In der Studie von Wolling & Bräuer gaben 87 Prozent der befragten Bürgerinitiativmitglieder an, Kontakte mit Vertretern der Politik einzusetzen (Wolling & Bräuer, 2010). Ähnlich wie das Verhältnis zu den Massenmedien ist das Verhältnis der Bürgerinitiativen zu der Politik auch ambivalent: Marg et al. (2013) halten fest, dass den Mitgliedern der Bürgerinitiativen die Logik des politischen Systems häufig unverständlich sei (Marg et al., 2013, S. 123f.). Generell gilt: Bürgerinitiativen treten mit einer gewissen Skepsis gegenüber politischen Parteien auf. Einerseits fürchten sie, von der etablierten Politik kooptiert zu werden. Andererseits ist ihnen die Logik der Parteidisziplin fremd (vgl. Marg et al., 2013, S. 125).

Die in den Definitionen von Bürgerinitiativen genannte Möglichkeit der Selbsthilfe ist bei einigen Handlungsfeldern stark eingeschränkt: So scheidet die Option der Selbsthilfe bei Bürgerinitiativen, die dem Bau eines Windparks oder der Errichtung eines Pumpspeicherwerks kritisch gegenüber stehen, aus. Die Einflussnahme auf den rechtlich-politischen Willensbildungsprozess und auf konkrete Entscheidungen durch die öffentliche Meinungswerbung stellen daher bei den meisten Bürgerinitiativen die zentralen Protestmittel dar (Kreß & Nikolai, 1985, S. 12; vgl. Stamm, 1988, S. 160; vgl. Marg et al., 2013, S. 115).

1.5 Zusammenfassung und Schlussfolgerung aus der Bürgerinitiativforschung

Bürgerinitiativen erweisen sich als kontinuierliches Phänomen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind eine etablierte Form politischer Beteiligung. Dabei unterscheiden sie sich von politischen Parteien, aber auch von Interessenverbänden durch ihren geringen Formalisierungsgrad. In ihren Themenfeldern beziehen sie sich immer auf Aspekte der (konkreten) Lebenswelt. Abstraktere Themen

wie Frieden finden zum Beispiel ihren Eingang in der Unterstützung von Flüchtlingen, Umweltthemen in das Engagement für eine dezentrale Energieversorgung vor Ort. Dabei nutzen Bürgerinitiativen Strategien der Mobilisierung von Öffentlichkeit sowie der Öffentlichkeitsarbeit und der direkten Ansprache von Entscheidern. Darunter fällt vor allem der Einsatz appellativer, demonstrativer, prozeduraler sowie zum Teil auch konfrontativer Protestmittel. Bürgerinitiativen sind Produzenten eigener öffentlicher und medialer Angebote. Sie finden durch ihr öffentliches Engagement einen Eingang in die massenmediale Berichterstattung über die jeweiligen Themen ihres Protests.

Die bisherige Forschung zu Bürgerinitiativen hat eine solide definitorische und klassifikatorische Basis entwickelt. Die empirischen Befunde entstammen jedoch, bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Marg et al., 2013), weitestgehend aus den 1980er Jahren. In den jeweiligen Arbeiten stellen die kommunikativen Aspekte des BI-Engagements zumeist nur einen Teilbereich dar. Es ist zu erwarten, dass sich mit der Diffusion des Internets sowie der Digitalisierung (Digitale Fotografie, computergestützte Präsentationen, das Erstellen von Plakaten und Flyern mit PC und Laptop) durchaus auch die Protestformen der Bürgerinitiativen verändern. Ziel dieser Arbeit ist die, über diese Bestandsaufnahme der durch Bürgerinitiativen eingesetzten Protestmittel hinausgehende, Entwicklung eines theoretischen Modells, das die Wahl einzelner Protestformen erklären kann.

In diesem Kapitel wurden Arbeiten vorgestellt, die die öffentliche Kommunikation von Bürgerinitiativen in den Blick genommen haben. Bei einigen Autoren finden sich neben der reinen Beschreibung zum Teil auch Erklärungsansätze (z.B.: Rucht, 1982: Honoratioreninitiativen scheuen eher konfrontative Protestformen; Stamm, 1988: Bürgerinitiativen stehen nicht aus gefestigten ideologischen Beweggründen Massenmedien kritisch gegenüber; Marg et al., 2013: Medien werden kritisch betrachtet, Distanz zu politischen Parteien). Diese Argumente und Ergebnisse sind jedoch nicht in kohärente Erklärungsmodelle eingebettet, die einen Zusammenhang zwischen den einzelnen Erklärungsfaktoren hinreichend plausibilisieren und theoretisch einordnen. Vielmehr handelt es um Einzelaufzählungen.

Ohne eine klare theoretische Einordnung der Aktionsformen der Bürgerinitiativen wird es allerdings schwer sein, die weitere Forschung zu orientieren, relevante Fragestellungen abzuleiten und zu fokussieren, da immer nur punktuell und selektiv Anknüpfungspunkte zu bereits bestehender Forschung zu finden sein werden. Da die verschiedenen Arbeiten nicht Teil eines spezifischen Forschungsprogrammes sind, kann auch kein kumulativer Forschungsstand entwickelt werden.

Die weitere Forschung zur Kommunikation der Bürgerinitiativen sollte daher nicht weiter Einzelbefunde zusammentragen, sondern vielmehr durch eine theoretische Einbettung versuchen (a) plausible Erklärungsmodelle zur Entstehung der Aktionsformen von Bürgerinitiativen zu entwickeln und (b) im Vergleich verschiedener Bürgerinitiativen die Unterschiede zwischen diesen systematisch herausarbeiten, so dass (c) im Ergebnis theoriebasierte empirische Ergebnisse vorliegen und aus der Forschung hergeleitete neue Hypothesen zur weiteren Prüfung vorhanden sind.

Ein solches Feld sind beispielsweise die Theorien der Öffentlichkeit. So wird aus den Ergebnissen der Bürgerinitiativforschung nicht deutlich, wie öffentlichkeitsorientierte und eher direkt an die Politik gerichtete Strategien zusammenhängen. Die zentrale Rolle medialer politischer Kommunikation für die Bürgerinitiativen wird zwar genannt (Rucht, 1982, S. 236; Stamm, 1988, S. 160). Eine nähere theoretische Erörterung dieser Bedeutung erfolgt jedoch nicht. Ein Öffentlichkeitsverständnis, wie beispielsweise das Modell der Öffentlichkeit als intermediäres System, wie es Gerhards und Neidhardt (1991) entwickelt haben, kann sich hierfür als hilfreich erweisen. Mit Hilfe eines solchen Modells lassen sich zum ersten die verschiedenen Ebenen und Formen der Öffentlichkeit ausdifferenzieren. Denn es stellt sich die Frage, ob für Bürgerinitiativen die Präsenz in den Massenmedien oder die Herstellung eigener Öffentlichkeit (eigene Veranstaltungen, Broschüren) entscheidend ist. Zum zweiten erlaubt es das Modell, das Verhältnis zwischen öffentlicher Diskussion und politischer Entscheidung klar in den Blick zu nehmen.

Da auch die Kommunikation von Bürgerinitiativen durch den fortschreitenden Medienwandel betroffen ist, kann sich darüber hinaus das Konzept der Medialisierung (Schulz, 2004; Vowe, 2006; Marcinkowski & Steiner, 2009) als hilfreich erweisen, die zunehmende Bedeutung medial vermittelter Kommunikation für die Politik, auch der von Onlinekommunikation, systematisch herzuleiten. Mit einer solchen Einordnung des Gegenstandes Bürgerinitiative können nicht nur Vergleiche mit anderen Akteuren der Öffentlichkeit hergestellt werden. Darüber hinaus wird der Untersuchungsgegenstand direkt in zentrale Fragestellungen kommunikationswissenschaftlicher Forschung eingeordnet. Dieses Kapitel hat gezeigt, dass Bürgerinitiativen eine der etablierten Formen öffentlichen bürgerschaftlichen politischen Engagements darstellen. Die Kommunikationswissenschaft sollte sich diesem Phänomen stärker widmen.

Eine kommunikationswissenschaftliche Einbettung des Gegenstandes hilft, den medialen sowie politischen Kontext, in dem Bürgerinitiativen agieren, umfassend theoretisch in den Blick zu nehmen und Bürgerinitiativen als Akteure der Öffentlichkeit neben Parteien, Interessengruppen und Unternehmen gleichberechtigt zu untersuchen. Wie und auf welcher Basis Bürgerinitiativen öffentlich agieren (die konkrete Wahl der

Protestformen) können sowohl die Theorie der Öffentlichkeit als intermediäres System sowie auch das Konzept der Medialisierung nicht genau beantworten. Auch die Forschung zur Kommunikation von Parteien und Interessenverbänden bietet für ein solches Anliegen keinen geeigneten Rahmen, da zum einen die Beziehungen von Parteien und Interessenverbänden zu politischen Entscheidungsarenen deutlich stärker formalisiert sind (z.B. Parteilinie über Parteitage, Konvente; z.B. parlamentarische Arbeit über Anhörungen, Ausschüsse, Plenumssitzungen; das Führen eines Verzeichnisses von Interessenverbänden beim Deutschen Bundestag) und darüber hinaus in einen Bereich professioneller Kommunikation eingebettet sind. Professionelle Akteure verwenden eigene Heuristiken, die sie im Rahmen von Studiengängen und Weiterbildungsprogrammen erworben haben. Bei Bürgerinitiativen erfolgen solche Lernprozesse vorwiegend aus einer Laienperspektive heraus. Wenngleich die Übergänge zwischen der Laienperspektive einer Bürgerinitiative hin zu einer Professionalisierung nicht unbedingt substantiell sein müssen, sind die Organisationsstrukturen einer Bürgerinitiative wenig vergleichbar mit denen von Parteien. Deren Wirken ist gesetzlich genau bestimmt (Gesetz über die politischen Parteien, PartG) und ihre Rolle im Willensbildungsprozess hat Verfassungsrang (Art. 21 GG). Verbände wiederum vertreten Interessen „zahlender“ Mitglieder, die aus diesem Grund professionelle Kommunikatoren und Kampagnen finanzieren, um ihre Anliegen in der Öffentlichkeit und der Politik gegenüber geltend zu machen.

Vielversprechender ist es, das Forschungsfeld der sozialen Bewegungen zu Rate zu ziehen, da deren Organisationen eine größere Ähnlichkeit zu Bürgerinitiativen aufweisen (siehe Kapitel 2). Die Theorien sozialer Bewegungen sollen helfen, die Erklärungsfaktoren für die Wahl konkreter Protestformen herauszuarbeiten. Neben öffentlichkeitstheoretischen und kommunikationswissenschaftlichen Ansätzen stehen daher bewegungssoziologische Ansätze im Zentrum der theoretischen Auseinandersetzung dieser Arbeit. Im folgenden Kapitel 2 findet diese umfassende theoretische Einordnung des Untersuchungsgegenstandes Bürgerinitiative statt.

2 Theoretische Einordnung des Untersuchungsgegenstandes

Der Überblick zur Forschung über Bürgerinitiativen hat verdeutlicht, dass eine kohärente theoretische Auseinandersetzung mit der Kommunikation von Bürgerinitiativen auf der Mesoebene fehlt. Die internen Dynamiken in Bürgerinitiativen sind kaum erforscht (Nowack, 1988, S. 1). Auf dieser Ebene werden jedoch die zentralen Entscheidungen mit Blick auf die Wahl der Protestmittel getroffen. In diesem Kapitel sollen die Grundlagen dafür zunächst auf Basis der *Theorien sozialer Bewegungen* erarbeitet werden.

Ausgangspunkt dieses Kapitels ist die Annahme, dass Menschen prinzipiell in der Lage sind, sich außerhalb politischer Institutionen (z.B. Parteien, Parlamente) zusammenzufinden, um bestimmte, von ihnen als problematisch empfundene Zustände gemeinsam anzugehen. Das Problem kann im Konkreten den Widerstand gegen die Errichtung eines Endlagers für atomaren Müll ebenso wie das Eintreten gegen Atomenergie im Allgemeinen umfassen.

Allerdings ist geteilter Unmut noch kein Garant dafür, dass Menschen tatsächlich zueinander finden und anfangen, sich in einer Gruppe über einen Zeitraum hinweg gemeinsam zu engagieren. Unterschiedliche Einschätzungen über den Charakter des jeweiligen Problems und darüber welche Personen oder Institutionen dafür verantwortlich zu machen sind und wie das Problem am besten behoben werden kann, können zu Auseinandersetzungen führen, die gemeinsames Handeln entweder erschweren oder in manchen Fällen gar unmöglich machen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche Personen überhaupt ein offenes Ohr für die Forderungen der Gruppe haben: Können Politikerinnen und Politiker davon überzeugt werden, sich mit dem Thema zu befassen? Da die Gruppe aus der politischen Peripherie heraus agiert, ist sie besonders auf die öffentliche Vermittlung ihrer Anliegen angewiesen. Es stellen sich die Fragen: Wie kommen wir mit unseren Anliegen in die Medien? Berichten die Medien sachlich über unsere Anliegen? Schließlich kann der Protest auch durch einen Mangel an Mitstreitern, zu wenig Geld sowie zu wenig Zeit für das Engagement oder auch durch zu geringe Erfahrungen in politischen Auseinandersetzungen oder in der Zusammenarbeit mit Medien erschwert werden.

Diesen hier kurz umrissenen Fragestellungen widmet sich die Forschung zu sozialen Bewegungen. Für den Gegenstand der Bürgerinitiativen sollen dabei in diesem Kapitel drei Theorieangebote aus der Forschung zu sozialen Bewegungen vorgestellt und kritisch analysiert werden. Mit den Fragen, wie ein Problem von einer Gruppe definiert wird und wie sich die Gruppe selbst sieht, beschäftigt sich die *Framing-Forschung* (Kapitel 2.3). Mit der Frage, wie offen Politik und Medien, aber auch die Bevölkerung

für die Anliegen einer Bürgerinitiative sind, befasst sich das Konzept der *Gelegenheitsstrukturen* (Kapitel 2.2). Schließlich geht der Ansatz der *Ressourcenmobilisierung* davon aus, dass kollektives Handeln ganz entscheidend von denjenigen Ressourcen abhängt (Erfahrungen, Zeit, Geld), die einer Gruppe zur Verfügung stehen, oder die sie in der Lage ist einzuwerben. Im Rahmen der Ressourcenmobilisierungstheorie wird auch der Begriff der *Repertoires* eingeführt, der beschreibt was die einzelnen Protestgruppen unternehmen, um auf ihre Ziele aufmerksam zu machen und um diese zu verwirklichen (Kapitel 2.1).

Das Ziel dieses Kapitels liegt darin, diese drei Theorieangebote der Bewegungsforschung (Framing, Gelegenheitsstrukturen, Ressourcenmobilisierung) für den Gegenstand der Bürgerinitiativen aufzuarbeiten, um im Anschluss aus diesen Theorieangeboten ein theoretisches Modell der Wahl der Protestformen von Bürgerinitiativen zu entwickeln. Die hier vorgestellten Theorien sollen systematisch in die Modellentwicklung eingehen. Daher werden diese Ansätze aus der Bewegungsforschung aufgegriffen, da sie sich auf der Ebene der Organisation (Mesoebene) verorten lassen. Makrotheoretische, sozialphilosophische, aber auch psychologische Ansätze werden im Rahmen dieser Arbeit nicht berücksichtigt.

Da die Theorien sozialer Bewegungen allerdings nur einen geringen Beitrag zur Klärung der Bedeutung von (massenmedialer) Öffentlichkeit für Proteste leisten und den Zusammenhang zwischen Öffentlichkeit, Medien und politischem System theoretisch kaum in den Blick nehmen, erfolgt im Kapitel 2.4 eine öffentlichkeitstheoretische sowie eine kommunikationswissenschaftliche Einordnung des Untersuchungsgegenstands. Die erarbeiteten theoretischen Hintergründe fließen dann im folgenden Kapitel 3 in ein theoretisches Erklärungsmodell zusammen.

Maßgeblich für die hier angestrebte theoretische Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen ist allerdings, dass es möglich ist, Bürgerinitiativen aus der Perspektive der Bewegungsforschung betrachten zu können, dass Bürgerinitiativen einen zu diesen Theorien passenden oder zumindest „verwandten“ Gegenstand darstellen. In einer allgemeinen Definition einer sozialen Bewegung beschreiben Della Porta & Diani (2006) diese als einen *sozialen Prozess*, in dem:

- Akteure in Konfliktbeziehungen mit klar identifizierbaren Opponenten stehen
- Akteure miteinander über dichte informelle Netzwerke verbunden sind
- Akteure eine bestimmte kollektive Identität teilen

(Della Porta & Diani, 2006, S. 20).

Ergänzend kann hinzugefügt werden, dass soziale Bewegungen

- Kollektive sind, die mit einiger Kontinuität
- außerhalb institutioneller Kanäle handeln und
- bestehende Autoritäten herausfordern oder bekämpfen

(Snow, Soule & Kriesi, 2004, S. 11).

In beiden Definitionen sind deutliche Parallelen zu der im letzten Kapitel entwickelten Definition der Bürgerinitiativen vorhanden. Die Elemente des Konflikts mit Autorität und des *Engagements außerhalb institutionalisierter Kanäle* kamen auch bei der Definition der Bürgerinitiativen vor. Allerdings wird in der Definition der Bürgerinitiativen der Aspekt der Betroffenheit sowie des konkreten Anlasses betont, während dieser Aspekt bei den Bewegungsdefinitionen keine Rolle spielt. Die Definition von Della Porta und Diani ist auf der aggregierten Ebene der verschiedenen Akteure verortet (eine Bewegung setzt sich aus mehreren Organisationen zusammen). Im Begriffsverständnis von Snow, Soule und Kriesi können jedoch auch einzelne Protestgruppen (z.B. Bürgerinitiativen) als soziale Bewegung verstanden werden. Die Autoren machen sogar deutlich, dass „lokale NIMBY-Bewegungen“ unter ihr Begriffsverständnis von sozialen Bewegungen fallen (Snow, Soule & Kriesi, 2004, S. 11). Damit stehen die Autoren nicht allein: Auch weitere Bewegungsforscher ordnen lokale Protestgruppen, die sich beispielsweise gegen die Errichtung von Infrastrukturprojekten engagieren, durchaus einer übergeordneten (Umwelt-)Bewegung zu (Gerlach, 1999, S. 86; Staggengborg, 2011, S. 117). Aus der Perspektive des Konzeptes von Della Porta und Diani ist diese definitorische Offenheit allerdings strittig. Denn ein einzelner Akteur müsste sich im Allgemeinen mit den generellen übergreifenden Zielen der Bewegung identifizieren, also die kollektive Identität der Bewegung teilen oder an deren Herausbildung zumindest beteiligt sein: Eine Bürgerinitiative, die sich beispielsweise gegen den Bau einer Autobahn wehrt, wäre nur dann Teil einer „Umweltbewegung“, wenn sie (1) entweder in Kontakt mit anderen Initiativen steht, die sich gegen Autobahnbau auch in anderen Regionen einsetzen, oder (2) generell auch eine alternative Verkehrspolitik im Sinne des Umweltschutzes fordert und damit die Identität der übergeordneten Umweltbewegung teilt. Dazu müsste sie in informellen Austausch mit anderen Protestgruppen stehen.

Ein Beharren auf einer klaren Dichotomie zwischen sozialer Bewegung mit kollektiver Identität und dichtem informellen Netzwerk auf der einen Seite und einzelnen Bürgerinitiativen mit lediglich konkreten Zielstellungen auf der anderen Seite verkennt allerdings die durchaus möglichen Dynamiken in und zwischen Bürgerinitiativen. Im vorangegangenen Kapitel wurde deutlich, dass Bürgerinitiativen durchaus im Laufe ihres

Bestehens einen Wandlungsprozess von einer reinen „Verhinderungsinitiative“ hin zu einer Bürgerinitiative mit einer allgemeineren thematischen Ausrichtung durchlaufen können. Gerade an der deutschen Umweltbewegung wird deutlich, dass Bürgerinitiativen in den Auseinandersetzungen von Wyhl über Wackersdorf bis Gorleben immer wichtige Akteure der Umweltbewegung darstellten.

Die Frage, ob eine Bürgerinitiative als Teil einer Bewegung aus Bürgerinitiativen oder anderen Protestakteuren verstanden werden kann, ist daher letztlich eine empirische Frage: Wenn einzelne Mitglieder eine solche Vernetzung aktiv betreiben und auch Ideen miteinander austauschen, wird man auch eine einzelne Bürgerinitiative eindeutig einer sozialen Bewegung im Begriffsverständnis von Della Porta und Diani zuordnen können.

Schließlich sei darauf verwiesen, dass in der Bewegungsforschung im Allgemeinen sehr unterschiedliche empirische Phänomene unter dem Bewegungsbegriff vereint werden: So werden einerseits die Proteste indigener Völker (die „Zapatista“-Bewegung: Russell, 2005), die Proteste marginalisierter oder prekärer Gruppen (Gibbs, 2002; Mattoni, 2013), Organisationen, die arme Menschen unterstützen (McCarthy & Walker, 2004), bis hin zu den transnationalen Bewegungen (Smith, 2002) unter dem Begriff der Bewegung gefasst.

Dem Eindruck einer gewissen Beliebigkeit kann am besten entgegengewirkt werden, wenn die Forschenden verdeutlichen, wie sich der entsprechende Untersuchungsgegenstand als soziale Bewegung bestimmen lässt. In der folgenden Tabelle 5 sind (in einem groben Raster) die möglichen Ebenen und Akteurstypen sozialer Bewegungen aufgelistet. Insgesamt finden sich in sozialen Bewegungen sehr unterschiedliche Organisationsformen, die im Grad ihrer Formalisierung sehr stark variieren können. Diese können auf einem Kontinuum von einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten über Graswurzelorganisationen bis hin zu formalisierten Organisationen (z.B. der BUND, Friends of the Earth, Greenpeace) abgebildet werden. Bürgerinitiativen werden sich vorrangig³ auf der lokalen und regionalen sowie möglicherweise auch auf der nationalen Ebene verorten lassen und „Graswurzelorganisationen“ darstellen. Wenn in einem konkreten Konfliktfeld mehrere Bürgerinitiativen aktiv sind und sich diese

³ Im Allgemeinen ist es nicht auszuschließen, dass eine Bürgerinitiative als Wählerinnen- und Wählervereinigung bei den Kommunalwahlen in einen Gemeinderat gewählt wird. Damit kann die Bürgerinitiative auch direkt am politischen Entscheidungsprozess mitwirken. Darüber hinaus kann auch ein Kernaktivist einer lokalen Bewegung gewählter Ortsbürgermeister sein. Zusätzlich können sich Bewegungen auch an institutionalisierten Konsultationsverfahren beteiligen ohne den Nimbus einer Bewegung zu verlieren.

untereinander vernetzen, kann von einer lokalen, beziehungsweise *regionalen Bewegung von Bürgerinitiativen* gesprochen werden. Bürgerinitiativen können darüber hinaus auch mit anderen Akteuren vernetzt sein, dann wären sie Teil einer übergreifenden sozialen Bewegung (wie beispielsweise die Bürgerinitiativen um Gorleben ein fester Bestandteil der Anti-AKW-Bewegung sind). Diese Differenzierung ist deshalb wichtig, da nur so die Ergebnisse unterschiedlicher Forschung sinnvoll miteinander verglichen werden können und Übergeneralisierungen in Form von zu weitreichenden Schlüssen vermieden werden.

Tabelle 5: *Akteure und Ebenen sozialer Bewegungen*

| | Einzelne Aktivisten | Graswurzelorganisation | Formelle Organisation |
|----------------|---------------------|------------------------|-----------------------|
| lokal/regional | | | |
| national | | | |
| transnational | | | |

Als erstes *Zwischenfazit* kann festgehalten werden, dass Bürgerinitiativen im Prinzip als spezifische Organisationsform sozialer Bewegungen eingeordnet werden können. Engagieren sich in einem Konfliktfeld mehrere Bürgerinitiativen gemeinsam und hat sich eine kollektive Identität entwickelt, kann dieses Zusammenspiel als eine regionale soziale Bewegung verstanden werden.

Die beiden vorgestellten Definitionen von sozialen Bewegungen sind im Hinblick auf die angewendeten *Handlungsformen* sowie die Themen des Protestes unspezifisch, sie grenzen also weder bestimmte Protestformen aus noch legen sie sich auf spezifische Protestformen fest. Da auch die Protestthemen nicht spezifiziert sind, können sowohl konkrete Anlässe (z.B. Verhinderung des Baus eines Umspannwerkes) als auch allgemeine politische und gesellschaftliche Themen (z.B. Umwelt- und Energiepolitik) Inhalte sozialer Bewegungen sein. Im Gegensatz zu politischen Parteien oder Interessenverbänden erfolgt das kollektive Handeln sozialer Bewegungen vorrangig außerhalb des institutionellen politischen Gefüges. In den folgenden Unterkapiteln wird nun die bewegungstheoretische Einordnung des Untersuchungsgegenstandes Bürgerinitiative im Detail erfolgen.

2.1 Die Theorie der Ressourcenmobilisierung

Ausgangspunkt der Ressourcenmobilisierungstheorie (RM) ist, dass Menschen, die ein gemeinsames Anliegen haben, das noch nicht verwirklicht wurde, eine Gruppe bilden können, sich also zu einem kollektiven Akteur formieren (Opp, 1998, S. 91). Diese

Grundannahme klingt zunächst trivial. Im Rahmen der Theorieentwicklung im Bereich der sozialen Bewegungen markiert diese These jedoch einen wissenschaftlichen Perspektivwechsel: Wurden Bewegungen in den 1950er und 1960er Jahren in der akademischen Diskussion vorrangig als irrationale Ausbrüche von kollektivem Protest im Zusammenhang mit Unruhen diskutiert (Ferree, 1992, S. 29; Buechler, 1993), setzten sich die Vertreter der Ressourcenmobilisierung seit den 1970er Jahren von dieser älteren Denkschule deutlich ab. Der vormals stark sozialpsychologische Fokus wurde zugunsten einer soziologischen Betrachtungsweise verschoben, die ihren Schwerpunkt auf die *Organisation* setzt (Ferree, 1992, S. 29). Die Betrachtung von Protesten beschränkt sich nicht auf die Erklärung und Analyse kurzfristiger Ausbrüche diffuser Ängste oder angestauter Wut über Missstände in Form von kollektiven Unmutsäußerungen (z.B. das Auspfeifen von Politikerinnen und Politikern auf öffentlichen Veranstaltungen oder Unruhen). Vielmehr wird sozialen Bewegungen eingeräumt, zielgerichtet zu handeln um gesellschaftliche Probleme zu lösen: Soziale Bewegungen sind *politische* Akteure, die *rational* für ihre Interessen eintreten (vgl. Jenkins, 1983, S. 528). Dabei bilden diese Bewegungen organisationale Strukturen aus, die teilweise institutionalisiert sein können (Buechler, 2008, S. 1035).

Mobilisierung beschreibt ganz allgemein den Übergang der (politischen) Passivität einzelner Bürgerinnen und Bürger hin zu aktiver Partizipation im Rahmen kollektiven Handelns (Tilly, 1978, S. 69). Dazu müssen Organisationsformen geschaffen sowie Mittel eingeworben werden, um nach außen sichtbare Protesthandlungen vorzubereiten und durchzuführen (vgl. Rucht, 1996, S. 186). Anders ausgedrückt: Ohne Organisation und Ressourcen ist kein Protest möglich.

Ausgangspunkt für diesen Perspektivwechsel war die empirische Beobachtung der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung sowie eine theoretische Auseinandersetzung mit Mancur Olsons „Theorie kollektiven Handelns“ (1967). Dieser Verschiebung der Perspektive ist es zu verdanken, dass in der Ressourcenmobilisierungstheorie vorrangig die *Organisation des Protestes* in den Blick genommen werden kann. Im Zentrum stehen also weniger die Gefühle und Motive einzelner Demonstrierender (Mikroebene), noch die gesamtgesellschaftlichen Wirkungen von Protesten (Makroebene). Die Ressourcenmobilisierungstheorie ist im Kern eine Organisationstheorie, die Proteste aus einer spezifischen Perspektive heraus betrachtet: Der Erfolg einer Bewegung ist eine Funktion der vorhandenen sowie mobilisierbaren Ressourcen der jeweiligen Organisationen dieser Bewegung. Diese Perspektive erlaubt es, Unterschiede im kollektiven Handeln auf Unterschiede in der Protestorganisation und der Ressourcenausstattung zurückzuführen und eröffnet daher Vergleichsperspektiven, die die bisherige Bürgerinitiativforschung nicht in den Blick genommen hat.

In diesem Kapitel werden in einem ersten Schritt zunächst die Kerngedanken von Mancur Olsons Theorie kollektiven Handelns erläutert, da diese die Grundlage für das Verständnis der Ressourcenmobilisierung liefert. Im nächsten Schritt werden die Kernaspekte der Ressourcenmobilisierungstheorie in ihren beiden prominentesten Fassungen (Oberschall, 1973; McCarthy & Zald, 1977) vorgestellt. Schließlich wird eine Dimensionierung der Ressourcen sowie der Protestformen (Repertoires) erarbeitet. Abschließend wird eine kritische Diskussion die notwendigen Ergänzungen der Ressourcenmobilisierungstheorie aufzeigen.

2.1.1 Die Theorie kollektiven Handelns

Menschen werden immer wieder feststellen, dass sie gemeinsame Interessen in Bezug auf ihre Lebensumgebung haben, die (noch) nicht verwirklicht sind. Zwei Beispiele hierfür sind die noch nicht durchgängig gesicherte Versorgung mit Breitbandinternet in ländlichen Regionen oder auch der Wunsch nach einem Park zur Naherholung in einer Großstadt. In solchen Fragestellungen liegen zwei grundlegende Ausgangsbedingungen der Theorie kollektiven Handelns von Mancur Olson: Eine Gruppe (a) verfügt über Ziele, die noch nicht realisiert sind und (b) diese Ziele sind Kollektivgüter (Opp, 1998, S. 91). Kollektivgüter sind Güter, von denen Personen, die sich nicht an deren Herstellung beteiligen, nicht ausgeschlossen werden können (Olson, 1971, S. 15). Die meisten Ziele, für die sich soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen einsetzen, sind solche Kollektivgüter: Seien es ganz allgemein saubere Luft, der Erhalt unbebauter Landschaft, Breitbandinternet oder aber die Errichtung eines Parks zur Naherholung. Die Theorie kollektiven Handelns beschäftigt sich nun mit der Frage, wie unter diesen Bedingungen gemeinsames Handeln möglich ist, da Personen, die sich nicht für saubere Luft oder die Errichtung des Parks engagieren, dennoch uneingeschränkt davon profitieren würden. Dieser Aspekt kollektiven Handelns wird typischerweise als die *Free-Rider-Problematik* oder auch als Trittbrettfahrerproblem beschrieben. Olson unterstellt den Menschen generell, dass sie rein *zweckrational* handeln. Mit einem solchen engen Verständnis von Rationalität wäre beispielsweise das Engagement in einer Bürgerinitiative aus einer individuellen Perspektive nicht rational, da das Individuum auch ohne Engagement von der Verwirklichung des Anliegens der Initiative profitieren wird.

Auch wenn man sich diesem Postulat der reinen Zweckrationalität nicht anschließen mag, die soeben beschriebene Ausgangslage stellt sicherlich eine der zentralen Herausforderungen für Bürgerinitiativen dar: Einerseits werden sie in ihrem Selbstverständnis im Namen aller Bürgerinnen und Bürger aktiv (und nicht nur für sich selbst). Andererseits stellt sich die Frage nach der Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger für kollektives Handeln. Menschen müssen motiviert werden, an Aktionen der

Bürgerinitiative teilzunehmen und sich in ihrem Namen zu engagieren, und das selbst auch dann, wenn sie in der Bürgerinitiative gerade die Organisation sehen, die sich bereits für das gemeinsame Anliegen engagiert. Laut Olson werden Menschen vor allem durch *selektive Anreize* motiviert, sich zu engagieren. Ein selektiver Anreiz kann beispielsweise die Anerkennung durch die Mitglieder eines Kollektivs für das Engagement sein. Ein anderer selektiver Anreiz wird bei den sich im Sinne einer Bürgerinitiative engagierenden Personen auch der Grad der eigenen *Betroffenheit* von einer getroffenen oder sich abzeichnenden politischen Entscheidung sein. So werden Bürgerinnen und Bürger, deren Grundstück in der Nähe einer geplanten Höchstspannungsleitung liegt, mehr individuelle Anreize dazu haben, sich gegen den Bau dieser Leitung einzusetzen. Für diese Menschen geht es nicht nur um den Erhalt eines bestimmten, als ästhetisch schön empfundenen Landschaftsbildes (das Kollektivgut), sondern auch um den Erhalt ihrer persönlichen Lebensqualität und den Wert ihres Grundstückes (die selektiven Anreize).

Mit diesen beiden zentralen Annahmen (Free-Rider-Problematik und selektive Anreize) rücken weitere Aspekte in die Überlegungen zum kollektiven Handeln. Einer Bürgerinitiative werden bei ihrem gemeinsamen Handeln immer *Organisationskosten* entstehen. Die Organisationskosten beschreibt Olson als eine Funktion der Anzahl der Gruppenmitglieder: Je mehr Mitglieder eine Organisation hat, desto höher sind auch die Organisationskosten. Zum Beispiel können die Treffen von Bürgerinitiativen mit wachsenden Mitgliederzahlen nicht mehr in den Wohnungen oder Häusern der einzelnen Mitglieder stattfinden. Räume müssen angemietet werden. Kleinere Gruppen haben daher laut Olson Vorteile gegenüber größeren, auch weil der sichtbare Einfluss der einzelnen Mitglieder in Kleingruppen größer ist und damit auch die individuelle Motivation der Beteiligung steigt, beziehungsweise die gegenseitige Kontrolle auch leichter möglich ist. Darüber hinaus ist es wichtig, dass innerhalb der Gruppen ein genereller Konsens vorhanden ist (Olson, 1971, S. 47). Auf Basis dieser Gedanken entwickelt Olson eine Taxonomie von Gruppen:

- (a) Privilegierte Gruppen: Alle Mitglieder oder wenigstens ein Mitglied wollen, dass das kollektive Gut realisiert wird, auch wenn diese eine Person die gesamte Last tragen müsste (Olson, 1971, S. 49f.). Das bedeutet, dass im Zweifelsfall diese einzelne Person die gesamte anfallende Arbeit leisten würde.
- (b) Intermediäre Gruppen: Bei diesen Gruppen ist es nicht so, dass ein einzelnes Mitglied so viel vom Erreichen des Gutes hat, dass es selbst die gesamten Kosten tragen würde. Allerdings ist die Gruppe klein genug, dass die Mitglieder mitbekommen, welche Gruppenmitglieder keine Anteile zum Erreichen des kollektiven Gutes einbringen (Olson, 1971, S. 50).

- (c) Latente Gruppen: Bei latenten Gruppen ist der individuelle Beitrag zum Erreichen des kollektiven Gutes von den Gruppenmitgliedern kaum oder gar nicht wahrnehmbar. Dieser Typ von Gruppen wird als latent bezeichnet, da diese das Gruppenverhalten nur durch selektive Anreize oder Sanktionsmöglichkeiten mobilisieren können (Olson, 1971, S. 50). Latente Gruppen sind im Verständnis von Olson vor allem Berufsverbände, Gewerkschaften oder große Umweltschutzorganisationen.

Der Kern einer Bürgerinitiative lässt sich in vielen Fällen wahrscheinlich als privilegierte oder intermediäre Gruppe beschreiben. Das Potenzial für kollektives Handeln, das eine Gruppe entfalten kann, hängt demzufolge sehr stark von den Kosten ab, die die einzelnen Mitglieder bereit sind, für das Engagement zu tragen, und, inwiefern es gelingt, einen Gruppenkonsens zu erreichen und aufrecht zu erhalten. Mit Blick auf die Bürgerinitiativen kann die Peripherie der Mitglieder einer Bürgerinitiative durchaus als latente Gruppe bezeichnet werden. So werden Bürgerinnen und Bürger, die ihre Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative gegen den Bau einer Höchstspannungsleitung oder aber ihre generelle Sympathie mit der Initiative bekundet haben, ihren eigenen Anteil bei einem Demonstrationmarsch oder dem Abschicken einer Protest-Postkarte kaum spüren. Wenn man Olsons Denken folgt, werden sich diese Mitglieder ausschließlich im Interesse ihrer je eigenen selektiven Anreize engagieren.

Ein solches ausschließlich an Zweckrationalität orientiertes Handeln findet seine Grenzen in altruistischen oder philanthropischen Motiven. In Einklang mit Olsons Theorie ist das Engagement für die eigene Gruppe auf altruistischer Basis: z.B. für die Mitbürgerinnen und Mitbürger gegen den Bau der Höchstspannungsleitung zu demonstrieren. Darüber hinaus schließt Olson nicht aus, dass in Organisationen auch emotionale sowie ideologische Momente wirken (z.B. Emotionen innerhalb einer Bürgerinitiative in Bezug auf Entscheidungen, die „über die Köpfe der Betroffenen hinweg“ getroffen werden). Doch reichen Emotionen und Ideologie nicht aus, dass die Mitglieder die notwendigen Beiträge in Form von Ressourcen einbringen (Olson, 1971, S. 13). Dass sich Bürgerinitiativen auch für das Erreichen von Zielen für andere Gruppen von Menschen engagieren (z.B. für die bessere Integration von Migranten), kann die Theorie Olsons nicht integrieren, da diese sich mit solchen Aspekten explizit nicht beschäftigt (Olson, 1971, S. 6).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Olsons Gruppentheorie die Aufmerksamkeit auf die zielgerichteten und rein instrumentellen Aspekte von Interessengruppen legt. Mit der Einführung des Konzeptes der selektiven Anreize, der Bedeutung weniger Führungspersonen (in privilegierten sowie intermediären Gruppen), der Dimension des Gruppenkonsenses sowie den spezifischen Aussagen zur Rolle der Gruppengröße liegt ein wichtiges analytisches Raster vor, das die Hypothesenbildung über die

Erfolgsaussichten von Bürgerinitiativen über eine Annäherung an eben jene organisationalen Aspekte ermöglicht. Insbesondere wird deutlich, dass sich Bürgerinitiativen als Organisationen zunächst „selbst erschaffen“ müssen. Die Mobilisierung in Form der Gründung einer Protestorganisation sowie die Mobilisierung der Unterstützung von Mitgliedern sind zentrale Herausforderungen. Gelingt dies nicht, wird kollektives Handeln in Form von Protesten nicht gesichert werden können.

Olsons Gruppentheorie reicht allerdings nicht aus, um dem Gegenstand sozialer Bewegungen und Bürgerinitiativen vollständig gerecht zu werden. Das Verdienst seiner Arbeit liegt darin, dass diese als Ausgangspunkt für ein nüchternes Denken über das Engagement in Protestbewegungen diene. In den Protestierenden werden nicht vorrangig von Emotionen bewegte Menschen gesehen, sondern klar denkende, kalkulierende und konkrete Ziele verfolgende Personen.

Eine Weiterentwicklung dieses Ausgangspunktes hin zu einer angemessenen analytischen Würdigung des Gegenstandes von Bürgerinitiativen erfolgte vor allem von Anthony Oberschall (1973) sowie John McCarthy und Mayer N. Zald (1977), die sich in der Formulierung ihrer eigenen Theorien sozialer Bewegungen auf Olson beriefen. Dabei ist zu betonen, dass die verschiedenen Forscher relativ selektiv mit Olsons Theorie umgehen und jeweils bestimmte Aspekte aufgreifen, die sie für die Untersuchung sozialer Bewegungen als weiterführend betrachteten (Crossley, 2002, S. 77f.).

2.1.2 Eine soziologische Theorie der Mobilisierung

Oberschall (1973) greift Olsons Ansatz zum kollektiven Handeln auf und entwickelt eine soziologische Theorie der Mobilisierung. Wichtig ist hervorzuheben, dass Oberschall sowohl vergangene soziale Bewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts als auch die Bewegungen des 20. Jahrhunderts untersucht und eine breite und allgemeine Theorie vorlegt, die Geltung für totalitäre und autoritäre Regime sowie auch für die modernen Demokratien reklamiert. Im Rahmen dieser Arbeit werden jedoch nur die Aspekte der Theorie betrachtet, die sich tatsächlich auch auf moderne westliche Demokratien anwenden lassen.

Ausgangspunkt für Oberschalls Theorie der Mobilisierung ist – analog zu Olson (1971) – die Annahme, dass die verschiedenen Akteure in sozialen Bewegungen in der Lage sind, ihre Interessen zu erkennen (Gebot der Rationalität). Dies können zum Beispiel die Unzufriedenheit mit gesellschaftlichen Wirklichkeiten oder eine Erfahrung von Unterdrückung sein (Oberschall, 1973, S. 118f.). Im Gegensatz zu Olsons Annahmen kann ein solches Kollektiv auch von außen, das heißt durch andere Organisationen oder Individuen, unterstützt werden. Gerade diese Verbindungen mit

Unterstützern, die nicht unmittelbar der Bewegung zugerechnet werden können, machen kollektiven Protest wahrscheinlicher. Diese theoretische Erweiterung erweist sich als notwendig, da dadurch auch das Engagement prominenter Persönlichkeiten für Protestbewegungen erklärt werden kann, wie beispielsweise das Eintreten des Schauspielers Walter Sittler für die Proteste gegen den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofes. Darüber hinaus können sich politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger für die Interessen des Kollektivs einsetzen. Ein Beispiel für eine solche Unterstützung ist, wenn eine Parlamentsfraktion eine Anfrage im Sinne einer Bürgerinitiative an die Regierung formuliert oder eine Bürgerinitiative zu einer Ausschusssitzung einlädt. Darüber hinaus können auch Publizistinnen und Publizisten eine soziale Bewegung fördern, indem sie für deren Anliegen öffentlich eintreten (so zum Beispiel die Unterstützung von Naomi Klein für die Occupy-Wallstreet-Bewegung).

Als wichtig für die Mobilisierung schätzt Oberschall (1973) das *Vorhandensein gemeinsamer Ziele* und auch die Existenz von definierbaren Opponenten ein, die für den jeweiligen Missstand verantwortlich zu machen sind. Oberschall schreibt, dass sowohl „oppositionelle“ Gedanken als auch potenzielle Führungskräfte bereits im Vorfeld der Proteste vorhanden sind (Oberschall, 1973, S. 158). Eine solche von Kollektiven gemeinsam empfundene Unzufriedenheit kann allerdings nur begrenzte Unruhen erzeugen. So können die von der Planung einer Hochspannungsleitung betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei einer Informationsveranstaltung des planenden Unternehmens ihrem Unmut lautstark Luft machen und die Veranstaltung stören. Über diese Störung können auch Massenmedien berichten. Damit kann ein solches Ereignis auch eine Wirkung auf die Politik haben. Um anhaltenden und substanziellen Protest zu entwickeln, braucht es allerdings eine *organisationale Basis*. Diese Basis wird zunächst eher auf verwandtschaftlichen Beziehungen, auf Dorf- oder Stadteilgemeinschaften oder ethnischen Gemeinschaften mit anerkannten Führungsfiguren beruhen (Oberschall, 1973, S.119). Das bedeutet, dass der Ausgangspunkt für die Organisation von lokalen Protesten häufig auf den Strukturen des alltäglichen Lebens von Menschen beruht (Jasper, 1999, S. 79). In empirischen Studien verschiedener Bewegungen konnte bestätigt werden, dass die Rekrutierung vorrangig über den Verwandtschafts- oder über den Freundes- und Bekanntenkreis erfolgt und in viel geringerem Maße über die mediale Berichterstattung (Snow, Zurcher & Eklund-Olson, 1980). So werden einige Bürgerinnen und Bürger Flyer gestalten, Unterschriftenlisten initiieren und damit in ihrer Nachbarschaft von Haus zu Haus gehen. Durch diese Aktivierung von Netzwerken entsteht die Basis für eine sich im Zeitverlauf gründende Bürgerinitiative.

Die organisationale Basis einer sozialen Bewegung beruht zusätzlich auf sogenannten „secondary groups“ wie z.B. Berufs- oder Religionsgemeinschaften und anderen

Special Interest Vereinigungen (z.B. Sportvereine) mit prominenten Führungspersonen in diesen Vereinigungen. Diese Netzwerke erzeugen Solidarität, die für kollektive Ziele aktiviert werden kann (Oberschall, 1973, S. 119).

Oberschall schlussfolgert, dass sich die Mitglieder in sozialen Bewegungen gerade in der Anfangsphase aus relativ gut integrierten und vor ihrem Engagement in der Bewegung bereits gesellschaftlich oder politisch aktiven Menschen zusammensetzen (Oberschall, 1973, S. 135). Dies könnte auch für die Bürgerinitiativen gelten. Zusätzlich erweisen sich vertikale Verbindungen, insbesondere zu höheren gesellschaftlichen Sphären, als ebenso hilfreich (Oberschall, 1973, S. 119). Aus dieser Erörterung kann vermutet werden, dass es Bürgerinitiativen, die in solche horizontale sowie vertikale Netzwerke gut integriert sind, leichter fallen wird, Unterstützung zu mobilisieren. Aus diesem Grund sind sie eventuell gar nicht auf eine starke Herstellung von Öffentlichkeit angewiesen, da über jene Netzwerke im Rahmen interpersonaler Kommunikation viele Sympathisierende bereits gut erreicht werden können. Darüber hinaus verfügt eine Bürgerinitiative möglicherweise über Kontakte mit politischen Entscheidungsträgern oder auch mit Journalistinnen und Journalisten, die durch andere Tätigkeiten, z.B. Vereinsarbeit, bereits bestehen und im Rahmen des Engagements in der Bürgerinitiative aktiviert werden können.

Die Arbeit von Oberschall macht daher deutlich, dass es notwendig ist die *Beziehungsnetzwerke* von Bürgerinitiativen in den Blick zu nehmen, da diese eine konstitutive Ressource darstellen. Als Folge daraus lässt sich hypothetisieren, dass die im letzten Kapitel erwähnten Honoratioreninitiativen nicht nur aus Sorge vor Reputationsverlust auf spektakuläre Protestaktionen verzichten. Möglicherweise brauchen diese Bürgerinitiativen eine solche öffentlichkeitswirksame Mobilisierung nicht, da sie bestehende Netzwerke erfolgreich aktivieren können, auch ohne nach außen spektakulär auftreten zu müssen. Protestgruppen und Bürgerinitiativen, die wiederum weniger gut in Netzwerke integriert sind, wären somit in viel stärkerem Maß auf die Herstellung von Öffentlichkeit angewiesen.

Zentral für die Gedanken von Oberschall sind neben diesen Netzwerken die *Führungspersönlichkeiten* der Protestbewegungen. Sie sind die „Architekten der Organisation, der Ideologie und der Mobilisierung“ (Oberschall, 1973, S. 146) und handeln zielorientiert (ebd., S. 158). Der Bedeutung von Führungspersönlichkeiten wird in der Bewegungsforschung umfassend nachgegangen (z.B. Nestad & Bob, 2006; Earl, 2007). Dass Freiwillige in Protestorganisationen Führungspositionen übernehmen, ist alles andere als selbstverständlich. Das Engagement erfolgt zumeist in der Freizeit, ist nicht vergütet und oftmals sind die Erfolgsaussichten gering. Ähnlich wie Olson (1971) macht auch Oberschall (1973) die Bedeutung selektiver Anreize stark. Diese können

beispielsweise in Karrierezielen liegen. Auch im Bereich der Bürgerinitiativen ist es durchaus denkbar, dass sich Ortsbürgermeister oder Kandidaten, die ein solches Amt anstreben, über das Engagement in der Bürgerinitiative profilieren möchten.

Führungspersönlichkeiten bringen nach Oberschall Fähigkeiten und Fertigkeiten mit, die entweder durch die jeweilige *berufliche Ausbildung* erlernt worden sind oder die aus *Erfahrungen in anderen Konflikten* resultieren (Oberschall, 1973, S. 158). Damit sind neben der Integration in die Netzwerke auch die Erfahrungen der Führungspersönlichkeiten in politischen Konflikten sowie ihr erworbenes Wissen über das Funktionieren von Politik und Medien ein Erklärungsfaktor für das Handeln einer Protestgruppe.

Das zielorientierte Handeln von Führungspersönlichkeiten ist immer durch verschiedene Restriktionen geprägt. Oberschall listet die folgenden zentralen Rahmenbedingungen auf (Oberschall, 1973, S. 158):

- Unvollständige Informationen: Eine der zentralen Herausforderungen für das Engagement sind die unvollständigen Informationen. Beispielsweise müssten Bürgerinitiativen sämtliche Informationen zusammenstellen, um in der Auseinandersetzung mit Politik und Verwaltung tatsächlich auf Augenhöhe diskutieren zu können.
- Druck von außen: Eine Protestorganisation wird immer wieder von äußerem Druck berührt werden. Im Fall der Bürgerinitiativen kann das der unmittelbare Handlungsdruck durch eine bereits getroffene Entscheidung sein, gegen die diese Initiative kämpft. Allerdings kann der Druck von außen auch durch andere Protestorganisationen kommen: Diese können beispielsweise versuchen, eigene Mitglieder abzuwerben.
- Innere Einschränkungen: Führungspersonen werden immer wieder auch vor internen Herausforderungen stehen. Vor allem sind hier die beiden bereits von Olson aufgegriffenen Aspekte der Organisationskosten sowie des Gruppenkonsenses zu nennen.
- Eine prekäre finanzielle Basis schränkt darüber hinaus die Potenziale kollektiven Handelns ein.
- Notwendigkeit der Verhinderung der Teilung der Bewegung: Bereits Olson betonte die Bedeutung eines Gruppenkonsenses. Die Gefahr einer Teilung von Protestgruppen besteht letztlich konstant. Denn anders als bei anderen „politischen“ Organisationen, wie beispielsweise Parteien, gibt es in den wenigsten Fällen Statute und Regularien (z.B. Mitgliedsausschlussverfahren), die interne Auseinandersetzungen regeln. Alleingänge von Mitgliedern, auch in die Öffentlichkeit, sind daher nicht ausgeschlossen.
- Der Wunsch die Führungsposition aufrechtzuerhalten: Auch dieser Aspekt mag eine Rolle spielen, insbesondere wenn das Engagement auf selektiven Anreizen basiert.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass Oberschall (1973) deutlich herausgearbeitet hat, dass Bewegungsorganisationen Ressourcen mobilisieren müssen, um Protesthandeln sicherstellen zu können. Diese liegen vor allem in Netzwerken sowie in den Erfahrungen und Kompetenzen, die Führungspersönlichkeiten einbringen. Darüber hinaus öffnet der Autor den Blick für den Kontext des Protests (Unterstützung von Advokaten, Politikerinnen und Politikern, Medien). Er macht die Bedeutung von geteilten Protestideen deutlich. Aus seiner Theorie schließend lässt sich hypothetisieren, dass je nachdem, wie in Bewegungsorganisationen Expertise mobilisiert werden kann, wie viel Zeit Führungspersönlichkeiten für ihr Engagement zur Verfügung steht und wie gut eine Bewegungsorganisation in Netzwerke integriert ist, so entsprechend unterschiedlich ihre Handlungsformen aussehen werden.

2.1.3 *Ressourcenmobilisierung und soziale Bewegungen*

In ihrem Aufsatz „Resource mobilization and social movements: A partial theory“ (1977) griffen McCarthy und Zald die Arbeiten von Olson und Oberschall auf und verdichteten die Argumentation, dass das Handeln sowie der Erfolg sozialer Bewegungen von Ressourcen abhängig ist und es entscheidend ist, zu untersuchen, wie sich soziale Bewegungen Ressourcen aneignen, da diese die Voraussetzung für das Handeln einer Bewegung darstellen (McCarthy & Zald, 2003, S. 171). Wie schon bei Olson rücken die Organisationen sozialer Bewegungen in den Vordergrund, da diese die Basis für die Akkumulation der notwendigen Ressourcen darstellen. In Abgrenzung zu Olson (1971) gehen die Autoren allerdings davon aus, dass neben individuellen Mitgliedern auch Advokaten („conscience constituents“) sowie externe Unterstützer Bewegungsorganisationen maßgebliche Ressourcen zur Verfügung stellen (McCarthy & Zald, 2003, S. 172). Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Opponenten, z.B. politischen Entscheidungsträgern, müssen die Organisationen den Zufluss der dazu notwendigen Ressourcen sicherstellen. Ähnlich wie Oberschall (1973) postulieren die Autoren, dass Unzufriedenheit oder Repressionserfahrungen in Gesellschaften mehr oder weniger kontinuierlich vorhanden sind. Diese Unzufriedenheit über Missstände wird von einzelnen *Bewegungsunternehmern* (Führungspersönlichkeiten) oder Organisationen klar definiert (McCarthy & Zald, 2003, S. 171).

Diese Aussage ist sehr wichtig für das Verständnis von Protest. In einer Region mag beispielsweise in der Bevölkerung Unmut über soziale und wirtschaftliche Entwicklungen vorhanden sein. Eine Bewegungsorganisation kann diesen Unmut in griffigen Kernbotschaften zusammenfassen, mit denen sich Menschen identifizieren können. Dadurch kanalisiert eine Protestgruppe den von vielen einzelnen Menschen empfundenen Unmut in gezielten Protest. Diese Kernbotschaften können bereits so formuliert

sein, dass sich möglichst viele Menschen anschließen können (z.B. durch Unterschriftenlisten).

Um die Kernbotschaften allerdings an die Adressaten kommunizieren zu können, benötigen die Bewegungsorganisationen Ressourcen. Aus diesem Verständnis heraus ist eine soziale Bewegung als „set of opinions and beliefs in a population which represents preferences for changing some elements of the social structure and/or reward distribution of a society“ definiert (McCarthy & Zald, 2003, S. 172). Eine solche soziale Bewegung besteht aus einer Reihe von Bewegungsorganisationen (social movement organizations – SMOs), die als “complex, or formal, organization which identifies its goals with the preferences of a social movement (...) and attempts to implement those goals” charakterisiert sind (McCarthy & Zald, 2003, S. 173).

Da McCarthy und Zald (2003) bei ihrer Betrachtung vor allem das empirische Beispiel der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung im Blick hatten, legten sie ihren Schwerpunkt bei der Definition von Bewegungsorganisationen auf den Aspekt der „Komplexität“ und „Formalität“. Damit schließen sie eher lose Organisationen, wie beispielsweise die Bürgerinitiativen, jedoch nicht generell aus. Wichtig ist, dass die Autoren einen Schwerpunkt auf den Aspekt der Organisationsform legen. Die Wahl einer Organisationsform basiert ganz allgemein gesprochen auf internen sowie externen Ressourcen (Della Porta & Diani, 2006, S. 139). Daher kann die Wahl der Organisationsform als strategische Option verstanden werden, die durch das Vorhandensein mobilisierbarer Ressourcen sowie durch die Grenzen ihres rationalen Einsatzes (Vorerfahrungen, Erwartungen an Organisation und die Beziehungen zu den Zielgruppen) geprägt ist. Aus diesem Grund mag auch die Wahl einer Organisationsform, die einen geringen Grad von Hierarchie und interner Differenzierung aufweist, als rationale und strategische Entscheidung erscheinen: Da das Engagement der meisten Mitglieder in Bürgerinitiativen in deren Freizeit erfolgen muss, ist eine Vereinsführung häufig eine zusätzliche Last, die die Handlungsoptionen einschränken mag. Im Sinne der Theorie von Olson (1971) wäre die Wahl einer solchen gering formalisierten Organisation rational, da Organisationskosten reduziert werden können.

Warum ist die Betrachtung der Organisation wichtig für die Erklärung der Wahl der Protestformen? Die Organisationsform hat einen Einfluss darauf, welche Taktiken die jeweilige Organisation anwendet, um ihre Ziele zu erreichen. In einem umfangreichen empirischen Vergleich zweier Organisationstypen von Bewegungsorganisationen, die sich gegen Armut engagieren, konnten McCarthy und Walker (2004) zeigen, dass jene Organisationen, die auf individueller Mitgliedschaft basieren, eher zu Protestformen greifen und kontroverse Themen (z.B. Abtreibung) nicht meiden, während der andere Organisationstyp der Gemeinde-basierten Organisationen (hierbei handelt es sich um

Netzwerke aus Vertreterinnen und Vertretern von Kirchengemeinden) eher auf Konsens ausgerichtete Taktiken anwendet. In einer anderen umfangreichen empirischen Studie konnte Rucht (1996) zeigen, dass informelle Bewegungsorganisationen eher radikale Protestmittel anwenden als formalisierte Bewegungsorganisationen (Rucht, 1996). Auch Kriesi (1996) bestätigt, dass Bewegungsorganisationen mit formalisierter Organisationsstruktur und professionellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sich eher auf institutionalisierte Taktiken berufen werden und weniger konfrontative Mittel anwenden (Kriesi, 1996, S. 158). Die Aussagen von McCarthy und Zald *zusammenfassend* kann festgehalten werden, dass neben starken Führungspersönlichkeiten vor allem geeignete Organisationsstrukturen eine notwendige Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit einer Bewegung darstellen. Den Kontext des Protestes (Politik, Medien, Bevölkerung) blenden sie allerdings bei ihrer theoretischen Erfassung des Gegenstands der sozialen Bewegungen weitestgehend aus.

2.1.4 Typen von Ressourcen

So zentral die Mobilisierung von Ressourcen für kollektives Handeln in der Ressourcenmobilisierungstheorie ist, eine systematische Ableitung in Form einer Taxonomie der Ressourcen wurde zunächst nicht verfolgt. Olson (1971) und Oberschall (1973) machen deutlich, dass *Gruppengröße*, *Gruppenkonsens*, *Führungspersönlichkeiten* und *soziale Netzwerke* entscheidende Ressourcen darstellen. McCarthy und Zald (1977) heben vor allem die *Organisationform* selbst als zentrale Ressource hervor, um weitere für das kollektive Handeln notwendige Ressourcen mobilisieren zu können. Einen systematischen Versuch, die verschiedenen Formen von Ressourcen zu typisieren, unternahmen Edwards & McCarthy (2004). Die Autoren unterscheiden moralische, kulturelle, sozio-organisationale, menschliche und materielle Ressourcen (Edwards & McCarthy, 2004).

Die *moralischen Ressourcen* liegen vor allem außerhalb einer Bewegungsorganisation. Dazu zählen Legitimität, solidarische Unterstützung, die Unterstützung von Sympathisanten sowie die Unterstützung durch Prominente (Edwards & McCarthy, 2004, S. 125f.). Generell sind diese moralischen Ressourcen für eine Bürgerinitiative nur schwer oder gar nicht kontrollierbar. Zwar können Bürgerinitiativen versuchen, diese zu mobilisieren. Legitimität, Solidarität sowie Unterstützung von Prominenten werden für Bürgerinitiativen allerdings immer prekär sein. Es ist demzufolge durchaus kritisierbar, diese tatsächlich als Ressourcen zu verstehen. Ressourcen sind im Allgemeinen Mittel, über die Menschen verfügen können (nachdem sie sich diese angeeignet haben). Legitimität, Solidarität und Unterstützung Prominenter werden allerdings von

externen Akteuren einer Bürgerinitiative eingeräumt und sind daher nur zum Teil kontrollierbar.

Der zweite Typ der umfasst die *kulturellen Ressourcen*. Diese setzen sich aus konzeptuellen Werkzeugen und spezifischem Wissen zusammen (Edwards & McCarthy, 2004, S. 126). Edwards und McCarthy nennen hier das implizite Wissen, das notwendig ist, um ein Protestereignis durchzuführen, eine Pressekonferenz abzuhalten, Mitgliederversammlungen zu leiten, eine Organisation zu gründen oder das Internet professionell nutzen zu können (Edwards & McCarthy, 2004, S. 126). Diese Auflistung verdeutlicht bereits, dass solche kulturellen Ressourcen in Gesellschaften nicht gleichmäßig verteilt sind. Nur wenige Menschen sind mit diesen Tätigkeiten vertraut. Es geht nicht darum, dass die materiellen Ressourcen fehlen würden (um z.B. eine Pressekonferenz zu veranstalten oder dass die Menschen keinen PC zur Verfügung haben). Wichtiger ist, dass die Vorstellungen, welche Dinge sinnvoll für Proteste sind, in verschiedenen Kollektiven unterschiedlich verteilt sind. So ist die Vorstellung der Nützlichkeit einer Pressekonferenz sicherlich in Gruppen, in denen Mitglieder organisiert sind, die über ihren Beruf Erfahrungen mit Medien gesammelt haben, „greifbarer“ als für andere Gruppen, in denen die Mitglieder im Vorfeld keine eigenen Erfahrungen mit Medien gesammelt haben. An dieser Stelle wird der generelle Unterschied zwischen einer Bürgerinitiative und jenen institutionalisierten (politischen) Akteuren, die über professionelle Mitarbeiter verfügen, besonders deutlich: So sind in den Geschäftsstellen und Zentralen politischer Parteien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, die professionelle Medien- und Kampagnenarbeit betreiben. In Bürgerinitiativen und Bewegungsorganisationen können sich selbstverständlich auch solche Expertinnen und Experten engagieren, dennoch wird dies in der Praxis eher auf Zufällen beruhen.

Die dritte Form der Ressourcen sind die *sozio-organisationalen Ressourcen*. Hierzu zählen die intentionale sowie die nutzbare (appropriable) soziale Organisation (Edwards & McCarthy, 2004, S. 127). Intentionale Organisation ist beispielsweise die Organisationsform der Bürgerinitiative selbst. Sie wurde allein durch die Mitglieder der Bürgerinitiative geschaffen. Mit Hilfe der intentionalen sozialen Organisation kann eine Bürgerinitiative versuchen, ihre Legitimität zu erhöhen. Sie kann beispielsweise die Strukturen und Praktiken etablierter institutionalisierter Akteure imitieren. Dies kann bei einer Bürgerinitiative sicher im Rahmen der Professionalisierung ihrer Beziehungen zu Politik sowie Medien erfolgen, aber auch durch die Gründung eines eingetragenen Vereins (siehe Kapitel 1.2). Indem Bürgerinitiativen sich die institutionalisierten Prozesse aneignen, können sie bei Politik, Medien und in der Bevölkerung Ansehen erlangen und somit auch Legitimität. Nutzbare sozio-organisationalen

Ressourcen sind die bei Oberschall (1973) abgeleiteten horizontalen sowie vertikalen Beziehungsnetzwerke, also die Kontakte mit Vertretern der Politik, der Medien oder auch die Kontakte mit anderen Bürgerinitiativen.

Der vierte Typ der Ressourcen sind die *menschlichen Ressourcen*, hierzu zählen Arbeitskraft, Erfahrungen, Führungspersönlichkeiten, Expertise und Fähigkeiten. Edwards und McCarthy machen deutlich, dass Bewegungsorganisationen Expertise in den Bereichen Recht, Webdesign, Öffentlichkeitsarbeit und Organisation benötigen (Edwards & McCarthy, 2004, S. 128). Die Mitarbeit in einer Bewegungsorganisation ist abhängig von der individuellen Lebenssituation. So ist es aufgrund der biographischen Verfügbarkeit nicht verwunderlich, dass auf der einen Seite Studierende und auf der anderen Seite eher Rentnerinnen und Rentner sowie Pensionäre Zeit haben, sich einzubringen. Darüber hinaus ist es häufig so, dass es eine große Gruppe „Mehrfach-engagierter“ gibt. Empirische Studien verdeutlichen allerdings, dass sich die Konzentration von solchen Mehrfachengagierten in einer Bewegungsorganisation auch negativ auf deren Mobilisierungsfähigkeit auswirken kann, da diese die Verfügbarkeit von Individuen reduziert, sich in einer Bewegung zu engagieren (Kitts, 2000, S. 242).

Schließlich gibt es noch die *materiellen Ressourcen*. Diese umfassen Geld, Eigentum, Sachmittel sowie Räumlichkeiten (Edwards & McCarthy, 2004, S. 128). Die Typologie der Ressourcen von Edwards und McCarthy ist in Tabelle 6 zusammengefasst.

Tabelle 6: *Typologie von Ressourcen (nach Edwards & McCarthy, 2004)*

| Moralische Ressourcen | Kulturelle Ressourcen | Sozio-organisatorische Ressourcen | Menschliche Ressourcen | Materielle Ressourcen |
|------------------------------|-------------------------------------|--|---|--|
| Legitimität Unterstützung | Konzeptuelle Werkzeuge Wissen | Intentionale Organisation Anwendbare Organisation | Arbeitskraft Erfahrungen Führungspersonen Expertise Fähigkeiten | Geld Eigentum Sachmittel Räumlichkeiten |

Anhand dieser Typologie von Ressourcen wird deutlich, warum es im Hinblick auf das Protesthandeln wichtig ist, die Mobilisierung von Ressourcen in den Blick zu nehmen: Für die meisten Bewegungsorganisationen ist die Mobilisierung von Ressourcen eine zentrale Dimension ihres Handelns, damit sie kollektives Handeln in Form von Protesten sicherstellen können.

Edwards und McCarthy betonen in ihrem Artikel die Ungleichverteilung der Ressourcen in Gesellschaften und intendieren diese Ungleichverteilung in die Analyse der Ressourcenmobilisierung mit aufzunehmen (Edwards & McCarthy, 2004, S. 118f.). Durch die Notwendigkeit ein bestimmtes Maß an Ressourcen zunächst einmal

mobilisieren zu müssen, um handlungsfähig zu sein, haben Bürgerinitiativen (sowie andere Bewegungsorganisationen) generell schwierigere Ausgangsbedingungen als Verbände oder politische Parteien. Darüber hinaus wird es den Bürgerinitiativen im Allgemeinen nur schwer gelingen, in Bezug auf die Ressourcenausstattung auf „Augenhöhe“ mit professionellen Interessenverbänden und politischen Institutionen zu agieren. Auch im Vergleich innerhalb einer Bewegung sind die Ressourcen der einzelnen Bewegungsorganisationen oftmals ungleich verteilt und viele Bewegungsorganisationen stehen in einem Wettbewerb untereinander (Zald & McCarthy, 1979).

An dieser Stelle kann nochmals der Bezug zu kulturellen Ressourcen hergestellt werden: In den urbanen Zentren arbeiten allein schon aufgrund der Verteilung von Stellen deutlich mehr Menschen in den Bereichen Forschung und Technik sowie Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit. Das bedeutet letztlich, dass sich dort die kulturellen und auch menschlichen Ressourcen anders (und für das kommunikative Handeln von Protestierenden günstiger) verteilen und Bürgerinitiativen dort über ein anderes Mobilisierungspotenzial verfügen als in einer ländlichen Region. Gleichzeitig ist diesen in den urbanen Zentren agierenden Bürgerinitiativen möglicherweise eine größere öffentliche und mediale Aufmerksamkeit sicher, weil der Protest in der „Nachbarschaft“ auch überregional tätiger Journalistinnen und Journalisten stattfindet. Dies bedeutet in letzter Konsequenz, dass ländliche Protestierende, aber auch Protestierende aus bestimmten marginalisierten sozialen Milieus in Kreisen politischer und publizistischer Eliten nicht nur als „exotisch“ empfunden werden, sondern es generell schwerer haben könnten, moralische Ressourcen (Solidarität, Legitimität, Unterstützung Prominenter) zu mobilisieren (vgl. Edwards & McCarthy, 2004, S. 119).

Die von Edwards und McCarthy vorgelegte Typisierung von Ressourcen ist in sich nicht trennscharf. So ergeben sich Überschneidungen zwischen kulturellen Ressourcen und menschlichen Ressourcen. Allerdings steht eine für die weitere Forschung hilfreiche Taxonomie zur Verfügung. Die Ausführungen über die Ungleichverteilung der Ressourcen in Gesellschaften zeigen darüber hinaus, dass der politische, mediale sowie gesellschaftliche Kontext von Protestmobilisierung stärker in den Vordergrund der Analyse sozialer Bewegungen rücken sollte.

2.1.5 *Die Dimensionierung kollektiven Handelns: Protestrepertoires*

Bislang wurde bei der Vorstellung der Ressourcenmobilisierung die abhängige Variable, das *kollektive Handeln*, lediglich unspezifisch vorgestellt. Der Schwerpunkt lag darin, die organisationalen sowie die anderen Ressourcen, die kollektives Handeln möglich machen, ausführlich vorzustellen. Nun soll es darum gehen, eine möglichst

präzise Vorstellung des kollektiven Handelns von Bewegungsorganisationen herauszuarbeiten.

Im ersten Kapitel wurde bereits eine erste Dimensionierung der Protestformen von Bürgerinitiativen unternommen. Dabei wurden appellative, demonstrative, prozedurale und konfrontative Protestformen sowie (politische) Gewalt voneinander unterschieden (Kapitel 1.4). Diese Unterscheidung soll hier wieder aufgegriffen werden. Das kollektive Handeln von Bewegungsorganisationen kann ganz allgemein als *Protesthandeln* betrachtet werden. Protest ist die „politische Ressource der Machtlosen“, um politischen Einfluss zu gewinnen (Della Porta & Diani, 2006, S. 166).

In der Bewegungsforschung wird die Gesamtheit des kollektiven Protesthandelns einer Bewegungsorganisation als deren *Repertoire* bezeichnet. Dieser Begriff wurde von Tilly (1978) im Rahmen der Ressourcenmobilisierungstheorie geprägt. Im Allgemeinen ist eine Vielzahl von einzelnen Handlungsformen des Protestes denkbar. Diese reichen von Petitionen, über Demonstrationen, Sitzblockaden bis hin zu Aufständen, Entführungen, Selbstverbrennungen und Hungerstreiks. Die letzten Beispiele verdeutlichen, dass Repertoires sowohl in der Zeit als auch zwischen verschiedenen (Welt-)Regionen sowie zwischen unterschiedlichen Bewegungen variieren. Tatsächlich umfassen die eingesetzten Handlungsformen in einer abgegrenzten Region im Allgemeinen lediglich eine beschränkte Anzahl verschiedener Protestmittel und sie verändern sich nur langsam im Laufe der Zeit (Tilly, 1978, S. 156). Darüber hinaus sind die Repertoires tief in der jeweiligen Kultur verankert. Dies bedeutet, dass verschiedene Formen des Protests, wie zum Beispiel das Sammeln von Unterschriften oder die Organisation einer Demonstration, aber auch Sitzblockaden, für die Bundesrepublik Deutschland kulturell „verfügbare“ Handlungsformen sind, während beispielsweise Hungerstreiks, die im Rahmen der Suffragetten-Bewegung eine Rolle spielten (Mayhall, 1995), zumindest gegenwärtig nicht zum Standardrepertoire des Protests in Deutschland zählen. Insofern ist die Wahl bestimmter Protestformen auf die im letzten Kapitel vorgestellten kulturellen Ressourcen zurückzuführen. Die jeweilige Kultur bietet einen kognitiven Apparat, den Menschen nutzen, um sich in der Welt zu orientieren, und der aus verschiedenen kulturellen und ideellen Elementen wie Überzeugungen, Zeremonien, künstlerischen Formen sowie Sprache, Konversation, Geschichten und Ritualen des alltäglichen Lebens besteht (Della Porta & Diani, 2006, S. 73). Vor allem Demonstrationen zählen wohl zu den am meisten verbreiteten Protestmitteln in den USA sowie in Europa. So schreibt Cammaerts (2012), dass allein in Washington jährlich um die 1.000 Demonstrationen stattfinden und in Brüssel zwischen 500 und 600 (Cammaerts, 2012, S. 121).

Trotz dieser starken kulturellen Verankerung von Protestmitteln variieren die Repertoires verschiedener Bewegungsorganisationen (zum Teil erheblich). Diese Varianz ist laut Tilly sowohl auf interne Faktoren (Erfahrungen mit anderen Protesten, die interne Organisation, die Alltagsroutinen – also Ressourcen) als auch auf externe Faktoren (z.B. Rechtsstandards, Repressionen) zurückzuführen (Tilly, 1978, S. 156). Tilly geht davon aus, dass eine Bewegungsorganisation bei der Wahl der Protestformen, ganz in der Logik der Ressourcenmobilisierungstheorie, *Kosten-Nutzen-Kalküle* verfolgt. Repertoires sind daher als Protest-Routinen von Bewegungsorganisationen zu verstehen, die von Ort zu Ort sowie in der Zeit und in den jeweiligen Beziehungen zu den Opponenten (Kontext des Protests) variieren (Tilly, 1978, S. 158).

Darüber hinaus innovieren Bewegungsorganisationen die verschiedenen Formen des Repertoires in den Grenzen ihres Orts, der Zeit sowie der Beziehung zu ihren Opponenten (Tilly & Tarrow, 2007, S. 16). Während die internen Einflussfaktoren auf die Ausgestaltung des Repertoires durch die Ressourcenmobilisierungstheorie systematisch und umfassend erklärt werden können, sind diese externen Einflussfaktoren bislang noch nicht entwickelt. Dazu muss der Kontext des Protests umfassend berücksichtigt werden, was die RM-Theorie allerdings nicht leistet (im Kapitel 2.2 wird dieser Kontext ausführlich dargestellt werden).

Da ein Repertoire zunächst einmal lediglich die Gesamtheit der Protestmittel umfasst, die eine Bewegungsorganisation einsetzt, ist dieser Begriff für detaillierte Analysen (z.B. den Vergleich der Repertoires verschiedener sozialer Bewegungen oder Bewegungsorganisationen) zu grobkörnig. Daher sollen die Repertoires unter Rückgriff auf die Literatur ausdifferenziert werden: In Bezug auf die Etablierung von Protestrepertoires stellen Tilly und Tarrow (2007) *schwache Repertoires* (weak repertoires) den *rituellen politischen Aufführungen* (ritual political performances) gegenüber. Die schwachen Repertoires sind beispielsweise im postsowjetischen Raum anzutreffen, wo sich im kollektiven Bewusstsein noch keine hinreichenden Routinen der Mobilisierung kollektiven Handelns heraus gebildet haben. Im Gegensatz dazu können die 1.-Maidemonstrationen in Westeuropa sowie die Demonstrationen im Rahmen des Christopher-Street-Days als hochgradig ritualisiert gelten. Werden auf solchen ritualisierten Veranstaltungen kollektive Ansprüche formuliert oder im Fall des 1. Mais mit Streiks verbunden, wird nach Tilly und Tarrow aus den rituellen politischen Aufführungen ein starkes Repertoire (Tilly & Tarrow, 2007, S. 17).

Für die Bundesrepublik kann festgehalten werden, dass sowohl rituelle politische Aufführungen als auch starke Repertoires vorherrschend sind. Die Ostermärsche der Friedensbewegung, die umfassenden Sitzblockaden im Rahmen von Castortransporten, die unter anderem auch von den Bürgerinitiativen im Wendland mitorganisiert werden,

sind Beispiele für Manifestationen eines starken Repertoires durch hochgradig ritualisierte Veranstaltungen, die wiederum zum Inhalt der Berichterstattung der Massenmedien werden und somit eine öffentliche Aufmerksamkeit garantieren.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass (Massen-)Demonstrationen eine weit verbreitete Form kollektiven Protests sind. Allerdings stellt sich aus der Perspektive der Ressourcenmobilisierung die Frage, ob diese Massenproteste in jedem Fall notwendig sind. Die Organisation einer Demonstration bringt hohe Organisationskosten mit sich. Insofern können diese hohen Organisationskosten durchaus in einem Missverhältnis mit der wahrgenommenen Wirksamkeit einer Demonstration stehen, insbesondere dann, wenn Kosten-Nutzen-Kalküle in den Bewegungsorganisationen vorherrschend sind.

Die Zielsetzung der Bewegungsorganisation kann sich hier als Einflussfaktor erweisen. Im Rückgriff auf die aus der Bürgerinitiativforschung abgeleitete Differenzierung zwischen Ad-hoc-Initiativen und Dauerinitiativen (Kapitel 1.2) kann zwischen *reaktiven* oder *proaktiven* bzw. herausfordernden Ansprüchen sozialer Bewegungen unterschieden werden (Tilly, 1978, S. 144-147). So ist es wahrscheinlich, dass bei unmittelbarem Handlungsdruck (Reaktion auf eine unmittelbar bevorstehende Entscheidung) eine Bürgerinitiative versuchen muss, sehr schnell eine große Öffentlichkeit zu mobilisieren, um Druck auf die Entscheidungsträger auszuüben. Doch ist dies keine Gesetzmäßigkeit. Denn in Ergänzung unterscheidet Rucht (2004) zwischen sozialen Bewegungen mit unterschiedlichen Mobilisierungszielen: So kann eine Bewegungsorganisation eine *qualitative Mobilisierung* anstreben. Qualitative Mobilisierung bedeutet, dass es aus Sicht der Bewegungsorganisation ausreicht, eine geringe Anzahl von Menschen zu erreichen, um das Ziel zu realisieren. Hierzu ist in vielen Fällen interpersonale Kommunikation ausreichend (Rucht, 2004, S. 31). Diese qualitative Mobilisierung wurde bereits in den Ausführungen zur Bedeutung von Netzwerken im Kapitel zu Oberschalls soziologischer Theorie der Mobilisierung vorgestellt (Kapitel 2.1.2). Bestandteile der qualitativen Mobilisierung sind insbesondere die prozeduralen Protestmittel und der direkte Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik (Lobbying).

Im Gegensatz dazu ist die *quantitative Mobilisierung* auf das Herstellen einer breiten Öffentlichkeit ausgerichtet (Rucht, 2004, S. 32). Eine solche Öffentlichkeit lässt sich vor allem über spektakuläre Protestinszenierungen erreichen. Eine Form ist zum Beispiel die Mobilisierung der Unterstützung durch Massen im Rahmen großer Demonstrationen. Die dahinter stehende Protestlogik ist die *Logic of Numbers* (Della Porta & Diani, 2006, S. 171). Eine alternative Protestlogik ist die *Logic of Bearing Witness* (ebd., S. 176ff.). Diese manifestiert sich vorrangig in Akten zivilen Ungehorsams, wie Sitzblockaden. Die einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten drücken ihren Protest hier

deutlich durch das Überschreiten von weithin akzeptierten Grenzen aus, die im Zweifelsfall auch zu Konsequenzen führen können (z.B. eine Strafanzeige bei einer Sitzblockade). Einzelne Aktivistinnen und Aktivisten müssen bereit sein, einen individuellen Preis für ihr Engagement zu zahlen. Diese Protestlogik ist dem konfrontativen Protesthandeln zuzurechnen. Bürgerinitiativen sind im Allgemeinen in ihrem Protest nicht auf eine zu starke Konfrontation ausgerichtet (Rucht, 1982, S. 228; Marg et al., 2013, S. 116). Wenn Mitglieder von Bürgerinitiativen politische Veranstaltungen durch intensives Zwischenrufen oder ostentatives Zeigen von Protestplakaten „stören“, nutzen sie auch eine Protestlogik des „Bearing Witness“.

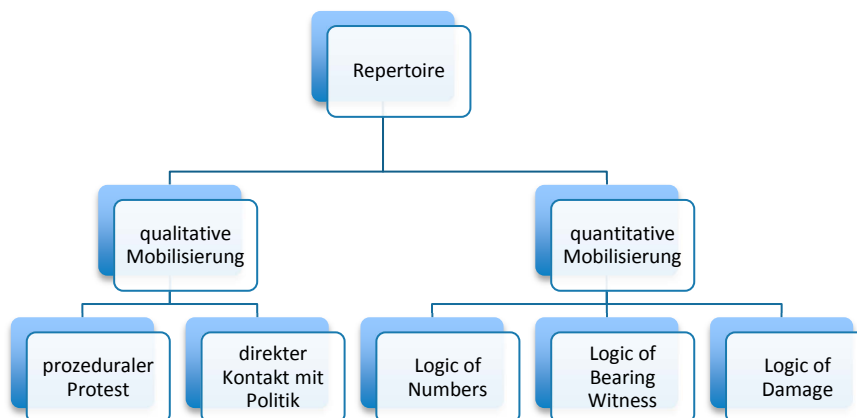
Die dritte Protestlogik, die *Logic of Damage* (Della Porta & Diani, 2006, S. 173ff.), umfasst beispielsweise Sachbeschädigungen und ist, wenngleich nicht vollkommen äquivalent, der politischen Gewalt entsprechend. Wenn tausende Aktivistinnen und Aktivisten durch Sitzblockaden und Störungen die „Kosten“ für den Polizeieinsatz und den gesamten Transport in die Höhe treiben, dann ist hier bereits auch die Logik des Schadens im Spiel. Deutlich wird bei dieser Betrachtung, dass die verschiedenen Protestlogiken stark von den Ressourcen, die den jeweiligen Bewegungsorganisationen zur Verfügung stehen, abhängen: Vorerfahrungen sowie eine ausreichende Basis an Sympathisierenden sind ganz entscheidende Voraussetzungen für die Wahl konkreter Protestformen. Allerdings wird auch deutlich, dass eine ausschließliche Betrachtung der Ressourcen als Erklärungsfaktoren für die Wahl der Protestmittel nicht ausreichend ist: Sitzblockaden und andere eher konfrontative Formen erfordern ein hohes Involvement der einzelnen Aktivistin, des einzelnen Aktivisten. Mit einem solchen Protest drücken die Aktivisten auch etwas über sich aus, sie exponieren sich öffentlich. Dies verweist auf das Selbstbild der Protestierenden, die ausdrücken, dass es notwendig ist, einen hohen Preis für das eigene Engagement zu zahlen.

Eine weitere Differenzierung entwickelte Mattoni (2013), die neben dem *Repertoire of Contention* noch ein *Repertoire of Communication* konzeptualisiert. Dieses umfasst die Gesamtheit der medienorientierten Praktiken von Protestorganisationen, vom Umgang mit Mobiltelefonen und Laptops bis hin zu den Kontakten mit Journalistinnen und Journalisten (Mattoni, 2013, S. 47). Diesen Aspekt haben die klassischen Konzeptualisierungen des Repertoires bislang außer Acht gelassen. Protesthandeln ist häufig kommunikatives Handeln in der Öffentlichkeit. Ohne eine erfolgreiche Kommunikation über bestimmte Protestaktionen ist das Protesthandeln sehr wahrscheinlich wirkungslos. An dieser Stelle können zwei Beispiele diese Argumentation verdeutlichen: Ein klassisches Format des appellativen Protests ist der offene Brief. Nun ist ein offener Brief wirkungslos, wenn er nicht eine breitere öffentliche Wirkung erzielen kann. Gleiches gilt auch für eine Demonstration: Erreicht eine Demonstration keine

massenmediale Berichterstattung, bleibt sie sehr wahrscheinlich wirkungslos. Insofern beschreibt Mattoni eine enge Verbindung zwischen den Repertoires of Contention und den Repertoires of Communication (Mattoni, 2013, S. 50).

Diese Beispiele offenbaren eine grundlegende Schwäche der Bewegungsforschung im Hinblick auf die Rolle der Massenmedien bei der *Vermittlung* von Protesten. Massenmedien und massenmediale Berichterstattung sind hier zunächst eine „Konstante“, die nicht weiter problematisiert wird (Downing, 2008, S. 41). Dieses „Übersehen“ der Rolle der Medien (als Institutionen sowie als Träger von Inhalten) ist eine grundsätzliche „Schwäche“ der Bewegungsforschung und beschränkt sich nicht nur auf die Ressourcenmobilisierungstheorie. Aus diesem Grund ist eine konzeptuelle Erweiterung, wie sie beispielsweise von Mattoni (2013) erfolgte, notwendig und hilfreich. Im nächsten Kapitel (2.2) wird eine weitere Ergänzung aus der Bewegungsforschung vorgestellt, die die Bedeutung der Massenmedien sowie des Internets für die Handlungsspielräume von Bewegungsorganisationen explizit würdigt. Diese Ideen werden dann im Rückgriff auf die hier ausdifferenzierten Dimensionen der Protestrepertoires miteinander verknüpft. Eine umfassende öffentlichkeitstheoretische Einordnung erfolgt dann im Kapitel 2.4. Dort wird das Wechselspiel zwischen dem politischen System, der Öffentlichkeit, den Massenmedien sowie den Onlinemedien systematisch in den Blick genommen. Auf Basis dieser öffentlichkeitstheoretischen Fundierung wird im Kapitel 3 dann ein erweitertes Konzept des Repertoires entwickelt. In der Abbildung 3 sind nochmals die Hauptdimensionen der Protestrepertoires, wie sie aus der Bewegungsforschung abgeleitet werden können, zusammengefasst.

Abbildung 3: Hauptdimensionen des Protestrepertoires



2.1.6 Zusammenfassung und Kritik der Theorie der Ressourcenmobilisierung

Laut Jenkins (1983, S. 528) lassen sich die zentralen Annahmen der Ressourcenmobilisierungstheorie wie folgt zusammenfassen:

1. Die Handlungen von sozialen Bewegungen sind rational.
2. Die grundlegenden Ziele sind durch Interessenkonflikte, die in institutionalisierte Machtbeziehungen eingebettet sind, definiert.

Als wichtig für die Teilnahme von Menschen in einer sozialen Bewegung, also auch in Bürgerinitiativen, wurde zusätzlich deren Einbettung in Netzwerke (Freundschaft, Familie, andere Organisationen) anerkannt. Viele Mitglieder einer Bürgerinitiative oder einer Bewegungsorganisation werden zunächst durch Bekannte rekrutiert. Allerdings werden sie in der Bürgerinitiative oder Bewegungsorganisation nur bleiben, wenn sie sich mit dieser emotional und/oder ideologisch verbunden fühlen (Kitts, 2000, S. 243). Diese emotionale oder ideologische Verbundenheit lässt sich jedoch mit dem der Ressourcenmobilisierung inhärentem Postulat der Rationalität, das Engagement vorrangig auf den Zweck der Zielerreichung ausrichtet, nur ungenügend erfassen. Für einige Engagierte werden rationale Kalküle die zentralen Motive für ihr individuelles Engagement darstellen: Beispielsweise stellt die Verhinderung des Baus eines Braunkohleabbaus für die direkt Betroffenen einen selektiven Anreiz dar, insbesondere wenn diese im Fall einer Genehmigung umziehen müssten. Für die Einwohner der Nachbargemeinden stellt sich diese Frage schon anders. Um diese zu mobilisieren, sind Bewegungsorganisationen auch darauf angewiesen *Solidarität und moralischen Beistand der Bevölkerung* zu erreichen (Jenkins, 1983, S. 533). Solche Erwägungen finden im Rahmen der Ressourcenmobilisierungstheorie jedoch zu wenig Aufmerksamkeit.

Durch die Schwerpunktsetzung auf Aspekte der (formalen) Organisation und auf die Führungspersonlichkeiten wird ein weiterer Aspekt kollektiven Protests ausgeblendet: Interne Konflikte um die Ziele und die Mittel prägen die Handlungsfähigkeit von Bewegungsorganisationen. Darüber hinaus wurde bereits deutlich, dass die Ressourcenmobilisierungstheorie den Kontext der Proteste unzureichend konzeptualisiert.

Diese soeben kurz umrissenen Aspekte verdeutlichen, dass die Ressourcenmobilisierungstheorie neben ihren Stärken eine Reihe von Schwächen aufweist, die an dieser Stelle analysiert werden sollen. Auf Basis der kritischen Betrachtung der Ressourcenmobilisierungstheorie werden in den folgenden Kapiteln ergänzende Konzepte (Gelegenheitsstrukturen und Framing) vorgestellt.

Mangelnder Blick in die Innenwelt und kollektive Deutungsprozesse

In ihrer Betrachtung der „Innenwelt“ von Bewegungsorganisationen weist die Ressourcenmobilisierungstheorie auf eine Reihe von Aspekten lediglich am Rande hin, die für das Verständnis von Bewegungsorganisationen allerdings nicht „randständig“ sind. Diese sind das (1) Postulat von der Stabilität der Missstände, (2) die Vernachlässigung der Rolle von kollektiven Identitäten sowie das (3) Postulat der formalen Organisation.

(1) Die Ressourcenmobilisierungstheorie postuliert, dass es nicht die Missstände allein sind, die eine Protestbewegung entstehen lassen, sondern dass die Mobilisierung eine genuine Leistung von Bewegungsorganisationen darstellt. Es hänge demnach entscheidend davon ab, wie fähig Bewegungsorganisationen sind, diffusen Unmut in greifbare und konkrete Botschaften zu verdichten, die in der Bevölkerung auf Resonanz stoßen. Diese zunächst sehr plausible Argumentation wird bei genauerer Betrachtung einer Vielzahl von Mobilisierungen nicht gerecht: In einer Untersuchung zur Mobilisierung der Bevölkerung in der Umgebung des Atomkraftwerkes Three Mile Island in den USA durch verschiedene Protestgruppen fand Walsh (1981) heraus, dass die Bevölkerung erst durch einen Unfall im Kraftwerk in größerem Ausmaß mobilisiert werden konnte. Dafür prägte der Autor den Begriff der *plötzlich auftretenden Missstände* (suddenly imposed grievances). In ähnlicher Weise argumentiert auch Jasper (1999), der von sogenannten *moralischen Schocks* (moral shocks) spricht (Jasper, 1999, S. 68).

Kollektive werden immer wieder vor Bedrohungen ihrer Lebenswelt stehen, die sie nicht bereit sind hinzunehmen. Im Bereich der Bürgerinitiativen kann dies die Ankündigung der Planungen für eine neue Autobahntrasse oder des kompletten Neubaus eines Bahnhofes (Stichwort Stuttgart 21) sein. Die Bekanntgabe der Planung löst in der Bevölkerung einen Schock aus. Insofern sind viele Protestmobilisierungen nicht lediglich auf die „Übersetzungsleistung“ von Bewegungsunternehmern zurückzuführen, sondern auf durch ein Kollektiv gleichermaßen als neu und tiefgreifend empfundene Bedrohungen.

Eine Konsequenz daraus ist auch, dass Protestmobilisierungen in vielen Fällen eine starke *emotionale Komponente* aufweisen. Protestmobilisierung ist keine auf vorrangig rationalen Kalkülen basierende Form des Engagements, wie es die Ressourcenmobilisierungstheorie postuliert. Emotionen gehören notwendigerweise zum Protest mit hinzu. Der Versuch, diese Komponente in der Ressourcenmobilisierungsperspektive definitorisch möglichst gering zu halten, erweist sich als eine dem Gegenstand nicht angemessene Einengung. Geteilte Emotionen über Missstände (z.B. Wut, Trauer, Angst, Widerstandsgeist) bieten nicht lediglich einen Pool, den Protestorganisationen

ausnutzen können. Auch die Kernaktivistinnen und Kernaktivisten werden in vielen Fällen persönlich emotional stark betroffen sein. Sie sind nicht lediglich die „kühlen“ Architekten des Widerstands.

(2) Darüber hinaus ist das Aufgreifen von Missständen und das Übersetzen in mobilisierungsfähige Kernbotschaften alles andere als eine Selbstverständlichkeit, sondern vielmehr eine Herausforderung für Bewegungsorganisationen, die in vielen Fällen nicht ohne Konflikte verlaufen wird. Ein Beispiel hierfür mag die heterogene Zusammensetzung eines Kernteams in einer Bürgerinitiative sein. Wenn pensionierte Gymnasiallehrer, Landwirte, ehemalige Anti-AKW-Aktivistinnen und klassische Naturschützer gemeinsame Botschaften formulieren, kann dies durchaus eine Herausforderung bedeuten, da unterschiedliche Vorstellungen, politische Präferenzen und Biographien zusammen kommen (vgl. Snow, Rochford, Worden & Benford, 1986, S. 445). Darüber hinaus wird die Art, wie das Problem formuliert wird, auch die Wahl der Protestmittel beeinflussen. Werden beispielsweise eher die Kraftwerksbetreiber für den Ausbau der Braunkohleförderung verantwortlich gemacht und nicht die Energiepolitik, wird die entsprechende Bürgerinitiative ihre Proteste möglicherweise vor allem an diese Unternehmen adressieren.

Eine weitere Kritik in diesem Zusammenhang ist, dass die Ressourcenmobilisierung kollektives Handeln nur da untersucht, wo es am sichtbarsten ist, z.B. durch den ausschließlichen Bezug auf die Politik. Die spezifischen *kulturellen Dimensionen*, das Herstellen kultureller Codes und innovativer Praktiken, werden durch diesen Ansatz ignoriert (Melucci, 1999, S. 120). Diese Kritik speist sich vor allem aus der Beobachtung der Neuen Sozialen Bewegungen (NSB), die neben den politischen Forderungen für eine umfassende Emanzipation auch alternative Lebensformen in die Praxis umsetzen. Auch für die Arbeiterbewegung galt, dass neben dem politischen Kampf eine eigene Bewegungskultur und Bewegungsidentität entstanden ist. Soziale Bewegungen entwickeln eine eigene Symbolik (z.B. die Friedenstaube, die lächelnde Sonne der Anti-AKW-Bewegung), die in Form von Buttons, Stickern, T-Shirts etc. von den Anhängerinnen und Anhängern präsentiert wird. Nun mag man den Bürgerinitiativen unterstellen, dass dieser kulturelle Aspekt hier eher eine geringere Rolle spielen mag, da sich das Engagement häufig auf die Verhinderung beziehungsweise den Erhalt konkreter Gegenstandsbereiche beschränkt. Allerdings kann auch argumentiert werden, dass gerade dieser pragmatische Charakter, die Distanz zu politischen Parteien sowie zu umfassenderen Ideologien wiederum selbst eine spezifische Bewegungskultur der Bürgerinitiativen repräsentiert. Würde dies zutreffen, so hätte diese Identität auch einen Einfluss auf die eingesetzten Protestmittel (Repertoire).

(3) Die Ressourcenmobilisierungstheorie hebt die Rolle der Organisation für den Erfolg einer sozialen Bewegung hervor. McCarthy und Zald definieren eine Bewegungsorganisation als formale Organisation, die in ihren Strukturen einer politischen Partei oder einem Interessenverband ähnelt. Diese Formalisierung könnte tatsächlich helfen von anderen Konfliktparteien (z.B. Politik, Verwaltung, Unternehmen), aber auch in der Bevölkerung Anerkennung in Form von Legitimität und Reputation zu erhalten. Wenn es einer Bewegungsorganisation gelingt, formalisierte Organisationsstrukturen aufzubauen, kann auch das Gefälle zu den etablierten und im institutionellen Gefüge eingebundenen Opponenten vermindert werden, was den politischen Erfolg wahrscheinlicher macht.

Doch ist es nicht nur so, dass die Organisationsstrukturen von Bewegungen nur am Anfang eher informell strukturiert sind (Kriesi, 1996, S. 154). Die Wahl flacher Hierarchien und geringer Formalisierung kann zum einen eine bewusste Entscheidung darstellen, um nicht zu viele Ressourcen für die Organisation aufwenden zu müssen, wie oben bereits plausibilisiert wurde. Darüber hinaus können alternative Organisationsformen das Ergebnis einer *bewussten Wahl* darstellen. Gerade für eine Bewegungsorganisation kann es eine wichtige Option sein, sich von den etablierten politischen Organisationen abzugrenzen (vgl. Della Porta & Diani, 2006, S. 149f.).

Bürgerinnen und Bürger werden im Fall eines Problems immer wieder vor der Frage stehen, in welcher Organisation sie mitmachen sollten: In der Bürgerinitiative, die sich gegen den Bau einer Höchstspannungsleitung einsetzt, beim BUND vor Ort oder aber im Rahmen des Engagements in einer politischen Partei? Bei der Beantwortung solcher Fragen ist die Organisationsform einer Bürgerinitiative ein Kriterium für die Entscheidung von Bürgerinnen und Bürgern, Mitglied in einer Bürgerinitiative zu werden. Denn in dem Maß, in dem sich Gruppen auf eine bestimmte Art und Weise organisieren, signalisieren diese ihre Identität sowohl ihren eigenen Mitgliedern als auch ihrer Umwelt gegenüber (Clemens, 2003, S. 196). Die Bürgerinitiative als spezifische Organisationsform kann sich als selektiver Anreiz für Sympathisanten erweisen, sich dort zu engagieren und nicht im Ortsverein einer politischen Partei oder einer anderen Umweltorganisation (wie beispielsweise dem BUND). Das Engagement in einer Bürgerinitiative erscheint eventuell projektbezogen und nicht in größere ideologische Zusammenhänge eingebettet. Sicherlich mag auch die Tatsache eine Rolle spielen, dass „normale“ Bürgerinnen und Bürger zusammen kommen und somit Hierarchien und Machtstrukturen nicht so stark ausgebildet sind, wie in den etablierten politischen Parteien mit starken Zentralen. Eine zu starke Formalisierung birgt darüber hinaus die Gefahr, dass die einfachen Mitglieder demobilisiert werden, da sich der Kern zu stark etabliert hat (Kriesi, 1996, S. 156). Mit diesen hier genannten Aspekten (Formulieren

von Missständen in Botschaften, die Rolle der kollektiven Identität) beschäftigt sich die *Framing-Forschung* sozialer Bewegungen. Aus diesem Grund wird im Kapitel 2.3 diese Perspektive ergänzend vorgestellt werden.

Mangelnder Blick auf das Außen

Die Ressourcenmobilisierungstheorie legt ihren Schwerpunkt auf die Betrachtung der Organisation sowie der Ressourcen, die notwendig sind um kollektives Handeln in Form von Protesten zu ermöglichen. Dabei werden sowohl die Bedeutung von Netzwerken als auch von politischen und anderen Erfahrungen von Führungspersonlichkeiten thematisiert. Mit den Repertoires entwickelt jede Bewegungsorganisation ganz bestimmte eigene Protestformen, um ihre Ziele zu erreichen. Allerdings werden in der Theorie der öffentliche und der politische Kontext, in dem der Protest stattfindet, weitestgehend ausgeblendet. Wenn Bewegungsorganisationen zielgerichtet und strategisch vorgehen, werden ihre Mitglieder die Spielräume, die sie in der Politik, in den Medien und bei der Bevölkerung haben, genau beobachten. Neben den Ressourcen, die mobilisiert werden können, wird gerade dieser Kontext in hohem Maß die Wahl des Repertoires bestimmen. Wenn beispielsweise politische Institutionen nicht auf die Forderungen von Bewegungsorganisationen reagieren, könnten diese versuchen über Proteste Gehör zu finden (Eisinger, 1973). Den Kontext des Protests erschließt das Konzept der *Gelegenheitsstrukturen*, das im folgenden Kapitel 2.2 vorgestellt wird.

Postulat der Rationalität

Bei den bereits entwickelten Kritikpunkten der RM-Theorie wurde mehrmals deutlich, dass sich das Postulat der Rationalität als problematisch erweist, da es die Perspektive auf Proteste unnötig einschränkt. Crossley (2002) macht in seiner kritischen Einordnung der RM-Theorie zwar deutlich, dass sich diese den Annahmen eines „Homo Oeconomicus“ nicht systematisch anschließt (Crossley, 2002, S. 77f.). Allerdings gibt es innerhalb der Theorie kein kohärentes und systematisches Konzept von Rationalität und eine daraus abgeleitete Abgrenzung zu anderen Erklärungsdimensionen kollektiven Handelns (z.B. Emotionen, Ideologie). Im Folgenden soll skizziert werden, dass die Proteste von Bürgerinitiativen ohnehin nicht mit einem ausschließlichen Bezug zur Rationalität angemessen verstanden werden können.

Eine strenge Auffassung der Rationalität drückt sich darin aus, dass das Handeln ausschließlich an individueller Nutzenmaximierung ausgerichtet ist und Menschen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel so gut möglich zum Erreichen ihrer Ziele

einzusetzen versuchen (Miebach, 2010, S. 29). Das Individuum erscheint als Homo Oeconomicus. Das Menschenbild dieses auch als „individualistisch“ bezeichneten soziologischen Paradigmas wird mit der *RREEMM-Formel* zusammengefasst: Resourceful, Restricted, Evaluating, Expecting, Maximizing Man (Miebach, 2010, S. 30). Wenn die RM-Theoretiker sich streng an dieses, auch von Olson stark gemachte Postulat der Rationalität halten würden, dann wäre, wie bereits erwähnt wurde, ein Engagement von Advokaten (conscious constituents) kaum erklärbar. Denn rationales Handeln ist per Definition ein anderer Typus des Handelns als das Handeln auf der Basis von Philanthropie (vgl. Crossley, 2002, S. 89). Solche Motive können zwar in das Modell der Rationalität mit eingebaut werden, bergen dann allerdings die Gefahr, dass sie das Konzept und die Vorstellungen von Rationalität sehr verändern (vgl. Crossley, 2002, S. 89). Eine solche Relativierung der Grundannahme einer Rational-Choice-Perspektive führt dazu, dass fast jede Erklärung für individuelles und kollektives Handeln als rational erscheint. Emmer, Vowe und Wolling (2011) weisen darauf hin, dass mit einem solchen Vorgehen eine Abgrenzung zu anderen soziologischen Paradigmen nicht mehr möglich ist und sich die Rational-Choice-Perspektive gegen jede Kritik „immunisiert“ (Emmer, Vowe & Wolling, 2011, S. 250). Die Autoren schlagen vor, dass es „immer um die subjektive Einschätzung einer Handlung hinsichtlich ihrer Rationalität (...) und nicht um a priori festgelegte Vorgaben einer bestimmten ‚objektiven‘ ökonomischen Rationalität“ gehen sollte (Emmer, Vowe & Wolling, 2011, S. 250). Sie schlussfolgern, dass es sich damit um ein empirisches Problem und weniger um ein theoretisches Problem handle (ebd., S. 250).

Auch für die Bürgerinitiativforschung bietet sich dieses Vorgehen an: Die subjektiven Rationalisierungen von Aktivistinnen und Aktivisten werden ihr Handeln prägen. Mit einem solchen Forschungsprogramm wird jedoch ein objektivistischer erkenntnistheoretischer Anspruch aufgegeben, da Rationalität jeweils eine situative (inter)subjektive Interpretation darstellt, die Menschen entwickeln, wenn es ihnen darum geht, ihre Ziele zu erreichen. Insofern ist eine solche Betrachtung in einem interpretativen soziologischen Paradigma angesiedelt. Im Gegensatz zum RREEMM-Modell wird für die weitere Beschäftigung mit Bürgerinitiativen die grundlegende Perspektive des *SSSM-Modells* eingenommen: Symbols interpreting, Situations defining, Strategic acting Man (Miebach, 2010, S. 30). Die soziale Realität wird durch die Interpretationshandlungen der Individuen hergestellt (Lamnek, 1995, S. 43). Menschen interpretieren die symbolische Wirklichkeit ihrer sozialen Umwelt, definieren ihre Situation (verorten sich in ihr) und handeln auf dieser Basis strategisch, d.h. sie können zielorientiert vorgehen. Eine apriorische Definition von Rationalität oder Strategie ist nicht möglich, da diese immer eine Interaktion von Subjekten, Kollektiven und dem jeweiligen Kontext ist. Die Entscheidungen, die Mitglieder in Bürgerinitiativen mit Blick auf die

Repertoires treffen, können als das Ergebnis symbolischer Interaktionen verstanden werden, das heißt als „wechselseitiges, aufeinander bezogenes Verhalten von Personen und Gruppen unter Verwendung gemeinsamer Symbole“ (Lamnek, 1995, S. 47). Die Sozialforschung kann die Prozesse der Interpretation dann rekonstruieren (Lamnek, 1995, S. 43).

Diese Sichtweise wird im nächsten Kapitel wieder aufgegriffen und durch die Erarbeitung einer *praxistheoretischen* Perspektive sowie der Integration des Konzeptes der *Laientheorien* ergänzt werden. Damit wird an gegenwärtige Trends in der Theorieentwicklung im Grenzbereich zwischen der Bewegungsforschung und der Kommunikationswissenschaft angeschlossen.

2.2 Die Theorie der Gelegenheitsstrukturen

Die Ressourcenmobilisierungstheorie betont die Bedeutung von Ressourcen (z.B. politischen Erfahrungen, Kontakte) sowie einem organisatorischen „Backend“ für die Handlungsfähigkeit von Bewegungsorganisationen. In den Hintergrund gerät jedoch, dass jede Mobilisierung in einem spezifischen politischen Kontext erfolgt, der bestimmtes Protesthandeln als aussichtsreich und anderes wiederum als wenig aussichtsreich erscheinen lässt (Meyer, 2004, S. 128). Dieser politische Kontext prägt daher sowohl die Wahl von Proteststrategien im Konkreten als auch die Erfolgsaussichten einer sozialen Bewegung im Allgemeinen (vgl. Kitschelt, 1986, S. 58). Die Perspektive der Gelegenheitsstrukturen nimmt jene Faktoren, die *außerhalb der Kontrolle* einer Bewegungsorganisation liegen, in den Blick (Rucht, 1996, S. 185; Buechler, 2008, S. 1039). Während die Ressourcenmobilisierung den Fokus auf die Organisation von Protest (Agency) legt, widmet sich das Konzept der Gelegenheitsstrukturen der *Struktur* (Meyer, 2004, S. 128). Die äußeren Bedingungen für Proteste werden betrachtet (Koopmans & Statham, 2000, S. 32).

2.2.1 Das Grundkonzept der Gelegenheitsstrukturen

Den Ausgangspunkt für die Perspektive der Gelegenheitsstrukturen in der Protestforschung bildete eine empirische Studie von Eisinger (1973). Der Autor ging der Frage nach, welchen Einfluss politische Strukturvariablen auf Proteste in US-amerikanischen Großstädten haben, insbesondere ob sie die Entstehung von Unruhen befördern. Aus diesem Grund operationalisierte Eisinger in der Studie vor allem kommunale Strukturvariablen. Dazu zählten unter anderem das jeweilige Wahlsystem der Bürgermeister, die Verteilung sozialer Kompetenzen in der Kommune und das Ausmaß sozialer Ungleichheit (Eisinger, 1973, S. 11). Diese Faktoren eröffnen oder schließen Potenziale für die politische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Es sind diese im

jeweiligen politischen Kontext befindlichen Barrieren oder Öffnungen politischer Institutionen, die das Handeln von Protestorganisationen beeinflussen (vgl. Eisinger, 1973, S. 12).

Nachdem ganz allgemein ein Zusammenhang zwischen den Gelegenheitsstrukturen und dem (möglichen) Protesthandeln hergestellt wurde, stellt sich die Frage, unter welchen Ausprägungen einer politischen Gelegenheitsstruktur (offen/geschlossen) vornehmlich Proteste zu erwarten sind. Eisinger stellte zwei Hypothesen auf:

- Die lineare Hypothese postuliert, dass in einem geschlossenen politischen System die Anzahl der Proteste am höchsten ist. Dies ist darin begründet, dass den Bürgerinnen und Bürgern keine „konventionellen“ Kanäle zur Partizipation am Entscheidungsprozess zur Verfügung stehen (Eisinger, 1973, S. 14f.).
- Die kurvilineare Hypothese sagt aus, dass in politischen Systemen, die sich entweder gerade den Forderungen der Bürgerinnen und Bürgern öffnen oder sowohl durch Offenheit als auch durch Geschlossenheit gekennzeichnet sind, die höchsten Protestraten zu erwarten sind. Eisinger erklärt dies damit, dass bei sich öffnenden Strukturen viele Bürgerinnen und Bürger ungeduldig werden und die Fortschritte in ihrem Sinne als zu langsam einschätzen (Eisinger, 1973, S. 15).

In Ergänzung zu den beiden Hypothesen, die vorrangig geschlossene oder sich öffnende politische Gelegenheitsstrukturen im Blick haben, wird davon ausgegangen, dass sehr offene und responsive Strukturen mögliche Proteste von vorne herein assimilieren (Kitschelt, 1986, S. 62). So wird erwartet, dass in jenen Kommunen, die auf umfassende Deliberation setzen, kaum Proteste vorkommen werden, da das politische System den Bürgerinnen und Bürgern genügend Optionen bereitstellt, ihre Kritik und Unzufriedenheit im Rahmen institutionalisierter Verfahren zu artikulieren (vgl. Barnes, Newman & Sullivan, 2006, S. 195).

Während die klassische Studie von Eisinger lokale Proteste untersuchte, sind viele weitere empirische Arbeiten, die im Rahmen der Forschung zu den Gelegenheitsstrukturen entstanden sind, auf nationaler Ebene (McAdam, 1994) oder als internationale Vergleichsstudien (z.B. Kitschelt, 1986; Kriesi, 1996) angelegt. Darüber hinaus wurde das Konzept der „Gelegenheitsstrukturen“ auch umfassender als in der ersten Fassung von Eisinger definiert und dimensioniert. So können nach Tarrow (1996) politische Gelegenheitsstrukturen als „consistent – but not necessarily formal – permanent, or national signals to social or political actors which either encourage or discourage them to use their internal resources to form social movements“ definiert werden (Tarrow, 1996, S. 54). Damit werden nicht nur rein formale Eigenschaften des Staates in den Blick genommen, sondern auch weitere Akteure (z.B. potenzielle Bündnispartner). Tarrow leitet vier Hauptsignale, die eine Bewegungsorganisation vom politischen System erhält, ab: die (1) Öffnung des Zugangs zur Macht, (2) sich verändernde

Regierungszusammensetzungen, (3) das Vorhandensein einflussreicher Verbündeter oder Unterstützer sowie (4) Spannungen und Interessenkonflikte in und zwischen Eliten (Tarrow, 1996, S. 54 ff.).

In einer weiteren Dimensionierung differenzierten Tilly und Tarrow (2007) sechs Dimensionen der politischen Gelegenheitsstrukturen eines Staates: Es sind (1) die Vielfalt unabhängiger Machtzentren in einem Staat, (2) die Offenheit gegenüber neuen Akteuren, (3) die Instabilität gegenwärtiger politischer Allianzen, (4) die Verfügbarkeit einflussreicher Alliierten oder Unterstützer, (5) das Ausmaß, zu dem der Staat Bewegungshandeln fördert oder unterdrückt, (6) entscheidende Veränderungen in 1-5 (Tilly & Tarrow, 2007, S. 57).

Im Hinblick auf den ersten Aspekt der von Tilly und Tarrow genannten Dimensionen, der *Vielfalt unabhängiger Machtzentren in einem Staat*, ist evident, dass die Offenheit eines politischen Systems vom *Grad an Zentralisierung* sowie der Verteilung der Macht abhängig ist (Kriesi, 2004, S. 70). Vor allem in föderalen Staaten gibt es für die Bürgerinnen und Bürger mehr Möglichkeiten, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein solches föderales System, d.h. Bürgerinitiativen haben – zumindest prinzipiell – sowohl auf kommunaler als auch auf der Ebene der Bundesländer und darüber hinaus auf der bundespolitischen Ebene Möglichkeiten, politische Unterstützung zu mobilisieren.

Hinzu kommen in der Bundesrepublik Deutschland auch verschiedene unterschiedliche regionale Traditionen der Kommunalpolitik. Trotz einer Angleichung der Kommunalverfassungen ab den 1990er Jahren gibt es nach wie vor charakteristische Unterschiede von Bundesland zu Bundesland (Wehling & Kost, 2003, S. 9). Das bedeutet, dass die gewählten Strategien von Bürgerinitiativen mit Bezug zur Kommunalpolitik innerhalb Deutschlands durchaus variieren können. Für die Bundesrepublik Deutschland ist hier insbesondere auch die Unterscheidung in alte und neue Bundesländer hervorzuheben. Während in den alten Bundesländern die Bürgerinitiativen seit den 1970er Jahren ein etablierter Akteur sind und die politisch Verantwortlichen bereits über mehrere Jahrzehnte hinweg Erfahrungen im Umgang mit den Bürgerinitiativen erworben haben, verhält es sich in den neuen Bundesländern anders: In der DDR spielten Bürgerinitiativen aufgrund der staatlichen repressiven Strukturen keine Rolle. Das könnte durchaus bedeuten, dass die Verantwortlichen in Politik in den neuen Bundesländern aufgrund der Tatsache, dass Bürgerinitiativen erst seit den 1990er Jahren auftreten können, anders mit diesen umgehen. Empirische Untersuchungen, die auf diesen Aspekt eingehen, liegen jedoch nicht vor.

Mit diesen Aussagen zum Umgang mit den Bürgerinitiativen ist bereits die zweite Dimension von Tilly und Tarrow, die *Offenheit gegenüber neuen Akteuren*, angesprochen. So werden beispielsweise offene und geschlossene Strukturen gegenübergestellt (Kriesi, 2004, S. 69). Offene Strukturen gewähren einen einfachen Zugang zu politischen Institutionen, währenddessen geschlossene Strukturen den Zugang zu politischen Institutionen sehr schwer machen (Kriesi, 2004, S. 69f.). Im Fall einer Bürgerinitiative stellt sich beispielsweise die Frage, ob diese als Akteur anerkannt und beispielsweise zu parlamentarischen Anhörungen oder anderen Konsultationen eingeladen wird, ob Exekutive und Legislative eine inklusive und offene Kultur gegenüber den Forderungen nicht etablierter und oftmals neuer Organisationen pflegen. Diese generelle Offenheit gegenüber neuen Akteuren kann zwischen unterschiedlichen Bundesländern bei unterschiedlichen Regierungszusammensetzungen (Koalitionen oder Alleinregierungen) durchaus variieren.

Der dritte Aspekt, die *Instabilität politischer Allianzen*, bietet Bürgerinitiativen möglicherweise eine Struktur der Gelegenheiten, Zugang zu bestimmten Akteuren zu erhalten. Die Schattenseite kann allerdings aus der Perspektive einer Bürgerinitiative darin liegen, von einem politischen Akteur kooptiert zu werden. Entscheidend für Bürgerinitiativen ist auch die *Verfügbarkeit einflussreicher Allierter oder Unterstützer*, da Bürgerinitiativen, wie bereits im Kapitel 1 herausgearbeitet wurde, als nicht-institutionalisierte Akteure über keinen gesicherten Zugang zum politischen Entscheidungssystem verfügen. Sie sind daher auf die Unterstützung durch andere, einflussreichere Akteure angewiesen. Diese generelle Verfügbarkeit bildet den strukturellen Rahmen für die Mobilisierung von Netzwerken, wie sie in Kapitel 2.1.2 vorgestellt wurde.

Im Zusammenhang mit dem *Ausmaß zu dem der Staat Bewegungshandeln* fördert oder unterdrückt spricht man auch von den sogenannten *Prevailing Strategies* (Kriesi, 2004, S. 71). Kriesi (2004) unterscheidet *exklusive Strategien* (Repression, Konfrontation, Polarisierung) von *inklusive* Strategien (Unterstützung, Kooperation, Assimilierung) (Kriesi, 2004, S. 71). Auch hier können die Gelegenheitsstrukturen für Protestierende in unterschiedlichen Bundesländern innerhalb der Bundesrepublik Deutschland durchaus variieren (ganz zu schweigen von nationalen Unterschieden). Selbstverständlich sind in Demokratien, wie der Bundesrepublik Deutschland, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie auch die Demonstrationsfreiheiten garantiert. Jenseits dieser grundlegenden Freiheiten kann die Politik allerdings mittels Konfrontation und Polarisierung versuchen, Protestierende auf Abstand zu halten (z.B. in der Anfangszeit der großen Proteste gegen Stuttgart 21).

Tilly und Tarrow (2007) differenzieren als eine weitere Dimension der Gelegenheitsstrukturen die *entscheidenden Veränderungen* in den bereits genannten Dimensionen. Im Allgemeinen ändern sich durch neue Personen in der Politik, neue Regierungskoalitionen, aber auch durch das Aufkommen neuer Parteien die Gelegenheitsstrukturen für Bürgerinitiativen. Auch in einem insgesamt stark konsolidiertem politischen System, wie der Bundesrepublik Deutschland, ändern sich die Gelegenheitsstrukturen durchaus: Genannt seien hier die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in den Bundesländern in den 1990er Jahren und die Auseinandersetzung um den Bahnhofsneubau in Stuttgart (Stuttgart 21): Nach längerem Zögern hatte sich die Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Mappus dazu bereit erklärt, den anhaltenden Konflikt im Rahmen eines Runden Tisches zwischen Bürgerinitiativen, Deutscher Bahn, der Stadt Stuttgart sowie dem Land Baden-Württemberg zu schlichten (im Sommer/Herbst 2010). Die neue Landesregierung aus Grünen und SPD (ab 2011) ermöglichte gar eine Volksabstimmung über die Zukunft des Projektes.

Die bisherigen Aussagen zu den Gelegenheitsstrukturen haben sich vorrangig auf die *Input-Strukturen* konzentriert: Es ging darum, wie offen die politischen Strukturen generell für „neue“ Ideen und Forderungen von Bewegungsorganisationen sind, wie diese in den politischen Entscheidungsprozess integriert werden oder ob eher Strategien der Abwehr von Forderungen aus der politischen oder gesellschaftlichen Peripherie angewendet werden. Kitschelt (1986) macht darauf aufmerksam, dass neben diesen Input-Strukturen vor allem auch die Output-Phase der Politik häufig Anlässe und Ansätze für soziale Bewegungen eröffnet (Kitschelt, 1986, S. 63). Ganze Politikbereiche können während der Implementationsphase neu ausgehandelt werden. Aus diesem Grund gibt es eine politische *Gelegenheitsstruktur der Implementierung politischer Entscheidungen*, die auch die übergreifende Responsivität der Politik gegenüber sozialen Bewegungen bestimmt (Kitschelt, 1986, S. 63). In diesem Zusammenhang kann auf die im vorangegangenen Kapitel 2.1.5 vorgestellte Differenzierung von proaktiven und reaktiven Forderungen zurückgekommen werden (Tilly, 1978, S. 144-147). Bürgerinitiativen werden häufig „erst“ in der Implementationsphase aktiv, wenn grundsätzliche politische Entscheidungen bereits getroffen worden sind und es um die Implementierung dieser geht (z.B. der Bau von Höchstspannungsleitungen). Gleiches gilt auch für soziale Bewegungen, wie beispielsweise die Umweltbewegung. Die zentralen Konflikte der Anti-AKW-Bewegung manifestierten sich, so zumindest im Rückblick, an ganz konkreten Projekten der Implementation der Entscheidung für Atomenergie (Wyhl, Gorleben, Wackersdorf, Brokdorf – diese Ortsnamen stehen nicht nur für Kristallisationspunkte der Anti-AKW-Bewegung, sondern jeweils auch für konkrete Vorhaben der Output-Phase von Politik).

Gelegenheitsstrukturen gibt es auf allen Ebenen politischer Systeme (auch in Landkreisen, Gemeinden und Kommunen). Im Falle der Bürgerinitiativen werden die Mitglieder aufgrund des thematischen Zuschnitts sehr wahrscheinlich vor allem auf Kommunal- und Landespolitiker zugehen. Tarrow (1996) bezeichnet die Gelegenheitsstrukturen im politischen Nahbereich als *unmittelbare Gelegenheitsstrukturen* (*proximate opportunity structures*). Diese werden als Signale aus dem unmittelbaren politischen Umfeld verstanden (Tarrow, 1996, S. 42). In diesem Bereich wird nochmals zwischen „politikspezifischen“ und „gruppenspezifischen“ Gelegenheiten unterschieden (Tarrow, 1996, S. 42f.). Zu den politikspezifischen Gelegenheitsstrukturen zählen zum Beispiel die Möglichkeiten für Volksentscheide in den Bundesländern auf lokaler Ebene. Durch diese inhaltliche Ausgestaltung der Partizipationsoptionen für Bürgerinnen und Bürger entstehen Gelegenheiten, die auch Protestakteure aufgreifen können (z.B. durch die Initiierung von Volksentscheiden durch Bürgerinitiativen über die Errichtung von Windparks). Den Bereich der gruppenspezifischen Gelegenheiten kann man am besten mit der gesetzlichen Anerkennung bestimmter Gruppen beschreiben. So müssen beispielsweise in Planungs- und Genehmigungsverfahren von Pumpspeicherkraftwerken und Höchstspannungsleitungen anerkannte Naturschutzverbände konsultiert werden. Bürgerinitiativen verfügen über keinen solchen privilegierten Status. Sie können jedoch versuchen, Koalitionen mit den anerkannten Verbänden oder aber auch mit der Kommunalpolitik zu schließen.

Das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen differenziert insgesamt einen der zentralen Erklärungsfaktoren für die Entstehung und die Ausgestaltung von Protesten. In internationalen Vergleichsstudien wurde der Einfluss der (nationalen) politischen Gelegenheitsstrukturen auf die Anwendung von Protesttaktiken durch Bewegungsorganisationen empirisch untersucht. Kriesi (1996) kam zu dem Ergebnis dass die neuen sozialen Bewegungen (Umweltbewegung, Friedensbewegung, Schwulenbewegung) bei geschlossenen politischen Gelegenheitsstrukturen eher „radikalere“ Protestmittel einsetzten, also zu unkonventionellen und teilweise auch gewalttätigen Protesten griffen. In den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich der Charakter der eingesetzten Mittel der Umweltbewegung anders: Hier verlief der Trend von anfangs radikaleren Protestmitteln hin zu konventionellen Formen des Protests. Dies kann mit den sich verändernden (öffnenden) Gelegenheitsstrukturen in diesen Ländern erklärt werden (Kriesi, 1996, S. 179f.). Diese „makroskopischen“ Untersuchungen erläutern jedoch nicht, wie die Gelegenheitsstrukturen von den Mitgliedern einzelner Bewegungsorganisationen wahrgenommen werden und wie auf Basis dieser Wahrnehmung die Protestrepertoires entwickelt werden. Im folgenden Unterkapitel wird die Wahrnehmung der Gelegenheitsstrukturen auf der Mesoebene, der Ebene der

einzelnen Bewegungsorganisation, im Anschluss an das im letzten Kapitel bereits vorgestellte SSSM-Modell herausgearbeitet.

2.2.2 *Wahrnehmung von Gelegenheitsstrukturen*

Gelegenheitsstrukturen können am besten als Rahmungen verstanden werden, auf deren Basis Menschen ihre Entscheidungen über die erfolgversprechenden Mittel treffen (Tilly & Tarrow, 2007, S. 49f.). Allerdings lassen sich die komplexen politischen Strukturen nur in einem begrenzten Maß von Bewegungsorganisationen erfassen. Eine Struktur als solche kann nicht beobachtet werden (Rucht, 1996, S. 189). Es bedarf einer individuellen Identifizierung und dann der Ausnutzung der beobachteten Strukturen (Rucht, 1996, S. 189).

Eisinger konzeptualisierte diesen Prozess der Identifikation politischer Gelegenheitsstrukturen als *Beobachtung*: Wenn Menschen beobachten, dass sich vorangegangene Proteste niemals als erfolgreich herausstellten, dann wird es schwer sein, neue Protestierende zu rekrutieren (Eisinger, 1973, S. 27). Crossley (2002) charakterisiert dies als *Feedback-Mechanismus* innerhalb der Protestumwelt: Beispiele von Erfolgen oder Misserfolgen machen Gelegenheitsstrukturen oder Verhinderungsstrukturen sichtbar (Crossley, 2002, S. 109).

Diese Argumentation greift auch Kriesi (2004) auf, indem er – auf einer abstrakteren Ebene – im Rückgriff auf Jon Elster hervorhebt, dass es objektiv vorhandene Gelegenheitsstrukturen gibt, das Handeln eines Aktivisten aber auf dessen eigenen Vorstellungen dieser Gelegenheitsstrukturen beruhe (Kriesi, 2004, S. 68). Dies bedeutet sowohl, dass Gelegenheitsstrukturen unterschätzt und demnach nicht genutzt werden, als auch überschätzt werden können und daher zu Enttäuschungen oder einem „Overspending“ an Ressourcen führen (vgl. Kriesi, 2004, S. 68).

An dieser Stelle kann an das oben vorgeschlagene *SSSM-Modell* angeknüpft werden: Die Wahrnehmung einer Gelegenheitsstruktur ist eine kollektive Interpretation, die bestimmtes Protesthandeln als aussichtsreich und anderes Protesthandeln als weniger aussichtsreich erscheinen lässt. Da, wie im Kapitel zur Ressourcenmobilisierung deutlich wurde, die Informationen, die Bewegungsorganisationen zur Verfügung stehen, sowie auch die Möglichkeiten der Interpretation einer Situation von der Verteilung der Ressourcen in einer Organisation abhängen (z.B. Vorerfahrungen in politischen Auseinandersetzungen), können verschiedene Bewegungsorganisationen einen identischen politischen Kontext unterschiedlich interpretieren.

Schließlich ist das Zusammenspiel zwischen der Wahrnehmung von Spielräumen in Form von Gelegenheiten für Protestierende, entsprechenden kollektiven

Protesthandlungen sowie den Reaktionen der Adressaten in der Politik ein *Prozess*, in dem sich die jeweiligen Gelegenheitsstrukturen ändern können. Insofern sind Gelegenheitsstrukturen im Zeitverlauf nicht nur durch wechselnde Konstellationen in der Politik selbst Änderungen unterworfen (wie oben erläutert). Auch das Zusammenspiel von Herausforderern und etablierten politischen Akteuren ändert die Struktur der Gelegenheiten. Dafür beschreibt Tarrow (1996, S. 58ff.) die folgenden vier Möglichkeiten:

- Die Erweiterung der eigenen Gelegenheiten: Eine Gruppe kann Veränderungen in den Gelegenheitsstrukturen durch ihre eigenen Handlungen herstellen. Dies wäre zum Beispiel der Fall, wenn eine Bürgerinitiative die Unterstützung einer Landtagsfraktion für ihr Anliegen gewinnt.
- Die Erweiterung der Gelegenheiten für andere: Dies ist der Fall, wenn eine Bürgerinitiative in einem Fall Legitimität bei politischen Entscheidungsträgern gewonnen hat. Nachfolgende Bürgerinitiativen können auf die von ihr geschaffenen positiven Gelegenheiten zurückgreifen.
- Das Herstellen von Gelegenheiten für die Opponenten: Dieser aus der Sicht der Protestierenden ungünstige Fall kann beispielsweise eintreten, wenn im Rahmen eines Runden-Tisch-Prozesses auch die Opponenten der Bürgerinitiative umfangreiche Gelegenheiten erhalten, ihre Sicht der Dinge in den Entscheidungsprozess einfließen zu lassen.
- Das Herstellen von Gelegenheiten für Eliten: Das passiert, wenn zum Beispiel das Handeln einer Bewegung es der Exekutive erlaubt, Repressionen zu erhöhen (z.B. durch den Einsatz von Gewalt gegen Polizisten auf Demonstrationen). Eine zweite Möglichkeit ist, wenn politische Eliten die Anliegen einer Bewegung kooptieren. So kommt es vor, dass sich Oppositionsparteien den Protesten von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen anschließen.

2.2.3 *Mediale und diskursive Gelegenheitsstrukturen*

Im Kapitel 2.1 zur Ressourcenmobilisierung wurde bereits festgehalten, dass Medien in der Bewegungsforschung als Kanäle der Übermittlung von Botschaften verschiedener Akteure betrachtet werden. Dass es sich bei den Massenmedien um komplexe sozio-technische Institutionen handelt, wird bei einer solchen Betrachtung nicht berücksichtigt (Downing, 2008, S. 41). Diese Aussage gilt auch für die klassische Perspektive der Gelegenheitsstrukturen. So charakterisiert Kriesi (2004) Massenmedien zunächst noch als zusätzlichen Aspekt der politischen Gelegenheitsstrukturen, da ein Ziel von sozialen Bewegungen darin liege, über die Medienberichterstattung politische Gelegenheitsstrukturen zu öffnen (Kriesi, 2004, S. 86). Wie die Verbindungen zwischen der öffentlichen Auseinandersetzung und dem politischen Entscheidungsprozess tatsächlich aussehen, wird von ihm als eine Lücke im Konzept der Gelegenheitsstrukturen anerkannt (Kriesi, 2004, S. 86).

An dieser Stelle soll die im Kapitel 2.1.5 vorgestellte Differenzierung in Repertoires of Contention und Repertoires of Communication in Erinnerung gerufen werden (Mattoni, 2013). Das Beispiel des offenen Briefes machte deutlich, dass von einer Bewegungsorganisation eine Wirkung in zwei unterschiedlichen Kontexten (einem politischen sowie einem medialen) angestrebt wird. Mit Hilfe des Konzeptes der politischen Gelegenheitsstrukturen können die Erfolgsaussichten eines offenen Briefes im Sinne der Reaktionen im politischen System erfasst werden. Ob aus Sicht einer Bewegungsorganisation die Massenmedien sowie die Öffentlichkeit (Bevölkerung) für die Botschaften offen sind, kann mit dem klassischen Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen nicht erfasst werden.

Trotz der von Downing (2008) vorgetragenen Kritik an der Ignoranz der Bewegungsforschung mit Blick auf die Rolle der Massenmedien im Protest wird die eigenständige Bedeutung der Massenmedien in einigen grundlegenden Aufsätzen und Publikationen theoretisch konzeptualisiert sowie empirisch untersucht (z.B. Gamson & Wolfsfeld, 1993; Rohlinger, Kail, Taylor & Conn, 2012). Crossley (2002) schlägt eine Erweiterung des Konzeptes der Gelegenheitsstrukturen in Richtung *mediale Gelegenheitsstrukturen* vor (Crossley, 2002, S. 123). Medien öffnen oder beschränken ganz bestimmte Gelegenheiten für soziale Bewegungen (z.B. durch die Herstellung von Öffentlichkeit) (Cammaerts, 2012, S. 119). Dabei arbeiten diese nach ihren eigenen Regeln (zum Beispiel Nachrichtenwerte), die sich von den Regeln des politischen Systems unterscheiden (Crossley, 2002, S. 123). Die klassischen Massenmedien stellen daher neben der Politik einen zweiten zentralen Rahmen für die Protestbewegungen dar. Inwiefern es Bewegungsorganisationen gelingt, mit ihren Botschaften in den Medien zu erscheinen, bestimmt die mediale Gelegenheitsstruktur mit ihrer eigenen Logik der Selektion und Aufbereitung von Inhalten. Massenmedien eröffnen daher den *Zugang* sozialer Bewegungen in öffentliche Debatten.

Soziale Bewegungen wollen mit ihren Ideen und Vorstellungen gesellschaftliche und/oder politische Veränderungen anstoßen. Daher ist es notwendig, dass ihre Impulse in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Koopmans und Muis (2008) definieren dementsprechend *diskursive Gelegenheitsstrukturen* als jene Aspekte des öffentlichen Diskurses, die die Erfolgsaussichten von Bewegungen in der Öffentlichkeit bestimmen (Koopmans & Muis, 2008, S. 7). Die erste Dimension der diskursiven Gelegenheitsstruktur ist die *Sichtbarkeit* (Visibility), die eine massenmediale Berichterstattung herstellt. Dieser Aspekt wird von Gerhards & Schäfer (2007) als *Standing* bezeichnet und stellt aufgrund der Selektivität der Massenmedien einen Erfolg für die Akteure dar (Gerhards & Schäfer, 2007, S. 214). Darüber hinaus gibt es noch zwei weitere Dimensionen diskursiver Gelegenheitsstrukturen: die *Resonanz* sowie die *Legitimität*.

Die Resonanz umfasst die positiven sowie negativen Reaktionen in der Öffentlichkeit auf die Botschaften eines Bewegungsakteurs. Sind die Reaktionen überwiegend positiv, erhält der Akteur Legitimität (Koopmans & Muis, 2008, S. 7). Dabei lässt sich die Resonanz noch nach Akteuren differenzieren: die Resonanz bei politischen Entscheidungsträgern, die Resonanz von Kommentatoren in den Massenmedien sowie die Resonanz in der Bevölkerung.

Die medialen und die diskursiven Gelegenheitsstrukturen charakterisieren zwei eng verschränkte Prozesse: den Prozess in die Medien zu kommen, also *Zugang* zu erhalten, und den Prozess der *Resonanz* einer medialen Berichterstattung. Für den ersteren müssen sich die Protestakteure mit den generellen professionellen Spielregeln der Massenmedien auseinandersetzen (z.B. Nachrichtenwert erzeugen). Das Anerkennen der Spielregeln der Massenmedien kann durchaus in Konflikt mit der intendierten Erzeugung von Resonanz und Legitimität stehen: So kann die Inszenierung eines spektakulären Protestereignisses durchaus Nachrichtenwert erzeugen, die damit verbundene Zuspitzung kann jedoch der Intention der Bewegung, ihre Ziele in einem deliberativen Prozess zu verwirklichen, entgegenstehen. Soziale Bewegungen sind jedoch nicht ausschließlich auf die massenmediale Sichtbarkeit angewiesen. Das Internet, aber auch die Mobilkommunikation stellen ihnen eine zusätzliche *vernetzte Gelegenheitsstruktur* zur Mobilisierung sowie zur Vermittlung ihrer Inhalte zur Verfügung (Cammaerts, 2012, S. 119). Unter Rückgriff auf das im vorigen Kapitel vorgestellte Konzept des Repertoires postuliert Cammaerts (2012), dass die Wahl von Protestmitteln zu einem bestimmten Grad von der Einschätzung der medialen sowie vernetzten Gelegenheitsstrukturen abhängt (Cammaerts, 2012, S. 120). Damit kann an die bereits vorgestellte Wahrnehmung der politischen Gelegenheitsstrukturen angeschlossen werden. In den letzten Jahren wurde das Handeln von Bewegungsakteuren darüber hinaus unter Zuhilfenahme *praxistheoretischer Ansätze* vor allem im Grenzbereich zwischen der Bewegungsforschung und der Kommunikationswissenschaft ergänzend betrachtet (so z.B. McCurdy, 2009, 2011, 2013; Mattoni, 2013).

Ganz allgemein formuliert sind soziale Praktiken ein „routiniertes Verhalten verschiedener miteinander verbundener Elemente: Formen körperlicher Aktivitäten, ‚Gegenstände‘ und ihr Gebrauch, Hintergrundwissen in der Form eines Verständnisses, Knowhow, Emotionen und emotionalem Wissen“ (Reckwitz, 2002, S. 249). Mittels einer praxistheoretischen Perspektive geraten die Handlungen der einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten ins Zentrum der Betrachtung. Damit werden die Repertoires nicht vorrangig als aus einzelnen Protestmittel bestehende Sets betrachtet sondern vielmehr als dynamische Prozesse verstanden. Mit Bezug zu den Medien spezifizieren McCurdy (2013) und Mattoni (2013) die sogenannten *medienorientierten Praktiken*.

Mattoni definiert diese medienorientierte Praktiken als routinierte und kreative Praktiken, die Interaktionen mit *medialen Objekten* (wie Mobiltelefone, Laptops, Papier) und *medialen Subjekten* (wie Journalisten oder anderen Aktivisten) umfassen (Mattoni, 2013, S. 47). Diese inkludieren auch Vorstellungen, wie Medienobjekte und Mediensubjekte wahrgenommen werden und wie die Medienumgebung verstanden wird (Mattoni, 2013, S. 47). Mattoni unterscheidet diese nochmals in *Media Knowledge Practices* und *Relational Media Practices* (Mattoni, 2013, S. 47f.). Bei den Media Knowledge Practices geht es darum, Wissen über die Funktionsweisen der Medien (z.B. des Journalismus) zu erwerben. Dieses Wissen mündet dann in eine semantische Karte der Medienlandschaft. Die Relational Media Practices umfassen die Gestaltung eigener medialer Angebote sowie die Interaktion mit Journalistinnen und Journalisten. Die Wahrnehmung medialer Gelegenheitsstrukturen und das daraus resultierende Repertoire gehen somit nahtlos ineinander über:

In einer umfassenden Studie aus einer Kombination aus Gruppendiskussion und Tagebuchstudien untersuchte Rauch (2009) die Media Knowledge Practices von Aktivistinnen und Aktivisten. Dabei kam heraus, dass einige der Interviewten Massenmedien nutzen, um herauszufinden wie das Publikum denkt und wie Massenmedien die Wirklichkeit interpretieren. Dies kann als *reflexive Mediennutzung* bezeichnet werden (McCurdy, 2013, S. 61). Aktivistinnen und Aktivisten nutzen die Informationen, die sie durch diese reflexive Mediennutzung erhalten, für die eigene Arbeit, zum Beispiel für ihre Öffentlichkeitsarbeit (Rauch, 2007, S. 1003). Insofern beobachten Aktivistinnen und Aktivisten mit Hilfe ihrer Media Knowledge Practices die medialen Gelegenheitsstrukturen.

Neben den direkten Erfahrungen, die Aktivistinnen und Aktivisten mit Vertreterinnen und Vertretern der Medien machen, trägt ihre reflexive Mediennutzung zur Entstehung spezifischer *Laientheorien* über die Funktionsweisen von Medien bei, die Aktivistinnen und Aktivisten entwickeln. In einer umfangreichen Studie untersuchte McCurdy (2009) die Laientheorien von britischen Umweltaktivistinnen und -aktivisten. Das Ergebnis dieser Studie ist, dass unter den Aktivisten sehr medienkritische Positionen in Bezug auf die ökonomischen Interessen von Nachrichtenmedien, deren Sensationalismus, ihren Selektionskriterien sowie den redaktionellen Linien vorhanden sind (McCurdy, 2013). Der Begriff der Laientheorie wird gewählt, um diese Vorstellungen von denen professioneller Kommunikatoren zu unterscheiden, die ihr Wissen im Rahmen von Studiengängen oder Weiterbildungsprogrammen erworben haben. Es geht nicht darum, mit dem Begriff des Laien eine Bewertung über die „Qualität“ oder „Richtigkeit“ vorzunehmen (McCurdy, 2011, S. 622).

Die Laintheorien sind Ausgangspunkt für die Medienarbeit von Aktivistinnen und Aktivisten. Im Allgemeinen müssen Aktivistinnen und Aktivisten ständig neue Strategien finden, um mediale Aufmerksamkeit zu erreichen. Darum werden auch neue Formen ausprobiert (Lester & Hutchins, 2009, S. 583). So lassen sich auch Veränderungen in den Repertoires, und damit in den medienorientierten Praktiken, von Bewegungsorganisationen erklären. Gerade die Beziehung zwischen Massenmedien und Protestakteuren ist häufig schwierig. Die unterschiedlichen Reaktionen von Bewegungen im Hinblick auf die konkreten Erfahrungen mit Massenmedien hat Rucht (2004) konzeptuell zusammengefasst. Soziale Bewegungen können generell vier analytisch trennbare Konsequenzen aus ihren Erfahrungen mit den Massenmedien ziehen:

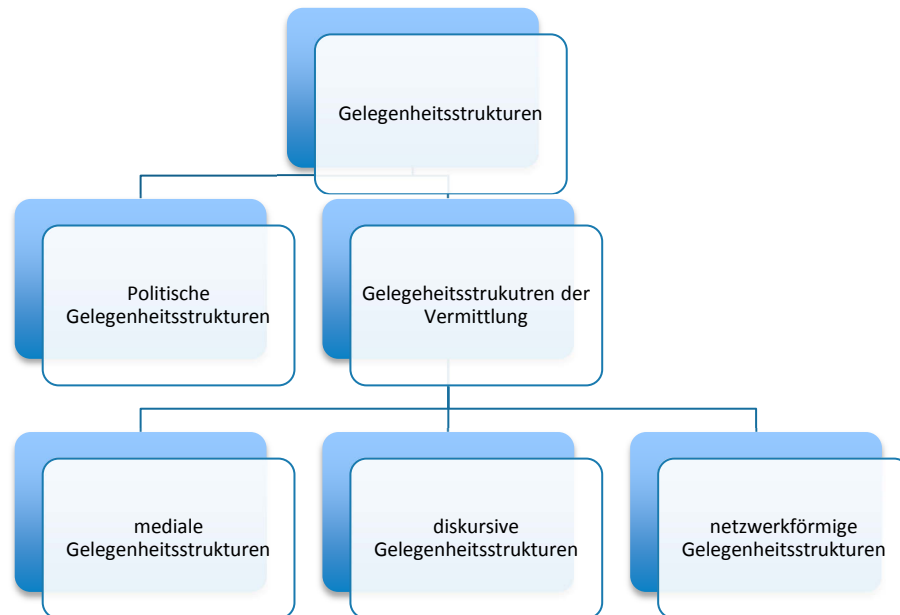
- **Abstinenz:** Negative Erfahrungen mit den Massenmedien führen zum Rückzug aus der aktiven Medienarbeit und zu einer Konzentration auf nach innen gerichtete Gruppenkommunikation.
- **Angriff:** Negative Erfahrungen führen zu expliziter Kritik und (teilweise auch gewalttätigen) Angriffen auf Massenmedien. Diese umfasst beispielsweise Beschwerdebriefe oder Unterschriftensammlung gegen die negative Berichterstattung oder das Kontaktieren von Konkurrenzmedien.
- **Adaption:** Die Regeln der Massenmedien werden anerkannt und man ist versucht, die Spielräume zu nutzen, die die Massenmedien bieten (z.B. durch eine Professionalisierung der eigenen Medienarbeit).
- **Alternativen:** Negative Erfahrungen führen zu dem Versuch, eigene Medien zu entwickeln. Bewegungsorganisationen stellen Gegenöffentlichkeit her.

Mit Rückbezug auf das im Kapitel 2.1.5 vorgestellte Konzept der Repertoires sind die Protestrepertoires einer Bewegungsorganisation auch als ein Ergebnis der im Rahmen des Engagements entstandenen medienorientierten Laintheorien der Aktivistinnen und Aktivisten zu verstehen.

2.2.4 Zusammenfassung und Kritik der Theorie der Gelegenheitsstrukturen

Das Konzept der politischen sowie der medialen Gelegenheitsstrukturen zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Kontext, in dem sich die Mobilisierung von Bewegungsorganisationen vollzieht, umfassend aufgespannt wird. Dazu zählen das politische System sowie die medialen, diskursiven sowie netzwerkartigen Gelegenheitsstrukturen. Je nachdem, welche Gelegenheiten oder Beschränkungen aus diesen Systemen wahrgenommen werden, werden Bewegungsorganisationen ihr Repertoire dahingehend gestalten. Diese Wahrnehmung beschreibt das Bild der Außenwelt aus Sicht einer Bewegungsorganisation. Abbildung 4 fasst die Dimensionierung des Konzeptes der Gelegenheitsstrukturen zusammen.

Abbildung 4: Dimensionen des Konzeptes der Gelegenheitsstrukturen



So hilfreich diese Differenzierung in politische, mediale, netzwerkartige sowie diskursive Gelegenheitsstrukturen ist, zentrale, sich daraus ergebende Fragen bleiben unbeantwortet. Insbesondere die Verbindungen zwischen den einzelnen Dimensionen werden nicht klar herausgearbeitet. So ist zum Beispiel die Unterscheidung zwischen Sichtbarkeit und Resonanz konzeptuell hilfreich, allerdings stellen Massenmedien Sichtbarkeit und Resonanz gleichzeitig her: Zum Beispiel werden in der Berichterstattung über ein Protestereignis einer Bewegung häufig auch Aussagen ihrer Opponenten erscheinen. Allein schon aus dem journalistischen Selbstverständnis heraus wird ein Beitrag sowohl die Sichtbarkeit einer Bewegung und gleichzeitig auch Resonanz herstellen (da im Sinne der Ausgeglichenheit beispielsweise auch Aussagen der „Gegenseite“ mit berücksichtigt werden). Es stellt sich daher durchaus die Frage, ob Sichtbarkeit und Resonanz tatsächlich zwei unterschiedliche Dimensionen sind?

Auch mit Blick auf das Konzept der netzwerkförmigen Gelegenheitsstrukturen wird deutlich, dass mindestens zwei Aspekte noch nicht klar werden: (1) Neben den Infrastrukturen des Internets haben Protestakteure die Möglichkeit weitere, alternative Formen der Öffentlichkeit herzustellen (z.B. durch das Aufstellen von Protestbannern, das Verteilen von Flyern oder durch eigene Veranstaltungen). Soziale Bewegungen bedienen sich eigener, alternativer medialer Formen sowie auch anderer Formen medialer Präsenz (z.B. in Stadteilzeitungen, offenen Kanälen), die weder den hier vorgestellten massenmedialen Gelegenheitsstrukturen noch den netzwerkförmigen

Gelegenheitsstrukturen eindeutig zugerechnet werden können. (2) Über diesen Aspekt hinaus stellt sich die Frage, wie die politischen und die medialen Gelegenheitsstrukturen ganz grundsätzlich miteinander zusammenhängen. Zwar bietet das Konzept der Resonanz eine Art „Brücke“ zu den Wirkungen, die die mediale Präsenz von Bewegungsakteuren auf Politik und Bevölkerung haben kann, insbesondere in Form von Legitimität. Welche Konsequenzen daraus für die Offenheit beziehungsweise die Geschlossenheit politischer Gelegenheitsstrukturen gezogen werden können, wird jedoch nicht deutlich.

Folgendes Fazit kann aus diesen Überlegungen gezogen werden: Die verschiedenen Dimensionen von Gelegenheitsstrukturen, seien sie politische, mediale, diskursive sowie netzwerkförmige Gelegenheitsstrukturen, stehen in keinem theoretisch fundierten Zusammenhang. Ein solches theoretisches Verständnis ist jedoch notwendig, um die konkrete Ausgestaltung der Repertoires von Bewegungsakteuren umfassend einordnen zu können. Es fehlt eine öffentlichkeitstheoretische Einbettung des Konzeptes der Gelegenheitsstrukturen. Diese wird es erlauben, die verschiedenen medialen (massenmediale, netzwerkförmige) und politischen Dimensionen und deren Beziehungen untereinander klarer herauszuarbeiten (z.B. das Verhältnis öffentlicher Sichtbarkeit von Protesten und politischer Entscheidungen). Im Kapitel 2.4 wird diese Einordnung erfolgen. Darüber hinaus muss ein weiterer Aspekt genannt werden, der eher am Rande durch die Betrachtung der diskursiven Gelegenheitsstrukturen deutlich geworden ist: Die Resonanz der Bevölkerung. Insbesondere aus der Perspektive der Ressourcenmobilisierungstheorie ist es entscheidend, wie offen die Bevölkerung für die Anliegen einer sozialen Bewegung ist, da die Mobilisierungsfähigkeit einer Bewegung ganz entscheidend von der Resonanz ihrer Botschaften in der Bevölkerung (oder Teilen der Bevölkerung) abhängig ist: Eine Strategie der quantitativen Mobilisierung und eine „Logic of Numbers“ (wie sie im Kapitel 2.1.5 beschrieben wurde) ist beispielsweise bei mangelnder Resonanz nicht möglich.

Gerade Bürgerinitiativen werden vorrangig Resonanz in Form von Legitimität durch die Bevölkerung anstreben, da sie den Anspruch verfolgen, Bürgerinteressen zu vertreten. Die Voraussetzung hierfür ist, dass sich die jeweiligen Forderungen in die Werte- und Präferenzstrukturen der Bevölkerung (sowie politischer Eliten) integrieren lassen und in einem bestimmten Maß bereits im Vorfeld Teil öffentlicher Diskussion waren. Im vorangegangenen Kapitel 2.1 wurde das Postulat der Ressourcenmobilisierungstheorie vorgestellt, dass Missstände mehr oder weniger kontinuierlich vorhanden sind und es darauf ankommt, dass Bewegungsorganisationen diese Missstände in mobilisierungsfähige Botschaften formulieren können. Das Konzept der diskursiven Gelegenheitsstrukturen eröffnet den Kontext, in dem dies möglich ist: Die Botschaften einer

Bewegungsorganisation müssen gesellschaftlich anschlussfähig sein. Gibt es im Vorfeld keinen mit dem Protestthema verwandten gesellschaftlichen öffentlichen Diskurs, werden einzelne Bewegungsorganisationen keine Resonanz erzeugen können.

Der Aspekt der Resonanz zeigt, dass die Botschaften einer Bewegungsorganisation so formuliert werden können, dass sie gesellschaftlich anschlussfähig werden. Das nächste Kapitel wird sich den internen Bedingungen des Formulierens der Botschaften von Bewegungsorganisationen widmen (Framing).

2.3 Die Theorie des Framing und kollektiver Identitäten

Die eben beschriebenen Gelegenheitsstrukturen stellen den Bezug zum äußeren Kontext einer sozialen Bewegung her. Da Bewegungsorganisationen in den allermeisten Fällen aus der Peripherie sowohl in das politische Institutionengefüge als auch in die öffentlichen gesellschaftlichen Diskurse dringen müssen, sind sie ganz entscheidend auf die Unterstützung durch Politik, Medien sowie auch der Bevölkerung angewiesen. Dabei nimmt das Konzept der politischen sowie medialen Gelegenheitsstrukturen die generellen Zugangschancen in den Blick, die das politische System sowie das Mediensystem Bewegungsorganisationen einräumen.

Darüber hinaus wurde mit dem Konzept der diskursiven Gelegenheitsstrukturen bereits deutlich, dass es für die Erfolgsaussichten einer Bewegungsorganisation wichtig ist, dass ihre Forderungen und Ziele im Wertesystem der Gesellschaft verankert sind und nicht gänzlich neu oder den jeweiligen Grundorientierungen entgegengesetzt sind.⁴ Gesellschaften definieren ihr eigenes Bild von Gerechtigkeit und von Richtigkeit. Die meisten Proteste basieren auf diesen in der jeweiligen Kultur verankerten Vorstellungen von Gerechtigkeit (Zald, 1996, S. 267). Bewegungsakteure greifen diese Vorstellungen auf, wenn sie ihre Ziele formulieren (vgl. Della Porta & Diani, 2006, S. 67). Gleichwohl wird es in pluralistischen Gesellschaften immer verschiedene Vorstellungen geben, verschiedene gesellschaftlichen Milieus unterscheiden sich in ihren Präferenzen.

In dem Maß, in dem soziale Bewegungen in der Gesellschaft vorhandene Werte artikulieren, bringen sie auch den gesellschaftlichen Wertewandel zum Ausdruck.

⁴ Nicht alle Bewegungen werden Ziele formulieren, die grundsätzlich positive Resonanz erzeugen können. Radikale politische sowie religiöse Gruppen werden mit ihren Forderungen außerhalb einer eng begrenzten Peer-Group vor allem negative Resonanz in der öffentlichen Debatte sowie staatliche Sanktionen hervorrufen. Da diese Gruppen nicht der Gegenstand dieser Arbeit sind, wird nicht weiter auf diese eingegangen.

Insbesondere durch die Entwicklung des Wohlstands in den westlichen Demokratien gewinnen seit den letzten 30 Jahren die sogenannten *postmateriellen Werte* an Bedeutung. Dazu zählen beispielsweise ökologische, emanzipatorische oder ästhetische Werte (Inglehart, 1977). Inglehart postuliert, dass es in der Bevölkerung Wertehierarchien gibt. Wenn grundlegende Lebensbedingungen erfüllt sind (z.B. Sicherung der Lebensverhältnisse), treten andere Werte in den Vordergrund (z.B. Leben in einem ästhetisch schönen Wohnumfeld). Dazu zählt auch der Wunsch nach mehr Mitbestimmung bei politischen Entscheidungen (Inglehart, 1977). Mit diesem Wertewandel lässt sich auch das Auftreten von bestimmten politischen Protesten erklären (Della Porta & Diani, 2006, S. 68).

Postmaterielle Proteste sind nicht vorrangig Reaktionen auf ganz konkrete Erfahrungen von Unterdrückung oder Ausgrenzung, sondern auch Reaktionen auf mangelnde Selbstbestimmung sowie Selbstentfaltung der Menschen in den vorgegebenen gesellschaftlichen, ökonomischen sowie politischen Strukturen. Auch für den Bereich der Bürgerinitiativen kann das Aufkommen postmaterieller Werte eine Erklärung dafür liefern, dass sich Proteste an einer „Einschränkung“ der Ästhetik durch den Bau großer Infrastrukturanlagen entzünden, dass viele Protestierende das Fällen von Bäumen für neue Gebäude als einen tiefen Affront empfinden sowie sich für den Erhalt des Habitats einer seltenen Tierart einsetzen. Darüber hinaus liefern die postmateriellen Werte auch eine Erklärung dafür, dass Bürgerinitiativen umfassende Mitspracherechte bei der Planung und Genehmigung von Infrastrukturprojekten einfordern. Auch wenn Proteste gegen große Infrastrukturprojekte kein neues Phänomen sind, gibt es deutliche Unterschiede in ihrer Verbreitung und in ihrer Intensität (Rucht, 2002). Insgesamt haben Proteste gegen Infrastrukturprojekte einen zwar geringen aber nicht unerheblichen Anteil an den in der Bundesrepublik vorkommenden Protestthemen (Hutter & Teune, 2012, S. 14).

Aus dem Wertewandel sollte jedoch nicht der Schluss gezogen werden, dass Proteste in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich einen postmateriellen Charakter aufweisen. Eine dichotome Unterscheidung von materiellen Werten auf der einen Seite und postmateriellen Werten auf der anderen Seite ist nicht schlüssig: So werden mit dem Bau einer Höchstspannungstrasse sowohl der Grundstückswert als auch die Lebensqualität durch den Eingriff in das Landschaftsbild sinken. Dies bedeutet, dass eine Bürgerinitiative bei der Entwicklung ihrer Argumentationsstrategie sowohl auf materielle als auch auf postmaterielle Werte zurückgreifen kann.

Nun ist es so, dass von vielen Menschen geteilter Unmut über eine sich abzeichnende Entscheidung oder eine bereits getroffene Entscheidung noch nicht automatisch zu Protesten führt. Im Rahmen der Ressourcenmobilisierungstheorie fällt den

Bewegungsorganisationen mit ihren Führungspersonen die Rolle zu, die *plötzlich auftretenden Missstände* in konkrete Botschaften zu transformieren und damit ein soziales Problem definieren (vgl. Hilgartner & Bosk, 1988, S. 57). Wie genau dieser Prozess funktioniert, wie die Vorstellungen aus der Umwelt aufgegriffen werden und zu für eine Protestorganisation eigenen Problembeschreibungen und Lösungsvorschlägen gedeutet werden, was also in den Köpfen des Kernteams einer Protestorganisation geschieht, bleibt im Rahmen der Ressourcenmobilisierungstheorie jedoch weitestgehend ausgeklammert (vgl. Jasper, 1997, S. xi). Diese konzeptuelle Lücke wird durch die Perspektive des Framing sowie der kollektiven Identitäten geschlossen.

Die meisten Menschen, die sich dafür entscheiden, als Mitglieder in einer Bürgerinitiative aktiv zu werden, werden diese Aktivitäten auf Basis eigener Betroffenheit heraus beginnen (entweder als Mitglieder eines betroffenen Kollektivs oder aus Empathie und Solidarität heraus). Dies bedeutet, dass die Organisatorinnen und Organisatoren von Protest nicht von „außen“ auf den Gegenstand schauen, sondern die Mitglieder von Bewegungsorganisationen in den allermeisten Fällen einen (direkten) individuellen Bezug zu dem jeweiligen Missstand haben. Diese Personen müssen sich zusammenfinden, um die Kernbotschaften ihrer Protestorganisationen zu entwickeln, die sie in die Gesellschaft zu tragen, um Unterstützung einzuwerben und schließlich auch konkrete Veränderungen zu initiieren und durchzusetzen. Damit betreiben Bewegungsorganisationen ein aktives *Framing*. Die Kernbotschaften einer Bewegungsorganisation sind dementsprechend kollektive Frames. Im Rahmen dieses Prozesses sowie auch durch das „Leben“ in der Gruppe, über gemeinsame Aktionen und die Auseinandersetzung mit den Konfliktgegnern entwickelt sich eine *kollektive Identität* der Gruppe, die notwendig ist, um sich selbst von der Außenwelt, z.B. von anderen Gruppen, abzugrenzen und kollektives Handeln zu ermöglichen.

Damit sind die Frames sowie die kollektiven Identitäten von Protestakteuren (ihre Ziele, ihre Botschaften, ihr Selbstbild) ein wichtiges Element, da sie die Innenwelt und die Außenwelt der Bewegungsorganisationen verbinden. Im Folgenden wird auf die Framing-Aktivitäten sowie die kollektiven Identitäten von Protestorganisationen näher eingegangen.

2.3.1 *Framing als Prozess der Entstehung der Kernbotschaften*

Gesellschaftliche Missstände werden von Bewegungsorganisationen aufgegriffen und in einem aktiven Prozess (Framing) zu konkreten Botschaften (Frames) für die eigenen Mitglieder, die Sympathisanten, die Opponenten und die Öffentlichkeit formuliert (Benford & Snow, 2000, S. 613). Die Framing-Forschung im Bereich der sozialen Bewegungen ist in ihrem Begriffsverständnis sehr nah an den kommunikations-

wissenschaftlichen Vorstellungen (Matthes, 2007, S. 46). Daher wird analog zu der kommunikationswissenschaftlichen Unterscheidung zwischen dem *Frame-Building* als dem Prozess der aktiven Bedeutungskonstruktion und den *Frames*, dem Ergebnis dieses Prozesses, unterschieden. Die Frames können als Konzentrate der Gedanken von Bewegungsorganisationen betrachtet werden, die das Protesthandeln anleiten und legitimieren (Benford & Snow, 2000, S. 614). Dabei sind diese Frames immer das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen verschiedenen Individuen und nicht lediglich ein Aggregat individueller Vorstellungen (Gamson, 1992, S. 111).

In der Bewegungsforschung werden drei unterschiedliche Framing-Tasks differenziert (Benford & Snow, 2000). Das *diagnostische Framing* umfasst die Identifikation eines Problems und die Nennung der Verantwortlichen für das Auftreten dieses Problems. Das *prognostische Framing* beschreibt die Lösungsvorschläge der jeweiligen Bewegungsorganisation. Das *motivationale Framing* liefert schließlich Argumente, sich an kollektivem Protesthandeln zu beteiligen. Bewegungsorganisationen argumentieren hier mit der Wichtigkeit, der Dringlichkeit und der Anständigkeit einer Sache sowie mit der Wirksamkeit des Protests (Benford & Snow, 2000, S. 614).

Diese Dimensionen sind den aus der kommunikationswissenschaftlichen Forschung bekannten Frame-Elementen von Entman (1993, 2004) ähnlich. Allerdings ist die Dimensionierung von Entman detaillierter, da diese eine Problemdefinition, eine Kausalattribution sowie eine moralische Bewertung differenziert, während Benford & Snow hier lediglich vom diagnostischen Framing sprechen. Das prognostische Framing sowie die Lösungsvorschläge kommen sowohl bei Entman als auch bei Benford & Snow vor. Lediglich die Dimension des motivationalen Framing ist in der Differenzierung von Entman nicht vorhanden. Allerdings findet sich dieses motivationale Framing in den anderen Frame-Elementen durchaus wieder: Die Aspekte der Dringlichkeit und der Wichtigkeit einer Sache sind immer auch Teil der Problemdefinition. Die Anständigkeit einer Sache steht in Zusammenhang mit der moralischen Bewertung und der Aspekt der Wirksamkeit ist in den Lösungsvorschlägen vorhanden.

Der Unterschied der Differenzierungen zwischen Entman und Benford und Snow ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die ersteren vom *Prozess* des Framing ausgehend drei Framing-Tasks definieren (diagnostisch, prognostisch, motivational), während Entman die verschiedenen Elemente, aus denen sich ein Frame zusammensetzt, definiert. In seiner Definition des Framing (als Prozess) macht Entman deutlich, dass einige Facetten eines Themas oder eines Ereignisses ausgewählt, hervorgehoben und verbunden werden, um eine bestimmte Interpretation, Bewertung und/oder Lösung zu fordern (Entman, 2004, S. 5). Die Differenzierung in die Elemente eines solchen

spezifischen Frames ist generell sehr hilfreich. In der Tabelle 7 sind die Framing-Tasks sowie die Frame-Elemente gegenübergestellt.

Tabelle 7: *Framing-Tasks und Framing-Elemente*

| Benford & Snow: Framing-Tasks | Entman: Frame Elemente |
|---|-------------------------------|
| Diagnostisches Framing (Problembeschreibung und Attribution) | Problemdefinition |
| Prognostisches Framing (Lösungsvorschlag) | Kausalattribution |
| Motivationales Framing (Gründe zur Teilnahme an kollektivem Handeln) | Lösungsvorschläge |
| | Moralische Bewertung |

Mit Hilfe dieser Differenzierung in verschiedene Frame-Elemente sowie Framing-Tasks lässt sich nun der Prozess des aktiven Formulierens von latenten Missständen in konkrete Protestbotschaften besser beschreiben. Zu Beginn stehen die individuellen Rahmungen eines wahrgenommenen Problems, die nun in Auseinandersetzung mit den Rahmungen anderer Personen in eine kohärente Argumentationsstrategie münden müssen. Dabei gibt es immer ganz verschiedene Möglichkeiten ein Problem zu beschreiben (vgl. Hilgartner & Bosk, 1988, S. 56f.). Am fiktiven Beispiel einer sich gründenden Bürgerinitiative gegen den Bau eines Pumpspeicherwerks kann verdeutlicht werden, vor welchen möglichen Herausforderungen die Mitglieder dieser Bürgerinitiative stehen: Im Kernteam können beispielsweise klassische Umweltaktivisten sowie lokale Gewerbetreibende zusammen an einem Tisch sitzen. Die Umweltaktivisten mögen den Ausbau der Infrastruktur in der Region generell kritisch betrachten (z.B. auch dem Ausbau von Verkehrswegen), während die Gewerbetreibenden sich durch den Ausbau von Straßen eine Belebung des Handels erhoffen und im Bau des Pumpspeicherwerkes vorrangig die Zerstörung des Landschaftsbildes als Attraktion für Gäste sehen. Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen verdeutlichen, dass für unterschiedliche Gruppen bei der Betrachtung des identischen Themas unterschiedliche Facetten hervorgehoben sind:

Für Umweltaktivisten ist der geplante Bau des Pumpspeicherwerkes Ausdruck einer generellen Zerstörung der Natur auf Basis einer umweltfeindlichen Ideologie, die sich bei den energiepolitischen Akteuren verdeutlicht (Problembeschreibung und Attribution). Die Lösung besteht im nachhaltigen und naturnahen Wirtschaften (Lösungsvorschläge). Verhindert wird dies allerdings durch die Machtgier der Konzerne (Moralische Bewertung). Die Gesellschaft müsse daher aufgeweckt werden. Dazu bieten sich auch konfrontative Proteststrategien an, wie z.B. das Anketten an Bäume, da diese die Wichtigkeit des Problems deutlich hervorheben (motivationale Framing).

Für die Gewerbetreibenden wiederum liegt das Problem nicht auf einer generellen gesellschaftlichen Ebene, sondern es ist Ausdruck eines Interessenkonfliktes, in dem lokale Interessen marginalisiert werden, da diese auf den höheren politischen Ebenen nicht genügend berücksichtigt werden (Problembeschreibung und Attribution). Daher sollten Standortalternativen geprüft werden (Lösungsvorschläge). Dem stehen allerdings die Konzernlobbys entgegen, da sich mit dem konkreten Großprojekt hohe Renditen erwirtschaften lassen (moralische Bewertung). Die Bevölkerung vor Ort muss allen Einfluss auf die Planungs- und Genehmigungsverfahren nehmen (prozedurale Proteststrategie), der ihr zur Verfügung steht, und die Politiker vor Ort müssen davon überzeugt werden, für ihre Heimat einzutreten (motivationales Framing).

Die Herausforderung für eine Gruppe besteht nun darin, diese unterschiedlichen Positionen zusammenzubringen, so dass einheitliche Botschaften nach außen kommuniziert werden, denen sich alle Gruppenmitglieder verpflichtet fühlen. Die Frames sind daher Ausdruck eines Gruppenkonsenses, der zum Teil auch den kleinsten gemeinsamen Nenner repräsentieren kann.

Das Framing wird daher als ein *aktiver Prozess* der Formulierung von Protestbotschaften beschrieben, der *strategisch* ist (Loader, 2008, S. 1925). Dies bedeutet, dass im Kernteam einer Bürgerinitiative bewusst danach geschaut wird, die Botschaften so zu gestalten, dass sich beispielsweise potenzielle Mitglieder davon angesprochen fühlen (Jasper, 1997, S. 77). Allerdings wird gerade in der Anfangszeit der Framing-Prozess weniger bewusst erfolgen und sich erst im Laufe der Zeit eine strategische Ausrichtung zeigen (McAdam, McCarthy & Zald, 1996, S. 16). Diese Hypothese ist insofern plausibel, da zu Beginn erst einmal die verschiedenen individuellen Rahmungen in eine kohärente Argumentation gebracht werden müssen.

In dem Moment, in dem die kollektiven Frames einer Bürgerinitiative nach außen dringen, können die Adressaten auch auf diese reagieren: Potenzielle Mitglieder, Opponenten und andere Beobachter (z.B. Journalisten) werden sich mit den Botschaften auseinandersetzen, sie kritisieren, kommentieren, sie von sich weisen oder unterstützen. Auf diese Reaktionen muss die Bürgerinitiative eingehen. Aus diesem Grund ist das Framing nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt abgeschlossen. Vielmehr sind Framing-Aktivitäten *dynamisch* und *prozesshaft* (Benford & Snow, 2000, S. 614). Der Prozess, wie die Protestgruppen die Einordnungen der eigenen Gruppenmitglieder sowie die der Außenstehenden verbinden, wird als *Frame Alignment* bezeichnet. Snow et al. (1986) differenzieren hierbei vier unterschiedliche Frame-Alignment-Prozesse.

Das *Frame Bridging* beschreibt im Allgemeinen die Verbindung zwischen zwei oder mehreren sehr ähnlichen Frames, die im Vorfeld noch nicht kombiniert wurden. So

kann die Bürgerinitiative gegen das Pumpspeicherwerk feststellen, dass der BUND vor Ort ähnlich argumentiert und dies in der Kommunikation nach außen aufgreifen, indem zum Beispiel in den Broschüren der Bürgerinitiative darauf hingewiesen wird, dass sich auch der BUND im Sinne der Bürgerinitiative artikuliert.

Ein weiterer Aspekt des Frame-Bridging ist die Verbindung der Rahmungen einer Bürgerinitiative mit denen der Bevölkerung. Letztlich ist ein wichtiger Bestandteil des Framing das Sichtbarmachen von Missständen für die Bevölkerung. Dabei wird, so die Aussage der Ressourcenmobilisierung, die Unzufriedenheit durch eine Bürgerinitiative aufgegriffen. Snow et al. (1986) kritisieren an dieser Vorstellung allerdings, dass dieser Annahme zugrunde liegt, dass die Missstände von der Bevölkerung im Großen und Ganzen recht ähnlich empfunden werden und diese dann mehr oder weniger nur noch durch eine Protestgruppe expliziert werden müssten. Das Frame Bridging wäre dann ein einseitiger Kommunikationsprozess einer Bewegungsorganisation an die Bevölkerung (Snow et al., 1986, S. 468). In einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft gibt es auf die meisten Problembereiche sowohl im politischen System als auch in der Bevölkerung allerdings durchaus unterschiedliche Sichtweisen (wie bereits bei der Erörterung der materiellen sowie postmateriellen Werte am Anfang dieses Kapitels erläutert wurde). Diese manifestieren sich in verschiedenen *Packages* (Frames) verschiedener Akteure, die untereinander in einem Wettbewerb stehen (Gamson & Modigliani, 1989, S. 2). Gamson & Modigliani machen durch den Hinweis auf den Wettbewerb sowohl auf das Konkurrenzverhältnis zwischen Bewegungsorganisationen (wie es auch die Ressourcenmobilisierungstheorie formuliert) als auch auf die Auseinandersetzung zwischen Bewegungsorganisationen und ihrer Umwelt (Konzept der Gelegenheitsstrukturen) aufmerksam. Aus diesem Grund wird es einer Bewegungsorganisation in den meisten Fällen nicht einfach gelingen, eine „Mehrheit“ der Bevölkerung von ihrer Rahmung zu überzeugen. Es liegt nicht ein „Pool“ aus Unzufriedenheit vor, der einfach angezapft werden kann. Aus diesem Grund sind die drei weiteren Frame Alignment-Prozesse für eine Bewegungsorganisation von zentraler Bedeutung.

Bei der *Frame Amplifikation* wird durch das Hervorheben bestimmter Frame-Elemente eine Verstärkung und Bekräftigung des Frames erzeugt. Eine erste Möglichkeit besteht darin, *Werte oder Überzeugungen* hervorzuheben (Snow et al., 1986, S. 469-472). Die Bürgerinitiative, die sich gegen den Bau des Pumpspeicherwerkes einsetzt, kann beispielsweise den Wert der Heimat hervorheben, die es zu schützen gilt. Eine weitere Variante wäre die Betonung von demokratischen Prinzipien (Snow et al., 1986, S. 469): Die Bürgerinitiative kann beispielsweise mehr Bürgerbeteiligung verlangen und damit den Wert der Demokratie hervorheben. Auch mittels der Hervorhebung von *Überzeugungen* wird eine Verstärkung des Frames erzeugt, so z.B. durch die

stereotype Darstellung der Antagonisten: Die Bürgerinitiative hat die Möglichkeit, den Kraftwerksbetreiber als vor allem an reinen Gewinnen orientierten Akteur moralisch zu verurteilen.

Die dritte Form ist die *Frame Extension*. Während bei der Frame Amplifikation generell davon ausgegangen wird, dass die Adressaten der Botschaften bereits sehr ähnliche eigene Rahmungen haben und daher lediglich einige Frame-Elemente für die Argumentation verstärkt werden müssen, ist die Frame Extension notwendig, wenn Teile der Bevölkerung erst einmal grundlegend von den Argumenten der Bewegungsorganisation überzeugt werden müssen oder neue gesellschaftliche Gruppen erschlossen werden sollen. Eine Bürgerinitiative kann ihre Botschaften systematisch erweitern, indem sie den Bau des Pumpspeicherwerkes in den Zusammenhang von großen, teuren und nicht notwendigen Infrastrukturprojekten stellt, um damit auch Unterstützung von Menschen außerhalb der betroffenen Region zu gewinnen.

Die vierte Form ist die *Frame Transformation*. Hierbei geht es noch deutlich stärker darum, die vorherrschenden Deutungen der Adressaten strategisch umzudeuten. Im Falle der Planung des Pumpspeicherwerkes vor der Haustür mag dieses Projekt bei vielen Menschen zu wenig Unmut führen, da diese im Grunde genommen der Ansicht sind, dass das Vorhaben notwendig sei und im Großen und Ganzen einen tolerablen Eingriff in das Landschaftsbild darstelle. Eine Bürgerinitiative kann diese Haltung nun versuchen zu durchbrechen. Dies kann beispielsweise dadurch geschehen, dass sie das Pumpspeicherwerk in einen größeren Kontext von verschiedenen weiteren Infrastrukturprojekten in der Region stellt und argumentiert, dass die Belastungsgrenze erreicht sei und es kaum noch Spielräume für die eigenständige regionale Entwicklung gäbe. Nicht das Projekt des Pumpspeicherwerkes sei per se problematisch, allerdings sei die Belastungsgrenze der Region bereits überschritten. Daher müsse dieses Projekt verhindert werden.

Diese vier vorgestellten Frame-Alignment-Prozesse zeigen die strategischen Potenziale der Formulierung von Kernbotschaften von Bewegungsorganisationen auf. Bewegungsorganisationen haben die Möglichkeit, auf die Reaktionen ihrer Umwelt einzugehen. Dabei sind den Framing-Aktivitäten äußere Grenzen durch das umgebende Wertesystem und die Präferenzstruktur der Bevölkerung sowie die Heterogenität der Meinungen gesetzt.

2.3.2 *Framing als Ausdruck und Prozess kollektiver Identität*

Bei der Vorstellung der Ressourcenmobilisierungstheorie wurde auf die Bedeutung von Netzwerken für die Protestmobilisierung eingegangen. Dabei wurden beispielsweise Stadtteil- oder auch Dorfgemeinschaften als eine mögliche *Basis* für die Rekrutierung für eine Bewegungsorganisation verstanden. Jenseits des instrumentellen Aspektes der Mobilisierung teilen solche Gemeinschaften eine gemeinsame Identität, die sich aus gemeinsamen Interessen und Erfahrungen zusammensetzt und Solidarität hervorbringt (Taylor & Whittier, 1999, S. 172). Wenn sich eine Bürgerinitiative nun für diese Gemeinschaft einsetzt (indem sie beispielsweise gegen den Bau eines Pumpspeicherwerkes eintritt), wird sich dieses Engagement aus der Verbundenheit mit der Gemeinschaft speisen. Das heißt, dass in dieser Bürgerinitiative eine bereits bestehende Identität zum Ausdruck kommt. Dadurch kann sie dann auf die Solidarität der Gemeinschaft zurückgreifen. Eine übergeordnete und bereits vorhandene kollektive Identität kann daher die Quelle für die Aktivitäten einer sozialen Bewegung darstellen (Green, 1999, S. 154; vgl. Choup, 2008, S. 194).

Neben dem Aspekt, dass bereits im Vorfeld vorhandene kollektive Identitäten von Gemeinschaften der Ausgangspunkt von kollektiven Rahmungen von Bewegungsorganisationen sind, entsteht auch innerhalb jeder Bewegungsorganisationen eine *gruppenspezifische kollektive Identität* (vgl. Green, 1999, S. 154). Diese Identität wird durch die Interaktionen in einer sozialen Bewegung konstruiert, aktiviert und hergestellt (Klandermans & de Weerd, 2000, S. 69f.). Dieser Prozess erfolgt durchaus nicht unbewusst, es handelt sich um einen *Identitätskonstruktionsprozesses*, in dem verschiedene Individuen ihre Identitäten miteinander abstimmen (Snow & McAdam, 2000, S. 49).

Snow & McAdam (2000) schreiben, dass die Bildung einer solchen kollektiven Identität einer Protestgruppe eng mit den Framing-Aktivitäten dieser Gruppe verknüpft ist, da die Identitätskonstruktion den Framing-Aktivitäten inhärent ist (Snow & McAdam, 2000, S. 53). Dies bedeutet, dass die Kernbotschaften einer Protestgruppe ein Ausdruck ihrer jeweiligen kollektiven Identität darstellen. Die Identitätsbildung erfolgt demnach beispielsweise auch bei der Formulierung einer Pressemitteilung, wenn Mitglieder der Bewegungsorganisation bei einem Informationsstand mit Passanten sprechen oder bei der Vorbereitung weiterer öffentlicher Auftritte, also beim Erleben des kollektiven Handelns (vgl. Snow & McAdam, 2000, S. 54). Bei den Vorbereitungstreffen für verschiedene Aktionen und den Aktionen selbst geht es nicht lediglich darum, die Botschaften nach außen zu vermitteln, sondern auch eine Vorstellung davon zu entwickeln, wer man als Gruppe ist.

Konstituierend für die Bildung einer Identität als *Protestgruppe* ist eine „Politisierung“, die zunächst eine „Wir“-Komponente umfasst, die aus der Perspektive der Bewegungsorganisation eine Differenz zur Außenwelt herstellt (Snow & McAdam, 2000, S. 42; vgl. Barnes, Newman & Sullivan, 2006, S. 201). In der „Wir“-Komponente der Identität drücken die Bewegungsorganisationen ihr *Selbstbild* aus. Diesem Selbstbild wird eine „Sie“-Komponente hinzugefügt, die eine moralische Bewertung der Opponenten beinhaltet (Klandermans & De Weerd, 2000, S. 70; Della Porta & Diani, 2006, S. 94). Gerade wenn die politische Autorität in ihrem Handeln als ungerecht empfunden wird, entsteht schnell eine solche Identität, die sich in Gegnerschaft zu der Autorität empfindet (Klandermans & De Weerd, 2000, S. 70). Dieser Identitätsbildungsprozess setzt sich aus drei Komponenten zusammen: Die gemeinsamen Aspekte der Mitglieder einer Protestgruppe treten in den Vordergrund. Zweitens gibt es ein Gruppenbewusstsein im Hinblick darauf, dass die Gruppenmitglieder denselben Problemen gegenüberstehen. Und drittens ist die Gruppe in Opposition gegenüber der dominierenden Ordnung (Choup, 2008, S. 193). Dieser letzte Aspekt wird als *Oppositionsbewusstsein* bezeichnet. Gerade Auseinandersetzungen mit der Polizei können sich prägend auf dieses Oppositionsbewusstsein auswirken (Kretschmer & Rucht, 1991; Drury, Reicher & Stott, 2003).

Allerdings kommt es nicht bei allen Konflikten zu einer konfrontativen Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Protestierenden und Autoritäten. So weisen Barnes, Newman und Sullivan (2006) darauf hin, dass durch den vermehrten Einsatz deliberativer Beteiligungsangebote in westlichen Demokratien sich nicht zwangsläufig ein oppositionelles Bewusstsein gegenüber Autoritäten herausbilden muss. Dieser Aspekt wurde bereits bei der Vorstellung der Theorie der Gelegenheitsstrukturen kurz erläutert. Insofern wirken sich „offene“ Gelegenheitsstrukturen nicht nur auf die Wahl des Protestrepertoires aus, sondern auch auf die jeweiligen Protestidentitäten. In einer empirischen Studie konnten die Autoren am Beispiel von städtischen Bewegungsorganisationen, welche sich im Rahmen der Stadtentwicklung engagieren, zeigen, dass dem Engagement nur in wenigen Fällen ein oppositionelles Bewusstsein gegenüber politischen Autoritäten voraus ging und sich die Mitglieder dieser Organisationen auch nicht in Opposition zur Bevölkerung sahen (Barnes, Newman & Sullivan, 2006).

Diese hier vorgestellte kollektive Identität beeinflusst, neben den kollektiven Problemrahmungen, die Wahl der Repertoires. So ist zum Beispiel die Anwendung von konfrontativen Proteststrategien oder der Einsatz politischer Gewalt für viele Protestgruppen aufgrund ihrer jeweiligen kollektiven Identität keine Option (Cammaerts, 2012, S. 125).

Im Kapitel zur Ressourcenmobilisierung wurde bereits verdeutlicht, dass die Organisationsform „Bürgerinitiative“ als selektiver Anreiz für potenzielle Mitglieder betrachtet werden kann, da diese Organisationsform sowohl zeitlich befristet ist als auch kein ideologisches Bekenntnis erfordert. Darüber hinaus zeichnet Bürgerinitiativen ein bestimmtes Selbstbild aus: Es treten Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als Bürgerinnen und Bürger (und nicht als Privatpersonen) mit Forderungen an politische Institutionen heran. Damit bestätigen sie, dass die Politik aus ihrer Perspektive der zentrale Adressat der Problemlösung ist und erkennen damit die Legitimität der politischen Institutionen grundsätzlich an. Sich in einer Bürgerinitiative zu engagieren bedeutet darüber hinaus, zumindest die Erwartung zu haben, dass sich der persönliche Einsatz lohnt und nicht von vornherein aussichtslos ist. Bürgerinnen und Bürger haben somit ein selbstbewusstes Selbstbild, von dem sich auch Erwartungen an die Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Medien ableiten lassen: Diese wird vor allem die Erwartung sein, Gehör zu finden sowie als ernstzunehmende Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner akzeptiert zu werden.

Damit unterscheiden sich die Bürgerinitiativen von anderen *Protestkulturen*. Die Friedensbewegung sowie auch weite Teile der Umweltbewegung und auch die Frauenbewegung haben jeweils eine eigene ideologische Basis, die sich nicht selten auf sozialphilosophisches Denken oder auf politische Utopien zurückführen lässt. Teile einer solchen Bewegungsideologie können beispielsweise eine generelle Kritik an den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und medialen Institutionen umfassen. Zusätzlich liefert die Bewegungsideologie auch alternative Entwürfe des gesellschaftlichen Lebens sowie alternative Entwürfe von Politik und Öffentlichkeit. Gerade die neuen sozialen Bewegungen treten nicht nur im politischen und öffentlichen Raum für einen gesellschaftlichen Wandel in ihrem Sinne ein, sondern verwirklichen auch ganz konkret alternative Lebensentwürfe. Damit bilden diese sozialen Bewegungen eine *Gegenkultur* (Eder, 2000, S. 51). Zusätzlich entwickeln diese Bewegungen auch ganz spezifische Repertoires des Protestes. Dazu zählen die Sit-Ins der Studentenbewegung, die Sitzblockaden der Anti-AKW-Bewegung sowie auch Buttons und Sticker. Auch konfrontative Protestmittel, wie das Anketten an Bäume oder an Schienen sowie die Errichtung von Protestcamps, finden Anwendung. An diesen Beispielen wird deutlich, dass kollektive Protestidentitäten die jeweiligen Protestrepertoires prägen. Es ist eine empirische Frage, ob (und unter welchen Bedingungen) sich auch die Bürgerinitiativen solche Protestmittel aneignen oder inwiefern diese von vornherein mit dem jeweiligen Selbstbild inkompatibel sind.

An dieser Stelle kann nochmals die im Kapitel zu den Bürgerinitiativen erstmals vorgestellte „Honoratioreninitiative“ aufgegriffen werden. Im Kapitel zur Ressourcenmobilisierung wurde hypothetisiert, dass lokale Honoratioren durch die bereits vorhandene Einbindung in Netzwerke nicht auf öffentlichkeitswirksamen Protest zurückgreifen müssen (Ressourcen). Mit Rückbezug auf die kollektiven Identitäten sowie die Rahmungen kann darüber hinaus angenommen werden, dass öffentlichkeitswirksamer und möglicherweise konfrontativer Protest nicht dem Selbstbild entspricht, das die Vertreter lokaler Eliten von sich haben. Empirisch wurde der Einfluss der Identitäten auf die Repertoires durch eine Studie von Choup (2008) belegt: Im Vergleich zweier marginalisierter Gemeinschaften wurde herausgefunden, dass eine Gemeinschaft sich entschloss, nicht mit den politischen Institutionen zusammenzuarbeiten, während die andere sich einer Zusammenarbeit nicht verweigerte. Die Gemeinschaft, die sich gegen die Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen entschied, hatte ein sehr ausgeprägtes oppositionelles Bewusstsein.

Ebenso wie die kollektiven Frames sind kollektive Identitäten nicht statisch. Im Konfliktverlauf können sich kollektive Identitäten wandeln. Drury, Reicher und Stott (2003) untersuchten bei einem Konflikt um den Bau einer Autobahn im Umland von London die Kooperation von zwei sehr unterschiedlichen Gruppen von Protestierenden: Auf der einen Seite waren die direkt vom Autobahnbau betroffenen Einwohner. Auf der anderen Seite befanden sich Umweltaktivisten, die zu den Protestveranstaltungen anreisten. Zunächst wurden diese von den Anwohnern als fremd empfunden. Im Zeitverlauf begannen viele Anwohner in ihnen allerdings Gleichgesinnte zu sehen. Durch brutale Polizeieinsätze wurde dieses entstehende Gefühl der Gemeinsamkeit noch verstärkt. Das Erleben, dass die Polizei alle Demonstrierenden gleichermaßen attackierte, darunter auch Rentner und Kinder, trug zu einer gemeinsamen Empfindung bei (Oppositionsbewusstsein). Es stellt sich nun die Frage, ob sich die lokalen Identitäten der protestierenden Anwohner in Richtung einer umfassenderen kollektiven Identität verändert haben. Die Studienergebnisse zeigen, dass sich die kollektive Rahmung nicht in Richtung der Problemdefinition globaler Umweltzerstörung veränderte, also das Thema Umwelt im Rahmen der Frame Extension nicht aufgegriffen wurde. Vielmehr sahen sich die lokalen Protestierenden im Zeitverlauf als Teil eines Kampfes gegen eine der lokalen Gemeinschaft von außen oktroyierte Ungerechtigkeit. So verglichen sie sich beispielsweise mit den streikenden Minenarbeitern der 1980er Jahre. Diese Studie verdeutlicht, dass (neue) kollektive Identitäten auch das Ergebnis eines Konfliktes darstellen können (vgl. Green, 1999, S. 154). In der Studie von Drury, Reicher und Stott (2003) haben sich die Anwohner im Verlauf der Proteste als Mitglieder eines größeren Kollektivs identifiziert. Dabei griffen sie auf Deutungsmuster zurück,

die tief in der (politischen) Kultur ihres Landes verankert sind (vgl. Zald, 1996, S. 266).

2.3.3 Zusammenfassung der Theorie des Framing

Die Ausführungen zum Framing zeigen zusammenfassend, dass Bewegungsorganisationen ganz bewusst kollektive Rahmungen entwickeln. Diese Rahmungen werden sowohl durch interne sowie externe Faktoren begrenzt. Die Frames sowie die kollektive Identität beeinflussen das Repertoire auf zwei verschiedene Arten:

(1) Je nachdem, wie das Problem definiert wird, welche Akteure für dessen Auftreten verantwortlich gemacht werden, welche Lösungen angeboten werden und welche moralischen Bewertungen erfolgen, werden sowohl die Adressaten des Protests als auch die Gruppen, die mobilisiert werden sollen, mitdefiniert. Besonders deutlich wird dies bei der Attribution der jeweils für das Problem Verantwortlichen, da diese die zentralen Opponenten konstituieren. Im Fall der Bürgerinitiative gegen den Bau des Pumpspeicherwerkes kann dies zum einen die Energiewirtschaft, zum anderen aber auch die Politik sein. Die Art, wie die Probleme gerahmt werden, hat darüber hinaus auch einen Einfluss darauf, wie und ob Massenmedien diese Rahmungen aufnehmen. Wenn die Rahmungen kongruent mit der politischen Kultur sind, so ist die Chance, dass diese in der Medienberichterstattung Eingang finden, höher (Rohlinger et al., 2012, S. 55f.).

(2) Auch der Aspekt der kollektiven Identität schränkt die Wahl von Proteststrategien, wie oben erläutert, ein. Eine Bürgerinitiative, die sich selbst vor allem als rationaler Akteur sieht, wird weniger wahrscheinlich zu konfrontativen Protestmitteln greifen.

2.4 Die Theorie die Öffentlichkeit als intermediäres System

In den vorangegangenen drei Kapiteln wurden Theorien aus der Bewegungsforschung vorgestellt, mit denen der Untersuchungsgegenstand Bürgerinitiative jeweils aus einer unterschiedlichen Blickrichtung betrachtet werden kann. Das Ziel lag darin, jene Faktoren herauszuarbeiten, die das kollektive Handeln von Protestakteuren prägen (Ressourcen und Organisation, Einschätzung von Gelegenheitsstrukturen, kollektive Rahmungen und Identitäten) sowie eine genauere Vorstellung des kollektiven (Protest-)Handelns zu entwickeln (Repertoires).

Viele Elemente der Protestrepertoires (z.B. Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Informationsstände) vollziehen sich in der Öffentlichkeit. Darüber hinaus sind die vorgestellten Elemente des Repertoires of Communication direkt darauf ausgerichtet (mediale) Öffentlichkeit herzustellen (Mattoni, 2013). Bewegungsforscherinnen und Bewegungsforscher würdigen zwar durchaus, dass der medialen Berichterstattung in

Bewegungsorganisationen viel Aufmerksamkeit geschenkt wird und ein bedeutender Anteil der Zeit und Energie von Aktivistinnen und Aktivisten darin fließt, Massenmedien für die eigenen Aktivitäten zu interessieren (McAdam, 1996, S. 346). In den Kapiteln zur Ressourcenmobilisierung und den Gelegenheitsstrukturen wurde jedoch deutlich, dass die Rolle der (medialen) Öffentlichkeit für das Handeln sozialer Bewegungen von der Bewegungsforschung weder systematisch konzeptualisiert noch umfassend empirisch untersucht wird (vgl. Wisler & Giugni, 1999, S. 172).

Ausgangspunkt für die Beschäftigung der Bewegungsforschung mit den Massenmedien war Lipsky's Aufsatz „Protest als politische Ressource“ (1968). Der Autor postulierte, dass der Erfolg einer Protestbewegung vom *Grad der Publizität* abhängt, die diese in den Massenmedien erreichen kann. Da Medien die Proteste auf eine bestimmte Art und Weise darstellen (aufgrund von journalistischen Berufsnormen und Selbstbildern), wird diese Art der Darstellung wiederum alle im Konflikt beteiligten Akteure beeinflussen. Nicht zuletzt werden Politikerinnen und Politiker und die Mitglieder der Bewegungsorganisationen sich gegenseitig über die Medienberichterstattung wahrnehmen (Lipsky, 1968, S. 1151f.). Auch wenn diese Aussagen nur einen Teil seines Aufsatzes ausmachen, thematisierte Lipsky alle in der weiteren Beschäftigung des Verhältnisses von Bewegungsorganisationen und Massenmedien aufgegriffenen Aspekte: (1) Die Rolle der Massenmedien für die Wahrnehmbarkeit von Protestbewegungen, (2) die Wirkungen der Medienberichterstattung auf die Konfliktbeteiligten und schließlich (3) die Beziehungen zwischen Aktivisten und Journalisten.

Tatsächlich können die weiteren zentralen Impulse zum Verhältnis von Bewegungen und Massenmedien, die im Rahmen der Bewegungsforschung erfolgten, schnell zusammengefasst werden: Dazu zählen die wegweisende Studie zur Bedeutung der Massenmedien für die Studentenbewegung in den USA von Gitlin (1980) sowie einige verstreute Aufsätze (z.B. Kielbowicz & Scherer, 1986), Monografien (Gamson, 1992) und eher praktische Ratgeber (z.B. Ryan, 1991). Gamson und Wolfsfeld (1993) bündelten und synthetisierten den Forschungsstand in einem theoretischen Aufsatz über Bewegungen und Medien als *interagierende Systeme*. Dabei beschrieben die Autoren das Verhältnis von Medien und sozialen Bewegungen als das einer gegenseitigen Abhängigkeit, bei dem allerdings die Medien über die größere Macht verfügen (Gamson & Wolfsfeld, 1993, S. 115f.). Bewegungen brauchen die Medien für die *Mobilisierung*, die *Bestätigung* sowie die *Erweiterung ihres Umfangs* (Gamson & Wolfsfeld, 1993, S. 116). Mit der Bestätigung meinen die Autoren, dass die Medienberichterstattung letztlich überhaupt erst die Relevanz und die Bedeutung einer Bewegung für eine breitere Öffentlichkeit hervorrufen kann. Protestbewegungen sind zum Erreichen dieser drei Ziele unbedingt auf die massenmediale Berichterstattung angewiesen. Zwar

verfügen sie über die Möglichkeiten eine eigene Öffentlichkeit herzustellen (z.B. durch eigene Medien). Um eine politische oder gesellschaftliche Wirkung zu erzeugen müssen sie allerdings das massenmediale Publikum erreichen (Gamson & Wolfsfeld, 1993, S. 116). Damit arbeiten Gamson und Wolfsfeld die Grundidee von Lipsky über die generelle Bedeutung der Massenmedien für die Sichtbarkeit und den Erfolg von Protesten weiter aus. Massenmediale Sichtbarkeit wird als notwendige Bedingung für den Erfolg einer Bewegung definiert.

Im Hinblick auf die im Kapitel 2.1.5 bereits vorgestellte Option der qualitativen Mobilisierung von Bewegungsorganisationen sowie dem potenziellen Vorhandensein relativ offener politischer Gelegenheitsstrukturen erscheint eine solche verallgemeinerte Zuspitzung auf die Bedeutung massenmedialer Sichtbarkeit jedoch nicht zulässig. Darüber hinaus werden mit der exklusiven Fokussierung auf Massenmedien implizit Massenmedien und Öffentlichkeit gleichgesetzt. Aus dem Blick geraten beispielsweise die direkten Wirkungen öffentlicher Demonstrationen auf das unmittelbar anwesende Publikum (sowohl die Bevölkerung als auch einzelne Politikerinnen und Politiker). Darüber hinaus werden die eigenen medialen Formen, die Protestgruppen entwickeln (z.B. Flyer und Broschüren, Veranstaltungen von Protestgruppen), nicht gewürdigt (vgl. Downing, 2008, S. 42).

Schließlich wird bei einer ausschließlichen Konzentration auf die Massenmedien das Verhältnis von öffentlicher Kommunikation sozialer Bewegungen und der aktiven Einflussnahme auf politische Entscheidungen nicht ausreichend geklärt: Da die verschiedenen Elemente nicht gemeinsam in einem theoretischen Rahmen eingeordnet sind, treten bei einer Fokussierung der Beziehungen zwischen Massenmedien und Protestbewegungen automatisch die Beziehungen zwischen Protestbewegungen und der Politik sowie die der Politik und der Massenmedien in den Hintergrund.

Ziel dieses Kapitels ist es daher, ein Öffentlichkeitsverständnis auszudifferenzieren, das (1) in der Lage ist, die verschiedenen Formen und Ebenen von Öffentlichkeit abzubilden (d.h. zum Beispiel die massenmediale Öffentlichkeit und eine öffentliche Demonstration zu differenzieren). (2) Das Öffentlichkeitskonzept soll darüber hinaus die Grenzen der Öffentlichkeit bestimmen (Differenzierung zwischen Öffentlichkeit und politischem Entscheidungssystem). Für dieses Vorhaben empfiehlt sich als Ausgangspunkt die Theorie der *Öffentlichkeit als intermediäres System*, die Gerhards und Neidhardt (1991) entwickelt haben. Die Impulse der Auseinandersetzung der Bewegungsforschung mit Massenmedien werden in dieses Modell integriert.

2.4.1 *Das Verhältnis von Politik und Öffentlichkeit*

Gerhards und Neidhardt verstehen Öffentlichkeit als ein intermediäres System, das zwischen dem politischen System auf der einen Seite sowie den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite vermittelt (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 34f.). Die Vermittlung kann darüber hinaus auch zwischen dem politischen System und den Ansprüchen anderer Teilsysteme (z.B. Wirtschaft, Wissenschaft, Religion) stattfinden (vgl. Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 40). Die Autoren legen den Schwerpunkt in ihrem Beitrag allerdings auf die Analyse der Beziehungen zwischen dem politischen System und den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Entstehung des intermediären Systems der Öffentlichkeit hat ihren Ursprung in der Entwicklung der modernen westlichen Gesellschaften. Zu den notwendigen Voraussetzungen für die Bildung moderner Öffentlichkeit zählen die Gewährung von Rede-, Presse- sowie Meinungs- und Versammlungsfreiheit (Jarren & Donges, 2002, S. 109). Diese Entwicklung ging einher mit der funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften. In diesem Prozess hat sich das politische System als *zentraler Steuerungsakteur der Gesellschaft* entwickelt, dem somit eine Sonderrolle als Problemadressat und als Problemlösungssystem zukommt. Aufgabe dieses politischen Systems ist von daher die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 37).

Da moderne, funktional differenzierte Gesellschaften komplex sind, sind in den einzelnen Subsystemen unterschiedliche Themen von Bedeutung. Darüber hinaus haben viele Akteure in diesen gesellschaftlichen Subsystemen zu den von ihnen als wichtig wahrgenommenen Themen auch unterschiedliche Positionen (Meinungen). Der politischen Öffentlichkeit fällt die Rolle zu, als vermittelndes System Informationen, Meinungen und Interessen der verschiedensten Akteure aufzunehmen, diese zu artikulieren und zu verarbeiten (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 39). Öffentlichkeit dient ganz allgemein formuliert der *sozialen Verständigung* und *Verortung* (Wöhler, 2000, S. 52f.). Die Öffentlichkeit macht alle für die Angehörigen einer Gesellschaft bedeutungsvollen Themen sichtbar (Wimmer, 2007, S. 150).

Verschiedene individuelle sowie kollektive Akteure ringen in der Öffentlichkeit um die Zustimmung ihrer Positionen durch das Publikum (die Bürgerinnen und Bürger): Meinungen und Themen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Interessengruppen werden hier artikuliert (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 40). Die unterschiedlichsten Akteure (Gerhards und Neidhardt listen unter anderem Parteien, Regierungen, Interessengruppen, soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen sowie einzelne Personen auf) setzen sich mit ihren jeweiligen Positionen in ein Verhältnis zueinander und versuchen ihre Themen und Meinungen politisch wirksam zu machen (Gerhards & Neidhardt,

1991, S. 57). Dies erfolgt vorrangig über die Mobilisierung von Zustimmung durch das Publikum. Gerhards und Neidhardt unterscheiden daher zwischen einer *Arena*, in der der inhaltliche Diskurs stattfindet und einer *Galerie*, auf der das Publikum (die Bürgerinnen und Bürger) dem Geschehen der Arena folgen (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 57f.). Dieser Prozess kann sowohl in die Feststellung grundsätzlicher Unterschiede als auch in die Entwicklung übergreifender, gemeinsamer Vorstellungen sowie sachlicher Kompromisse münden (z.B. durch Deliberation). Insofern liefert die Öffentlichkeit einen Input für das politische System, in dem die formellen kollektiv-bindenden Entscheidungen getroffen werden.

Aus einer normativen Perspektive ginge einer verbindlichen politischen Entscheidung eine umfassende öffentliche Diskussion voraus (um dem Anspruch der Legitimation einer demokratischen politischen Entscheidung gerecht zu werden). Der Zusammenhang zwischen der öffentlichen Debatte über ein bestimmtes Thema und der politischen Beschäftigung mit diesem Thema ist jedoch komplizierter: McCarthy, Smith und Zald (1996) unterscheiden in einem Aufsatz die *öffentliche Arena* von einer *Parlamentsarena* und einer *Regierungsarena*. Laut den Autoren hat jede dieser Arenen eine spezifische Eigenlogik. Die jeweilige Eigenlogik bestimmt darüber, welche Themen in einer Arena als wichtig empfunden werden (McCarthy, Smith & Zald, 1996; siehe auch Hilgartner & Bosk, 1988, S. 61). In den unterschiedlichen Arenen finden auf Basis der jeweiligen Eigenlogik unterschiedliche *Agenda-Setting-Prozesse* statt. So kann die Agenda der Regierungsarena vor allem durch die Prioritätenabhandlung im Rahmen eines Koalitionsvertrags bestimmt sein. Themen, die in der öffentlichen Arena weit oben auf der Agenda sind, können zunächst durchaus nur eine geringe Bedeutung für die Regierungsagenda besitzen. Die verschiedenen Arenen werden von McCarthy, Smith & Zald als eher unabhängig voneinander betrachtet.

Welche Schlussfolgerungen können aus dem Vorhandensein von Eigenlogiken des politischen Systems sowie des Öffentlichkeitssystems gezogen werden? Und welche Konsequenzen hat das für die Protestforschung? Es ist durchaus möglich, dass Themen, die in den politischen Arenen verhandelt werden, nur wenig Aufmerksamkeit in der öffentlichen Arena finden (vgl. Hilgartner & Bosk, 1988, S. 57). Ein hypothetisches Beispiel hierfür ist die Feststellung eines generellen Bedarfs für Pumpspeicherkraftwerke durch eine Landesregierung, als deren Folge ein Kataster für mögliche Standorte für Investoren entwickelt wird. Im Rahmen der Wirtschaftspolitik eines Bundeslandes kann ein solches Kataster durchaus eine sehr hohe Priorität aufweisen. Für die öffentliche Arena wiederum kann dieses Thema zunächst unbedeutend erscheinen. Erst wenn ein konkreter Investor in einer Region vorstellig wird, wird dann das Thema PSW in der öffentlichen Arena weit oben auf der Agenda stehen (Nähe,

Betroffenheit), während für die Landesregierung (Regierungsarena) keine Bedeutung mehr vorliegt. Bürgerinnen und Bürger können nun durch die Gründung einer Bürgerinitiative und über eine intensive öffentliche Kommunikation zumindest indirekt versuchen, Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben (vgl. Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 69). Das gilt auch für Themen (wie das PSW im Beispiel), die für die Parlaments- beziehungsweise Regierungsarena abgeschlossen sind. Dieser Fall entspricht der bei der Vorstellung des Konzepts der Gelegenheitsstrukturen bereits erwähnten Aussage von Kitschelt, dass Politikbereiche auch während der Implementationsphase nochmals neu ausgehandelt werden können (Kitschelt, 1986, S. 63).

Bürgerinitiativen werden neben diesem öffentlichen Engagement auch den direkten Kontakt mit den Entscheidungsträgern suchen (und damit direkt die Regierungs- oder die Parlamentsarena versuchen zu beeinflussen). Da das Thema im Beispielsfall allerdings nicht mehr auf der Tagesordnung der Regierung steht und auch im Parlament keine entsprechenden Ausschusssitzungen und Plenarsitzungen stattfinden, werden die politischen Gelegenheitsstrukturen in einem solchen Fall eher geschlossen sein. Aus diesem Grund ist dann die Mobilisierung öffentlichen Drucks besonders relevant. Der Druck auf politische Entscheidungsträger bedarf in dieser Form einer Logik der Massenmobilisierung oder zumindest einer öffentlichkeitswirksamen Inszenierung (Logic of Bearing Witness, Logic of Damage). In dem Maß, in dem in der Öffentlichkeit Meinungen und Themen der Bürgerschaft sowie von Interessenorganisationen artikuliert werden, kann die Agenda des politischen Systems mitbestimmt werden (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 40). Nach Downs (1972) durchläuft das öffentliche Interesse jedoch einen Kreislauf (issue-attention cycle). Die öffentliche Aufmerksamkeit für ein Thema ist zeitlich begrenzt und ebbt nach einer Phase intensiver öffentlicher Diskussionen wieder ab. Dabei sind Themen dann für die Massenmedien interessant, wenn diese sich zuspitzen lassen und in bestimmte Narrative (wie z.B. „peak oil“) passen (Nisbet, Brossard & Kroepsch, 2003). Diese Befunde belegen, dass das Agenda-Setting durch die Massenmedien nicht so lange gesichert ist, bis das Thema/Problem gelöst ist. Für Bürgerinitiativen mag das bedeuten, dass die Herstellung öffentlichen Drucks nur in einem ganz bestimmten Zeitfenster überhaupt möglich sein kann.

Da sich die verschiedenen Akteure in der Öffentlichkeit artikulieren, hat dieser öffentliche Diskurs auch eine Wirkung auf alle in Konflikten beteiligten Personen: Koopmans (2004) postuliert, dass der Kontakt zwischen sozialen Bewegungen und politischen Autoritäten vor allem über die Massenmedien erfolgt. Bewegungsorganisationen und politische Autoritäten nehmen sich über die Massenmedien gegenseitig wahr. Auch die inhaltliche Auseinandersetzung zwischen den Akteuren findet überwiegend massenmedial vermittelt statt. Die Botschaften, die an die jeweilige Seite adressiert

sind, werden in deutlich höherem Maß über die Massenmedien gesendet, als dass es eine direkte Kommunikation zwischen den Akteuren gäbe (Gespräche, Briefe). Die Massenmedien sind daher auch die vorrangigen Informationsquellen, um die Standpunkte der Opponenten sowie auch die Meinung der Bevölkerung in Erfahrung zu bringen. Über den Mediendiskurs lernen Bewegungsorganisationen über ihre Wirkung (in der Politik, in der Bevölkerung) und können ihre Strategien dementsprechend anpassen (Koopmans, 2004, S. 370). Dies bedeutet, dass sich das Publikum einer Öffentlichkeit nicht nur aus den Bürgerinnen und Bürgern auf der Galerie zusammensetzt, sondern auch die Vertreterinnen und Vertreter kollektiver Akteure (seien es Politikerinnen und Politiker sowie Mitglieder in Bürgerinitiativen) das Publikum der Galerie konstituieren. Wichtig ist es an dieser Stelle jedoch anzumerken, dass es sich bei dem Beitrag von Koopmans (2004) um theoretische Erörterungen handelt, die empirisch nicht untersucht worden sind.

Wenn diese beiden Argumentationsstränge (das Vorhandensein einer Eigenlogik des politischen Systems sowie des Öffentlichkeitssystems und die vorrangige inhaltliche politische Auseinandersetzung zwischen Protestakteuren und der Politik in den Massenmedien) gemeinsam betrachtet werden, erscheinen diese durchaus widersprüchlich. Deutlich wird, dass das Verhältnis von Politik und Öffentlichkeit komplex ist und von den jeweiligen Akteurskonstellationen abhängig ist: Ein Thema kann zu einem bestimmten Zeitpunkt sowohl eine hohe Priorität auf der politischen und der öffentlichen Agenda aufweisen (z.B. die Atompolitik nach dem Reaktorunglück von Fukushima). Bei einem anderen Thema können die Bedeutungszuschreibungen durch das System der Öffentlichkeit und das politische System durchaus variieren. Was bedeutet dies für die Forschung zu Protestakteuren, wie Bürgerinitiativen? Bei einer Analyse und Einordnung der Protestrepertoires von Bürgerinitiativen ist es notwendig, sowohl den politischen Kontext als auch den öffentlichen Kontext, in dem die Mobilisierung stattfindet, in den Blick zu nehmen.

Neben der Unterscheidung zwischen der politischen Arena und der öffentlichen Arena ist auch die Unterscheidung zwischen der öffentlichen Arena und dem Bereich des Privaten wichtig. Die Geschichte der Grenzziehung zwischen dem *Öffentlichem und dem Privaten* ist durch anhaltende Auseinandersetzungen gekennzeichnet (Peters, 1994, S. 43). Im Allgemeinen haben sich allerdings institutionalisierte Handlungssphären (Peters, 1994, S. 43) herausgebildet, mit deren Hilfe die Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Belangen geregelt ist. Für diese Arbeit ist die Unterscheidung zwischen Öffentlichem und Privaten vor allem im Bereich der Souveränität wirtschaftlichen Handelns relevant. Mit der Deregulierung sowie der Privatisierung von grundlegenden Infrastrukturen (z.B. Bahn, Elektrizität) sehen sich Bürgerinnen und

Bürger, die Forderungen an diese Infrastrukturen haben, privatwirtschaftlichen Unternehmen gegenüber. Die grundsätzlichen Entscheidungen für diese Bereiche werden zwar durch einen politischen Gestaltungsprozess legitimiert. Viele der politischen Entscheidungen in diesen Bereichen werden jedoch im Feld der sogenannten *Subpolitik* getroffen (Beck, 1997). Subpolitik bedeutet beispielsweise für die Planung des Ausbaus des deutschen Höchstspannungsnetzes, dass die Energiewirtschaft einen recht privilegierten Einfluss auf politische Entscheidungen hat (so fertigen nach dem Energiewirtschaftsgesetz beispielsweise die Netzbetreiber die Vorlagen für den Bedarf des Netzausbaus aus). Aber auch anerkannte Naturschutzverbände haben einen spezifischen Einfluss. Solche Prozesse der Subpolitik sind für die Theorie der Öffentlichkeit als intermediäres System dann kritisch, wenn die Annahme der Politik als zentraler Steuerungsakteur nicht mehr vollständig gegeben ist und darüber hinaus politische Grundsatzentscheidungen auch ohne größere öffentliche Debatten in mehr oder weniger geschlossenen Verhandlungsnetzwerken erfolgen sollten.

In diesem Fall rückt die Sphäre der Wirtschaft sowie der anerkannten Umweltschutz- und anderer Interessenverbände neben der Politik und der Öffentlichkeit als dritte zentrale Größe in das Zentrum einer Theorie der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit als umfangreiches Diskussionssystem würde dann empirisch eine geringere Bedeutung aufweisen. Nun haben Bürgerinnen und Bürger die Option, die Grenzziehung zwischen privatwirtschaftlichen und öffentlichen Gütern in Frage zu stellen. Initiativen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung oder für die Kommunalisierung der Energienetze zeigen, dass die Aufteilung von Bereichen, die eindeutig der Privatwirtschaft oder die eindeutig der öffentlichen Kontrolle zugerechnet werden können, durch öffentlichen Druck durch verschiedenste Akteure in Frage gestellt werden kann.

Im Rahmen der Beschäftigung mit dem Phänomen der Subpolitik, insbesondere bei den grundlegenden Fragen im Rahmen der Energiewende (Bestimmung der Festlegung der Bedarfe für den Ausbau der Windenergie, dem Bau von Pumpspeicherwerken, dem Umfang des Netzausbaus) sollte nicht aus dem Blick geraten, dass die Energieunternehmen einen großen Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung haben und somit durchaus auch als Steuerungsakteure betrachtet werden müssen. Für Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies, dass sie ihre Anliegen und Forderungen auch direkt an Unternehmen richten müssen. In eine empirische Analyse der Öffentlichkeit in solchen Konstellationen muss demzufolge auch das Beziehungsgeflecht der wirtschaftlichen Arena mit der politischen Arena in die Betrachtung rücken.

2.4.2 Formen und Ebenen von Öffentlichkeit

In der Einführung zu diesem Kapitel wurde bereits kritisch angemerkt, dass eine Gleichsetzung von Öffentlichkeit mit einer genuin massenmedialen Öffentlichkeit problematisch ist. In diesem Unterkapitel wird eine Differenzierung der verschiedenen Formen und Ebenen von Öffentlichkeit entwickelt.

Gerhards und Neidhardt verstehen Öffentlichkeit als ein aus drei Ebenen bestehendes System. Auf der untersten Ebene befinden sich einfache Interaktionssysteme (*Encounteröffentlichkeit*). Diese Öffentlichkeit wird auch als „kleine Öffentlichkeit“ bezeichnet (Gerhards und Neidhardt, 1991, S. 50): Das Ergebnis einer solchen öffentlichen Interaktion kann beispielsweise sein, dass eine engagierte Bürgerin „en passant“ im Anschluss an eine öffentliche Stadtratssitzung von einem der Räte von den möglichen Planungen eines Unternehmens für ein Pumpspeicherwerk oder den Neubau einer Stromtrasse erfährt.

Auf der zweiten Ebene befindet sich die *Veranstaltungsöffentlichkeit* (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 52f.). Hier findet eine Strukturierung im Hinblick auf die Rollen der beteiligten Personen statt. Es gibt beispielsweise Sprecher, die sich als Redner oder Diskussionsteilnehmer einem Publikum gegenübersehen. Zwar gibt es für das Publikum direkte Möglichkeiten der Beteiligung an dieser Öffentlichkeit, eine Symmetrie wie in der Encounteröffentlichkeit ist jedoch nicht mehr gegeben. Darüber hinaus erfordert die Versammlungsöffentlichkeit auch eine gewisse Organisationsstruktur: Räume müssen gemietet und Referenten gewonnen werden. Das Publikum muss eingeladen werden. Entscheidet sich beispielsweise ein Ortsbürgermeister die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Bürgerversammlung über die Planungen eines Pumpspeicherwerkes zu informieren, liegt eine solche Versammlungsöffentlichkeit vor. Auch Bürgerinitiativen haben die Möglichkeit ähnliche Veranstaltungen zu organisieren, so z.B. Podiumsdiskussionen. Ein Sonderfall der Versammlungsöffentlichkeit sind kollektive Protestereignisse (wie z.B. Demonstrationen, Mahnwachen) (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 53).

Die dritte Ebene beschreibt die *massenmedial vermittelte Öffentlichkeit* (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 55f.). Wöhler weist darauf hin, dass Öffentlichkeit häufig mit massenmedial hergestellter Öffentlichkeit gleichgesetzt wird (Wöhler, 2000, S. 48). Auch Krotz schlussfolgert, dass Öffentlichkeit auf dem ersten Blick eine durch Massenmedien hergestellte Öffentlichkeit sei (Krotz, 2000, S. 212). Die massenmediale Öffentlichkeit ist tatsächlich eine bestimmende gesellschaftliche und politische Größe (Neidhardt, 1994, S. 10), die eine herausragende Stellung in modernen westlichen Demokratien einnimmt. Ohne das Vorhandensein von Massenmedien ist eine Öffentlichkeit kaum vorstellbar (Wimmer, 2007, S. 43). Erst die massenmediale

Kommunikation verschafft dem „Rumoren“ der Encounter- und Versammlungsöffentlichkeit die Aufmerksamkeit eines großen, über den unmittelbaren sozialen Raum hinausgehenden Publikums (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 55). Aus diesem Grund ist die massenmediale Sichtbarkeit für die Legitimation von Protesten in vielen Fällen unerlässlich. Krotz räumt dem Erstellen eigener medialer Angebote oder der Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen allenfalls eine sekundäre Bedeutung ein (Krotz, 2000, S. 211). Anders argumentiert Neidhardt: Er problematisiert die Gleichsetzung der massenmedialen mit der generellen Öffentlichkeit und gibt zu bedenken, dass die Bedeutung der vielfältigen Formen von Versammlungsöffentlichkeit möglicherweise systematisch unterschätzt wird (Neidhardt, 1994, S. 10). Auch Wimmer (2007) weist darauf hin, dass Öffentlichkeit nicht lediglich durch die Massenmedien hergestellt wird, sondern gerade auch durch die interpersonale Kommunikation konstituiert wird (Wimmer, 2007, S. 44).

Mit dieser Differenzierung der verschiedenen Ebenen der Öffentlichkeit, wie sie Gerhards und Neidhardt vorgeschlagen, lassen sich jedoch nicht sämtliche Erscheinungsformen des Öffentlichen fassen: So gibt es Formen der Öffentlichkeit, die von *den politischen Akteuren selbst hergestellt* werden und sowohl aus Elementen der Versammlungsöffentlichkeit als auch der einer medialen Öffentlichkeit bestehen. Dazu zählen beispielsweise Amtsblätter, öffentliche Schaukästen vor Rathäusern oder auch Bürgerversammlungen.⁵ Auch Parlamentsfraktionen laden zu Podiumsdiskussionen oder Fachkonferenzen ein und produzieren eigene mediale Angebote, wie Newsletter (Print und Online). Auch in einer Reihe von Parteimedien, spezialisierten Newslettern und vielen weiteren medialen und nicht-medialen Formen findet der öffentliche politische Diskurs statt. So ist es durchaus plausibel, dass viele Themen in dieser spezifischen medialen Umgebung intensiv diskutiert werden, während sie in den traditionellen Massenmedien weniger Aufmerksamkeit erfahren. Mit Rückgriff auf den im vorangegangenen Unterkapitel erwähnten Bereich der Subpolitik ist es denkbar, dass die öffentlichen Debatten in diesen nicht-massenmedialen öffentlichen Bereichen

⁵ Politik und Verwaltung sind zum Teil durch die Planungsgesetze dazu verpflichtet, die Bevölkerung über die Planungen für eine Reihe von Bau- und Infrastrukturprojekten zu informieren. Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, Stellungnahmen abzugeben. Für die Informationen sind die Kommunen und Gemeinden zuständig. Das bedeutet, dass es diesen obliegt, eine geeignete Öffentlichkeit herzustellen. Prinzipiell stehen ihnen dazu Amtsblätter, Schaukästen, die Möglichkeiten der Initiierung von Informationsveranstaltungen und die Pressearbeit zur Verfügung. Eine zu niederschwellige Kommunikationsstrategie kann nun durchaus dazu führen, dass zu wenige Bürgerinnen und Bürger von den Planungen erfahren und erst mit dem Beginn der Bauarbeiten das Projekt zur Kenntnis nehmen. Dieser Mechanismus kann dann zu Protesten und Widerständen führen, da der Baubeginn als „plötzlich auftretender Mischstand“ wahrgenommen wird.

geführt werden. Nicht zuletzt auch deshalb, da die Kapazitäten der Massenmedien begrenzt sind (vgl. Hilgartner & Bosk, 1988, S. 58f.) und viele Themen aufgrund der Selektionsmechanismen der Massenmedien (Nachrichtenfaktoren) für diese nicht relevant sind. Zum Beispiel haben die Planungen für den Ausbau des Höchstspannungsnetzes keinen hohen Nachrichtenwert: Sie sind nicht überraschend, sie repräsentieren keinen Konflikt (solange keine Protestmobilisierung stattfindet) und schließlich sind sie wenig relevant (weder ist eine nennenswerte Anzahl der Bevölkerung betroffen noch stellen die Planungen eine existenzielle Bedrohung dar). Aus diesen Gründen wäre es wenig überraschend, wenn öffentliche Diskurse der Subpolitik häufig unter der Wahrnehmungsschwelle massenmedialer Aufmerksamkeit liegen.

Neben den politischen Institutionen haben auch Bewegungsorganisationen, Netzwerke aus Aktivistinnen und Aktivisten sowie Bürgerinitiativen die Möglichkeit eigene Formen der Öffentlichkeit herzustellen. In der Literatur werden diese „bewegungseigenen“ Medien als Formen der *Gegenöffentlichkeit* charakterisiert (Wimmer, 2007). Mit Blick auf die Bürgerinitiativen konstatiert Stamm (1988), dass diese zwar generell versuchen die klassische massenmediale Öffentlichkeit zu mobilisieren. Wenn Bürgerinitiativen jedoch keine Erfolge haben in den Massenmedien zu erscheinen, fangen diese an durch eigene Medien Öffentlichkeit herzustellen (Stamm, 1988, S. 154). Das bedeutet, dass als Gegenöffentlichkeit jene Organisations- und Kommunikationsformen von sozialen Akteuren bezeichnet werden können, die von den anderen Formen der Öffentlichkeit ausgeschlossen sind (Wimmer, 2007, S. 164f.). Auch eine solche Gegenöffentlichkeit besteht sowohl aus medialen Foren als auch aus nicht medialen Foren. Bürgerinitiativen haben in der Vergangenheit mit den sogenannten *Initiativzeitungen* ein eigenes publizistisches Format entwickelt und mit diesen Gegenöffentlichkeit hergestellt (Jarren, 1984; Stamm, 1988). Diese Gegenöffentlichkeit ermöglicht politische Lern- und Erfahrungsprozesse innerhalb des Feldes des Aktivismus (Engesser & Wimmer, 2009, S. 46).

In Ergänzung der Dimensionierung der Öffentlichkeitsebenen von Gerhards und Neidhardt wurden bereits zwei verschiedene Formen der Öffentlichkeit differenziert: Die von politischen Akteuren selbst hergestellte Öffentlichkeit sowie die von Bewegungen, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Bürgerinitiativen getragene Gegenöffentlichkeit. Diese beiden Formen von Öffentlichkeit lassen sich in eine von Hickethier (2000) entwickelte Dimensionierung der Öffentlichkeit als *akteurbezogene Öffentlichkeit* einordnen (Hickethier, 2000, S. 9). Die durch Massenmedien hergestellte Öffentlichkeit würde in dieser Konzeptualisierung als medienorientierte Öffentlichkeit definiert werden. Als dritte Dimension der Öffentlichkeit konzeptualisiert der Autor die raumbezogene Öffentlichkeit. Gerade die *räumliche Komponente der Öffentlichkeit* wird in der

theoretischen Konzeptualisierung von Öffentlichkeit häufig ausgeklammert (Wallner & Adolf, 2014, S. 87). Während in der Literatur vor allem Aspekte der „Auflösung“ des Raumes auf Basis der Auflösung traditioneller ortsgebundener Lebensmuster thematisiert werden (z.B. Lingenberg, 2014), soll hier jedoch die Bedeutung des physischen Raumes für öffentliche politische Kommunikation plausibel gemacht werden: Auf der einen Seite sind die Bewegungen der Bürgerinnen und Bürger in öffentlichen Räumen flüchtig (z.B. auf der Straße, in der Fußgängerzone oder in der Einkaufspassage, an der Bushaltestelle). Auf der anderen Seite sind diese öffentlichen Räume durchdrungen von Kommunikationsangeboten, seien es Plakate und Transparente, Werbebanner, Flyer, Werbescreens oder auch Graffiti. Viele politische Akteure nutzen den öffentlichen Raum für die Verbreitung ihrer Botschaften (von extremistischen Gruppen, über Bürgerinitiativen bis hin zu den Wahlplakaten politischer Parteien). Nach wie vor nutzen auch viele Kommunen und Gemeinden öffentliche Schaukästen für ihre amtlichen Bekanntmachungen. Dies bedeutet, dass politische Botschaften im öffentlichen Raum allgegenwärtig sind. Formen raumbezogener sowie Encounter- und Veranstaltungsöffentlichkeit sind eng miteinander verwoben und gehen ineinander über. Die Bedeutung sowie Wirkung einer solchen raumbezogenen öffentlichen Kommunikation ist mit Blick auf die Protestbewegungen empirisch kaum untersucht. Um die Bedeutung dieser Öffentlichkeitsformen im Verhältnis mit der massenmedial hergestellten Öffentlichkeit vergleichen zu können, sollten diese Öffentlichkeitsformen systematisch in die Analyse der Öffentlichkeit mit einbezogen werden.

Die raumbezogene Öffentlichkeit verweist darüber hinaus auf die *kommunale Öffentlichkeit*, die als „Kommunikationsprozess von relevanten oder für relevant gehaltenen Inhalten, die in lokalen Räumen als Themen etabliert werden“, charakterisiert werden kann (Kurp, 1994, S. 27). Welche Themen zu einem öffentlichen Thema werden, welche Auswahlmechanismen eine Rolle spielen und welche Rolle dabei die kommunalen Eliten spielen, sind wichtige empirische Fragen. Fest steht, dass die kommunalen Eliten einen großen Einfluss darauf haben, was die lokalen Medien berichten (Murck, 1983).

Ebenso wie den politischen Entscheidungen auf der nationalen Ebene sind kommunalpolitischen Entscheidungen idealerweise Meinungs- und Willensbildungsprozesse vorausgegangen, die sowohl innerhalb des politisch-administrativen Raums als auch in der (medialen) Öffentlichkeit ablaufen (Kurp, 1994, S. 24). Auch hier kommt es immer wieder zu öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen im Anschluss an eine bereits getroffene politische Entscheidung. Darüber hinaus sind die Informationen, die einer Entscheidung vorausgingen, häufig unvollständig. Auch die kommunalen Eliten informieren sich vor allem über die Lokalmedien und nicht, wie man vielleicht

annehmen könnte, stärker an Primärerfahrungen. Folgt man der Argumentation von Murck (1983) kann hier ein Kreislauf entstehen: In dem Maße, in dem die Mitglieder der politischen Elite die Presseberichterstattung als Indikator für die sozialen Probleme oder aber auch die Präferenzen der Bevölkerung betrachten, sie aber in den lokalen Medien vor allem das vorfinden, was sie selbst verlautbaren, entsteht ein möglicherweise verzerrtes Bild der sozialen Wirklichkeit einer Kommune (Murck, 1983, S. 373).

Nachdem die verschiedenen Ebenen und Formen von Öffentlichkeit vorgestellt worden sind, stellt sich die Frage nach dem empirischen Zusammenhang dieser Formen und Ebenen (vgl. Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 56). Wenn man zunächst die verschiedenen Ebenen (Encounter, Versammlungsöffentlichkeit und mediale Öffentlichkeit) auflistet, so ergibt sich nach Gerhards und Neidhardt (1991) eine Selektivität von Stufe zu Stufe und zwar in beide Richtungen: Von der Encounteröffentlichkeit bis hin zur massenmedialen Öffentlichkeit und wieder zurück (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 56).

Zumindest mit Blick auf Proteste wurde die Selektivität der Massenmedien im Rahmen der *empirischen Protestereignisforschung* untersucht: Verschiedene empirische Studien belegen für die USA sowie auch für die Bundesrepublik Deutschland, dass nur über einen geringen Teil der tatsächlich stattfindenden Protestereignisse in den Massenmedien berichtet wird (z.B. McCarthy, McPhail & Smith, 1996; Oliver & Myers, 1999; Oliver & Maney, 2000; Hocke, 2001, 2002). Darüber hinaus zeichnen die Massenmedien oft ein verzerrtes Bild der Protestierenden sowie des Protests, das diesen lächerlich macht, sich eher auf Personen konzentriert, Ereignisse den Themen vorzieht und keine Hintergrundinformationen liefert (van Zoonen, 1992) oder aber sich eher auf Gewalt und Konflikt als auf die Sachthemen bezieht (Kutz-Flamenbaum, Staggenborg & Duncan, 2012, S. 110). Dass es darüber hinaus keinen einheitlichen „Medientenor“ gibt, zeigen verschiedene Studien, so z.B. die von Rohlinger et al. (2012), die in einer Inhaltsanalyse der Berichterstattung über Protestorganisationen im Bereich Schwangerschaftsabbruch Unterschiede zwischen der Berichterstattung von neutralen Nachrichtenmedien sowie parteilichen Medien (z.B. feministische oder konservative Zeitschriften) aufzeigen konnten. Insofern ist es schwer, Aussagen über „den“ massenmedialen Diskurs über Proteste zu treffen, solange nicht umfangreiche Inhaltsanalysen verschiedener Medienprodukte vorliegen.

Die Ergebnisse der Protestereignisforschung sensibilisieren dafür, dass nur über wenige der tatsächlich stattfindenden Proteste in den Massenmedien berichtet wird. Dies ist ein zentrales Ergebnis, da deutlich wird, dass die massenmedial vermittelte Öffentlichkeit kein adäquates Abbild der „Protest-Wirklichkeit“ zeichnet. Wenn Lipskys Postulat zuträfe, dass eine Bewegung, die nicht in den Medien vorkommt, nicht existent ist, dann wären wohl die meisten Proteste zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Allerdings ist

mit Blick auf die in diesem Unterkapitel vorgenommene Ausdifferenzierung der verschiedenen Ebenen und Formen der Öffentlichkeit zu bedenken, dass eine Gleichsetzung von Massenmedien und der gesamten Öffentlichkeit nicht korrekt ist und die Zuweisung der Bedeutungslosigkeit anderer öffentlicher Formen möglicherweise vor schnell erfolgt. Zumindest ist es eine empirische Frage zu untersuchen, in welchen Konflikten und zu welchen Zeitpunkten innerhalb von Konflikten welche Formen der Öffentlichkeit jeweils von den relevanten Akteuren als wichtig attribuiert werden.

Mit der Diffusion des Internets ist neben den bereits genannten Formen der Öffentlichkeit eine neue online-vermittelte öffentliche Sphäre hinzugetreten (netzwerkförmige Gelegenheitsstrukturen, Cammaerts, 2012). Dabei ist das Internet eine mediale Infrastruktur, die alle genannten Formen und Ebenen der Öffentlichkeit umfassen kann (z.B. Encounteröffentlichkeit, Versammlungsöffentlichkeit sowie massenmediale Öffentlichkeit). Im folgenden Unterkapitel wird der Forschungsstand zu Internetöffentlichkeit und Protestbewegungen vorgestellt.

2.4.3 *Internetöffentlichkeit und soziale Bewegungen*

Gerade Autorinnen und Autoren, die sich mit intermediären Akteuren beschäftigen, sahen mit dem Aufkommen des Internets eine geeignete mediale Infrastruktur für zivilgesellschaftliche Akteure sowie auch für Protestakteure. Einige brachten sogar eine Ähnlichkeit der technischen Infrastruktur des Internets mit den wenig hierarchischen, dezentralen zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Ausdruck (Emmer & Bräuer, 2010, S. 322). Dieser euphorische Diskurs wird jedoch auch als „naiver Cyberoptimismus“ kritisiert (Funke & Wolfson, 2013, S. 350). Dies liegt vor allem daran, dass die recht euphorischen Annahmen eher in der Anfangszeit des WWW entwickelt wurden. Gegenwärtig sieht der Diskurs deutlich kritischer aus (es seien nur Aspekte wie Überwachung, Netzneutralität angesprochen).

Ziel dieses Kapitels ist es, den Forschungsstand zum Thema Internetöffentlichkeit und Protest vorzustellen. Dazu wird auf die von Baringhorst (2008, 2009) entwickelte Dimensionierung der Funktionen des Internets für den Protest zurückgegriffen. Diese umfassen:

- Die (1) *logistische Funktion* der Protestmobilisierung
- Die (2) *kognitive Funktion* der Wissensproduktion und Kommunikation in netzbastrierten Öffentlichkeiten
- Die (3) *affektive Funktion* der Bildung virtueller Gemeinschaften
- Die (4) *taktische Funktion* der Nutzung des Internets als Instrument und Ziel politischen Protests

- Die (5) *Funktion der Protestorganisation* zur Herstellung transnationaler Netzwerke

Dabei soll vorrangig auf theoretische Erörterungen sowie auf konkrete empirische Studien zurückgegriffen werden. Die sich in der Literatur findenden (eher anekdotischen oder zur Illustration verwendeten) Auflistungen von Einzelbeispielen werden dabei ausgeklammert.

Im Hinblick auf die (1) *logistische Funktion der Protestmobilisierung* hat Myers bereits zu Beginn der 1990er Jahre (1994) darauf hingewiesen, dass durch Onlinekommunikation die Zusammenarbeit und die Vernetzung zwischen Bewegungsorganisationen vereinfacht werden kann. Das Internet bietet sich insbesondere zur Mobilisierung von Teilnehmern für traditionelle „Offline-Proteste“ an. In einer Studie von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an einem nationalen Aktionstag in den USA gaben knapp 38 Prozent der Demonstrationsteilnehmer an, vorrangig über das Internet (Website, E-Mail, E-Mail-Liste) mobilisiert worden zu sein. Am zweitwichtigsten waren persönliche Netzwerke (Freunde, Bekannte und Kollegen) (Fisher & Boekkooi, 2010). Ein interessantes Ergebnis der Studie ist, dass Menschen, die allein zur Demonstration kamen, vorrangig über das Internet oder die traditionellen Massenmedien von der Demonstration erfahren haben. Dies bedeutet, dass das Internet durchaus ein Mobilisierungspotenzial für Protestorganisationen bietet, jene Menschen zu erreichen, die im Vorfeld noch keine Mitglieder oder Sympathisierende dieser Organisationen waren. Da Onlinekommunikation gegenüber dem Schalten von Anzeigen in Massenmedien oder dem Verfassen, Versenden und Nachfassen von Pressemitteilungen günstiger ist, bietet sie sich als Ergänzung an (Aspekt Ressourcenmobilisierung).

Im vorangegangenen Kapitel zum Framing sowie auch bei der Vorstellung der Ressourcenmobilisierungstheorie wurde deutlich, dass Wissen für die Organisation von Protesten sowie auch für die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Konfliktgegnern eine wichtige Rolle spielt. Hier bietet das Internet die (2) *kognitive Funktion der Wissensproduktion und der Kommunikation*. Ayres (1999) argumentierte bereits Ende der 1990er Jahre, dass das Internet die *Diffusion von Protestideen* sowie die *Diffusion neuer Formen des Protests* beschleunige (Ayres, 1999). Durch das Internet wurden neue öffentliche Sphären der politischen Auseinandersetzung geschaffen (Kahn & Kellner, 2004). Garcelon (2006) sowie Pickard (2006) beschäftigen sich beispielsweise mit dem Portal „Indymedia“, mit dem eine umfassende Gegenöffentlichkeit hergestellt wurde. Die Vielfalt an entstandenen gegenöffentlichen Formaten ist für die Aktivistinnen und Aktivisten eine zentrale Informationsquelle: Eine Studie von Aktivistinnen und Aktivisten (Lomicky & Hogg, 2010) zeigt, dass sich sowohl die Führungsfiguren als auch die „einfachen“ Demonstrierenden und Sympathisierenden vorrangig über das

Internet über das Thema des Protests informieren. Wichtigere Informationsquellen als die traditionellen Massenmedien sind darüber hinaus die interpersonale Kommunikation sowie auch öffentliche Auftritte der Bewegung (Lomicky & Hogg, 2010). Diese Studie verdeutlicht demzufolge, dass die traditionellen Medien für die Protestierenden nicht die zentrale Informationsquelle darstellen. Die Autoren werfen die Frage auf, ob nicht im Laufe der Zeit die interpersonale Kommunikation zwischen den Aktivistinnen und Aktivisten (Encounteröffentlichkeit) sowie die öffentlichen Veranstaltungen (Veranstaltungsöffentlichkeit) zunehmend durch Social Media-Angebote ersetzt würden (Lomicky & Hogg, 2010, S. 691).

Einen weiteren kommunikativen Aspekt betrifft das Verhältnis zwischen den Protestierenden und den Massenmedien. Die Websites von Protestierenden dienen durchaus als *Informationsquelle* für die traditionellen Massenmedien. Eine Studie von Owens & Palmer (Owens & Palmer, 2003) zeigt, dass Journalisten die Websites von Protestierern nutzen. In dem von ihnen untersuchten Fall verbesserte sich – aus Sicht der Protestierenden – die Berichterstattung in den Medien über die Protestgruppe nach der Etablierung einer Informationswebsite durch die Protestierenden. Allerdings erweisen sich Internet-basierte Informationsseiten von Bewegungsorganisationen aus deren Perspektive als nicht nachhaltig, da Journalistinnen und Journalisten nach einiger Zeit das Interesse für die Websites der Protestierenden wieder verlieren (Lester & Hutchins, 2009).

Eine weitere Funktion der Internet-Öffentlichkeit ist die (3) *affektive Funktion der Formierung einer virtuellen Gemeinschaft*. Zunächst trug Myers (1994) verschiedene Formen des Austausches über E-Mail, Mailinglisten sowie Diskussionsforen zusammen und sagte aus, dass die Online-Diskussionen den *Zusammenhalt* in Bewegungsorganisationen steigern können. Diese Vernetzung hat auch einen Einfluss auf die Identitätsbildung sozialer Bewegungen. Der Aspekt des Entstehens neuer Identitäten in Netzwerken (Russell, 2005) sowie auch der Selbstvergewisserung der Identität (Haas, Irr, Jennings & Wagner, 2010) wurde empirisch untersucht.

Eine weitere Funktion ist die der (4) *Nutzung des Internets als Waffe und Ziel des politischen Protests*. In einer Fallstudie von Protestorganisationen, die sich gegen die Firma Intel wandten, erforschte Leizerov (2000) wie Onlinekommunikation *neue Protestmittel* für den Protest selbst bereitstellt. Die in der Fallstudie untersuchte Protestorganisation stellte Protestflyer sowie E-Mail-Signaturen zur Verfügung, die leicht zu kopieren waren und auch auf der eigenen persönlichen Homepage integriert werden konnten. Die Öffentlichkeit wurde dazu animiert, Beschwerdebriefe an das Unternehmen zu schreiben. Dazu stellte die Protestorganisation bereits adressierte und formulierte Briefe ins Netz. Leizerov argumentiert, dass mit dieser Einfachheit, die im

Rahmen der Ressourcenmobilisierung bereits angesprochene Trittbrettfahrerproblematik bis zu einem gewissen Grad überwunden werden könne, da die „Kosten“ des individuellen Engagements durch das Internet immens gesenkt würden. Auch weitere Autoren zeigen in empirischen Studien, wie Onlinekommunikation neue Protestmittel für Bewegungen zur Verfügung stellt (z.B. Ward & Ostrom, 2006; Earl, 2006). Dabei werden diese für die Mobilisierung von traditionellen Aktivitäten (z.B. Demonstrationen, Beschwerdebriefen, Einwendungen) verwendet. Darüber hinaus entstehen auch neue Formen des Protests im Internet selbst (wie zum Beispiel DOS-Attacken, mit Hilfe derer die Website des Konfliktgegners durch den massenhaften Abruf zum Absturz gebracht werden soll).

Schließlich kann mit Online-Öffentlichkeit die Entstehung (5) *transnationaler Netzwerke* gefördert werden: Van Aelst & Walgrave (2002) untersuchten die Websites der globalisierungskritischen Bewegung. Sie fanden heraus, dass diese zur Mobilisierung von Protesten in der Realwelt sowie zum Fundraising genutzt werden, allerdings weniger ein Tool des virtuellen Protestes selbst darstellten. Durch das Setzen von Links entsteht ein dichtes Netzwerk zwischen einzelnen Bewegungsorganisationen. Auch in den genutzten Frames unterschieden sich die einzelnen Bewegungsorganisationen kaum (noch), so dass tatsächlich von einer transnationalen Bewegung gesprochen werden kann (Van Aelst & Walgrave, 2002). Zu einem entgegengesetzten Schluss kommt Bennett in einer Analyse (Bennett, 2003): Er schreibt, dass durch die Vielzahl an Online-Protestnetzwerken die Steuerung von Kampagnen sowie das Entwickeln einheitlicher Frames erschwert werde. Allerdings bietet sich das Internet gerade für ressourcenschwache Gruppen an, sich zu vernetzen und Koalitionen zu bilden. Darüber hinaus erlaubt das Internet die Bildung mobiler und hochgradig adaptiver Koalitionen von Aktivistinnen und Aktivisten (Lester & Hutchins, 2009). Allerdings steht bei vielen Organisationen (wie z.B. Greenpeace) deren Bestreben nach Professionalisierung diesem eher losen Aktivismus entgegen (Lester & Hutchins, 2009, S. 582).

Der Aspekt des Entstehens neuer Organisationsformen ist nicht auf transnationale Netzwerke zu beschränken. Durch das Internet entstehen neue Formen der Protestorganisation (Brainard & Brinkerhoff, 2004; Chadwick, 2007). Insbesondere für die Mobilisierung erscheinen keine formalen Organisationen mehr notwendig zu sein. Es bilden sich individuelle digitale Netzwerke (Bennett, Breunig & Givens, 2008). Die Führungspersönlichkeiten solcher Internet-basierten Protestbewegungen sind nicht mehr vorrangig gewählte Vorstände von formalisierten Bewegungsorganisationen, sondern involvierte Personen, die sich selbst über das Internet als Führungspersönlichkeiten rekrutieren (Lomicky & Hogg, 2010, S. 690).

Insgesamt kann aus dem Forschungsstand zu der Nutzung der Online-Öffentlichkeit durch Protestierende keine konsistente Schlussfolgerung gezogen werden. Die Forschung ist fragmentiert. Die verschiedenen Autorinnen und Autoren suchen sich zumeist ein Einzelphänomen heraus und untersuchen dieses zumeist im Rahmen von Einzelfallstudien. Es ist auf Basis der Studien nicht möglich, generalisierende Aussagen über die Verteilung und Bedeutung der Internet-Öffentlichkeit für Protestorganisationen und Protestierende zu ziehen. Darüber hinaus fehlt eine zusammenhängende konzeptuelle Perspektive (Mattoni & Treré, 2014, S. 253). Die gewählten theoretischen Ansätze und Traditionen sind sehr unterschiedlich. Mattoni und Treré (2014), aber auch Funke & Wolfsohn (2013) sowie Dunbar-Hester (2009) weisen darüber hinaus darauf hin, dass die Konzentration auf jeweils nur eine Form der Öffentlichkeit (sei sie die Online-Öffentlichkeit oder die traditionelle massenmedial vermittelte Öffentlichkeit) unvollständig ist. So ist die durch Social Media hergestellte Öffentlichkeit von Protestierenden keine von den anderen Formen der Öffentlichkeit abgegrenzte Öffentlichkeit. Social Media werden durchaus zu einer Wiederaneignung des öffentlichen Raumes eingesetzt, wenn mit ihnen beispielsweise die Besetzung von öffentlichen Plätzen (Gezi Park, Tahrir-Platz) koordiniert wird (Gerbaudo, 2012). Dies bekräftigt das bereits im letzten Kapitel entwickelte Argument, dass eine umfassende Untersuchung der öffentlichen Kommunikation von Protestorganisationen notwendig ist.

Einige Studien greifen auf theoretische Erklärungsmodelle zurück oder liefern Hinweise für die Erklärung der Nutzung spezifischer Formen der Onlinekommunikation und sind von besonderer Bedeutung für diese Arbeit. In einer Studie von Brainard und Siplon (Brainard & Siplon, 2002; Brainard & Siplon, 2004) zu Bewegungsorganisationen im Gesundheitsbereich wurde deutlich, dass die jeweilige Organisationsform einen Einfluss auf die Gestaltung der Onlineaktivitäten hatte: Jene Organisationen, die über eine feste Mitgliederstruktur verfügten, nutzten das Web vor allem zum Fundraising und boten nur wenige interaktive Möglichkeiten des Austausches zwischen Mitgliedern und Sympathisierenden an. Anders sah dies bei jenen Organisationen aus, die vorrangig aus über das Internet freiwillig engagierten Mitgliedern bestanden. Einen direkten Bezug auf die Ressourcenmobilisierungstheorie nehmen Studien von Hara und Estrada (2005) sowie von Dreiling et al. (2008) bei der Untersuchung der Onlinekommunikation von Umweltorganisationen sowie eine weitere Untersuchung von Medienaktivisten durch Carroll und Hackett (2006).

Die zentrale Frage, die diese Studien aufwerfen, ist, inwiefern die in dieser Arbeit vorgestellten Bewegungstheorien im Lichte der Möglichkeiten des Online-basierten Protests noch gültig sind. Auf Basis einer umfassender Analyse der vorliegenden Literatur

kommen Earl, Kimport, Prieto, Rush & Reynoso (2010) zu dem Schluss, dass sich die meisten Autorinnen und Autoren einer „Zwischenposition“ anschließen: Sie nehmen die wachsende Bedeutung des Internets zur Kenntnis, erkennen jedoch an, dass die bisherigen Theorien auch weiterhin gültig sind. Die Verfügbarkeit *interpersonaler Netzwerke* und *kollektive Identitäten* spielen nach wie vor eine zentrale Rolle für die Protestmobilisierung. Das Internet hat die Mobilisierungsprozesse nicht so grundlegend verändert, dass die gesunkenen Kosten der Onlinemobilisierung beispielsweise die zentralen Annahmen der Ressourcenmobilisierungstheorie grundsätzlich in Frage stellen würden.

In der Tat erscheint die Argumentation, dass Protestierende für die Online-Kommunikation keine Ressourcen benötigen, in vielerlei Hinsicht oberflächlich. Die Kompetenzen im Umgang mit Onlinekommunikation sind in der Gesellschaft nicht gleich verteilt. Die Konkurrenz vieler von Laien hergestellter Websites oder Social Media-Angebote mit den Online-Kampagnen versierter professioneller PR-Experten baut neue Asymmetrien auf und verlangt von vielen Protestierenden die Mobilisierung von Ressourcen, um mit dem eigenen Engagement mithalten zu können. Schließlich sind der Aufbau und die Pflege von Webangeboten nur mit einem entsprechenden zeitlichen Aufwand möglich. Nicht zuletzt stellt die Internet-Öffentlichkeit, neben der Veranstaltungsöffentlichkeit, der massenmedialen Öffentlichkeit sowie dem Schaffen von Gegenöffentlichkeit, einen zusätzlichen Bereich der Öffentlichkeitsarbeit dar, solange die anderen Formen der Öffentlichkeit ihre Bedeutung als Arenen der inhaltlichen Positionierung nicht verloren haben (vgl. Mattoni, 2013, S. 42).

2.4.4 Zugang zur Öffentlichkeit

Die Funktionsbeschreibung von Öffentlichkeit wurde zu Beginn des Kapitels als das Sichtbarmachen der für eine Gesellschaft bedeutungsvollen Themen definiert (Wimmer, 2007, S. 150). Parteien, Regierungen, Interessengruppen, soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen sowie einzelne Personen versuchen in der öffentlichen Arena (sei sie eine Encounter-, eine Veranstaltungs- oder eine massenmedial hergestellte Öffentlichkeit) ihre Themen und Meinungen über die Mobilisierung von Zustimmung durch das Publikum auf der Galerie politisch wirksam zu machen (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 57).

Im Öffentlichkeitsverständnis von Gerhards und Neidhardt gilt die Öffentlichkeit als *unabgeschlossen*: Jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich an der Öffentlichkeit beteiligen. Öffentliche Kommunikation ist darüber hinaus *Laienkommunikation* (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 46). Das bedeutet, dass theoretisch jede(r) auch „alles“ verstehen kann. Die Teilnahme an der politischen Öffentlichkeit ist weder an

Stand noch Status oder spezielle Expertenrollen gebunden (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 46). Diese weichen in öffentlichen Auseinandersetzungen. In diesem Sinn kann Öffentlichkeit als „Diskussionssystem“ verstanden werden, das rationale Argumentationen ebenso wie polemische und populistische Beiträge einschließt (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 44f.). Allerdings sind diese Postulate durchaus kritikwürdig. Gerhards & Neidhardt räumen selbst ein, dass die Unabgeschlossenheit vor allem auf die Rezeption bzw. das Publikum der massenmedialen Öffentlichkeit bezogen sei. Jedoch wurde im letzten Kapitel deutlich, dass Öffentlichkeit nicht mit der massenmedialen Öffentlichkeit gleichgesetzt werden kann. So ist die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen aus verschiedenen Gründen nicht unabgeschlossen, Stand und Status spielen eine Rolle und die öffentliche Kommunikation in der Veranstaltungsöffentlichkeit ist nicht in jedem Fall Laienkommunikation. Dies trifft zum Beispiel für öffentliche Runde-Tisch-Verfahren im Rahmen der Konfliktmediation zu: Bei diesen wird nicht jeder Interessengruppe automatisch ein Rederecht eingeräumt (siehe z.B. Frankenhäuser, 2014). Darüber hinaus haben solche Verfahren durchaus komplizierte technische Details zum Inhalt, die von Expertinnen und Experten kontrovers diskutiert werden. Wenn Vertreterinnen oder Vertreter von Bürgerinitiativen zu öffentlichen Ausschusssitzungen von Parlamenten eingeladen werden oder auf von Fraktionen initiierten öffentlichen Podiumsdiskussionen auftreten, treten Aspekte wie Stand, Status und auch Expertise in den Vordergrund. Zweifelsohne können diese Beispiele (öffentliche Ausschusssitzungen, Podiumsdiskussionen) der politischen Öffentlichkeit zugerechnet werden. Sie sind nicht bereits im politischen Entscheidungssystem zu verorten (wie Parlamentssitzungen und Regierungssitzungen, in denen formale Abstimmungen stattfinden und auf denen nur Mandatsträger ein Rederecht haben). Zusammenfassend bedeuten diese Aspekte, dass zumindest in Teilbereichen der politischen Öffentlichkeit durchaus *Expertenkommunikation* stattfindet. Die qualifizierte Teilnahme an dieser Öffentlichkeit ist aus diesem Grund sowohl für die Akteure der Arena als auch für das Publikum der Galerie voraussetzungsreich. Gleichzeitig ist der Zugang zu solchen öffentlichen Foren beschränkt.

Auch der Zugang zu der massenmedialen Arena ist für Protestakteure voraussetzungsreich. Aus einer normativen Perspektive wird vom Nachrichtenjournalismus Neutralität und Unabhängigkeit erwartet (Dahlgren, 2009, S. 41). Über die Berichterstattung über gesellschaftlich wichtige Ereignisse und Themen leistet er einen entscheidenden Beitrag als Quelle für die politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die Massenmedien ermöglichen ein integratives gemeinsames Forum für die notwendigen gesellschaftlichen Debatten (Dahlgren, 2009, S. 41). Allerdings werden sie diesem normativen Anspruch in der Wirklichkeit nur teilweise gerecht. Zum Beispiel wird eine zu große Nähe von Journalisten zur politischen sowie wirtschaftlichen Elite

beklagt (Dahlgren, 2009, S. 41), die sich auch in der Berichterstattung wiederfindet. So besagt das Konzept des *Indexing*, dass sich in der journalistischen Berichterstattung sowie in der Kommentierung vor allem die Stimmen und Meinungen der „Mainstream Regierungs-Debatte“ wiederfinden (Bennett, 1990, S. 106). Dies führt in der Konsequenz dazu, dass nicht etablierte Akteure Nachteile im Zugang zur massenmedialen Arena zu erwarten haben. Darüber hinaus ist der Journalismus nicht lediglich am Interesse der Öffentlichkeit sondern auch am Markt orientiert (Bennett, 2009). Eine Marktorientierung bedeutet, dass Massenmedien Nachrichten wie ein unterhaltendes Produkt verstehen, das vor allem die werberelevanten Zielgruppen ansprechen sollte (Bennett, 2009, S. 84). Diese Marktorientierung beschreibt Habermas (2006) als die „Kolonisierung der Öffentlichkeit durch das Imperativ des Marktes“ (Habermas, 2006, S. 422). Unter dem Druck dieser kommerziellen Imperative werde die massenmediale Darstellung der Politik durch Elemente der Unterhaltung durchdrungen, die sich in der Personalisierung, der Dramatisierung, der Vereinfachung und der Polarisierung ausdrücken (Habermas, 2006, S. 422). Die verschiedenen massenmedialen Formen folgen dementsprechend einer spezifischen *Medienlogik* (Altheide & Snow, 1979, S. 10). Inwiefern sich politische Akteure dieser Medienlogik der Personalisierung, Dramatisierung, Vereinfachung und Polarisierung anpassen, um in der massenmedialen politischen Öffentlichkeit präsent zu sein, wird seit einigen Jahren unter dem Begriff der Medialisierung der Politik in der Kommunikationswissenschaft diskutiert und empirisch untersucht.

2.4.5 Die Theorie der Medialisierung der Politik

Massenmedien haben in den westlichen Demokratien ein hohes Maß an Autonomie und sind daher durch ihre Eigenlogik ein Akteur, der die politische Öffentlichkeit ganz entscheidend mitprägt (Neidhardt, 1994, S. 11). Die Kommunikationswissenschaft widmet sich seit ihren Anfängen ganz grundsätzlich dem Einfluss der massenmedialen politischen Kommunikation. Dabei standen die Bürgerinnen und Bürger als Rezipierende massenmedialer Inhalte im Zentrum: Konzepte wie der Two-Step-Flow of Communication (Lazarsfeld, Berelson & Gaudet, 1968), das Agenda Setting (McCombs & Shaw, 1972; Rössler, 1997; McCombs, 2005) oder die Videomalaise-Forschung (Robinson, 1975; Holz-Bacha, 1990; Wolling, 1999) zählen zu den grundlegenden Theorien der Kommunikationswissenschaft. Mit der raschen Diffusion des Internets begann in den 1990er Jahren eine intensive Forschungsaktivität, die sich dem Einfluss des Internets auf die individuelle politische Kommunikation widmete (Emmer, 2005; Xenos & Moy, 2007; Emmer, Vowe & Wolling, 2011). Wenn man diese klassischen Untersuchungsschwerpunkte der Kommunikationswissenschaft in die Unterscheidung der Medienwirkungen auf Individuen, Gruppen oder soziale Systeme

einordnet, sieht man, dass vor allem Wirkungen auf der Individualebene untersucht wurden. Seit einiger Zeit ist eine Erweiterung dieser klassischen Wirkungsperspektive auf den Einfluss der Medienlogik auf den Bereich der Politik selbst festzustellen. Damit rücken Wirkungen auf Gruppen sowie auf die gesellschaftlichen Teilbereiche zunehmend in den Vordergrund kommunikationswissenschaftlicher Forschung.

Vowe (2006) beschreibt Medialisierung der Politik als einen theoretischen Ansatz, der Veränderungen in der Politik auf Veränderungen der medialen Bedingungen zurückführt (Vowe, 2006, S. 442). Medien seien im Laufe der Zeit wichtiger für die Politik geworden und darüber hinaus auch wichtiger als andere Einflussfaktoren (wie z.B. die Arbeit von Interessengruppen, Experten etc.) (Vowe, 2006, S. 441). Diese Medialisierung wird durch die Eigenschaften von Massenmedien, die natürlichen Grenzen menschlicher Kommunikation zu erweitern, in Gang gesetzt (Schulz, 2004, S. 88). Massenmedien ergänzen soziale Aktivitäten und Institutionen. Im Zeitverlauf verschwimmen die Grenzen zwischen nicht-medienvermittelten und medienvermittelten Aktivitäten.

Diese recht abstrakte Argumentation lässt sich mit Rückblick auf die im letzten Kapitel vorgestellten Formen und Ebenen von Öffentlichkeit veranschaulichen. Ein Landtagsabgeordneter wird durch sehr unterschiedliche Formate von den Protesten gegen den Bau einer Höchstspannungsleitung in seinem Wahlkreis erfahren: Durch direkte Kontakte mit Vertretern der Bürgerinitiative, durch Plakate im öffentlichen Raum, durch die Zeitungslektüre, über Interviewanfragen des Fernsehens. Da viele Akteure mit ihren je eigenen Themen um Aufnahme auf die politische Agenda ringen, muss der Abgeordnete eine Auswahl treffen. Medialisierung bedeutet in dieser Argumentation die Durchdringung der Politik durch die Eigenlogik der Medien, z.B. durch die Logik von Nachrichtenwerten und durch das Agenda Setting der Medien. Die politischen Akteure passen sich den Regeln der medialen Selektion an (Schulz, 2004, S. 88f.). Damit würde der Landtagsabgeordnete seine Arbeit vor allem an die Selektionsleistungen der Massenmedien anpassen. Die politische Öffentlichkeit sei darüber hinaus von der Medienlogik durchdrungen, von der Sprache über die Formate bis hin zu den Inhalten (Pfetsch & Marcinkowski, 2009, S. 15f.). Medialisierung kann daher als die „Kolonisierung des Politischen durch die Medien“ charakterisiert werden (Marcinkowski & Steiner, 2010, S. 71). Politikerinnen und Politiker haben sämtliche Medienlogiken verinnerlicht und orientieren ihr Handeln daran (vgl. Schulz, 2004, S. 96).

Diese Aussagen sind jedoch in einer solchen Übergeneralisierung zu undifferenziert, da sie zum einen Veränderungen der Politik gänzlich dem Einfluss der Medienlogiken zuschreiben und zum anderen postulieren, dass sämtliche Politikfelder und politische Ebenen in gleichem Maße durch die Medialisierung betroffen sind. Sollte dies

tatsächlich der Fall sein, wären die im letzten Kapitel vorgestellten theoretischen Prämissen der Öffentlichkeit als intermediäres System durchaus im Wanken: Denn die Annahme hinter der Theorie der Öffentlichkeit als intermediäres System ist, dass die Politik als zentraler Steuerungsakteur letztlich eine eigene Logik besitzt, die zwar durch den öffentlichen Diskurs beeinflusst wird, sich jedoch grundsätzlich von der massenmedialen Logik unterscheidet. Wenn das politische System tatsächlich durch Medienlogiken „determiniert“ wäre, würde man dieses nicht mehr theoretisch als zentralen Steuerungsakteur der Gesellschaft definieren können. In Abgrenzung zu dieser Zwangsläufigkeit der Medialisierung des Politischen stellt sich die Frage nach einer differenzierteren Auseinandersetzung mit der Medialisierung der Politik. Diese differenzierte Perspektive sollte einerseits in der Lage sein, die Medialisierung verschiedener Politikfelder und Ebenen des politischen Systems in den Blick zu nehmen und nicht ex ante eine allgemeine Medialisierung annehmen. Darüber hinaus sollte der Eigenlogik des politischen Systems Raum gegeben werden, was bedeutet, dass dem politischen System theoretisch ein Spielraum zugeschrieben wird, inwiefern sich dieses der Logik der Massenmedien bedient.

Eine solche differenziertere Betrachtung entwickeln Marcinkowski & Steiner (2009). Die Autoren schlagen vor, Medialisierung als Phänomen zu verstehen, das sich innerhalb von nichtmedialen Sozialsystemen abspielt (z.B. in einer politischen Organisation) und eine Folge der Ausdifferenzierung eines Mediensystems mit einer Eigenlogik darstellt (Marcinkowski & Steiner, 2009, S. 3). Mit Medialisierung bezeichnen die Autoren überindividuelle gesellschaftliche Folgen von Massenmedien (ebd., S. 4) wie z.B. die Resonanz der Massenmedien in den Organisations- und Funktionssystemen ihrer Umwelt (Marcinkowski & Steiner, 2009, S. 5). Ähnlich der Bestimmung der Öffentlichkeit bei Gerhards und Neidhardt schlussfolgern Marcinkowski und Steiner, dass die Leistung der Massenmedien darin besteht, Themen der politischen Kommunikation mit öffentlicher Aufmerksamkeit und Akzeptanz zu versorgen (Marcinkowski & Steiner, 2009, S. 23). Auf diese Leistungen der Massenmedien greifen politische Organisationen wie z.B. Parteien und Bürgerinitiativen zurück. Die Themen der Medien werden zur Grundlage der eigenen Kommunikation in diesen politischen Organisationen (Marcinkowski & Steiner, 2009, S. 12f.).

Im Gegensatz zu der Vorstellung, dass Medialisierung eine mehr oder weniger unausweichliche Folge des Bedeutungszuwachses der Medien darstellt, kann von einer *reflexiven Medialisierung* gesprochen werden, wenn sich eine politische Organisation an den massenmedialen Selektions- und Darstellungsregeln orientiert (Marcinkowski & Steiner, 2009, S. 13). Damit ist Medialisierung nicht eine reine Wirkung des

Bedeutungszuwachses von Massenmedien, sondern das politische System ist selbst für dessen Medialisierung verantwortlich.

Es stellt sich nun die Frage, warum sich die Politik stärker durch die Medien beeinflussen lässt. Die Politik ist zur Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen auf Aufmerksamkeit und Akzeptanz durch die Bevölkerung angewiesen. Dies ist eine Folge der Inklusion des gesamten Publikums in den politischen Entscheidungsprozess: Politik muss die Zustimmung des Publikums gewinnen (Marcinkowski & Steiner, 2009, S. 17). Auch wenn Parlamente und Regierungen grundsätzlich durch Wahlen und Abstimmungen legitimiert sind, brauchen diese in gewisser Weise die Zustimmung durch die öffentliche Meinung.

Bezug nehmend auf das Konzept der postmateriellen Werte sind in westlichen Gesellschaften die grundlegenden Bedürfnisse befriedigt. Die Bürgerinnen und Bürger legen eine höhere Priorität auf postmaterielle Werte wie Freiheit, Selbstverwirklichung und Beteiligung (Mazzeloni & Schulz, 1999, S. 252). Im Kapitel zum Framing wurde die Rolle der postmateriellen Werte für das Aufkommen von Forderungen der Bürgerinitiativen bereits verdeutlicht (Kapitel 2.3). Das Aufkommen von Bürgerinitiativen kann als Indikator des gesellschaftlichen Wertewandels betrachtet werden. In Form von Protesten stellen Bürgerinitiativen als intermediäre Akteure öffentlich Forderungen an die Politik. Da Medien auf der Suche nach neuen Themen und Trends sind, werden diese zum Teil zu den Taktgebern dieser Entwicklung (Mazzeloni & Schulz, 1999, S. 253), indem sie über die Protestierenden und deren Themen berichten.

In denjenigen Themenfeldern, in denen besonders viele Ansprüche und Interessen durch die Bürgerinnen und Bürger artikuliert werden, sind die stärksten Medialisierungsfolgen zu erwarten. Ein solches Themenfeld ist beispielsweise die Energiewende. Da auf der Ebene der Errichtung konkreter Kraftwerke oder von Stromtrassen vielfältigere Interessen artikuliert werden (z.B. Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung, Landschaftsschutz), wird auch das Verwaltungshandeln mit gesteigerten Ansprüchen konfrontiert (Marcinkowski & Steiner, 2009, S. 18). Die Verwaltung kann diese nicht ausblenden, da sie auf die Kooperation der Bevölkerung, der Interessenverbände, der Politik angewiesen ist (Marcinkowski & Steiner, 2009, S. 18). Handelte es sich in der Vergangenheit bei den Entscheidungen für den konkreten Verlauf einer Höchstspannungstrasse häufig um administrative Verfahren mit einem geringerem Ausmaß öffentlicher Aufmerksamkeitsproduktion durch die Massenmedien (vgl. Marcinkowski & Steiner, 2009, S. 18), können sich anhaltende Proteste als Katalysatoren der Medialisierung herauskristalisieren. Massenmedien können das Thema auf ihre Agenda setzen und somit eine größere öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema herstellen.

Die Medialisierungsfolgen können einerseits darin bestehen, dass sich die involvierten Akteure an die strukturellen Kriterien der Massenmedien anpassen. Andererseits können auch Vorkehrungen zur Abschirmung von öffentlicher Aufmerksamkeit getroffen werden (Marcinkowski & Steiner, 2009, S. 20). Diese Argumentation räumt dem einzelnen Politiker, der einzelnen Aktivistin sowie auch einer politischen Organisation generell Spielräume ein, auf die anhaltende Thematisierung durch Massenmedien zu reagieren. Die Medialisierung des Politischen ist kein unvermeidlicher Prozess, sondern das Ergebnis einer komplexen Interaktion von sozialen Systemen mit den Massenmedien.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Theorie der Medialisierung im Allgemeinen vorrangig die Reaktionen politischer Akteure (und auf der Makroebene der Politik insgesamt) auf den Bedeutungszuwachs traditioneller Massenmedien beschreibt. Das von Marcinkowski und Steiner (2009) vorgestellte Konzept einer reflexiven Medialisierung erweitert diese Perspektive zum einen um den Aspekt der „Agency“: Politische Akteure müssen sich nicht lediglich an die massenmediale Logik anpassen, sie können auch versuchen, sich dem Druck der Massenmedien zu entziehen. Zum anderen sind nicht alle Ebenen des politischen Systems und nicht alle politischen Themenfelder gleichermaßen von der Medialisierung betroffen.

2.4.6 Zusammenfassung und Kritik der Theorie der Öffentlichkeit als intermediäres System

Das Kapitel zur Theorie der Öffentlichkeit als intermediäres System hat verdeutlicht, dass sich die politischen und gesellschaftlichen Akteure durch verschiedene Formen und auf verschiedenen Ebenen in der Öffentlichkeit miteinander auseinandersetzen und so versuchen die Zustimmung des Publikums zu gewinnen. Mit Hilfe der Herstellung von Öffentlichkeit können Bewegungsorganisationen versuchen, Sichtbarkeit und Resonanz herzustellen und somit Druck auf das politische Entscheidungssystem auszuüben.

Die Theorie der Öffentlichkeit als intermediäres System zeigt detailliert das komplexe Zusammenspiel verschiedener Arenen auf (Politik, Öffentlichkeit, Wirtschaft etc.). Damit wird, weitaus umfassender als es die Theorie der Gelegenheitsstrukturen konzipiert, der Gesamtzusammenhang erschlossen, in dem Bürgerinitiativen agieren. Das Herstellen öffentlicher Aufmerksamkeit ist eine ambitionierte Aufgabe: Bürgerinitiativen müssen erkennen, welche relevanten öffentlichen Foren sie erreichen müssen. Dies sind nicht automatisch und nicht exklusiv die Massenmedien. Die Ergänzung durch eine Medialisierungsperspektive hat darüber hinaus verdeutlicht, wie eine massenmediale Logik die Aufmerksamkeit und die Arbeitsweise politischer Akteure beeinflusst.

Wenn Bürgerinitiativen nun über die Massenmedien Öffentlichkeit herstellen, müssen sie sich dezidiert auf die Spielregeln der Massenmedien einlassen. Diese Option wurde im Kapitel 2.2.3 als „Adaption“ bezeichnet. Deutlich wird jedoch, im Rückgriff das Kapitel zu den medialen Gelegenheitsstrukturen, dass es auch „Alternativen“ bei der Herstellung von Öffentlichkeit gibt. Es ist der große Verdienst der Theorie der Öffentlichkeit als intermediäres System, dass diese den Gesamtkontext öffentlicher Kommunikation systematisch erschließt. Damit können Engführungen auf lediglich bestimmte Ausschnitte der Öffentlichkeit (z.B. auf Massenmedien oder Social Media-Öffentlichkeit) vermieden werden. Es wird klar, dass die gesamten Formen der Öffentlichkeit in die empirische Analyse mit einbezogen werden müssen und dass das Nicht-Vorhandensein eines Konflikts auf der massenmedialen Agenda oder in den sozialen Medien nicht bedeutet, dass dieser Konflikt gar nicht existiert. Damit ist es jedoch erforderlich, sämtliche mögliche Formen öffentlicher Kommunikation in eine empirische Analyse einzubeziehen. Dies macht ein hohes Maß an Offenheit bei der Entwicklung von Studiendesigns erforderlich.

2.5 Zusammenfassung und Fazit der theoretischen und empirischen Befunde

Die bisherigen Ausführungen zusammenfassend kann festgehalten werden: Bürgerinitiativen sind ein etablierter Akteur in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland. Dabei findet das Engagement im *Reproduktionsbereich* statt. Es wurde deutlich, dass Bürgerinitiativen sowohl langfristige Ziele (Langfristinitiativen) haben können als auch eine Reaktion auf getroffene oder sich anbahnende Entscheidungen darstellen (Ad-hoc-Initiativen) (Kapitel 1.1 und 1.2).

Bürgerinitiativen können mit Hilfe der Theorien sozialer Bewegungen in einen größeren Zusammenhang mit dem politischen Aktivismus im Allgemeinen gebracht werden. Darüber hinaus liefern diese Theorien auch Erklärungen für das Auftreten sowie für die Formen und den Charakter von Protesten. Dies sind für die Bürgerinitiativen mit reaktiven Zielen die *plötzlich auftretenden Missstände* und die *moralischen Schocks* (Kapitel 2.1).

Im Hinblick auf die Formen des Protests hebt die Theorie der Ressourcenmobilisierung auf die grundlegende Notwendigkeit von Ressourcen für die Entwicklung konkreter Proteste ab. Proteste werden als soziale Handlungen von Menschen betrachtet, das heißt sie sind subjektiv sinnvoll und zielgerichtet und stellen nicht lediglich eine Reaktion kollektiven Verhaltens auf wahrgenommene Missstände, zum Beispiel in Form von Unruhen, dar. Die Gründung sowie Aufrechterhaltung einer jeden Protestorganisation erfordert die kontinuierliche Mobilisierung einer Reihe von Ressourcen

(moralische, kulturelle, sozio-organisationale, menschliche und materielle Ressourcen) (Kapitel 2.1.4).

Nicht zuletzt ist von diesen Ressourcen auch die konkrete Ausgestaltung der jeweiligen Protestmittel abhängig. Die Literatur hat gezeigt, dass insbesondere die Integration in horizontale Netzwerke sowie auch der Grad der „Professionalisierung“ der Organisation den Charakter des Protests bestimmen. Die Befunde kann man so zusammenfassen: Je besser eine Protestorganisation in Netzwerke integriert ist und je höher ihr Grad an Organisiertheit ist, desto konventioneller sind die eingesetzten Protestmittel (McCarthy & Walker, 2004; Rucht, 1996; Kriesi, 1996).

Es stellte sich bei der kritischen Würdigung der Theorie der Ressourcenmobilisierung heraus, dass der Charakter der Proteste jedoch nicht vollständig über die Mobilisierung von Ressourcen erklärt werden kann (Kapitel 2.1.6). Im Rahmen der Auseinandersetzung mit der Theorie der Gelegenheitsstrukturen wurde herausgearbeitet, dass Protestorganisationen ihre Umwelt genau beobachten. Dies umfasst die Politik, die massenmedial hergestellte Öffentlichkeit sowie die Bevölkerung (Kapitel 2.2). Schließlich wurde bei der Betrachtung der Theorie des Framing sowie kollektiver Identitäten herausgearbeitet, dass der Charakter des Protests auch von den kollektiven Identitäten sowie der jeweiligen Rahmung des Problems abhängt. Je nachdem, wie das Problem durch eine Bürgerinitiative definiert wird, wird auch der Protest entsprechend gestaltet werden (Kapitel 2.3).

Die Theorien der Ressourcenmobilisierung, der Gelegenheitsstrukturen sowie des Framing und kollektiver Identitäten liefern jeweils eine Dimension für die Erklärung und das Verständnis von Protesten. Sie bieten keine konfligierenden oder konkurrierenden Erklärungsmodelle an. Vielmehr erscheinen die jeweiligen Argumente komplementär zueinander zu sein. Insofern bietet sich eine Synthese in ein umfassenderes kohärentes Erklärungsmodell an. Dazu ist es jedoch notwendig, den Unterschied zwischen öffentlicher Protestkommunikation und politischer Partizipation in den Blick zu nehmen:

Da die Protestorganisationen außerhalb der politischen Entscheidungsstrukturen agieren, greifen sie auf Protestmittel zurück, die einen Zugang zum politischen System eröffnen sollen. Dazu sind sie zwingend auf öffentliche Kommunikation angewiesen. Gleichzeitig bieten demokratische Systeme den Protestierenden direkte Kanäle, mit politischen Entscheidungsträgern in Kontakt zu treten. Die in der Bewegungsliteratur entwickelte Unterscheidung von Repertoires of Contention und Repertoires of Communication sowie die Differenzierung zwischen politischen und medialen Gelegenheitsstrukturen greift diese Unterscheidung auf, wengleich bislang keine

systematische theoretische Analyse der Zusammenhänge zwischen politischer Partizipation und öffentlicher Kommunikation erfolgte. Die in der Literatur postulierte Vorstellung, dass Proteste, die nicht in den Medien seien, nicht existent sind, wurde im Rahmen der Diskussion der Theorie der Öffentlichkeit als intermediären System ausdifferenziert: Die Öffentlichkeit ist nicht gleichzusetzen mit einer massenmedial hergestellten Öffentlichkeit. Wenngleich die massenmediale Arena in vielen Fällen durchaus zentral für die Auseinandersetzung der verschiedenen Akteure in einem Konfliktfeld ist, sollten die weiteren Formen und Ebenen der politischen Öffentlichkeit in die theoretische sowie empirische Analyse von Protesten integriert werden (Kapitel 2.4.2).

Dies liegt zum einen daran, dass die Mobilisierung von Mitgliedern von Protestorganisationen in hohem Maß durch interpersonale Kommunikation in bereits bestehenden Netzwerken erfolgt und die Mobilisierung von Teilnehmern für Demonstrationen durch diese Netzwerke und zunehmend auch durch Onlinekommunikation erfolgt (Fisher & Boekkooi, 2010). Zum anderen informieren sich Aktivistinnen und Aktivisten immer stärker aus alternativen Quellen im World Wide Web über die Konfliktthemen (Lomicky & Hogg, 2010). Insofern sind Protestorganisationen nicht gänzlich auf die Leistungen der Herstellung von Öffentlichkeit durch die traditionellen Massenmedien angewiesen. Die kritische Analyse der Theorie der Medialisierung des Politischen stützt diese Argumentation: Nicht alle politischen Ebenen, Themen und Akteure werden gleichermaßen durch die Logik der Massenmedien geprägt (Kapitel 2.4.5).

Im nächsten Kapitel werden diese unterschiedlichen Theorien in ein Erklärungsmodell der Wahl von Protestrepertoires von Bürgerinitiativen zusammengeführt.

3 Zusammenführung in ein theoretisches Erklärungsmodell

Diese Arbeit hat zum Ziel, die folgenden Forschungsfragen zu beantworten: (1) Wie sehen die Protestrepertoires von Bürgerinitiativen aus? (2) Welche Faktoren prägen die Wahl der Protestrepertoires von Bürgerinitiativen?

In den vorangegangenen Kapiteln wurde der entsprechende Forschungsstand vorgestellt. Dabei wurden auf Grundlage der Literatur zum einen die Protestrepertoires näher differenziert und zum anderen auch theoretische Erklärungsansätze für das Entstehen und den Charakter von Protesten erarbeitet. Was bislang nicht vorliegt, ist eine Integration dieser verschiedenen Theorien in ein gemeinsames theoretisches *Erklärungsmodell*, das die Besonderheiten des Untersuchungsgegenstands Bürgerinitiative berücksichtigt. Ziel dieses Kapitels ist es, dieses Erklärungsmodell der Wahl der Protestrepertoires durch Bürgerinitiativen zu entwickeln. Das Modell wird den vorgestellten Forschungsstand aufgreifen und dadurch die anschließende empirische Untersuchung leiten. Dabei handelt es sich zunächst um ein vorläufiges theoretisches Modell. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung können zu Ergänzungen aber auch zu Revidierungen führen. Erst durch diese Orientierung des Modells mit konkreten empirischen Ergebnissen kann ein *empirisch gesättigtes theoretisches Modell* entwickelt werden. Damit soll der in dieser Arbeit formulierte Anspruch der Theorieentwicklung eingelöst werden.

Basis für das Verständnis dieses Modells ist dessen Verankerung in einem interpretativen soziologischen Paradigma, das die kollektiven sowie individuellen Deutungsprozesse der Mitglieder der Bürgerinitiativen als handlungsleitend betrachtet. „Einflüsse“ von einer Dimension oder Größe auf eine andere Dimension oder Größe sind demnach das Ergebnis *bewusster Deutungsprozesse* (z.B. durch den Rückbezug auf Laientheorien) oder aber auch tief in der Alltagskultur oder im *Alltagsverständnis* der Mitglieder einer Protestorganisation verankerter Denkmuster. Das Modell ist auf der Mesoebene, also auf der Ebene der Organisation selbst, angesiedelt. Darüber hinaus beansprucht es nur Gültigkeit für eine bestimmte Form der Protestorganisation (Bürgerinitiative) in einem bestimmten Geltungsbereich, nämlich dem Handlungsfeld von Bürgerinitiativen im Bereich „Ausbau von Energieinfrastrukturen“. Die Konsequenzen für die empirische Forschung, die ein solches Modellverständnis impliziert, werden im anschließenden Kapitel 4 vorgestellt, welches eine für die empirische Untersuchung von Bürgerinitiativen geeignete Forschungsstrategie vorstellt.

3.1 Funktion und Charakter des Modells

Theoretische Modelle sind im Allgemeinen spezifischer als sozialwissenschaftliche Theorien (Britt, 1997, S. 16). Bei einer genaueren Betrachtung der Theorien der

Ressourcenmobilisierung, der Gelegenheitsstrukturen sowie des Framing liegt die Schlussfolgerung nahe, diese als theoretische Modelle zu charakterisieren: Sie identifizierten jeweils die zentralen Größen (Variablen sowie Konstanten) und deren Zusammenhänge (Kausalitäten, Interdependenzen). Alle drei Theorien greifen einen zentralen Erklärungsfaktor heraus, der als ursächlich für das Protesthandeln definiert wird. Damit legen sich diese theoretischen Modelle jeweils auf eine zentrale unabhängige Variable fest und bestimmen eine eindeutige Kausalitätsrichtung.

Solche Ursachen-Wirkungs-Modelle sind ein gängiges Verfahren der Modellbildung. Sie beanspruchen keine überzeitliche Gültigkeit, sondern sie sind falsifizierbare Annahmen über die soziale Wirklichkeit. Auch wenn Kausalmodelle zumeist auf Basis der Ergebnisse quantitativer Sozialforschung bestätigt oder verworfen werden, ist eine Modellvalidierung auch auf Basis qualitativer Studien möglich, wenngleich in der qualitativen Methodentheorie die Sprache kausaler Modelle nur zögerlich aufgegriffen wurde (Ausnahmen sind z.B. King, Keohane, & Verba, 1993; Miles & Huberman, 1994).

Gläser und Laudel (2009) empfehlen auch für qualitative Forschungsvorhaben die theoretischen Vorüberlegungen auf die interessierenden Ursachen und Wirkungen, die intervenierenden Einflüsse und die gesuchten Kausalmechanismen zu fokussieren (Gläser & Laudel, 2009, S. 78). Im Vorfeld einer empirischen Untersuchung soll ein „hypothetisches Modell des gesuchten Kausalmechanismus“ entwickelt werden (Gläser & Laudel, 2009, S. 78). Die Aufgabe dieses Untersuchungsmodells ist es, die Untersuchung zu orientieren und die Aufmerksamkeit auf jene empirischen Sachverhalte zu lenken, die für die Beantwortung der Untersuchungsfrage wichtig sind (vgl. Gläser & Laudel, 2009, S. 78). Damit ist das entstandene theoretische Modell eine aus dem Forschungsstand abgeleitete *partielle Vermutung*, die im Rahmen quantitativer Forschung entweder bestätigt oder verworfen werden kann (Gläser & Laudel, 2009, S. 90). Im Rahmen qualitativer Forschung kann das theoretische Modell modifiziert und ergänzt werden (Gläser & Laudel, 2009, S. 90). Das hypothetische Modell spiegelt daher in erster Linie den Forschungsstand wider und liefert nicht bereits die vermutete Antwort auf die Forschungsfrage (Gläser & Laudel, 2009, S. 90). Die *empirische Untersuchung* kann zum Beispiel dazu führen, dass die in den Pfeilen hypothetisierten Kausalannahmen verändert werden müssen, weil andere Kausalmechanismen im untersuchten Fall vorliegen können (Gläser & Laudel, 2009, S. 90).

Im Prinzip gibt es auch für empirische Untersuchungen im Rahmen eines qualitativen Paradigmas keinen Grund auf das Konzept der "Variablen" als Verbindung zwischen Theorie und Empirie zu verzichten (Gläser & Laudel, 2009, S. 78). Anders als in der quantitativen Forschung können diese Variablen jedoch komplex, d.h.

mehrdimensional, sein (Gläser & Laudel, 2009, S. 79). Diese Aussagen sind insofern wichtig, als sie zeigen, dass Kausalmodelle sowohl quantitative als auch qualitative Studien leiten können. Mit der Entwicklung eines Kausalmodells auf Basis der theoretischen Vorarbeiten in dieser Arbeit ist demzufolge nicht bereits eine Festlegung auf eine bestimmte Forschungslogik (quantitativ oder qualitativ) verbunden, wenngleich in der anschließenden empirischen Untersuchung qualitative Methoden zum Einsatz kommen. Da die Verwendung der Begriffe „unabhängige Variable“ und „abhängige Variable“ bislang fast ausschließlich für die quantitative Modellbildung verwendet wurden, werden in dieser Arbeit die unabhängigen Variablen als *Erklärungsfaktoren* und die abhängigen Variablen als *abhängige Faktoren* bezeichnet.

Letztlich verlangt die kausale Modellbildung immer einer Vereinfachung der Annahmen über die soziale Welt. Dies führt zu einem Dilemma: Modellbildung ist einerseits nicht möglich, wenn keine Vergleiche zwischen einzelnen Fällen, Zeitpunkten oder Ausschnitten eines Phänomens gezogen werden können. Andererseits sind die Annahmen zu vereinfachend, wenn diese davon ausgehen über verschiedene Zeitpunkte hinweg allgemeingültig zu sein. Dann wird das Verhältnis der Modelle zu der komplexen sozialen Wirklichkeit zu dünn (Britt, 1997, S. 5). Das hier zu entwickelnde Modell der Erklärung der Repertoires sollte die Essenz der kausalen Dynamik einer *Situation* in einem bestimmten *Raum* und zu einer bestimmten *Zeit* abbilden können (Britt, 1997, S. 7).

3.2 Dimensionen des Modells

Als Ursachen für das Entstehen der Bürgerinitiative werden vor allem externe Faktoren wie *plötzlich auftretende Missstände* oder auch *moralische Schocks* einer Gemeinschaft angenommen. Da viele Bürgerinitiativen zumindest zum Beginn ihrer Aktivitäten *reaktive Ansprüche* formulieren (Tilly, 1978, S. 144-147), insbesondere bei Infrastrukturprotesten, begründen diese einen spezifischen Kontext, der durch unmittelbaren Handlungsdruck gekennzeichnet ist. Damit ist der Ausgangspunkt der Mobilisierung bei diesen Bürgerinitiativen ein anderer als beispielsweise bei einer Bürgerinitiative, die sich für die Aufwertung eines Stadtviertels einsetzt (proaktive Ansprüche).

Um die Forschungsfrage 1 nach dem Charakter der Repertoires der Bürgerinitiativen zu beantworten, muss dieser abhängige Faktor modellhaft zusammengefasst werden. Dabei stellt sich die Frage, inwiefern sich die Repertoires von Bürgerinitiativen eher als politische Partizipation oder als öffentliche Kommunikation charakterisieren lassen. Aus der Arbeit von Rucht (2004) wird zunächst die Unterscheidung zwischen qualitativer Mobilisierung und quantitativer Mobilisierung übernommen.

Die *qualitative Mobilisierung* umfasst vor allem die direkte Ansprache politischer Entscheidungsträger und die Ausnutzung der Beteiligungsoptionen, die das politische System den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt: Dazu zählen auch die genannten Optionen von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Nicht zuletzt haben Bürgerinitiativen auch die Möglichkeit Petitionen einreichen (sowohl auf Bundesebene als auch auf der Ebene der Bundesländer). Eine weitere Möglichkeit ist die Teilnahme an öffentlichen Gemeinderatsitzungen oder das Stellen von Fragen in Bürgerfragestunden. All diese genannten Optionen verdeutlichen, dass die qualitative Mobilisierung ihrem Charakter nach als politische Partizipation bezeichnet werden kann: Bürgerinitiativen richten sich direkt an das politische Entscheidungssystem und dessen Vertreter und nutzen dafür vorgesehene (institutionalisierte) Kanäle.

Die qualitative Protestmobilisierung findet jedoch nicht vollständig „innerhalb“ des politischen Systems statt. Die angesprochenen Partizipationsoptionen verlangen von den Bürgerinitiativen die Teilnahme an der politischen Öffentlichkeit (z.B. im Rahmen von Veranstaltungsöffentlichkeit) und die Herstellung von Öffentlichkeit: So benötigt eine Bürgerinitiative Unterschriften, wenn sie ein Bürgerbegehren initiiert. Ebenso müssen Bürgerinnen und Bürger dazu motiviert werden, Einwendungen im Rahmen von Planungsverfahren vorzubringen. Für diese Ziele kann es durchaus auch notwendig sein, eine massenmediale Öffentlichkeit herzustellen. Nicht zuletzt zählt zu den Formen qualitativer Protestmobilisierung auch die Präsenz in den von den politischen Akteuren hergestellten Formen der Öffentlichkeit: Diese sind beispielsweise Podiumsdiskussionen oder Runde-Tisch-Verfahren.

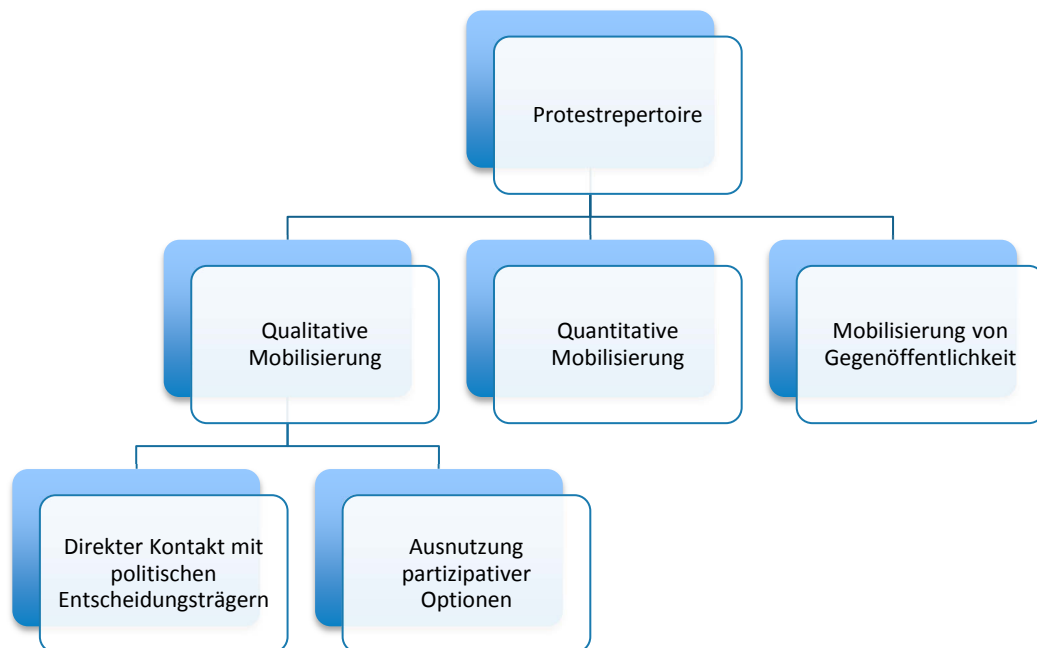
Die *quantitative Mobilisierung* nutzt vor allem die Protestlogiken der Logic of Numbers, des Bearing Witness oder aber die Logic of Damage (Della Porta & Diani, 2006, S. 171ff.). Hierbei geht es darum, Nachrichtenwert zu erzeugen, um Bestandteil der massenmedialen Berichterstattung zu werden. Insofern ist die quantitative Mobilisierung vorrangig durch den Einsatz demonstrativer, appellativer sowie auch konfrontativer Protestmittel gekennzeichnet. Quantitative Mobilisierung setzt die Anwesenheit eines „Massenpublikums“ voraus. Hinter der quantitativen Mobilisierung steht vor allem der Versuch, über die Mobilisierung öffentlichen Drucks das Thema auf die politische Agenda zu setzen.

In Ergänzung zu dieser Differenzierung von Rucht (2004) in qualitativen und quantitativen Protest liegt die dritte Option in der *Herstellung eigener Formen von Gegenöffentlichkeit*. Dies kann sowohl über die Organisation eigener Veranstaltungen erfolgen als auch über die Gestaltung eigener medialer Angebote (z.B. eigene Website, Broschüren, Facebook Präsenz). Zu dieser Herstellung eigener Öffentlichkeit zählt auch

die Präsenz im öffentlichen Raum durch große Banner und Plakate. Diese Optionen sind nicht eindeutig der qualitativen oder der quantitativen Mobilisierung zuzurechnen.

Qualitative und quantitative Mobilisierung sowie die Herstellung eigener alternativer Formen von Öffentlichkeit (Gegenöffentlichkeit) sind keine sich ausschließenden Strategien: Eine Bürgerinitiative kann sowohl eine qualitative Mobilisierung als auch die quantitative Mobilisierung gleichzeitig anwenden und darüber hinaus eigene Gegenöffentlichkeit herstellen. Die Herstellung eigener Öffentlichkeit kann Bestandteil einer Strategie der qualitativen Mobilisierung sein, wenn in der Bevölkerung Menschen gesucht werden, die einen offenen Brief unterzeichnen. Es lässt sich aus der vorhandenen Forschungsliteratur weder herausarbeiten, welche Form der Mobilisierung dominiert. Noch lässt sich herausarbeiten, ob Bürgerinitiativen in bestimmten Handlungsfeldern bestimmte Proteststrategien anwenden. Darüber hinaus ist es eine offene Frage, inwiefern sich auf die Leistungen der Massenmedien verlassen wird, also die klassische Pressearbeit dominiert, oder in welchem Maß Gegenöffentlichkeit hergestellt wird. Dies liegt darin begründet, dass in der bisherigen Literatur zu den Bürgerinitiativen nicht systematisch nach Erklärungsmodellen gesucht wurde. In Abbildung 5 sind die Dimensionen der Protestrepertoires grafisch zusammengefasst.

Abbildung 5: Dimensionen des Protestrepertoires



Die Forschungsfrage 2 sucht nach den Einflussfaktoren, die Unterschiede in den Protestrepertoires verschiedener Bürgerinitiativen erklären können. Die Bewegungsliteratur kommt zu dem Ergebnis, dass trotz der starken kulturellen Verankerung von Protestmitteln, diese zwischen verschiedenen Bewegungsorganisationen variieren. Diese Varianz ist laut Tilly sowohl auf *interne Faktoren* (Erfahrungen mit anderen Protesten, die interne Organisation, die Alltagsroutinen) als auch auf *externe Faktoren* (z.B. Rechtsstandards, Repression) zurückzuführen (Tilly, 1978, S. 156). McCurdy (2011) schreibt den *Laientheorien* zu, das medienorientierte Handeln von Bewegungsorganisationen anzuleiten (McCurdy, 2011). Diese Aussagen bewegen sich jeweils auf der Individualebene und auf der kollektiven Ebene einer Protestorganisation. Sie lassen sich in einem interpretativen soziologischen Paradigma verorten, das mit dem vorgestellten SSSM-Modell beschrieben werden kann (*SSSM-Modell: Symbols interpreting, Situations defining, Strategic acting Man*) (Miebach, 2010, S. 30).

Repertoires sind daher als Protest-Routinen von Bürgerinitiativen zu verstehen, die von Ort zu Ort sowie in der Zeit und in den jeweiligen Beziehungen zu den Opponenten (Kontext des Protests) variieren (können). Als Ursachen für diese Unterschiede werden Unterschiede in der Ressourcenausstattung, in den kollektiven Rahmungen und Identitäten sowie in der Einschätzung der Gelegenheitsstrukturen ausgemacht:

(1) Das Faktorenbündel Ressourcen

Bürgerinitiativen sind Organisationen, die für das Erreichen ihrer Ziele eine gewisse zeitliche Kontinuität benötigen. Für die Gründung, Aufrechterhaltung sowie Handlungsfähigkeit dieser Protestorganisation müssen eine Reihe von Mitteln aufgewendet werden. Die Ressourcenmobilisierung kann daher wie folgt definiert werden: *Die Ressourcenmobilisierung umfasst das Ausschöpfen der in einer Bürgerinitiative verfügbaren Ressourcen sowie die Mobilisierung jener Ressourcen, die für die Aufrechterhaltung der Organisation sowie für ihr kollektives Handeln notwendig sind.*

Aus der von Edwards & McCarthy (2004) entwickelten Typologie von Ressourcen wird der Block der moralischen Ressourcen nicht in die Betrachtung einbezogen. Legitimität als eine Form moralischer Ressourcen ist kein interner Faktor. Legitimität ist, wie bereits argumentiert wurde, eine Zuschreibung, die von „außen“, z.B. von der Bevölkerung, erfolgt. Daher sind es vor allem die kulturellen Ressourcen, die sozio-organisationalen Ressourcen, menschliche Ressourcen sowie materielle Ressourcen, die einen Einfluss auf das Protesthandeln haben.

Ein wichtiges Argument mit Blick auf die Ressourcen ist, dass eine einfache Auflistung der verfügbaren sowie nicht verfügbaren Ressourcen einer Bürgerinitiative nicht ausreicht, um dem SSSM-Modell gerecht zu werden und tatsächlich die Verbindung

zwischen Ressourcen und kollektivem Handeln abzuleiten: Es ist durchaus möglich, dass bestimmte Fähigkeiten und Erfahrungen unter den Mitgliedern einer Bürgerinitiative vorhanden sind, auf die allerdings nicht zurückgegriffen wird, da diese von den Mitgliedern als nicht zentral angesehen werden.

(2) Das Faktorenbündel Framing und Identität

Die kollektiven Rahmungen werden in zwei Dimensionen unterschieden: (1) Das Framing einer Bürgerinitiative und deren (2) kollektive Identität. Das Framing mündet, unter Rückgriff auf die Dimensionierung von Entman (1993), in eine Problemdefinition, eine Kausalattribution, die Entwicklung von Lösungen und eine moralische Bewertung. Die Art, wie ein Problem definiert wird, macht eine bestimmte Wahl von Protestmitteln wahrscheinlicher als eine andere.

In der Literatur zum Framing sozialer Bewegung wurde herausgearbeitet, dass das Framing von Bewegungsorganisationen eine strategische Leistung ist. Bürgerinitiativen haben die Möglichkeit, ihre Botschaften in Auseinandersetzung mit ihren Opponenten zu verändern. Dieser Prozess wurde als *Frame Alignment* definiert. Dass solche Veränderungsprozesse der kollektiven Rahmungen und damit auch Zielbestimmungen einer Bürgerinitiative das Protesthandeln beeinflussen, ist daher wahrscheinlich. Es liegen allerdings keine Erkenntnisse darüber vor, in welchen Momenten im „Leben“ einer Bürgerinitiative eine Anpassung der Frames erfolgt und ob dies auf externe oder interne Faktoren zurückzuführen ist:

Die Problemdeutungs- und -lösungsrahmen enthalten vorrangig Aussagen über das Thema des Protests, also über den Konflikt. In diesen Aussagen schwingen darüber hinaus auch Aussagen über die Identität der Protestgruppe mit. Eine Dimension der Identität ist der *Gruppenkonsens*, der in der Theorie des kollektiven Handelns als wichtige „Ressource“ definiert wurde. Ein Gruppenkonsens ist für die Handlungsfähigkeit einer Bürgerinitiative eine wichtige Voraussetzung, denn ohne grundlegende Übereinstimmung werden sich die Mitglieder einer Bürgerinitiative nicht im Namen dieser engagieren. Innerhalb einer Bürgerinitiative kann es durchaus zu Auseinandersetzungen um die Ziele kommen, insbesondere wenn neue Mitglieder in die Initiative aufgenommen werden, die andere Ideen einbringen, oder wenn sich die äußeren Rahmenbedingungen ändern. In diesem Zusammenhang können auch die Einschätzungen über Erfolgsperspektiven oder das mögliche Scheitern der Bürgerinitiative das Framing modifizieren. Bisher liegen keine empirischen Ergebnisse darüber vor, wie sich der Gruppenkonsens auf die Handlungsfähigkeit einer Bürgerinitiative und deren Protesthandeln auswirkt. Denkbar sind beispielsweise Spaltungen und Neugründungen.

Ein weiterer Aspekt der Identität betrifft das *Selbstbild* einer Bürgerinitiative. Dieses kann zum einen auf der wahrgenommenen Zugehörigkeit zu einem größeren Kollektiv basieren (z.B. der Bevölkerung in einer Region). Eine andere Form der Gruppenidentität kann das oppositionelle Bewusstsein sein. Im Theorieteil wurde darüber hinaus auch speziell für die Bürgerinitiativen herausgearbeitet und hypothetisiert, dass diese im Gegensatz zu anderen Bewegungsorganisationen über keine starke ideologische Basis verfügen und daher bestimmte Protestformen, insbesondere konfrontative, aus einem solchen Selbstverständnis heraus ablehnen. Auch hierbei handelt es sich um eine offene Frage, die im Rahmen einer empirischen Untersuchung beantwortet werden sollte.

(3) Das Faktorenbündel Gelegenheitsstrukturen

Die Gelegenheitsstrukturen können als wahrgenommene *Signale aus den Bezugssystemen von Bürgerinitiativen* definiert werden, *die aus Sicht der Bürgerinitiativen Handlungsspielräume eröffnen oder Handlungsspielräume einschränken.*

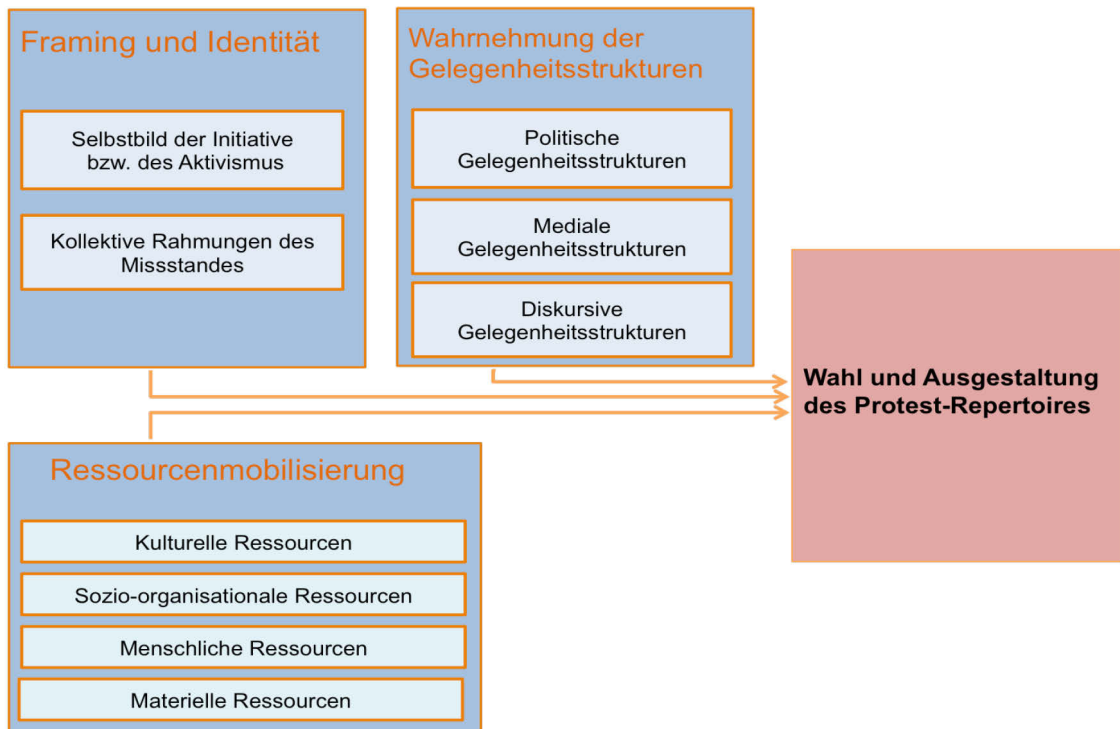
In der Auseinandersetzung mit dem Konzept der Gelegenheitsstrukturen wurden vor allem zwei Bezugssysteme als für den Gegenstand der Bürgerinitiativen relevant charakterisiert: Das politische System und das Mediensystem. Als ein weiteres Bezugssystem für die Bürgerinitiativen wird die Bevölkerung ergänzt. Die Bevölkerung konstituiert eine spezifische diskursive Gelegenheitsstruktur, die aus Sicht der Bürgerinitiative bestimmte Handlungsspielräume eröffnet oder aber einschränkt. Ein Beispiel hierfür könnte sein, dass die quantitative Mobilisierung auf Grund einer wahrgenommenen mangelnden Unterstützung durch die Bevölkerung nicht erfolgen kann.

Es ist anzunehmen, dass sich die Aussagen in Bezug auf die Gelegenheitsstrukturen sowohl auf ganz konkrete Erfahrungen als auch auf die Beobachtung der Erfahrungen anderer Protestierender zurückführen lassen. Inwiefern hier eine Differenzierung erfolgt, ist eine empirische Frage. Mit Blick auf den Forschungsstand zu den Laientheorien in Bezug auf die Massenmedien sind sowohl generelle Aussagen über die Eigenschaften des Mediensystems als auch konkrete Aussagen über ganz bestimmte Journalisten und Journalistinnen zu erwarten. Es ist daher denkbar, dass ähnliche Aussagen auch über die politischen Gelegenheitsstrukturen sowie die diskursiven Gelegenheitsstrukturen getroffen werden.

Das theoretische Modell ist zeitlich nicht indifferent: Die Erfahrungen, die Bürgerinitiativen im Rahmen ihres Engagements machen, können zu Zäsuren oder Neuorientierungen führen, die zu einer Neubewertung der Gelegenheitsstrukturen führen können, zu einer Anpassung der kollektiven Rahmungen sowie zu einer Priorisierung der

Mobilisierung bestimmter Ressourcen. In der folgenden Abbildung 6 sind die Elemente des theoretischen Erklärungsmodells graphisch zusammengefasst.

Abbildung 6: Das theoretische Erklärungsmodell



4 Untersuchungsdesign und Methoden

Das im vorangegangenen Kapitel entwickelte theoretische Modell fasst den Forschungsstand zusammen und repräsentiert eine partielle Vermutung, die im Rahmen einer empirischen Untersuchung modifiziert, ergänzt, präzisiert oder auch verworfen werden kann. In diesem Kapitel soll ein geeignetes Untersuchungsdesign vorgestellt werden.

Zunächst wird die generelle methodische Entscheidung für Fallstudien begründet. In einem nächsten Schritt werden auf Basis der Methodenliteratur Qualitätskriterien von Fallstudien abgeleitet, die bei der Entwicklung des konkreten Untersuchungsdesigns ihre Berücksichtigung finden sollen. Schließlich werden die verwendeten Methoden und deren konkrete Umsetzung erläutert.

4.1 Fallstudien

Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit sind Bürgerinitiativen. Für das Untersuchungsdesign wird daher eine einzelne Bürgerinitiative als *Untersuchungseinheit* und damit gleichzeitig auch als ein *Fall* definiert.

Diese Entscheidung basiert auf den dieser Arbeit zugrunde liegenden theoretischen Ansätzen, aus denen das Erklärungsmodell abgeleitet wurde. Da Bürgerinitiativen ein Phänomen kollektiven Handelns sind, wird die Mesoebene, also die Ebene der einzelnen Organisation sowie der Verbindungen zwischen Organisationen und ihrer Umwelt, betrachtet. Sicherlich werden die einzelnen Bürgerinitiativen in einem erheblichen Maß von den einzelnen Kernaktivistinnen und -aktivisten mit ihren persönlichen Erfahrungen, Fähigkeiten, Talenten und Persönlichkeiten maßgeblich geprägt (wie der Forschungsstand zu Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen verdeutlicht hat). Allerdings treffen in den Initiativen unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen aufeinander. Bürgerinitiativen sind deshalb vor allem Gruppen von Menschen, die gemeinsame Ziele definieren und gemeinsam handeln. Einzelne Mitglieder treten im Namen ihrer Organisation auf und vertreten diese in der Öffentlichkeit.

Damit kommt zu Ausdruck, dass eine Bürgerinitiative als Untersuchungseinheit eine Binnendifferenzierung aufweist. Diese umfasst vor allem die in der Bürgerinitiative engagierten *Mitglieder*, die sich häufig in einen Kern und eine Peripherie aufteilen. Im Laufe der Zeit produzieren die Bürgerinitiativen eine Reihe von *Artefakten*. Dazu zählen beispielsweise Flugblätter, Pressemitteilungen, Plakate, aber auch Websites. Nach außen hin lässt sich eine Bürgerinitiative von ihrer *Umwelt*, zumindest formal, abgrenzen. Empirisch ist diese Grenzziehung nicht immer eindeutig möglich: Da der

Mitgliedsstatus in vielen Fällen nicht formalisiert wurde, wird eine exakte Bestimmung der Mitglieder schwierig. Einige Mitglieder könnten auch in mehreren Bürgerinitiativen tätig sein. Darüber hinaus bestehen durchaus intensive Kontakte sowie Bündnisse zwischen verschiedenen Bürgerinitiativen. Diese finden ihren Ausdruck zum Beispiel in gemeinsamen Aktionen, Flugblättern, Pressemitteilungen, Plakaten sowie Websites.

Diese Aspekte (Mitgliederstruktur, Artefakte, Abgrenzungen zur Umwelt) gilt es bei der Entwicklung eines Untersuchungsdesigns zur Erforschung von Bürgerinitiativen zu berücksichtigen. Zunächst erscheint die Wahl der *Fallstudie* besonders geeignet, um der Binnendifferenzierung von Bürgerinitiativen gerecht zu werden. Fallstudien finden ihre Anwendung in der Politikwissenschaft, in Organisations- und Managementstudien, aber auch in Regional- und Stadtplanungsstudien (Yin, 1994, S. 13). Ganz allgemein können Fallstudien als „empirische Untersuchungen verstanden werden, die ein realweltliches Phänomen in dessen lebensweltlichen Kontext untersuchen, vor allem wenn die Grenzziehung zwischen dem Phänomen und dessen Kontext nicht eindeutig ist und vielfältige Beweisquellen genutzt werden“ (Yin, 1994, S. 23). Im Folgenden sollen die Eigenschaften von Fallstudien und deren Qualitätskriterien aus der Literatur herausgearbeitet werden.

Der Anspruch von Fallstudien liegt nach Snow & Trom (2002) im Bereich der Forschung zu sozialen Bewegungen darin, eine detaillierte, dichte und holistische Rekonstruktion des Falles (hier: einer Bürgerinitiative) anzustreben. In diesem Sinn können Fallstudien als eine Forschungsstrategie verstanden werden, die einen umfassenden Einblick in ein soziales Phänomen mit Hilfe der Kombination verschiedener empirischer Methoden anstrebt (Snow & Trom, 2002, S. 151f.). Dabei bieten sich vorrangig, aber nicht ausschließlich, qualitative Untersuchungsmethoden an (vgl. Snow & Trom, 2002, S. 151f.).

Der theoretische Ausgangspunkt dieser Arbeit liegt in der Annahme, dass die Ressourcenausstattung, die kollektiven Frames sowie die Einschätzung der Gelegenheitsstrukturen das Protestrepertoire einer Bürgerinitiative prägen. Dieser Annahme liegt ein Kausalmodell zugrunde. Im Rahmen einer qualitativen Untersuchung einzelner Bürgerinitiativen können Ursache und Wirkung allerdings nicht über statistische Verfahren miteinander in Zusammenhang gebracht werden. Im Rahmen einer explorativen qualitativen Untersuchung kann die Kausalität jedoch in Form kollektiver Deutungsprozesse rekonstruiert werden. Der *Kausalmechanismus* wird daher als „sozialer Prozess“ verstanden, der im Handeln der Menschen und in ihren Interaktionen zum Ausdruck kommt (Gläser & Laudel, 2009, S. 69). Generell wird, wie es das der qualitativen Sozialforschung zugrunde liegende interpretative Paradigma vorgibt,

davon ausgegangen, dass soziales Handeln – gerade auch von Gruppen – auf Basis subjektiver und kollektiver Deutungsmuster erfolgt, die in einem hohem Maß durch die Lebenswelt (*Kontext*) geprägt werden. Dies wird auf der einen Seite bewusste und reflexive Deutungsprozesse umfassen, auf der anderen Seite aber auch Handlungen, die aus dem Common Sense der Lebenswelt heraus entwickelt wurden und für die handelnden Akteure keiner größeren Begründung bedürfen. Die in einer Fallstudie zur Anwendung kommenden Methoden müssen daher die Rekonstruktion von *Deutungen in ihrem Kontext* ermöglichen. Bestenfalls sollten Entscheidungen für oder gegen bestimmte Protestformen und deren Begründungen rekonstruiert werden.

Um Deutungen in ihrem Kontext zu rekonstruieren, sollte das Untersuchungsdesign *offen und flexibel* sein. Offenheit und Flexibilität ermöglichen es, vorher nicht bekannte Eigenheiten des Feldes sowie etwaige Dynamiken und Entwicklungen im Verlauf der Untersuchung mit berücksichtigen zu können. Damit sind die generellen Ansprüche für qualitative Fallstudien vorgestellt: Fallstudien sind *theorie- und empiriegeleitet*, sie streben eine *Rekonstruktion* kollektiver Deutungsprozesse an und sie ermöglichen den Forschenden offen und flexibel auf den Untersuchungsgegenstand einzugehen.

Die Ergebnisse einer solchen vertieften Einzelfallstudie helfen zwar, die Deutungsprozesse dieses Einzelfalls zu verstehen. Der Anspruch sozialwissenschaftlicher Forschung liegt jedoch darin, über den Einzelfall oder die Einzelbeobachtung hinauszugehen und Rückschlüsse auf die allgemeine Beschaffenheit sozialer Phänomene zu ziehen (King, Keohane & Verba, 1994, S. 8). Damit ist das Problem der *Generalisierbarkeit* von Forschungsergebnissen aus qualitativen Untersuchungen angesprochen. Es ist offensichtlich, dass eine Generalisierung mit einem qualitativen Design nicht möglich ist. Jedoch muss auch bei qualitativer Forschung der Anspruch einer gewissen Generalisierung nicht vollständig verworfen werden:

Im Rahmen der Entwicklung des Untersuchungsdesigns können Vergleichskriterien abgeleitet werden. So eröffnet die Untersuchung mehrerer Einzelfälle ganz grundlegend *Vergleichsmöglichkeiten*. Mit Hilfe mehrerer Einzelfälle lassen sich zwar keine allgemeingültigen Aussagen über die Verteilung auf die Gesamtheit aller Bürgerinitiativen ableiten. Allerdings können *typische Muster* rekonstruiert werden (Helfferich, 2005, S. 153). Eine begrenzte Generalisierbarkeit ist durch die Vergleiche innerhalb eines in sachlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht abgegrenzten Feldes durchaus möglich (vgl. Lueger, 2000, S. 57).

Wenn qualitative Forschung diesem Anspruch gerecht werden will, muss dieser bereits bei der Fallauswahl berücksichtigt werden. Sowohl der Kern als auch die Peripherie

des Forschungsfeldes sollten in die Untersuchung einbezogen werden (Helfferich, 2005, S. 153). Die Fallauswahl sollte demnach aus typischen sowie atypischen Fällen zusammengesetzt sein (Helfferich, 2005, S. 153f.). Ähnlich argumentieren auch Snow & Trom (2002), die kritisieren, dass bei vielen Fallstudien kaum Auskunft über die Fallauswahl gegeben wird (Snow & Trom, 2002, S. 158). Ein Anspruch qualitativer Fallstudien sollte darin liegen, genaue Aussagen über die Auswahl der Fälle zu treffen, um den Geltungsanspruch und die Leistung einer einzelnen Studie einschätzen zu können (Snow & Trom, 2002, S. 160).

Wie diese Ansprüche im Hinblick auf die Auswahl des Untersuchungsfeldes sowie der einzelnen Fälle konkret umgesetzt wurden und wie sich das Untersuchungsdesign zusammensetzt, wird in den beiden folgenden Kapiteln vorgestellt.

4.2 Auswahl des Untersuchungsfeldes

Für die folgende Untersuchung wurde die Entscheidung getroffen, sich auf ein einzelnes Themenfeld der Arbeit von Bürgerinitiativen zu konzentrieren, das heißt eine Auswahl in *sachlicher* (thematischer) Hinsicht zu treffen. Da der Anspruch der Studie darin liegt, die Einzelfälle möglichst in ihrer Tiefe zu verstehen, erscheint eine Konzentration auf die Spezifika eines Themenfeldes aus forschungsökonomischen Gründen geboten: Beachtet werden sollte, dass eine intensive Beschäftigung mit dem jeweiligen Themenfeld notwendig ist, um die Deutungsmuster der im Untersuchungsfeld Beteiligten verstehend nachvollziehen zu können. Das bedeutet auch, sich mit der Geschichte eines Konflikts zu beschäftigen, die relevanten Akteure und deren Argumentationslinien (Framing) sowie den jeweiligen politischen und medialen Kontext (Gelegenheitsstrukturen) zu kennen.

Im Hinblick auf die *zeitliche* Dimension des Protests erscheint eine an der Gegenwart orientierte Forschung für die Beantwortung der Forschungsfrage am besten geeignet. Zwar können auch Proteste der näheren Vergangenheit rekonstruiert werden, indem die verschiedenen Materialien der Bürgerinitiativen und die Berichterstattung in den Tageszeitungen herangezogen werden. Darüber hinaus lassen sich sehr wahrscheinlich auch ehemalige Mitglieder identifizieren und befragen. Allerdings kann mit einem solchen Vorgehen nicht mehr nachvollzogen werden, wie Deutungen entstehen und sich entfalten. Darüber hinaus ist der Forschende auf die selektiven Erinnerungsleistungen der Befragten angewiesen. Schließlich werden die Materialien der Bürgerinitiativen vielfach nicht mehr vorhanden sein, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass diese archiviert wurden. Alle diese Gründe sprechen, zumindest für diese Arbeit, für eine Auswahl noch aktiver Bürgerinitiativen.

Die Wahl des konkreten Untersuchungsfeldes und der Bürgerinitiativen erfolgte in Abstimmung mit der Vorbereitung und Durchführung des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojektes „Kommunikationsstrategien lokaler Umweltinitiativen“. Dafür wurden zunächst für eine Region (Bundesland Thüringen) Konfliktthemen identifiziert, die entweder bereits zu Protesten geführt hatten oder zumindest von der Bevölkerung, der Kommunalpolitik oder von anderen Akteuren problematisiert wurden. Der Schwerpunkt der Recherche lag hierbei bei der Auswahl von Themen im Bereich von Umwelt und Natur. Dazu wurde die Berichterstattung zweier Thüringer Tageszeitungen (dem Freien Wort und der Thüringer Allgemeine) über den Zeitraum vom 15.10.2010 bis zum 31.03.2011 verfolgt. In insgesamt 284 Artikeln wurden Konfliktbereiche thematisiert. Dazu zählten nationale umweltpolitische Konflikte (z.B. lokale Demonstrationen gegen *Atomenergie* und *Castor-Transporte*). Darüber hinaus konnten eine Reihe von Problemen im Bereich *Umwelt- und Naturschutz* identifiziert werden (zum Beispiel die Erweiterung eines Biosphärenreservates, die Planung von Windparks, die Umweltverschmutzung durch den Kali-Bergbau). Der sichtbarste Konflikt entzündete sich jedoch um die Planungen für den Bau einer 380kV-Höchstspannungsleitung durch Thüringen („Südwest-Kuppelleitung“). Insgesamt 84 der 284 analysierten Artikel nahmen sich dieses Konfliktfeldes an. Aus der Berichterstattung wurde deutlich, dass Bürgerinitiativen als konfliktbeteiligte Akteure in diesem Konfliktfeld aktiv waren.

Da der Netzausbau im Rahmen der Energiewende ein besonders relevantes Konfliktfeld ist, wurde die Entscheidung getroffen die „Konflikte um den Ausbau von Höchstspannungsleitungen“ als Themenfeld für die empirische Forschung zu wählen. Für die Wahl sprach auch, dass das Thema einen überlokalen und überregionalen Charakter aufweist und sich solche und ähnliche Konflikte auch in anderen Bundesländern leichter identifizieren lassen als rein lokale Konflikte im Bereich der Umwelt (wie beispielsweise Proteste gegen die Errichtung von Windparks).

Im Kapitel 2.2 wurde festgehalten, dass sich die Gelegenheitsstrukturen zwischen den einzelnen Bundesländern in der Bundesrepublik voneinander unterscheiden. Nicht zuletzt unterscheiden sich auch die Muster der politischen Sozialisation der Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland. Um der Unterschiedlichkeit verschiedener Gelegenheitsstrukturen Rechnung zu tragen, wurde entschieden, neben den Protesten gegen die Höchstspannungsleitung in Thüringen ein zweites Leitungsprojekt in die Untersuchung einzubeziehen. Dieses sollte in den alten Bundesländern lokalisiert sein. Die Wahl fiel auf das Leitungsprojekt „Wahle-Mecklar“. Nach einer intensiven Beschäftigung mit den beiden konkreten Konfliktfeldern im Rahmen umfangreicher

Orientierungsphasen erfolgte die Auswahl der Bürgerinitiativen für die Durchführung der Fallstudien.

4.3 Untersuchungsdesign

Bereits beim Lesen der Zeitungsartikel zum Konfliktfeld „Südwest-Kuppelleitung“ wurde deutlich, dass für das Verständnis des Konfliktes ein vertieftes Kontextwissen unerlässlich ist. Dem Forschenden müssen die relevanten Akteure sowie auch die Entscheidungsprozesse bekannt sein. Dieser Kontext konstituiert in einem entscheidenden Maß, welche Handlungsoptionen die Bürgerinitiativen haben. Aus diesen Gründen wurde zunächst, wie in der Methodenliteratur empfohlen, das Untersuchungsdesign in eine intensive Planungs- und Orientierungsphase und in eine Hauptforschungsphase aufgeteilt (Lueger, 2000), in der die jeweiligen Fallstudien durchgeführt wurden. Beide Elemente des Untersuchungsdesigns stehen in einem engen Zusammenhang und werden nun vorgestellt. Zuerst werden die Informationen zu den Orientierungsphasen sowie zur Fallauswahl gegeben. Im Anschluss daran werden die Methoden vorgestellt, die im Rahmen der Fallstudien zum Einsatz kamen.

4.3.1 Orientierungsphasen und Fallauswahl

Die empirische Forschung dieser Arbeit begann in den beiden ersten Quartalen des Jahres 2011 mit einer ersten Orientierungsphase, um das Konfliktfeld „Südwest-Kuppelleitung“ in Thüringen kennen zu lernen. Diese Orientierung gliederte sich in zwei voneinander nicht vollkommen trennbare, jedoch zunächst einmal separate Teilaufgaben. Die erste Aufgabe umfasste die *Einarbeitung in das Konfliktfeld*: Sowohl die relevanten Personen und Akteure als auch die politisch-administrativen Prozesse waren dem Forschenden zu Beginn der Untersuchung nicht bekannt. Schrittweise wurde eine Sammlung von verfügbaren Dokumenten zum Konfliktfeld zusammengestellt, mit deren Hilfe das notwendige Hintergrundwissen erschlossen werden sollte.

Darüber hinaus erfolgte eine Dokumentation und Analyse des lokalen sowie des sozialen Umfeldes des Untersuchungsgegenstandes (vgl. Lueger, 2000, S. 64). Dies geschah mit Hilfe einer *fotografischen Dokumentation* von sichtbaren Zeichen des Protests im geplanten Verlauf der Trasse (April und Juli 2011). Auch eine gemeinsame Demonstration der Bürgerinitiativen gegen das Leitungsprojekt wurde beobachtet und umfassend dokumentiert (Beobachtungsprotokoll und fotografische Dokumentation). Zusätzlich wurde im Sommer 2011 ein umfangreiches exploratives Interview mit einem Vertreter der Unternehmenskommunikation des Unternehmens geführt, das die Höchstspannungstrasse plante (50Hertz). Gleichzeitig wurden weiterhin alle Artikel

zum Thema „Südwest-Kuppelleitung“, die in den beiden bereits genannten regionalen Tageszeitungen veröffentlicht wurden, gesammelt.

Mittels dieser Informationen entstand eine „Karte“ des Konfliktfeldes: Die relevanten Akteure und ihre Positionen ließen sich bestimmen, der politische Hintergrund erkennen, die grundlegenden Argumentationen wurden zunehmend deutlich. Damit lieferte diese erste Orientierung auch die Grundlage für die Auswahl der Bürgerinitiativen für die Fallstudien im Konfliktfeld „Südwest-Kuppelleitung“.

Die Ergebnisse der Orientierung zeigten, dass entlang des geplanten Leitungsverlaufs zunächst zwölf Bürgerinitiativen aktiv waren. Davon waren die meisten Bürgerinitiativen in Thüringen lokalisierbar. Da die geplante Leitung jedoch über die südliche Landesgrenze hinaus geplant wurde, war auch eine weitere Bürgerinitiative im benachbarten Freistaat Bayern aktiv. Alle zwölf Bürgerinitiativen hatten einen gemeinsamen überregionalen Zusammenschluss in Form eines Dachverbandes gebildet (Interessengemeinschaft Achtung Hochspannung).

Da im Rahmen der qualitativen Fallstudien ein offener und flexibler Untersuchungsprozess realisiert werden sollte und die parallele Durchführung von mehr als zwei Fallstudien forschungsökonomisch nicht geboten schien, wurden zunächst zwei Bürgerinitiativen ausgewählt (Fall 1 und Fall 2). Die Bürgerinitiative Schalkau (Fall 1) wurde gewählt, da diese zunächst einen eigenen Weg gegangen war und sich entschieden hatte, nicht mit den anderen Bürgerinitiativen zu kooperieren. Die Bürgerinitiative Bockstadt/Herbartswind (Fall 2) wurde gewählt, da diese in direkter Nachbarschaft der Bürgerinitiative 1 angesiedelt war, im Gegensatz zur Bürgerinitiative 1 jedoch vornehmlich eine intensive Zusammenarbeit mit den anderen Bürgerinitiativen in der Region anstrebte. Darüber hinaus wurde deutlich, dass der Dachverband (Interessengemeinschaft Achtung Hochspannung) nicht lediglich einen Gesprächskreis der verschiedenen Bürgerinitiativen darstellte, sondern eine eigenständige Organisation repräsentierte. Aus diesem Grund wurde die Entscheidung getroffen, diesen Dachverband im Rahmen einer eigenständigen Fallstudie zu untersuchen (Fall 6). Gleichzeitig fand die Kontaktaufnahme mit einer weiteren Bürgerinitiative statt.

Bei der Untersuchung der ersten beiden Bürgerinitiativen wurde deutlich, dass der Umfang der Aktivitäten zwischen den Bürgerinitiativen, vor allem auch in zeitlicher Hinsicht, deutlichen Schwankungen unterlag. Dies bedeutet, dass es möglich ist, eine Bürgerinitiative entweder in einer „Hochphase“ der Aktivitäten zu untersuchen oder in einer Phase geringerer Aktivität („Latenz“). Sich bei der Fallauswahl lediglich auf Bürgerinitiativen in den Hochphasen zu konzentrieren, ist weder forschungspraktisch möglich (die Phase der Latenz hält zum Teil über mehr als ein Jahr an) noch inhaltlich

sinnvoll: Ein Ausschluss dieser „latenten“ Bürgerinitiativen würde bedeuten, eine durchaus wichtige Phase im Entwicklungsprozess einer Bürgerinitiative zu ignorieren. Die Bürgerinitiative 1 befand sich in einer Hochphase der Aktivitäten, während sich die Bürgerinitiative 2 in einer Phase geringer Aktivität befand.

Während des Untersuchungszeitraumes hatte sich im Leitungsverlauf „Südwest-Kuppelleitung“ zunächst im Sommer 2011 eine weitere Bürgerinitiative gegründet (Bürgerinitiative Katzhütte/Goldisthal). Diese Bürgerinitiative wurde als Fall 3 in die Fallauswahl einbezogen und befand sich im Untersuchungszeitraum (2012) in einer Hochphase ihrer Aktivitäten. Anfang 2013 wiederum gründete sich noch eine weitere Bürgerinitiative (Bürgerinitiative Rödental/Froschgrund). Die Bürgerinitiative war nicht in Thüringen beheimatet, sondern in jenem Gebiet im benachbarten Bayern, in dem sich die Planungen für die „Südwest-Kuppelleitung“ fortsetzten. Auch diese Bürgerinitiative war während des Untersuchungszeitraums (2013) in einer Hochphase ihrer Aktivitäten. Damit wurde bei der Fallauswahl ein breites Spektrum der Bürgerinitiativen im Leitungsprojekt „Südwest-Kuppelleitung“ berücksichtigt: (1) Eine Bürgerinitiative, die zunächst einen Sonderweg verfolgt hatte, (2) Bürgerinitiativen in einer Hochphase und Bürgerinitiativen in einer Phase weniger Aktivitäten, (3) Neugründungen und bereits länger aktive Bürgerinitiativen und schließlich konnte mit (4) der Auswahl des „Dachverbands“ eine Form der überregionalen *Zusammenschlüsse* (Rucht, 1982, S. 231) von Bürgerinitiativen in die Untersuchung mit aufgenommen werden.

Im Untersuchungszeitraum wurde für einen Abschnitt der Leitung das Baurecht erteilt. Die Bauarbeiten an diesem Abschnitt begannen im Jahr 2013. Mit der Bürgerinitiative 5 (Bürgerinitiative Ilmtal 2) wurde schließlich noch dieser „Extremfall“ berücksichtigt: Wie reagiert eine Bürgerinitiative auf diese Nachricht? Im Fall von Stuttgart 21, aber auch bei den Protesten um die Erweiterungen von Flughäfen, kam es mit dem Beginn der Bauarbeiten zu vermehrten Protesten. War dies auch hier der Fall?

Im ersten Quartal des Jahres 2013 begann die Orientierungsphase für das zweite untersuchte Leitungsprojekt „Wahle-Mecklar“. Auch wenn kein systematischer Vergleich zwischen ostdeutschen und westdeutschen Bürgerinitiativen erfolgen kann – dazu ist die Anzahl der Fälle zu gering – kann die Untersuchung eines anderen Trassenprojekts zeigen, inwiefern sich die Einschätzungen und Repertoires der Bürgerinitiativen in einer anderen Akteurskonstellation, einem anderen Konfliktverlauf und einem anderen politischen sowie medialen Umfeld (Gelegenheitsstrukturen) unterscheiden. Das Projekt „Wahle-Mecklar“ erstreckte sich von Niedersachsen bis nach Hessen. Die Bürgerinitiative 7 (Bürgerinitiative Südkreis) befand sich in einer Hochphase ihrer Aktivitäten und hatte ihren Sitz im südlichen Niedersachsen. Die Bürgerinitiative 8

(Bürgerinitiative „380-kV-Werra-Meißner“) wiederum befand sich in einer Phase der Latenz und war in Hessen angesiedelt. Auch formal unterschieden sich beide Bürgerinitiativen voneinander: So beanspruchte die Bürgerinitiative 8 einen gesamten Landkreis zu vertreten. Damit stellte diese Bürgerinitiative wiederum einen Sonderfall im Vergleich mit allen anderen untersuchten Bürgerinitiativen dar.

Es wurde versucht auch im Bereich Wahle-Mecklar eine Neugründung in die Fallauswahl aufzunehmen. Tatsächlich hatte sich Anfang 2013 eine Bürgerinitiative in der Nähe von Göttingen gegründet. Erste Forschungsaktivitäten hatten bereits begonnen (Materialsammlung, Kontaktierung der Mitglieder, Verfolgen der Presseberichterstattung). Allerdings hatte sich diese Bürgerinitiative schon im Verlauf des Frühjahrs wieder aufgelöst. Insgesamt wurden acht Fallstudien durchgeführt. Eine detaillierte Übersicht über die einzelnen Fallstudien findet sich in der Tabelle 11. Die folgende Tabelle 8 gibt einen Überblick über die Fallauswahl.

Tabelle 8: *Fallauswahl*

| Südwest-Kuppelleitung | Wahle-Mecklar |
|---|--|
| <p>Thüringen</p> <p>Bürgerinitiative 1 (Bürgerinitiative Schalkau)</p> <p>Bürgerinitiative 2 (Bürgerinitiative Bockstadt/Herbartswind)</p> <p>Bürgerinitiative 3 (Bürgerinitiative Katzhütte/Goldisthal)</p> <p>Bürgerinitiative 5 (Bürgerinitiative Ilmtal 2)</p> <p>Bayern</p> <p>Bürgerinitiative 4 (Bürgerinitiative Rödental/Froschgrund)</p> <p>Thüringen/Bayern</p> <p>Bürgerinitiative 6 (Interessengemeinschaft Achtung Hochspannung)</p> | <p>Niedersachsen</p> <p>Bürgerinitiative 7 (Bürgerinitiative Südkreis)</p> <p>Hessen</p> <p>Bürgerinitiative 8 (Bürgerinitiative 380-kV-Werra-Meißner)</p> |

Mit der Auswahl der Fälle begann die Arbeit an der zweiten Teilaufgabe der Orientierungsphase, die *Einstiegsanalyse*. Das Ziel dieser Einstiegsanalyse liegt darin, die methodischen Zugangsweisen im Hinblick auf einen „maximalen Spielraum“ zu explorieren, um „möglichst wenige Forschungsoptionen zu zerstören“ (Lueger, 2000, S. 58). In diesem Sinn wird der Zugang zum Feld ausgehandelt: Der Forschende wird dazu „gezwungen“ auch über sich selbst Auskunft zu geben und das Forschungsinteresse plausibel zu begründen (Lindlof, 1995, S. 110; Lueger, 2000, S. 59). Insbesondere der Zugang zu Protestakteuren kann hierbei eine Herausforderung darstellen (Rucht, 1995).

Das Gefühl „ausgeforscht“ zu werden, bestimmte Interessen zu vertreten (also parteiisch zu sein) sowie (Vor-)Erfahrungen mit anderen Forschenden beeinflussen den Zugang zum Feld.

Der erste Zugang zu den Bürgerinitiativen wurde, wenn möglich, telefonisch hergestellt. War keine Telefonnummer ermittelbar, wurde eine E-Mail geschrieben. In den Telefonaten und in separaten Vorab-Terminen wurde den Mitgliedern der Bürgerinitiativen das Ziel der Forschung vorgestellt. Es wurde ihnen erläutert, aus welchen Bestandteilen sich eine Fallstudie zusammensetzt. Insgesamt wurde von Seiten der Bürgerinitiativen Unterstützung entgegengebracht. Die Informationen zum Forschungsprojekt wurden in einem Handzettel zusammengefasst. Dieser Handzettel wurde den Beteiligten persönlich übergeben und teilweise auch zusätzlich per E-Mail verschickt.

Bei der Durchführung der ersten Fallstudien wurde deutlich, dass die Orientierungsphase nicht mit einer erfolgreichen Einstiegsanalyse abgeschlossen war. In den Fallstudien wurden weitere Akteure genannt, die im Vorfeld noch nicht aufgetaucht waren (z.B. Deutsche Umwelthilfe). Vor allem wurde deutlich, dass eine Auseinandersetzung mit den gesetzlichen Grundlagen zur Planung und Genehmigung von Höchstspannungsleitungen sowie Fragen nach der Notwendigkeit der Trassen eine zentrale Rolle für die Bürgerinitiativen spielten.

Die Planungsgesetze schaffen eine spezifische Gelegenheitsstruktur für die Bürgerinitiativen. Der Diskurs um die Notwendigkeit und um mögliche Alternativen für die Leitungen war darüber hinaus ein wichtiger Bestandteil der kollektiven Rahmen der Bürgerinitiativen. Um die Aussagen der Akteure angemessen verstehen und einordnen zu können, ist daher eine genauere Kenntnis des *politischen Rahmens*, in dem sich der Netzausbau bewegt, sowie des *Diskurses über die Notwendigkeit des Netzausbaus* sowie der Alternativen zum Netzausbau unerlässlich. Nicht zuletzt kann die Wahl der Protestmittel ohne detaillierte Kenntnisse der verschiedenen Formen und Stufen der Planungs- und Genehmigungsverfahren nicht angemessen eingeordnet werden. Daher wurde entschieden, die Orientierung als wichtigen Bestandteil des Untersuchungsdesigns über den gesamten Analysezeitraum hinweg zu verankern. Dieses Vorgehen erschien auch im Hinblick auf die dynamische Entwicklung des Themenfeldes Netzausbau geboten, da während des Untersuchungszeitraumes eine Reihe von Veränderungen im politisch-regulatorischen Rahmen auftraten (z.B. die Verabschiedung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes).

In der folgenden Tabelle 9 sind beispielhaft die Dokumente und Aktivitäten der Orientierungsphasen aufgelistet. Die gesammelten Dokumente strukturieren sich in

verschiedene Quellen. Zum einen handelt es sich um die *gesetzlichen Grundlagen*, die den Netzausbau sowie dessen Notwendigkeit betreffen und die jeweiligen Gesetze zur Planung und Genehmigung der einzelnen Infrastrukturprojekte. Die zweite Dokumentart umfasst *Unterlagen der verschiedenen Verfahren* (z.B. Entscheidungen der Landesplanungsbehörden, ob eine Trasse gebaut werden kann). Eine weitere Quelle sind *Studien*, die zur Ermittlung des Bedarfes des Netzausbaus durchgeführt wurden. Auch bevölkerungsrepräsentative Umfragen zur Akzeptanz des Netzausbaus im jeweiligen Konfliktfeld wurden gesucht. Nicht zuletzt wurden auch alle Zeitungsartikel über das Projekt Südwest-Kuppelleitung im Zeitraum 2011-2013 gesammelt und im Rahmen eines groben Kategoriensystems systematisch erfasst. Für das Verständnis des Projekts Wahle-Mecklar wurden Zeitungsartikel von zwei regionalen Tageszeitungen (Hildesheimer Allgemeine und Hessisch-Niedersächsische Allgemeine) gelesen. Darüber hinaus fand eine Reihe eigener *Forschungsaktivitäten* statt. Zu nennen sind die Anfertigung einer fotografischen Dokumentation, die Beobachtung der Demonstration sowie das explorative Interview mit dem Vertreter des Netzbetreibers. Alle diese Quellen wurden für die Kontextualisierung der Ergebnisse der Fallstudien benötigt.

Tabelle 9: *Auszug aus den berücksichtigten Quellen für die Orientierungsphasen*

| Dimension | Datenquellen |
|-------------------------------|---|
| Gesetzliche Grundlagen | Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) Energieleitungsbeschleunigungsgesetz (EnLAG) Raumordnungsgesetz (ROG) |
| Verfahrensunterlagen | Raumordnungsbeschlüsse, Planfeststellungsbeschlüsse Informationen der Landesplanungsbehörden |
| Studien | Studien Dena I+II Gutachten Jarass Arlt & Wolling (2011) Schweizer-Ries, Rau & Zoellner (2010) |
| Stellungnahmen | Plan N, Plan N 2.0 (Deutsche Umwelthilfe) |
| Forschungsaktivitäten | Exploratives Interview mit einem Vertreter des Netzbetreibers Fotografische Dokumentation von sichtbarem Widerstand im öffentlichen Raum Beobachtung gemeinsamer Demonstration der Bürgerinitiativen Besuch verschiedener Veranstaltungen Sammlung von Zeitungsartikeln |

Diese umfassende Orientierung ist eine Voraussetzung für die Sicherstellung der *Reflexivität des Forschungsprozesses*. Bereits während der ersten Forschungsaktivitäten wurde deutlich, dass es notwendig ist, sich im Forschungsprozess darüber bewusst zu sein, das Konfliktfeld nicht aus der Sicht der beteiligten Protestakteure zu betrachten, sondern die Deutungsstrukturen der Beteiligten herauszuarbeiten. Das ist nur möglich, wenn auch andere Aussagen als die der Bürgerinitiativen herangezogen werden können.

Bei politischen Konflikten, wie dem Netzausbau, besteht darüber hinaus die Möglichkeit, dass die politischen Normen des Forschenden selbst unreflektiert in den Forschungsprozess eingehen: Zu nennen sind hier insbesondere die persönliche Einstellung des Forschenden zum Netzausbau sowie die grundlegenden Einstellungen gegenüber den Bürgerinitiativen. Neben den politischen Normen prägt die wissenschaftliche Sozialisation des Forschenden den Blick auf das Feld. Gerade im untersuchten Bereich der Kommunikation von Bürgerinitiativen betritt ein „Experte“ in Bezug auf das Forschungsfeld der politischen Kommunikation mit seinen eigenen theoretischen Präferenzen sowie empirischen Kenntnissen das Untersuchungsfeld. Vor dem Hintergrund einer solchen Expertise könnten die Definitionen und Einschätzungen der Mitglieder der Bürgerinitiativen durchaus als ungenau und vielleicht sogar als fehlerhaft bewertet werden. Reflexivität bedeutet daher auch, sich der eigenen Positionen während des gesamten Forschungsprozesses bewusst zu sein.

Eine weitere Dimension der Reflexivität betrifft die Frage nach *der eigenen Rolle im Feld*. Mit dem Eintritt in das Forschungsfeld ändert man dieses Forschungsfeld (Breuer, 2003). Auch wenn man als Forschender selbst keine Intervention anstrebt, wird man dazu herausgefordert, kritisch zu hinterfragen, wie viel Einfluss man auf das Feld nehmen möchte: Sollte man Informationen an die Bürgerinitiativen weitergeben? Sollte man die Konfliktbeteiligten beraten und ihnen Vorschläge unterbreiten? Wie reagiert man auf den Wunsch der Bürgerinitiativen, vom Forschenden zu erfahren, wie sie ihre Kommunikation verbessern könnten? Im Rahmen dieser Arbeit wurde die Entscheidung getroffen, während der Feldforschung so wenig Einfluss wie möglich zu nehmen. Dies wurde den Beteiligten schon in den Vorgesprächen kommuniziert. Gleichzeitig wurde allen Beteiligten signalisiert, dass ihnen nach Abschluss der Studie auf Wunsch die Untersuchungsergebnisse vorgestellt und die Fragen beantwortet werden würden.

4.3.2 Untersuchungsmethoden für die Fallstudien

Die Untersuchungseinheit „Bürgerinitiative“ setzt sich aus ihren *Mitgliedern* und deren *Interaktionen* sowie den *Artefakten*, die sie produzieren, zusammen. In der direkten Umwelt der Bürgerinitiativen befinden sich weitere Individuen und Akteure (z.B. Unterstützer und Kooperationspartner). Bei der Auswahl der Methoden für die einzelnen Fallstudien wurde der Schwerpunkt auf die Mitglieder gelegt. Darüber hinaus wurden auch die Artefakte sowie die Interaktionen in die Untersuchung einbezogen. Über die Orientierungsphasen wurde die Umwelt der untersuchten Bürgerinitiativen berücksichtigt.

Qualitative Fallstudien ermöglichen Offenheit und Flexibilität während des gesamten Forschungsprozesses: in zeitlicher und in methodischer Hinsicht. Nicht jede Fallstudie muss daher den anderen Fallstudien gleichen. In der Forschungspraxis könnte ein solcher Anspruch auch gar nicht eingelöst werden, da sich die Fälle zum Teil deutlich voneinander unterscheiden können.

Den Kern einer jeden Fallstudie, und damit die *Regelquelle*, stellten leitfadengestützte Interviews mit den Kernaktivistinnen und Kernaktivisten der jeweiligen Bürgerinitiative dar. In Ergänzung wurde eine Sammlung von Artefakten (*Dokumentensammlung*) der Bürgerinitiative durchgeführt. Dabei lag der Schwerpunkt insbesondere auf der Dokumentation von Elementen der Protestrepertoires (z.B. Fotografien von Demonstrationen, Plakate, Flyer, Informationsstände und Pressemitteilungen). Wenn möglich, wurden Mitgliederversammlungen der Bürgerinitiativen *beobachtet*. Ergänzend wurde in einigen Fällen eine schriftliche Befragung der Mitglieder durchgeführt. In der Tabelle 10 werden die zur Anwendung gekommenen Methoden den theoretischen Dimensionen, die mit Hilfe dieser Methoden empirisch erfasst werden sollten, gegenübergestellt.

Tabelle 10: *Methodenauswahl der Fallstudien*

| Methode | Datenquelle | Erhobene Dimensionen |
|---------------------------|---|--|
| Leifadeninterviews | Kernaktivistinnen- und Kernaktivisten | Ressourcenmobilisierung Framing und Identität Gelegenheitsstrukturen Repertoire |
| Dokumentensammlung | Artefakte der Bürgerinitiative, fotografische Dokumentation durch Forschenden | Framing und Identität Repertoire |
| Beobachtungen | Veranstaltungen der Bürgerinitiative | Ressourcenmobilisierung Framing und Identität Gelegenheitsstrukturen Repertoire |

Die Tabelle 11 gibt einen detaillierten Einblick in die Forschungsaktivitäten je Fallstudie. Im Folgenden werden die einzelnen Methoden und das Vorgehen bei der Datenerhebung näher vorgestellt.

Tabelle 11: *Überblick über die Fallstudien*

| Bürgerinitiative | „Südwest-Kuppelleitung“ | | | | | | „Wahle-Mecklar“ | |
|---|-------------------------|---------------|------|------|-------|----------------|-----------------|---------------|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| Alter der Initiative | alt | alt | neu | neu | alt | alt | alt | alt |
| Räumliche Dimension | TH | TH | TH | BA | TH | TH/BA | NS | HS |
| Phase der Aktivität | + | - | + | + | - | + | + | - |
| Untersuchungszeitraum | 2011/ 2012 | 2011/ 2012 | 2012 | 2013 | 2013 | 2011 - 2013 | 2013 | 2013/ 2014 |
| Leitfadengestützte Interviews | N=4 | N=6 | N=2 | N=2* | N=2** | N=4 | N=5 | N=1** |
| Dokumentensammlung | ✓ | ✓ | ✓ | ✓ | - | ✓ | ✓ | ✓ |
| Beobachtungen von Mitgliederversammlungen bzw. Protestereignissen | - | - | ✓ | - | - | ✓ | ✓ | ✓ |

Anmerkung: TH=Thüringen, BA=Bayern, NS=Niedersachsen, HS=Hessen; *plus ein Gruppeninterview mit drei Kernaktivisten der Initiative; **BI im Auflösungsprozess; „+“=Phase intensiver BI-Aktivität; „-“=Phase geringer BI-Aktivität

4.3.2.1 Leitfadengestützte Interviews

Im Forschungsüberblick zu den Bürgerinitiativen wurde bereits festgehalten, dass die Aktivitäten der Bürgerinitiativen vor allem von den Kernaktivistinnen und Kernaktivisten getragen werden. Aus diesem Grund sind diese Personen die zentralen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, da sie in entscheidendem Maß das Leben einer Bürgerinitiative prägen.

Die Wahl für die Methode der Leitfadeninterviews lag nahe, damit den Gesprächen eine durch das Forschungsinteresse geleitete Strukturierung gegeben werden konnte. Gleichzeitig ermöglichen Leitfadeninterviews eine offene und flexible Gesprächsführung. Mittels Leitfadeninterviews wird generell die Perspektive der Befragten selbst erhoben (Blee & Taylor, 2002, S. 92). Die Interviewten drücken ihre Ideen, Gedanken und Erinnerungen mit ihren eigenen Worten aus (Blee & Taylor, 2002, S. 93). Die Vorteile der Leitfadeninterviews liegen demnach darin, das Wissen, die Visionen und Hoffnungen, die Vorstellungen und die Erwartungen der BI-Mitglieder erheben zu können (Blee & Taylor, 2002, S. 95). Zusätzlich erlaubt das qualitative Interview eine gemeinsame Verständigung zwischen dem Interviewten und dem Interviewer, d.h. der Interviewer kann Nachfragen stellen (vgl. Hopf, 1982, S. 310).

Die Kernmitglieder der Bürgerinitiativen können als Experten für den Bereich ihres Engagements bezeichnet werden. Dieses Verständnis von Expertise bedeutet nicht, dass diese als professionelle Expertinnen und Experten Aussagen über den Bereich des Bürgerengagements im Allgemeinen und über die Bürgerinitiativen im Besonderen geben. Vielmehr bezieht sich ihre Expertise auf das im konkreten Engagement erworbene Wissen und die daraus resultierenden Deutungen.

Im Allgemeinen setzt sich Expertenwissen aus den folgenden drei unterschiedlichen Dimensionen zusammen (Bogner & Menz, 2005, S. 43f.):

- Technisches Wissen: Fachwissen im engeren Sinn (Herstellbarkeit und Verfügbarkeit in Bezug auf Operationen, Regelabläufe, fachspezifische Anwendungsroutinen, bürokratische Kompetenzen). (Bogner & Menz, 2005, S. 43)
- Prozesswissen: Einsichtnahme und Informationen über Handlungsabläufe, Interaktionsroutinen, organisationale Konstellationen sowie vergangene und aktuelle Ereignisse. Der Experte ist aufgrund seiner praktischen Tätigkeit darin direkt involviert. (Bogner & Menz, 2005, S. 43)
- Deutungswissen: subjektive Relevanzen, Regeln, Sichtweisen und Interpretationen des Experten. (Bogner & Menz, 2005, S. 43)

Letztlich sind alle drei Wissensformen für die Beantwortung der Forschungsfragen relevant: Das technische Wissen bezieht sich auf die internen Abläufe innerhalb der Bürgerinitiative, aber auch darauf, welches Fachwissen im Rahmen der Arbeit in der Bürgerinitiative zur Anwendung kommt (z.B. politische Erfahrungen und andere Formen der Expertise). Das Erkenntnisinteresse liegt hierbei nicht in einer umfassenden Bestandsaufnahme dieses Wissens. Es geht darum, Auskunft darüber zu erhalten, wie die Kernmitglieder der Bürgerinitiativen ihr jeweiliges technisches Wissen einsetzen. Das Prozesswissen liefert die Informationen über die Kommunikationsstrukturen der Bürgerinitiativen, ihre informelle Strukturierung sowie ihre jeweiligen Vorgehensweisen und ihr Prozesswissen. Das Deutungswissen schließlich umfasst die jeweiligen Einschätzungen der Gelegenheitsstrukturen und die Rahmungen des Problems. Darüber hinaus liefert das Deutungswissen auch die Begründungen, warum bestimmte Mittel zum Einsatz kommen und andere nicht.

Für den Erfolg eines Leitfadeninterviews spielt es eine Rolle, inwieweit es beiden Seiten gelingt, die Gesprächssituation positiv zu gestalten. Auch wenn Experteninterviews im Gegensatz zu standardisierten Face-to-Face-Befragungen eher einem Alltagsgespräch ähneln, stellen sie dennoch keine natürliche Gesprächssituation her. Allein die Tatsache, dass Forschende einer Universität die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner für ein Interview aufsuchen, verdeutlicht die grundsätzliche Differenz. Insofern hängt das Gelingen eines Interviews auch von der Wahl eines angemessenen Interviewstils ab. Bogner und Menz (2005) arbeiten verschiedene Interviewstile heraus (Bogner & Menz, 2005, S. 62f.). Der Interviewer kann zum einen *als Experte einer anderen Wissenskultur* auftreten. Der Interviewstil ist entsprechend dialogorientiert, der Interviewer stellt viele Nachfragen und es findet ein schneller Wechsel von Fragen und Antworten statt (Bogner & Menz, 2005, S. 62). Zum anderen kann sich der *Interviewer als Laie* präsentieren. Mit Hilfe dieses Interviewstils kann das Deutungswissen gut in Erfahrung gebracht werden (Bogner & Menz, 2005, S. 62). Jedoch lässt sich im

Fall der Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern von Bürgerinitiativen ein solcher Interviewstil nicht anwenden, da dieser wenig plausibel wäre. Insofern wurde entschieden, gegenüber den Mitgliedern der Bürgerinitiative als Experte einer anderen Wissenskultur aufzutreten. Den Interviewten wurde jedoch verdeutlicht, dass diese die Expertinnen und Experten für den Bereich ihres Engagements sind.

Für die Leitfadententwicklung wurden die Erklärungsfaktoren sowie das Repertoire als zu erklärender Faktor des theoretischen Modells zunächst als thematische Fragenblöcke getrennt. Es wurden für die verschiedenen Haupt- und Unterdimensionen dieser Faktoren jeweils Leitfragen entwickelt, die möglichst allgemein waren, um die Interviewpartner nicht von vornherein durch Beispiele oder Dimensionierungen in eine bestimmte Richtung zu führen. Zusätzlich wurden Unterfragen zumeist in Form von Stichpunkten formuliert, um diese Aspekte bei Bedarf erfragen zu können.

Neben diesen aus dem theoretischen Modell abgeleiteten Dimensionen wurden zusätzlich weitere Informationen über die Gesprächspartner erfragt (Dauer der Mitgliedschaft in der Bürgerinitiative, die Tätigkeitsschwerpunkte in der Bürgerinitiative, die Gründe für das Engagement in der Bürgerinitiative). Darüber hinaus wurden weitere Deutungen der Mitglieder, die im Zusammenhang mit der Arbeit der Bürgerinitiative standen, erfragt (z.B. die Wahrnehmung von Erfolgen oder Misserfolgen, mögliche Brüche und Zäsuren im Leben der Bürgerinitiative).

Über die Anordnung der einzelnen Fragenblöcke wurde versucht, einen möglichst flüssigen Gesprächsverlauf zu ermöglichen. Dazu wurde auch ein Pretest mit einem Aktivistin durchgeführt, der sich in einem anderen Themenfeld (Menschenrechte) engagierte. Es ist wichtig zu betonen, dass im Rahmen der Interviews der Leitfaden nicht 1:1 abgearbeitet wurde. In der Interviewsituation sollten vor allem die Deutungen und die Schwerpunktsetzungen der Interviewten selbst erhoben werden. Allein schon aus diesem Grund sollte der Redefluss der Interviewten so wenig wie möglich unterbrochen werden. Gerade in jenen Gesprächssequenzen, in denen die Interviewten ihren Erinnerungen und Gedanken freien Lauf lassen, kommen ihre Deutungen am besten zum Ausdruck.

Die einzelnen Fragen wurden bei verschiedenen Personen unterschiedlich formuliert. Auf die jeweilige Person und die jeweilige Gesprächssituation wurde flexibel eingegangen. Darüber hinaus wurde der Leitfaden auch entsprechend den verschiedenen Bürgerinitiativen angepasst, was bedeutet, dass bestimmte Informationen, die über die Bürgerinitiative bereits vorlagen, in den Leitfaden eingearbeitet wurden. Dies waren zum Beispiel Fragen zur Rolle der Website einer Bürgerinitiative, falls diese über eine Website verfügte. Der grundlegende Leitfaden ist in der folgenden Tabelle

zusammengefasst (Tabelle 12). Der vollständige Interviewleitfaden befindet sich im Anhang. Die Dauer der Interviews variierte zwischen minimal etwas mehr als 20 Minuten bis hin zu über 90 Minuten.

Dargelegt wurde bereits, wie die einzelnen Bürgerinitiativen ausgewählt wurden und wie der Erstkontakt mit diesen erfolgte. Offen geblieben ist jedoch, wie die einzelnen Interviewpartnerinnen und -partner unter den Mitgliedern der jeweiligen Bürgerinitiative ausgewählt wurden. Im Rahmen der ersten Kontaktaufnahme wurde erfragt, wie viele Mitglieder die Bürgerinitiative ungefähr hat und wie die interne Strukturierung im Groben aussieht (z.B. Vorsitzende bzw. Vorstände, Führungsteam und erweiterter Kreis an Stammmitgliedern). Da die Befunde der Bürgerinitiativforschung ergeben hatten, dass sich die Arbeit vorrangig auf den engsten Führungskreis sowie einen überschaubaren Kreis von aktiven Mitgliedern konzentriert, sollten sich die leitfadengestützten Interviews auf solche aktiven Mitglieder beschränken.

Im Rahmen der Kontaktaufnahme wurde versucht, ein möglichst umfassendes Bild der für die Interviews in Frage kommenden Personen zu gewinnen, gerade auch um mögliche unterschiedliche Sichtweisen innerhalb einer Bürgerinitiative herausarbeiten zu können. So wurden in den Fällen 1, 2 und 7 jeweils Interviews mit den Vorsitzenden sowie mit fast allen aktiv im engeren Kreis arbeitenden Mitgliedern geführt. Für die Bürgerinitiative 3 sowie 5 galt, dass deren Aktivitäten vorrangig auf das Engagement von zwei Personen, Vorsitzende(r) und stellvertretende(r) Vorsitzende(r), zurückzuführen waren. In beiden Fällen konnten mit diesen beiden Personen Interviews geführt werden. In der Bürgerinitiative 4 hatte sich keine feste Vorstandsstruktur gebildet. Hier wurden Interviews mit unterschiedlichen Mitgliedern des Kernteams durchgeführt. Einen ersten Sonderfall stellte die Bürgerinitiative 8 dar, bei der zum Untersuchungszeitpunkt nur eine Person die BI-Arbeit prägte. Den zweiten Sonderfall bildete der Dachverband (Bürgerinitiative 6). Hier wurde mit Personen gesprochen, die zum einen aktiv in den Vorständen anderer Bürgerinitiativen mitwirkten, sowie mit Vertreterinnen und Vertretern, die zur Zeit der Untersuchung keine maßgebliche Rolle in einer anderen Bürgerinitiative spielten, sondern sich ausschließlich für den Dachverband engagierten.

Es bleibt noch zu erwähnen, dass zwei der Interviews mit den Vertretern der Bürgerinitiativen vom beschriebenen Leitfaden abwichen: Das erste Interview wurde als ergänzendes Interview mit einem Vertreter der Bürgerinitiative 1 geführt, um vertiefende Informationen zur Arbeit der Bürgerinitiative zu erhalten. Das erste Interview im Fall 5 fragte fokussiert nach den Konsequenzen, die der Baubeginn für das Engagement dieser Bürgerinitiative und der Proteste hätte. Darüber hinaus wurde ein Interview als „Gruppeninterview“ durchgeführt: In diesem Fall waren zum vereinbarten Termin drei

Kernmitglieder erschienen. Da die Durchführung von drei einzelnen Interviews nicht möglich war (der Termin war ohnehin bereits zu fortgeschrittener Zeit in den Abendstunden vereinbart), entschied man sich, das Interview als Gruppeninterview durchzuführen. Im Rahmen der Untersuchung der Bürgerinitiativen wurden insgesamt 26 Interviews und ein Gruppeninterview geführt.

Tabelle 12: *Überblick über den Interviewleitfaden*

| Themenblock | Einstiegsfragen | Unterdimensionen (zum Nachfragen) |
|---|---|---|
| Gesprächseinstieg | Individuelle Motivation | Warum genau? Persönliche Konsequenzen? |
| | Dauer der Mitgliedschaft in BI Tätigkeit in BI | |
| | Anlass der Gründung | Wer hat Initiative gegründet? Wann war das? |
| Framing | Problembeschreibung aus Sicht der Initiative | Warum tritt das Problem auf? Wieso ist das so? Wer ist für die Situation verantwortlich? |
| | Anliegen und Ziel der Initiative | Was wollen Sie erreichen? Was sind Ihre Lösungsvorschläge? |
| | Motivation der Teilnahme der Anderen | Warum machen andere mit? Was bietet die Bürgerinitiative? |
| | Identifikation in BI und als Gemeinschaft mit anderen | Persönliche Wellenlänge? Gemeinsame Ziele? Streit und Konflikte innerhalb der BI |
| | Wahrnehmung des Erfolges Was kann BI bewirken? | Wann wäre BI erfolgreich? Was kann Initiative längerfristig bewirken? |
| | Zäsuren und Umbrüche | Revue passieren lassen: Ereignisse, die zu Neuorientierungen führen? |
| | Ressourcenmobilisierung | Politische Erfahrungen und gesellschaftliches Engagement (individuell/BI) |
| Zusammenarbeit mit anderen Initiativen, Gruppen, Einzelpersonen? | | Politiker, Journalisten, Experten? auch in anderen Bundesländern? Woher kommen die Informationen? Wie wird Kontakt gehalten? |
| Materielle Unterstützung? Besonders engagierte Mitglieder? Persönliche Arbeitszeit? | | |
| Interne Organisation und Zusammenarbeit | | Treffen (Anlass und Häufigkeit) Teilnahme an Treffen? Andere Arbeitsformen (E-Mail, Telefon?) Protokolle? Abstimmungsprozedere? Mitgliederinformationen? |

| | Organisationsstruktur | Verein? Mitgliedsbeiträge? |
|-------------------------------|--|---|
| Gelegenheitsstrukturen | Politik | Vor Ort? Landesebene? Bundesebene? |
| | Medien | Zeitung Fernsehen Radio andere Medien? (Anzeigeblätter?) |
| | Bevölkerung | |
| Repertoire | Was macht die BI? | z.B. Demonstrationen, Informationsstände etc. |
| | Wie macht Sie auf Ziele aufmerksam? | Welche Ziele werden damit verfolgt? |
| | Welche Formen werden angewendet? | Warum machen Sie das? |
| | Anlässe der Kommunikation? | Information? Mobilisierung? Festigung Zusammenhalt? |
| | Kontaktaufnahme mit Politik? | |
| | Kontaktaufnahme mit Bevölkerung? | |
| | Kontakt mit Medien? | Wer macht die Medienarbeit? Wie sieht Medienarbeit aus? Anpassung an Regeln der Medien? |
| | Eigene Medien? Website, etc. Rolle eigener Medien | |
| | Was kann nicht geleistet werden? | |

4.3.2.2 Dokumentensammlung

Im Rahmen der Fallstudien wurden die Mitglieder der Bürgerinitiativen darum gebeten, Dokumente der Bürgerinitiativen für die Forschung zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wurde auch gefragt, ob es möglich wäre, Zugang zu den internen E-Mail-Verteilern der Bürgerinitiativen zu erhalten. Es zeigte sich, dass der Zugang zu den internen Dokumenten der Bürgerinitiativen sowie die Aufnahme in die E-Mail-Listen aus den beiden folgenden Gründen nur eingeschränkt möglich war:

(1) Der Zugang zu den internen Dokumenten sowie die Teilnahme an den E-Mail-Diskussionen betreffen einen sensiblen Bereich des Engagements. Ein Zugang wird externen Beobachtern in der Regel nicht eingeräumt. Im Fall 1 sowie auch im Fall 7 wurden von den Bürgerinitiativen eine Reihe interner Papiere zur Verfügung gestellt. Die Mitglieder der Bürgerinitiative 3 leiteten E-Mails, die sie an Journalisten geschickt hatten, für die Untersuchung weiter. Zusätzlich stellte auch die Bürgerinitiative 8 eine große Anzahl von Dokumenten zur Verfügung.

(2) Die Sitzungsprotokolle und die E-Mails werden in vielen Fällen nicht archiviert. Zusätzlich werden viele Notizen lediglich handschriftlich angefertigt. Auch die Entwürfe für Flyer, Broschüren oder Ähnliches werden häufig nicht systematisch gesammelt.

Trotz dieser Einschränkungen wurden im Rahmen der Dokumentensammlung insgesamt mehrere hundert verschiedene Artefakte der Bürgerinitiativen gesammelt. Darunter befinden sich eine Vielzahl von Fotografien verschiedener Veranstaltungen und Demonstrationen, dutzende von Pressemitteilungen, Flyern, Broschüren und Plakaten sowie offene Briefe, Petitionen, Arbeitsberichte, interne Positionspapiere und E-Mails.

4.3.2.3 *Beobachtungen*

Im Rahmen der Untersuchung wurden darüber hinaus zwei unterschiedliche Formen der Beobachtung getätigt:

(1) Zunächst wurden verschiedene Veranstaltungen besucht. Es handelte sich dabei um die Beobachtung eines Protestereignisses (einer Demonstration) im Frühjahr 2011, die Beobachtung einer öffentlichen Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen der Bürgerinitiativen (Sommer 2012), die Beobachtung einer durch die Bürgerinitiativen initiierten alternativen Energiekonferenz (Winter 2012) und die Beobachtung einer von den Bürgerinitiativen und einer Landtagsfraktion des Thüringischen Landtages gemeinsam durchgeführten Pressekonferenz (Sommer 2013).

(2) Darüber hinaus wurden Mitgliederversammlungen verschiedener Bürgerinitiativen besucht. Dies war bei den Bürgerinitiativen 3, 7 und 8 möglich. Zusätzlich wurde eine Protestaktion der Bürgerinitiative 7 beobachtet.

Während der jeweiligen Beobachtung wurden handschriftliche Notizen (Feldnotizen) angefertigt, die dann in Form von Memos für die weitere Analyse festgehalten wurden. Darüber hinaus wurden die öffentlichen Veranstaltungen jeweils fotografisch dokumentiert. Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der empirischen Arbeit vorgestellt.

5 Ergebnisse

Die Vorstellung der Forschungsergebnisse gliedert sich in drei, aufeinander aufbauende, Unterkapitel. Im ersten Unterkapitel (5.1) werden die Ergebnisse der *Orientierungsphasen* vorgestellt. Dieses Kapitel erschließt das für das Verständnis der weiteren Unterkapitel notwendige Kontextwissen und stellt das Konfliktfeld „Höchstspannungsnetzausbau“ zunächst vor. Darüber hinaus werden auch die grundlegenden Informationen über die beiden untersuchten Netzausbauprojekte vorgestellt sowie die untersuchten Bürgerinitiativen in die jeweilige Konstellation der Akteure eingeordnet. Das sich daran anschließende Unterkapitel (5.2) stellt die Ergebnisse der Auswertung der einzelnen *Fallstudien* vor. Im einem weiteren Unterkapitel (5.3) erfolgt eine synthetisierende Gesamtschau auf die untersuchten Fälle: Die einzelnen Fallstudien werden auf *gemeinsame Muster* sowie *Unterschiede* hin miteinander verglichen. Das die Untersuchung leitende theoretische Modell wird in diesem Kapitel reflektiert und empirisch orientiert.

5.1 Ergebnisse der Orientierungsphasen: Das Konfliktfeld

Die Phase der empirischen Forschungsaktivitäten erstreckte sich über den Zeitraum vom Januar 2011 bis zum September 2014. In dieser Zeit fanden zentrale Veränderungen im Hinblick auf das Energiesystem der Bundesrepublik Deutschland statt. Zu nennen sind hier insbesondere der infolge des Reaktorunfalls in Fukushima beschlossene *Ausstieg aus der Atomenergie* und die damit verbundene *Energiewende*. Die beschlossenen Szenarien für den beschleunigten Ausbau der Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen (insbesondere der Ausbau der Offshore- und Onshore-Windkraft) machen einen generellen Ausbau des Höchstspannungsnetzes zum Stromtransport notwendig. Hierin besteht unter den allermeisten Akteuren eine grundlegende Einigkeit (von den Netzbetreibern bis hin zum BUND). Allerdings gibt es bei Fragen der konkreten Ausgestaltung des Netzausbaus divergierende Meinungen und Konzepte (Wie viel Netzausbau ist notwendig? Realisierung als Freileitung oder als Erdkabel?). Fest steht, bei der Debatte um den Netzausbau handelt es sich um ein *dynamisches Konfliktfeld*, in dem die unterschiedlichen Akteure dazu gezwungen sind, ihre Argumentation dem jeweiligen Diskussionsstand anzupassen, sich neu zu positionieren oder auch neue Bündnisse zu schließen. Dies bedeutet für das Framing der Bürgerinitiativen, dass auch sie auf sich verändernde Schwerpunkte der Energiepolitik eingehen müssen.

Zusätzlich erfährt das Thema des Netzausbaus seit dem Beschluss der Energiewende generell eine gestiegene politische und öffentliche Aufmerksamkeit: Insbesondere jene Akteure, die dem Netzausbau grundlegend kritisch gegenüber stehen, also vorrangig die Bürgerinitiativen, sehen sich nun stärker herausgefordert, den Vorwurf des

NIMBY-Protestes zu entkräften und dem Eindruck entgegen zu treten, für eventuelle Verzögerungen der Energiewende mitverantwortlich zu werden.

Im Rahmen der Orientierungsphasen wurde dieser Kontext des Untersuchungsfeldes systematisch erschlossen. Dies war aus den folgenden Gründen notwendig: Zum einen hilft diese Eruiierung des Kontextes die *Eigenschaften und Eigenheiten des Untersuchungsfeldes zu verstehen*. Die verschiedenen Gesprächspartnerinnen und -partner kommen wiederholt auf bestimmte Akteure und Personen, Regularien, Ereignisse, aber auch technische Details zu sprechen. Bei der Auswertung und vor allem der Interpretation der Ergebnisse wird dieses Kontextwissen benötigt, um die Aussagen und Materialien angemessen einzuordnen. In diesem ersten Teil der Ergebnispräsentation wird zunächst der *allgemeine regulatorische Rahmen* vorgestellt. Im nächsten Schritt wird auf die neuen Beteiligungsmöglichkeiten durch die Netzentwicklungs- und Bundesbedarfspläne eingegangen. Im Anschluss daran werden die beiden in dieser Arbeit untersuchten Konfliktfelder (Südwest-Kuppelleitung, Wahle-Mecklar) in ihrer Entwicklung und ihrer jeweiligen Akteurskonstellation kurz charakterisiert.

5.1.1 Der allgemeine regulatorische Rahmen

Ein zentrales Ziel der Energiepolitik ist die *sichere Versorgung* der Bevölkerung sowie der Industrie und des Gewerbes mit elektrischer Energie. Um die verschiedenen Kraftwerke mit den Bedarfszentren zusammenzubringen, ist ein leistungsfähiges Stromversorgungsnetz notwendig. Vereinfacht dargestellt besteht dieses Stromversorgungsnetz aus einem Höchstspannungsnetz (Übertragungsnetz), welches große Mengen an Strom über weite Strecken transportiert sowie aus einer Vielzahl von Verteilnetzen, die wiederum den Strom bis an die Endabnehmerinnen und Endabnehmer weiterleiten.

Den grundlegenden rechtlichen Rahmen für die Energieversorgung regelt das *Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)*. Ziel dieses Gesetzes ist die „sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität“ (§ 1 Abs. 1 EnWG). Im EnWG sind auch die grundlegenden Prozesse für den Betrieb sowie den Ausbau der Höchstspannungsleitungen geregelt. Verantwortlich dafür zeichnen die vier großen *Netzbetreiber*, die jeweils in einer bestimmten Region des Bundesgebiets die Versorgungsverantwortung haben. Diese Netzbetreiber sind privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen, deren unternehmerisches Handeln allerdings durch das EnWG stark reguliert wird. So sind sie beispielsweise dazu verpflichtet, ein „sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht zu optimieren, zu verstärken und auszubauen“ (§ 11 Abs. 1 EnWG). Damit

kommt den Netzbetreibern eine große Verantwortung zu, da ihnen der Ausbau des Höchstspannungsnetzes anvertraut ist. Sie müssen sowohl die Planungen der Kraftwerksbetreiber für den gesamten Kraftwerkpark als auch den durch energiepolitische Weichenstellungen (Europäische Ebene sowie Bundesebene) vorgegebenen Rahmen bei ihrer Netzplanung berücksichtigen.

Die Notwendigkeit für beide der hier betrachteten Leitungsprojekte wurde durch ein Bundesgesetz festgestellt. Es handelt sich dabei um das *Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)*, das im Jahr 2009 durch den Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Die Ziele dieses Gesetzes liegen in der (1) Einbindung von Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen, der (2) Interoperabilität der Elektrizitätsnetze innerhalb der europäischen Union sowie (3) des Anschlusses neuer Kraftwerke und der Vermeidung struktureller Engpässe im Übertragungsnetz (§ 1 Abs. 1 EnLAG). Das EnLAG konkretisierte insgesamt 24 Vorhaben für die dringlicher Bedarf besteht. Die beiden betrachteten Leitungsprojekte werden als das Vorhaben Nr. 4 „Neubau Höchstspannungsleitung Lauchstädt – Redwitz (als Teil der Verbindung Halle/Saale – Schweinfurt), Nennspannung 380 kV“ sowie als das Vorhaben Nr. 6 „Neubau Höchstspannungsleitung Wahle – Mecklar, Nennspannung 380 kV“ definiert.

Für beide Projekte ist gemäß § 2 EnLAG der Einsatz von *Erdkabeln* zu prüfen. Dies gilt, wenn die geplante Leitung in einem Abstand von weniger als 200 Metern von bereits errichteten Wohngebäuden und in einem Abstand von 400 Metern zu in einem Bbauungsplan vorgesehenen Wohngebäuden errichtet werden sollte. Dieses Detail ist wichtig, weil eine Forderung aus der Bevölkerung (sowie auch der Bürgerinitiativen) die Realisierung der Höchstspannungsleitungen als Erdkabelvariante ist und das Bundesgesetz, zumindest unter Einschränkungen, eine solche Option einräumt.

Der im EnLAG festgestellte Bedarf verschiedener Höchstspannungsprojekte reicht jedoch nicht aus, damit die Netzbetreiber mit den konkreten Planungen und dem Bau der Leitungen beginnen können. Da es sich bei Höchstspannungsleitungen um weithin sichtbare Infrastrukturmaßnahmen handelt, die lokale und regionale Gegebenheiten nachhaltig verändern, muss ein zweistufiges Planungs- und Genehmigungsverfahren durchlaufen werden. Erst wenn beide Verfahren positiv abgeschlossen sind, kann der Bau beginnen:

1. Raumordnungsverfahren – die Grobplanung

Nach dem *Raumordnungsgesetz (ROG)* wird ein sogenanntes Raumordnungsverfahren eröffnet, wenn eine Planung raumwirksame Änderungen zur Folge hätte. Dazu zählen zum Beispiel Vorhaben zur Errichtung von Endlagern für radioaktive Abfälle, Deponien, Abwasserbehandlungsanlagen, Rohrleitungsanlagen, Bundesfernstraßen,

Flugplätze, aber auch Hochspannungsleitungen (siehe Raumordnungsverordnung, § 1 RoV). Mit dem Raumordnungsverfahren wird geprüft, ob das geplante Vorhaben in einer Region überhaupt realisierbar ist oder aufgrund möglicher Beeinträchtigungen grundsätzlich verworfen werden muss, zum Beispiel, wenn das Vorhaben Flora-Fauna-Habitate (FFH-Gebiete) vernichten würde.

Im Raumordnungsverfahren bei Höchstspannungsleitungen geht es darum, aus den vom Netzbetreiber vorgeschlagenen Trassenführungen, jenen Korridor zu ermitteln, der die niedrigsten Auswirkungen auf die Region haben würde. Dazu müssen verschiedene, von der Planung betroffene, Akteure konsultiert werden. Die Details zum Raumordnungsverfahren sind in den jeweiligen Landesplanungsgesetzen geregelt. So sind nach dem Thüringer Landesplanungsgesetz (ThürLPlG) Gemeinden und Landkreise, Planungsgemeinschaften, anerkannte Naturverbände etc. am Raumordnungsverfahren zu beteiligen. Das heißt, diese Institutionen erhalten einen Monat Zeit zum geplanten Vorhaben eine Stellungnahme abzugeben (§ 10 Abs. 3 ThürLPlG). Darüber hinaus muss die *Öffentlichkeit* einbezogen werden. Dazu erhalten die Gemeinden, die von dem Vorhaben betroffen sein würden, von der Landesplanungsbehörde die kompletten Unterlagen. Diese müssen dann die Unterlagen für einen Monat öffentlich auslegen. Ort und Zeit sollen ortsüblich bekannt gegeben werden. In der Bekanntmachung müssen die Gemeinden angeben, dass die Bürgerinnen und Bürger schriftlich Stellungnahmen abgeben können. Diese werden nach Ablauf der Frist an die Behörde übermittelt (§ 10 Abs. 4 ThürLPlG). Im Anschluss daran werden die eingegangenen Stellungnahmen durch die Behörde geprüft. Darüber hinaus finden auch Anhörungen statt, bei denen im Gespräch mit der Planungsbehörde die Stellungnehmenden sowie der Vorhabensträger strittige Aspekte oder offene Fragen klären. Nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens soll die Öffentlichkeit vom Ergebnis wiederum durch ortsübliche Bekanntmachung informiert werden (§ 10 Abs. 8 ThürLPlG). Mit Abschluss des Raumordnungsverfahrens wissen die betroffenen Gemeinden, Landkreise und die Öffentlichkeit, ob sie durch das geplante Projekt betroffen sein werden oder ob es aus raumordnerischen Gründen verworfen wurde.

2. Planfeststellungsverfahren – die Detailplanung

Liegt der positive Raumordnungsbeschluss vor, kann der Netzbetreiber mit der Detailplanung beginnen. Dies umfasst die ganz konkrete Trassenführung: Die genauen Standorte der einzelnen Masten sowie weiterer Anlagen (z.B. Umspannwerke) werden festgelegt. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens strebt der Netzbetreiber nun an, eine Genehmigung der konkreten Leitungsführung zu erhalten. Diese erfolgt durch den Planfeststellungsbeschluss. Bei einem Planfeststellungsverfahren handelt es sich um ein Verwaltungsverfahren, dessen Ablauf in den Verwaltungsverfahrensgesetzen des

Bundes sowie der einzelnen Bundesländer geregelt wird (z.B. Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz, ThürVwVfG). Dabei sind die Verwaltungsverfahrensgesetze der einzelnen Bundesländer sehr ähnlich. Hat der Netzbetreiber seine detaillierte Planung abgeschlossen, reicht er die Planungsunterlagen bei der Landesplanungsbehörde ein. Die Landesplanungsbehörde fordert nun wiederum die von der Planung betroffenen Behörden auf, Stellungnahmen abzugeben und weist die betroffenen Gemeinden an, den Plan öffentlich auszulegen. Darüber hinaus veröffentlicht die Landesplanungsbehörde die Ankündigung in ihrem amtlichen Veröffentlichungsblatt sowie in den örtlichen Tageszeitungen (§ 72 Abs. 2 ThürVwVfG). Nun hat jeder durch die Planung Betroffene die Möglichkeit, bis zwei Wochen nach der Auslagefrist von vier Wochen, eine Einwendung schriftlich abzugeben. Die Bekanntmachung erfolgt, analog zum Raumordnungsverfahren, wiederum zusätzlich durch die Gemeinden selbst nach dem Kriterium der „Ortsüblichkeit“. Nach Ablauf der Frist findet ein *Erörterungstermin* statt, an dem die verschiedenen Einwendungen gemeinsam mit dem Vorhabensträger diskutiert werden. Wurden mehr als 50 Einwendungen aus der Bevölkerung vorgebracht, so muss der Termin der Erörterung in der *Tageszeitung* veröffentlicht werden. Nach Abschluss dieser Erörterung erfolgt durch die Planungsbehörde der *Planfeststellungsbeschluss*, der den Charakter einer Baugenehmigung hat. Gegen einen Planfeststellungsbeschluss kann (bei Wahrung einer Frist) vor dem Bundesverwaltungsgericht eine Klage eingereicht werden.

Dieser allgemeine regulatorische Rahmen stellt eine *spezifische Gelegenheitsstruktur* dar, die sich von der politischen Input-Phase bis hin zur Output-Phase (Implementierung) erstreckt (Kitschelt, 1986, S. 63). Im Hinblick auf die Entstehung der Gesetze können Bürgerinnen und Bürger grundlegend über die Ausnutzung der Möglichkeiten der repräsentativen Demokratie Einfluss nehmen. Festzuhalten ist, dass hier allerdings eine Differenz in zeitlicher Hinsicht sowie auch im Abstraktionsniveau einer *politischen Grundsatzentscheidung* in der Energiepolitik und deren *Implementation* im Rahmen der Planungs- und Genehmigungsverfahren vorliegt. So werden die wenigsten Bürgerinnen und Bürger unmittelbar den Bezug einer grundlegenden Entscheidung eines Netzausbaubedarfs (z.B. EnLAG) mit dem Bau einer konkreten Höchstspannungsleitung in ihrer Region in Zusammenhang bringen. Grundsätzlich haben einzelne Bürgerinnen und Bürger sowie Bürgerinitiativen jedoch die Möglichkeit, energiepolitische Sprecherinnen und Sprecher von Parteien, Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker in Landtagen oder im Bundestag zu kontaktieren und auf ihre Situation hinzuweisen und sich in den energiepolitischen Willensbildungsprozess einzubringen. Wie groß hier die tatsächlichen Einflüsse sind, wie *responsiv* die einzelnen politischen Institutionen und Akteure, ist eine empirische Frage, die bei der Vorstellung der Fallstudien beantwortet wird. Es gibt für diesen Willensbildungsprozess keine spezifischen

Regularien, die über die grundlegende Arbeitsteilung zwischen Exekutive und Legislative sowie das Funktionieren der Legislative hinausgehen (Anhörungen, Anfragen etc.).

Mit Blick auf die *öffentliche Wahrnehmung* eines solchen Gesetzgebungsprozesses ist es wahrscheinlich, dass die Details der Energiepolitik, insbesondere des Netzausbaus, trotz dessen Bedeutung, einen geringen Nachrichtenwert aufweisen und daher nicht im Zentrum der Publizität stehen und auch nicht auf den vorderen Rängen der politischen sowie öffentlichen Agenda zu finden sind. Gerade die Bestimmung des generellen Bedarfs an Höchstspannungsleitungen ist ein Sachbereich, in dem Expertinnen und Experten und Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker nach der eigenen Beobachtung des Autors auf verschiedenen energiepolitischen Fachtagungen auf einem sehr hohen technischen Niveau miteinander diskutieren. In der Aufmerksamkeitskonkurrenz mit anderen Politikfeldern ist die Netzplanung weniger interessant (solange es keine nennenswerten Widerstände gibt oder aber unterschiedliche politische Akteure sehr unterschiedliche Interessen vertreten).

Während eine formelle direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am energiepolitischen Willensbildungsprozess nicht vorgesehen ist, verhält es sich mit dem Raumordnungs- sowie Planfeststellungsverfahren (im Rahmen der Output-Phase) anders. Diese eröffnen den von der Planung betroffenen Bürgerinnen und Bürgern konkrete und formalisierte Möglichkeiten der *aktiven Beteiligung* bei der *Implementierung*. Allerdings gibt es eine Reihe von Herausforderungen für die Bürgerinnen und Bürger:

- Die eigenen Forschungsaktivitäten im Feld haben verdeutlicht, dass mit der gesetzlichen Festlegung auf die Ortsüblichkeit ein hohes Maß an Situativität verbunden ist: In der Praxis kann die Ortsüblichkeit bedeuten, dass der Hinweis im Glaskasten vor dem Rathaus ausgehängt wird. Möglich sind jedoch auch Informationsveranstaltungen durch den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin. Dies gilt auch für die Information über den Raumordnungsbeschluss. Insofern hängt es vom „Agenda Setting“ der Ortsbürgermeister, aber auch der Sensibilität der lokalen Medien ab, inwiefern eine regionale Öffentlichkeit für das Projekt hergestellt wird.
- Die ausgelegten Unterlagen sind umfangreich und in Fachsprache formuliert. Für Laien ist es durchaus anspruchsvoll, sich substanziell mit der Planung auseinander zu setzen.
- Die Zeiten der Auslage sowie auch der Erörterungstermine finden tagsüber statt, was die Beteiligung berufstätiger Menschen erschwert.

Neben den Möglichkeiten, Einfluss auf die Willensbildung der Energiepolitik zu nehmen und im Rahmen von Planungs- und Genehmigungsverfahren Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung von Leitungsprojekten auszuüben, gibt es eine Reihe informeller Beteiligungsmöglichkeiten. Im Hinblick auf die Beteiligung am politischen

Willensbildungsprozess sind hier auf Bundesebene insbesondere die Aktivitäten der *Deutschen Umwelthilfe* zu nennen. In einem langen Diskussionsprozess aller Beteiligten Akteure, darunter auch der Bürgerinitiativen, wurden gemeinsame Vorschläge zum Netzausbau erarbeitet, die im sogenannten *Plan N* zusammengefasst worden sind (Plan N, 2010; Plan N 2.0, 2013).

Auf der Ebene der Planungs- und Genehmigungsverfahren berufen die Netzbetreiber selbst *Informationsveranstaltungen* ein oder sie eröffnen eigene *Büros* in den von der Planung betroffenen Regionen (z.B. Mobiles Bürgerbüro von 50Hertz). Darüber hinaus entwickeln Netzbetreiber auch Modellversuche eigener Partizipationsangebote (z.B. TenneT im Dialog). Es gibt demnach auch eine Reihe *informeller* Informations-, Kommunikations- und Partizipationsangebote, die allerdings von der jeweiligen Akteurskonstellation abhängig sind (und nicht selten das Ergebnis öffentlichen Drucks durch die Bürgerinitiativen darstellen).

5.1.2 *Neue Beteiligungsmöglichkeiten durch Szenariorahmen und Netzentwicklungspläne*

Das Reaktorunglück von Fukushima hat zu einer Neuorientierung der deutschen Energiepolitik geführt, die auch einen Einfluss auf die Planung des Ausbaus des Höchstspannungsnetzes hat. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere die Errichtung großer Onshore- sowie Offshore Windparks in Norddeutschland ist es notwendig, neben den bereits im EnLAG festgeschriebenen Leitungsprojekten, weitere Höchstspannungsleitungen zu errichten, um die neu entstehenden Kapazitäten in die Bedarfszentren in Mittel- und Süddeutschland zu transportieren. Der rechtliche Rahmen für die Netzentwicklungsplanung wurde neu geschaffen.

Eine kurze Darstellung dieser Aspekte ist erforderlich, da durch die neuen Regularien zwar die EnLAG-Leitungsprojekte nicht mehr unmittelbar berührt werden. Jedoch stehen durchaus weitere Leitungsprojekte auch in den Korridoren der Projekte Südwest-Kuppelleitung und Wahle-Mecklar im Raum. Für die weitere Planung des Netzausbaubedarfs wurden neue Beteiligungsformen für die breitere Öffentlichkeit geschaffen, die eine frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vorsehen.

Für die zukünftige Entwicklung des Netzes sind die Netzbetreiber dazu verpflichtet, jährlich einen sogenannten *Szenariorahmen* zu erstellen, der die wahrscheinliche Entwicklung des Netzes für die nächsten 20 Jahre prognostiziert. Diesen Szenariorahmen übergeben die Netzbetreiber der Bundesnetzagentur, die ihn im Internet veröffentlicht und der Öffentlichkeit zur Diskussion stellt (§ 12a EnWG).

Auf Basis dieses Szenariorahmens legen die Netzbetreiber jährlich einen *Netzentwicklungsplan* vor. In diesem Netzentwicklungsplan sind alle notwendigen Maßnahmen aufgeführt, die in den nächsten zehn Jahren wichtig sind, um das Übertragungsnetz nach den gesetzlichen Maßgaben zu betreiben. Den Entwurf für den Netzentwicklungsplan müssen die Netzbetreiber der *Öffentlichkeit zur Diskussion* vorlegen (§ 12b Abs. 3 EnWG). Die Netzbetreiber sind dazu verpflichtet nachzuweisen, wie sie mit den Ergebnissen der öffentlichen Diskussion umgegangen sind (§ 12b Abs. 4 EnWG). Im Anschluss daran wird der Netzentwicklungsplan der Bundesnetzagentur vorgelegt (§ 12b Abs. 5 EnWG). Diese veranlasst wiederum eine weitere *Öffentlichkeitsbeteiligung* (Auslage der Unterlagen in Behörde und im Internet) (§ 12c Abs. 3 EnWG). Für diese werden bundesweit öffentliche Konsultationsveranstaltungen durchgeführt. Im Anschluss daran bestätigt die Bundesnetzagentur den Netzentwicklungsplan. Dabei kann sie bestimmte, von den Netzbetreibern vorgeschlagene, Leitungsprojekte als nicht notwendig erlassen. Für eine solche Beurteilung sind bei der Agentur viele Expertinnen und Experten beschäftigt. Darüber hinaus gibt sie auch eigene wissenschaftliche Gutachten in Auftrag. Die detaillierte Rekonstruktion dieser Prozesse ist nicht möglich, da diese einen Zugang zu den internen Dokumenten und Entscheidungsabläufen zur Voraussetzung hätte. Für die Netzbetreiber ist der durch die Bundesnetzagentur bestätigte Netzentwicklungsplan maßgeblich. Das hier skizzierte Verfahren muss alle drei Jahre durchlaufen werden. In den Jahren zwischen dieser umfangreichen Prüfung reicht es, wenn lediglich Änderungen des Szenariorahmens bzw. des Netzentwicklungsplans begutachtet werden.

Auf Basis des Netzentwicklungsplans erarbeitet die Bundesnetzagentur mindestens alle drei Jahre den Entwurf für den *Bundesbedarfsplan* (§ 12e EnWG). Dieser wird der Bundesregierung übermittelt. Mit dem Erlass des Bundesbedarfsplanes als *Bundesbedarfsplangesetz* durch den Gesetzgeber werden alle darin beschriebenen Vorhaben bestätigt. Diese Feststellung ist verbindlich und die vordringliche Notwendigkeit der geplanten Leitungen wird bestätigt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass mit dem Verfahren der Erstellung, der Öffentlichkeitsbeteiligung und Bestätigung des Netzentwicklungsplans sowie der Erstellung des Bundesbedarfsplans vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit geschaffen worden sind. Auch wenn die Projekte, die das EnLAG festgeschrieben hat, nicht mehr zur Disposition stehen, haben die Bürgerinnen und Bürger jedes Jahr die Möglichkeit bereits sehr frühzeitig Einsicht zu nehmen, ob in ihrer Region (weitere) Höchstspannungsleitungen in Planung sind. Durch die Auslage der Unterlagen im Internet wurden Barrieren abgeschafft. Szenariorahmen und

Netzentwicklungsplan haben demnach *neue Gelegenheitsstrukturen* für Bürgerinitiativen geschaffen.

5.1.3 *Das Konfliktfeld Südwest-Kuppelleitung*

Die Südwest-Kuppelleitung ist Bestandteil des EnLAG. Dieses Projekt erstreckt sich von Sachsen-Anhalt über Thüringen bis nach Bayern. Aber nicht auf der gesamten Strecke der Leitung durch Thüringen haben sich Bürgerinitiativen gegründet oder regte sich intensiver Widerstand. Vielmehr konnte die Leitung bis Erfurt-Vieselbach, nach den eigenen Recherchen, ohne nennenswerte Widerstände geplant und gebaut werden. Erst im Verlauf von Vieselbach bis zu Landesgrenze bei Schalkau stießen die Planungen seit den Jahren 2006/2007 auf einen intensiven und anhaltenden Widerstand, der von einer Vielzahl verschiedener Bürgerinitiativen getragen wird, die sich in einer Dachorganisation zusammengeschlossen haben. Der Kristallisationspunkt aller Bürgerinitiativen waren die gemeinsamen jährlichen Demonstrationen, die sogenannten „Ostermärsche“.

Die Planungen für die Leitung in diesem Gebiet wurden in zwei Abschnitten realisiert. Der nördliche Abschnitt erstreckt sich von Vieselbach bis nach Altenfeld, der südliche Abschnitt von Altenfeld bis an die Landesgrenze. Die Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren sind in einer zeitlichen Abfolge gestuft. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass am Ende des Untersuchungszeitraums im nördlichen Abschnitt bereits die Masten errichtet wurden, während im südlichen Abschnitt das Planfeststellungsverfahren gerade begonnen hatte. Der verantwortliche Netzbetreiber ist 50Hertz mit Sitz in Berlin.

Thüringen ist ein Stromtransitland, das kaum über eigene größere Kraftwerksparks verfügt. Derzeit laufen Planungen für ein großes Pumpspeicherwerk in der Nähe von Tambach-Dietharz im Thüringer Wald. Thüringen ist nicht nur ein Stromtransitland, sondern allgemein auch ein Transitland im Straßen- sowie im Bahnverkehr von Mittel- nach Süddeutschland. So wurde in den 1990er Jahren eine Autobahn durch den Thüringer Wald gebaut. Der Bau einer ICE-Leitung wird im Jahr 2016/2017 abgeschlossen sein. Im südlichen Verlauf der Südwest-Kuppelleitung sind diese ICE-Leitung, die Thüringer-Wald-Autobahn und der Trassenkorridor der Südwest-Kuppelleitung in einem recht engen Raum gebündelt. Der Thüringer Wald ist ein Naturpark und eines der touristischen Aushängeschilder des Freistaates, der für die regionale Bevölkerung durchaus identitätsgebend ist. Viele Thüringerinnen und Thüringer bezeichnen das Bundesland als das „grüne Herz Deutschlands“. Auch der „Rennsteig“, ein Wanderweg durch den Thüringer Wald, hat eine ähnlich identitätsstiftende Wirkung. Diese Identität wird – wie im Rahmen der Fallstudien noch vorgestellt werden wird – nicht

nur von den Bürgerinitiativen aufgegriffen, sondern auch vom Netzbetreiber anerkannt:

„Da spielen emotionale Punkte auch mit rein. Also dieser mythische Rennsteig, also diese Verankerung von Symbolen, die auch Teil der Menschen sind vor Ort. Das hat eine Kraft. Das ist auch gut. (...) Und deswegen weckt der andere Emotionen als wenn Sie eben irgendwo eine Leitung bauen, wo eben kein mythischer Punkt ist.“

(Interview_Netzbetreiber, Abs. 53)

Mit Blick auf die *politischen Gelegenheitsstrukturen* lässt sich folgendes Bild festhalten: Die Landesregierung im Untersuchungszeitraum hatte sich für den Bau der 380kV-Trasse positioniert (CDU, SPD: 2009-2014). Insbesondere der thüringische Wirtschaftsminister Machnig (2009-2013) sprach sich vehement und aktiv für den Bau der Trasse aus, während die Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht durchaus auch kritische Zwischentöne formulierte und beispielsweise stärkere Kompensationen für betroffene Gemeinden gefordert hat (Freies Wort, 22.06.2011). Darüber hinaus ist zu beobachten, dass die Landesregierung zunehmend ablehnend auf die im Raum stehenden Planungen weiterer Höchstspannungsleitungen reagierte (Thüringer Allgemeine, 12.07.2012). Kritik und Widerstand der Landespolitik gegen die Trasse kam jedoch nur von den Landtagsfraktionen der Linken sowie von Bündnis90/Die Grünen. Auf der Ebene der Landkreise sowie der Gemeinden herrschte eine überwiegende Ablehnung des Leitungsprojektes vor.

Die *medialen Gelegenheitsstrukturen* können wie folgt beschrieben werden: Im betrachteten Leitungsbereich sind vor allem zwei regionale Tageszeitungen verbreitet: Die Thüringer Allgemeine (Verlag: Zeitungsgruppe Thüringen) mit Sitz in Erfurt sowie das Freie Wort (Südthüringer Verlag) mit Sitz in Suhl. In einem kleinen Bereich wird auch das Einzugsgebiet der Ostthüringer Zeitung berührt (Sitz: Gera, Verlag: Zeitungsgruppe Thüringen). Die Medienberichterstattung spielt nicht nur für das Agenda Setting des Themas eine Rolle. Es wird auch vom Netzbetreiber als wichtig betrachtet, die Berichterstattung intensiv zu verfolgen, da man darin einen Spiegel für die Stimmungen in der Region sieht:

„Zu Ihrer Frage, wir verfolgen das sehr genau, weil wir verstehen wollen, wie die Region tickt. Da sind die Medien ein wichtiger Spiegel, den wir bekommen. Das heißt jeden Tag haben wir hier ein Pressemonitoring, und ich würde sogar mal sagen jeden Tag ist da mindestens eine Mitteilung aus Thüringen drin. Wenn nicht zwei. Also fast jeden Tag berichtet das Freie Wort und fast jeden Tag berichtet die Thüringer Allgemeine.“

(Interview_Netzbetreiber, Abs. 15-17)

Für die *diskursiven Gelegenheitsstrukturen* kann auf Daten aus einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 2011 zurückgegriffen werden: Hier befürwortete

eine Mehrheit von 55 Prozent der Bevölkerung in Thüringen den Bau der Höchstspannungsleitung durch den Thüringer Wald. 30 Prozent der Befragten sehen in den Protesten der Bürgerinitiativen eine Behinderung des Ausbaus erneuerbarer Energien, 20 Prozent zumindest eine teilweise Behinderung des Ausbaus. 45 Prozent gaben hingegen an, dass die Bürgerinitiativen den Ausbau erneuerbarer Energien nicht behindern (Arlt & Wolling, 2011, S. 21).

An der Landesgrenze zu Bayern geht das Leitungsprojekt in den Verantwortungsbereich des Netzbetreibers TenneT über. Auch hier gibt es Bürgerinitiativen, die sich gegen die Leitung engagieren und mit den Bürgerinitiativen aus Thüringen kooperieren. Mit der Auswahl der Bürgerinitiative 4 ist eine solche Bürgerinitiative mit in der Untersuchung berücksichtigt.

Die Tabelle 13 gibt einen Überblick über die untersuchten Bürgerinitiativen. Von den insgesamt 13 Bürgerinitiativen, die sich im Leitungsverlauf gegen die Trasse engagierten, wurden (inklusive des Dachverbandes) sechs Fallstudien durchgeführt.

Tabelle 13: *Übersicht über die untersuchten Bürgerinitiativen im Leitungsprojekt „Südwest-Kuppelleitung“*

| Fall | Bundesland | Verfahrensstand | Gründungsjahr |
|---------------------------|----------------------|---|---|
| Bürgerinitiative 1 | Thüringen | nach Rauordnungsverfahren | 2006 |
| Bürgerinitiative 2 | Thüringen | nach Rauordnungsverfahren | 2006 |
| Bürgerinitiative 3 | Thüringen | nach Rauordnungsverfahren | 2012 („Neugründung“) |
| Bürgerinitiative 4 | Bayern | im Planfeststellungsverfahren | 2013 („Neugründung“) |
| Bürgerinitiative 5 | Thüringen | nach Planfeststellungsbeschluss | 2006 |
| Bürgerinitiative 6 | Thüringen/ Bayern | in verschiedenen Verfahren: RoV, Planfeststellung, Klage gegen Planfeststellungsbeschluss | 2006 („Dachverband“ der verschiedenen BI im Leitungsverlauf) |

5.1.4 Das Konfliktfeld Wahle-Mecklar

Auch das Höchstspannungsprojekt „Wahle-Mecklar“ ist Bestandteil des EnLAG und betrifft die beiden Bundesländer Niedersachsen und Hessen. Die Planungen für die Leitung in diesem Gebiet wurden in zwei Abschnitten realisiert. Der nördliche Abschnitt erstreckt sich in Niedersachsen. Der südliche Abschnitt in Hessen. Die Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren sind, ähnlich wie im Projekt Südwest-Kuppelleitung, in einer zeitlichen Abfolge gestuft. Der zuständige Netzbetreiber ist TenneT.

In Niedersachsen regt(e) sich nicht nur Widerstand gegen die Wahle-Mecklar-Leitung, sondern auch gegen andere Leitungsprojekte (Neukirch, 2013). Anders als Thüringen

ist Niedersachsen nicht nur ein Stromtransitland, sondern durch seine Nordseeküste auch ein Zentrum der Windkraftproduktion. Insofern hat die niedersächsische Landesregierung ein besonderes Interesse, Konflikte um den Netzausbau zu schlichten. Unter der Ministerpräsidentenschaft von Christian Wulff wurde beispielsweise das Niedersächsische Erdkabelgesetz (2007) verabschiedet, das eine Erdverkabelung für die Trassenabschnitte in der Nähe von Wohngebieten vorsieht. Daneben wurde von der niedersächsischen Landesregierung ein Referent ernannt, der sich mit den Aspekten der Akzeptanz und Bürgerbeteiligung im Rahmen der Höchstspannungsleitungen auseinandersetzt. Die politischen Gelegenheitsstrukturen für die Bürgerinitiativen in Niedersachsen waren bereits von Anfang an offen. Für die hessischen Landesregierungen unter Roland Koch und Volker Bouffier hatte das Thema Netzausbau keine so hohe Priorität wie für die Kollegen in Niedersachsen. Einzelne Vertreter der Landesregierung traten jedoch nicht so vehement für die Trasse ein, wie beispielsweise der thüringische Wirtschaftsminister.

Mit Blick auf die *medialen Gelegenheitsstrukturen* ist für die mediale Berichterstattung in Niedersachsen im beobachteten Bereich die Hildesheimer Allgemeine Zeitung (HA) mit Sitz in Hildesheim maßgeblich. In Hessen ist die Hessisch-Niedersächsische Allgemeine (HNA) mit Sitz in Kassel die wichtigste Zeitung.

Was die *diskursiven Gelegenheitsstrukturen* betrifft, gibt es eine Studie aus dem Jahr 2010, in der die Bevölkerung von zwei Gemeinden im südlichen Niedersachsen und nördlichen Hessen befragt wurde (also keine Befragungen der Gesamtbevölkerung in Hessen und Niedersachsen). Die Ergebnisse basieren auf 450 ausgefüllten Fragebögen. Im Ergebnis bekundeten 40 Prozent der Befragten, dass sie sich gegen den Bau der Leitung Wahle-Mecklar einsetzen wollen. 36 Prozent der Befragten bezeichneten sich nicht als Gegner der Leitung (Schweizer-Ries, Rau & Zoellner, 2010).

Die niedersächsischen Bürgerinitiativen im Bereich Wahle-Mecklar haben sich in einem sogenannten „Sprecherkreis“ zusammengefunden, der sowohl zum Informationsaustausch als auch zur Koordination gemeinsamer Aktionen dient. Diesem Sprecherkreis gehören um die 13 Bürgerinitiativen an. In Hessen haben sich insgesamt drei Bürgerinitiativen gegen das Leitungsprojekt engagiert. Davon nahm eine Bürgerinitiative über einen gewissen Zeitraum hinweg an den Sprecherkreistreffen der niedersächsischen Kollegen teil.

Anders als der thüringische Dachverband handelt es sich beim Sprecherkreis nicht um einen eigenständigen Akteur mit Vorstandsstruktur, der selbständige operative Entscheidungen treffen kann (Dokument: Verhaltensregeln Sprecherkreis). Vielmehr ist dieser Sprecherkreis als eine kontinuierliche Versammlung zu verstehen. Das

gemeinsame Symbol der Bürgerinitiativen ist ein auf den Boden gerichteter Pfeil, der die Forderung nach einer umfassenden Erdverkabelung verdeutlicht. Im Rahmen der Fallstudien wurden die in Tabelle 14 vorgestellten Bürgerinitiativen untersucht.

Tabelle 14: *Übersicht über die untersuchten Bürgerinitiativen im Leitungsprojekt „Wahle-Mecklar“*

| Fall | Bundesland | Verfahrensstand | Gründungsjahr |
|--------------------|---------------|--|---------------|
| Bürgerinitiative 7 | Niedersachsen | unmittelbar vor Planfeststellungsverfahren | 2006 |
| Bürgerinitiative 8 | Hessen | nach Raumordnungsverfahren | 2006 |

5.2 Ergebnisse der Fallstudien

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der einzelnen Fallstudien vorgestellt. Vorher wird jedoch das methodische Vorgehen bei der qualitativen Auswertung der Daten beschrieben.

5.2.1 Auswertungsmethode der qualitativen Inhaltsanalyse

Für die Auswertung der Interviewdaten wurde eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Das Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse zeichnet sich gegenüber anderen qualitativen Auswertungsstrategien dadurch aus, dass es datenreduzierend ist (Schreier, 2012, S. 7f.; Gläser & Laudel, 2009, S. 200). Darüber hinaus kann mit der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse bei der Bildung der Kategorien systematisch an das bereits vorhandene theoretische und empirische Wissen angeknüpft werden (Gläser & Laudel, 2009, S. 201). Durch die Entwicklung eines Kodierleitfadens und die Kodierung des Untersuchungsmaterials mit diesem Kodierleitfaden werden sowohl umfassende Zusammenfassungen über die unterschiedlichen Untersuchungsfälle hinweg als auch Vergleiche zwischen den einzelnen Fällen auf Basis identischer Kategorien ermöglicht (vgl. Kuckartz, 2012, S. 73f.).

In der Literatur finden sich unterschiedliche Varianten der qualitativen Inhaltsanalyse (z.B. Mayring, 1983; Kuckartz, 2012; Schreier, 2012), deren gemeinsamer Kern im ersten Schritt die Entwicklung eines Kodierleitfadens darstellt. In einem zweiten Schritt wird dann das Material den jeweiligen Kategorien zugewiesen. Damit wird dem Anspruch eines (a) *systematischen* sowie eines (b) *regelgeleiteten Vorgehens* Genüge getan. Dem Anspruch einer (c) *intersubjektiven Nachvollziehbarkeit* wird durch das genaue Beschreiben der einzelnen Schritte bei der Leitfadenerstellung sowie der Veröffentlichung des Kodierleitfadens Rechnung getragen. Im Folgenden werden die einzelnen Analyseschritte beschrieben:

Zunächst wurden die Interviews wörtlich transkribiert. Für die Transkription wurde ein einfaches Transkriptionssystem verwendet, wie es Dresing und Pehl (2011) vorschlugen. Dialekte wurden – soweit möglich – ins Hochdeutsche übersetzt. Darüber hinaus erfolgte bei Wortverschleifungen, Wort- und Satzabbrüchen weitestgehend eine Annäherung und Glättung ans Schriftdeutsch.

In einem ersten Analyseschritt fand eine umfangreiche *initiierende Textarbeit* statt (Kuckartz, 2012, S. 53ff.): Die ausgedruckten Interviewtranskripte wurden mehrmals mit Blick auf das Forschungsinteresse gelesen. Für jedes Interview wurde eine Fallübersicht erstellt, die den Inhalt mit Blick auf die Forschungsfragen zusammenfasst. Im Anschluss daran wurde der Kodierleitfaden, auf Basis von etwa der Hälfte der Interviews (N=13) entwickelt. Dabei wurde auf die Auswertungssoftware MAXQDA zurückgegriffen. Aus dem theoretischen Erklärungsmodell wurden zunächst die Ressourcenmobilisierung, die Gelegenheitsstrukturen (politisch, medial und diskursiv), das Framing und die Identität sowie die Protestrepertoires als Hauptkategorien deduziert. Mit Hilfe der Kodierleitfadenentwicklung sollten aus den Interviews induktiv Unterkategorien entwickelt werden. Dieser Prozess der induktiven Ergänzung von Subkategorien ist eine Variante des von Schreier (2012) vorgeschlagenen Verfahrens einer Mischung der Subsumption sowie des offenen sequenziellen Kodierens (Schreier, 2012, S. 89).

Zunächst wurden jene Textstellen, die Informationen zu den Hauptkategorien enthielten, markiert. Diese Textstellen lassen sich als Kodiereinheiten bezeichnen, da sie mit einer Kategorie in Verbindung gebracht werden können (Kuckartz, 2012, S. 47f.). Anders als in der quantitativen Inhaltsanalyse bleibt die Beziehung zwischen dem Ausgangsmaterial und den Kategorien immer nachvollziehbar: Man kann jederzeit auf die kodierten Textstellen zurückgreifen (Kuckartz, 2012, S. 48). Eine strikte formale Bestimmung der Kodiereinheiten ist nicht möglich. Die relevanten Textstellen, die einer Kategorie zugeordnet werden können, umfassen Satzteile, ganze Sätze sowie zum Teil auch einen gesamten Absatz.

Im Anschluss an die Zuweisung der Textstellen zu den aus dem theoretischen Modell deduzierten Hauptkategorien wurden diese Textstellen in jeweils einer Excel-Tabelle pro Hauptkategorie extrahiert. Eine solche Tabelle bestand aus den folgenden Feldern: Dokument (Dateiname des transkribierten Interviews), Code (die Hauptkategorie), Anfang/Ende (der Beginn und Ende des Absatzes, in dem eine Textstelle kodiert wurde) sowie Segment (kodierte Textstelle). Jeder dieser Tabellen wurden die folgenden Spalten hinzugefügt: Paraphrase, Abstraktion, Subkategorie.

In der Spalte „Paraphrase“ wurde für jede Textstelle eine Paraphrase gebildet. Die Paraphrasierung bot die Möglichkeit einer inhaltlichen Fokussierung. Mittels der Abstraktion wurden in einem zweiten Schritt die Inhalte der jeweiligen Paraphrase auf ihren Bedeutungskern verdichtet. Bereits bei dieser Verdichtung ließ sich zum Teil erkennen, dass Redundanzen unter den verschiedenen abstrahierten Segmenten entstanden, die sich dann gemeinsam zu einer Subkategorie zusammenfassen ließen.

Da einzelne Segmente auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen verortet werden können, waren die Paraphrasierungen und Abstraktionen zum Teil fast identisch mit dem ursprünglichen Segment (wenn die einzelne Aussage ohnehin schon sehr allgemein gehalten war). Andere Segmente waren wiederum zum Teil komplexere Gedankengänge (z.B. wenn die Interviewten Ereignisse, Personen oder Strukturelemente thematisierten). Gerade bei diesen „schwierigeren“ Segmenten erwies sich die schrittweise Entwicklung der Subkategorien als hilfreich.

Bei der Entwicklung der Kategorien trat der Fall auf, dass einzelne Textstellen, die zunächst einem Hauptcode zugewiesen wurden, sich bei der genaueren Betrachtung doch nicht auf die Hauptkategorie bezogen:

„Wir waren in Stuttgart vor fünf, sechs Jahren. Dort ist von dem Stadtführer schon gesagt worden, dass diese Planungen laufen. Man hat nichts gehört. Weil wahrscheinlich auch in Hinterstübchen oder so in den Projektierungsbüros, das alles gemacht wird. Und jetzt kommt das alles zum Vorschein.“

Bei diesem Beispiel handelte es sich um eine Aussage, die zunächst der Hauptkategorie *politische Gelegenheitsstrukturen* zugeordnet wurde. Thematisch ging es um den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs. Die Kernaussage ist, dass die Planungen erst zu einem späten Zeitpunkt an die Öffentlichkeit geraten. Diese Aussage stellt jedoch keinen direkten Bezug zum Thema „Netzausbau“ her. Bei solchen Textstellen wurde entschieden, diese für die induktive Bildung der Subkategorien nicht weiter zu betrachten. Solche Aussagen wurden in der Excel-Tabelle durchgestrichen. Damit diese Streichungen im Prozess der Leitfadententwicklung nachvollziehbar waren, blieben die durchgestrichenen Segmente in der Tabelle enthalten.

Im Anschluss an diesen Schritt wurden die entwickelten Subkategorien in einem weiteren Dokument (dem Kodierleitfaden) nach ihrer jeweiligen Hauptkategorie tabellarisch eingefügt. Für jede Unterkategorie wurde eine Kategoriendefinition erstellt. Aus den Textstellen wurden Ankerbeispiele eingefügt.

Nachdem der Kodierleitfaden fertiggestellt wurde, erfolgte eine Probekodierung anhand von zwei weiteren Interviews, welche für die Erstellung des Kodierleitfadens noch nicht verwendet wurden. Der Sinn dieser Pilotphase (Probekodierung) lag darin

zu prüfen, ob die Kategorien mit ihren Definitionen verständlich sind und ob weitere Kategorien ergänzt werden müssen. Im Rahmen dieser Pilotphase wurde die Kategorie *Gründungsgeschichte* ergänzt, um die Entstehungsgeschichte der Bürgerinitiative nachzeichnen zu können. Darüber hinaus wurde für die Repertoires die Subkategorie *konfrontativer Protest* ergänzt, da in den beiden Interviews Formen der Konfrontation thematisiert wurden. Schließlich wurde unter der Subkategorie der allgemeinen Äußerungen der Hauptkategorie Protestrepertoires noch die Unterkategorie *Ziel: Bürgerinformation* ergänzt.

Im Anschluss an diese Pilotphase wurden alle Interviews mit Hilfe des Kodierleitfadens kodiert. Während dieser Phase wurden auch umfangreiche Memos und Kommentare verfasst.

Im nächsten Auswertungsschritt erfolgte für jede Bürgerinitiative (Fall) eine detaillierte Analyse und Interpretation entlang der Hauptkategorien. Mittels *Triangulation* (Flick, 2008) wurden bei dieser kategorienbasierten Auswertung auch die gesammelten anderen Datenquellen der jeweiligen Bürgerinitiative (z.B. Dokumente und Beobachtungsprotokolle) zur Interpretation herangezogen. Dazu wurden die Dokumente, Fotos und Beobachtungsprotokolle im Vorfeld zur MAXQDA-Datei mit den kodierten Interviews hinzugefügt und indiziert. In separaten Dokumentenmemos wurde jeweils erläutert, um was für ein Dokument es sich konkret handelt.

Da insbesondere die Ressourcenmobilisierungstheorie aber auch die Theorie des Framing auf die Aspekte des Gruppenkonsenses sowie der kollektiven Identität verweisen, stellte sich die Frage, inwieweit die Interviewpartnerinnen und -partner einer Bürgerinitiative unterschiedliche Deutungen entwickelt haben und ob daraus Konflikte resultierten. Auf solche unterschiedlichen Wahrnehmungen wird im Rahmen der Vorstellung der einzelnen Fallstudien eingegangen. Hilfreich erwies sich die Triangulation der verschiedenen Daten insbesondere aber auch bei der Explikation: Wurde in den Interviews auf Mitgliederversammlungen oder auf bestimmte Elemente des Repertoires verwiesen (z.B. Unterschriftensammlungen, bestimmte Aktionen), konnte dem nachgegangen werden. Dies erlaubte es das „Innenleben“ der jeweiligen Bürgerinitiative, zumindest teilweise, empirisch zu rekonstruieren.

Diese Analyse der einzelnen Fälle wurde durch das Verfassen von Memos erleichtert. Darüber hinaus wurden zusammenfassende Tabellen erstellt. Schließlich erhielt jede Bürgerinitiative im Rahmen der Interpretation auch eine neue Bezeichnung. Diese Bezeichnung hatte zum Ziel die Besonderheit des jeweiligen Falles auf den Punkt zu bringen

Die folgende Darstellung der Fallstudien beginnt jeweils mit der Vorstellung der Erklärungsfaktoren (Ressourcenmobilisierung, Framing, Gelegenheitsstrukturen) und präsentiert dann die Kernaspekte des jeweiligen Protestrepertoires der Bürgerinitiative. Kategorienamen werden kursiv gesetzt. Am Ende jeder Vorstellung der Hauptkategorien eines Falles stehen die soeben erwähnten zusammenfassenden Tabellen. Bei der Vorstellung der einzelnen Fallstudien wird bereits auf offensichtliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen Fällen verwiesen. Diese Betrachtung soll jedoch nicht der systematischen Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Bürgerinitiativen und ihrer Mitglieder im Kapitel 5.3 vorgehen.

5.2.2 Fallstudie 1: *Wir sind nicht nur dagegen*

Die Bürgerinitiative 1 wurde am 29. September 2006 gegründet. An der Gründungsversammlung waren elf Personen beteiligt, darunter auch eine Lokaljournalistin der regionalen Tageszeitung „Freies Wort“ (Dokument: Gründungsprotokoll). Bis zum Jahr 2008 war die Bürgerinitiative durchaus als reine NIMBY-Initiative zu bezeichnen. Vor allem der damalige Vorsitzende der Bürgerinitiative setzte sich – nach den Aussagen der Interviewten – dafür ein, die Leitung lediglich zu den Nachbargemeinden zu „schieben“. Diese Zielsetzung wurde jedoch von den anderen Mitgliedern der Bürgerinitiative nicht geteilt. Nach einem internen Konflikt traten die anderen Mitglieder aus der Initiative aus und gründeten die Bürgerinitiative neu (Dokument: Neugründung). Dieser Bruch führte zu einer umfassenden inhaltlichen Neuorientierung der Bürgerinitiative und dem Beitritt in den Dachverband der thüringischen bzw. bayerischen Bürgerinitiativen gegen die Südwest-Kuppelleitung. Von allen untersuchten Bürgerinitiativen war die Bürgerinitiative 1 die einzige, die zunächst eine reine NIMBY-Strategie verfolgt hatte. Die folgenden Aussagen beziehen sich auf die neugegründete Initiative nach dem Jahr 2008. Es wurden insgesamt vier Interviews mit Mitgliedern der Bürgerinitiative geführt, darunter mit der Vorsitzenden sowie mit zwei Vertretern des engsten Kreises. Das vierte Interview wurde mit einem der beiden bereits interviewten Vertreter der Bürgerinitiative geführt, um weitere Fragen zu klären, die sich nach der ersten Sichtung der umfassenden Dokumentensammlung, die für die Forschung zur Verfügung gestellt worden war, ergeben hatten. Neben den Interviews sowie der Sammlung von BI-Dokumenten erfolgte zusätzlich eine fotografische Dokumentation der sichtbaren Zeichen der Bürgerinitiative im öffentlichen Raum.

5.2.2.1 *Ressourcenmobilisierung*

Wie ist die Bürgerinitiative strukturiert? Mit Blick auf die *interne Demokratie* gab es eine zentrale Führungsperson, die von den Mitgliedern in dieser Rolle eindeutig aner-

kannt wurde. Die gewählte formale Struktur ist ein *lockerer Zusammenschluss*. Neben der Führungsperson waren noch zwei weitere aktive Mitglieder im Kernteam engagiert.

Insgesamt verfügte die Bürgerinitiative über 20 Mitglieder. Die interne Kommunikation fand überwiegend telefonisch statt, was daran lag, dass im Kernteam nicht alle Personen über einen Internetanschluss verfügten (*Offliner*). Es fanden *regelmäßige Treffen* statt. An diesen Treffen nahm auch ein Großteil der Mitglieder teil. Die Einladung erfolgte telefonisch:

„...dann sind wir meistens so 15, 16 Leute schon mindestens. Also kommt schon der große Teil. Also wer irgendwie kann, der macht es dann auch möglich. Also ich rufe dann immer an rund rum und die sprechen sie sich dann auch untereinander ab, weil wie die eine Frau hat kein Fahrzeug oder so, und das funktioniert dann schon immer.“
(Interview_01_01, Abs. 70)

Die Ergebnisse der Treffen wurden nicht formell protokolliert. Allerdings führten einzelne Mitglieder Mitschriften, in denen sie sich beispielsweise die für sie anstehenden Aufgaben notierten. Die Treffen stellten die Kristallisationspunkte der gemeinsamen Entwicklung von Ideen dar:

„Ja, es ist ja immer belebend so etwas, man, das sage ich immer Brainstorming, das hat was für sich, wenn mehrere Leute über eine Sache reden. Es kommen immer mal neue Ideen dazu.“ (Interview_01_01, Abs. 76)

Eines der Mitglieder hatte *politische Erfahrungen* im Gemeinderat gesammelt. Die Vorsitzende war sowohl durch ihre berufliche Tätigkeit als auch als Betreiberin eines Restaurants und einer Pension in der Region bekannt.⁶ Insgesamt liegen keine den unmittelbaren regionalen Raum überschreitenden politischen Erfahrungen in der Bürgerinitiative vor. Die tiefe Verwurzelung in der Region ist die zentrale Ressource der Bürgerinitiative. Es wurde auch darauf verwiesen, dass einige der Kernmitglieder vorrangig *praktische Tätigkeiten*, wie die das Anbringen von Plakaten und Bannern, übernehmen. Im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit sowie die politische Lobbyarbeit war die Vorsitzende als *feste Sprecherin* anerkannt. Die Bürgerinitiative erhob *keinen Mitgliedsbeitrag*. Die meisten Ausgaben wurden durch die *Eigenmittel der Mitglieder*

⁶ Bei einer ersten Vor-Ort-Erkundung im April 2011 lagen Flyer für eine Demonstration der Bürgerinitiative in einer Bäckerei. Auf die Frage, wer im Ort verantwortlich dafür sei, wurde direkt auf die Vorsitzende verwiesen. Darüber hinaus wurde in mehreren anderen Leitfadeninterviews mit Aktivistinnen und Aktivisten anderer Initiativen darauf hingewiesen, dass die Vorsitzende der Bürgerinitiative über ihr berufliches Engagement bereits vor dem Engagement in der Bürgerinitiative in der Region bekannt war (Interview_03_01; Interview_06_04).

finanziert. Zusätzlich wurde aktiv auf die Vereine der Stadt zugegangen und um Unterstützung als *Sponsoren* gebeten (Dokument: Rundbrief). Um die weitere Finanzierung kostenintensiver Aktionen zu sichern, wurde durchaus auch ein *Fundraising geplant*, wenngleich diese Art der Finanzierung auch kritisch betrachtet wird, da dies den unangenehmen Anschein des „Hausierens“ hervorbringen könnte, was für die Reputation der Bürgerinitiative kritisch empfunden wurde.

Mit Blick auf die *zeitlichen Ressourcen* war es aus Sicht der Mitglieder des Kernteams praktisch, dass zumindest zwei von ihnen durch ihre Situation als Rentner bzw. Pensionäre mehr Zeit zur Verfügung haben. Es wurde thematisiert, dass einige als durchaus wichtig empfundene Aufgaben nicht geleistet werden konnten und dass man gezwungen sei, bestimmte Dinge nicht zu tun (*Zeitmanagement*):

„Wo man jetzt auch wieder was hat, wo man sagt, ok, das muss ich jetzt vor mir weg-schieben, wo man sagt, das könntest du besser machen. Hier könnte man noch in der Richtung was tun. Aber es ist einfach dann ein Zeitfaktor.“ (Interview_01_01 Abs. 65)

Mit Blick auf die *relationalen Ressourcen (Netzwerke)* stellte ein Mitglied fest, dass der innere Führungskreis so bekannt sei „wie die bunten Hunde“ (Interview_01_04, Abs. 11). Nach der Neugründung der Bürgerinitiative war diese dem Dachverband der regionalen Bürgerinitiativen beigetreten. Die Vorsitzende war gleichzeitig auch Mitglied im Vorstand des Dachverbandes. Über eigenständige Kontakte zu Bürgerinitiativen aus anderen Bundesländern verfügte die Bürgerinitiative nicht, diese wurden ausschließlich über den Dachverband hergestellt. Ein Mitglied aus dem Kernteam hatte Kontakt mit einem kritischen Wissenschaftler aufgenommen, der in der Folge auch auf einer gemeinsamen Demonstration aller Bürgerinitiativen des Dachverbandes als Redner gewonnen werden konnte.

5.2.2.2 Framing und Identität

Mit dem Austritt des gesamten Vorstandes und der gleichzeitigen Gründung einer neuen Bürgerinitiative im Jahr 2008 änderte sich auch das Framing der Bürgerinitiative. Insbesondere der Wahrnehmung, dass es sich bei der Bürgerinitiative lediglich um ein NIMBY-Engagement handelte, wurde entschieden entgegengetreten. Die Bürgerinitiative war als lokal begrenzte „Honoratioreninitiative“ gestartet, die ausschließlich die Betroffenheit der eigenen Gemeinde im Blick hatte. Was sich änderte, war der Blick auf das Problem: Aus Sicht derjenigen Mitglieder, die die Bürgerinitiative neu gründeten, ging es nicht darum, lediglich eine Partikularlösung für den eigenen Ort zu finden. Sie sahen sich als Teil der gesamten Region, die gemeinsam gegen die Leitung kämpft und eben als *keine NIMBYs*. Die Identität der Bürgerinitiative speiste sich daher vornehmlich aus dieser Identifikation mit der Region und der Verbundenheit mit der

(ganzen) Heimat (insbesondere dem Thüringer Wald). Zum Selbstbild gehörte auch die Betonung der *Überparteilichkeit* der Bürgerinitiative. Eine parteipolitische Profilierung Einzelner durch das Engagement bei den Bürgerinitiativen wurde abgelehnt. Dennoch gab es keine grundsätzlichen „ideologischen“ Vorbehalte gegenüber politischen Parteien (einzelne BI-Mitglieder waren durchaus Mitglieder in politischen Parteien):

„Wir sind für unsere Leute da, für unser Territorium und da gibt es keine Parteigrenzen.“ (Interview_01_02, Abs. 43)

„...also wir sind eine überparteiliche Bürgerinitiative. Es sind also parteilose, egal welcher Partei und so weiter, wenn die für das Ziel arbeiten, bin ich sehr dafür, aber wenn das parteipolitisch ausgeschlachtet wird, und deswegen, für mich ist jetzt nicht entscheidend, ob die Vorschläge von einer Grünen, einer Schwarzen, Gelben oder Roten kommen. Das ist mir ganz egal.“ (Interview_01_03, Abs. 18)

In der Bürgerinitiative hatte sich ein starkes Gemeinschaftsgefühl entwickelt, das sich aus dem gemeinsamen Ziel sowie der Identifikation mit der Region, seiner Landschaft und Natur heraus gründete. Gleichzeitig waren durch das Engagement in der BI auch neue soziale Kontakte entstanden.

Was war die Botschaft der Bürgerinitiative? Mit Blick auf die *Problemdefinition* wurde ausgesagt, dass die Höchstspannungsleitung *nicht notwendig* sei. Ein Teil des Problems liege in der mangelnden Kompetenz der Politikerinnen und Politiker in Bezug auf den Stromnetzausbau. Ein weiterer Bestandteil des Problems wurde in sachlich falschen Aussagen der Netzbetreiber gesehen. Letztlich würde vom Vorhabensträger an der aus der Perspektive der Bürgerinitiative überholten Technologie des Freileitungsbaus festgehalten. Auch in der Planung sei man nicht ehrlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Es wird eine *Salamitaktik* angewendet:

„Und jetzt kommt die Sache, es muss ja noch ein Extra-Umspannwerk gebaut werden für die ICE-Trasse. Und dann kommen die kleinen Dinge, die so nachgeschoben werden und die bringen halt dann den Verdruss und den Ärger. Also das ist nicht in Ordnung, dass man da nicht mehr Kommunikation am Anfang von solchen Projekten und die Leute einbindet.“ (Interview_01_03, Abs. 24)

Nach Einschätzung der Bürgerinitiative lag die *Ursache* für das Problem im Streben der Profitmaximierung der Unternehmen begründet. Diese Ursachenattribution war mit einer *moralischen Bewertung* verbunden, wie der folgende Ausschnitt aus einer Rede der Vorsitzenden der Bürgerinitiative in einer Ausschusssitzung des Thüringer Landtages verdeutlicht, der letztlich aussagt, dass die Unternehmen direkt gesundheitsgefährdende Grenzwerte bei der elektromagnetischen Strahlung durchsetzen:

„Ebenfalls durch dieses Bundesamt wird auf internationale Studien verwiesen, die besagen, dass Untersuchungen zu Leukämien im Kindesalter zeigen, dass eine statistisch auffällige Häufung bei Magnetfeldern oberhalb von 0,4 Mikrottesla auftritt. In Deutschland gilt ein Grenzwert von 100 Mikrottesla, die Schweizer wollen sich nicht mehr als einen Mikrottesla zumuten und in den dicht bevölkerten Niederlanden hat man 0,4 Mikrottesla als Maximum der Belastung angesetzt. Ein Schelm der Böses dabei denkt oder gar vom Lobbyismus der Stromkonzerne redet.“ (Dokument: Rede öffentliche Anhörung Landtag)

Blieb die Bürgerinitiative bei der Problembeschreibung, der Schuldzuweisung sowie moralischen Aufladung stehen oder entwickelte sie eigenständige Lösungsvorschläge? Aus dem oben vorgestellten Selbstbild der Bürgerinitiative ergab sich konsequenterweise auch die Notwendigkeit, eigene Lösungen anzubieten, die über eine reine „Dagegen“-Argumentation hinausgingen. Dazu zählte zunächst die Forderung nach Klärung der Notwendigkeit der Leitung, die von der Bürgerinitiative grundlegend angezweifelt wurde. Darüber hinaus wurden Alternativen zum Leitungsneubau zur Debatte gestellt. Dabei handelte es sich einerseits um eine *dezentrale Energieversorgung* und andererseits um die *Optimierung bestehender Leitungssysteme*. Diese Argumentationslinie ist mit der Argumentation der anderen Bürgerinitiativen im Projekt Südwest-Kuppelleitung identisch. Sie stellte das Ergebnis der gemeinsamen Mobilisierung von Expertise durch ein wissenschaftliches Gutachten dar, auf das bei der Vorstellung des Dachverbands (Fallstudie 6) eingegangen werden wird.

Ein besonderes Augenmerk legte eines der Mitglieder des Kernteams auf die *kooperative Planung*: In einem sachlichen Dialog mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern könnten die Planer auf das Wissen der Region zurückgreifen:

„Und da müssten, sage ich, müssten die Planer mit der 50 Hertz-Verantwortlichen, meiner Ansicht nach in jede Ortschaft und müssten sagen, wir wollen keine Schreierei oder irgendwas, keine unnötige Krakeelerei in Veranstaltungen. Aber in einer sachlichen Diskussion mit 20, 30 verantwortlichen Leuten sagen, am Mittwochabend um sieben kommen wir zur Diskussion oder und wollen über die Sache nochmal sachlich sprechen. Was ist möglich? Was müssten wir verändern? Was können wir gesetzlich verändern? Was würdet ihr von eurer regionalen Kenntnis verändern? Solche Dinge fehlen.“ (Interview_01_03, Abs. 56)

Diese Forderung nach einer kooperativen, partizipativen Planung und die Bereitschaft der Bürgerinitiative, einem solchen Dialogprozess nicht im Wege zu stehen, verdeutlichen die Ambivalenz, vor der die Bürgerinitiativen im Allgemeinen stehen: Einerseits lehnen sie die Planungen der Trassen ab, bezweifeln deren Notwendigkeit und sehen den Netzausbau vor allem durch das Profitstreben der Energiekonzerne motiviert. Mit dieser Problembeschreibung legitimieren sie ihren Widerstand. Andererseits wollen sie nicht als egoistische Gegner der Energiewende erscheinen. Aus diesem Grund müssen

sie Dialogbereitschaft sowie Fachkompetenz zur Schau stellen. Damit oszillieren sie in ihrer Argumentation zwischen einer klaren Botschaft der Verhinderung und einer Botschaft des *Dialoges*. Wenn sie direkt nach dem Ziel ihrer Bürgerinitiative gefragt werden, geben sie dennoch die Auskunft, dass ihr Ziel in der Konsequenz durchaus die *Verhinderung* ist. Es gibt demzufolge einen Unterschied zwischen diesem Ziel und den Frames. Die Frames liefern letztlich differenzierte Argumentationen in Bezug auf das Problem und dessen Lösung und somit die Begründung für die Legitimität des Ziels der Verhinderung.

5.2.2.3 Gelegenheitsstrukturen

Die Wahrnehmung der *politischen Gelegenheitsstrukturen* entspricht den subjektiven Theorien über die Offenheit der Politik gegenüber der Bürgerinitiative. Im Allgemeinen wurde von den Mitgliedern konstatiert, dass die Politik über Partei- und Fraktionszwänge funktioniere und einzelne Politikerinnen und Politiker, auch wenn sie in Bezug auf die Südwest-Kuppelleitung individuell anderer Ansicht seien, sich in diese Disziplin einfügten. Dies macht den Umgang mit Politikerinnen und Politikern schwer, da diese sich nicht für die Bürgerinitiative äußern und sich nicht klar positionieren:

„Obwohl ich denke, dass sie eigentlich persönlich eine andere Meinung haben. Die sie mir natürlich gegenüber auch nicht kundtun, oder auch nicht so offiziell oder für das Protokoll kundtun. Das ist ja klar. Aber dadurch, dass sie jetzt von hier stammen, aber das sind eben einfach Fraktionszwänge, sie sind da nicht offen, nicht ehrlich.“

(Interview_01_01, Abs. 101)

Die Gelegenheitsstrukturen der Kommunal- und Regionalpolitik gegenüber dem Anliegen der Bürgerinitiative wurden von den Mitgliedern der Bürgerinitiative als offen wahrgenommen. Sämtliche kommunale Gremien hätten sich in Stellungnahmen gegen die Trasse positioniert. Darüber hinaus erhielt die Bürgerinitiative aktive Unterstützung durch die Kommunalpolitik: So trat der Ortsbürgermeister auf einer gemeinsamen Demonstration aller Trassengegner vor Ort mit einem Grußwort auf. Gleichzeitig hatte sich die Kommune auch an der Finanzierung des oben bereits erwähnten wissenschaftlichen Gutachtens beteiligt. Auch wenn nicht alle Verantwortlichen in der Kommunalpolitik von den Erfolgsaussichten des Widerstands gegen die Trasse überzeugt waren, wurde das Verhältnis aus Sicht der Bürgerinitiativen als *Kooperation* und zum Teil sogar als Arbeitsteilung beschrieben:

„Also wenn man jetzt mal so den Stadtrat Revue passieren ließe, gibt es natürlich dort auch Leute wo sagen, wir verhindern das sowieso nicht. Das ist geteilt. Allerdings muss man dazu sagen, auch die Stadt (...) hat ihren Beitrag für dieses erste Gutachten vom Professor Jarass geleistet. Also dahingehend sind sie schon immer an Informationen

interessiert. Ich denke mir mal, sie überlassen uns in der Beziehung ganz gerne das Feld (lacht).“ (Interview_01_01, Abs. 95)

Die Gelegenheitsstrukturen auf der *Landesebene* sowie der *Bundesebene* waren wiederum mehr oder weniger geschlossen. In Bezug auf die Abgeordneten herrschte die bereits vorgestellte Wahrnehmung vor, dass diese sich in die Fraktionsdisziplin einfügten. Die entsprechenden Politikerinnen und Politiker hätten kein Gehör für die Bürgerinitiativen sowie die Bürgerinnen und Bürger:

„Aber dass die mal öffentlich auftreten und sagen ‚pass auf‘ oder sich, ich weiß nicht, vielleicht in Erfurt, die Landtagsabgeordneten, wenn die, oder tun wir jetzt mal sagen ‚Mensch wir müssen das überdenken.‘ ‚Guckt doch mal die Bürger, das sind ja alles Leute, die also nicht ganz ohne sind. Die haben ja ihre eigenen Gedanken. Setzen wir uns mal zusammen um einen Konsens zu finden.‘ Und das vermisse ich eigentlich etwas, auch in der Vergangenheit.“ (Interview_01_03, Abs. 16)

Wie sah es mit der Wahrnehmung der Offenheit der Medien für die Anliegen der Bürgerinitiative aus? Aus Sicht der Bürgerinitiative war eine klare Aufteilung festzustellen. Mit Blick auf die Berichterstattung der Medien wurden lediglich die lokalen/regionalen Medien als offen für die Anliegen der Bürgerinitiative wahrgenommen. Den überregionalen Medien wurde ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. In diesen würden die Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiativen lediglich als „Stammtischdiskutant irgendwo in eine Ecke“ gestellt (Interview_01_01, Abs. 89).

Die Qualität der medialen Berichterstattung wurde an dem Kriterium gemessen, ob sich die eigenen Aussagen ungekürzt in den medialen Texten wiederfinden ließen. Insbesondere beim Fernsehen war das nicht der Fall. Vor allem aus den Aussagen eines Interviewten ließ sich ableiten, dass er den Medien generell eine große Wirkung auf die Mobilisierungsfähigkeit der Bevölkerung attestierte. Genau aus diesem Grund war diese Person besonders kritisch, wenn die Aussagen der Bürgerinitiative gekürzt wurden:

„Es wird gekürzt und gestrichen, vielleicht ein Viertel raus und was wir, wo wir denken was wichtig ist, das ist meistens so nebenbei. Und das ist nicht gut.“ (Interview_01_04, Abs. 8)

„Erstens sehr spät, dass keiner groß aufpasst und das also mitkriegt. Und dann hat also einer hinterher gesagt. Ich weiß nicht, war es der Reporter? Zum Schluss kam raus. Naja, wir versuchen es zwar, aber ganz verhindern werden wir es nicht können. Und das war ganz schlecht.“ (Interview_01_04, Abs. 8)

„...es ist manchmal auch nicht so wiedergegeben worden, wie es unsere Vorsitzende oder ein anderer sagt. Da ist immer so ein Hintergedanke. Wissen Sie, man kann das auslegen und sagen so pass auf. Neulich stand wieder was dazu, hat sie uns erzählt, also wir

sind nicht mehr so aktuell. So kam das da raus. Also die haben nachgelassen. Und das stimmt aber nicht.“ (Interview_01_02, Abs. 67)

Aus diesen Aussagen sowie aus den Aussagen zur regionalen Berichterstattung wird deutlich, dass sich dieses Mitglied eine aktive Positionierung der Medien für die Interessen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger wünschte. So wurde mit Verweis auf die regionale Tageszeitung positiv angemerkt, dass diese „eigentlich gut für uns geschrieben“ hat. Es wurde „nichts weggelassen. Meinung geschrieben, zack, zack, zack.“ (Interview_01_04, Abs. 15).

Bislang wurde deutlich, dass den Medien ein negativer Einfluss auf die Mobilisierungsfähigkeit der Bevölkerung attestiert wurde. Es stellt sich jedoch die Frage, wie offen die Bevölkerung für das Anliegen der Bürgerinitiative generell ist? Schließlich tritt eine Bürgerinitiative im Namen der Bürgerinnen und Bürger auf. Zunächst wurde ein gewisses Maß an *Apathie* attribuiert. Darüber hinaus machten zu wenige Bürgerinnen und Bürger von den Beteiligungsmöglichkeiten Gebrauch, die ihnen im Rahmen der Planungsverfahren zur Verfügung stehen:

„... aber viele sagen auch, ihr könnt ja sowieso nichts ändern. Das haben die da oben ja schon beschlossen.“ (Interview_01_01, Abs. 107)

„Ich muss aber auch sagen, das wollte ich noch erzählen, dass auch unsere Bürger, obwohl die Möglichkeiten sind, das Interesse solange das nicht konkret ist, ich meine jetzt Raumordnungsverfahren, Planfeststellung, vielleicht dann schon besser. Aber wenig Interesse da ist.“ (Interview_01_03, Abs. 35)

Dieses Desinteresse wurde von den Mitgliedern damit begründet, dass das Engagement in den neuen Bundesländern aufgrund der Erfahrungen in der DDR bei weitem nicht so stark ausgeprägt sei wie in den alten Bundesländern (*Ostdeutsche*):

„Und das sind solche Sachen, das ist im Bayerischen mehr. Da wissen die Leute von ihrem Recht, dort zu protestieren, Gebrauch zu machen. Das ist im Osten verkümmert, will ich sagen. Durch die Entwicklung auch: 40 Jahre haben wir gesagt, naja die machen einfach was sie wollen und das ist jetzt noch vorhanden.“ (Interview_01_03, Abs. 31)

In der folgenden Tabelle sind die zentralen Ergebnisse mit Blick auf die Dimensionen der Ressourcenmobilisierung, des Framing und der Identität sowie der Wahrnehmung der Gelegenheitsstrukturen zusammengefasst.

Tabelle 15: *Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 1*

| Hauptkategorie | Zusammenfassung |
|--------------------------------|---|
| Ressourcenmobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Starke Fokussierung auf eine zentrale Führungspersönlichkeit • Keine Erfahrungen auf Landes- sowie Bundesebene und keine Erfahrungen in sozialer Bewegung • Expertise liegt vor allem in der tiefen Verwurzelung mit der Region |
| Framing & Identität | <ul style="list-style-type: none"> • Engagement speist sich aus Verbundenheit mit der gesamten Region • Starke Identifikation und eingespielte Routinen durch regelmäßige Treffen und gemeinsame Ideenentwicklung • Bürgerinitiative ist keine NIMBY-Initiative • Parteipolitische Äquidistanz • Trasse ist nicht notwendig |
| Gelegenheitsstrukturen | <ul style="list-style-type: none"> • Abgesehen von der kommunalpolitischen Ebene gibt es kaum Unterstützung für die Position der Bürgerinitiative • Lediglich die regionalen Medien berichten im Sinn der Bürgerinitiative • Zum Teil Erwartungen direkter Unterstützung des Anliegens der BI durch die Medien („Aufklärung“) • Die Grenzen der Mobilisierbarkeit liegen im mangelnden Interesse der Bevölkerung • Mobilisierungsschwierigkeiten zum Teil auch in der ostdeutschen Sozialisation der Bevölkerung begründet |

5.2.2.4 *Repertoire*

Wie ging die Bürgerinitiative mit der Herausforderung durch die Planung der Höchstspannungstrasse um: Welches Protestrepertoire entwickelte sie? Die erste öffentliche Aktion war eine *Unterschriftensammlung*. Die Mitglieder gingen von Haus zu Haus und informierten die Bevölkerung über die Initiative und sammelten Unterschriften gegen das Leitungsprojekt. Nach den Aussagen eines Mitglieds konnte die Unterschriftenliste in Folge der Spaltung der Initiative nicht weiter genutzt werden. Mit der Unterschriftensammlung wurden zwei Ziele verfolgt: Zum einen die Information der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Zum anderen wurde versucht, nach der Aussage eines internen Dokumentes der Bürgerinitiative bis zu den „entscheidenden Organen in Berlin durchzudringen“ (Dokument: Internes Dokument Unterschriftensammlung). Gleichzeitig sollten unterschriebene Unterschriftenlisten bei dem ersten Besuch eines Fernsehteam in der Region bereits vorliegen.

Diese Unterschriftensammlung wurde mit Hilfe zweier *Flyer* flankiert: Der erste umfasste eine schematische Darstellung des möglichen Trassenverlaufs (Dokument: Trassenverlauf). Der zweite zeigte eine Fotomontage, die abbildete, wie die Masten in etwa aussehen würden und einen Größenvergleich der Masten mit denen des Kirchturmes im Ort bzw. den derzeit vorhandenen Masten in der Region (Dokument: Größenvergleich). Diese zentrale Aktion wurde als Erfolg bewertet:

„Das ist, ja mehr kann man in diesem Bereich erst mal nicht machen, das heißt die sind ja alle aufgeklärt, wenn die Listen mit über 1000 Unterschriften (...). Die Leute wissen worum es geht.“ (Interview_01_02, Abs. 79)

Mittels dieser Unterschriftenliste wurde durchaus eine Protestlogik der *Logic of Numbers* verfolgt. Bei der Unterschriftensammlung kamen über 1.000 Unterschriften zusammen (der Ort hat rund 3.000 Einwohner).

Mit einem weiteren Element des Repertoires der Bürgerinitiative wurde das Thema zusätzlich kontinuierlich in der Bevölkerung vor Ort wachgehalten: Weithin sichtbar in der unmittelbaren Region waren Hinweistafeln und Schilder, die von der Bürgerinitiative gestaltet und aufgestellt wurden. Diese Schilder wurden während drei vor-Ort-Besuchen des Feldes fotografisch dokumentiert. In der Konsequenz ist es beim Durchqueren des Ortes praktisch unmöglich, auf keine Zeichen des Widerstands gegen die Trasse zu treffen (Abbildung 7)

Abbildung 7: *Agenda Setting der Bürgerinitiative 1 im öffentlichen Raum*



Auch für die Demonstrationen der Trassengegner in Thüringen wurden an vielen Stellen Plakate aufgehängt, Flyer lagen in verschiedenen Läden, z.B. in der Bäckerei, aus. Dieses kontinuierliche *Agenda Setting* im öffentlichen Raum wurde von den Mitgliedern der Bürgerinitiative als sehr wichtig empfunden:

„Dort haben wir auch gesagt, ‚gut macht das, dokumentiert das an den Ortseingängen‘, wir haben ja jetzt in jedem Ortseingang das Schild, die Bürger (...) sind gegen diese 380kV-Leitung. Zwar nur kleine Schilder, aber so. Wir haben (...) ein Schaufenster gestaltet. Da haben wir eben solche Werbesprüche, wie da ‚Stoppt die Leitung‘ und so weiter aufgehängt und haben das immer aktualisiert und haben dann auch Werbung für den Ostermarsch gemacht oder für solche Sachen. Das läuft immer weiter und das machen wir auch. Und das würde ich auch sagen ist wirksam.“ (Interview_01_03, Abs. 34)

Das Agenda Setting der Initiative im öffentlichen Raum wurde auch durch die Bürgerinitiative offen propagiert: Die Mitglieder der Bürgerinitiative forderten die Bevölkerung auf, ihren Widerstand zu demonstrieren, z.B. indem sie ein Betttuch mit einem Spruch oder Slogan an ihre Hauswände hängen. Diese Strategie lässt sich durchaus als „virales Marketing“ verstehen:

„Ich habe zum Beispiel in (...) gesagt, ich habe gesagt, es ist jeder in der Lage ein altes Betttuch rauszuhängen aus seinem Fenster und darauf einen Spruch zu schreiben, wir sind gegen die Leitung.“ (Interview 01_03_Abs. 30)

Die Bürgerinitiative verfügte darüber hinaus über eine *Website*. Diese Website wurde allerdings nicht direkt von Kernmitgliedern der Bürgerinitiative erstellt, sondern vielmehr von einem Bewohner des Ortes, der selbst nicht mehr dort wohnte. Hier war es der Bürgerinitiative gelungen, Solidarität zu mobilisieren. Für die Arbeit der Bürgerinitiative spielte diese Website jedoch keine wichtige Rolle. Sie wurde in den Interviews lediglich am Rande erwähnt. Dies lag sicherlich daran, dass unter den Mitgliedern, wie oben bereits beschrieben, eine nennenswerte Zahl von Offlinern vertreten war, und nicht zuletzt auch daran, dass über die anderen Kanäle bereits eine intensive öffentliche Mobilisierung erfolgte. Diese vorgestellten Elemente des Protestrepertoires der Bürgerinitiative 1 zeigen, dass diese umfangreiche Formen der Gegenöffentlichkeit hergestellt hatte.

Neben dieser öffentlichen Demonstration des Widerstands mobilisierten die Mitglieder der Initiative für den jährlichen Demonstrationmarsch der gesamten der Trassengegner. Im Jahr 2011 war die Bürgerinitiative selbst Gastgeberin und Organisatorin dieses Protestereignisses. Die Bürgerinitiative nahm darüber hinaus auch an weiteren gemeinsamen Protestereignissen, wie z.B. einer Demonstration vor dem Thüringer Landtag, teil.

Es wurde thematisiert, dass die Demonstrationen nicht den gewünschten Erfolg bewirken konnten, da sich nicht genügend Menschen mobilisieren ließen. Diese Tatsache wurde direkt auf die Mentalität der Bevölkerung im „Osten“ zurückgeführt. Infolge der konkreten diskursiven Gelegenheitsstrukturen in der Region seien die Potenziale des Protests der Bürgerinitiative begrenzt gewesen (siehe Beschreibung der Gelegenheitsstrukturen oben).

Die soeben beschriebenen Elemente des Repertoires können unter die Dimension der *quantitativen Mobilisierung* subsumiert werden: Es soll eine möglichst große Öffentlichkeit mobilisiert werden (wenngleich diese auf die Gegebenheiten einer regionalen Öffentlichkeit beschränkt ist). Darüber hinaus verfolgte die Bürgerinitiative auch die Strategie einer *qualitativen Mobilisierung* im Rahmen der Genehmigungsverfahren: So

wurden Einwendungen für das Raumordnungsverfahren von Bürgerinnen und Bürgern mobilisiert. Auch für diese qualitative Mobilisierung wurden eigene mediale Angebote erstellt. In zwei Flyern wurden die notwendigen Informationen zusammengetragen: Auf einem waren die möglichen Trassenkorridore abgebildet und das Verfahren wurde beschrieben. Auf dem anderen wurden Argumentationshilfen sowie weitere Hinweise für das Verfassen einer Einwendung dokumentiert (Dokument: Flyer RoV).

Dass diese Mobilisierung von Stellungnahmen den begrifflichen Rahmen der „qualitativen“ Mobilisierung durch das Selbstverständnis der Bürgerinitiative durchaus sprengt, wurde auf einem Flyer deutlich: Die Bürgerinitiative versuchte, möglichst alle Menschen in der Region zu erreichen und diese zu Einwendungen zu bewegen. Nicht nur potenziell besonders stark Betroffene wurden angesprochen. Insofern wurde auch beim Raumordnungsverfahren eine Massenmobilisierung angestrebt:

„Mobilisieren müssen wir alle, die noch zögern, aktiv zu werden. Ob in der Verwandtschaft, Freundeskreis, in der Arbeit oder im Verein. Jeder kann ein Multiplikator sein und wirklich aktiv beim Verhindern der Trasse sein. (...) Es ist an der Zeit, dieses Thema anzusprechen – überall.“ (Dokument: Flyer RoV)

Enger im Rahmen der qualitativen Mobilisierung standen die eigenständigen Kontakte der Bürgerinitiative 1 mit den politischen Entscheidungsträgern: Diese umfassten sowohl die Kommunalpolitiker (wie z.B. die Landrätin, die verschiedenen Ortsbürgermeister) als auch die Landtagsabgeordneten der Region. In Sitzungen des Gemeinderats konnten Vertreter der Bürgerinitiative ihr Anliegen vertreten. Diese qualitative Mobilisierung führte aus Sicht der Bürgerinitiative dazu, dass sich die Kommunalpolitik eindeutig gegen die Trasse positioniert hatte.

Die „Medienarbeit“ wurde vor allem von der Vorsitzenden der Bürgerinitiative gemacht. Dabei war diese sowohl Ansprechpartnerin für die Medien als auch diejenige, die aktiv Pressemitteilungen schrieb, mit den Journalisten Kontakt aufnahm und hielt. Für die Medienarbeit waren ausschließlich regionale Medien, d.h. das Freie Wort, der Wochenspiegel sowie das Amtsblatt, von Bedeutung. Es hatte sich, wie oben bereits erwähnt, eine feste Strukturierung der Initiative durch die Bildung einer Sprecherrolle ergeben:

„Es hat ja jetzt keinen Zweck, dass jeder was anderes schreibt. Und das macht sie sehr gut und sie ist ja auch immer präsent und wenn was ist, sagt sie auch wir müssen uns wieder mal in der Presse zeigen.“ (Interview_01_03, Abs. 45)

Aus dem Material wird deutlich, dass die Einschätzung der medialen und politischen Gelegenheitsstrukturen die Arbeit der Initiative prägte: Insbesondere Kontakte zu Politikern der lokalen und regionalen Ebene wurden immer wieder gesucht. Diese seien für

das Anliegen der Bürgerinitiative offen. Dennoch war es erforderlich, das Thema Stromtrasse kontinuierlich auf die politische Agenda zu setzen. Für das Herstellen einer regionalen massenmedialen Öffentlichkeit war der gute Kontakt mit der Zeitung „Freies Wort“ entscheidend. Aus keinem der Interviews wurde ersichtlich, dass aufgrund der negativen Wahrnehmung der überregionalen Medien generell auf eine Zusammenarbeit mit diesen verzichtet worden wäre (Strategie der Abstinenz). Es lag keine „Boykott“-Stimmung vor. Die überregionalen Medien spielten für die Arbeit der Bürgerinitiative jedoch keine Rolle. In der Tabelle 16 sind die zentralen Ergebnisse im Hinblick auf die Protestrepertoires der Bürgerinitiative 1 zusammengefasst.

Tabelle 16: *Das Repertoire der Bürgerinitiative 1 im Überblick*

| Repertoire | Zusammenfassung |
|-----------------------------------|--|
| Qualitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Kooperation mit der Kommunalpolitik • Informationskampagnen und Mobilisierung von Einwendungen im Rahmen der Genehmigungsverfahren |
| Quantitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Logic of Numbers: Mit einer Unterschriftensammlung und über die Teilnahme an Demonstrationen wird auf das Thema deutlich verwiesen • „Virales Marketing“: Bürgerinnen und Bürger werden aktiv gebeten, ihren Widerstand öffentlich kundzutun • Medienarbeit: Konzentration auf regionale Tagespresse |
| Gegenöffentlichkeit | <ul style="list-style-type: none"> • Agenda Setting im öffentlichen Raum durch Banner und Plakate, die Gestaltung eines „Schaufensters“ und verschiedener eigener Medien (Flyer und Website) |

5.2.3 Fallstudie 2: Die Enttäuschten

Der zweite Fall kann als die „Nachbarinitiative“ der Bürgerinitiative 1 bezeichnet werden. Die Bereiche, in denen sie die jeweilige Bevölkerung vertreten, berühren sich direkt. Die Bürgerinitiative wurde im Jahr 2007 gegründet. Auf einer Bürgerversammlung hatte der Ortsbürgermeister die Bürgerinnen und Bürger über das Vorhaben Südwest-Kuppelleitung informiert. Hier liegt bereits ein Unterschied in der grundlegenden Mobilisierung: Während im Fall 1 zunächst lokale Honoratioren angesprochen wurden, um eine Bürgerinitiative zu gründen, die im nächsten Schritt „an die Öffentlichkeit geht“, wurde im Fall 2 durch den Ortsbürgermeister eine kommunale Öffentlichkeit hergestellt. Im Anschluss an diese Bürgerversammlung fanden sich eine Reihe der Teilnehmenden zusammen, um einen Termin zu vereinbaren, an dem dann die Bürgerinitiative gegründet wurde. Die Bürgerinitiative hatte im Untersuchungszeitraum ungefähr 70 Mitglieder. Es gab keine feste Mitgliederstruktur. Allerdings hatte die Bürgerinitiative einen „Vorstand“, der die Kernaktivisten der Initiative umfasste. Diesem Vorstand gehörten ungefähr 12 Personen an. Auch der Ortsbürgermeister war Mitglied

in diesem Vorstand. Mit sechs Personen aus diesem Vorstand wurden Interviews geführt. Vorab wurde eine Mitgliederversammlung besucht, bei der das Forschungsanliegen vorgestellt wurde. In Ergänzung zu den Interviews erfolgten eine Sammlung von BI-Dokumenten sowie eine fotografische Dokumentation sichtbarer Zeichen der Bürgerinitiative im öffentlichen Raum.

5.2.3.1 Ressourcenmobilisierung

In Bezug auf die *interne Demokratie* hatten sich in der Bürgerinitiative Formen der *Gelegenheitskommunikation* etabliert, was bedeutet, dass operative Entscheidungen mit Blick auf Politikkontakte und auf die Medienarbeit, bei Gelegenheit getroffen wurden:

„Und ich sage mal so, man darf eben nicht vergessen, man lebt ja auch noch. Und oftmals passierte es einfach, man traf sich auf einer Feier, oder auf der Straße oder beim Einkaufen und da wurde hier das und das ist als nächstes dran. Was hältst denn du davon? Also man hatte sich das okay der anderen nicht unbedingt immer nur bei einer Versammlung abgeholt, sondern einfach auch mal auf der Straße. Also man wusste, dass das was gemacht wurde, schon im Sinn aller war. Oder man hat auch einfach mal den Hörer in die Hand genommen oder per E-Mail.“ (Interview_02_03, Abs. 26)

Diese Formen der Gelegenheitsabstimmungen stellten nicht den grundsätzlichen basisdemokratischen Anspruch der Bürgerinitiative in Frage (wie ihn ein Mitglied des Vorstands formulierte). Dennoch ergab sich im Vorstand der Bürgerinitiative eine weitere Binnendifferenzierung. Es waren vor allem zwei Personen, die maßgeblich die Arbeit der Bürgerinitiative prägten. Diese Entwicklung wurde als natürlicher Prozess empfunden, da sich diese erweiterten Führungspositionen aus der jeweiligen Expertise der Mitglieder heraus ergaben:

„Und in der BI, im Laufe der Zeit, hat sich dann für mich (...) ein Stück weit heraus kristallisiert, wenn wir im Landtag sprechen, wenn wir an der TU Ilmenau oder an anderen Unistandorten oder ähnlichen sprechen, dass ich dann da die Rede übernehme. Ja, das ist so im Großen und Ganzen ein Stück weit meine Aufgabe in der BI, also wenn irgendwelche öffentlichen Auftritte sind, dass ich da die Reden übernehme.“ (Interview_02_02, Abs. 5)

Die anderen Vorstandsmitglieder empfanden nicht, dass sie spezifische Rollen übernahmen. Sie erledigten vielmehr Aufgaben, die anfallen, wie beispielsweise die Protokollführung, das Verteilen von Flyern etc.:

„Konkrete Aufgaben haben wir eigentlich gar nicht. Wir sind halt dafür da, dass dieser ganze Kreis erst mal so wie er ist, zusammenhält. Organisieren tun wir alle Mann im Vorstand. Naja und dann setzen wir uns halt zusammen. Und unterhalten uns über das, was geschehen ist, was geschehen soll und dann beratschlagen wir im Prinzip, wie wir

das Ganze den Bürgern nahe tragen, was in ihrem Umkreis passiert oder passiert ist oder passieren wird.“ (Interview_02_01, Abs. 3)

„Da hat dann jeder so seine Aufgaben. Und ich meine bei einer Sitzung, mal kommt es zum Protokoll Schreiben, mal dieses, mal jenes. Also es ist immer unterschiedlich. Aber einen Titel in dem Sinne gibt es nicht oder eine Funktion im Vorstand.“
(Interview_02_04, Abs. 4)

Ähnlich wie im Fall 1 reichten die politischen Erfahrungen nicht über den regionalen Raum hinaus. Dennoch war mit dem Ortsbürgermeister als Mitglied der Initiative der direkte Kontakt mit höheren politischen Ebenen (z.B. Kreistag) hergestellt. Zwei der interviewten Mitglieder waren bereits vor ihrem Engagement in der Bürgerinitiative im Gemeinderat aktiv. Die Erfahrungen und Kontakte konnten für die Arbeit in der Bürgerinitiative genutzt werden:

„Na ich sage mal so. Als Gemeinderatsmitglied hat man viel Kontakt auch insgesamt zu den Bürgern gehabt, die Bürger kennen lernen können. Ja persönliche Kontakte auch herstellen können. Und ich meine, das macht dann die Arbeit in der Bürgerinitiative auch leichter, wenn man den einen oder anderen mal ansprechen muss. Und mal für irgendwelche Aktivitäten, ja, gewinnen möchte.“ (Interview_02_04, Abs. 16)

Trotz dieser kommunalpolitischen Kompetenzen wurde während des Gründungsprozesses der Bürgerinitiative durchaus „Unerfahrenheit“ konstatiert. Keine der Personen war vorher in einer anderen Bürgerinitiative oder in einer Bewegungsorganisation tätig:

„Nachdem wir dann unsere erste Vorstandssitzung hatten, haben wir ganz einfach überlegt, wie kann man da jetzt überhaupt ran gehen? Wir waren ja da ratlos. Wir hatten dahingehend auch noch keine Erfahrung. Ich selber war noch in keiner anderen Bürgerinitiative vorher zugegen.“ (Interview_02_03, Abs. 17)

„Und wie gesagt, wie wir angefangen haben, da hatten wir noch Kontakt mit jemanden (...). Die hatten eine Bürgerinitiative gegründet, das war irgendwas mit Trinkwasser. Den haben wir mal gefragt, ‚wie habt ihr das gemacht?‘ Ja das war so ein bisschen so, ‚habt ihr da irgendwie einen festen Vorstand gewählt oder?‘ und der hat uns da ein bisschen dabei Tipps gegeben. Dass man da eben, wie gesagt wir sind ja kein Verein oder so was. Und das waren so ein bisschen organisatorische Sachen. Den konnten wir dann mal so fragen. Sonst haben wir uns im Nachhinein in alles eingearbeitet.“
(Interview_02_06, Abs. 63)

Mit Blick auf weitere Kompetenzen hatte sich, wie bereits erwähnt, eine *Sprecherrolle* herausgebildet. Für die inhaltliche Auseinandersetzung war es aus Sicht der Mitglieder wichtig, auch die eigene Technikkompetenz zu entwickeln. Sie gingen davon aus, dass die Bürgerinitiative nur dann überzeugend argumentieren könne, wenn sie über das entsprechende Knowhow verfügt:

„Weil man muss ja trotzdem immer, das Wissen weiter vermitteln und die Leute, die Bürger müssen ja auch durch unsere Arbeit, die wir eben auch machen, es muss ja Hand und Fuß haben.“ (Interview_02_02, Abs. 65)

„Klar braucht jeder Strom. Vor allen Dingen, so sinnlose Kommentare, wie ‚ihr braucht ja sowieso keinen Strom, ihr heizt ja mit Holz und habt die Kerzen abends auf dem Tisch stehen.‘ So braucht einer nicht zu diskutieren. Aber es gibt auch wirklich richtige wissenschaftliche Fragen, Aspekte. Wir haben ja auch Ingenieure hier der Gegend und auch Leute, die studiert haben.“ (Interview_02_01, Abs. 77)

Gerade im Hinblick auf die technische Expertise wurde die Integration in den Dachverband als entscheidend empfunden. Da, anders als im Fall 1, von Anfang an die Idee vorherrschend war, dass der Erfolg wahrscheinlicher werde, wenn sich verschiedene Bürgerinitiativen zusammenschließen, wurde der Kontakt mit dem Dachverband gesucht:

„Und wir haben uns gesagt, bevor wir jetzt hier herumkriechen ganz alleine, als kleine Bürgerinitiative, da sollten wir uns zusammenschließen mit denen, die haben schon die Erfahrung, die bringen Leute mit, die kennen sich technisch aus, die haben Ingenieure, die sich gerade in der Elektrotechnik auskennen auch, die wissen von was sie reden.“ (Interview_02_06, Abs. 64)

Im Gegensatz zum Fall 1, in dem auch nach mehreren Jahren Aktivität noch regelmäßige Treffen der Bürgerinitiative stattfanden, hatte es sich im Laufe der Zeit im Fall 2 ergeben, dass die Treffen *anlassbezogen* stattfinden:

„Und früher haben wir uns, wie gesagt, am Anfang da haben wir uns dreimal im Monat getroffen, da haben wir besprochen, um was es geht. Weil da war ja auch viel unklar. War ja noch sehr viel unklar, wie was wird gemacht. Und das ist ja im Großen und Ganzen jetzt alles schon durch. Wir wissen um was es geht und so weiter.“ (Interview_02_06, Abs. 35)

An dieser Aussage wird einer der Gründe deutlich, warum die Treffen seltener wurden: Nach einer gewissen Zeit hatten die Mitglieder einen als ausreichend empfundenen Informationsstand, Fragen wurden seltener. Darüber hinaus ist ein weiterer Grund, dass zwischen den verschiedenen Genehmigungsverfahren weniger Arbeit für die Bürgerinitiative anfiel. Dennoch wurde im Vorstand durchaus wahrgenommen, dass neben den Vorstandssitzungen auch „große“ Mitgliederversammlungen wichtig sind:

„Wir haben jetzt auch für August wieder eine Mitgliederversammlung organisiert, bzw. wieder angestellt, dass wieder eine durchgeführt wird. Weil, wir sagen, es wird halt dann auch wieder mal Zeit, dass halt auch die Bürger nicht denken ‚Oh, das ist jetzt alles wieder gegessen‘. Weil es ist ja eigentlich so, wie gesagt, das Raumordnungsverfahren hat ja nun dargestellt, dass die Trassenführung (...) nicht unmittelbar hier vorbei geht. Aber es ist ja eigentlich unsere Aufgabe, dass wir eigentlich das überhaupt nicht wollen.“

Also ob die jetzt hier vorbei geht oder dort oben oder irgendwo anders.“
(Interview_02_02, Abs. 18)

Die interne Kommunikation erfolgte, stärker als in der Bürgerinitiative 1, neben dem Telefon auch über E-Mail (*E-Mail und Telefon*). Allerdings gab es auch in der Bürgerinitiative 2 *Offliner*. Die Mitglieder hatten den Anspruch, diese Offliner zu informieren:

„Ich meine sicher, es werden die, die jetzt die Möglichkeit haben reinzugehen, einen Computer haben auch nutzen. Bei den älteren Menschen ist es halt schwierig. Haben sie einen oder kommen sie überhaupt damit zurecht? Also die werden sicherlich dann darauf keinen Zugriff haben oder halt dann auch das nicht so nutzen. Die sind dann halt wirklich auf uns angewiesen, dass wir einfach die Informationen ihnen dann weiter geben, in Form von Versammlungen, Flyer.“ (Interview_02_02, Abs. 17)

5.2.3.2 *Framing und Identität*

Ähnlich wie die Kernaktivisten im Fall 1 wurde das Engagement als *überparteilich* definiert. Eine „parteilpolitische“ Instrumentalisierung oder eine „Politisierung“ des Engagements gegen die 380kV-Leitung wurde grundlegend abgelehnt:

„Also ich würde mich eigentlich auch nicht politisieren lassen, in irgendeine Richtung. Ja, also es wird immer gerne gesagt hier die, gerade hier die Freileitung durch den Thüringer Wald wird ja sehr gefördert auch von den Linken. Also die engagieren sich, die Frau Enders, die ist ja bei der Linken und da würde ich mich halt distanzieren davon. Also ich will da nicht irgendwie in eine Richtung getrimmt werden.“
(Interview_02_06, Abs. 16-17)

„Wir haben sicherlich Unterstützer, wobei wir als Bürgerinitiative (...) immer sehr starken Wert darauf gelegt haben, unparteilich zu sein. Weil wir uns nicht nachsagen lassen wollten, und auch nach wie vor nicht wollen, dass wir auch irgendwelche Trittbrettfahrer sind dann.“ (Interview_02_03, Abs. 54)

Darüber hinaus herrschte in der Initiative, wie im Fall 1, durchaus die Wahrnehmung vor, dass gerade Außenstehende meinten, die Bürgerinitiative sei einfach nur dagegen und ihr Engagement sei unter dem Schlagwort „NIMBY“ gut einzuordnen. Dagegen stellten die Mitglieder der Bürgerinitiative 2 zum einen die eigenen Bemühungen um die Aneignung von Technikkompetenz. Zum anderen wurde auch Dialog- und Kompromissbereitschaft signalisiert.

Innerhalb der Initiative hatte sich nach den Aussagen der Mitglieder eine *konstruktive Diskussionskultur* entwickelt. Allerdings kamen durchaus deutliche inhaltliche Auseinandersetzungen vor. Mehrere Gesprächspartner betonten, dass unterschiedliche Ansichten bei „taktischen“ Entscheidungen aufeinander trafen. Dennoch war es immer

wieder gelungen, sich schließlich zu einigen. Durch das Herstellen eines Konsenses wurde die Identität der Initiative bekräftigt.

Darüber hinaus identifizierten sich die Mitglieder der Bürgerinitiative intensiv mit ihrer heimatlichen Region. Sie führten an, dass sie die Leitung auf Basis dieser Identifizierung mit der Heimat und seiner Natur ablehnen. Im folgenden Beispiel eines Ausschnitts einer Rede, die eine Vertreterin der Bürgerinitiative vor dem Ausschuss für Bau und Verkehr des Thüringer Landtags gehalten hat, wird deutlich, dass der Aspekt der Regionalität für die Identität der Bürgerinitiative eine entscheidende Rolle spielte. Die Ortschaft liegt ganz in der Nähe der ehemaligen innerdeutschen Grenze und musste durch diese Tatsache bereits viele Nachteile in Kauf nehmen:

„Gerade wir als ehemalige Grenzgemeinden an der innerdeutschen Grenze waren 45 Jahre der Willkür der Staatsmacht ausgesetzt. Riesige Schneisen für den Bau der Grenzsicherungsanlagen und die Geiselhaft im 5 Kilometer Sperrgebiet haben unser Leben massiv geprägt und nahezu 40 Jahre eingeschränkt. Deshalb sind wir froh über die deutsche Einheit und die wieder gewonnene Freiheit in unserer Heimat Südthüringen. Unsere ländlich geprägten Gebiete am Fuße des Thüringer Waldes sind endlich wieder Heimat für viele junge und bodenständige Familien, für die Brauchtum, naturnahe Heimat und Gemeinschaft wichtige Grundsäulen des Lebens sind.“ (Dokument: Redemanuskript Anhörung des Ausschusses für Bau und Verkehr des Thüringer Landtages, S. 1)

Die aus dieser Aussage zu entnehmende spezifische „ostdeutsche“ Rahmung kann als ein charakteristischer Aspekt einer Problemdefinition betrachtet werden. Durch die starke Identifizierung mit der Heimat sollte auch die Bevölkerung mobilisiert werden. In einem Plakat wurde explizit die in Thüringen bekannte Metapher des „grünen Herzen Deutschlands“ aufgegriffen (Abbildung 8).

Abbildung 8: Regionale Identität als Ausdruck der Identität der Bürgerinitiative



Hier schließt sich auch die *Problemdefinition* der Bürgerinitiative an. Generell war diese nahezu identisch mit der Problemwahrnehmung der Bürgerinitiative 1. Allerdings wurde in den Aussagen der Interviews stärker auf die Herausforderungen für die Argumentation der Bürgerinitiativen nach dem Beschluss des Atomausstiegs in der Folge des Reaktorunfalls in Fukushima eingegangen:

„Gerade durch den Atomausstieg können wir rechnen damit, dass so was verstärkt kommt, Freileitungsbau und so weiter. Und meines Erachtens nach kann es nicht gehen, dass man dann sagt, gut hier Leitungen müssen her, nur weil es jetzt durch den Atomausstieg gewollt ist, von der Politik gewollt ist und dann muss man wirklich mal über Alternativen nachdenken, ernsthaft, weil es eben wahrscheinlich mehr wird.“
(Interview_02_06, Abs. 14)

„Na eher negativ, weil dadurch eben halt durch die Politik die Leitung natürlich wieder mehr forciert wird und ich glaube (...) dieses Einleitungsgesetz, was sie da wieder auf den Weg mit gebracht haben, das ist mehr für die Trasse von der politischen Sache her als dagegen gearbeitet wird. Und das, ich weiß nicht was das mit den Atomkraftwerken zu tun hat. Ich bin der Meinung nichts. Aber das nutzen die für sich aus.“
(Interview_02_04, Abs. 48)

Den von der Politik und dem Netzbetreiber vorgebrachten Argumenten, dass die Trasse vor allem für den Transport „grüner“ Energie (vorrangig Windstrom aus den Nord- und Ostseeregionen) notwendig sei, wurde widersprochen. Vielmehr ginge es mit der

Trasse darum, den Stromhandel mit Osteuropa zu ermöglichen sowie Kohlestrom (z.B. aus der Lausitz) abzutransportieren. In diesem Sinne führten die Bürgerinitiativen eine harte Auseinandersetzung mit dem Netzbetreiber, was zum Teil durchaus Erfolge zeitigte:

„Und bezeichnend war ja, dass wir in der Bürgerinitiative (...) durch wirklich gute engagierte Leute auch viele Sachen aufgedeckt haben. Und die haben wir dann dort am Tisch auch angebracht und wir konnten in den Gesprächen auch widerlegen, dass das was durch Medien rüber gebracht worden ist, dass wir erneuerbare Energie da durchleiten wollen, nicht der Wahrheit entspricht.“ (Interview_02_03, Abs. 89)

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die im vorigen Kapitel vorgestellte Notwendigkeit der Mobilisierung technischer Expertise durch die Bürgerinitiative zu argumentativen „Teilerfolgen“ führte. Die Bürgerinitiative blieb nicht bei einem einfachen „Nein“ stehen und beharrte nicht auf einer ausschließlichen moralischen Bewertung („Zerstörung der Heimat“). Es wurde mit den grundlegenden energiepolitischen Hintergründen des Netzausbaus argumentiert.

Bei der Betrachtung der Frage nach eventuellen gesundheitlichen Risiken durch die Leitung wird der „strategische“ Charakter des Framing deutlich. Die Bürgerinitiative formulierte aktiv ihre Botschaften und reagierte auf die Argumente der „Gegenseite“:

„So und dann macht man sich Gedanken über das erste Thema: Was könnten wir jetzt tun? Ist es jetzt gefährlich, ist es nicht gefährlich? Und es gibt ja verschiedene Richtlinien. In Deutschland sind ja die Richtlinien wegen Strahlungen, wegen diesem Elektromog ganz anders wie in anderen Ländern. Das wird halt wahrscheinlich auch so gewollt. (...) Und jeder sagt, alles Quatsch, davon gibt es keine Leukämie und wie das alles so ist. Wir sind da halt auch ein bisschen anderer Meinung. Und Sorgen sind immer da.“ (Interview_02_01, Abs. 17-18)

5.2.3.3 Gelegenheitsstrukturen

Die Aussagen zu den *politischen Gelegenheitsstrukturen* ähnelten den im Fall 1 getroffenen Einschätzungen. Das *Einfügen in die Parteidisziplin* durch die Repräsentanten der Politik wurde kritisiert. Die vielen persönlichen direkten Erfahrungen der BI-Mitglieder mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik flossen in die individuelle Argumentation ein. Die folgenden Beispiele zeigen den Aspekt der *Volatilität der Politik* (dass je nach politischer Opportunität für oder wider die Trasse argumentiert wird) und den Aspekt der *Kooptation* (dass sich die Politik an die Bürgerinitiative anhängt, um Vorteile zu erreichen). Insbesondere solche Versuche mussten von der Bürgerinitiative abgelehnt werden, da die Überparteilichkeit identitätsstiftend war:

„Ja also mal hat man die Meinung, dass sie sich mal wieder ein bisschen positiv gegen die Leitung äußern und dann im nächsten Moment kann irgendwas politisch Gravierendes sein und dann sind sie schon wieder ganz anderer Meinung.“

(Interview_02_04, Abs. 46)

„Also wir hatten Anfragen und auch Versuche, sage ich mal, von Parteien, die sich bei uns einklinken wollten, die uns da ein Stück weit benutzen wollten. Haben wir immer kategorisch abgebogen und versagt und machen wir nach wie vor nicht. Also wir bleiben unserer Meinung treu.“ (Interview_02_03, Abs. 55)

Mit Blick auf die Gelegenheitsstrukturen der *Kommunal- und Regionalpolitik* wurden diese als offen betrachtet. Man kann sogar von einer Personalunion von Bürgerinitiative und Kommunalpolitik sprechen: Ein Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative war gleichzeitig Ortsbürgermeister.

Für die Beurteilung der Gelegenheitsstrukturen auf der *Landesebene* wurden eigene Erfahrungen herangezogen:

„Und was mir persönlich eben auch aufgefallen ist, wenn wir zum Beispiel im Landtag vorgesprochen haben, wir dann auch eine Petitionseinreichung oder Antragstellung wirklich zu Wort gekommen sind. Man merkt einfach, dass viele Politiker, Landtagsabgeordnete sich mit dem Thema für meine Begriffe sich gar nicht richtig auseinandergesetzt haben.“ (Interview_02_03, Abs. 94)

„Oder halt auch, was halt damals auch aufgefallen, viele haben halt auch dann halt gar kein Interesse gezeigt. Das Thema war halt da. Es hatte jeder seinen Laptop. Es haben halt viele ihre Sachen da, anstatt eigentlich auf die Rede eben zu hören oder auch da, dass sie halt eben mitdiskutieren können. Also manche haben so auf ‚gelangweilt gemacht‘ oder ‚lass sie halt machen irgendwie, es wird sowieso gemacht.‘ Das ist eigentlich der Eindruck gewesen.“ (Interview_02_02, Abs. 31)

Hinsichtlich der *medialen Gelegenheitsstrukturen* wurde wie im Fall 1 die Berichterstattung der regionalen Tageszeitung „Freies Wort“ positiv eingeschätzt und eine Offenheit dieser Zeitung gegenüber den Anliegen der Initiative wahrgenommen. Dieses konkrete Medium bildete allerdings eine Ausnahme. Die Medien machten im Allgemeinen die Bürgerinitiativen *lächerlich* und hätten einen *negativen Bias* (indem sie beispielsweise die Bürgerinitiativen als Gegner der Energiewende darstellten). Insbesondere im öffentlich-rechtlichen Fernsehen wurde die Berichterstattung als einseitig gegenüber den Bürgerinitiativen wahrgenommen:

„...wenn man jetzt die großen Medien hernehmen, wie z.B. ARD und ZDF, was das Fernsehen ist. Da bin ich eigentlich ein bisschen enttäuscht, weil also diese Berichterstattung, die da läuft, die ist mir einseitig. (...) ich glaube Panorama war es. Und der hat mit Sicherheit ein langes Interview gegeben und das war nicht nur 10 Minuten oder irgendwas. Und das wird dann halt so rausgestückelt alles, dass dann auch der normale

Bürger, der mit dem nichts zu tun hat hier, der da nicht viel weiß, den Eindruck kriegt, naja denen geht es ja nur darum, nur nicht bei uns macht es lieber woanders hin. (...) Und das Klischee wird so bedient. Sankt-Florians-Prinzip (...).“
(Interview_02_06, Abs. 40)

An diesem konkreten Beispiel, das mehrere Mitglieder der Bürgerinitiative in den Interviews schilderten, wird deutlich wie die Tendenz gegen die Bürgerinitiativen wahrgenommen wird: über den Abgleich der eigenen Aussagen in den Interviews mit der Darstellung dieser in den Medien. Gleichzeitig wurde den Medien eine *Wirkung* auf die Bevölkerung zugeschrieben, nämlich in die Richtung, dass diese in den Bürgerinitiativen lediglich NIMBY-Engagement sehen würden.

Zumindest eine Person des Vorstands der Bürgerinitiative nahm an, dass auf die massenmediale Berichterstattung Einfluss genommen werde. So würde von Seiten der Redaktion Druck auf die einzelnen Journalisten ausgeübt:

„Also ich sage mal, wir haben ja durch die Zeit natürlich immer wieder die selben Ansprechpartner kontaktiert und irgendwo, wenn man öfter mal ins Gespräch kommt, kennt man sich und wenn der wieder anfragt ist man ja schon ein bisschen in der Zwickmühle und sagt, ja ich habe immer euern Beitrag gebracht, jetzt habe ich aber von meinem Chef die Auflage gekriegt, darf ich nicht oder darf nicht so.“
(Interview_02_03, Abs. 67)

Der Grund für ein solches Vorgehen der Redaktion lag aus der Perspektive dieses BI-Mitglieds in einer Einflussnahme, die von außen erfolgte:

„Ich glaube, dass die Darstellung immer so dargestellt wird, wie es den Politikern oder den Konzernen im eben gerade zum Besten gereicht. Wirkliche inhaltsgetreue Darstellung passiert dann meistens zu einer Sendezeit mit weniger Zuschauern.“
(Interview_02_03, Abs. 71)

Eine solche Schlussfolgerung wurde in den Interviews dieser Bürgerinitiative nur von einer Person gezogen. Jedoch wurden auch in den anderen Bürgerinitiativen solche explizit medienkritischen Laientheorien formuliert.

Wie werden die *diskursiven Gelegenheitsstrukturen* wahrgenommen? Anfangs stellte es keine Herausforderung für die Bürgerinitiative dar, die regionale Bevölkerung für ihr Anliegen zu interessieren, da diese einen *Bezug zum Thema* hatte. Die Bevölkerung war durch die bereits vorangegangenen Verkehrsinfrastrukturprojekte (Autobahnbau, Bau einer ICE-Trasse) sensibilisiert. Mit dem Raumordnungsbeschluss, mit dem ein anderer Korridor für die Südwest-Kuppelleitung favorisiert wurde, war die direkte Betroffenheit ab dem Sommer 2012 nicht mehr gegeben. Die Bürgerinitiative setzte darauf, dass sie weiterhin aktiv für die Interessen der gesamten Region eintritt. Hierbei wurde jedoch wahrgenommen, dass das Interesse der eigenen Bevölkerung deutlich

rückläufig war. Die Mobilisierung einer weiter gefassten regionalen Bevölkerung erschien aus Sicht der Bürgerinitiative nicht möglich (*Medienwirkung*):

„Was halt jetzt außerhalb ist, da ist das Interesse, beziehungsweise da gehen die Menschen dann schon nicht mehr so drauf ein. Weil da fehlt es halt. Weil sie dann nicht im Boot sitzen und weil der Informationsfluss, klar den könnten sie sicherlich haben, aber sie nutzen es eben nicht.“ (Interview_02_02, Abs. 95)

Wie bereits im Fall 1 wurde von einem Mitglied angesprochen, dass *Ostdeutsche* weniger von ihrem Recht wissen, sich zu beteiligen. Auch die Medienberichterstattung leistet einen Beitrag für das Desinteresse sowie die „Fehlinformation“ der Bevölkerung:

„Wobei es eben auch einfach welche dabei sind, die sich meiner Meinung nach nie mit dem Thema richtig auseinandergesetzt haben oder die eben auf Medien-gestreuete Argumente, die da gesetzt werden vertrauen und die dann aufnehmen. (...) Nicht hinterfragen und ist ja auch ganz logisch, es gibt mit Sicherheit ganz viele Themen, in denen ich nicht 100%ig drinnen stecke, wo ich mir keine klare Meinung bilden kann, wenn das nicht gewollt ist durch Politik und Medien. Weil man ganz einfach einen gewissen Weg ja vorgestellt bekommt. Und das ist bei uns eben genauso.“ (Interview_02_03, Abs. 62)

In der folgenden Tabelle sind die zentralen Aspekte der Ressourcenmobilisierung, des Framing und der Identität sowie der wahrgenommenen Gelegenheitsstrukturen zusammengefasst.

Tabelle 17: *Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 2*

| Hauptkategorie | Zusammenfassung |
|--------------------------------|--|
| Ressourcenmobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Direkter Anschluss an Kommunalpolitik, da Person im Vorstand gleichzeitig Kommunalpolitiker • Komplette Integration in den Dachverband |
| Framing | <ul style="list-style-type: none"> • Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie wird das Framing der BI erschwert • Im Kernteam: Solidarität mit der gesamten Region (kein MIMBY) |
| Gelegenheitsstrukturen | <ul style="list-style-type: none"> • Keine Unterstützung der BI jenseits der Ebene der Kommunalpolitik • Massenmedien überwiegend negativ voreingenommen gegenüber Bürgerinitiativen (NIMBY-Frame) |

5.2.3.4 *Repertoire*

Ausgehend von den oben aufgeführten Informationen: Wie sah das Repertoire der Bürgerinitiative aus? Ein Kern der Aktivitäten der Bürgerinitiative war die qualitative Mobilisierung im Rahmen des prozeduralen Protests: Während des Raumordnungsverfahrens wurde die Bevölkerung vor Ort mit Hilfe von Flyern und Informationsveranstaltungen umfassend informiert. Das stand im Zusammenhang mit

der Wahrnehmung, dass die offizielle Informationspolitik solcher Verfahren mangelhaft war:

„Und was ich ein bisschen schade finde, es gibt viele Gesetze, zum Beispiel Fristen für irgendwelche Sachen, die dann ablaufen. Und das wird vielleicht mal irgendwo nur durch einen Artikel in der Zeitung reingestellt. Und das wird aber von den meisten überlesen und das ist aber arg wichtig. Und da sind wir als Bürgerinitiative immer da und sagen Leute aufgepasst, da ist eine Frist, ihr müsst da mal, kümmert euch drum. Dass das vielleicht auch ein bisschen größer heraus geputzt wird die ganze Sache, dass das was passiert und dass das auch ins Auge fällt. Weil die meisten Leute, die interessiert es vielleicht auch nicht oder die überlesen das dann auch einfach und dann wenn die Frist abgelaufen ist, zack, dann war es das, dann läuft die Gesetzesmühle weiter.“

(Interview_02_06, Abs. 74-75)

Die Bürgerinitiative lieferte nicht lediglich Informationen und Argumentationshilfen (in Form von Mustereinwendungen), sondern unterstützte auch direkt einzelne Menschen beim Verfassen von Einwendungen:

„Und weil eben viele ältere Bürger nicht so bewandert sind, selber zu schreiben und wir aber so viel wie möglich mit auf die Beine stellen wollten, haben wir das aber mit angeboten. Und dann mit denen dann in der Zusammenarbeit, die haben uns dann ihre Daten geliefert, wo sie betroffen sind, Grundstücksnummern und so weiter. Haben wir es dann mit denen zusammen geschrieben und dann auch Unterlagen mit abgegeben.“

(Interview_02_04, Abs. 73-74)

Diese gemeinschaftlich organisierte Form des prozeduralen Protests hatte somit fast den Charakter einer „Selbsthilfe“. So wichtig dieser prozedurale Protest war, eröffnete er eine spezifische Gelegenheitsstruktur, die nach Abschluss der Verfahren nicht weiter verfolgt werden konnte. Die Bürgerinitiative stand, da die Gemeinde nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens nicht mehr direkt betroffen war, vor der Herausforderung, wie sie weiter agieren sollte. Es wurde von den Mitgliedern im Vorstand deutlich wahrgenommen, dass das Interesse der Bevölkerung nachgelassen hatte (diskursive Gelegenheitsstrukturen). Gleichzeitig konnte die Bürgerinitiative nur noch „indirekt“ durch die Mobilisierung der lokalen Bevölkerung für die Teilnahme an gemeinsamen Protestveranstaltungen mit anderen Bürgerinitiativen Einfluss nehmen:

„Mit dem Planfeststellungsverfahren, wo wir ja jetzt raus sind ein Stück weit, weil wir jetzt nicht stark betroffen sind. So können wir da auch gar keine Stellungnahme abgeben in dem Sinne und uns gar nicht so stark einbringen, wie wir das vielleicht wollten. Wir können eben einfach nur auf Kundgebungen oder Demonstrationen oder Anhörungen oder ähnlichen teilnehmen und noch bekunden, dass wir weiterhin nicht der Meinung sind, dass es sinnvoll ist.“ (Interview_02_03, Abs. 84)

Dadurch, dass mit dem Ortsbürgermeister ein Mitglied des Vorstands der Bürgerinitiative Kommunalpolitiker war, wurde das Thema im Rahmen der qualitativen Mobilisierung durch diese Person kontinuierlich in den politischen Raum getragen. Es wurde versucht, das Thema über diesen Kontakt auf der politischen Agenda zu halten:

„Machen wir schon, also unser (...) Bürgermeister, ist ja eigentlich unser Top-Mann, weil er hat wirklich viel an die Öffentlichkeit gebracht, tut auch im Landtag, Kreistag überall das Thema anschneiden. Dadurch entstehen auch dann Gespräche mit Abgeordneten, und, und, und. Und dadurch wird eigentlich das Thema immer wieder aufgefrischt, dass es halt einfach nicht untern Tisch fällt.“ (Interview_02_02, Abs. 23-24)

Neben diesen Elementen der qualitativen Mobilisierung stellte die Bürgerinitiative auch Formen der Gegenöffentlichkeit her: So stellte die Bürgerinitiative beispielsweise ein sichtbares Banner neben der Autobahn auf. Für die verschiedenen Protestformen adaptierte man durchaus Formen, die andere Protestierende bereits angewendet hatten:

„Man sieht ja Stuttgart 21, ist ja ein super Beispiel. Was da abgegangen ist. Da ist ja auch viel übernommen worden, zum Beispiel diese Schilder Stuttgart 21, hatten wir dann teilweise auch hier gemacht, so Plakate.“ (Interview_02_06, Abs. 68)

Für die Information der Bürgerinnen und Bürger wurde auch das *Amtsblatt* genutzt. Gleichzeitig verfügte die Bürgerinitiative auch über eine *Website*, die jedoch im Untersuchungszeitraum wenig aktualisiert wurde. Aufgrund der wahrgenommenen Mobilisierungsschwierigkeiten der Bevölkerung wurde in Konsequenz die Bedeutung der *interpersonalen Kommunikation* betont:

„Weil ganz einfach es wichtiger ist, Mund zu Mund. Mund zu Mund einladen ist viel effektiver als Flyer in den Briefkasten zu werfen. Ist einfach so. Weil die Menschen sich ja dann oftmals nicht angesprochen fühlen. Leider. Und bei persönlicher Einladung sich dann eher verhaftet, verpflichtet, wie auch immer fühlen.“ (Interview_02_03, Abs. 37)

Mit Blick auf die *quantitative Mobilisierung* erschien eine solche nur in der Zusammenarbeit mit den anderen Bürgerinitiativen als wirksam. So wurde eine Unterschriftensammlung gemeinsam mit den anderen Bürgerinitiativen durchgeführt. Hier zeigte sich aus Sicht des Vorstands die Zusammenarbeit mit dem Dachverband als sehr nützlich, da dadurch deutlich mehr Unterschriften mobilisiert werden konnten:

„Genau also ich sage mal mit unseren 300 Unterschriften hätten wir wahrscheinlich nicht so sehr viel ausrichten können und da ist dann die Interessengemeinschaft gefragt, weil da hatten wir dann doch eine größere Zahl von etlichen tausend Unterschriften zusammen gekriegt.“ (Interview_02_04, Abs. 86)

Aus den Interviews wurde eine Ratlosigkeit deutlich, wie die nächsten Schritte des Engagements der Bürgerinitiative aussehen sollten. Es wurde festgestellt, dass die eigenen Aktivitäten der Initiative durchaus etwas eingeschlafen waren. Man wollte sich

zwar den Protestaktionen der anderen Initiativen anschließen. Darüber hinaus gab es keine konkreten eigenen Vorstellungen und Vorschläge. Über den gesamten Zeitraum der Untersuchung war Bürgerinitiative in eine „Ruhephase“ eingetreten. Es sollte versucht werden, diese Ruhephase durch eine „große“ Mitgliederversammlung zu beenden, die dann jedoch wieder verworfen wurde, aus der Wahrnehmung mangelnden Interesses der Bevölkerung, was im Vorstand zu einer deutlichen Enttäuschung führte. In der folgenden Tabelle sind die Kernergebnisse zum Repertoire der Bürgerinitiative 2 zusammengefasst.

Tabelle 18: *Das Repertoire der Bürgerinitiative 2 im Überblick*

| Repertoire | Zusammenfassung |
|-----------------------------------|---|
| Qualitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Politisches Agenda Setting durch Kommunalpolitiker im Vorstand • Gemeinschaftliche Organisation von Einwendungen |
| Quantitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Unterschriftensammlung mit Dachverband • Teilnahme und Organisation von Protestveranstaltungen mit dem Dachverband (Logic of Numbers) |
| Gegenöffentlichkeit | <ul style="list-style-type: none"> • Eigene Website als Informationsplattform • Nutzung des Amtsblatts zur Informationsdistribution • Starke Attribution der Bedeutung interpersonaler Kommunikation |

Bei der Vorstellung der Bürgerinitiative wurden bereits einige Gemeinsamkeiten mit der Bürgerinitiative 1 hervorgehoben. Eine weitere Gemeinsamkeit wurde bei der näheren Betrachtung des Falls 2 zusätzlich deutlich: Beide Bürgerinitiativen waren in der „Reichweite“ ihrer Aktionen fast ausschließlich auf die Region beschränkt. Zwar hatte die Bürgerinitiative 2 anfangs durchaus Petitionen und Briefe (unter anderem einen Brief an den Bundespräsidenten) verfasst. Eine weitergehende eigenständige überregionale Präsenz der Bürgerinitiative wurde jedoch nicht angestrebt.

Der zentrale Unterschied beider Initiativen lag in den Umständen der Gründungsphase: Während die Bürgerinitiative 1 zunächst eine klare „NIMBY“-Strategie verfolgte und auch nicht mit der nur etwa zehn Kilometer entfernten Bürgerinitiative 2 kooperierte, strebte die Bürgerinitiative 2 von Beginn an eine Zusammenarbeit mit den anderen Bürgerinitiativen gegen die Trasse in der Region an. Der Grund hierfür lag zum einen in der Wahrnehmung, dass man für die gesamte Region eintrete und nicht lediglich für die eigene Gemeinde. Zum anderen wurde dem Spektrum der möglichen eigenen Aktionen eine zu geringe Reichweite attestiert (Logic of Numbers).

Beide Bürgerinitiativen waren im Untersuchungszeitraum schon bereits mehrere Jahre aktiv. Es hatte sich eine feste und informelle Strukturierung herausgebildet, die Argumentationslinien waren klar und auch die Einschätzungen der politischen, medialen

und diskursiven Gelegenheitsstrukturen beruhten auf kontinuierlichen direkten Erfahrungen der Aktivistinnen und Aktivisten.

Die beiden nächsten Fälle stellen Bürgerinitiativen vor, die im Untersuchungszeitraum als *Neugründungen* betrachtet werden können. Im Fall 3 begann die Kontaktaufnahme mit der Bürgerinitiative etwa acht Monate nach ihrer Gründung und im Fall 4 etwa neun Monate nach der Gründung. Beide Fälle ermöglichen demzufolge einen Einblick in noch neue Bürgerinitiativen.

5.2.4 Fallstudie 3: Die Rationalisten

Die Bürgerinitiative 3 wurde Ende August 2011 gegründet. Während in der Region bereits seit mehreren Jahren Bürgerinitiativen im geplanten Leitungsverlauf gegen die Südwest-Kuppelleitung mobilisierten (z.B. Fall 1 und 2), hatte sich im Ort noch keine Bürgerinitiative gegründet. Nach den Aussagen der interviewten Mitglieder hatte dies zwei Gründe: Zum Ersten handelte es sich um *Medienwirkung*. Da sich die Gemeinde an einer Zeitungskreisgrenze im Bereich der Ostthüringer Zeitung (OTZ) befindet und die Region lediglich in einem kleinen Bereich von der Südwest-Kuppelleitung betroffen ist, wurde über die Leitung sowie über die bereits laufenden Proteste anderer Bürgerinitiativen kaum berichtet. Nur wenige Einwohner haben ein Abonnement der anderen regionalen Tageszeitung, des Freien Wortes, das aufgrund der großräumigen regionalen Betroffenheit im Einzugsbereich der Zeitung deutlich stärker berichtete. Insofern spielte das Thema auf der lokalen öffentlichen Agenda eine nur marginale Rolle. Zum Zweiten hatte der Ortsbürgermeister, in der Wahrnehmung der Bürgerinitiative 3, das Thema nicht auf die kommunalpolitische Agenda gesetzt:

„Also es war so, dass bis voriges Jahr im Frühjahr, will ich mal sagen, hat sich niemand drum gekümmert um diese, um den Bau dieser Leitung, weil einfach auch keiner Bescheid wusste, worum es da geht. (...) im Amtsblatt wurde veröffentlicht, dass ein Raumordnungsverfahren für eine 380kV Südwest-Kuppelleitung eröffnet wird und dann auch beendet wurde. Aber welcher Bürger (...) konnte damit überhaupt was anfangen, also die wenigsten, fast niemand.“ (Interview_03_01, Abs. 5)

Allerdings war es nicht so, dass das Thema in der Region vollständig unbekannt war. Eine der Gründerinnen der Bürgerinitiative war Mitglied im Gemeinderat. Auf den Treffen des Ortsvereins der Partei, für die sie im Gemeinderat saß, wurde seit geraumer Zeit über das Thema gesprochen. Nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens hatte sich der Ortsverein entschlossen, eine Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger des Ortes zu veranstalten. Es folgten zwei weitere Informationsveranstaltungen. Im Verlauf der dritten Veranstaltung wurde die Bürgerinitiative gegründet. Diese Aussagen zeigen, dass es sich bei der Planung der Trasse nicht um einen

plötzlich auftretenden Missstand handelte. Jedoch wurde erst durch die Initiierung der Informationsveranstaltung eine größere öffentliche Aufmerksamkeit hergestellt. Sowohl mit dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative als auch mit seiner Stellvertreterin wurde jeweils ein Interview geführt. Darüber hinaus wurden zwei Mitgliederversammlungen beobachtet und die Dokumente der Bürgerinitiative gesammelt und analysiert.

5.2.4.1 Ressourcenmobilisierung

Für die Initiatoren der Bürgerinitiative ist die Gründung aufgrund der wahrgenommenen apathischen Stimmung der Bevölkerung vor Ort ein *Erfolg an sich*:

„In dieser Situation überhaupt hier eine Bürgerinitiative zu gründen, wo über 40 Leute drin sind, das kann man gar nicht hoch genug einschätzen, was das überhaupt bedeutet für die Bürger hier. Dass die mal sich zusammen gefunden haben, konnten mal ihre Meinung sagen zu dem Thema, das ist Wahnsinn also.“ (Interview_03_01 Abs. 19)

Die Gründung eines eingetragenen Vereins wurde als zu aufwendig empfunden. Daher ist die Bürgerinitiative ein *lockerer Zusammenschluss*. Diese Organisationsform erschien aus Sicht der Mitglieder der Bürgerinitiative geboten, da von vornherein eine projektbezogene Befristung angestrebt wurde.

In Bezug auf die *interne Demokratie* wurden durch eine Abstimmung zwei Vorsitzende der Bürgerinitiative legitimiert. Für die *interne Strukturierung* bildete sich eine *klare Vorstandsstruktur* heraus. Es gab einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin. Darüber hinaus gab es einen weiteren Kern an Mitgliedern, die an den Mitgliederversammlungen teilnahmen und auf „Zuruf“ aktivierbar waren. Anders als in den beiden zuerst vorgestellten Fällen gab es allerdings keinen „erweiterten“ Vorstand. Im Fall 3 wurde eine klare Differenzierung in einen *Kern und eine Peripherie* von Mitgliedern (ca. 40 insgesamt) deutlich, die durch ihre Unterschrift auf der Mitgliedsliste ihre Mitgliedschaft in der Bürgerinitiative bekundet hatten und ansonsten keine konkreten Aufgaben übernahmen. Damit war die Konzentration auf den Vorstand stärker als in den beiden bereits vorgestellten Fällen. Die *interne Kommunikation* zwischen den beiden Vorsitzenden erfolgte über *E-Mail*. Gerade die Kommunikation per E-Mail im Vorstand wurde besonders positiv bewertet:

„Wir können uns sehr gut verständigen. Was bei anderen nicht der Fall ist, gerade wenn Ältere dabei sind, da haut das nicht so hin mit dem Computer und mit der E-Mail. Da ist das etwas schwieriger.“ (Interview_03_01, Abs. 14)

Auch in diesem Beispiel zeigt sich, ähnlich wie in den Fällen 1 und 2, dass unter den Mitgliedern der Bürgerinitiative eine nennenswerte Zahl *Offliner* vertreten war. Dies bedeutet eine Herausforderung für die Kommunikation: Wenn der Vorstand

Informationen an die Mitglieder übermitteln wollte, musste jeweils berücksichtigt werden, dass viele Mitglieder nicht per E-Mail erreichbar waren. Darüber hinaus wurde auch angemerkt, dass die DSL-Verfügbarkeit in dieser ländlichen Region noch schlecht sei. Aus diesen Gründen wurde der Informationsfluss als nicht optimal empfunden, nicht zuletzt auch, weil die notwendigen Internetrecherchen zum Thema Netzausbau dementsprechend langsamer waren.

Aufgrund dieser kommunikativen Herausforderung waren die zentralen Kristallisationen der Bürgerinitiative die *Treffen*. Diese fanden *anlassbezogen* in den Räumlichkeiten einer Gaststätte statt. Eine förmliche *Protokollierung* der Treffen fand nicht statt. Die *Einladung zu den Treffen* erfolgte durch Aushänge in den Glaskästen der Gemeinde, über die Website der Gemeinde und über die Verteilung von Einladungszetteln in die Briefkästen der Mitglieder. Vom Vorstand wurde eingeschätzt, dass die Mitglieder regelmäßig zu den Sitzungen der Bürgerinitiative erschienen. Während der beiden Beobachtungen der Mitgliederversammlungen konnte festgestellt werden, dass jeweils um die 20 Mitglieder teilgenommen hatten, also rund die Hälfte der Mitglieder der Bürgerinitiative.

In den Aussagen zu den Treffen kam ein starkes *Kosten-Nutzen-Kalkül* zum Ausdruck, welches auch bei den Mitgliederversammlungen beobachtet werden konnte. Bei der Vorstellung des nächsten Falles (Fallstudie 4) wird deutlich, dass regelmäßige Treffen gerade in der Anfangsphase einer Bürgerinitiative zur Verstärkung des Gemeinschaftsgefühls beitragen können. Ausschließlich anlassbezogene Treffen haben möglicherweise den Nachteil, dass keine kontinuierliche Information und Diskussion entsteht und das Gemeinschaftsgefühl der Bürgerinitiative nicht gestärkt wird.

Wie bereits oben kurz vorgestellt, war ein Mitglied im Vorstand gleichzeitig Gemeinderatsmitglied und nahm an Parteiversammlungen teil. Das andere Mitglied im Vorstand verfügte weder über kommunalpolitische Erfahrungen noch war es Mitglied in einer politischen Partei. Neben der Stellvertreterin waren noch zwei weitere Mitglieder der Bürgerinitiative gewählte Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderats. Darüber hinaus war ein weiteres Mitglied der Bürgerinitiative im BUND aktiv tätig. Der Fokus der politischen Erfahrungen lag ausschließlich auf der kommunalen Ebene. Im Hinblick auf die weitere *Expertise* wurden die wirkungsvollen *öffentlichen Auftritte* des Vorsitzenden der Bürgerinitiative genannt. Mittels einer Power-Point Präsentation unterstützte er beispielsweise seinen Auftritt im Gemeinderat:

„(...) dort mit aufgetreten und hat sehr wirkungsvoll übrigens einen Vortrag gehalten. Auch mit so bisschen was Laptop und was an die Wand geschmissen. War sehr eindrucksvoll, was er da gemacht hat. Das war gut.“ (Interview_03_01, Abs. 35).

Die Bürgerinitiative 3 hatte nach der Gründung rasch den Anschluss an den Dachverband gefunden. Der Vorsitzende der Bürgerinitiative besuchte die regelmäßigen Treffen des Dachverbandes. Darüber hinaus bestand ein Kontakt mit der Bürgerinitiative 1, das heißt die Bürgerinitiative steht in Kontakt mit *anderen Bürgerinitiativen aus der Region*. Diese relationalen Ressourcen (Netzwerke) halfen vor allem, über die Thematik des Netzausbaus zu lernen:

„Richtig ja, drei Personen waren dort gewesen. Und da hat damals auch der Rechtsanwalt, der hat da einen Vortrag gehalten. Was ja auch für uns wichtig ist, diese rechtliche Seite mal zu beleuchten und welche Möglichkeiten habe ich denn überhaupt Einspruch zu erheben sowohl im Raumordnungsverfahren, was für uns schon vorbei ist, also auch dann im Planfeststellungsverfahren. Wie läuft so was eigentlich? Da müssen wir uns kundig machen und das muss auch noch fortgeführt werden.“

(Interview_03_01, Abs. 41)

Die Bürgerinitiative 3 finanzierte sich über *Spenden* ihrer Mitglieder sowie von Bürgerinnen und Bürgern. Es wurden *keine Mitgliedsbeiträge* erhoben. Für jede Aktion mussten gesondert Spenden eingesammelt werden. Auffällig ist, dass in der Bürgerinitiative eine sehr abwägende Haltung vorherrschte, wenn es um den Einsatz von Spenden ging. Jede geplante Aktion wurde unter einer klaren Kosten-Nutzen-Kalkulation betrachtet. Mit den Spenden wurden konkrete Projekte finanziert, der *Mitteleinsatz* war spezifisch. Vom Vorstand wurde deutlich gemacht, dass die Mitglieder *Rechenschaft* über die von ihnen getätigten Spenden an die Bürgerinitiative erwarteten und konkrete Erfolge sehen wollten:

„Man kann nicht Jahre lang Geld aufbringen, man will es auch nicht. Man kann es vielleicht, aber man will es nicht. Und irgendwann steht es einem dann bis sonst wohin und man kann das dann nicht mehr hören. So schätze ich das jetzt. Ich weiß es nicht, ob es so wird. Aber ich könnte es mir so denken. Denn irgendwann, wenn man immer nur zur Kasse gebeten wird, da will keiner. Man will dann auch mal Erfolg haben und so.“

(Interview_03_02, Abs. 36)

„Es hat doch keinen Zweck hier irgendwelche Sachen zu inszenieren, die ein Haufen Geld dann kosten und dann bringt das nichts. Das ist ja das, was die Leute in der Bürgerinitiative immer fragen. Was bringt das? Wenn ich jetzt 10 Euro hinlege, garantiert ihr mir jetzt, dass wir gewinnen? Solche Fragen stellen die. Das kann ich nicht garantieren.“ (Interview_03_01, Abs. 114)

In Bezug auf die *zeitlichen Ressourcen* war der Vorsitzende durch seine berufliche Tätigkeit eingespannt. Vor allem für die *Informationsbeschaffung* musste zunächst viel Zeit aufgewendet werden:

„Es ist ohnehin schon so viel Arbeit und Aufwand für diejenigen, die praktisch aktiv daran beteiligt sind. Es ist nicht nur die öffentlichen Veranstaltungen, die man macht. Wir

haben ja auch Zusammenkünfte gemacht im kleineren Kreis vorher zur Vorbereitung, um uns erst mal fit zu machen in der ganzen Geschichte. Denn nur so kann man auch was raustragen zu den anderen Leuten. Man muss erst mal selber Bescheid wissen.“
(Interview_03_01, Abs. 46)

Hierin unterscheidet sich der Fall 3 von den bereits vorgestellten Bürgerinitiativen (Fälle 1 und 2): Eine (zeit)intensive Informationsrecherche war noch notwendig. Gleichzeitig wurde genau abgewogen, wie intensiv sich mit bestimmten Inhalten auseinander gesetzt wurde, was bedeutet, dass bestimmte Aktionen von vornherein verworfen werden (*Zeitmanagement*).

5.2.4.2 Framing und Identität

Die Bürgerinitiative 3 hatte ähnliche Einwände, wie auch die anderen Bürgerinitiativen in der Region. Im Hinblick auf die konkreten *Auswirkungen der Leitung* vor Ort wurde der *Eingriff in die Natur* thematisiert:

„Aber diese Naturgeschichten, dass der Wald eben abgeholzt werden soll, das war eigentlich bei uns mit der größte Grund, weil gerade bei uns steht sehr viel Wald. Das ist gerade, wenn man weiter rüber geht, wird da nicht so viel Wald abgeholzt. Aber gerade bei uns sind das große Flächen. Wenn man sich das mal anguckt. Wir haben ja schon so eine Leitung. Und guckt sich da an, dass da nochmal 100 Meter daneben kommen, da ist ja nachher überhaupt nichts mehr.“ (Interview_03_01, Abs. 30)

Generell wurden *Probleme der Planung* angesprochen, insbesondere, dass die Leitung, so wie sie geplant war, *nicht notwendig* sei. Im Hinblick auf die allgemeinen Probleme im Zusammenhang mit dem Netzausbau wurde der Bundesregierung *Konzeptlosigkeit* unterstellt. Aus diesen Gründen war das Ziel der Initiative die *Verhinderung* der Leitung. Gleichzeitig ging es auch darum, im Rahmen einer *Optimierung* für die Gemeinde Schadensbegrenzung zu betreiben und durch Einwendungen das maximal Mögliche herauszuholen. Die *Ursachenzuschreibung* für das Problem wurde einerseits im Handeln der *Politik* gesehen:

„Und ich sehe auch als Hauptverantwortlichen die Bundesnetzagentur, die das mitmacht. Und außerdem die Bundesregierung, wo nur Chaos herrscht“
(Interview_03_02, Abs. 12)

Andererseits wurde auch den *Energiekonzernen*, insbesondere den Netzbetreibern, Schuld attribuiert. Ihnen ginge es letztlich um den Stromtransport. Die Bürgerinitiative forderte als *Lösung* die Suche nach Wegen, dass die Leitung nicht gebaut werden müsse. Dabei wurde die *dezentrale Energieversorgung* nicht als Allheilmittel verstanden, wengleich die Bürgerinitiative sich erfolgreich für Wiederinbetriebnahme des lokalen Wasserkraftwerkes eingesetzt hatte.

Mit Blick auf die Identität der Bürgerinitiative kam durchaus eine Identifizierung mit der verbliebenen Natur zum Ausdruck. Da bereits eine andere Höchstspannungsleitung in der Nähe sei, wolle man die weitere Zerstörung der Natur verhindern (siehe oben). Eine ausgeprägte gruppenbezogene Identität lag jedoch nicht vor.

5.2.4.3 Gelegenheitsstrukturen

Mit Hinblick auf die Gelegenheitsstrukturen gab es einige Aussagen, die keiner spezifischen Ebene zugeordnet werden konnten. Eine dieser *allgemeinen Aussagen* war, dass die Politik die Menschen vor *vollendete Tatsachen* stelle und auf Kritik mit der Aussage nach mehr Transparenz lediglich zum Schein eingehe. Die Wortwahl der „maßlosen Frechheit der Politik“ (Interview_03_02, Abs. 20) belegt, dass das Agieren der Politik mit Skepsis betrachtet wird. Gleichzeitig wurde anerkannt, dass die Politiker häufig zu *wenig Zeit* hätten, sich mit der komplexen Materie der Netzplanung zu beschäftigen:

„Wenn ich mich in so einen Politiker hinein versetze, wie intensiv kann der sich denn damit beschäftigen eigentlich. Die tun auch nur das widerkäuen, was irgendwie ihnen vielleicht der Netzbetreiber da erzählt hat. Aber dieses selber sich damit zu beschäftigen und dann eine eigene Meinung zu finden, haben die da überhaupt Zeit dafür? Weil diese Kommentare, die da manchmal kommen, da frage ich mich wie kann die da jetzt so was sagen? Das ist doch öffentlich diese Argumentation von den Bürgerinitiativen, das kann man doch nicht einfach vom Tisch wischen. Und da frage ich mich halt manchmal, haben die sich wirklich damit beschäftigt? Da ist es für die besser, da irgendwas abzulesen, was da einer mal irgendwie geschrieben hat.“ (Interview_03_01, Abs. 118)

Mit Blick auf die Gelegenheitsstrukturen der *Kommunal- und Regionalpolitik* wurden diese zunächst als geschlossen empfunden (im Gegensatz zu den Fällen 1 und 2): Hatte sich der Gemeindebürgermeister nicht *für die Trasse positioniert*, so hatte er das Thema in der Wahrnehmung der Bürgerinitiativen nicht auf die politische und öffentliche Agenda der Gemeinde gebracht. Dies war aus der Sicht der Bürgerinitiative ein politisches Versagen. Dieses Handeln hatte die Bürgerinitiative nicht überrascht, da die Gemeinde generell von Apathie und politischem Desinteresse gekennzeichnet sei. Insofern wurde im Rahmen des Raumordnungsverfahrens von Seiten der Kommunalpolitik keine kritische Stellungnahme abgegeben. Im Hinblick auf die tatsächliche Unterstützung des Ortsbürgermeisters und des Gemeinderates wird im Zusammenhang mit dem Repertoire noch genauer eingegangen, denn die Offenheit der Kommunalpolitik für das Anliegen der Bürgerinitiative ist eine Folge der Aktivitäten der Bürgerinitiative. Der Bürgerinitiative ist es demzufolge gelungen, eigene Gelegenheiten in der Kommunalpolitik zu schaffen. Mit Blick auf den Landkreis liegt die Gemeinde in der äußersten Peripherie. Da würde die Bürgerinitiative nicht ernst genommen:

„Auf Landkreisebene. Nun ist es ja so, dass wir der äußerste Zipfel vom Landkreis Saalfeld-Rudolstadt sind. Und über den äußersten Zipfel da führt die Leitung so ein bisschen drüber. Das heißt, es wird da gar nicht so richtig ernst genommen. (...) Die Frage ist auch, was können die jetzt eigentlich tun in dieser Phase? Im Moment eigentlich gar nichts. Auch beim Planfeststellungsverfahren eigentlich nicht.“
(Interview_03_01, Abs. 79)

An dieser Aussage sieht man, dass zwar konstatiert wurde, dass die Gelegenheitsstrukturen geschlossen sind, allerdings wird reflektiert, dass der Spielraum auf dieser Ebene ohnehin sehr eingeschränkt ist und dass, daraus folgend, Aktionen in diese Richtung auch nicht notwendig seien.

Hinsichtlich der *Landesebene* wurde die Gelegenheitsstruktur auf Seiten der Landesregierung als geschlossen wahrgenommen. Mit Blick auf die *Bundesebene* setzte sich die Beurteilung der Konzeptlosigkeit bei der Energieplanung auch in der Einschätzung der Gelegenheitsstrukturen fort. Aus Sicht der Bürgerinitiative war die Politik auf allen Ebenen nicht mächtig genug, um im Interesse der Bürgerinitiative agieren zu können, nicht bereit, sich auf die Bürgerinitiative einzulassen, sie unterstützt generell das Leitungsvorhaben und ist mutwillig gegen die Bürgerinitiativen.

Die Betrachtung der *Planungs- und Genehmigungsverfahren* ist ambivalent: Einerseits wird darauf hingewiesen, dass die *Fristen* zum Vorbringen der Einwendungen *zu kurz* seien, dass der Weg in die Behörde aufgrund der Struktur des Kreises *zu weit* sei und dass daher eine tatsächliche *Beteiligung* unerwünscht ist. Auf der anderen Seite wird anerkannt, dass in anderen Fällen durchaus auf die Einwendungen der Bevölkerung reagiert wurde.

Im Rahmen der *medialen Gelegenheitsstrukturen* kann festgehalten werden, dass die überregionalen Medien für die Bürgerinitiative keine Rolle spielen. Zumindest werden sie nicht als generell feindlich gegenüber den Bürgerinitiativen angesehen. Es ist zwar durchaus bekannt, dass die anderen Bürgerinitiativen zum Teil über negative Erfahrungen und Einschätzungen berichten. Dennoch wurde dies nicht so wahrgenommen.

Allerdings gibt es eine Kritik an der regionalen Tageszeitung, der OTZ. Auf den Sitzungen der Bürgerinitiative wurde angesprochen, dass sich die OTZ weigere über die Bürgerinitiativen zu berichten. Es wurden Kopien von Artikeln des Freien Wortes verteilt, um die Mitglieder der Bürgerinitiative zu informieren. Da diese Zeitung, also die OTZ, für die Bevölkerung allerdings die primäre Quelle darstellt, war das Thema weder auf der medialen noch auf der Bevölkerungsagenda. In diesem Sinn ist die OTZ aus Sicht der Bürgerinitiative doppelt problematisch: Nicht nur, dass sie *kaum berichtet*, so berichtete sie im Zweifelsfall im Sinne des Netzbetreibers oder *weigerte* sich über das Thema zu berichten. Den regionalen Medien wird eine Bedeutung für die

Bürgerinformation attestiert. Die Weigerung der Medien, über die Bürgerinitiative zu berichten, wird als Pflichtverletzung angesehen. Über die Ursachen dieser Nicht-Berichterstattung wurden durchaus Mutmaßungen angestellt. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Netzbetreiber deutlich mehr Ressourcen durch professionelle Mitarbeiter zur Verfügung hätten, um die Berichterstattung in ihre Richtung zu lenken.

Im Folgenden werden die *diskursiven Gelegenheitsstrukturen* vorgestellt. Es wird durchaus die Verbindung zwischen der medialen Darstellung des Protests und dessen Wirkung auf die Bevölkerung thematisiert (*Medienwirkung*):

„Das war eigentlich auch bei mir früher so, dass wenn man das ständig liest und sich keine Gedanken darüber macht, ja die Leitung muss da sein. Erneuerbare Energien will ich, ich bin auch gegen Atomkraft – auch wenn ich persönlich es nicht gleich abgeschaltet hätte – aber ich bin auch dagegen. Und ich begrüße das mit den erneuerbaren Energien und das muss ja durchs Land geleitet werden. Und wenn es im Norden produziert wird, muss das unbedingt nach dem Süden. So aber dann ist für mich die Sache aber auch abgehakt. Dann denke ich nicht weiter drüber nach. Und wenn man das ständig liest und immer wieder, dann sagt man sich, warum sind die eigentlich dagegen? Wollen die keinen Strom mehr irgendwann? Das wird schon ein Grund sein.“

(Interview_03_02, Abs. 82)

Wie bereits mehrfach betont, wurde der Bevölkerung durch die Mitglieder der Bürgerinitiative generell ein hohes Maß an Apathie zugeschrieben. Dies wurde mit dem Niedergang der Wirtschaft vor Ort seit dem Zusammenbruch der DDR begründet. Daher gäbe es in der Bevölkerung durchaus Menschen, die den Bau der Trasse unterstützten. So mochten unter den Hoteliers und Pensionsbetreibern Unterstützer der Trasse zu finden sein, da diese mit einer Belegung durch Bauarbeiter der Trasse rechneten. Dies war nicht der einzige Grund, warum aus der Perspektive der Bürgerinitiative einige *Bürger für die Trasse* waren. Sicherlich dachten viele Menschen auch, dass die Leitung tatsächlich notwendig sei, um eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten.

Erst mit dem Abschluss des Raumordnungsverfahrens sind die Menschen laut Einschätzung der Bürgerinitiative „ein bisschen wach geworden“ (Interview_03_01, Abs. 6). Doch sind es vorrangig *Zugezogene*, die sich engagieren. Auch nach der Gründung der Bürgerinitiative verbleibt ein Großteil der Bevölkerung *desinteressiert*. Tabelle 19 gibt einen Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative.

Tabelle 19: *Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 3*

| Hauptkategorie | Zusammenfassung |
|--------------------------------|--|
| Ressourcenmobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Klare Vorstandsstruktur • Konzentration der gesamten Arbeit der Bürgerinitiative auf den Vorstand • Verluste des Engagements durch zu wenige Treffen • Abwägungsprozesse: Ausschluss vieler Aktionen durch klares Zeitmanagement • Alle Aktionen stehen unter dem Vorbehalt einer klaren Kosten-Nutzen-Betrachtung |
| Framing und Identität | <ul style="list-style-type: none"> • Keine starke Identifikation als BI (geringer innerer Zusammenhalt) |
| Gelegenheitsstrukturen | <ul style="list-style-type: none"> • Überwiegende Geschlossenheit aller politischen Ebenen gegenüber den Bürgerinitiativen • Lokale Zeitung weigert sich, über die BI zu berichten/berichtet einseitig • Die Bevölkerung ist überwiegend apathisch |

5.2.4.4 *Repertoire*

Im Mittelpunkt des Engagements der Bürgerinitiativen standen vorrangig die *prozeduralen Formen* des Protestes. Es wurde fast ausschließlich eine *qualitative Mobilisierung* angestrebt. Da es der Zielformulierung der Bürgerinitiative zunächst entsprach, die Leitung zu verhindern, stand die Unterstützung einer Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zum nördlichen Abschnitt der Trasse beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig im Vordergrund der Aktivitäten der Bürgerinitiative. Im Rahmen einer gezielten Spendensammlung konnten über 1.000 EUR für die Anwaltskosten eingeworben werden. In der Logik der Bürgerinitiative war die Unterstützung dieses Prozesses zentral, da mit der Zurückweisung des Planfeststellungsbeschlusses die ganze Leitung verhindert worden wäre.

Jede Aktion wurde vom Vorsitzenden und der Stellvertreterin auf deren Wirksamkeit hin abgeklopft. Wie bereits vorgestellt, wurde von den Mitgliedern eine solche Rationalität auch eingefordert. Doch sind es nicht nur diese bereits beschriebenen reinen Kosten-Nutzen-Kalküle, die eine solche eindeutig qualitative Proteststrategie prägten. Es wird deutlich, dass auch das Selbstbild der Bürgerinitiative durch den Vorstand die Handlungen begründete:

„Ob ich auf die Straße renne mit einem Plakat oder so. Das interessiert meiner Meinung nach nicht sehr viele. Wichtig ist, ob ich den Prozess gewinne. Und da war es für uns wichtig das Geld zusammen zu bekommen. Das war das A und O.“

(Interview_03_02, Abs. 56)

„Sonst sind wir zu klein oder zu, der Einfluss ist da begrenzt. Und das muss man auch einsehen. Also es kann auch sein, es hat doch keinen Zweck hier irgendeine Sache zu inszenieren, die ein Haufen Geld dann kosten und dann bringt das nichts.“

(Interview_03_01, Abs. 114)

Beide Aussagen reflektieren die generelle rationale Abwägung des Vorstandes. Die Mitglieder der Bürgerinitiative waren sich ihres geringen Spielraumes vollkommen bewusst. Eine *quantitative Mobilisierung* mit einer *Logic of Numbers* war von der Bürgerinitiative allein nicht durchführbar. Diese Einschätzung führte in der Konsequenz zur Ablehnung von Protestformen, die für die bereits vorgestellten Bürgerinitiativen 1 und 2 charakteristisch waren: So wurde sowohl auf das Aufstellen eines großen *Banners* als auch auf das *Sammeln von Unterschriften* verzichtet, da diesen keine Wirkung attribuiert wurde:

„Ja wir wollten, das war eigentlich das erste gewesen. Wir wollten eine Unterschriftensammlung machen. Das hatten alle gefordert. Und dann haben wir uns aber dann darüber beraten lassen, dass das eigentlich sinnlos ist. Weil das Raumordnungsverfahren ist vorbei und so eine Unterschriftensammlung bewirkt eigentlich überhaupt nichts. Wo will man die hinschicken, an die Frau Lieberknecht? Da zuckt die bloß mit den Schultern. Also das wäre ein sinnloses Unterfangen so eine Unterschriftensammlung zu initiieren.“ (Interview_03_01, Abs. 73)

Auf einer Mitgliederversammlung wurde darüber hinaus besprochen, am Rande der Bauarbeiten bei der Errichtung anderer Höchstspannungsmasten zu protestieren. Diese Idee wurde wieder verworfen, da eine solche Aktion aufgrund der geringen Zahl an Demonstrierenden keine Wirkung hätte (Beobachtungsprotokoll). Es waren jedoch nicht lediglich die rationalen Erwägungen, die zu den beschriebenen Entscheidungen führten. Darüber hinaus kam auch eine Geringschätzung öffentlich sichtbaren Protestes, insbesondere der Protestlogik des *Bearing Witness*, zum Ausdruck:

„Ja, stelle ich jedem frei, wer das machen will, soll das machen. Der soll rumrennen und sich überall engagieren. Ich habe die Zeit gar nicht. Ich sehe da auch keine große Wirkung.“ (Interview_03_02, Abs. 58)

So zentral die Strategie der qualitativen Mobilisierung für die Bürgerinitiative war, gleichzeitig wurde jedoch anerkannt, dass zum Beispiel die Urteilsbildung des Bundesverwaltungsgerichts auch von der öffentlichen Debatte beeinflusst würde. Öffentlich sichtbare Proteste wurden auf der einen Seite als „sekundär“, als „Spielerei, Plänkelei“ betrachtet. Auf der anderen Seite war man sich bewusst, dass Öffentlichkeitsarbeit auch eine Wirkung erzielen könne. Auf die Logik der Inszenierung öffentlich wahrnehmbarer Proteste konnte und wollte man sich letztlich jedoch nicht einlassen:

„Öffentlichkeitsarbeit, gut ist auch ganz wichtig. Und man merkt das auch, dass die Meinung da gedreht werden kann, beziehungsweise in die Richtung gesetzt werden kann, wie ich das will, also dass man eine Leitung braucht oder eben nicht. Auch das Verwaltungsgericht ist davon sicherlich nicht losgelöst. Also die werden sich auch ihre Meinung über die Zeitung bilden oder vorbelastet sein.“ (Interview_03_02, Abs. 93-94)

Wie bereits erwähnt wurden die kommunalen politischen Gelegenheitsstrukturen anfangs als geschlossen wahrgenommen. Das Thema Südwest-Kuppelleitung wurde vom Bürgermeister nicht auf die politische Agenda gesetzt. Insofern war, neben der bereits vorgestellten Unterstützung der Klagefinanzierung, eine der ersten Aktivitäten der Bürgerinitiative das Betreiben eines kommunalen *Agenda Setting*, öffentlich und auch politisch. Das politische Agenda Setting erfolgte über Auftritte von Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerinitiative auf Gemeinderatssitzungen. Hierbei wurde die Möglichkeit genutzt, dass Bürgerinnen und Bürger im Gemeinderat öffentlich Fragen stellen können. Diese Aktionen können als das Ausnutzen der kommunalen parlamentarischen Öffentlichkeit durch die Bürgerinitiative beschrieben werden. Es wurde Druck auf die politischen Repräsentanten ausgeübt. Die Bürgerinitiative blieb nicht bei der Analyse der Geschlossenheit der kommunalen politischen Gelegenheitsstrukturen stehen. Bei diesen Gemeinderatssitzungen erwies sich, wie bereits erwähnt, die Präsentationsfähigkeit des Vorsitzenden der Bürgerinitiative als vorteilhaft. Durch die Präsenz der Bürgerinitiativmitglieder während der Sitzung des Gemeinderates wurde eine Öffentlichkeit hergestellt, die den Gemeinderatsmitgliedern die Wichtigkeit des Themas signalisierte. Das Ergebnis war, dass sich der Gemeinderat gegen die Leitung positionierte. Für die Bürgerinitiative war dies ein Erfolg, da bei dem anstehenden Planfeststellungsverfahren nun eine Stellungnahme der Gemeinde gegen die Leitung erfolgen wird.

„Da haben wir eben gesagt, das kann doch so nicht sein. (...) Und wir haben dann als das los ging mit diesen Informationsveranstaltungen, das also auch in den Gemeinderat getragen. Wir haben das dort mehrfach vorgestellt. Da waren auch die ersten ziemlich skeptisch, haben gesagt, das hat doch sowieso keinen Zweck, da braucht ihr gar nichts zu machen und dann aber haben die Gemeinderatsmitglieder sich doch letztendlich auf unsere Seite geschlagen. (...) ... und letztendlich hat der Gemeinderat sich dann auch dazu bekannt, mehrheitlich, nicht einstimmig, die Bürgerinitiative zu unterstützen.

Und das war auch interessant. Da sind auch Mitglieder der Bürgerinitiative dort im Gemeinderat aufgetreten, was ganz selten vorkommt. Also die Einwohner nehmen ja schon lange nicht mehr an Gemeinderatssitzungen teil, weil die gesagt haben, wir können nichts tun, es hat keinen Zweck. Und wir haben es aber fertig gebracht, dass viele dann von der Bürgerinitiative dann dort hingegangen sind und haben ihre Meinung eben gesagt und haben dem Bürgermeister auch mal ein bisschen richtig Druck gemacht. War eine schöne Sache.“ (Interview_03_01, Abs. 26-27)

Parallel zu diesem Herstellen der „Parlamentsöffentlichkeit“ erfolgte auch das Herstellen von einer generellen kommunalen Öffentlichkeit im Rahmen von *Informationsveranstaltungen*. Darüber hinaus verfügte die Bürgerinitiative über die Möglichkeit, ihre Ankündigungen im Nachrichtenbereich der *offiziellen Webseite der Gemeinde* zu veröffentlichen. Davon machte sie auch Gebrauch: Um auf eigene Veranstaltungen hinzuweisen, um Spenden zu sammeln und um zu informieren. Da dies allerdings nicht ausreicht, um alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, war Pressearbeit notwendig. Diese massenmedienorientierten Praktiken beschränkten sich jedoch auf die beiden lokalen Zeitungen. Sowohl das *Amtsblatt* als auch die regionalen *Anzeigeblätter* wurden im Rahmen der Pressearbeit nicht berücksichtigt, da ihnen aufgrund ihrer geringen Reichweite keine Wirkung auf die Bevölkerung attribuiert wurde:

„Nee andere Zeitungen nicht, weil was gibt's noch? Letztendlich Anzeigenblätter und die wandern bei mir eh gleich in den Müll. Da frage ich mich, da sage ich mir, nee das lohnt der Aufwand nicht. Oder eben das Amtsblatt. Aber das Amtsblatt ist dann auch wieder nur für die Verwaltungsgemeinschaft. Das erreicht auch die anderen nicht. Wenn ich im Amtsblatt was veröffentliche, erreicht das keinen...“ (Interview_03_01, Abs. 105)

Den regionalen Tageszeitungen wurde jene Reichweite zugeschrieben. Die Pressearbeit war für das Aufmerksam-Machen der Bürgerinitiative zentral (Interview_03_02, Abs. 55). Es bestanden *Kontakte* zu den zuständigen Redakteuren beider regionaler Tageszeitungen. Journalisten wurden auch zu den Sitzungen der Bürgerinitiative eingeladen. Der Charakter der Pressearbeit der Bürgerinitiative kann auf der einen Seite mit *Adaption* beschrieben werden. Es wurden zum Beispiel neben den Texten auch entsprechende Bilder (Fotografien) an die Redakteure geschickt, die jeweils die Autoren- und Bildautorenangaben umfassten. Die Anlässe der Kommunikation waren unterschiedlich: Zum einen wurden Informationen zu den Sitzungen der Bürgerinitiative (Einladungen) versendet, aber auch Berichte von solchen Sitzungen wurden an die Presse verschickt. Darüber hinaus informierte die Bürgerinitiative auch über die Spendensammlung, um weitere Spenden zu mobilisieren. Auch eine formulierte Einwendung im Rahmen der Konsultation des Netzentwicklungsplanes wurde an beide regionale Tageszeitungen mit der Bitte um Veröffentlichung geschickt.

Bei der Pressearbeit sahen sich die Mitglieder der Bürgerinitiative als Autorinnen und Autoren, die Artikel schreiben. Sie verwenden – auch auf Nachfrage in den Interviews – nicht den Begriff Pressemitteilung oder Leserbrief, sondern bestehen darauf, dass sie selbst die Autorinnen und Autoren der Artikel sind. Die Mitglieder der Bürgerinitiative verfolgten die Berichterstattung genau, es erfolgte eine *Medienanalyse*: Zum einen sammelte die Stellvertreterin die erschienenen Artikel. Da die beiden Tageszeitungen mit den identischen Informationen von der Bürgerinitiative „beliefert“ wurden, konnte der „Erfolg“ der Pressearbeit von den Mitgliedern der Bürgerinitiative direkt

beobachtet werden. Im Ergebnis wurde der Berichterstattung des Freien Wortes der Vorzug gegeben. Begründet wurde dies damit, dass die OTZ weit weniger Anteile der „Artikel“ der Bürgerinitiative abdruckte:

„Nur was interessant ist, die Qualität der Berichterstattung ist unterschiedlich. Also das Freie Wort macht eine wesentlich bessere Berichterstattung. Und übernimmt auch häufig die Artikel so, wie ich sie schreibe. Während die OTZ, (...) macht immer noch was dazwischen und setzt dann noch was von 50Hertz noch rein und so weiter. Was das für eine Ursache hat, weiß ich nicht. Ich weiß es nicht, ob das irgendwie auch finanzielle, die arbeiten ja alle auf Honorarbasis. (...) Ich kann's mir nicht anders erklären. Denn wenn das Freie Wort meinen Artikel wortwörtlich übernimmt kann er ja nicht schlecht sein. Irgendeine Ursache muss das haben.“ (Interview_03_01, Abs. 92)

„Und was mir nicht gefällt, dass die Berichte so sehr zerpfückt werden. Also wenn ich einen Bericht schreibe, dann erkenne ich dann bloß noch 20 Prozent davon wieder, was in der Zeitung abgedruckt wird. (...) Auf jeden Fall gefällt mir das nicht. Also wenn ich was schreibe, möchte ich es nicht (...) total zerpfückt haben. Dass er da irgendwas ändert. Er ändert es nicht inhaltlich, aber er lässt auch vieles weg, was ich wichtig empfunden hätte und zerstört eigentlich den Bericht.

I: Es ist dann auch sozusagen sein Artikel...

B: Ja es ist dann sein Artikel, obwohl, na gut er ändert es. Er steckt auch Arbeit rein. Aber muss meiner Meinung nach nicht sein. Ich weiß auch nicht was das soll. Wenn ich einen Bericht schreibe und den hinschicke, erwarte ich eigentlich, dass der auch so abgedruckt wird.“ (Interview_03_02, Abs. 85-87)

Nicht nur diese unterschiedlichen Berichterstattungsmuster wurden vom Vorstand der Bürgerinitiative analysiert. Darüber hinaus wurde wahrgenommen, dass die OTZ auch in weitaus geringerem Maß Artikel zum Thema abdruckt. Die Bürgerinitiative blieb bei dieser Feststellung nicht stehen, sondern versuchte durchaus eine Strategie des *Angriffs* auf die OTZ:

„Außer die OTZ, die druckt uns regional jetzt nicht mehr. Und dagegen werde ich jetzt vorgehen, beziehungsweise ich werde mal den Chef-Journalisten dort anmailen.“ (Interview_03_02, Abs. 68)

„Das haben Sie glaube ich auf der letzten Bürgerinitiative mitbekommen, dass es aufgeteilt worden ist. Einen habe ich geschrieben. Den habe ich mittlerweile auch abgeschickt an die Netzagentur. Den habe ich dann auch an die Zeitung geschickt. Der ist auch gedruckt worden im Freien Wort. In der OTZ nicht. Jetzt habe ich da mal nachgehakt in der OTZ, warum das dort nicht passiert ist. Gut da ist mir gesagt worden, man muss zwischen regionalen und lokalen Seiten unterscheiden. Also mit dem treffe ich mich jetzt auch noch mal und spreche dann in Zukunft die Pressearbeit nochmal mehr ab, was wir da in Zukunft besser machen können.“ (Interview_03_02, Abs. 61)

An diesem Beispiel wird deutlich, dass nicht lediglich eine Strategie des Angriffs angewandt wurde. Gleichzeitig war die Bürgerinitiative bestrebt, ihre Zusammenarbeit mit der Tageszeitung zu verbessern. Es erfolgte eine Adaption.

Die Bürgerinitiative 3 konzentrierte sich mit ihrem Repertoire auf die qualitative Mobilisierung. Daneben war es ein weiteres Teilziel der Bürgerinitiative das Thema Bau der Höchstspannungsleitung auf der lokalen öffentlichen sowie politischen Agenda zu verankern. Die Ergebnisse sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

Tabelle 20: *Das Repertoire der Bürgerinitiative 3 im Überblick*

| Repertoire | Zusammenfassung |
|-----------------------------------|---|
| Qualitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> Konzentration auf Kommunalpolitik und prozeduralem Protest, da nur dort eine wirkliche Erfolgsperspektive gesehen wird |
| Quantitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> Verwerfen quantitativer Mobilisierung (Unterschriftenliste, Demonstrationen), da dies nicht dem Selbstbild entspricht und diesen Protestformen keine Wirksamkeit attestiert wird (auch weil dies die diskursiven Gelegenheitsstrukturen nicht erlauben) Regionale Medienarbeit (zwischen Adaption und Angriff) |
| Gegenöffentlichkeit | <ul style="list-style-type: none"> Keine Plakatierung im öffentlichen Raum, da keine Wirksamkeit Nutzung der Gemeinde-Website für Ankündigungen |

5.2.5 Fallstudie 4: Die jungen Wilden

Die Bürgerinitiative 4 wurde Anfang des Jahres 2013 gegründet. Bei der Gründung lag ein ähnliches Muster wie beim Fall 3 vor: Das Thema war immer „latent“ in der Region vorhanden, wurde allerdings nicht durch die politisch Verantwortlichen oder andere Personen explizit und prominent thematisiert:

„Diese Stromleitungsproblematik haben wir ja schon ganz am Rande ein paar Jahre verfolgt, an sich. Und gegründet hat sich jetzt irgendwie dieser Widerstand oder diese Bewegung von uns, aufgrund von einer Stadtratssitzung, die am 09. Januar diesen Jahres war. Und da wurden wir erstmal aufmerksam, wachgerüttelt mehr oder weniger, dass wir hier irgendwie so eine Leitung, ganz nah, bei uns vorbei bekommen sollen. Und dass das jetzt tatsächlich so ist.“ (Gruppeninterview_04, Abs. 3-4)

Diese Information wurde mehr oder weniger als *plötzlich auftretender Misstand* empfunden. Zwar gab es einige Jahre zuvor bereits eine Informationsveranstaltung zum Raumordnungsverfahren. Damals wurde allerdings davon ausgegangen, dass ein anderer Korridor bevorzugt wurde. Das Thema geriet aus dem Blick. Im Rahmen der Fallstudie wurden zwei Einzelinterviews sowie ein Gruppeninterview mit drei weiteren Mitgliedern geführt. Darüber hinaus wurden Dokumente der Bürgerinitiative gesammelt und die Facebook-Präsenz der BI analysiert.

5.2.5.1 Ressourcenmobilisierung

Begonnen hat das Engagement zunächst mit der Organisation erster Mahnwachen (Agenda Setting) durch Einzelpersonen. Bei der Mobilisierung zu den Mahnwachen zeigte sich, dass eine Koordination notwendig ist, da zum Teil Flyer doppelt in Briefkästen gelegt wurden:

„Und dann passiert es natürlich, jetzt wird wieder eine Mahnwache geplant und dann sind Zettel doppelt verteilt worden. Oder in jeder Ortschaft hat jemand seinen eigenen Flyer gemacht. Und das war dann so der Punkt, wo wir gesagt haben: Wir schauen, dass wir aus jedem Dorf einen Ansprechpartner bekommen. Und setzen uns regelmäßig zusammen, um das Ganze zu koordinieren. Und so ist dann die Initiative entstanden.“
(Gruppeninterview_04, Abs. 17)

Die Bürgerinitiative entschied sich dafür, einen *lockeren Zusammenschluss* der verschiedenen Dörfer in der Region zu repräsentieren. Bereits frühzeitig wurden die neuen Mitstreiter von einer Vertreterin des Dachverbands angesprochen und darum gebeten, diesem beizutreten. Ein formeller Beitritt wurde von der gerade gegründeten Bürgerinitiative jedoch nicht in Erwägung gezogen. Man wollte sich vor allem die Selbständigkeit bewahren:

„Wir haben es auch abgelehnt den Thüringern beizutreten. Weil wir gesagt haben, wir sind so wundervoll ungreifbar, dass wir gar nicht gesagt haben, wir machen jetzt dieses ganze Vereinsdrama und Zirkus. Wir sind einfach so eine lose Gruppe. Und die wollen wir auch bleiben.“ (Interview_04_01, Abs. 16)

„Wollt ihr (...) beitreten?' Es ging auch um Satzungen und was auch immer. Und dann haben wir gesagt ‚Nein, wollen wir eigentlich nicht‘. Für uns ist das eigentlich nicht relevant. Wir haben gesagt, wir sind (...) Coburger Land. Das reicht uns. Wir sind jetzt auch nicht eingetragen als Bürgerinitiative in dem Sinn, sondern es ist einfach ein ganz loser Zusammenschluss, wirklich aus sämtlichen Ortsteilen (...)“
(Gruppeninterview_04, Abs. 14)

Damit stellte die Bürgerinitiative eine Ausnahme der bereits untersuchten Fälle dar: Sie war die einzige Bürgerinitiative im Projekt Südwest-Kuppelleitung, die nicht formal dem Dachverband beigetreten war, wenngleich de facto die Intensität der Zusammenarbeit sich kaum von den anderen Bürgerinitiativen unterschied (so organisierte sie etwa die jährliche zentrale Demonstration des Dachverbands und aller Bürgerinitiativen im Leitungsverlauf im Jahr 2013).

Im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Bürgerinitiativen war in der Bürgerinitiative 4 keine klare Vorstandsstruktur entstanden. Formale Abstimmungen wurden als nicht notwendig betrachtet. Die Bürgerinitiative 4 hatte demnach ein anderes Organisationsmodell als die bislang vorgestellten Bürgerinitiativen. Obwohl sich durchaus ein harter Kern von sechs bis acht Mitgliedern gebildet hatte, schienen diese Personen

nicht auf die Idee gekommen zu sein, sich offiziell als Vorstand oder Sprecher zu bezeichnen. Da die Bürgerinitiative verschiedene Orte repräsentierte, wurde einzig darauf geachtet, dass in der Bürgerinitiative zumindest jeweils ein Vertreter/eine Vertreterin jeder Ortschaft präsent war.

Kristallisierungspunkte für die Bürgerinitiative waren die *regelmäßigen Treffen*, die in den ersten Monaten jeweils am Sonntagnachmittag stattfanden und nach Angaben der Mitglieder durchaus mehrere Stunden andauerten. Dabei wurde *Protokoll geführt*. Die Protokolle wurden über die *E-Mail-Liste* der Bürgerinitiative versendet.

Bei den Mitgliedern der Bürgerinitiative handelte es sich eher um politische Laien. Dennoch sind unter den Mitgliedern mindestens zwei Mitglieder, die bereits in einer anderen Bürgerinitiative engagiert waren. Eines dieser Mitglieder machte im Interview insbesondere auf die Notwendigkeit des „Mood-Management“ aufmerksam und sah es als seine persönliche Aufgabe in der Bürgerinitiative für Unterhaltung zu sorgen:

„...wir haben uns vor geraumer Zeit schon einmal im ICE-Bereich engagiert. Und da war einfach zu sehen, je länger es gedauert hat, umso bitterer wurden die Leute eigentlich. Und das ist ein riesiges Problem, weil die das dann auch irgendwie in den Tag mit reinnehmen. Und das ist so ein negativer Bereich.“ (Interview_04_01, Abs. 3)

„Daher auch diese Erkenntnis, dass es lustig bleiben muss. (...) Nein, man muss das einfach so witzig wie möglich machen die ganze Geschichte und so positiv wie möglich.“ (Interview_04_01, Abs. 30)

Auch mit Bezug auf andere Formen der Expertise wird der besondere Charakter des Organisationsmodells der Bürgerinitiative deutlich: So wurde nicht vorab bestimmt, welche Personen kompetent für eine bestimmte Form der Tätigkeit seien. Vielmehr konnte sich jedes Mitglied nach eigenem Ermessen mit seinen individuellen Fähigkeiten einbringen. In diesem Fall kamen sehr unterschiedliche Kompetenzen zusammen. Insbesondere die gestalterischen Fähigkeiten, die ein Mitglied mitbrachte, die umfassenden Webkenntnisse, über die ein anderes Mitglied verfügte, sowie die praktischen beruflichen Erfahrungen im Online-Marketing (was zur Facebook-Präsenz der Initiative führte) trugen sicherlich dazu bei, dass sich das äußere Erscheinungsbild der Bürgerinitiative durchaus von den Profilen der bereits vorgestellten Fälle unterschied.

Die Bürgerinitiative finanzierte sich über *Spenden*. Eine spezielle Form der Finanzierung war der *Verkauf von Speisen und Getränken*, der von der Initiative als sogenanntes „Hochspannungsgrillen“ bezeichnet wurde. Ansonsten wurden viele Ausgaben auch durch die *Eigenmittel* der Mitglieder finanziert.

Mit Blick auf die relationalen Ressourcen kann ausgesagt werden, dass die Bürgerinitiative zwar nicht „offiziell“ dem Dachverband beigetreten war. Dennoch nahmen

Vertreter und Vertreterinnen an den Sitzungen des Dachverbands teil. Gleichzeitig bestand ein intensiver Kontakt mit einer einzelnen erfahrenen Aktivistin des Dachverbands aus der Region, die mit ihrer Expertise in den gesamten Fragen des Umweltschutzes und des Netzausbaus die Bürgerinitiative beriet. Ein weiteres Mitglied brachte eigene Kontakte zu Journalisten mit. Wie sich diese verschiedenen Netzwerke auf das Repertoire auswirkten, wird später genauer erörtert.

5.2.5.2 *Framing und Identität*

In der Bürgerinitiative war trotz ihres zum Untersuchungszeitpunkt kurzen Bestehens ein hohes Maß an kollektiver Identität festzustellen. Zum einen einte die Mitglieder das gemeinsame Ziel der *Verhinderung* der Trasse. Doch war dies nicht als „kleinster gemeinsamer Nenner“ zu verstehen. Die Mitglieder beschrieben ihre Bürgerinitiative als *Gemeinschaft*. Die gemeinsame Arbeit in der Bürgerinitiative wurde durchaus als individuelle Bereicherung erlebt:

„Ich habe aber auch einige neue Leute kennen gelernt. Für mich war es rein von der menschlichen Seite eine unheimliche Bereicherung. Aber das kenne ich noch aus der Zeit, wir haben ja damals schon beim ICE und bei der Autobahn das auch gemacht, und da war das eigentlich ähnlich.“ (Interview_04_02, Abs. 80)

„Das ist ja eigentlich auch der positive Aspekt, jetzt mal von den ganzen Negativen Drumherum. Man hat jetzt ganz viele Leute kennen gelernt, die einfach nebenan im Dorf wohnen, die man vorher nie beachtet hat. Man hat jetzt ganz tolle neue Leute sehen und leben gelernt. Wo man denkt, Mensch das ist ein toller Mensch. Man freut sich jetzt, wenn man den sieht. Das wäre jetzt ohne dieses Thema nicht so gekommen. Da würde man, denke ich, immer noch die Straße weiter laufen. Das Zwischenmenschliche, das empfinde ich als sehr positiv. In diesem ganzen negativen Konstrukt.“ (Gruppeninterview_04, Abs. 71)

Am Ende des Jahres 2013 veranstalteten die Mitglieder der Bürgerinitiative dementsprechend auch eine gemeinsame Weihnachtsfeier. Darüber hinaus fragten sie sich, ob sie auch nach Abschluss der Arbeit in der Bürgerinitiative weiter gemeinsam engagiert sein wollten. Das bedeutet letztlich, dass das Engagement in der Bürgerinitiative den einzelnen Mitgliedern Spaß macht. Insbesondere während des Gruppeninterviews wurde dieser Aspekt besonders deutlich. Die Mitglieder waren sichtlich stolz und auch zufrieden mit ihrer Arbeit.

Mit Blick auf das Framing durchlebte die Bürgerinitiative einen raschen Wandlungsprozess: Zunächst waren einige Mitglieder der Meinung, dass es durchaus sinnvoll wäre zu fordern, die Leitung an einer anderen Stelle zu errichten. Durch die intensive Zusammenarbeit und die Beratung durch Mitglieder des Dachverbandes übernahm die Bürgerinitiative 4 schließlich weitestgehend die Argumentation, wie sie bereits im

Rahmen der anderen Fallstudien vorgestellt wurde. Letztlich sind die Argumente denen der anderen bereits vorgestellten Bürgerinitiativen sehr ähnlich und sollen an dieser Stelle nicht nochmals umfanglich vorgestellt werden.

5.2.5.3 Gelegenheitsstrukturen

Mit Blick auf die *allgemeinen politischen Gelegenheitsstrukturen* wurde durch die Mitglieder der Bürgerinitiative festgestellt, dass je höher die politische Ebene ist, desto weniger Gehör die Vertreterinnen und Vertreter für das Anliegen der Bürgerinitiative hätten (*Ebenendifferenzierung*). Ansonsten fügten sich die einzelnen Politikerinnen und Politiker in den *Fraktionszwang* beziehungsweise in die *Parteidisziplin* ein.

Die lokalen politischen Gelegenheitsstrukturen waren zunächst, ähnlich wie im Fall 3, geschlossen. Die Politik räumte dem Thema aus Sicht der Mitglieder der Bürgerinitiative keine Bedeutung ein. Erst mit dem Aufkommen der Proteste änderte sich die Haltung der Kommunalpolitik. Die Öffnung der kommunalpolitischen Gelegenheitsstruktur war demzufolge auch hier das Ergebnis des Engagements der Bürgerinitiative und insofern auch ein Erfolg:

„Das lässt sich ganz einfach beschreiben. Ein gewisser Teil ist offen. Es gibt aber auch einen gewissen Teil, der für so etwas so lange überhaupt nicht offen war, bis der Druck groß genug war. Dann waren sie dafür offen. Bis sie gemerkt haben, hier sind regelmäßig Mahnwachen. Das Thema ist in der Zeitung. Es fallen da manchmal auch ein paar kritische Worte. (...) Und heute setzen die sich auch in gewisser Weise dafür ein. (...) Die ersten Aussagen von unserem Bürgermeister dazu waren eher mal negativ gehalten. ‚Und die sollen sich nicht so anstellen. Das kann man eh nicht verhindern.‘ Mittlerweile tritt er ganz anders auf.“ (Gruppeninterview_04, Abs. 152)

Die Interviews wurden noch vor der strikten Ablehnung des gesamten Netzausbaus durch die bayerische Landesregierung geführt (im Dezember 2013). Aus diesem Grund wurden die Gelegenheitsstrukturen auf der Landesebene als geschlossen wahrgenommen. Mit Blick auf die Bundesebene wurde festgestellt, dass einzelne Politikerinnen und Politiker durchaus Einfluss hätten, nicht zuletzt auch direkt auf den Leitungsverlauf:

„Man weiß auch überhaupt nicht mit dieser zweiten Trassenvariante wie das zusammengespielt hat. Aber es liegt natürlich nahe: Es gibt hier einen Bundestagsabgeordneten (...). Und die Gerüchteküche sagt, der hat die Trasse halt ein Stück weiter (...) geschoben. Das kann man natürlich nicht nachweisen. Aber das ist halt, was die Gerüchteküche sagt.“ (Gruppengespräch_04, Abs. 105)

Solche Einschätzungen wurden in den bisherigen Fällen nicht thematisiert. Die Kategorie *Einfluss Spitzenpolitiker* wurde als Unterkategorie der Aussagen über die

politischen Gelegenheitsstrukturen auf der Bundesebene jedoch auch von anderen Bürgerinitiativmitgliedern im Leitungsverlauf Wahle-Mecklar thematisiert.

Wie sah es mit der Einschätzung der *medialen Gelegenheitsstrukturen* in der Bürgerinitiative aus? Mit Blick auf die eigenen Erfahrungen mit Journalisten wurde attestiert, dass nur wenige sich überhaupt mit der Materie beschäftigten:

„Das ging dann auch teilweise in die Hose. Weil dann die irgendwelche Leute geschickt haben, die das auch wieder nicht begriffen haben. Also eine junge Redakteurin, die dann alles so ein bisschen durcheinander gebracht hat. Und einen fürchterlichen Unfug geschrieben hat.“ (Interview_04_01, Abs. 102)

Neben dieser Nichtbeschäftigung mit dem Netzausbau wurde einem konkreten Zeitungsjournalisten vorgeworfen, wider besseren Wissens, die Aktivitäten der Bürgerinitiative als NIMBY-Protest darzustellen und dadurch das Engagement der Bürgerinitiative zu hintertreiben.

Was den Mitgliedern der Bürgerinitiative auffiel, war das abnehmende Interesse der regionalen Medien für das Thema. Dies brachten sie in Zusammenhang mit Nachrichtenfaktoren: Nach einer gewissen Zeit sinke der Nachrichtenwert über eine einzelne Demonstration zu berichten und damit auch das Interesse der Medien vor Ort an der Bürgerinitiative. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die Medien „spektakuläre“ Protestinszenierungen erwarten:

„Und es ist natürlich so, die Medien, also unsere Lokalzeitungen die haben dann natürlich gegähnt. ‚Was schon wieder eine Mahnwache? Nein, da kommen wir nicht.‘ Also das war dann schon irgendwann nicht mehr interessant genug.“ (Gruppeninterview_04, Abs. 53)

„Also das war dann irgendwann mal durch. Die hätten gerne etwas Spektakuläres da nochmal gehabt. Und da hätten Sie sich dann auch mal wieder dazu herab gelassen, zu erscheinen. Aber es war irgendwann dann für sie die Luft raus.“ (Interview_04_02, Abs. 43)

Mit Blick auf das Fernsehen wurde ein negativer Bias gegenüber dem Anliegen der Bürgerinitiative wahrgenommen (*Tendenz gegen BI*). Zwei Interviewpartner bezogen sich in ihren Aussagen auf einen konkreten Beitrag im Vorabendprogramm des bayerischen Fernsehens, in dem das Engagement aus ihrer Sicht eher lächerlich gemacht wurde:

„Medien finden das eigentlich immer ganz klasse. Da lässt sich was berichten. Allerdings sind die natürlich auch sehr dumm. Wir hatten ja mal so eine bayerische Geschichte. Das ein bisschen gruslig. Die haben das dann so als Häkel-Gruppe. Und wir machen dann so Weidebäumchen und unser armes Dorf und so. Ganz schrecklich. Aber dann auch ‚Die Menschen leiden darunter, dass der Windstrom von der Nord- und

Ostsee.’ Also diese Menschen, obwohl man es ihnen nun 20 Mal versucht hat, zu erklären, sind auch zu dämlich zu kapiern, dass sie da irgendwie verarscht werden. Also das, was da offensichtlich auf dieser Sendungen-produzierenden Ebene bei vielen Medien unterwegs ist, ist also mindestens ebenso zu dieser Masse dazu zu fügen, die das nicht geregelt kriegt, da mal darüber nachzudenken.“ (Interview_04_01, Abs. 98)

An dieser Aussage wird sehr deutlich, wie sich das Selbstbild („nicht nur dagegen“) und auch die Rahmung des gesamten Problems (als generelles Problem der Energiewende) auf die Erwartungen der medialen Berichterstattung auswirkten: Das Fernsehen verharrte in der Auffassung des Mitglieds der Bürgerinitiative in der stereotypen Darstellung der Zerstörung einer Idylle durch die Notwendigkeit des Stromtransports von Nord nach Süd. Beide journalistischen Rahmungen lehnten die Mitglieder der Bürgerinitiative ab. Wie diese Einschätzungen das Protestrepertoire der Bürgerinitiative prägten, wird im nächsten Kapitel näher erläutert.

Zunächst soll noch die Einordnung der *diskursiven Gelegenheitsstrukturen* erfolgen. Ähnlich wie in den Fällen 1 und 2 wird die Mobilisierungsfähigkeit der Bevölkerung sehr kritisch betrachtet. Nur zu wenige Bürgerinnen und Bürger ließen sich motivieren, sodass eine kritische Masse nicht erzeugt werden konnte:

„Eine Freundin von mir hat mal gesagt ‚Wenn alle dagegen wären, dann können die doch das eigentlich nicht machen‘. Da denke ich hat sie letztendlich recht. Das Problem ist, dass einfach zu wenige Leute an einem Strang ziehen. Wir haben relativ viel Wind gemacht. Wir sind denen auf die Füße getreten. Wir haben denen auch ein paar Steine in den Weg gelegt. Aber letztendlich denke ich, waren wir viel zu wenige, um wirklich was zu bewirken oder das Ganze zu kippen.“ (Interview_04_02, Abs. 109)

Zusätzlich wurde beobachtet, dass es vor allem die *älteren Leute* seien, die sich gegen die Trasse engagierten. Diese Beobachtung wurde zum Teil auch von einzelnen Mitgliedern in den Fällen 1 und 2 gemacht. Wie in den Fällen 1, 2 und 3 wurde die Bevölkerung als überwiegend *desinteressiert*, *apathisch* und resignativ erlebt. Die folgende Tabelle gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 4.

Tabelle 21: *Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 4*

| Hauptkategorie | Zusammenfassung |
|--------------------------------|---|
| Ressourcenmobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Bewusst keine vollständige Integration in den Dachverband • Keine Aufteilung in Vorstandsposten |
| Framing und Identität | <ul style="list-style-type: none"> • Hohes Maß an gemeinsamer Identität, auch über das Thema hinaus • Engagement in der Bürgerinitiative macht den Mitgliedern „Spaß“ |
| Gelegenheitsstrukturen | <ul style="list-style-type: none"> • Geschlossenheit aller Ebenen der politischen Gelegenheitsstrukturen • Journalisten mangelt es an Fachwissen, sinkendes Interesse (sinkender Nachrichtenwert) • Bevölkerung lässt sich zu wenig mobilisieren |

5.2.5.4 *Repertoire*

Die zuletzt vorgestellten Aspekte der Gelegenheitsstrukturen griffen zum Teil bereits der Präsentation des Repertoires der Bürgerinitiative 4 vor. Ähnlich dem Fall 3 sah sich auch die Bürgerinitiative 4 zunächst geschlossenen kommunalen politischen Gelegenheitsstrukturen gegenüber. Die BI-Mitglieder hatten den Eindruck, dass sich die Kommunalpolitik nicht genügend für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsetzte. Mit Hilfe von Mahnwachen vor den jeweiligen Rathäusern wurde versucht, das Thema „Stromtrasse“ auf der kommunalpolitischen Agenda sowie auf der kommunalen öffentlichen Agenda zu verankern.

Ein weiteres Ziel der Mahnwachen lag in der Mobilisierung der Bevölkerung. Die Mahnwachen wurden so organisiert, dass sie jedes Mal an einem anderen Standort stattfanden. Zu den Mahnwachen wurde über verschiedene Flyer der Bürgerinitiative eingeladen. Darüber hinaus wurde auch die bereits erwähnte Facebook-Gruppe der Bürgerinitiative genutzt, um zu den Mahnwachen einzuladen. Innerhalb des Zeitraumes eines halben Jahres fanden insgesamt über zwölf Mahnwachen statt (Dokument: Interne Chronologie BI). Mittels dieser Mahnwachen konnte auch Medienresonanz erzeugt werden. Sowohl die regionalen Tageszeitungen als auch das Fernsehen sowie das Radio berichteten über die Mahnwachen. Auf der Facebook-Seite der Bürgerinitiative wurde sich beim Bayerischen Rundfunk für dessen Berichterstattung bedankt: „Vielen Dank an das Bayerische Fernsehen und Bayern 1 die bei unserer Mahnwache heute dabei waren. Wir freuen uns darauf noch mehr Menschen zu erreichen und zu informieren!“ (Facebook Gruppe am 11.03.2013). Man merkt den Aufrufen für die Teilnahme an den Mahnwachen an, dass eine *Logic of Numbers* und damit eine *quantitative Mobilisierung* verfolgt wurde. Über Facebook wurde mehrmals nachdrücklich zur Teilnahme an den Mahnwachen aufgerufen:

„Alle die gegen die 380 kV-Leitung sind müssen teilnehmen. Fernsehen kommt!“
(Facebook, 05.03.2013)

„Hey Leute, informiert Euch wie wir Bürger mit der angeblich notwendigen 380 KV-Trasse belogen werden. Die Trasse wird lediglich zum Profitmachen der Energiekonzerne gebaut. Nicht um uns mit erneuerbaren Energien zu versorgen! Und wir müssen das alles zahlen! Wieviel Geld die damit machen und was das für uns bedeutet erfahrt ihr auf unseren Mahnwachen! Die Trasse ist nicht notwendig! Gutachten haben das belegt! Nur wir alle zusammen können das verhindern!!!“ (Facebook, 21.03.2013)

Da den Initiatorinnen und Initiatoren der Mahnwachen auffiel, dass trotz dieser intensiven Mobilisierungsbemühungen aus ihrer Sicht nicht genügend Teilnehmende gewonnen werden konnten, wurde für die Veranstaltungen auch offensiv mit dem Wort „Hochspannungsgrillen“ geworben, was bedeutet, dass Mitglieder der Bürgerinitiative einen öffentlichen Grillstand einrichteten und dementsprechend Grillgut verkauften. Dass die Versuche der quantitativen Mobilisierung an ihre Grenzen stoßen, wurde auch am Beispiel einer von der Bürgerinitiative erstellten Online-Petition bei der Petitionsplattform „Avaaz“ deutlich: So konnten nur insgesamt 350 Unterzeichnende gewonnen werden. Dieses Beispiel zeigt, dass die notwendige „kritische Masse“ an Unterschriften nicht mobilisiert werden konnte.

Unter den im Rahmen dieser Dissertation untersuchten Bürgerinitiativen war der Fall 4 der einzige Fall, in der Facebook aktiv genutzt wurde. Von der Bürgerinitiative wurden zwei Facebook-Gruppen gegründet: Eine geschlossene und eine offene Facebook-Gruppe. Im analysierten Zeitraum vom Februar bis Ende November 2013 wurden insgesamt 69 Beiträge bei der öffentlichen Facebook-Gruppe ins Netz gestellt. Hauptanlässe für die Kommunikation waren die bereits erwähnte Mobilisierung zu den Mahnwachen und das Weiterleiten von Artikeln und Berichten über Aktionen der Bürgerinitiative(n) sowie zum Thema Netzausbau. Die Gesamtdynamik auf Facebook ist, insgesamt betrachtet, jedoch nicht sehr ausgeprägt. Die untersuchte Gruppe hatte insgesamt 127 Mitglieder. Nur ein Bruchteil der Beiträge erhielt „Likes“, ein noch geringerer Anteil der Beiträge wurde kommentiert. Neben dieser Präsenz auf Facebook wurde von der Bürgerinitiative die Website des Dachverbands genutzt. Hier konnte die Bürgerinitiative einen eigenen Webbereich einrichten und ihre Informationen veröffentlichen.

Wie in den Fällen 1 und 2 startete die Bürgerinitiative eine groß angelegte Banneraktion. Mit diesen öffentlich sichtbaren Plakaten wollte die Bürgerinitiative vor allem Fragen aufwerfen, die dann im Internet beantwortet wurden (Abbildung 9). Damit wurde eine medienübergreifende *Gegenöffentlichkeit* hergestellt.

Im Gegensatz zu allen bereits untersuchten Fällen spielte für die Initiative die eigenständige Vernetzung mit anderen Bürgerinitiativen im gesamten deutschsprachigen Raum eine große Rolle. Aktiv wurden andere Bürgerinitiativen kontaktiert, auch über

das Themenfeld Netzausbau hinaus. Das Ziel dieser Arbeit lag durchaus in einer Protestlogik der Zahlen begründet: Mit Hilfe einer bundesweiten Vernetzung könnte mehr politischer Druck erzielt werden. Jedoch stießen diese Bemühungen auf Grenzen in den zeitlichen Ressourcen der Mitglieder.

Abbildung 9: Banneraktion der Bürgerinitiative 4



Neben diesen vielen unterschiedlichen Aktionen bildete einen Schwerpunkt der Arbeit der Bürgerinitiative der *prozedurale Protest* im Rahmen der *qualitativen Mobilisierung*, insbesondere die Mobilisierung von Stellungnahmen der Bevölkerung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens. Wie in den bereits vorgestellten Fällen 1 und 2 wurden Formulierungshilfen im Rahmen eines mehrseitigen Leitfadens erarbeitet (Dokument: Leitfaden Einwände):

„Da haben sich ja manche die Mühe gemacht und haben wirklich Material gesammelt und haben Einwendungen überlegt. Haben wie so einen Leitfaden auch ausgearbeitet, damit die Leute wissen, was sie schreiben können. Oder denen klar war, was sie beachten müssen, dass ihr Einspruch überhaupt angeguckt wird. Und dann haben wir nochmal in den einzelnen Ortsteilen, da haben wir das in die Briefkästen geworfen. Dass sie es nochmal persönlich gekriegt haben. Wir haben das auch überlegt, das nochmal in einer kleinen Versammlung zu machen. Aber da wären auch wieder zwei Drittel nicht gekommen, noch mehr wahrscheinlich wären nicht gekommen.“

(Interview_04_02, Abs. 72f.)

Wie sah die Medienarbeit der Bürgerinitiative aus? Im Allgemeinen wurde keine gezielte Medienarbeit über Pressemitteilungen gemacht. Die lokalen Medien waren, nach den Angaben in den Interviews, von sich aus zumeist bei den Veranstaltungen der Bürgerinitiative anwesend. Allerdings wurde, wie bei der Vorstellung der

Wahrnehmung der medialen Gelegenheitsstrukturen bereits vorgestellt, wahrgenommen, dass die Medien das Interesse an den Mahnwachen verloren. Aus diesem Grund wurde von der Bürgerinitiative eine *Pressekonferenz* als neues Format initiiert:

„Und wir haben dann auch, als es zuletzt jetzt ruhiger geworden ist, in der Presse, dann eben diese Pressekonferenz von uns aus ins Leben gerufen.“

(Gruppeninterview_04, Abs. 139)

Für diese Pressekonferenz wurde eine 17-seitige Mappe für die Journalistinnen und Journalisten angefertigt (Dokument: Pressemappe Pressegespräch). Dabei konnten die bereits bestehenden Kontakte mit den Journalisten (relationale Ressourcen) mobilisiert werden. Dass die anschließende Berichterstattung in der Wahrnehmung der Bürgerinitiative dennoch nicht erfolgreich war, wurde bereits im Rahmen der Vorstellung der Wahrnehmung der medialen Gelegenheitsstrukturen deutlich: Die Journalisten brähten es, aus Sicht der BI-Mitglieder, nicht fertig, sachlich korrekt über die Thematik zu berichten. Es kann festgehalten werden, dass die Bürgerinitiative 4 eine Strategie der Adaption anwendete: Die Berichterstattung der verschiedenen Medien wurde genau beobachtet. Die Initiierung der Pressekonferenz zeigt deutlich, dass die Bürgerinitiative daran interessiert war, auf das nachlassende Interesse der Massenmedien zu reagieren. Da sie nicht in der Lage war über eine Strategie der Logic of Numbers das massenmediale Interesse weiterhin zu wecken, wurde sich für das Format der Pressekonferenz entschieden.

Bemerkenswert ist der Umfang der verschiedenen Aktionen der Bürgerinitiative: Innerhalb von weniger als einem Jahr wurden zwölf Mahnwachen, eine große Demonstration und eine großräumige Plakatierungsaktion organisiert. Eine Website und die Facebook-Gruppe wurden kontinuierlich gepflegt. Darüber hinaus fand eine Postkartenaktion mit anschließender Übergabe an die Planungsbehörde statt. Es wurden Informationsveranstaltungen für das Planfeststellungsverfahren durchgeführt, ein Leitfaden für Stellungnahmen erarbeitet. Nicht zuletzt wurde eine Pressekonferenz vorbereitet und durchgeführt. Darüber hinaus schrieben Mitglieder der Bürgerinitiative eine Reihe von Leserbriefen und nahmen an Informationsveranstaltungen anderer Bürgerinitiativen sowie des Netzbetreibers teil. Diese vielfältigen vorgestellten Aktivitäten belegen eindrucksvoll, dass die Bürgerinitiative 4 eine andere Dynamik erzeugen konnte als die Bürgerinitiative 3. Während dort jede Aktion unter einer Kosten-Nutzen-Kalkulation stand, machte den Mitgliedern in der Bürgerinitiative 4 das Engagement „Spaß“.

Tabelle 22: *Das Repertoire der Bürgerinitiative 4 im Überblick*

| Repertoire | Zusammenfassung |
|-----------------------------------|--|
| Qualitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Mobilisierung von Stellungnahmen im Planfeststellungsverfahren |
| Quantitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Mahnwachen als zentrales Instrument, den Widerstand der Bevölkerung zu dokumentieren • Vernetzung der Bürgerinitiative mit anderen Bürgerinitiativen auf nationaler Ebene |
| Gegenöffentlichkeit | <ul style="list-style-type: none"> • Facebook als Informationsplattform • Eigener Web-Bereich auf der Website des Dachverbands • Plakatierungsaktion im Landkreis • Flyer mit Informationen zur Argumentation der Bürgerinitiative |

5.2.6 Fallstudie 5: Die Aufgebenden

Die Bürgerinitiative 5 gehörte mit zu den ersten Bürgerinitiativen, die sich im Bereich Südwest-Kuppelleitung gegründet hatten und nach Einschätzung der beiden interviewten Mitglieder des Kernteams auch zu den aktivsten. So hatte die Bürgerinitiative im Jahr 2010 die jährliche Demonstration der gesamten Trassengegner (Ostermarsch) organisiert (Dokument: Plakat Ostermarsch 2010). Ähnlich wie im Fall 2 war die Gründung der Bürgerinitiative auf eine vom Ortsbürgermeister organisierte Bürgerversammlung zurückzuführen, die als Reaktion auf die Ankündigung der Planungen für die Starkstromtrasse einberufen wurde. Auch nach der Gründung spielte der Ortsbürgermeister als Mitglied in der Bürgerinitiative eine wichtige Rolle.

Mit dem Planfeststellungsbeschluss für den nördlichen Abschnitt der Trasse von Erfurt bis Altenfeld war klar, dass die Masten im Einzugsgebiet früher oder später errichtet werden würden. Eine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wurde zwar in Zusammenarbeit der Bürgerinitiativen mit der Stadt Großbreitenbach eingereicht (Thüringer Allgemeine, 06.03.2012). Das Bundesverwaltungsgericht hatte jedoch entschieden, dass bereits vor der Eröffnung der Verhandlung die Bauarbeiten beginnen können (Freies Wort, 25.05.2012). Entsprechend begannen die Bauarbeiten Anfang des Jahres 2013.

Insofern stellt der Fall eine Besonderheit dar. Er kann als Sonderfall charakterisiert werden. Während die bisher vorgestellten Bürgerinitiativen 1, 3 und 4 jeweils direkt von den Planungen der Trasse betroffen waren und die Planungsverfahren zum Untersuchungszeitraum jeweils noch andauerten und im Fall 2 durch den Raumordnungsbeschluss die unmittelbare Betroffenheit nicht mehr vorhanden war, hatten im Fall 5 im Untersuchungszeitraum die Bauarbeiten an der Trasse gerade begonnen. Wie ging die Bürgerinitiative mit dieser Situation um? Die Erfahrung mit anderen Infrastrukturprotesten (z.B. Stuttgart 21) hat gezeigt, dass es gerade in der Phase Baubeginns noch

einmal zu einer Intensivierung der Protestmobilisierung kam. Auch die Bürgerinitiativen gegen das Lager für atomaren Müll in Gorleben haben ihre Proteste nicht aufgegeben. Wie sah es im Fall 5 aus?

An dieser Stelle sollen nicht die gesamten Erklärungsfaktoren sowie das Protestrepertoire dieser Bürgerinitiative im Einzelnen vorgestellt werden. Vielmehr wird der Schwerpunkt auf der Darstellung der Wahrnehmung der spezifischen Situation beim Beginn der Bauarbeiten an der Höchstspannungsleitung liegen.

Die beiden folgenden Ausschnitte aus den Interviews zeigen die Wahrnehmung der Reaktionen der Bevölkerung nach Baubeginn:

„I: Sie haben es angesprochen, es werden ja die Masten gerade gebaut. Sieht man auch hier vom Ort aus, (...) Wenn Sie jetzt genau das zum Anlass nehmen, dass die Masten gebaut werden, wie sieht das denn aus mit der Bevölkerung? Manchmal sagt man ja, erst wenn was gebaut wird, ist dann die Empörung da. Wie nehmen Sie das gerade wahr?

B: Ja also wir haben Anfragen, was denn da gemacht wird. Die Trasse wäre doch nicht genehmigt und warum da jetzt Masten gebaut werden. Also inzwischen werden Leute munter, an denen das offensichtlich doch etwas vorbei gegangen ist. Die sich nicht so intensiv damit beschäftigt haben.

Und das ist aus meiner Sicht auch so ein bisschen ein Problem unserer Gesellschaft. Man verlässt sich darauf, die anderen werden das schon machen. Und ich bringe mich nicht ein. Und ich sage mal, ein Engagement gegen Vorhaben kann eigentlich nur zum Erfolg führen, wenn es auf einer möglichst breiten Basis passiert. Und das haben offensichtlich viele Leute versäumt, hier sich einzubringen. Obwohl sie das nicht wollen, was da passiert. Und ich meine die Quittung ist letztendlich, dass der Druck vielleicht doch nicht so groß war, wie wir es uns gewünscht hätten.“ (Interview_05_01, Abs. 25f.)

„Aber dann wurden die Leute wieder sehr aufmerksam, erst vor kurzem, wo begonnen wurde, mit den Masten zu bauen. ‚Sag mal, wollen die wirklich die Masten jetzt bei uns hier hin bauen?‘ So kamen dann die Ansprachen. Und da mussten wir dann aber sagen: ‚Du wir haben oft genug aufgerufen und gewarnt.‘ Es waren zwar einige dabei, aber es hätten viel mehr sein können, die dort mit protestieren.“ (Interview_05_02, Abs. 75)

An beiden Ausschnitten sieht man eine Einschätzung, die bereits in den anderen Fällen thematisiert wurde, nämlich dass sich insgesamt zu wenige Menschen gegen die Trasse engagieren, um den notwendigen Druck auf das politische Entscheidungssystem auszuüben. Darüber wird auch der Aspekt der *Delegation* bei der Wahrnehmung der diskursiven Gelegenheitsstrukturen deutlich. Die Bevölkerung delegierte die Verantwortung an die Bürgerinitiative. Mit dem Baubeginn begannen offensichtlich einige Bürgerinnen und Bürger sich bei der Bürgerinitiative zu erkundigen, warum die Trasse nun gebaut werde.

Die Bürgerinitiative konnte für ihre Bürgerinformationen auf eine Besonderheit der kommunalen Kommunikationsstrukturen zurückgreifen. Der Ort verfügte über eine eigene Antennenanlage für den Fernsehempfang, die fast von allen Haushalten genutzt wurde. Die Gemeinde hatte einen eigenen Informationskanal geschaffen, auf dem alle die Gemeinde betreffenden Informationen in Form von Textnachrichten (ähnlich dem Videotext) zur Verfügung gestellt wurden. Auch die Bürgerinitiative hatte die Möglichkeit, auf diese Kommunikationsinfrastruktur zurückzugreifen und eigene Nachrichten zu veröffentlichen (Interview_05_02, Abs. 26f.).

Die beiden interviewten Mitglieder gingen mit der Situation des Trassenbaus individuell unterschiedlich um. Während ein Gesprächspartner persönlich sehr enttäuscht war und durchaus emotional reagierte, war der zweite Gesprächspartner gefasster:

„Ja, ich sage mal vielleicht würde es helfen, wenn mal so ein Mast umfällt. Ich sage es mal ganz deutlich. Dieses Gewaltpotenzial ist bei uns noch nicht da. Aber ich sage mal, vielleicht wäre es mal ein Signal, dass die Herrschaften munter werden. Muss ich so sagen. Ich wäre nicht böse drum, wenn so etwas passiert. Ich selber finde es schlimm, dass man so weit kommen muss.“ (Interview_05_01, Abs. 29)

„Wir sind ja natürlich jetzt auch nicht so, dass wir jetzt die Leute, die jetzt an den Masten bauen, dass wir die Leute angehen. Die können ja gar nichts dazu. Die machen ihre Arbeit. Das ist ganz normal. Und wenn das genehmigt ist, zu guter Letzt, dann müssen wir es eben so akzeptieren. Wir können dann nicht sagen, wir verhindern jetzt mit Protesten, oder dass wir uns dort hinstellen und lassen die Masten nicht bauen.“ (Interview_05_02, Abs. 42)

An beiden Aussagen wird deutlich, dass der Beginn der Bauarbeiten durchaus ein extremes Ereignis markiert. Die maximale Polarisierung war erreicht. Wogegen die Bürgerinitiative über Jahre hinweg gekämpft hatte, war nicht mehr zu verhindern. Diese kritische Situation wurde jedoch von beiden Mitgliedern nicht so bewertet, dass die Bevölkerung vor Ort oder die Bevölkerung insgesamt zu sichtbaren und lautstarken Protestaktionen mobilisiert werden konnte. Dennoch wollte sich die Bürgerinitiative nicht auflösen. Dies hing mit der Identifikation mit den anderen Bürgerinitiativen im gesamten Leitungsverlauf zusammen. Gleichzeitig wird auch die tiefe regionale Identität in Bezug auf den Thüringer Wald deutlich. Da im südlichen Abschnitt das Planfeststellungsverfahren noch nicht begonnen hatte, wurde den sich dort engagierenden Bürgerinitiativen solidarische Unterstützung zugesichert. Darüber hinaus wurde die Idee formuliert, die notwendige kritische Masse über eine bundesweite Vernetzung zu erzeugen:

„Also ganz im Stich lassen würden wir niemanden jetzt. Wir würden auch weiter mit kämpfen, wenn es uns auch nicht betrifft. Ich meine, wenn man mit dem Auto in den Thüringer Wald fährt und sieht dann die Naturverwüstung durch diese Trassen, direkt

im Kammereich des Thüringer Waldes. Das betrifft uns doch auch irgendwie mit. Auch wenn es nicht vor unserer Haustür ist. Deswegen, es ist nicht so, dass wir die Bürgerinitiative auflösen wollen. Sondern, was ich vorhin meinte, die Arbeit ist weniger geworden für unseren Bereich.“ (Interview_05_02, Abs. 129)

„Und ich denke, das ist auch momentan ein Bestreben, das besteht und wo wir auch uns intensiver damit beschäftigen, dass wir doch versuchen, bundesweit hier eine Vernetzung zu kriegen und auch bundesweit vielleicht auch Aktionen auf die Beine zu kriegen, um doch den Druck zu erhöhen und wirklich mal drauf aufmerksam zu machen, wie hier doch die Räder momentan im Dreck laufen.“ (Interview_05_01, Abs. 24)

Beide Textstellen signalisieren, dass die Bürgerinitiative ihren Arbeitsschwerpunkt verlagerte. Man wollte die lokale Bevölkerung zur Teilnahme an Protestveranstaltungen im südlichen Leitungsverlauf mobilisieren. Für Proteste vor Ort wurde offenbar kein Spielraum mehr gesehen. Dieser Kampf war verloren. Diese Einschätzung wirkt durchaus nachvollziehbar und auf den ersten Blick realistisch und vernünftig. Dennoch sollte bedacht werden, dass durch die Bürgerinitiative zumindest potenziell auch eine alternative Strategie hätte verfolgt werden können. Die Bauarbeiten für eine Trasse sind jeweils an ganz konkrete Auflagen gebunden. Zum Beispiel dürfen nur bestimmte Wege befahren werden. Zum Teil entstehen auch Schäden durch die Bauarbeiten. Eine Bürgerinitiative hätte die Möglichkeit, die Bauarbeiten kritisch zu begleiten, eventuelle Schäden zu dokumentieren und ganz genau zu beobachten, ob die Auflagen eingehalten werden.

Nicht zuletzt stehen einer Bürgerinitiative in dieser Phase auch Elemente konfrontativer Protestformen zur Verfügung: Die Bauarbeiten können gestört werden, die Zufahrtswege zum Transport der Masten an ihre Standorte (oftmals kleine Straßen oder Feldwege) könnten besetzt werden. Im Fall von Stuttgart 21 hatten die Bürgerinnen und Bürger ähnliche konfrontative Proteststrategien angewendet, was nicht zuletzt zu einem Referendum über den Bau geführt hat. Die Proteste gegen die Implementierung einer lange im Voraus getroffenen Entscheidung hatten zu einer neuerlichen, grundlegenden politischen Entscheidung geführt. Eine solche Protestmobilisierung setzt allerdings voraus, dass die Aktivistinnen und Aktivisten der Bürgerinitiativen individuell bereit sind, eine Logic of Bearing Witness anzuwenden. Es wird deutlich, dass diese Bereitschaft im Fall 5 nicht vorlag.

Nicht zuletzt hätten der Bürgerinitiative zu einer Durchführung der beiden skizzierten Formen des Protests (kritische Baubegleitung und Konfrontation) nicht genügend personelle Ressourcen zur Verfügung gestanden. Zu diesem späten Zeitpunkt konnte die Bürgerinitiative nicht mehr auf einen aktiven Kreis an Mitgliedern zurückgreifen, die sie zu einem solchen Handeln befähigt hätten. Insofern belegt dies die Einschätzung der diskursiven Gelegenheitsstrukturen durch die Mitglieder der Bürgerinitiative.

Im konkreten Fall löste der Bau der Höchstspannungsleitung keinen *moralischen Schock* aus, der zu einer Massenmobilisierung hätte führen können.

5.2.7 Fallstudie 6: Der Dachverband

Die ersten fünf Fallstudien untersuchten Bürgerinitiativen, die sich alle gegen das Projekt Südwest-Kuppelleitung einsetzten. Es wurde bereits mehrfach erwähnt, dass diese Bürgerinitiativen sich in einem gemeinsamen Dachverband zusammengeschlossen hatten. Dieser Dachverband agierte als eigenständige Organisation. Insgesamt wurden vier Interviews mit Vertretern des Dachverbands geführt. Darüber hinaus wurden vielfältige Dokumente gesammelt und auch Veranstaltungen des Dachverbands beobachtet (z.B. eine Pressekonferenz gemeinsam mit der Landtagsfraktion der Thüringer Linkspartei). In diesem Kapitel soll dieser Fall vorgestellt werden. Um Redundanzen in der Darstellung der einzelnen Dimensionen zu vermeiden, wird vorrangig auf die Spezifika des Dachverbands eingegangen.

5.2.7.1 Ressourcenmobilisierung

Mit dem Bekanntwerden der Informationen über die Planungen der Südwest-Kuppelleitungen hatten sich entlang des geplanten Leitungsverlaufes verschiedene Bürgerinitiativen gegründet. Diese Bürgerinitiativen nahmen gegenseitig Notiz voneinander. Einzelne Bürgerinitiativen kamen zu der Erkenntnis, dass eine Kooperation von Vorteil wäre:

„Also es haben sich natürlich nachdem dieses Projekt 380kV-Leitung überall bekannt geworden ist in den Städten und Gemeinden, einzelne Bürger angefangen, sich damit zu beschäftigen, haben sich dann auch zusammengetan und es hat sich Widerstand formiert. (...) Und haben also gesagt, wie können wir eben mehr erreichen? Und mehr erreichen kann man eben ganz einfach auch nur, wenn man gemeinsam kämpft. Und wir haben es dann eben auch tatsächlich, das war eben auch ein langer Prozess. Wir mussten uns ja dann auch verständigen auf die Ziele.“ (Interview_06_03, Abs. 5)

„Wir haben überlegt, also wenn wir in den Bürgerinitiativen erfolgreich sein müssen, dann müssen wir uns auch regelmäßig verständigen und müssen da also auch gucken, dass alle den gleichen Wissenstand an sich eben auch haben. Und das hieß, dass wir also gesagt haben, wir werden die Interessengemeinschaft gründen.“ (Interview_06_03, Abs. 5)

Die Idee der Bündelung von Ressourcen, um größere Spielräume für den Protest entwickeln zu können, gab demzufolge den Ausschlag zur Gründung des Dachverbands. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Zusammenarbeit voraussetzungsreich ist. Sie impliziert, dass die verschiedenen Bürgerinitiativen in der Kooperation tatsächlich einen Vorteil für ihre eigene Arbeit sehen. Darüber hinaus muss ein inhaltlicher Konsens

hergestellt werden. Dazu ist es notwendig eine Rahmung zu entwickeln, die so allgemein ist, dass sich alle Bürgerinitiativen dieser anschließen können und gleichzeitig noch ihre eigenen Akzente setzen können.

Der Dachverband stellte eine eigenständige Organisationsform dar. Dem Dachverband gehörten jeweils Vertreter der Bürgerinitiativen an. Es fanden *regelmäßige Treffen* statt. Durch diese Treffen erfolgte eine Synchronisierung der Informationen aller Bürgerinitiativen im Bereich des geplanten Leitungsverlaufes. Gleichzeitig wurden auf den Treffen auch Materialien und Ideen ausgetauscht:

„Und Informationsmaterialien, ja, das ist dann so, dass eben auch die einzelnen Bürgerinitiativen Informationsmaterial eben auch erarbeiten, die dann wiederum auch in unsere Zusammenkunft mitbringen und dort, wenn das eben für den anderen auch passt, dann wird das eben auch genutzt für die andere Bürgerinitiative zum Verteilen. So läuft das.“
(Interview_06_03, Abs. 127)

Bei der Etablierung des Dachverbands wurde planvoll vorgegangen. Zunächst wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die jeweils spezifisches Wissen in den Bereichen Technik, Öffentlichkeitsarbeit sowie Recht mobilisierten. Im Vorstand des Dachverbands arbeiteten mehrere Personen, die über ihr Engagement in der jeweiligen Bürgerinitiative hinausgehend die Aktivitäten des Dachverbands systematisch und strategisch koordinierten und entscheidend an der Etablierung der Organisation mitwirkten. Dabei griffen diese Personen auf unterschiedliche Erfahrungen zurück. Zum Beispiel nutzte eine Person die Erkenntnisse, die sie in der Aktivität in einer *sozialen Bewegung* gesammelt hatte:

„Auf jeden Fall hat mir das geholfen. Also ich habe im Vorfeld da schon Erfahrungen gesammelt, was die Vereinsarbeit betrifft sozusagen. Wie man Dinge organisieren kann. Wie man Veranstaltungen organisiert und so weiter. Wie man auch, ich sage mal, Pläne macht, Aktionspläne, wie man Vorgehensweisen definiert. Das ist mir schon sehr hilfreich gewesen.“ (Interview_06_04, Abs. 20)

Eine Besonderheit stellte das Engagement einer weiteren Person im Dachverband dar, die zugleich Oberbürgermeisterin einer Kleinstadt im südlichen Thüringen und Landtagsabgeordnete im Thüringer Landtag war. Sie war auch die Brücke zur Kommunalpolitik sowie zur Landespolitik. Insofern verankerte diese Person das Engagement des Dachverbands sowohl mit horizontalen Netzwerken (Zusammenarbeit mit Kommunalpolitik) als auch mit vertikalen Netzwerken (Zusammenarbeit mit dem Landtag). Im Rahmen einer Befragung von Journalistinnen und Journalisten über deren Verhältnis zu den Bürgerprotesten gegen die Höchstspannungsleitung wurde als Ergebnis festgehalten, dass diese Person zusätzlich in besonderer Weise das Thema

Südwest-Kuppelleitung auf die mediale Agenda brachte, indem sie es bei verschiedensten Gelegenheiten kontinuierlich ansprach (Nowacki, 2015).

Die Etablierung der Arbeitsgruppen wurde bereits genannt. Jenseits der Mobilisierung eigener *Technikkompetenz* war für die Herausbildung einer einheitlichen Argumentation die *Mobilisierung von Expertise* durch den Dachverband essentiell. Dazu wurde ein umfangreiches externes wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben, das die grundsätzliche Frage der Notwendigkeit der Trasse klären sollte, die sogenannte „Jarass-Studie“. Gleichzeitig wurde zur Rechtsberatung mit einer Anwaltskanzlei zusammengearbeitet:

„Auf jeden Fall Experten. Also wir haben ja immer versucht, auch Expertenverstand heranzuholen. Da ist natürlich der Professor Jarass unsere stärkste Vertrauensperson. Aber wir haben Rechtsanwälte, (...), die haben uns vertreten. Da mussten wir wieder die Koordination zum Gutachter machen.“ (Interview_06_03, Abs. 42)

Um dieses umfangreiche Gutachten beauftragen zu können, benötigte der Dachverband finanzielle Ressourcen. Die *Eigenmittel der Mitglieder* reichten für ein solches Unterfangen nicht aus. Nicht zuletzt um finanzielle Spielräume für solche größeren Aktionen zu haben, wurde der Dachverband als *Verein* gegründet:

„Und dann haben wir gemerkt als nächsten Schritt, wir brauchen natürlich auch finanzielle Mittel. Und wenn wir finanzielle Mittel also einholen wollen, dann geht nur eines: Wir müssen uns als Verein formieren. Das heißt wir haben dann die Interessengemeinschaft als Verein formiert und haben dann eben auch dadurch die Möglichkeit, Spendengelder einzuziehen und dann eben auch praktisch unsere Aktivitäten und Initiativen damit zu finanzieren. Also das war uns auch wichtig.“ (Interview_06_03, Abs. 21)

5.2.7.2 Framing und Identität

Ebenso bedeutend wie für die bereits untersuchten Bürgerinitiativen war für die Identität des Dachverbands, dass es sich bei seinem Engagement nicht lediglich um Not in my backyard-Protest handelte (*keine Nimbys*). Wenn die Bürgerinitiativen einer Region einen gemeinsamen Dachverband gründen, ist es wichtig, dass das Sankt-Florians-Prinzip von keiner dieser Bürgerinitiativen praktiziert wird, damit auch der Dachverband sich nicht dem Vorwurf einer NIMBY-Mentalität aussetzt. Dies verlangt eine eindeutige Positionierung. Im Rahmen der Raumordnungsverfahren kann es durchaus zu Interessenkonflikten kommen: Man könnte bei der Formulierung von Stellungnahmen zum Beispiel geneigt sein, die potenzielle Trasse in die Nachbarregion zu „schieben“. Aus diesem Grund war das formulierte Ziel des Dachverbands die *Verhinderung* der gesamten Leitung:

„Es hieß Verhinderung dieser Leitung. Und das heißt also wirklich auch, wir stehen da zusammen und wir machen im Prinzip also es ist klar, wenn ich es von mir wegschiebe, dann hat es der andere irgendwo und das haben wir grundsätzlich. Also da gab es nie irgend so ein Konkurrenzdenken oder so was, dass man jetzt da gesagt hätte, wir haben jetzt unseres erreicht und jetzt lass die mal. Ganz im Gegenteil.“

(Interview_06_03, Abs. 41)

Dieser Prozess verlief jedoch nicht ohne Reibungen. Wie bereits bei der Vorstellung des ersten Falles deutlich wurde, hatte sich eine Bürgerinitiative nicht dem gemeinsamen inhaltlichen Konsens angeschlossen und hatte zunächst einen eigenen Weg verfolgt. Darüber hinaus hatte der Dachverband auch aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen Mitglieder verloren (*Leute verlassen BI nach Streit*). Insgesamt hätten sich jedoch die *Denkweisen im Laufe der Zeit angeglichen*:

„Das ist schon eine Voraussetzung, dass wir gemeinsam arbeiten. Als wir uns gegründet haben als IG, da waren auch einige dabei, wo es sehr schwierig war, muss ich sagen. Die haben dann auch quer getrieben. Die auch ihre eigenen Interessen in erster Linie vertreten haben. Die sind nicht mehr dabei, sage ich mal so.“ (Interview_06_04, Abs. 61)

„Ich meine das ist im Laufe der Zeit immer geringer geworden. Der Konsens ist immer stärker geworden nach all den Jahren, sage ich mal so. Unsere Denkweise hat sich schon sehr angeglichen. Es war am Anfang schwieriger. Da haben wir auch schon mal auch rumgestritten so. Aber im positiven Sinne.“ (Interview_06_04, Abs. 93)

Es gab zunächst durchaus Mitglieder in den einzelnen Bürgerinitiativen, die dem Dachverband skeptisch gegenüber standen, da eine der zentralen Vertreterinnen gleichzeitig Landtagsabgeordnete für die Partei „Die Linke“ war. Diese Prominenz sicherte dem Dachverband zwar die politische sowie die mediale Aufmerksamkeit (wie bereits bei der Vorstellung der Ressourcenmobilisierung erwähnt). Dennoch musste der Dachverband seine *Überparteilichkeit* unter Beweis stellen, da sich sonst möglicherweise einige Bürgerinitiativen von ihm distanziert hätten. Die große Prominenz der erwähnten Landtagsabgeordneten wurde jedoch auch von anderen Mitgliedern des Dachverbands kritisch beobachtet. Aufgrund der starken Personalisierung durch die Medien („Jeanne d'Arc der Anti-Strom-Trassen-Bewegung“, Thüringer Allgemeine, 31.03.2010) wären der Dachverband und die Bürgerinitiativen ein wenig in den Hintergrund geraten. So fand im Juli 2013 eine Pressekonferenz der Landtagsfraktion der Linken und dem Dachverband statt, auf der auch ein Vertreter des Dachverbands eine Aussage verlies. Die entsprechende Berichterstattung konzentrierte sich jedoch auf die Vertreter der Landtagsfraktion. Dennoch wurde dies nicht als Kooptierung des Dachverbands durch eine politische Partei wahrgenommen (Interview_06_04, Abs. 130).

Das Ergebnis des im vorangegangenen Kapitel erwähnten Gutachtens war, dass die Leitung nicht notwendig sei. Mit diesem Ergebnis konnten die Gegner der Trasse nun

„wissenschaftlich“ belegen, dass der mit dem Bau der Leitung verbundene Eingriff in die Natur und die Lebenswelt der Menschen gar nicht notwendig sei und ihren Widerstand dagegen legitimieren. Neben dieser klaren Ablehnung der Planungen für die Trasse signalisierte der Dachverband gleichzeitig *Dialogbereitschaft*. Würde die zukünftige Notwendigkeit der Leitung überzeugend nachgewiesen, würde man gemeinsam mit der Politik und dem Netzbetreiber nach Lösungen suchen. Man sehe sich nicht als *Berufsdemonstranten*:

„Ich sage mal, wir verstehen uns ja auch nicht als, als irgendwelche Berufsdemonstranten, die dann den ganzen Tag mit Spruchbändern und Schildern rumrennen und irgendwelche Losungen schreien.“ (Interview_06_01, Abs. 40)

„Es ist ja nicht nur, dass man protestiert. Sondern wir wollen ja auch diskutieren, wir wollten ja in Dialog mit der Landesregierung treten, um letztendlich auch auf Alternativen aufmerksam zu machen.“ (Interview_06_04, Abs. 21)

5.2.7.3 Gelegenheitsstrukturen

Auch im Hinblick auf die Gelegenheitsstrukturen wurden von den interviewten Mitgliedern des Dachverbands ähnliche Äußerungen wie von den interviewten Mitgliedern der anderen Initiativen vorgebracht. Da die Vertreter des Dachverbands sich jedoch im Schwerpunkt auf der Landesebene bewegten, konnten sie differenziertere Aussagen zu den Gelegenheitsstrukturen treffen. Der Dachverband hatte versucht, die Landesregierung für das Anliegen der Bürgerinitiativen zu gewinnen. Hier waren die politischen Gelegenheitsstrukturen jedoch geschlossen. Doch aus Sicht der Aktivisten war es nicht nur so, dass die Landesregierung kein offenes Ohr für den Dachverband hatte, sie agierte darüber hinaus aktiv gegen den Dachverband (*Landesregierung kontra BI*):

„Ich muss sagen, also die Unterstützung von den Regierungsparteien in Thüringen muss ich jetzt mal sagen ist äußerst dürftig. Die haben sich an und für sich alle Pro Freileitungsneubau ausgesprochen, ganz klar. Und das ist eben auch das Bedauerliche. Es ging eigentlich los, wo wir erwartet haben, dass durch die Thüringer Landesregierung der Nachweis gefördert wird, den wir schon lange fordern, dieses Erfordernisses der Leitung. Und dann ist es ja so, dass weil eben da kein Echo kam, die haben ganz klar gesagt es gibt kein Gutachten, was auf Landeskosten beauftragt wird. Dann ist ja ein Gutachten erstellt worden durch den Jarass, das also im Prinzip durch die Kommunen und die Interessengemeinschaft finanziert wurde. Daraufhin, dummerweise, hat die Landesregierung dann auch wieder ein Gutachten beauftragt, um das zu widerlegen. Und das ist eigentlich, ja, es ist eigentlich traurig, wenn eine Regierung Steuergelder aufwendet, um sage ich mal, eine aus der Allgemeinheit beauftragte Arbeit zu widerlegen.“ (Interview_06_01, Abs. 51)

Auf der Ebene des Landtags erhielt der Dachverband *Unterstützung* durch die Fraktionen der Opposition (Linke und Bündnis 90/Die Grünen). Gleichzeitig wird jedoch wahrgenommen, dass dieses Engagement letztlich nicht zum Ziel führte:

„Es hat zwei Anhörungen im Thüringer Landtag gegeben. Es hat ja auch eine Anhörung im Bundestag zu der Thematik gegeben. Das ging natürlich über die politische Schiene. Dass letztendlich dort Anfragen gestellt worden sind, wo insbesondere die Fraktionen der Linken und der Grünen sich, sage ich mal, in unserem Sinne artikulieren.“
(Interview_06_01, Abs. 46)

„Wir haben zwar immer wieder den Druck aufgemacht und es war dann eben im Ausschuss, es musste im Landtag debattiert werden, aber so richtig ernst genommen wurde es nicht.“ (Interview_06_03, Abs. 66)

Auch mit Blick auf die medialen Gelegenheitsstrukturen dominieren negative Einschätzungen. Man nimmt wahr, dass die Medien vor allem interessante Protestinszenierungen wünschen und dies auch ganz offen an den Dachverband herangetragen haben. Einer solchen Inszenierung stand man jedoch skeptisch gegenüber, da diese dem Selbstbild der Dialogbereitschaft, der fachlichen Kompetenzen und der Einschätzung, keine „Berufsdemonstranten“ zu sein, widersprach:

„Also wir hatten häufig den Fall, dass wir Anrufe kriegen von RTL oder ZDF oder ARD, wie sie alle heißen. Die dann sagen: Mensch habt ihr nicht 'ne Aktion? Es ist jetzt gerade durch Stuttgart 21 sind sie alle sehr aufgeregt worden und da hatten wir auch viele Anrufe und wo dann auch die Frage kommt: Mensch könnt ihr nicht ein paar Leute mit Schildern aktivieren? Und ich muss sagen wir sind es leid. Da erscheint dann so oft die Darstellung, da rennen drei Leute mit Schildern rum. Also es ist höchst albern, was da passiert und eigentlich auch Unsinn.“ (Interview_06_01, Abs. 39)

„Medien springen im Prinzip eigentlich nur an, wenn man am besten vom Kirchturm springt und im Endeffekt eben was ganz Großartiges, eben einen Reißer hat, dann greifen die das im Prinzip, dann nehmen die das auf.“ (Interview_06_03, Abs. 104)

Während in den anderen Interviews lediglich vereinzelt konstatiert wurde, dass auf die mediale Berichterstattung über die Südwest-Kuppelleitung Einfluss von Politik und Energiewirtschaft genommen werde, formulierten alle interviewten Vertreter des Dachverbands solche medienkritischen Positionen:

„Also wir hatten den Eindruck, dass dann eben die Medien, also dass das kippt und dass die Medien jetzt zielgerichtet auch den Auftrag haben, nämlich jetzt hier also dass die Leitung jetzt durchgeboxt werden sollte, mit allen Mitteln.“ (Interview_06_03, Abs. 85)

„Die Energiewirtschaft ist ja die Wirtschaft, die weltweit den größten Einfluss hat, am stärksten ist. Und deren Position darf natürlich nicht in Gefahr geraten. Und die Medien spielen da eine ganz markante Rolle. Und ich weiß, wir haben Interviews mit der ZEIT geführt, mit der FAZ, mit allen Sachen. Da sind Redakteure dagewesen, denen ich wie

Ihnen jetzt hier alles erklärt habe. Oder wir, das bin ja nicht nur ich gewesen. Wo die auch ganz angetan gewesen ist. Die Chefredaktion ist dann darüber gegangen und hat die Sache verändert. Da sind verschiedene Sachen nicht reingekommen. Oder gar nicht gekommen. Also es gibt dann immer nochmal ein Gremium, was einfach nochmal sagt „Das bringen wir. Und das nicht.““ (Interview_06_04, Abs. 136)

Im Ergebnis führt eine solche mediale Berichterstattung nach Auffassung der BI-Mitglieder dazu, dass viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland die Proteste der Trassengegner mit Skepsis betrachten (*Medienwirkung*):

„Ich bin fest überzeugt, dass es Leute in Deutschland gibt, die ein bisschen Kopfschütteln über uns und sicherlich sagen mein Gott, Strom wollen sie aus der Steckdose, Leitungen wollen sie nicht. Das kann man sicherlich akzeptieren unter der Prämisse, dass sie nicht die Details kennen und dass eben auch leider in der Öffentlichkeit häufig suggeriert wird, dass wir eben nur verhindern wollen, dass ist also, das war insbesondere auch im Fernsehen sehr häufig läuft, wenn irgendwelche Sendungen waren.“ (Interview_06_01, Abs. 53)

Tabelle 23: *Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 6*

| Hauptkategorie | Zusammenfassung |
|--------------------------------|--|
| Ressourcenmobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Vereinsgründung um finanzielle Spielräume zu haben |
| Framing & Identität | <ul style="list-style-type: none"> • Überparteilichkeit • Keine NIMBYs |
| Gelegenheitsstrukturen | <ul style="list-style-type: none"> • Landesregierung positioniert sich aktiv gegen den Dachverband • Mediale Berichterstattung zum Thema Netzausbau wird von Politik und Unternehmen beeinflusst • Abnehmendes Interesse der Bevölkerung, Medienwirkung |

5.2.7.4 *Repertoire*

Der Dachverband organisierte mit Unterstützung jeweils einer anderen Bürgerinitiative die jährlichen „Ostermärsche“, die zentrale Demonstration aller Gegner der Südwest-Kuppelleitung in Thüringen und Bayern. Die Idee dieser Ostermärsche ging auf ein Mitglied im Vorstand des Dachverbands zurück. Diese Demonstrationen hatten sich zum gemeinsamen Symbol des Widerstands entwickelt.

Es wurde bereits an mehreren Stellen erwähnt, dass die Identität der Bürgerinitiativen sich sehr stark an der Heimat orientierte. Im Thüringer Wald gibt es ein bekanntes Volkslied, das sogenannte „Rennsteiglied“. Auf den Ostermärschen wurde nun von den Demonstrationsteilnehmern dieses Lied mit einem neuen Text gesungen, der sich auf den Trassenbau bezog:

„Wir wandern nicht mehr gerne durchs Land von Mast zu Mast/kein Blick mehr in die Ferne, denn keiner macht hier Rast/Weit oben dumpfes Brummen, tief unter Schneisen kahl/Wir wollten es so nicht haben/wir hatten keine Wahl.“ (Dokument: Rennsteiglied)

Die Demonstrationen, die als Sternmärsche organisiert wurden, endeten immer an einem Platz, auf dem eine Kundgebung stattfand. Hier wurden die Reden gehalten und es waren Stände aufgestellt, an denen man Speisen und Getränken erwerben konnte. Damit sind diese Ostermärsche eine Kombination aus politischer Demonstration und Volksfest. Elemente der Friedensbewegung (Begriff: Ostermarsch) flossen scheinbar nahtlos in die regionale Volkskultur ein (Rennsteiglied als Protesthymne). Gleichzeitig wurden visuelle Elemente der Gegner des Bauprojekts Stuttgart 21 bei der Gestaltung von Plakaten übernommen (siehe folgende Abbildung).

Abbildung 10: Plakat für den Ostermarsch 2011



Der Dachverband organisierte neben diesen jährlichen Demonstrationen sowie anderen Demonstrationen (z.B. vor dem Landtag) auch weitere Veranstaltungen. Eine davon war ein *alternativer Energiegipfel* im Dezember 2012, der an der Technischen Universität Ilmenau stattfand. Zu dieser Veranstaltung wurden Vertreter von Bürgerinitiativen gegen andere Leitungsprojekte aus dem gesamten Bundesgebiet eingeladen. Zusätzlich wurden auch Vertreter aus der Politik und der Energiewirtschaft, insbesondere der Netzbetreiber, zur Teilnahme an diesem Energiegipfel motiviert. Es nahm auch ein

Vertreter des Netzbetreibers an der die Veranstaltung abschließenden Podiumsdiskussion teil. Im Anschluss an diesen alternativen Energiegipfel erstellten Vertreter des Dachverbands, gemeinsam mit Vertretern verschiedener Bürgerinitiativen aus dem Bundesgebiet, das sogenannte „Ilmenauer Signal“, ein gemeinsames „Manifest“ der Gegner des Netzausbaus. Die Arbeit an diesem Ilmenauer Signal sowie der Organisation des alternativen Energiegipfels zeigt, dass der Dachverband die bundesweite Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen suchte. Für eine kontinuierliche bundesweite Kooperation reichten jedoch die *zeitlichen Ressourcen* nicht aus:

„Ja klar. Ich meine zum Beispiel die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen. Also im Prinzip so eine zentrale Stelle zu schaffen. Also das wäre eine ganz wichtige Sache. Das ist nicht leistbar. Dieser Kontakt. Weil man muss Veranstaltungen besuchen. Das ist ja Deutschlandweit. Wir sind ja alle berufstätig. Das ist ja auch Freizeit. Von der Seite geht das einfach nicht.“ (Interview_06_04, Abs. 166)

Mit den Demonstrationen sowie dem alternativen Energiegipfel wurde immer wieder versucht, auch konkrete Anlässe für eine massenmediale Aufmerksamkeit herzustellen. Man ist sich bewusst, dass Massenmedien eine gewisse Inszenierung erwarten und passt sich diesen Erwartungen bis zu einem gewissen Grad auch an. Lediglich das in Szene Setzen von reinen Pseudoereignissen wird abgelehnt:

„Ja. Wir wollen ja in die Medien. Wir wollen ja, dass unsere Meinung da dargestellt wird. Deshalb haben wir ja auch bestimmte Veranstaltungen. Der Ostermarch ist immer eine gute Gelegenheit. (...) Wir haben schon konkrete Sachen gemacht. Ereignisse geschaffen, damit die Medien auf uns aufmerksam sind. Das ist schon unser Ziel gewesen.“ (Interview_06_04, Abs. 145)

„Ich meine was wir gelernt haben eben zum Beispiel, wenn jetzt Fernsehsender kommen, das muss ja alles lernen, die müssen Bilder produzieren. Das heißt im Endeffekt man muss, wir wollen ja unsere Sachen vermitteln und wir müssen auch Bilder vermitteln. Und da haben wir eben dann angefangen, uns eben auch bestimmte Stellen auszugucken, die also sehr bildlich auch darstellen, was so eine Leitung bedeutet. (...) Kommt das Fernsehen, muss man Bilder produzieren. Und das muss man dann auch umsetzen, muss sich Gedanken machen mit den Journalisten, wie man das eben auch umsetzen kann.“ (Interview_06_03, Abs. 109f.)

Die Berichterstattungsmuster der Massenmedien wurden dennoch zumeist kritisch betrachtet. Der Dachverband formulierte durchaus *Beschwerden* an die Massenmedien und wendete eine Strategie des Angriffs an. Gleichzeitig reagierte man mit einer *Selektivität bei Interviewanfragen* (Strategie Abstinenz). Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit gesehen, den Webauftritt des Dachverbands stärker auszubauen, was bisher jedoch an den mangelnden personellen Ressourcen gescheitert war (Strategie: Alternativen):

„Das haben wir natürlich ausgewertet. Und haben dann eben auch gesagt in der Zukunft, wir überlegen uns eben jetzt auch ganz genau, mit wem reden wir und was tun wir.“
(Interview_06_03, Abs. 89)

Neben diesen Formen der quantitativen Mobilisierung stand immer auch die Unterstützung der einzelnen Bürgerinitiativen im Rahmen der Raumordnungs- und Genehmigungsverfahren im Zentrum der Aktivitäten des Dachverbands. Eine der zentralen Leistungen war in diesem Bereich die Unterstützung der Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss für den nördlichen Abschnitt der Leitung. Nachdem im Frühjahr 2012 dieser Planfeststellungsbeschluss verkündet worden war, haben die Stadt Großbreitenbach und ein betroffener Gewerbetreibender eine entsprechende Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingereicht. Der Dachverband und die einzelnen Bürgerinitiativen hatten sich an der Finanzierung dieser Klage beteiligt.

Die Aktivitäten des Dachverbands zeigen, dass dieser eine eigenständige Organisation und nicht lediglich ein Aktionsbündnis der einzelnen Bürgerinitiativen im Leitungsverlauf darstellte. Er kann demzufolge durchaus als eine Sonderform im Spektrum der unterschiedlichen Organisationsformen Bürgerinitiative betrachtet werden. Als Dachverband der anderen Bürgerinitiativen in Thüringen und Bayern leistete er die überregionale Verknüpfung der verschiedenen Bürgerinitiativen untereinander und über das Leitungsprojekt hinaus (bundesweite Vernetzung).

Tabelle 24: *Das Repertoire der Bürgerinitiative 6 im Überblick*

| Repertoire | Zusammenfassung |
|-----------------------------------|---|
| Qualitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Politikkontakt mit Vertretern der Politik auf allen Ebenen • Mobilisierung von Gegenexpertise (Gutachten) |
| Quantitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Demonstrationen (Ostermärsche, Demonstration vor Landtag) • Presse- und Medienarbeit (auch überregionale Medien) |
| Gegenöffentlichkeit | <ul style="list-style-type: none"> • Organisation alternativer Energiekonferenzen • Website |

5.2.8 Fallstudie 7: Die Pragmatiker

Alle bisher vorgestellten Bürgerinitiativen organisierten ihren Widerstand entlang des Projekts Südwest-Kuppelleitung. Die beiden folgenden Fälle 7 und 8 engagierten sich im Rahmen des Leitungsprojektes Wahle-Mecklar. Ähneln diese Fälle den bereits vorgestellten Bürgerinitiativen im Hinblick auf ihre Ressourcenausstattung, ihre Botschaften, ihre Einschätzung der Gelegenheitsstrukturen und schließlich auch in ihren Protestrepertoires? Oder waren diese Proteste anders?

Die Bürgerinitiative 7 wurde im Jahr 2007 gegründet. Die fünf interviewten Kernaktivisten gaben verschiedene Gründe für ihr Engagement in der Bürgerinitiative an: Zum einem wurde der sichtbare Eingriff durch eine Höchstspannungsleitung in das gewohnte und zur Naherholung genutzte *Landschaftsbild* thematisiert. Darüber hinaus spielte auch die aus Sicht der Mitglieder *schlechte Information und Kommunikation durch die Politik* eine Rolle für die Mobilisierung:

„Und was mich dazu bewogen hat, ist eben dass ich mir beim Spaziergehen immer unsere schöne Landschaft angeguckt habe. Und mir nicht vorstellen konnte, dass die von diesen Masten da so verschandelt wird. Das war so, wo ich gedacht habe, es muss irgendwas passieren.“ (Interview_07_05, Abs. 4)

„Die Fehlinformationen der Politik, der Medien für das Thema in die Bevölkerung herein. Also es wurde damals so aufgetan das Thema. Es sollte relativ einfach durchgeleitet werden. Aber es fehlten jegliche Informationen um Bürger mitzunehmen beim Thema.“ (Interview_07_03, Abs. 6)

Die Aussagen deuten darauf hin, dass die erste Information über die geplante Leitung Wahle-Mecklar als *plötzlich auftretender Missstand* wahrgenommen wurde. Das gewohnte Lebensumfeld wurde unerwartet von der Planung der Höchstspannungsleitung bedroht. In diesem Zusammenhang standen auch die Aussagen zur Rolle der Politik als Grund für das Engagement in der Bürgerinitiative: In Folge der persönlichen Betroffenheit durch eine politische Entscheidung (Leitungsbau) wurden sowohl der Inhalt (Bau einer Höchstspannungsleitung) als auch die Form dieser Entscheidung (ohne vorherige Abstimmung mit den Betroffenen) kritisch bewertet. Dieser Prozess ist äquivalent zu den bereits vorgestellten Fällen aus dem Leitungsprojekt Südwest-Kuppelleitung.

5.2.8.1 Ressourcenmobilisierung

Die Gründung einer Bürgerinitiative stellte eine erste strategische Leistung der Mitglieder dar, mit der auch die Frage nach der Wahl der *formalen Struktur* verbunden war. In den bisher betrachteten Fällen (mit Ausnahme der Fälle 4 und 6) waren die Bürgerinitiativen in ihrer Selbstbeschreibung *lockere Zusammenschlüsse*, wenngleich diese jeweils eine klare Vorstandsstruktur aufwiesen. Die Bürgerinitiative 7 wurde von ihren Mitgliedern als „ganz normale Bürgerinitiative“ (Interview_07_01, Abs. 58) beschrieben. Auf die Gründung eines Vereins wurde (wie auch in den anderen Fällen) verzichtet, da dieser Prozess als *zu aufwändig* empfunden wurde:

„Nein, das ist total aufwändig. Und das wollten wir auch nicht. Und bei den anderen hat sich das so ergeben. Die haben das gleich von vorne herein gemacht. Also diese Eintragung ins Vereinsregister, da hängt ja so ein Rattenschwanz mit dran. Nein, wir wollten eigentlich ein lockerer Zusammenschluss sein.“ (Interview_07_05, Abs. 50).

Diese Aussage verdeutlicht, dass die Gründung der Bürgerinitiative nicht isoliert stattfand. Das Gründungsteam beobachtete, was sich im Umfeld ereignete (welche Organisationsform die anderen neu gegründeten Bürgerinitiativen entlang der geplanten Höchstspannungstrasse wählten, und traf die Entscheidung im Hinblick auf die Organisationsform in einem Abwägungsprozess. An dieser Stelle wird eine weitere Parallele zum Untersuchungsfeld Südwest-Kuppelleitung deutlich: Die ersten Informationen führten zur Gründung mehrerer Bürgerinitiativen im Leitungsverlauf, die sich bereits von Beginn an gegenseitig wahrnahmen.

Mit Blick auf die *interne Demokratie* fanden im Fall 7 bei wichtigen, grundlegenden Fragen *Abstimmungen* statt. Zu diesen Fragen zählten insbesondere Personalwahlen sowie auch inhaltliche Grundsatzentscheidungen. Diese Abstimmungen waren notwendig, um den Führungspersonen ein eindeutiges Mandat (Legitimität) für ihre Arbeit zu verleihen:

„Aber bei solchen grundsätzlichen Dingen, da gibt es Abstimmungen. Das muss. Oder wenn jetzt jemand als Sprecher gewählt wird oder so was. Da muss schon klar gesagt werden, jawohl wir wollen das oder nicht. Weil, sonst bringt das nichts.“

(Interview_07_01, Abs. 60)

Der in der Bürgerinitiative verwendete Begriff „Sprecher“ umfasste die Aufgaben, die von den Mitgliedern der Bürgerinitiativen 1, 2, 3, 5 und 6 mit dem Begriff „Vorstand“ bezeichnet wurden. Es handelte sich bei der Bezeichnung der Sprecher der Bürgerinitiative daher nicht ausschließlich um die konkrete Aufgabenbezeichnung für die Öffentlichkeitsarbeit, sondern um die allgemeine Beschreibung der Führungsfunktionen.

Die *interne Strukturierung* der Bürgerinitiative wurde von den interviewten Mitgliedern in drei Kreise unterteilt: Im Zentrum standen die beiden Sprecher der Bürgerinitiative. Beide Personen prägten maßgeblich die Agenda der Bürgerinitiative und leiteten die Mitgliederversammlungen. Der zweite Kreis umfasste eine Gruppe weiterer *Kernaktivisten*. In diesem Kreis wurde nochmals ein sehr „harter Kern“ von ca. 8-15 Mitgliedern von einem Kreis mittelaktiver Menschen zwischen 8-25 Personen unterschieden. Das Mobilisierungspotenzial der Bürgerinitiative bestand nach Einschätzung der interviewten Mitglieder aus bis zu 250 Menschen.

Es fanden in der Bürgerinitiative ungefähr monatlich *regelmäßige Treffen* statt. Diese Treffen dienten der Information über den aktuellen Stand des Leitungsprojektes, der Auswertung einzelner Aktionen, der Planung weiterer Aktionen sowie der Diskussion grundlegender Aspekte des Engagements der Bürgerinitiative. Hinsichtlich der *Teilnahme an den Treffen* wurde eine rückläufige Tendenz festgestellt.

Der Verlauf und die Ergebnisse der Treffen wurden *nicht protokolliert*. Allerdings machten sich die beiden Sprecher umfangreiche Notizen (Beobachtungsprotokoll). Jenseits der Treffen erfolgte die *interne Kommunikation* vor allem per *E-Mail*. Zusätzlich wurde auch die Homepage der Bürgerinitiative von den Mitgliedern als Informationsplattform genutzt. Die Einladung zu den Treffen erfolgte per E-Mail. In den Interviews wurde ausgesagt, dass viele der älteren Mitglieder der Bürgerinitiative *Offliner* seien. Hier hatte sich, ähnlich wie bei den bereits vorgestellten Fällen 1, 2 und 3, eine Arbeitsteilung entwickelt, indem diesen Mitgliedern zum Beispiel die ausgedruckten Einladungen in den Briefkasten gesteckt wurden (Interview_07_01, Abs. 42).

Der Sprecher der Bürgerinitiative verwaltete mehrere *E-Mail-Verteiler*. Ein Verteiler beschränkte sich ausschließlich auf die Mitglieder der Bürgerinitiative. Ein weiterer Verteiler umfasste einen erweiterten Kreis interessierter Bürgerinnen und Bürger (die „mobilisierbaren“ Bürgerinnen und Bürger). Über diese Verteiler wurden Informationen zum Verfahrensstand und zu den Ergebnissen der Arbeit der Bürgerinitiative versendet. Darüber hinaus wurde auch auf Termine zu anstehenden Veranstaltungen hingewiesen. Für projektbezogene Arbeitsgruppen wurden auch gesonderte E-Mail-Verteiler angelegt. Das E-Mail-Aufkommen in diesen Verteilern war *phasenabhängig*:

„In heißen Phasen standen wir hier im täglichen Kontakt. Da liefen täglich E-Mails rein. Das waren aber immer Spitzenzeiten, wenn Verfahren kurz vor dem Abschluss standen. In der Regelmäßigkeit sonst ist es eine E-Mail pro Woche, wo Informationen rum geteilt werden. Das ist letztlich heutzutage in unserer Kommunikationswelt ein einmaliges Mittel, was wir bekommen haben. Dass wir halt schnellstmöglich Informationen verteilen können. Alle informieren können, mitnehmen können und so weiter.“
(Interview_07_03, Abs. 47).

Die Organisationsformen und Organisationsstrukturen zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Bürgerinitiative einen hohen Grad an informeller Strukturierung aufwies (ohne formell einen Verein gegründet zu haben). Soweit das beobachtet werden konnte, wurde diese Strukturierung von den Mitgliedern nicht in Frage gestellt. Die Bürgerinitiative verfügte über eine klare und etablierte interne Kommunikations- und Entscheidungsstruktur mit anerkannten Führungsrollen („Sprecher“). Durch die regelmäßigen Treffen und die Informationsdiffusion über die E-Mail-Verteiler wurde allen Mitgliedern ein hohes Maß an Synchronizität ermöglicht.

Die Bürgerinitiative konnte auf eine breite Basis an *politischen Erfahrungen* und weiteren Formen der *Expertise* zurückgreifen: Unter den Kernaktivisten befanden sich nicht nur Mitglieder, die in einer *politischen Partei* aktiv waren, sondern auch solche, die ein Mandat im Gemeinderat innehatten. Drei weitere Mitglieder hatten, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, Erfahrungen in *sozialen Bewegungen* (vor allem der

Anti-Atomraftbewegung) gesammelt. Während ein Mitglied diesen Erfahrungsschatz aus individueller Sicht gut in die Arbeit der Bürgerinitiative einbringen konnte, verhielt es sich bei einem anderen Mitglied anders. Nach Einschätzung dieses Mitglieds unterschied sich die Arbeit in der Bürgerinitiative deutlich vom vorangegangenen Engagement in der sozialen Bewegung:

„Also ich war auf den Wiesen von Brokdorf und so unterwegs (...). Also gut die Erfahrungen gut so mit Plenumsdiskussionen und so was, das ja. Aber das konnte ich mit einbringen. Parteipolitisch bin ich nicht aktiv. Und habe also in meiner Rolle als BI-Sprecher also auch gemerkt, dass mir das hilft.“ (Interview_07_01, Abs. 37)

„I: Können Sie das für die Arbeit in der Bürgerinitiative nutzen, also diese Erfahrungen?

B: Nein, eigentlich nicht. Das ist jetzt ein anderes Arbeiten. Auch mit anderen Personenkreisen. Wir sind jetzt, sozusagen dass wir ja mit den Stromnetzbetreibern zusammen arbeiten, auch viel näher dran. Damals habe ich nie Kontakt zum AKW-Betreiber gehabt.“ (Interview_07_05, Abs. 24-25)

Diese unterschiedlichen Hintergründe und Erfahrungen bildeten wichtige Ressourcen für die Bürgerinitiative. Zum Beispiel wurde der Politikkontakt über das Mitglied im Gemeinderat hergestellt. Bei den Beobachtungen der Mitgliederversammlung wurde deutlich, dass die Mitglieder sowohl die formalen Entscheidungsprozesse im Gemeinderat als auch das Zusammenspiel zwischen Gemeinde und Landkreis sehr genau kannten. Darüber hinaus wurden gleichsam „Psychogramme“ der Vertreter der kommunalen Exekutive gezeichnet. Darüber hinaus wurde ausgesagt, dass in der Bürgerinitiative Fachleute mitarbeiteten, die *technische Expertise* der Energieversorgung mitbrächten. In Analogie zu den bereits vorgestellten Fällen wurde die Aneignung dieser technischen Expertise als eine zentrale Aufgabe der Bürgerinitiative betrachtet. Dazu wurden zu Beginn des Engagements auch Termine mit Wissenschaftlern vereinbart:

„Am Anfang war das auch sehr techniklastig, wo wir zu Universitäten gefahren sind, zu Technischen Hochschulen. Da haben wir versucht, uns da Wissen anzueignen. Da haben wir Fachleute, die sind teilweise noch in der BI mit dabei. Die einfach wissen, wovon sie reden, wenn es um das Thema geht.“ (Interview_07_03, Abs. 28)

Den Mitgliedern im engeren Kreis erschien es individuell geboten, sich in die technischen Aspekte einzuarbeiten (und nicht lediglich die Expertise an andere Mitglieder zu delegieren). Ihre Aussagen belegen, dass sie nicht in einem intuitiven Widerstands-Reflex verharrten, sondern sich aktiv das notwendige Grundwissen aneigneten:

„Zum Beispiel wusste ich am Anfang der BI auch relativ wenig über die Thematik Wechselstrom, Gleichstrom etc. Das muss man alles erst lernen.“
(Interview_07_03, Abs. 28)

Wie bereits vorgestellt, war bereits die Entscheidung für die Organisationsstruktur der Bürgerinitiative von der Beobachtung anderer Bürgerinitiativen mitbestimmt. Die Bürgerinitiative selbst pflegte Kontakte mit anderen Bürgerinitiativen in der Region und sie nahm an den *Sprecherkreisaktivitäten* teil und hatte darüber hinaus Kontakte mit anderen Bürgerinitiativen aus anderen Regionen. Der Sprecherkreis als Zusammenschluss der Bürgerinitiativen im Leitungsprojekt Wahle-Mecklar war nur zum Teil mit dem Dachverband der Bürgerinitiativen im Bereich der Südwest-Kuppelleitung vergleichbar, da dieser keine eigenständige Organisation darstellte.

Die Teilnahme an den Sprecherkreistreffen, aber auch der Kontakt zu einzelnen Vertretern anderer Bürgerinitiativen wurde als wichtig betrachtet. Viele inhaltliche Impulse und Informationen entsprangen diesen Kontakten. Im Austausch mit anderen Bürgerinitiativen auf energiepolitischen Konferenzen tauschten sich die Mitglieder über Proteststrategien aus (Beobachtungsprotokoll März 2014). Darüber hinaus informierten sich die einzelnen Mitglieder der Bürgerinitiative 7 auch über die Aktivitäten anderer Bürgerinitiativen über das Internet:

„Aber wenn ich Zeit habe, oft Sonntag morgens, gucke ich mal. Was haben die so gemacht oder was haben die so geschrieben?“ (Interview_07_05, Abs. 44)

Die Bürgerinitiative erhob keinen regulären Mitgliedsbeitrag. Es wurde beobachtet, dass Bürgerinitiativen, die als Verein organisiert sind, über einen größeren finanziellen Spielraum verfügten. Entscheidend für die Finanzierung der BI-Aktivitäten waren die *Eigenmittel der Mitglieder*. Anfallende Druckkosten wurden zum Beispiel häufig von dem Mitglied, das die Flyer druckte, selbst beglichen. Insofern war es wichtig, dass die Bürgerinitiative über einen breiteren Kern aus Mitgliedern verfügt, die solche Kosten – ohne den Anspruch auf Rückzahlung – übernehmen (Interview_07_01, Abs. 71). Die Bürgerinitiative nahm darüber hinaus auch *Spenden* an. Eine spezielle Form des Fundraising war der *Verkauf von Speisen und Getränken* durch die Bürgerinitiative.

Auch in der Bürgerinitiative 7 gaben die Mitglieder an, dass aufgrund individueller Zeitknappheit viele Dinge nicht erledigt werden konnten. Von zentraler Bedeutung für die Intensität und das Spektrum der Aktivitäten der Bürgerinitiative war, dass ein Sprecher bereits *Rentner* war.

Hier lag ein Unterschied zu den anderen Bürgerinitiativen: Im Fall 7 war eine der zentralen Führungspersonen nicht berufstätig und widmete darüber hinaus einen durchaus beachtlichen Anteil seiner Zeit der Bürgerinitiative. Dennoch ist es wichtig, genügend Anknüpfungspunkte zur Beteiligung der anderen Mitglieder offen zu halten, da eine *One-Man-Show* auf Dauer nicht durchgehalten werden könne. Generell besteht die Gefahr, dass durch ein zu intensives Engagement der Sprecher (Vorstände) die anderen

Mitglieder nicht mehr die Notwendigkeit sehen, sich einzubringen, und sich hinter den Aktivitäten des Sprechers „verstecken“. Selbst in einer kleinen (privilegierten) Gruppe könnten so wichtige Impulse entgehen und sich eine „Free-Rider-Problematik“ entfalten.

5.2.8.2 *Framing und Identität*

Die Hauptaussage der Bürgerinitiative konnte man auf der Startseite der Website der Bürgerinitiative zusammengefasst lesen:

„Wir beschäftigen uns seit dem Mai 2007 mit der geplanten Höchstspannungstrasse von Wahle nach Mecklar. Wir sind nicht generell gegen den Netzausbau, sind aber zu der Überzeugung gekommen, dass es technische Alternativen zu der bisher geplanten Freileitung gibt, die sehr ernsthaft zu prüfen sind. Wir fordern die volle Erdverkabelung der geplanten Strecke in HGÜ-Technik. Zu Durchsetzung unserer Ideen setzen wir auf den ausführlichen Dialog mit allen Beteiligten.“ (Homepage der Website der BI)

An dieser Zusammenfassung werden zwei zentrale Unterschiede zu den bisher vorgestellten Problemrahmungen der Bürgerinitiativen im Projekt Südwest-Kuppelleitung deutlich: Erstens wurde die grundsätzliche Notwendigkeit der Trasse nicht in Frage gestellt. Zweitens wurde als Lösung eine umfassende Erdverkabelung gefordert.

Unabhängig von diesen Unterschieden gab es deutliche Parallelen in der Problemdefinition und der Attribuierung der Ursachen. Im Hinblick auf die allgemeinen Probleme im Zusammenhang mit dem Bau von 380kV-Leitungen wurde auf den Mangel eines schlüssigen Energiekonzeptes auf der Bundesebene (*Konzeptlosigkeit*) verwiesen. Das Thema Energiewende überfordere die Politiker und nur wenige machten sich ein wirkliches Bild (*Politik uninformiert*).

Mit Blick auf die Probleme der Planung der konkreten Trasse wurde die *Konventionalität* der konkreten Planung sowohl in Richtung der Energiekonzerne als auch der Politik kritisiert:

„Und ein Grund liegt, glaube ich einfach so in den Strukturen von so einer Stromgesellschaft. Das wurde immer so gemacht. Und das wird auch jetzt noch so gemacht.“ (Interview_07_05, Abs. 18)

„Ich vergleiche es mal mit der Entscheidungsfindung von Großkonzernen. Die ist immer um einige Jahre hinterher. Und die Wissensbildung, Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ist in der Politik als Hauptträger dieser ganzen Thematik einfach der Zeit hinterher.“ (Interview_07_03, Abs. 14)

Die Freileitungstechnologie wurde als technisch überholt betrachtet (*veraltete Technologie*). Darüber hinaus erschwerten auch die *Erweiterungen* der Planung sowie deren

Inkonsistenz die Arbeit der Bürgerinitiative. So werde ein altes Umspannwerk stillgelegt und ein neues an anderer Stelle geplant. Die Argumentation der Bürgerinitiative für einen Bau der Trasse als HGÜ-Erdkabel werde durch Modifikationen in der Planung erschwert, da immer mehr Umspannwerke in die Planung mit aufgenommen würden. Diese Umspannwerke trieben die Kosten für geforderte die Erdkabellösung deutlich in die Höhe. Wie auch bei den anderen Bürgerinitiativen wurde die Leitung als *Eingriff in das Landschaftsbild* empfunden. Sie hätte *negative Auswirkungen auf die Wohn- und Lebensqualität* und sie berge *Gesundheitsgefahren*.

Zu den von der Bürgerinitiative vorgeschlagenen Lösungen zählten im konkreten Fall vor allem der Bau der Leitung als *Erdkabel* sowie im Allgemeinen eine stärkere *Dezentralisierung* der Energieversorgung. Eine besonders stark ausgeprägte moralische Verurteilung des Netzbetreibers, der Energiewirtschaft oder aber der Politik kam in den Interviews und auch in den Materialien der Bürgerinitiative nicht prononciert zum Ausdruck. Vielmehr schien sich eine sachlich-professionelle, aber distanzierte, Haltung gegenüber dem Netzbetreiber herausgebildet zu haben:

„...durch die Jahre hat man ja auch ein gewisses Verhältnis zu TenneT. Das ist ja nicht nur Feindschaft, sondern irgendwie, wenn man ewig und drei Tage miteinander redet, ja gibt es Sympathie und Antipathie, wie im Leben auch.“ (Interview_07_01_Abs. 120)

Das Ziel der Bürgerinitiative lag zunächst in der *Verhinderung* des Baus der Höchstspannungsleitung. Dieses Ziel konnte die Bürgerinitiative nicht erreichen. Im Raumordnungsverfahren wurde der Leitungskorridor bestätigt, aus Sicht der Bürgerinitiative eine klare Niederlage, da diese sich mit ihren Argumenten nicht durchsetzen konnte. Dieses Ereignis markierte eine *Zäsur* innerhalb der Organisationsentwicklung des Falls 7. Für die Mitglieder der Initiative standen nach dem Raumordnungsverfahren zwei Optionen im Raum: Zum einen konnte man die Niederlage anerkennen und die Bürgerinitiative auflösen. Zum anderen konnte man das Engagement in der Bürgerinitiative weiterführen und eine Strategie der *Schadensbegrenzung* betreiben um für die Region maximale Spielräume herauszuschlagen. Diese *Zäsur* war für jedes Mitglied mit der Frage verbunden, ob sich ein Fortsetzen des Protests überhaupt lohnte. In der Bürgerinitiative fand ein intensiver Diskussionsprozess statt. Am Ende wurde sich in einer Abstimmung für die Schadensbegrenzung entschieden (Interview_07_04, Abs. 23).

In den Aussagen zur gemeinsamen Identität wurde betont, dass die Bürgerinitiative ein *eingespieltes Team* sei. Auch im Rahmen der Beobachtungen der Mitgliederversammlungen konnte dies festgestellt werden. Dennoch trafen in der Bürgerinitiative unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Prägungen und unterschiedlichen Meinungen aufeinander. Diese Tatsache wurde von den Mitgliedern thematisiert:

„Diese Persönlichkeiten zwischen einander werden hier relativ ausgeschaltet. Weil es um die sachliche Ebene geht und keine emotionale persönliche Ebene. Die Treffen sind auch so ausgerichtet: reiner sachlicher Bezug.“ (Interview_07_03, Abs. 35)

Wie in den anderen Fällen wurde die *Überparteilichkeit* der Bürgerinitiative hervorgehoben. Die Mitglieder der Bürgerinitiative wiesen den Vorwurf des NIMBY-Aktivismus zurück.

„Es gibt natürlich diejenigen, die das Sankt-Florians-Prinzip ‚Hauptsache nicht bei mir vor der Tür, rüber zu den anderen‘, diese Gruppen gibt es, die so vorgehen. Wir haben versucht das Sankt-Florians-Prinzip von Anfang an auszuschalten.“ (Interview_07_03, Abs. 87)

Dennoch gab es durchaus auch einen Konflikt unter den Mitgliedern der Bürgerinitiative. Da im Raumordnungsverfahren der grundlegende Korridor für die Leitung bestimmt wurde, sahen einige Mitglieder offenbar die Chance, die Leitung von ihrer direkten Nachbarschaft abwenden zu können:

„Konflikte, ja doch, es gab da mal zwischen zwei Orten. Wir vertreten ja mehrere Orte hier in der ganzen Samtgemeinde. Wir hatten ja auch mal gesagt, wir wollen nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip arbeiten, so nach dem Motto bei uns weg und den Schwarzen Peter den anderen zuschieben. Und dann war es halt so, dass aus einem Ort noch ein anderer Vorschlag gemacht wurde, wie die Trasse verlaufen könnte, im Raumordnungsverfahren war das. Das hat der andere Ort, der dann von dem neuen Vorschlag betroffen war, mitbekommen. Und dann war da halt schon ein bisschen Konflikt irgendwie. (...) Es hat halt schon auch die BI so ein bisschen betroffen, weil es das Zusammengenhörigkeitsdenken so ein bisschen gestört hat, wie soll ich sagen, dass einfach so ein Keil da reingetrieben wurde durch diese eine Geschichte. Und dass das Vertrauen geschrumpft ist bei einigen Leuten.“ (Interview_07_04, Abs. 39-43)

An diesem Beispiel wird deutlich, dass dieser Konflikt innerhalb der Bürgerinitiative zu gesunkenem Vertrauen, zu einem gesunkenen Zusammenhalt und schließlich auch zu Mitgliederverlusten führte (Interview_07_05, Abs. 67).

5.2.8.3 Gelegenheitsstrukturen

Bei der Betrachtung der politischen Gelegenheitsstrukturen vor Ort wurde nach den verschiedenen Parteien differenziert: Die SPD habe sich gegen die Trasse positioniert und war daher auf Linie der Bürgerinitiative. Schwieriger sei es mit der CDU, deren Vertreter sich im Sinne der Interessen der Landwirte für den Bau der Leitung einsetzen (z.B. um Kompensationen für die für Umspannwerke benötigten Flächen zu erhalten).

Auf der Landesebene hinge es wiederum von den einzelnen Politikern ab, ob diese generell ein offenes Ohr für die „Hilferufe aus der Region“ (Interview_07_03,

Abs. 66) hätten. Auf der Seite des Landtages gebe es einige Abgeordnete, die für die Anliegen der Bürgerinitiativen offen wären. Andererseits wurde bemerkt, dass die verschiedenen Landtagsfraktionen zwar die Bürgerinitiativen einluden, dann jedoch nicht für deren Fahrtkosten aufkämen:

„Und kommen wir mal zur Bürgerbeteiligung. Und zum Finanziellen. Es ist für mich grenzwertig, wenn die Politik sagt, wir möchten gerne die Bürger beteiligen. Das sagen sie ja jetzt alle. Ich habe es am eigenen Leib erlebt. Es war jetzt schon mehrfach so, dass ich zu einer Anhörung im Niedersächsischen Landtag eingeladen worden bin. Ich sollte dort was sagen, also kurzes Referat, und dann Fragen der Abgeordneten beantworten. Dass ich da die Zeit nicht bezahlt kriege, ist klar. Aber wenn man dann nachfragt, wo kriege ich denn meine Fahrtkosten erstattet? Nein, das gibt es nicht.“
(Interview_07_01, Abs. 111f.)

In Bezug auf die *Landesregierung* hatten sich die Gelegenheitsstrukturen mit dem jeweiligen Wechsel der Landesregierung geändert. War Ministerpräsident Wulff noch für die Gespräche mit den Bürgerinitiativen offen (Ministerpräsident bis 2010), war das Verhältnis mit dem Ministerpräsidenten McAllister (Regierungszeit 2010-2013) schwieriger. Mit der dritten Landesregierung (Ministerpräsident Weil, seit 2013) wurden im Untersuchungszeitraum noch keine direkten Erfahrungen gemacht.

Mit Blick auf die *Bundesebene* wurde festgestellt, dass sich die *Regierung generell durchsetze*. Insbesondere vor Wahlen könnten Bundespolitiker ihren Einfluss geltend machen und „Ruhe“ in die Region bringen, indem die Planungen für die Trasse verzögert würden. Darüber hinaus würden den Bürgerinnen und Bürgern systematisch Hürden für ihr Engagement in den Weg gestellt:

„Nächstes Beispiel, wir hatten einen Termin bei der Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, sind wir mit vier oder fünf Leuten hingefahren. Wir haben uns im Paul-Löbe-Haus irgendwo in einem Raum getroffen mit 30, 40 Leuten und haben geredet. Da kam also wie früher in der Bahn einer mit einem Wägelchen. Nicht nur, dass wir unsere Anfahrt und alles selber bezahlen mussten. Dann mussten wir auch noch die Getränke vor Ort selber bezahlen. Und das kann es alles nicht sein. Weil, wenn man die Leute ernsthaft beteiligen will, dann muss man sowohl die Zeiten so legen, dass das auch Berufstätige wahrnehmen können. Der Ort muss so sein, dass die Fahrtkosten bezahlbar sind. Und wenn ich die Leute irgendwo hinkommen lasse, ja dann muss ich auch irgendwo ein Modell finden, dass das irgendwo bezahlbar ist. Dass das nicht einfach heißt, also wer die 100 Euro nicht hat, um eine ICE-Karte nach Berlin zu kaufen, der darf sich dann nicht beteiligen.“ (Interview_07_01, Abs. 113)

Wie sah die Einschätzung der medialen Gelegenheitsstrukturen aus? Der regionalen Tageszeitung „Hildesheimer Allgemeine“ wurde zugeschrieben, sich durchaus zu engagieren, während in der „Alfelder Zeitung“, trotz mehrerer Gespräche von Vertretern

der Bürgerinitiative mit der Lokalredaktion, nur wenig über das Thema Stromtrasse gedruckt wurde (Interview_07_05, Abs. 83f.).

Im Allgemeinen wurde den Medien attestiert, dass diese das Thema Netzausbau oft nicht korrekt wiedergaben. Im direkten Vergleich der Berichterstattung mit den eigenen Pressemitteilungen wurde dies für die Mitglieder der Bürgerinitiative deutlich:

„Auf der anderen Seite ist es so, dass manchmal auch Dinge verfälscht dargestellt werden. Das kommt eigentlich fast jedes Mal vor, dass irgendwas falsch verstanden wird von dem Journalisten oder der Journalistin. Und dann auch falsch gebracht wird. Das ist leider ganz oft so. Darum machen wir dann oft auch eigene Pressemitteilungen, um das eben auf den Punkt bringen zu können. Aber davon wird auch oft nicht alles gedruckt. Also so ganz zufrieden mit der Pressearbeit sind wir ehrlich gesagt nicht.“ (Interview_07_05, Abs. 85)

Gleichzeitig wurde insbesondere beim Fernsehen eine *tendenziöse Berichterstattung* gegen die Bürgerinitiative festgestellt. Solche Berichte hätten eine negative *Medienwirkung* auf die Bevölkerung:

„Der NDR hat bei uns auch schon einmal gedreht für verschiedene Reportagen. Aber da waren wir auch überhaupt nicht mit einverstanden. Beim NDR war das dann so, wie Sie eben schon sagten, dass das mehr auf Seiten der Netzbetreiber, also die Meinung eher in diese Richtung ging. Und das, was wir gesagt haben, eigentlich auch teilweise falsch eingebaut worden ist. Sodass, das was wir eigentlich gesagt haben in einem falschen Zusammenhang eigentlich dargestellt wurde. Also da sind wir auf die Nase gefallen mit solchen Sachen.“ (Interview_07_05, Abs. 91)

„Man denkt zwar auch immer, es hat eine große Wirkung. Aber so eine große Wirkung hat es wahrscheinlich dann doch nicht. Nur wenn man dann als Verhinderer der Energiewende dargestellt wird, dann ist es auch nicht gut. Also das ist dann einfach falsch.“ (Interview_07_05, Abs. 98)

Ähnlich wie im Fall 2 wurden zumindest von einer Person die Ursachen für diese wahrgenommene Tendenz in einer Einflussnahme auf die Journalisten gesehen:

„Vielleicht ist das politisch so ein bisschen mehr gebunden, sage ich jetzt mal. Weil, denke ich schon, dass die mehr so nach dem Willen der Landesregierung oder so arbeiten. Oder dass die da nur Gelder kriegen, wenn sie das in die Richtung machen, oder so. Das ist meine Vermutung. Das ist nicht so schön, aber so ist das ganz oft gewesen.“ (Interview_07_05, Abs. 98)

Die Einschätzung der diskursiven politischen Gelegenheitsstrukturen war denen der anderen Bürgerinitiativen sehr ähnlich: Jedoch schien das Ausmaß der *Resignation* bzw. *Apathie* nicht ganz so stark ausgeprägt. Die Tabelle 25 gibt einen Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 7.

Tabelle 25: *Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 7*

| Hauptkategorie | Zusammenfassung |
|--------------------------------|---|
| Ressourcenmobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Erfahrungen in sozialen Bewegungen der Einzelmitglieder • Einbindung in Kommunalpolitik |
| Framing & Identität | <ul style="list-style-type: none"> • Fokussierung der Identität auf Sachthema (kleinster gemeinsamer Nenner) • Eindeutige Schadensbegrenzungs-Strategie |
| Gelegenheitsstrukturen | <ul style="list-style-type: none"> • Landesregierung Wulff für Anliegen der BI offen • Fernsehen hat eine Tendenz gegen die Bürgerinitiative |

5.2.8.4 *Repertoire*

Das Spektrum der Aktivitäten der Bürgerinitiative war ähnlich den bereits vorgestellten Fällen. Aus diesem Grund sollen nicht sämtliche Formen vorgestellt werden. Jedoch gab es durchaus einige Unterschiede, auf die im Folgenden näher eingegangen werden soll.

Das Ziel der Bürgerinitiative bestand nach der Zäsur durch das Raumordnungsverfahren in der so genannten Schadensbegrenzung. Soweit möglich, sollten maximale Partizipationsspielräume eröffnet werden. Eine Aktion im Rahmen dieser Schadensbegrenzung fand im Sommer 2013 statt. An diesem Beispiel lässt sich die generelle Kommunikationsstrategie der Bürgerinitiative gut herausarbeiten:

Im Rahmen der Planung für die Höchstspannungsleitung von Walle nach Mecklar sollte in der unmittelbaren Nachbarschaft des Bereichs der Bürgerinitiative ein Umspannwerk entstehen. Favorisiert wurde vom Netzbetreiber ein Standort, der eine Bebauung der Einfahrstraße in den Ort auf beiden Seiten zur Konsequenz hätte. Die Bürgerinitiative schlug nun vor, das Umspannwerk auf der Seite der Straße zu errichten, wo bereits ein Unternehmen angesiedelt war und noch genügend Freiflächen für die Errichtung des Umspannwerks vorhanden wären. Als Konsequenz könnte zumindest eine Seite der Straße weiterhin unbebaut bleiben und einen unbeeinträchtigten Blick auf die Landschaft freihalten.

Für die Errichtung dieses Umspannwerkes war jedoch nach Bundesimmissionsschutzverordnung keine formale Bürgerbeteiligung vorgesehen, was bedeutete, dass die Bürgerinitiative an dieser Stelle keinen Einfluss nehmen konnte. Die Bürgerinitiative versuchte nun, dennoch eine Bürgerbeteiligung zu erreichen. Eine Bürgerbefragung wurde zu diesem Thema initiiert, um die Ergebnisse der Öffentlichkeit, der Politik und schließlich auch dem Netzbetreiber vorzustellen. Dazu wurde auf einem großen regionalen Volksfest ein Informationsstand aufgestellt. Die Bürgerinnen und Bürger wurden informiert und konnten den Fragebogen der Bürgerinitiative beantworten.

Abbildung 11: Details eines Informationsstands zur Bürgerbefragung



Das Ergebnis der Bürgerbefragung wurde den Kommunalpolitikern mitgeteilt. Eine Pressemitteilung wurde erstellt. Letztlich stellt dieses Beispiel einen fast schon klassischen Fall der Mobilisierung öffentlichen Drucks dar: Ein direkter Zugang zum formalen Entscheidungsprozess stand der Bürgerinitiative nicht zur Verfügung. Die Bürgerinitiative versuchte dennoch, Partizipationsspielräume für die Bürgerinnen und Bürger zu erschließen. In diesem Fall hatte die Aktion einen Erfolg gezeitigt: Der Netzbetreiber integrierte die Planungen für das Umspannwerk mit in das anstehende Planfeststellungsverfahren, so dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhielten, ihre Stellungnahmen abzugeben. An dieser Stelle ging die Bürgerinitiative über die bislang vorgestellten Mittel der quantitativen sowie qualitativen Mobilisierung hinaus. Die Kombination aus Informationsstand, Bürgerbefragung und öffentlicher Kampagne ist eine innovative Verknüpfung bestehender Protestmittel.

Diese Aktion offenbart, dass die Bürgerinitiative als *Katalysator* für Partizipation funktionierte. Sie setzte das Thema auf die kommunalpolitische Agenda, indem sie eine kommunale Öffentlichkeit herstellte und gleichzeitig in direkten Kontakt mit den politischen Entscheidungsträgern sowie dem Netzbetreiber trat. Die Bürgerinitiative agierte proaktiv und strategisch. Dieses Vorgehen stand in einem direkten Verhältnis zu der Zielformulierung der Schadensbegrenzung, maximale Partizipationsspielräume sollten erschlossen und durchaus auch erstritten werden.

Doch dabei blieb die Bürgerinitiative nicht stehen. Sie entwickelte eigenständige Vorschläge für eine allgemeine Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten für die

Bürgerinnen und Bürger bei der Trassenplanung. Dies könne beispielsweise das Recht für Bürgerinnen und Bürger beinhalten, eigene Gutachten in Auftrag zu geben und alternative Planungen einfordern zu können (Präsentation: Netzbau und Bürgerbeteiligung). Dieses Konzept stellten die Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative auf bundesweiten energiepolitischen Konferenzen vor. Insbesondere der Sprecher der Bürgerinitiative war wiederholt ein aktiver Teilnehmer auf verschiedenen energiepolitischen Konferenzen. Damit ist der Wirkungskreis der Bürgerinitiative weiter als der der bisher vorgestellten Bürgerinitiativen.

Auch mit Blick auf die Medienarbeit setzte die Bürgerinitiative eigene Schwerpunkte: So spielte, neben einer intensiven Pressearbeit für die regionalen Tageszeitungen, auch der Kontakt mit den Anzeigenblättern eine wichtige Rolle. Entsprechende Kontakte wurden systematisch aufgebaut und gepflegt.

„Und wie gesagt, ich habe nur festgestellt, die wichtigsten Medien für die Arbeit der BI sind diese kostenlosen Anzeigenblätter. Weil wir hier nach der letzten Umfrage, haben vielleicht noch 20 Prozent eine Tageszeitung. So, das heißt diese Sonntagszeitungen, die lesen sie alle. Wenn man da mit denen gut klar kommt und da mal auch nicht nur Terminankündigungen, sondern eben auch mal Hintergrundartikel macht. Das bringt dann was.“ (Interview_07_01, Abs. 82)

Auch die Bürgerinitiative 7 verfolgte eine Strategie der *Adaption*:

„Und dann bin ich natürlich in der Zwischenzeit erfahren genug, dass ich dann gleich mit dem Veranstalter rede. Wer hat die Bildrechte? Und dann praktisch den örtlichen Medien das zur Verfügung stelle. Und sage, der und der hat das Copyright. So. Lieber ein vernünftiges Foto, was die drucken können als irgendetwas Verwackeltes aus dem Handy, was aussieht wie naja. Das ist halt eben so eine gewisse Professionalisierung und das macht ja auch Sinn. Das erleichtert die Arbeit für alle Beteiligten.“ (Interview_07_01, Abs. 98)

Während die bislang vorgestellten Bürgerinitiativen in ihren Verteilern zwar auch zum Teil die überregionalen Medien belieferten, wurde von der Bürgerinitiative 7, zumindest in Ansätzen, eine „nationale“ Medienstrategie verfolgt:

„Und die überregionalen Medien. Liest hier ja kaum einer. Wir fahren eh mehrgleisig. Das ist auch in der Politik so. Wir müssen auf der einen Seite landesmäßig, also vor Ort politisch gewissen Druck aufbauen. Wir müssen auf der Landespolitik was machen und wir müssen leider Gottes auch auf der Bundespolitik, also in Berlin was machen. Und das ist ganz schön anstrengend mit den Leuten da zu diskutieren. (...) Und für solche Leute wiederum ist es wichtig, dass man irgendwelche Artikel mal in der Financial Times hatte oder was auch immer. Weil das wichtigste in Berlin ist ja scheinbar die morgendliche Presseschau.“ (Interview_07_01, Abs. 100-101)

Dennoch sind der Medienarbeit der Bürgerinitiative aus deren Sicht auch „systematische“ Grenzen gesetzt. Insbesondere das Fernsehen ging mit Interesse auf die Bürgerinitiative zu. Die Erfahrung mit dem Fernsehen lehrte die Bürgerinitiative jedoch, dass die Berichterstattung die Bürgerinitiative in die Nähe des NIMBY-Protests rückte. Zusätzlich stünde der Druck des Fernsehens Bilder zu erzeugen einer angemessen sachlich inhaltlichen Darstellung im Weg:

„Das Problem ist: NDR kommt gelegentlich. Nur das Thema, was wir beackern, kann man unheimlich schlecht in Bildern zeigen. Weil, man muss doch schon ein bisschen inhaltlich reingehen. Weil sonst geht das ganz schnell in die Richtung not in my backyard. Also die wollen alle Strom und keiner will die Leitung haben. Und das rüber bringen. Die wollen immer nur schöne Bilder machen. Weil wenn dann ist das hier von Hallo Niedersachsen, das ist abends von halb acht bis acht. Die wollen immer so andert-halb Minuten Dinger machen und das kann man also knicken.“

(Interview 07_01, Abs. 79)

Als Folge dieses wahrgenommenen Inszenierungsdrucks versuchte die Bürgerinitiative durch die Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern zu einem Protestereignis, gezielt das Interesse des Fernsehens zu wecken und kündigte dementsprechend mehrere hundert Demonstrierende an. Letztlich kamen zu dieser Veranstaltung dann nur wenige Bürgerinnen und Bürger, was nach Aussage eines der BI-Mitglieder zu einer gewissen Verstimmung der Journalisten führte.

Die Bürgerinitiative instrumentalisierte durchaus auch Medien, um Druck auf das politische System auszuüben. So war zu einem Zeitpunkt der Versuch der Bürgerinitiative, einen Termin im Bundeswirtschaftsministerium zu erhalten, gescheitert. Daraufhin veröffentlichte die Bürgerinitiative in einer Pressemitteilung ihren Unmut darüber:

„Die intensiven Bemühungen der Bürgerinitiativen um einen Gesprächstermin mit dem Bundeswirtschaftsminister zum geplanten Energieleitungsausbaugesetz sind leider gescheitert. (...) Es ist schwer nachvollziehbar warum sich das Bundeswirtschaftsministerium einem Dialog mit dem Bürger verweigert. Offensichtlich geht es in diesem Bereich um reine Klientelpolitik.“ (Pressemitteilung der Bürgerinitiative 20.04.2009)

Diese Strategie, durch die Mobilisierung öffentlichen Drucks politische Entscheidungsträger zu einem Gespräch zu bewegen, war ein Bestandteil der medialen Strategie der Bürgerinitiative 7. Hier blieb sie nicht dabei stehen, die Geschlossenheit der politischen Gelegenheitsstrukturen zu konstatieren, sondern versuchte aktiv eine Öffnung zu erzwingen. Dies bedeutet, dass Massenmedien durchaus für die Zwecke der Bürgerinitiative instrumentalisiert wurden.

Durch die intensiven Kontakte der Bürgerinitiative mit anderen Bürgerinitiativen in der Region und auch bundesweit entstanden viele gemeinsame Pressemitteilungen. Die

Bürgerinitiativen tauschten ihre Pressemitteilungen auch gegenseitig aus und veröffentlichten diese dann unter eigenem Namen. Diese wiederholten gemeinsamen Aktionen zeigen, dass die regionalen Bürgerinitiativen sich immer wieder zusammenschlossen und kooperierten. Zu einer nachhaltigen Vernetzung und der Etablierung konstanter Strukturen war es jedoch nicht gekommen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang jedoch die Rolle des Sprechers der Bürgerinitiative in diesen Netzwerken hervorzuheben. Nach eigener Aussage unterstützte er über seine Tätigkeit in der Bürgerinitiative hinaus noch weitere Bürgerinitiativen, insbesondere solche, die sich gerade gründeten.

Tabelle 26: *Das Repertoire der Bürgerinitiative 7 im Überblick*

| Repertoire | Zusammenfassung |
|-----------------------------------|---|
| Qualitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Sammlung von Einwendungen im Rahmen der Genehmigungsverfahren • Initiierung einer Bürgerbefragung zum Thema Umspannwerk, um Partizipationsspielräume zu eröffnen • Erarbeitung von Vorschlägen zu einer Verbesserung der Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren |
| Quantitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Logic of Numbers im Zusammenarbeit mit dem Sprecherkreis |
| Gegenöffentlichkeit | <ul style="list-style-type: none"> • Eigene Website • Flyer und Informationsstände auf Volksfesten |

5.2.9 Fallstudie 8: Der Einzelkämpfer

Der Fall 8 stellt in zwei zentralen Dimensionen eine Ausnahme dar: Zum einen unterschied sich das Organisationsmodell der Bürgerinitiative deutlich von den anderen untersuchten Bürgerinitiativen. Zum anderen war die Reichweite des Aktivitätenspektrums der Bürgerinitiative 8 deutlich größer angesiedelt.

5.2.9.1 Ressourcenmobilisierung

Die Gründung der Bürgerinitiative war, ähnlich wie in den Fällen 2 und 5, auf eine Initiative der Kommunalpolitiker zurückzuführen, die das Thema der Planungen für eine Höchstspannungsleitung schon früh auf ihre politische Agenda gesetzt hatten. Die Bürgerinitiative wurde als *Verein* gegründet und verfügte dementsprechend über eine ausformulierte Satzung mit einer konkreten Zielbeschreibung sowie einer klaren formalen Struktur. Im Vorstand der Bürgerinitiative saßen vor allem kommunalpolitische Mandatsträger. Der Vorsitzende des Vereins (der Bürgerinitiative) war dennoch die unumstrittene Führungspersönlichkeit der Bürgerinitiative. Er leistete fast die gesamte Arbeit der Bürgerinitiative.

Bei der Vorstellung der Bürgerinitiative 7 wurde bereits ausgeführt, dass im Leitungsprojekt Wahle-Mecklar mehrere Bürgerinitiativen die Organisationsform eines „Vereins“ gewählt hatten. Auch der Dachverband der Bürgerinitiativen gegen die Südwest-Kuppelleitung war ein Verein. Die Besonderheit der Bürgerinitiative 8 lag aus diesen Gründen nicht in der Tatsache begründet, dass auch diese Bürgerinitiative sich für die Gründung eines Vereins entschieden hatte. Vielmehr lag die Besonderheit im Repräsentationsanspruch der Bürgerinitiative: Während die anderen untersuchten Bürgerinitiativen (mit Ausnahme des Dachverbands) lediglich einen einzelnen Ort oder mehrere Ortschaften und Gemeinden vertraten, entschied man sich im Fall 8 von Anfang an dafür, die Bürgerinitiative auf der Landkreisebene zu verankern:

„Wir haben gesagt, wir machen es auf Kreisebene. Bestand also relativ schnell Konsens, dass wir das auf Kreisebene machen. Ich kann Ihnen gar nicht mehr, so was ergibt sich dann halt einfach. (Interview_08, Abs. 14)

Dadurch, dass im Vorstand der Bürgerinitiative viele kommunalpolitische Mandatsträger saßen, war ein direkter Kontakt der Bürgerinitiative mit der Kommunalpolitik von Beginn an gegeben. Gleichzeitig stellte die Bürgerinitiative 8 Kontakt mit den Bürgerinitiativen in Niedersachsen (dem Sprecherkreis) her. Ähnlich wie in den anderen Fällen war dieser Kontakt zu den anderen Bürgerinitiativen wichtig für den Austausch, wengleich die Bürgerinitiative 8 sich durchaus deutlich von den niedersächsischen Bürgerinitiativen abgrenzte (insbesondere mit Bezug zu den Proteststrategien, Näheres dazu bei der Vorstellung des Repertoires).

Darüber hinaus benutzten die Mitglieder im Vorstand ihre Parteimitgliedschaft als „Türöffner“, um beispielsweise Kontakte mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten herzustellen (Interview_08, Abs. 26). Diese Aspekte zusammenfassend kann die Bürgerinitiative 8 als „Honoratioreninitiative“ bezeichnet werden. Neben diesen wichtigen relationalen Ressourcen spielten die beiden folgenden Dimensionen von Expertise eine wichtige Rolle für die Arbeit der Bürgerinitiative. Zum einen war dies die *tiefe Verwurzelung* des BI-Vorsitzenden in der Region. Zusätzlich kam die umfassende Verwaltungserfahrung des Vorsitzenden zum Tragen, der aus seiner Zeit als Beamter die Verwaltungsabläufe genau kannte. Darüber hinaus hatte er durch langjähriges kommunalpolitisches Engagement eine genaue Kenntnis politischer Prozesse.

Dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative war bewusst, dass die meiste Arbeit auf seinen Schultern lastete. Es handelte sich bei ihm um einen Pensionär, der sehr viel seiner Zeit für das Engagement in der Bürgerinitiative aufbrachte. Jedoch wurde diese „Arbeit“ individuell als bereichernd empfunden.

Die Arbeit der Bürgerinitiative zeichnete sich durch ein planvolles Vorgehen aus. Für jedes Jahr wurde ein detailliertes Konzept erstellt. Am Ende eines Jahres wurden sämtliche Aktivitäten systematisch in einem jeweiligen Dokument aufgelistet. Alle Dokumente waren über die Website des Vereins aufrufbar. Die Vereinskommunikation erfolgte über E-Mail sowie über die jährlichen Versammlungen. Der Vorsitzende kommunizierte mit den Mitgliedern jedoch ausschließlich anlassbezogen. Dies galt sowohl für die für die *Rundschreiben* als auch für die *Mitgliederversammlungen*.

5.2.9.2 Framing und Identität

Auch wenn in der Satzung der Bürgerinitiative das Ziel der *Verhinderung* deutlich formuliert war, stand praktisch das Ziel der *Optimierung* im Vordergrund:

„Befassen mit geplanten Höchstspannungsverbindungen mit dem Ziel der Verhinderung von Stromtrassen in Freileitungsbauweise (Überlandleitungen) (...) und der damit verbundenen erheblichen Beeinträchtigung der Gesundheit von Mensch und Tier, der Wohn- und Lebensqualität vieler Bürger sowie der Konfliktpotenziale bei Naherholungs-, Landschaftsschutz-, Naturschutz- und besonders der Natura-2000-Gebieten.“ (Dokument: Satzung der BI, Abs. 24)

„Wir haben uns mehr konzentriert, kann man Waldüberspannungen machen, um von den Ortschaften weg zu kommen, die jetzt schon betroffen sind. Auf dieser Trasse liegt schon eine 380kV. Und die liegt auch teilweise nah an Siedlungen. Insofern kann ich die Menschen schon verstehen. Ich unterstütze die auch in der Richtung. Weil mein Credo ist dann, wenn man sie schon nicht verhindern kann, dann schon ein Stück von Wohnsiedlungen weg.“ (Interview_08, Abs. 76)

Bei der Problemdefinition wurden durchaus Dilemmata der Netzplanung wahrgenommen, so zum Beispiel der Konflikt von Naturschutz und Anwohnerschutz. Auch der mögliche Verlust von Grundstückswerten wurde thematisiert:

„Dass dann auch Anwohner gefragt wurden. Und die haben gesagt, da können wir unser Haus vergessen und was ist mit unserer Gesundheit. Und da sagen die, ist jetzt das Natura 2000-Gebiet, was in der Praxis nur ein Waldstück ist, ist das jetzt wichtiger als unsere Wohnlage. Und die Rechtslage gibt eigentlich den Natura 2000-Gebieten Vorrang. Also es geht so ein bisschen Anwohnerschutz gegen Naturschutz. Das hat sich so heraus gebildet.“ (Interview_08, Abs. 78)

„Durch die Wertminderung der Immobilien und Grundstücke werden die Anwohner zusätzlich individuell wirtschaftlich getroffen; in einigen Fällen wird der Wertverlust zu einer Unverkäuflichkeit von Objekten und damit zu einer großen finanziellen Härte für Anwohner führen.“ (Dokument: Stellungnahme_ROV, S. 5)

Wie in den Fällen 2, 5 und 7 kam es auch im Fall 8 zu einer Zäsur. Im Fall 8 wurde im Rahmen des Raumordnungsverfahrens ein anderer Trassenkorridor favorisiert. Der

Landkreis, in dem die Bürgerinitiative engagiert war, war demzufolge vom Projekt Wahle-Mecklar nicht mehr betroffen. Auch in diesem Fall stellte sich die Frage, ob man die Bürgerinitiative auflösen sollte, da der unmittelbare Grund für die Existenz der Initiative weggefallen war. Zu diesem Zeitpunkt standen jedoch bereits die Planungen für eine weitere Höchstspannungsleitung im Raum. Die Mitglieder der Bürgerinitiative entschieden sich für eine Änderung ihrer Satzung. Der Vorsitzende arbeitete entsprechend weiter. Die Bürgerinitiative betrachtete sich nun als „Frühwarnsystem“ und arbeitete in einem „Ruhezustand“ weiter, um bei Bedarf schnell wieder kampagnenfähig zu sein. Der Bürgerinitiative war es demzufolge gelungen, erfolgreich ein Frame-Alignment zu betreiben:

„Und nach 2011 haben wir überlegt, beenden wir die Bürgerinitiative, weil das Raumordnungsverfahren abgeschlossen ist. Da zeichnete sich aber schon ab, dass dieser Großkorridor kommt. (...) Wir bleiben am Ball und haben den Vorstand verkleinert.“
(Interview_08, Abs. 85)

Während die Problemdefinition der Bürgerinitiative durchaus Parallelen zur Bürgerinitiative 7 aufwies, schloss man sich der Forderung nach einer verstärkten Realisierung des Netzausbaus durch den Einsatz von Erdkabeln nicht an. Diese sei unrealistisch:

„Und dort meint man, also wenn man besonders lange und nachhaltig auf Erdkabel setzt und zwar auf komplette Erdverkabelung, man müsse nur lange genug durchhalten und noch 10 Jahre den Protest hinhalten, dann wäre die Entwicklung soweit, dass wir alles unter die Erde kriegen.“ (Interview_08, Abs. 123)

Ähnlich wie im Fall 7 ging die Durchdringung des Sachthemas durch die Bürgerinitiative weit über eine Begründung der Ablehnung des konkreten Leitungsprojektes hinaus. Vom Vorsitzenden der Bürgerinitiative wurde ganz explizit der Bezug zu den allgemeinen Fragen des Netzausbaus hergestellt. Im Interview, in den Dokumenten sowie in den persönlichen Gesprächen kam deutlich zu Tage, dass das eigene regionale Engagement in einen größeren Zusammenhang eingeordnet wurde.

Da die Aktivitäten der Bürgerinitiative in einem hohen Maß durch eine einzelne Person geprägt wurden, entstand keine so ausgeprägte Gruppenidentität innerhalb der Initiative. Bei der Beobachtung einer Mitgliederversammlung wurde wahrgenommen, dass eine sehr freundliche Atmosphäre vorherrschte und die Mitglieder der Bürgerinitiative ihrem Vorsitzenden ein uneingeschränktes Vertrauen schenkten und ihm für sein Engagement sehr dankbar waren.

5.2.9.3 *Gelegenheitsstrukturen*

Bei der Gründungssitzung der Bürgerinitiative waren verschiedene Ortsbürgermeister anwesend. Die Bürgerinitiative war nicht zuletzt auch das Ergebnis einer gemeinsamen

Initiative von Kommunalpolitikern. Insofern waren die kommunalen politischen Gelegenheitsstrukturen geöffnet.

Schwieriger gestaltete sich aus Sicht der Bürgerinitiative die Offenheit der politischen Institutionen auf der Landesebene. So gab es durchaus eine Auseinandersetzung mit der Thematik im *Landtag*. Die Bürgerinitiative konnte zum Beispiel eine Stellungnahme im Rahmen einer Ausschusssitzung abgeben. Von der *Landesregierung* ging allerdings keine Initiative aus. Aus Sicht der Bürgerinitiative gab es in der Landesregierung sichtlich kein Interesse, sich vertieft mit dem Thema zu befassen:

„Teilweise war es ja unter Koch so, dass die CDU Alleinherrschaft hatte und dieses Erdkabelgesetz von Wulff wollte er nicht übernehmen. (...) Wahrscheinlich wusste er schon, von seinem Freund Wulff, naja ‚verbrenn du dir mal mit Erdkabel die Finger‘. Und so ist es dann auch so gekommen, dass sich Hessen da einfach rausgehalten hat. ‚Wir wickeln das Verfahren administrativ ab.‘“ (Interview_08, Abs. 71)

Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der *medialen Gelegenheitsstrukturen* wurde durchaus ein grundsätzliches Interesse konstatiert, sich mit der Leitungsthematik zu befassen, insbesondere während des Raumordnungsverfahrens. Jedoch wurde auch festgestellt, dass die große regionale Tageszeitung (HNA) *kein Interesse* hatte, im überregionalen Teil über die neuen Beteiligungsmöglichkeiten am Netzentwicklungsplan zu berichten:

„(...) Und dann haben die gesagt, nein. Im überregionalen Teil liest das sowieso kein Mensch. Nur wenn jetzt mehr Betroffenheit auf eine Region zukommt, auf diesen Kreis oder Kassel oder Schwalm-Eder, die haben ja mehrere Regionalausgaben. (...). Und dann wird immer in der Region wird immer der Bericht gebracht und dann werden immer die BI-Vorsitzenden zusätzlich befragt, wie sie die Entwicklung beurteilen.“ (Interview_08, Abs. 92)

Im Gegensatz zu den Aussagen vieler Kernaktivisten der anderen Bürgerinitiativen fiel auf, dass den Journalisten *kein (negativer) Bias* unterstellt wurde. Die Tatsache, dass Journalisten bestimmte Vorschläge der Bürgerinitiative in ihre Berichterstattung nicht aufnahmen (wie das eben vorgestellte Beispiel verdeutlicht), wurde ihnen nicht zum Vorwurf gemacht.

Die *diskursiven Gelegenheitsstrukturen* in der Region wurden als spezifisch wahrgenommen. Gerade im Vergleich mit den Bürgerinitiativen in Niedersachsen wurde konstatiert, dass die regionale Bevölkerung in einem weitaus geringeren Maße zu Protesten mobilisiert werden konnte:

„Solange nicht konkret gebaut wird, wird nicht die Masse sofort auf Protest machen. Und insofern ist die Information gut. Aber sie ist nicht alles. Aber es ist schon gut.“ (Interview_08, Abs. 34)

„Und hier bei uns ist es nicht so, dass man jetzt einen Vorbehalt hat und sagt, die Trasse wollen wir unter allen Umständen verhindern und TenneT, das sind die großen Absahner. Diese Einstellung ist in Niedersachsen anders. Da haben Sie vor Veranstaltungen Trommler draußen mit Trauermusik und dann haben Sie Protest mit Pfeilen alles unter die Erde.“ (Interview_08, Abs. 67).

In der folgenden Tabelle wird eine zusammenfassende Übersicht über die Erklärungsfaktoren gegeben.

Tabelle 27: Überblick über der Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 8

| Hauptkategorie | Zusammenfassung |
|--------------------------------|---|
| Ressourcenmobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Konzentration auf eine zentrale Führungsperson • Strategische Planung der Arbeit |
| Framing & Identität | <ul style="list-style-type: none"> • Bürgerinitiative eher regionaler Interessenverband • Keine negative moralische Bewertung von Politik sowie Netzbetreiber • Pragmatischer Ansatz: Erdverkabelung nicht überall beste Lösung, Leitung soll möglichst weit von Siedlungsgebieten gebaut werden |
| Gelegenheitsstrukturen | <ul style="list-style-type: none"> • Koalition mit Kommunalpolitik • Keine Offenheit auf Landesebene • Sachlich distanzierte Wahrnehmung medialer Gelegenheitsstrukturen • Bevölkerung schwer zu Protesten mobilisierbar |

5.2.9.4 Repertoire

In Zentrum der Bürgerinitiative stand zunächst einmal die Herstellung von Öffentlichkeit für das Thema. Dazu wurden Informationsveranstaltungen als Form der Gegenöffentlichkeit initiiert. Gleichzeitig wurde über Unterschriftenlisten eine quantitative Mobilisierung im Rahmen *appellativen Protests* durchgeführt:

„Wir haben so Power Point Präsentationen gemacht. Da hatten wir die aus dem Netz zugänglichen Daten veröffentlicht. Wie die Trasse grob aussieht oder aussehen wird. Das war alles noch vor dem Raumordnungsverfahren. Also bevor schon irgendwas fest war. Wir haben gesagt, wir positionieren uns neu und warten nicht ab bis alles festgezurr ist. Wir hatten da natürlich eine sehr große Unterstützung. Die haben auch sehr viele Unterschriftenlisten für Erdkabel initiiert. Es war hier eine wirklich große Aufbruchsstimmung.“ (Interview_08, Abs. 5)

Zusätzlich wurde eine *Website* erstellt, welche die Aktivitäten der Bürgerinitiative umfassend dokumentierte. Da die Bürgerinitiative ein eingetragener Verein war, konnte sie ihre Inhalte auch im regionalen *Amtsblatt* veröffentlichen.

Auf der regionalen Ebene stand im Rahmen der *qualitativen Mobilisierung* die Begleitung des Raumordnungsverfahrens im Zentrum der Aktivitäten der Bürgerinitiative. Es

erfolgte eine intensive Kooperation mit der Kommunalpolitik. Hierbei lieferte die Bürgerinitiative durchaus Impulse für die Stellungnahmen der Kommunalpolitik (und nicht nur für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger, wie in den anderen vorgestellten Fällen):

„Der hat gesagt, ‚du bist am meisten drin - die ganzen Kommunen haben sich ja jahrelang überhaupt nicht mit dem Thema befasst - mach du mal so eine Grundstruktur einer Stellungnahme, Schutzfaktor Mensch, Schutzfaktor Natur, Landschaft, Natura 200-Gebiete‘. Da habe ich so eine Grundstruktur gemacht und habe die allen Bürgermeistern mit denen ich guten Kontakt hatte - das ging auch Partei-übergreifend muss man sagen. (...) Ich habe denen die Stellungnahmen gegeben, die haben die dann individuell ausgebaut. Sie haben aber zum großen Teil meine Grundstruktur übernommen.“
(Interview_08, Abs. 59)

Diese Form des *prozeduralen* Protests der Bürgerinitiative lässt durchaus die Frage aufkommen, ob sich dieser tatsächlich unter die Begriffe „Protest“ oder „Partizipation“ sinnvoll fassen lässt oder die Bürgerinitiative eine ausgelagerte „Serviceagentur“ für die Wahrnehmung regionaler Interessen war? Eine Konzentration auf den appellativen und demonstrativen Protest im Rahmen einer Strategie der quantitativen Mobilisierung war aus Sicht der Bürgerinitiative nicht zielführend:

„Während in Niedersachsen, wie gesagt 20, 25 Bürgerinitiativen existieren. Und war dann auch monatlich bei den Sprechertreffen. Und man hat sich monatlich getroffen. Mich hat dann es nur ein bisschen genervt, muss ich sagen. Weil man am Abend anfangt, so was habt ihr in Hildesheim gemacht? Was habt ihr in Bad Gandersheim gemacht? Ja wir haben da ein Mahnfeuer, wir haben den Politiker angegangen. Also die haben sehr detailliert beschrieben, was sie an kreativem Protest gemacht haben. Was für mich nicht in der Priorität ganz vorn stand. Nur kreativer Protest. Ich habe gesagt, ich will auch irgendwie Ergebnisse erreichen.“ (Interview_08, Abs. 20)

Dies bedeutet jedoch nicht, dass demonstrative oder appellative Protestformen von vornherein ausgeschlossen wurden (wie im Fall 3). Diese Formen des Protests gehörten aus Sicht der Bürgerinitiative gleichsam mit zum Aktionsspektrum einer Bürgerinitiative. Dazu zählte beispielsweise auch, mit Protest-T-Shirts aufzutreten. Da, nach Einschätzung der diskursiven Gelegenheitsstrukturen (siehe oben), jedoch nicht mit einer umfassenden Mobilisierung der Bevölkerung zu rechnen war, standen diese Formen nicht im Zentrum der BI-Arbeit:

„Oder wir hatten mal in einem Ort eine Abendkundgebung, haben mal hier so ein Transparent aufgehängt. Wir hatten natürlich in den ganzen Orten auch diese Transparente aufgehängt, pressewirksam immer.“ (Interview_08, Abs. 21).

Aus dieser Aussage geht hervor, dass solche Aktionen durchaus im Hinblick auf eine Medienaufmerksamkeit gestaltet wurden. Die Bürgerinitiative hatte darüber hinaus

auch weitere Ereignisse für die Medien *inszeniert*: Dazu zählte beispielsweise der Besuch von Spitzenpolitikern aus dem Bund (z.B. Sigmar Gabriel). Solche Termine waren nur durch die guten Politikkontakte der Bürgerinitiative möglich:

„Der war ja sogar mal hier. Mit dem habe ich dann pressewirksam hier ein Erdkabel gehalten. Da waren wir dann vorne auf der Schlagzeile. Das geht natürlich auch nur, wenn Sie Politiker dabei haben. Das hat dann hier der örtliche Bundestagsabgeordnete hat gesagt, ja ich rede mit Gabriel, dass wir ein Foto machen. Also Sie brauchten die schon.“
(Interview_08, Abs. 25)

Die massenmedienorientierten Praktiken der Bürgerinitiative konnten demzufolge unter der Dimension der *Adaption* subsumiert werden. Auch für andere Beiträge der Medien wurden von der Bürgerinitiative vorab geeignete Bilder sowie Menschen ausgewählt:

„Also ich habe immer die Orte ausgesucht, wenn die Hessenschau mal kam, dass dann auch Anwohner gefragt worden. Und die haben gesagt, da können wir unser Haus vergessen und was ist mit unserer Gesundheit. Und da sagen die, ist jetzt das Natura 2000-Gebiet, was in der Praxis nur ein Waldstück ist, ist das jetzt wichtiger als unsere Wohnlage.“ (Interview_08, Abs. 78)

Darüber hinaus wurde sich an die Massenmedien mit verschiedenen Vorschlägen und Initiativen gewendet (z.B. wurde die Idee einer TV-Diskussion zum Thema Netzausbau an den Hessischen Rundfunk getragen). Dass solche Formen der Herstellung massenmedialer Öffentlichkeit jedoch insgesamt einen kleinen Baustein für den Erfolg der Bürgerinitiative darstellten, wird aus folgender Aussage deutlich:

„Wir haben uns aber jetzt nicht nur nach den Medien gestreckt und die alle geholt. In Niedersachsen, Bad Gandersheim, kam es dazu, dass sich die Bürgerinitiativen gegenseitig Konkurrenz gemacht haben. Und der eine war dann im SPIEGEL, der andere war im ARD Bericht aus Berlin und, und, und. Aber letztlich konnte damit weder das Projekt noch die Trasse beeinflusst oder gar verhindert werden. Also nur durch Medienarbeit kann man es auch nicht verhindern. Man kann das Problem transparent und offen machen. Aber da haben wahrscheinlich einige gesagt, also ich habe jetzt 30 Medienvertreter gehabt, jetzt werde ich es doch wohl schaffen, dieses Projekt zu beerdigen.“
(Interview_08, Abs. 23)

Mehr Spielraum die Interessen der Bürgerinitiative zu vertreten wurde im Rahmen verschiedener Verfahren und Veranstaltungen auf der nationalen Ebene gesehen. Von vornherein lag bei der Bürgerinitiative 8, neben dem erwähnten Engagement im Rahmen des Raumordnungsverfahrens, ein Schwerpunkt der qualitativen Mobilisierung auf der Mitarbeit in nationalen Gremien:

„Und da war ich in Berlin und da war begleitend dazu eine Veranstaltung der Deutschen Umwelthilfe: Netzintegration Erneuerbare Energien, sagt Ihnen ja was. Und da von

Niederachsen einige Vertreter nicht wollten, die haben gesagt: ‚Die Deutsche Umwelthilfe ist zu unternehmensnah, wir machen da nicht mit‘, und ein anderer, der es gemacht hätte, hat gesagt ich kann das beruflich nicht, du bist doch Pensionär, mach du das. Und so bin ich durch einen Zufall in eine richtige Arbeitsgruppe, eine engere Arbeitsgruppe bei der Deutschen Umwelthilfe reingerutscht. Und wir haben ja dann regelrecht so eine Broschüre Plan N, also Plan Netzausbau erstellt. Da war ich mit im engeren Arbeitskreis drin. Und das hat mir natürlich die Perspektive unheimlich geweitet. (...) Das war natürlich immer mit zwei Tagen Berlin verbunden. Ein Berufstätiger hätte es eigentlich nicht in dem Maße machen können.“ (Interview_08, Abs. 18)

Aus diesem Interviewsegment werden zwei Dinge in Bezug auf das Framing sowie die Ressourcenmobilisierungsleistung der Bürgerinitiative deutlich: Dadurch, dass die Bürgerinitiative nicht auf eine Polarisierung setzte und bestimmte Akteure nicht generell moralisch bewertete („zu unternehmensnah“), konnten systematisch Partizipationspielräume genutzt werden. Dieser pragmatische Ansatz wurde auch beim Sprecher der Bürgerinitiative 7 beobachtet. Dies lag nicht zuletzt auch daran, dass das Problem von den jeweiligen Führungspersonlichkeiten umfassender definiert wurde. Beide Führungspersonen, sowohl in der Bürgerinitiative 7 als auch in der Bürgerinitiative 8, waren darüber hinaus bereit, die notwendigen zeitlichen sowie finanziellen Ressourcen in diese Arbeit zu investieren.

Der zweite Aspekt war der individuelle Lernprozess, den ein solches Engagement auf der Bundesebene mit sich führte: Schon bei der Vorstellung des Dachverbands wurde deutlich, dass einige Personen ihre ursprüngliche Haltung der Fundamentalopposition aufgeben mussten. Der Vorsitzende der Bürgerinitiative 8 nahm in einem deutlich größeren Umfang an den vielen energiepolitischen Tagungen teil und wirkte in weiteren Arbeitskreisen mit. Diese Tätigkeiten wurden als eine große individuelle Herausforderung betrachtet, da man mit den Expertinnen und Experten auf „Augenhöhe“ diskutieren musste. Als Resümee zu bedenken gegeben, dass der Imperativ der Bürgerbeteiligung bei der detaillierten Fachplanung an objektive Grenzen stoße:

„Also insofern finde ich, jetzt werde ich kritisch: Dass man sagt, ja der Bürger kann sich beim Szenariorahmen, das ist ja die Auflistung aller Erzeugungskapazitäten und Verbrauchsstrukturen, und beim Netzentwicklungsplan einbringen. Und bei dem letzten in Frankfurt, da habe ich gesagt: ‚Ich finde es ja gut, die Bürgerbeteiligung. Aber nach jetzt sechs Jahren Tätigkeit, fühle ich mich nicht in der Lage, den Netzplan wirklich zu beurteilen. Ist das a) erforderlich, b) kann ich es nicht netztechnisch nachrechnen.‘ Und dass unsere Bürgerinitiative oder mehrere zusammen einen Professor beauftragen, der das nachrechnet und sagt, ‚die Trasse über den Rennsteig oder Wahle-Mecklar ist nicht erforderlich‘. Ich finde das ist schwierig, so etwas zu realisieren. Und insofern stoßen wir dann bei diesen übergeordneten Bürgerbeteiligungen irgendwo auch an unsere Grenzen. Sie können noch so viel Zeit da rein investieren.“ (Interview_08, Abs. 48)

Die Bürgerinitiative 8 verfolgte, das Repertoire zusammenfassend, eine Mischstrategie. Elemente qualitativer und quantitativer Mobilisierung wurden mit der Herstellung von Gegenöffentlichkeit kombiniert. Diese umfangreichen Aktivitäten wären nicht möglich gewesen, wenn der Vorsitzende nicht einen deutlichen Anteil seiner Zeit exklusiv für die Bürgerinitiative aufgewendet hätte. Die Bürgerinitiative 8 war sowohl eine regionale Interessenvertretung für die Bürgerinnen und Bürger als auch ein „Dienstleister“ für die Kommunalpolitik.

Tabelle 28: *Das Repertoire der Bürgerinitiative 8 im Überblick*

| Repertoire | Zusammenfassung |
|-----------------------------------|--|
| Qualitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Stellungnahmen im Raumordnungsverfahren • Mitarbeit am Plan-N-Prozess der Deutschen Umwelthilfe • Präsenz auf energiepolitischen Konferenzen |
| Quantitative Mobilisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Massenmedienorientierte Inszenierung • Vorschläge an Massenmedien • Unterschriftensammlung |
| Gegenöffentlichkeit | <ul style="list-style-type: none"> • Website und Mitgliederrundschreiben • Informationsveranstaltungen |

5.3 Gemeinsame Betrachtung der Fallstudien

In diesem Kapitel soll eine systematische gemeinsame Betrachtung der vorgestellten Fallstudien erfolgen. In einem ersten Schritt werden die zentralen Ergebnisse der Fallstudien systematisch verglichen. Es werden *gemeinsame Muster* sowie *unterschiedliche Typisierungen* entwickelt. Im nächsten Schritt wird ein zusammenfassender Blick auf die Repertoires der untersuchten Bürgerinitiativen geworfen. Dabei wird eine neue Dimensionierung der Repertoires der Bürgerinitiativen erarbeitet. Schließlich folgt eine detaillierte Betrachtung der Erklärungsfaktoren. Es wird herausgearbeitet, welche Dimensionen der Erklärungsfaktoren für die Arbeitsweise der Bürgerinitiativen zentral waren. Diese einzelnen Schritte stellen die Vorstellung des empirisch gesättigten theoretischen Erklärungsmodells der Wahl der Protestrepertoires von Bürgerinitiativen dar.

5.3.1 Systematisierungen der Gründungsbedingungen

Auch wenn die Umstände der Gründung der Bürgerinitiativen auf den ersten Blick nicht unmittelbar für die Beantwortung der Forschungsfragen relevant zu sein schienen, ist ein zentrales Ergebnis der Auseinandersetzung mit dem Gegenstand, dass die Entstehungsbedingungen von hoher Bedeutung für die Arbeit der Bürgerinitiativen sind und sowohl die Möglichkeiten der Ressourcenmobilisierung als auch die Formen der Kommunikation der Bürgerinitiativen entscheidend prägen. Aus dem

Untersuchungsmaterial wurden dabei die beiden folgenden grundlegenden Typen der Entstehungsbedingungen der hier untersuchten Bürgerinitiativen abgeleitet:

- Typ 1: Bürgerinitiativen als Ergebnis kommunalpolitischer Agenda Settings: Hier haben die Bürgermeister durch die Information über anstehende Raumordnungs- oder Planfeststellungsverfahren Informationsveranstaltungen initiiert oder sie informierten die Bürgerinnen oder Bürger über diese Verfahren anderweitig. In diesen Fällen sind es entweder die Kommunalpolitiker selbst (Fälle 2, 5, 6) oder aber der Kommunalpolitik eng verbundene Personen (Fälle 1 und 8), die die Bürgerinitiativen gründen.
- Typ 2: Bürgerinitiativen als Reaktion auf eine nicht stattgefundene politische Mobilisierung (Fälle 3, 4, 7): Die beiden Neugründungen gehören zu diesem Typ. In diesen Fällen ist es nicht so, dass die Bevölkerung überhaupt zum ersten Mal von den Planungen Notiz nimmt. Allerdings ist die Gründung auf die Nachricht, dass sich ein konkretes Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren abzeichnet, zurückzuführen.

Im ersten Typ werden die Bürgerinitiativen entweder von Kommunalpolitikern getragen oder es findet zumindest eine sehr enge Kooperation zwischen der Bürgerinitiative und den kommunalen Spitzen statt. Aus der Sicht der Bürgerinitiativen wird diese Kooperation als „Arbeitsteilung“ bezeichnet. Die kommunalen Gelegenheitsstrukturen sind darüber hinaus von Beginn an „offen“ für die Bürgerinitiativen. Die Folge ist ein kontinuierlicher Informationsfluss von der Kommunalpolitik zu den Bürgerinitiativen und zurück. Gleichzeitig befindet sich das Thema der Bürgerinitiative bereits auf der *kommunalpolitischen Agenda*. Und da es auf der kommunalpolitischen Agenda vorhanden ist, gibt es (zumindest in einem kleinen Rahmen) einen öffentlichen Diskurs in der kommunalen Öffentlichkeit (z.B. durch Informationsveranstaltungen der Bürgermeister). Wichtig ist hervorzuheben, dass die Bürgerinitiativen und die Kommunalpolitik sich den gleichen Opponenten gegenüber sehen, nämlich den politischen Institutionen auf den höheren Ebenen des politischen Systems.

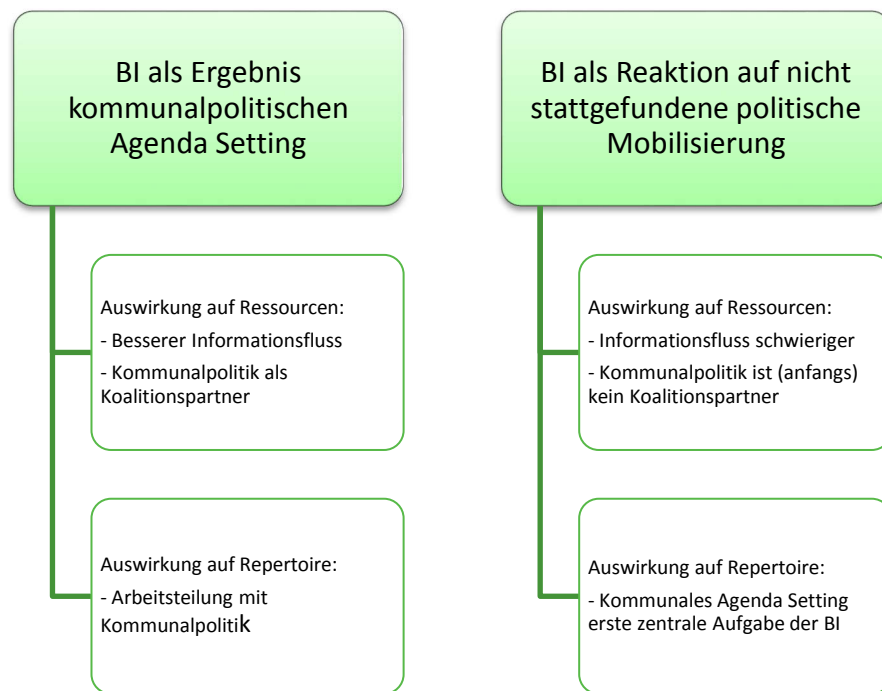
Im zweiten Typ thematisiert die Bürgerinitiative zunächst ein Problem, welches im kommunalpolitischen Raum (noch) nicht auf der politischen Agenda steht, für dessen Bedeutung bei den kommunalpolitischen Mandatsträgern kein Bewusstsein vorhanden ist und für das auch keine kommunale Öffentlichkeit vorhanden ist. In den beiden untersuchten Fällen der Neugründungen kommt dies deutlich zum Ausdruck: Zwar gibt es durchaus eine Aufmerksamkeit unter einigen Menschen in der Bevölkerung, doch fehlt es an einem Anlass, zu dem sich diese Aufmerksamkeit manifestieren kann. In beiden Fällen erfolgte die Mobilisierung der Gründerinnen und Gründer der jeweiligen Bürgerinitiativen erst nachdem sie erfahren haben, dass der Ort/die Region ganz unmittelbar vom Leitungsprojekt betroffen sein wird. Es ist von der Überzeugungskraft der Bürgerinitiativen und der entsprechenden Offenheit der politischen

Gelegenheitsstrukturen in der jeweiligen Kommune/Gemeinde abhängig, inwiefern das Protestthema auch zum Thema der Politik wird und dieses dementsprechend auf der politischen Agenda steht.

Diese beiden Ausgangsbedingungen markieren schließlich zwei unterschiedliche kommunikative Herausforderungen für die Bürgerinitiativen, die auf unterschiedliche Ausprägungen der Geschlossenheit/Offenheit der kommunalpolitischen Gelegenheitsstrukturen zurückzuführen sind. Insofern wirken sich die *Gründungsbedingungen der Bürgerinitiative* auf deren Potenziale der Ressourcenmobilisierung und deren Repertoires direkt aus: Im ersten Typ stellen die Koalitionen mit der Kommunalpolitik für die Bürgerinitiative eine wichtige relationale Ressource dar. Auch die Repertoires können sich dementsprechend von denen der Bürgerinitiativen des zweiten Typs unterscheiden, da eine direkte Kooperation mit der Kommunalpolitik erfolgt und die Kommunalpolitik nicht (erst) von der Notwendigkeit der Befassung mit dem Problem überzeugt werden muss (durch Mahnwachen vor den Rathäusern, durch die aktive Präsenz von Mitgliedern der Bürgerinitiative bei Gemeinderatsitzungen und der Ausnutzung von Fragestunden, in denen das Thema auf die kommunalpolitische Agenda gesetzt werden wird). Im zweiten Typ ist das kommunale Agenda Setting daher zunächst die zentrale Aufgabe im Repertoire der Bürgerinitiative. Diese beiden unterschiedlichen Typen der Gründungsbedingungen sollten daher in das Modell der Wahl der Protestrepertoires von Bürgerinitiativen ergänzt werden. Sie sind ein zentraler theoretischer Baustein, der den Kontext der Wahl der jeweiligen Protestrepertoires prägt.

Diese Typisierung kann allerdings keine Gültigkeit für das Gesamtphänomen Bürgerinitiative erheben. Die aus dem Untersuchungsmaterial heraus entwickelte Unterscheidung ist vorrangig im spezifischen sachlichen (thematischen) Kontext der hier untersuchten Bürgerinitiativen gegen den Bau von Höchstspannungsleitungen zu verstehen: Die örtliche Betroffenheit führt zu gemeinsamen Interessen zwischen Kommunalpolitik und Bürgerinitiativen. Die Konfliktgegner sind auf einer anderen Ebene des politischen Systems lokalisierbar. Insofern können diese Aussagen nicht auf den Protest von Bürgerinitiativen generalisiert werden. In vielen anderen Fällen werden die Bürgerinitiativen und die Kommunalpolitik direkte Konfliktgegner sein. Dennoch ist es plausibel, dass ähnliche Konstellationen, wie sie in dieser Arbeit gezeigt wurden, auch bei der Planung von Autobahnen oder der Erteilung von Erlaubnissen für das Fracking vorkommen, da auch hier lokale Interessen und die Interessen anderer politischer Ebenen in einem Widerspruch stehen.

Abbildung 12: Der Einfluss der Gründungsbedingungen auf die Arbeit der BI



Die soeben vorgestellte Differenzierung der Gründungsbedingungen der hier untersuchten Bürgerinitiativen wurde induktiv aus dem Untersuchungsmaterial herausgearbeitet. Aus dem Forschungsstand deduziert wurden die beiden verwandten der Konzepte der *plötzlich auftretenden Missstände* (Walsh, 1981) und der *moralischen Schocks* (Jasper, 1999, S. 68). Beide Konzepte beziehen sich vorrangig auf die Reaktion größerer Kollektive und beschreiben Reaktionsmuster der Bevölkerung einer Region (in diesem Fall) oder aber eines Gesamtkollektivs „Betroffener“ (im Allgemeinen). Insofern können die Wahrnehmungen plötzlich auftretender Missstände oder moralischer Schocks im engeren Sinn am besten mittels bevölkerungsrepräsentativer Befragungen erhoben werden. Allerdings ist es für diese Arbeit von Interesse, inwiefern bei den Kernaktivistinnen und Kernaktivisten solche Wahrnehmungen vorhanden sind und ob sie diese der Bevölkerung attestieren (als Bestandteil der Wahrnehmung der diskursiven Gelegenheitsstrukturen) und welche Konsequenzen solche Wahrnehmungen wiederum für den Charakter des Protests – aus Sicht der Aktivistinnen und der Aktivistinnen – haben.

Tatsächlich wurde die Nachricht über die Planung einer Höchstspannungstrasse in der unmittelbaren regionalen Umgebung von allen interviewten Mitgliedern der Bürgerinitiativen als plötzlich auftretender Missstand empfunden. Auf die Frage nach den Gründen ihres Engagements wiesen die Interviewten auf zwei unterschiedliche Dimensionen der Wahrnehmung plötzlich auftretender Missstände hin:

- **Betroffenheit:** Einerseits finden sich viele Aussagen, die mögliche *Wirkungen des Baus der Trasse* thematisieren. Dazu zählen die Angst um die Kinder, um das eigene Gewerbe bzw. den eigenen Arbeitsplatz sowie um die regionale Wirtschaft ganz allgemein sowie der Verlust bzw. die Verschandelung von Natur und Landschaft.
- **Einfordern demokratischer Teilhabe:** Eine zweite Dimension umfasst die demokratischen Aspekte *des Verlangens nach Beteiligung*. Dazu zählt zum Beispiel, dass die Mitglieder der Bürgerinitiativen nicht akzeptieren, dass die Trasse alternativlos sei, dass sie sich dem Druck nicht beugen wollen und dass sie der Meinung seien, dass die Planungen schlecht begründet und die Kommunikation des Projektes generell schlecht sei. Der Missstand ist demnach nicht einfach nur eine Bedrohung für die eigene Lebenswelt, sondern auch ein konkret empfundener Missstand des demokratischen politischen Systems.

Darüber hinaus wurde bei den beiden Führungspersönlichkeiten der Bürgerinitiative 7 und 8 deutlich, dass diese über die Betroffenheit und das Einfordern demokratischer Teilhabe hinaus über ein ausgeprägtes inhaltliches Themeninteresse verfügten.

Bei einigen Aktivistinnen und Aktivisten lässt sich darüber hinaus ein moralischer Schock konstatieren. Aussagen wie, dass die Nachricht von der Planung der Trasse „ein Stich ins Herz“ gewesen (Interview_02_01) sei oder dass man den „Thüringer Wald über alles liebt“ (Interview_06_04) belegen auf der individuellen Ebene einzelner Aktivistinnen und Aktivisten, dass starke Emotionen von Anfang an eine Rolle bei dem Protest spielen. Eine zweite Dimension des moralischen Schocks ist eine „Ohnmachtserfahrung“ in Bezug auf die Verhinderung des Leitungsbaus.

Die Erfahrung eines plötzlich auftretenden Missstands oder die Erfahrung eines moralischen Schocks sind noch nicht das Ergebnis eines aktiven individuellen und/oder kollektiven Framing-Prozesses. Zunächst sind es eher „spontane“ Empfindungen. Die Interviews machen deutlich, dass ohne die Wahrnehmung eines plötzlich auftretenden Missstands, keine individuelle Mobilisierung stattgefunden hätte. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass alle interviewten Kernmitglieder der Bürgerinitiativen auch Betroffene sind. Zusätzlich wurden einige weitere Mitglieder im Verlauf ihres individuellen Engagements auch zu *Advokaten*, indem sie andere Bürgerinitiativen aktiv unterstützten oder sich in die nationalen energiepolitischen Diskurse einbrachten. Die Tätigkeit als Advokaten beeinflusst sicherlich durchaus die Art und Weise, wie neue Bürgerinitiativen protestieren, da an diese aktiv die Erfahrungen anderer Bürgerinitiativen weitergetragen werden. Dass neue Bürgerinitiativen automatisch die Problemdefinitionen und Repertoires der älteren Bürgerinitiativen übernehmen, ist – mit Blick auf das theoretische Modell dieser Arbeit sowie die Ergebnisse der Fälle 3 und 4 – jedoch unwahrscheinlich.

5.3.2 Systematisierung der Kernaktivisten

Die soeben getroffenen Aussagen nahmen bereits Bezug auf die unterschiedlichen Kernaktivisten im Hinblick auf ihre Motivation zur Teilnahme am Protest. Alle interviewten Personen gehörten jeweils zu den Kernmitgliedern der untersuchten Bürgerinitiativen. Vor allem die für die theoretische Orientierung dieser Arbeit maßgebliche Ressourcenmobilisierungstheorie hebt die Bedeutung der Führungspersönlichkeiten für die Protestmobilisierung deutlich hervor. Die Untersuchung konnte diese Bedeutung bestätigen und gleichzeitig empirisch differenzieren. Die Kernaktivisten der einzelnen Bürgerinitiativen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer spezifischen Fähigkeiten und Erfahrungen untereinander. Einige verfügen über politische Erfahrungen in der *Kommunalpolitik*, haben sich in *anderen Bürgerinitiativen* oder in *sozialen Bewegungen* engagiert. Andere Mitglieder verfügen über Expertise in den Bereichen *Projektmanagement*, „*Presentational Skills*“, *Fachwissen im Bereich Technik* sowie *Expertise im Webdesign und Onlinekommunikation*. Nicht zuletzt hat sich die *Bekanntheit in der Region* als ein weiterer Faktor ergeben. Keine der interviewten Personen war beruflich im Journalismus oder in der Öffentlichkeitsarbeit tätig. Insofern sind alle Kernaktivisten *Laien* mit Bezug zur massenmedialen Kommunikation. Laien in Bezug zur Politik sind viele Aktivistinnen und Aktivisten jedoch nicht. Wie können diese unterschiedlichen Merkmale und Ausprägungen so zusammengefasst werden, dass eine sinnvolle Differenzierung entsteht, die über die Aufzählung einzelner Erfahrungswerte hinausgeht?

Bei der Betrachtung dieser verschiedenen Kompetenzen wurde aus dem soeben vorgestellten Merkmalsraum die folgende Typologie der Kernaktivistinnen und Kernaktivisten in Bürgerinitiativen entwickelt:

- Typ 1: „Kommunalpolitische Mandatsträger“. Hierzu zählen sowohl die Ortsbürgermeister als auch Mitglieder von Gemeinderäten. Diese Personen sind insofern wichtig für die Bürgerinitiativen, da sie als „Mehrfachengagierte“ direkte personelle Brücken zwischen politischem System, Mediensystem und Bürgerprotesten darstellen.
- Typ 2: „Lokale Prominente“. Diese Personen sind keine politischen Mandatsträger, dennoch sind sie in einer Region aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit und/oder ihrem gesellschaftlichen und kulturellen Engagement bekannt.
- Typ 3: „Kosmopolitische Netzwerker“. Die kosmopolitischen Netzwerker sind im Rahmen ihres Engagements in der Bürgerinitiative über den regionalen Bereich hinaus auch aktiv auf der Landes- und Bundesebene tätig. Diese "kosmopolitischen" Netzwerker pflegen Kontakte mit Journalisten, Politikern und Unternehmensvertretern sowie mit Lobbyisten.

- Typ 4: „Neue Meinungsführer“. Diese Personengruppe war vorher nicht kommunalpolitisch engagiert. Erst durch die Mitgliedschaft in der Bürgerinitiative treten sie in der Öffentlichkeit in Erscheinung.

Diese Typen unterscheiden sich in den Dimensionen (1) Kommunalpolitische Erfahrungen, (2) Bekanntheitsgrad in der Region und (3) Reichweite des Engagements. Wenn man diese Dimensionen noch einmal genauer betrachtet, wird deutlich, dass durchaus weitere Merkmalskombinationen denkbar sind, die im Rahmen dieser Arbeit jedoch empirisch nicht hergeleitet werden konnten. Diese wären beispielsweise „kosmopolitische kommunalpolitische Mandatsträger“ und „kosmopolitische lokale Prominente“. Gerade im Hinblick auf die im Theorieteil vorgestellten Mehrfachengagierten erscheint das Auftreten solcher Kombinationen in anderen Konfliktfeldern durchaus wahrscheinlich.

Die unterschiedlichen Persönlichkeiten bringen unterschiedliche Ressourcen in die Bürgerinitiativen mit ein. Kommunalpolitische Mandatsträger bilden die „Brücken“ in die Kommunalpolitik und verkörpern die Symbiose oder Koalition der Bürgerinitiative mit der Kommunalpolitik. Die lokalen Prominenten tragen das Thema des Protests durch interpersonale Kommunikation sowie auch durch ihre öffentliche Kommunikation in verschiedenste lokale und regionale gesellschaftliche Zusammenhänge. Sie sind in ihrer Wirkung sicherlich auch als Meinungsführer zu bezeichnen. Die kosmopolitischen Netzwerker verknüpfen das Engagement der Bürgerinitiative mit der Landes- und häufig auch mit der Bundesebene. Darüber hinaus stellen sie die lokale Betroffenheit einen größeren Zusammenhang und treten selbst aktiv in Kontakt mit Personen und Institutionen auf der Landes- und Bundesebene. Sie besuchen die entsprechenden Veranstaltungen und beteiligen sich auch in überregionalen Gremien.

5.3.3 Systematisierung der Bürgerinitiativen

Nachdem eine Typisierung der Kernaktivisten erfolgte, stellt sich nun die Frage, nach welchen Dimensionen sich Unterschiede in den Bürgerinitiativen herausarbeiten lassen? Dazu sollen zunächst die aus der theoretischen Beschäftigung abgeleiteten Unterscheidungsdimensionen herangezogen werden, bevor dann ein eigener Vorschlag für eine Typisierung vorgestellt wird.

Im Literaturüberblick zu den Bürgerinitiativen wurden verschiedene Typisierungen von Bürgerinitiativen vorgestellt: Zum einen die Gegenüberstellung von Ad-hoc-Initiativen und Dauerinitiativen (Mayer-Tasch, 1985). Zum anderen wurde die Unterscheidung nach der Organisationsform dargestellt (Verein/lockerer Zusammenschluss). Alle im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Bürgerinitiativen sind von ihrem Ursprung her Ad-hoc-Initiativen. Sie sind als *Reaktion auf eine konkrete Betroffenheit*

entstanden. Sie verfolgen ein konkretes Ziel (entweder die Verhinderung einer Höchstspannungsleitung oder aber die „Schadensbegrenzung“ im Rahmen der Optimierung) und keine langfristigen Ziele (wie beispielsweise die Förderung einer dezentralen Energieversorgung in der Region). In der Tat waren (bis auf die beiden Neugründungen) alle untersuchten Bürgerinitiativen bereits über fünf Jahre lang aktiv. Der Gegenstand des Protests (Stromtrassenbau) lässt in diesem Fall eine Charakterisierung von bereits so lange aktiven Bürgerinitiativen mit dem Label „ad hoc“ nicht angemessen erscheinen. Dies ist nicht nur auf die langen Zeiträume der hier betrachteten Planungsprozesse zurückzuführen. Im Leben dieser Bürgerinitiativen reagieren diese nicht lediglich auf die anstehenden Entscheidungen, sondern sie agieren auch proaktiv und entwickeln eigene inhaltliche Schwerpunkte und Positionen. Mit der Unterscheidung von Bürgerinitiativen in Ad-hoc- und Dauerinitiativen kommt man an der Stelle nicht weiter, um Unterschiede zwischen den einzelnen untersuchten Bürgerinitiativen herauszuarbeiten.

Bei der Vorstellung der *Ressourcenmobilisierungstheorie* wurde plausibilisiert, dass die Entscheidung für eine „schlanke“ Organisation einen strategischen Vorteil für die Arbeit einer Bürgerinitiative bedeuten kann, da die „Organisationskosten“ gegenüber einer Vereinsführung gering gehalten werden können. In der Tat wird die Gründung eines Vereins von einigen Bürgerinitiativen als vorteilhaft für die finanziellen Spielräume eingeschätzt. Andererseits ist es aus der Perspektive der meisten hier untersuchten Bürgerinitiativen zu aufwändig, einen Verein zu gründen und zu führen. Zum Teil liegt dies auch daran, dass die Bürgerinitiativen von ihren Mitgliedern von vornherein als temporäres Projekt betrachtet werden. Unter den acht betrachteten Fällen gab es zwei Vereinsgründungen (Fall 6 und Fall 8). Das Organisationsprinzip des „lockeren Zusammenschlusses“ ist vorherrschend.

Bei der Betrachtung der *internen Strukturierung* kann die aus der Bürgerinitiativforschung bereits formulierte Kern-Peripherie-Aufteilung bestätigt werden. Eine Abweichung ist der Fall 8, bei dem im Untersuchungszeitraum die gesamte Arbeit auf eine einzelne Führungsperson konzentriert war. Bürgerinitiativen lassen sich daher im Begriffsverständnis von Olson (1971) als *privilegierte Gruppen* sowie auch als *intermediäre Gruppen* beschreiben: In den Kernteams der Bürgerinitiativen haben die einzelnen Mitglieder nicht nur eine hohe Motivation das Kollektivgut zu erreichen (Verhinderung der Trasse), die Kernteams sind außerdem klein genug, dass die Mitglieder sich intensiv beobachten und ihren eigenen Beitrag für das Funktionieren der Bürgerinitiative direkt erfahren.

Gleichzeitig findet in den Kernteams eine weitere Binnenstrukturierung in Vorstände und/oder Sprecherinnen und Sprecher statt. Vorstände und Sprecher sind in der Regel

durch Abstimmungen legitimiert. Ihnen kommen die Führungsaufgaben der Bürgerinitiative zu. Im Allgemeinen verfügen die Vorstände über recht umfangreiche selbständige Entscheidungskompetenzen. Lediglich im Fall 3 forderten die Mitglieder Rechenschaft auch über die Details der Arbeit von ihrem Vorstand. In allen untersuchten Fällen herrschen keine ausgeprägten basisdemokratischen oder radikaldemokratischen Vorstellungen unter den Mitgliedern der Bürgerinitiativen. Es dominiert ein pragmatisches Verständnis von Führung.

Wenn man die hier untersuchten Fälle mit Hilfe der aus der Literatur entwickelten Dimensionen betrachtet, ergeben sich zwischen den einzelnen Bürgerinitiativen keine prononcierten Unterschiede: Alle Initiativen sind Reaktionen auf einen konkret wahrgenommenen Missstand, sie strukturieren sich in einen Kern und eine Peripherie (mit Ausnahme des Falles 4) und weisen (unabhängig von der Gründung eines Vereins) eine mehr oder weniger feste Vorstandsstruktur im Kernteam auf (mit Ausnahme des Falles 4). Es handelt sich bei den Bürgerinitiativen um privilegierte und intermediäre Gruppen. Es stellt sich die Frage, ob sich die hier untersuchten Bürgerinitiativen unter dem Rückbezug auf andere, noch nicht im Fokus der bisherigen Forschung stehende, Dimensionen deutlicher voneinander unterscheiden? Auf Basis der Auseinandersetzung mit den Fällen wird eine Einordnung der Bürgerinitiativen in zwei inhaltlichen Dimensionen vorgeschlagen. Diese Dimensionen sind der *Repräsentationsanspruch* einer Bürgerinitiative und die *Reichweite der Aktivitäten* der Bürgerinitiative:

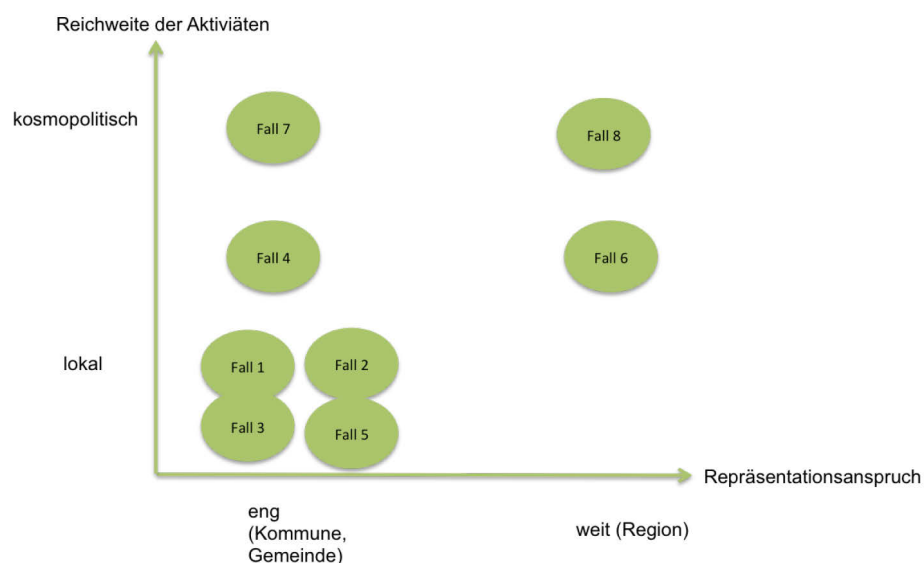
- Dimension 1: Repräsentationsanspruch einer Bürgerinitiative. Die meisten Bürgerinitiativen erheben den Anspruch die Bevölkerung eines Ortes sowie einer begrenzten Region aus mehreren Ortschaften zu repräsentieren. Die beiden Ausnahmen sind der Dachverband sowie der Fall 8. Bei letzterer Bürgerinitiative bestand das Interesse von vornherein darin, diese auf Landkreisebene zu verankern.
- Dimension 2: Reichweite der Aktivitäten. Die Reichweite der Aktivitäten beschreibt grundsätzlich, welchen Charakter die Handlungen der Bürgerinitiative haben: ob sie sich eher auf den lokalen und/oder regionalen politischen und öffentlichen Raum beschränken oder ob die Bürgerinitiativen auch bundesweit in Erscheinung treten.

Grundsätzlich kann im Hinblick auf die Dimension Reichweite auf die bereits von Merton (1957) entwickelte Differenzierung der lokalen Meinungsführer in *Locals* sowie *Cosmopolitans* zurückgegriffen werden: In seiner Rovere-Studie fand Merton heraus, dass sich Meinungsführer unterschiedlich orientieren: Während sich die *Locals* vorrangig mit lokalen Problemen beschäftigen, orientieren sich die *Cosmopolitans* in einem größeren (nationalen) Zusammenhang. Ähnlich verhält es sich auch bei den Kernmitgliedern der Bürgerinitiativen: Es ist vor allem die Verfügbarkeit der kosmopolitischen Netzwerker in einer Bürgerinitiative, die die Reichweite ihrer Aktivitäten

prägt. Dennoch ist es nicht so, dass man den Bürgerinitiativen eine entweder ausschließliche lokale oder aber eine ausschließlich kosmopolitische Orientierung zuschreiben kann. Es ist jedoch möglich jede Bürgerinitiative entweder einer „überwiegenden“ lokalen oder einer eher „kosmopolitischen“ Reichweite zuzuordnen. Unter den untersuchten Fällen sind es vor allem die Fälle 7 und 8, die wiederholt auf der bundesdeutschen Ebene in Erscheinung treten. Auch die Bürgerinitiative 4 versuchte, sich aktiv bundesweit mit anderen Bürgerinitiativen zu vernetzen. Darüber hinaus ist auch der Dachverband (Fall 6) immer wieder in die gemeinsamen Aktivitäten von Bürgerinitiativen auf der Bundesebene integriert. Allerdings ist die Reichweite des Dachverbands insgesamt weniger „kosmopolitisch“, als dessen explizite Aufgabe als aggregierte Interessenvertretung vermuten ließe. In der Abbildung 14 ist die Einordnung der untersuchten Fälle in die Dimensionierung nach Reichweite und Repräsentationsanspruch grafisch dargestellt.

Nun könnte man einwenden, dass diese Einteilung auf personellen „Zufällen“ beruht. Einzelne Mitglieder können in der Tat den Charakter einer Bürgerinitiative grundlegend prägen. Doch sollte man an dieser Stelle bedenken, dass sowohl der Repräsentationsanspruch als auch die Reichweite der Aktivitäten einer Bürgerinitiative jeweils das Ergebnis eines bewussten Entscheidungsprozesses innerhalb der Bürgerinitiative darstellen.

Abbildung 13: Einordnung der Bürgerinitiativen entlang der Achsen Reichweite und Repräsentationsanspruch



5.3.4 Vergleich alter und neuer Bürgerinitiativen

Es ist eine besondere Gelegenheit, dass sich innerhalb des Untersuchungsfeldes im Untersuchungszeitraum zwei neue Bürgerinitiativen gegründet haben (Fall 3 und Fall 4). Dies erlaubt es einerseits, die Neugründungen den bereits seit mehreren Jahren aktiven Bürgerinitiativen gegenüberzustellen sowie andererseits auch die beiden Neugründungen miteinander zu vergleichen.

Der deutlichste Unterschied zwischen den „etablierten“ Bürgerinitiativen und den Neugründungen liegt darin, dass die Neugründungen zunächst noch einen sehr hohen Informationsbedarf aufweisen und dass sich die jeweilige Organisation durch die Entwicklung von Routinen noch stabilisieren muss. Die Lernkurve ist in beiden neuen Bürgerinitiativen allerdings sehr hoch. Beide Initiativen lassen sich von den anderen schon länger aktiven Bürgerinitiativen beraten. Gleichzeitig werden ihnen von den länger aktiven Bürgerinitiativen Materialien zur Verfügung gestellt. Diese beiden Prozesse des *Sharing* und des *Learning* beeinflussen den Entwicklungsprozess der Initiativen. Beobachtet werden konnte, dass sowohl der Dachverband als auch einzelne Aktivisten der Bürgerinitiativen 7 und 8 aktiv neue Bürgerinitiativen beraten.

Mit Blick auf die Neugründungen wurde bereits bei der Vorstellung der Fälle deutlich, dass beide Bürgerinitiativen eigene Wege verfolgen, indem sie beispielsweise nicht vollständig die Problemrahmungen des Dachverbands übernehmen. Dies liegt sicherlich im Interesse der neuen Bürgerinitiativen begründet, sich zunächst einmal selbst behaupten zu wollen, eigene Vorstellungen zu entwickeln und nicht zuletzt auch eine eigene Gruppenidentität herzustellen.

Die beiden Neugründungen unterscheiden sich recht deutlich voneinander. Auf der formalen Ebene ist im Fall 3 eine eindeutig identifizierbare Vorstandsstruktur entstanden, während sich im Fall 4 ein Kernteam ohne klare Vorstandsstruktur entwickelt hat. Wie bereits bei der Vorstellung der Bürgerinitiativen deutlich wurde, dominiert im Fall 3 eine klare *Kosten-Nutzen-Abwägung*. Darüber hinaus wird auf „provokante“ Aktionen und eine bundesweite Vernetzung verzichtet. Man ordnet sich in den Aktionen sehr stark dem Dachverband unter. Dies ist im Fall 4 anders: Eigenständige Ideen werden umgesetzt, auch ohne dass sie im Vorfeld durch Kosten-Nutzen-Erwägungen geprüft werden. Es hat den Anschein, dass durch die regelmäßigen Treffen des gesamten Kernteams eine starke Identifikation und Gemeinschaft entstanden ist, dass die Arbeit in der Bürgerinitiative „Spaß“ macht und als Freizeitaktivität verstanden wird. Allein die Tatsache, dass eine Weihnachtsfeier der Bürgerinitiative stattgefunden hat, verdeutlicht dies. Diese gemeinsamen Treffen wirken sich positiv auf die Motivation aus. Gleichzeitig schreckt man auch nicht vor konfrontativen Aktionen zurück, greift die Kommunalpolitiker direkt an und fordert sie heraus. Man möchte sich nicht dem

Dachverband vollkommen unterordnen und sich die Selbständigkeit bewahren. Ein Aktivist drückt aus, dass das Gute an der Bürgerinitiative sei, dass sie „anarchisch“ und „ungreifbar“ sei (Interview_04_02).

Diese beiden Bürgerinitiativen belegen, dass sich Bürgerinitiativen mit Blick auf ihre *sozialen Dynamiken* grundlegend unterscheiden können. Dieser Unterschied lässt sich nicht nur aus der Verfügbarkeit bestimmter Mitglieder im Kernteam erklären. Der deutlichste Unterschied zwischen den Fällen 3 und 4 liegt in der Form der entstandenen Gemeinschaft und des Gemeinschaftsgefühls, einem Aspekt der kollektiven Identität einer Protestorganisation. In der theoretischen Auseinandersetzung wurde gesagt, dass sich in Protestorganisationen eine *gruppenspezifische kollektive Identität* entwickeln kann (vgl. Green, 1999, S. 154). In der Bürgerinitiative 4 basiert diese Identität nicht nur auf der Identifikation mit der Region oder auf einem oppositionellen Bewusstsein. Am Ende scheint ein Gruppenbewusstsein entstanden zu sein, das unabhängig vom Thema des Protests auf persönlichen Sympathien beruht.

5.3.5 Vergleich ost- und westdeutscher Bürgerinitiativen

In den Erläuterungen zur Theorie der Gelegenheitsstrukturen wurde auf den Unterschied zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland im Hinblick auf möglicherweise andere *politische Kulturen* sowie *individuelle politische Sozialisationsmuster* verwiesen. Aus diesem Grund wurden bei der Fallauswahl neben den thüringischen Bürgerinitiativen auch Bürgerinitiativen aus den benachbarten alten Bundesländern berücksichtigt.

Im Rahmen dieser Untersuchung ist es möglich, die individuellen und kollektiven Deutungen verschiedener Aktivistinnen und Aktivisten vergleichend herauszuarbeiten und somit unterschiedliche, das Handeln prägende, Deutungsmuster offenzulegen. Insofern ist es interessant zu untersuchen, ob es aus Sicht vor allem der ostdeutschen Bürgerinitiativmitglieder einen Unterschied macht, dass sie in Ostdeutschland aktiv sind. Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, ob sich die Bürgerinitiativen aus den alten Bundesländern mit denen in den neuen Bundesländern vergleichen.

Der offensichtlichste Unterschied wird bei einer spezifischen „ostdeutschen“ Wahrnehmung der diskursiven Gelegenheitsstrukturen deutlich: Sowohl aus Sicht der ostdeutschen und der westdeutschen Bürgerinitiativen wird der jeweils eigenen Bevölkerung vor Ort ein gewisses Maß an *Desinteresse*, *Kritiklosigkeit* und *Apathie* zugeschrieben. Bei der Entwicklung der Kategorien des Kodierleitfadens wurde darüber hinausgehend eine spezifische Subkategorie *Ostdeutsche* gebildet. Aus Sicht der ostdeutschen Bürgerinitiativen erschwert eine spezifische Form geringer

Einflussüberzeugung in der ostdeutschen Bevölkerung deren Mobilisierung. Solche Aussagen sind insgesamt jedoch recht selten und wurden explizit nur in drei Interviews erwähnt. An dieser Stelle hätte es sicherlich gelohnt, die Frage nach einer spezifischen ostdeutschen Wahrnehmung von vornherein in den Interviewleitfaden zu integrieren, da bereits im Vorfeld der Untersuchung auf die möglichen Unterschiede zwischen ostdeutschen und westdeutschen Bürgerinitiativen verwiesen wurde.

Jedoch kommen in den Interviews bei den ostdeutschen Aktivistinnen und Aktivisten auch weitere Aspekte zur Sprache, die in dieser Deutlichkeit von den westdeutschen Aktivistinnen und Aktivisten nicht thematisiert wurden: So wird die Apathie der Bevölkerung mit dem *wirtschaftlichen Zusammenbruch* in der Region nach der „Wende“ ursächlich erklärt (Interview_03_01). In einem anderen Fall machen die Mitglieder der Bürgerinitiative deutlich, dass der gerade begonnene Aufbau des *Tourismus durch den Trassenbau in Gefahr* sei (Fall 1). Es schwingt darüber hinaus die Sorge mit, dass eine Rückkehr der bereits *abgewanderten jüngeren Generation*, die aufgrund der Situation auf dem regionalen Arbeitsmarkt überwiegend in den alten Bundesländern arbeitet, mit der Zerstörung der Landschaft unwahrscheinlicher werde (Fall 2). Auch werde *privater Waldbesitz*, der erst durch die Wiedervereinigung wieder an die Eigentümer zurückgegeben wurde, durch die Schneisen bedroht (Fall 2). Zwar sind viele dieser beschriebenen Probleme für ländliche Regionen in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland typisch und nicht exklusiv auf die neuen Bundesländer begrenzt. Dennoch sollten die eben vorgestellten Aussagen in den Kontext des umfassenden und fast alle Lebensbereiche betreffenden gesellschaftlichen *Transformationsprozesses* seit dem Jahr 1989 eingeordnet werden. Die Rede eines Mitglieds der Bürgerinitiative 2 vor dem Bauausschuss des Thüringer Landtags (wie sie bei der Präsentation des Falls 2 in Auschnitten zitiert wurde) zeigt deutlich, dass man sich der besonderen Lage Ostdeutschlands bewusst ist.

Man sollte bei der Betrachtung des spezifischen Thüringer Kontextes bedenken, dass die Region bereits durch zwei große Verkehrsinfrastrukturprojekte betroffen ist (dem Bau der Thüringer Waldautobahn sowie der ICE-Trasse Nürnberg-Leipzig), die auf keinen nennenswerten Widerstand in der Bevölkerung stießen. Warum trifft der Bau einer Hochspannungsleitung, also ein im Vergleich mit einer Autobahn oder ICE-Trasse weniger gravierender Eingriff, auf einen solchen starken Widerstand? Beide Verkehrsinfrastrukturprojekte wurden Mitte der 1990er Jahre begonnen. Die 1990er Jahre waren eine Zeit, in der sich die Menschen in Thüringen in der für sie neuen Bundesrepublik zunächst orientieren mussten und stark mit dem eigenen Fortkommen in den neuen Strukturen beschäftigt waren. Seit den 2000er Jahren ist diese Zeit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation langsam

abgeschlossen. Mit der Ankündigung des Leitungsprojekts in der Region wurde nicht lediglich eine Kumulation der Infrastrukturprojekte auf einem recht begrenzten Korridor wahrgenommen (Autobahn, ICE-Trasse, 380kV-Trasse). Die negativen Auswirkungen der vorangegangenen Infrastrukturprojekte wurden salient (von lokalen Flutproblemen durch die Versiegelung des Bodens bis hin zu der Wahrnehmung der Intensität des bereits erfolgten Eingriffes in das Landschaftsbild durch beide Projekte). Gleichzeitig sind, im Unterschied beispielsweise zur Autobahn, mit dem Bau der Stromtrasse keine Vorteile für die Region verbunden. Eine Trasse bringt aus der Perspektive der Region letztlich nur Nachteile mit sich. Die Bürgerinitiativen machen als Gründe ihres Engagements ihre Identifikation mit dem Thüringer Wald deutlich. Gleichzeitig bringen sie auch ganz aktiv ihren demokratischen Partizipationsanspruch zum Ausdruck. Möglicherweise ist der Protest gegen die Leitung daher auch Ausdruck einer stärkeren *postmateriellen Orientierung*, die sich in Ostdeutschland seit den 2000er Jahren durchsetzt (wie sie sich empirisch aus dem ALLBUS ableiten lässt, siehe Scheuer, 2013).

5.3.6 Zusammenfassende Betrachtung der Protestrepertoires

Die Funktion des in Kapitel 3 entwickelten theoretischen Erklärungsmodells lag in der (a) Zusammenfassung des Forschungsstandes in Form einer *partiellen Vermutung* (Gläser & Laudel, 2009, S. 90) und (b) in der daraus folgenden Orientierung der empirischen Arbeit. Auf Basis des theoretischen Erklärungsmodells wurden nicht nur das Untersuchungsdesign und die einzelnen Methoden entwickelt. Darüber hinaus bildeten die verschiedenen Dimensionen des Modells bei der Entwicklung des Kodierleitfadens die Hauptkategorien. Schließlich strukturierten sie die Darstellung der Ergebnisse der Fallstudien. In diesem Kapitel soll nun der im Kapitel 3 formulierte Anspruch der *Ergänzung* und gegebenenfalls auch der *Modifikation* der Kausalannahmen des theoretischen Erklärungsmodells eingelöst werden. Zunächst soll der abhängige Faktor, die Protestrepertoires der Bürgerinitiativen, zusammenfassend betrachtet werden. Damit wird die Forschungsfrage 1 abschließend beantwortet: Wie sehen die Protestrepertoires von Bürgerinitiativen aus?

Die Vorstellung der Repertoires der einzelnen Bürgerinitiativen erfolgte auf Basis der im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse gebildeten Kategorien. Das Repertoire einer Bürgerinitiative ist nicht lediglich die Summe einzelner Protestbestandteile. Eine dem Gegenstand angemessene Betrachtung erkennt in den Protestrepertoires miteinander eng verknüpfte, wiederkehrende *soziale Praktiken*. Eine ausschließlich kategoriale Gruppierung einzelner Repertoire-Elemente (prozedural, appellativ, demonstrativ etc.) würde den inneren Zusammenhängen und dem Ineinander-Greifen dieser

verschiedenen Elemente nicht gerecht. Aus diesem Grund wurden bei der Vorstellung der einzelnen Fälle die einzelnen Elemente der Repertoires jeweils in einen Zusammenhang miteinander gebracht.

Der bisherige Forschungsstand ist jedoch von kategorialen Dimensionierungen geprägt: Die aus der Literatur entnommene Gegenüberstellung von Repertoires of Contention und Repertoires of Communication (Mattoni, 2013) erweist sich im Lichte der Ergebnisse dieser Arbeit als wenig geeignet, das Zusammenspiel zwischen Protesthandeln als Partizipation und Protesthandeln als Kommunikation zu differenzieren. Am Beispiel einer Unterschriftensammlung kann – im Licht der vorliegenden Daten – plausibilisiert werden, dass mit dieser Aktionsform jeweils mehrere Ziele gleichzeitig verfolgt werden: Mit der Sammlung von Unterschriften von Haus zu Haus oder im Rahmen eines Informationsstands erfolgt die *Information* der Bürgerinnen und Bürger vor Ort (Repertoire of Communication). Gleichzeitig sind die Unterschriftenlisten auch ein *Druckmittel für die Politik* (Repertoire of Contention). Insofern kann ein und dieselbe Aktivität letztlich beiden von Mattoni vorgeschlagenen Repertoire-Dimensionen zugeordnet werden.

Ähnlich verhält es sich auch mit der Differenzierung qualitativer und quantitativer Proteststrategien (Rucht, 2004): Die im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Bürgerinitiativen verfolgen jeweils beide Strategien. Auch hier kann das Beispiel einer Unterschriftensammlung herangezogen werden. In einem regionalen Zusammenhang dient eine Unterschriftensammlung einerseits der quantitativen Mobilisierung einer möglichst großen Anzahl der Bevölkerung. Andererseits wird das Ergebnis dieser Unterschriftensammlung auch im Rahmen der qualitativen Mobilisierung eingesetzt: um bei den Terminen mit Politikerinnen und Politikern beispielsweise dem eigenen Anliegen mehr Nachdruck zu verleihen.

Welche Lösungsmöglichkeit besteht, um der empirischen Wirklichkeit besser gerecht zu werden? Der Anspruch dieses Kapitels ist es, auf Basis der Fallstudien einen ersten Schritt hin zu einer analytischen Neudimensionierung der Protestrepertoires zu beschreiten. Dazu werden drei unterschiedliche Typen der Protestpraktiken von Bürgerinitiativen voneinander unterschieden: Die (1) Praktiken der Bewusstseinsbildung, die (2) Praktiken der aktiven Einflussnahme sowie die (3) massenmedienorientierten Praktiken.

5.3.6.1 *Praktiken der Bewusstseinsbildung*

Im Theorieteil wurden verschiedene Arenen ausdifferenziert: die öffentliche Arena, die Parlaments- sowie die Regierungsarena (McCarthy, Smith & Zald, 1996). Diese

Arenen verfügen jeweils über eine spezifische Eigenlogik. Die zentrale Herausforderung für die Bürgerinitiativen ist die Verankerung des Themas der Bedrohung durch die Stromtrasse im Bewusstsein der Bevölkerung, auf der Agenda der Massenmedien und in der Politik. Dazu ist es notwendig, das Thema kontinuierlich auf diesen verschiedenen Agenden präsent zu halten. Damit kann der erste Aspekt der Bewusstseinsbildung als *Agenda Setting* bezeichnet werden.

Ein Thema wird sich jedoch nicht in den politischen und öffentlichen Arenen etablieren können, wenn es in der Eigenlogik der jeweiligen Arena über keine Relevanz verfügt. Der zweite Aspekt der Bewusstseinsbildung ist daher das *Framing*. Wie sich gezeigt hat, müssen die Bürgerinitiativen in vielen Fällen zunächst die Planungen des Baus der jeweiligen Stromtrasse als relevantes (soziales) Problem definieren. Dazu mobilisieren sie zum Teil auch gezielt *Gegenexpertise*.

Diesen beiden Formen der Bewusstseinsbildung (*Agenda Setting* und *Framing*) lassen sich vorrangig appellative, demonstrative sowie konfrontative Protestformen zuordnen. Sie erfolgen sowohl im Rahmen qualitativer als auch quantitativer Mobilisierung. Zu den Formen der Bewusstseinsbildung zählen die sichtbaren *Manifestationen des Widerstands im öffentlichen Raum* durch Banner und Plakate. Im ländlichen Raum spielen zusätzlich auch die öffentlichen Glaskästen für Bekanntmachungen der Kommunen und Gemeinden sowie auch der Vereine eine Rolle. Neben dieser Präsenz im öffentlichen Raum entwickeln die Bürgerinitiativen im Rahmen der Bewusstseinsbildung auch eigene *Bürgerinitiativ-Medien*. Dazu zählen insbesondere Flyer, aber auch eigene Websites und Facebook-Präsenzen. Einen Sonderfall stellt der Rückgriff auf bestehende, etablierte kommunale bzw. regionale mediale Infrastrukturen dar (keine massenmedialen Formen). Dazu zählt neben der Nutzung der Webinfrastruktur der Gemeinde (Fall 3) sowie der lokalen Antennengemeinschaft (Fall 5) auch die Präsenz der Bürgerinitiativen in den *Amtsblättern*. Gerade die Amtsblätter enthalten im ländlichen Raum, neben den amtlichen Bekanntmachungen, eine umfassende Dokumentation des Vereinslebens und sind ein Spiegel des öffentlichen Lebens in den jeweiligen Gemeinden.

Zur Bewusstseinsbildung zählt auch die Herstellung eigener *Veranstaltungsöffentlichkeit*. Dazu gehören auch eigene *alternative Konferenzen*. Eine besondere Form der Bewusstseinsbildung der Bürgerinitiativen, die zunächst nicht von der Kommunalpolitik unterstützt worden sind, ist das *Herstellen lokaler Parlamentsöffentlichkeit*.

Doch erfolgt die Bewusstseinsbildung nicht nur in der Öffentlichkeit. Die Teilnahme an energiepolitischen Konferenzen, die Terminabsprache mit Politikerinnen und

Politikern (Lobbying) sowie die Information der Bevölkerung im Rahmen interpersonaler Kommunikation zählen zusätzlich zu den Praktiken der Bewusstseinsbildung.

5.3.6.2 *Praktiken der aktiven Einflussnahme*

Die Praktiken der aktiven Einflussnahme können anhand eines formalen Kriteriums von den Praktiken der Bewusstseinsbildung unterschieden werden. Die aktive Einflussnahme ist nur im Rahmen formalisierter Beteiligungsoptionen möglich, die klar festgeschriebenen Regularien folgen. Im Fall des Netzausbaus sind dies bei den untersuchten Bürgerinitiativen die Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren sowie die Konsultation der Netzentwicklungspläne. Diese Verfahren werden als aktive Einflussnahme bezeichnet, da hier die einzigen Möglichkeiten für Bürgerinitiativen bestehen, mit ihren Problemrahmungen und Lösungsvorschlägen einen direkten Einfluss auf die Entscheidungsfindung auszuüben. Die Praktiken der aktiven Einflussnahme werden klassischerweise als prozeduraler Protest bezeichnet (Hutter & Teune, 2013). Sie lassen sich auch der qualitativen Mobilisierung (Rucht, 2004) zuordnen. Zu den Praktiken der aktiven Einflussnahme zählt in den untersuchten Fällen vorrangig die Mobilisierung von Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern für die Verfahren. In diesem Fall erstellen die Bürgerinitiativen verschiedene Materialien (z.B. Flyer mit Mustereinwendungen), berufen eigene Informationsveranstaltungen ein (auf denen beispielsweise Anwälte die Rechtslage vorstellen) und unterstützen einzelne Bürgerinnen und Bürger bei der Formulierung von Einwendungen. Im Unterschied zu den Praktiken der Bewusstseinsbildung stehen die instrumentellen Aspekte der Einflussnahme im Vordergrund.

5.3.6.3 *Massenmedienorientierte Praktiken*

Bei der Definition der Praktiken der Bewusstseinsbildung sowie der aktiven Einflussnahme wurde die massenmedienorientierte Arbeit bislang ausgeklammert. Massenmedienorientierte Praktiken sollen als ein eigenständiger Typ der Protestpraxis von Bürgerinitiativen verstanden werden. Sie unterscheiden sich von den bereits in den beiden anderen Typen (Bewusstseinsbildung und Einflussnahme) verorteten medialen Praktiken (z.B. das Erstellen von Flyern, Websites, Präsentationen) dadurch, dass hier eine Orientierung am massenmedialen System notwendig ist, bezüglich dessen von den Mitgliedern der Bürgerinitiativen in einem noch geringerem Maß als beim politischen System auf Alltagsheuristiken sowie konkrete Erfahrungen zurückgegriffen werden kann.

Das Postulat von Lipsky (1968), dass Bewegungen, die nicht in den Massenmedien vorkommen, nicht existent sind, stellt eine Zuspitzung dar, die im Rahmen dieser

Forschung nicht bestätigt werden kann: Das Engagement der Bürgerinitiativen findet auch dann statt und zeitigt Wirkungen, wenn die Massenmedien nicht über die Bürgerinitiativen berichten. Jedoch spielt sowohl die Präsenz des Konfliktfeldes als auch der Konfliktakteure, insbesondere der Bürgerinitiativen, in den Massenmedien eine zentrale Rolle für die politische Auseinandersetzung.

Den Ausgangspunkt für die Medienarbeit der Bürgerinitiativen bilden die *Praktiken reflexiver Mediennutzung*. Diese sind keine routinierten alltäglichen Mediennutzungsmuster. Sie stehen vielmehr ausschließlich mit dem Engagement in der Bürgerinitiative im Zusammenhang. Zugespielt kann man formulieren: Ohne die Mitgliedschaft in der Bürgerinitiative gäbe es diese spezifische Mediennutzung nicht. Auf der *individuellen Ebene* werden Artikel und Beiträge gesammelt. Es entstehen Routinen der Medienrezeption und der Sammlung von Artikeln und/oder Beiträgen. Die Mitglieder der Bürgerinitiativen bringen zum Teil Ordner oder Mappen zu den Sitzungen (aber auch zu den Interviews) mit, in denen sie Artikel aus den regionalen Tageszeitungen ausgeschnitten und eingeklebt beziehungsweise kopiert haben:

„Über alles eben hier im Landkreis und so weiter in unserer Bürgerinitiative passiert ist, habe ich eine ganze Mappe zu Hause von Anfang an und habe alles ausgeschnitten. Das ist interessant, wenn man mal nachblättert, was alles so geschieht auf Landes- oder Kreisebene.“ (Interview_02_05, Abs. 45)

„Ich bin ja jetzt nun nicht so der Zeitungsleser, aber ich habe mir angewöhnt, so diese lokalen Produkte, also was so jetzt kommt, einfach mal kurz durchzublättern um zu sehen, was wäre eventuell in der Richtung interessant.“ (Interview_01_01, Abs. 124)

Weit verbreitet in den Bürgerinitiativen ist das aktive Weiterleiten von Artikeln und Beiträgen per E-Mail. Diese Aktivitäten haben zunächst einmal die Funktion der Informationsdiffusion. In Gruppengesprächen und auch auf den Mitgliederversammlungen wird sich dann über die mediale Berichterstattung ausgetauscht. Mittels dieser gemeinsamen Basis entstehen zum Teil einheitliche Einschätzungen der medialen Gelegenheitsstrukturen. Dies drückt sich beispielsweise darin aus, dass viele Aktivistinnen und Aktivisten unterschiedlicher Bürgerinitiativen im Bereich Südwest-Kuppelleitung immer wieder über eine einzelne konkrete Erfahrung einer Bürgerinitiative mit dem Fernsehen berichteten, die sie nicht selbst gemacht haben.

Das Ergebnis solcher Praktiken reflexiver Mediennutzung mündet zum einen in spezifische Vorstellungen der medialen Gelegenheitsstrukturen im Hinblick auf den eigenen Protest sowie das Thema des Protests. Diese spezifischen Vorstellungen können auch als medienorientierte Laientheorien charakterisiert werden. Die Einschätzung der medialen Gelegenheitsstrukturen und die Praktiken reflexiver Mediennutzung sind eng miteinander verknüpft. Die Laientheorien umfassen zum einen die Frage nach der

Nützlichkeit und dem Sinn verschiedener Medien für die eigene Öffentlichkeitsarbeit: So fallen hierunter Aussagen über die Bedeutung verschiedenster Medientypen für die Arbeit der Bürgerinitiative: Amtsblätter, Anzeigebblätter, regionale Medien und überregionale Medien. Zwischen den Bürgerinitiativen gibt es hier durchaus deutliche Unterschiede in den Einschätzungen.

Bestandteil der Laintheorien sind jedoch nicht nur Aussagen über die Bedeutung einzelner Medien, sondern auch Aussagen darüber, wie das Medieninteresse geweckt werden kann: Die Bürgerinitiativen erkennen durchaus die Bedeutung von Nachrichtenfaktoren. Dazu konnte aus dem Material zunächst die Dimension des *Neuigkeitswertes* herausgearbeitet werden. Die Bürgerinitiativen sind dazu gezwungen, immer etwas Neues zu produzieren.

Da es den Bürgerinitiativen nicht gelingt, kontinuierlich Neuigkeiten zu produzieren, berichten die Massenmedien in einem *geringeren Rhythmus* über das Thema. Da die Medien mit dem Laufe der Zeit weniger Interesse für das Thema aufbringen, wird es für die Bürgerinitiativen schwieriger, Massenmedien für ihre eigenen Ziele zu gewinnen.

Eine weitere Dimension ist die *Inszenierung*. Da Massenmedien interessante Bilder und Ereignisse verlangen, werden diese zum Teil für die Medien auch in Szene gesetzt (Fall 6, 7 und Fall 8). Die dritte Dimension der Nachrichtenfaktoren ist die *Logic of Numbers*: Je mehr Menschen die Bürgerinitiative mobilisieren kann, desto größer ist auch das Interesse der Massenmedien.

Ein besonderes Merkmal dieser Reflexivität ist, dass die Grenzen der eigenen Medienarbeit bewusst reflektiert werden: Dazu zählen die Unmöglichkeit im zeitlich knappen Rahmen der TV-Beiträge und bei den Erwartungen der Medien die eigenen Positionen und Argumente substantiell vermitteln zu können, kontinuierlich Neuigkeiten zu produzieren und somit ein dauerhaftes Interesse zu wecken und das Thema auf der massenmedialen Agenda zu halten.

Die Reichweite der massenmedienorientierten Praktiken ist weitestgehend auf die regionale Ebene beschränkt. Es ist zwar durchaus so, dass in den Presseverteilern auch die großen Medienhäuser dabei sind und man sich auch über eine entsprechend gute Berichterstattung freut (wie z.B. Artikel in der ZEIT). Eine gezielte überregionale Medienstrategie hat allenfalls in Fall 7 stattgefunden.

Schließlich stellt sich, unter Rückgriff auf die von Rucht (2004) extrapolierten medienorientierten Strategien, die Frage, ob sich die massenmedienorientierten Praktiken der Bürgerinitiativen den Dimensionen der Adaption, des Angriffs, der Abstinenz oder

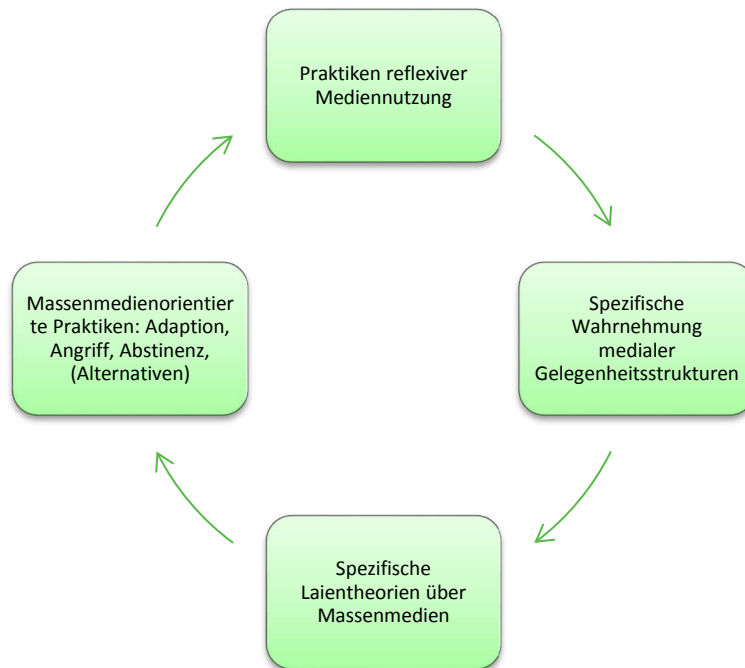
der Alternativen zuordnen lassen. Alle untersuchten Bürgerinitiativen betreiben (in unterschiedlicher Ausprägung) eine Professionalisierung ihrer massenmedienorientierten Praktiken (Adaption). Diese kommt beispielsweise durch die interne Organisation der Medienarbeit, wie das Anlegen von Presseverteiltern und die Entwicklung und Etablierung fester Sprecherrollen zum Ausdruck. Die grundsätzlichen Spielregeln der Medien werden durch das Versenden von Pressemitteilungen und die Organisation von Pressekonferenzen anerkannt: Einen weiteren Schritt gehen einige Bürgerinitiativen, indem sie ganz aktiv auch Ereignisse im Hinblick auf die Medien in Szene setzen: Zum Beispiel interessantes Bildmaterial liefern (Fall 6), Medien gezielt anlocken (Fall 7), den Medien Vorschläge für Berichterstattung machen (Fall 8). Darüber hinaus wird die Professionalisierung so weit getrieben, dass den Pressemitteilungen Bilder und Angaben zu den Bildrechten beigelegt werden (Fall 3, Fall 7).

Im Fall 7 werden Massenmedien sogar *instrumentell* eingesetzt: Über die mediale Berichterstattung wurde versucht, einen Termin mit einem Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums zu erhalten. Zusätzlich hatte die Bürgerinitiative 7 auch ganz explizit eine überregionale Berichterstattung angestrebt, um Aufmerksamkeit auf der bundespolitischen Ebene zu erhalten.

Mit Blick auf die Dimension des Angriffs wurde deutlich, dass einige Bürgerinitiativen sich durchaus nicht nur „über“ die aus ihrer Sicht tendenziöse massenmediale Berichterstattung empören, sondern sich auch direkt an die Medien mit Beschwerden und Vorwürfen wenden. Eine ausgeprägte Abstinenz, d.h. der komplette Rückzug aus der Medienarbeit, konnte hingegen nicht festgestellt werden. Jedoch gibt es durchaus „partielle“ Rückzüge: Einzelne Aktivistinnen und Aktivisten geben beispielsweise keine Interviews mehr.

Alle Bürgerinitiativen haben alternative Medienformen entwickelt. Diese Alternativen sind jedoch im engeren Sinne keine Reaktionen auf eine tendenziöse massenmediale Berichterstattung oder auf das Ignorieren der Bürgerinitiativen. Formen der Gegenöffentlichkeit sind ohnehin ein fester Bestandteil im Repertoire von Bürgerinitiativen, d.h. sie werden nicht aus der Wahrnehmung geschlossener medialer Gelegenheitsstrukturen heraus entwickelt. Die folgende Abbildung fasst die Ergebnisse zu den massenmedienorientierten Praktiken grafisch zusammen.

Abbildung 14: Reflexive Mediennutzung und medienorientierte Praktiken im Zusammenhang



5.3.7 Zusammenfassende Betrachtung der Einflussfaktoren

Nachdem im vorangegangenen Kapitel eine Systematisierung der Protestrepertoires der untersuchten Bürgerinitiativen entwickelt wurde, erfolgt in diesem Kapitel nun die zusammenfassende Betrachtung der Erklärungsfaktoren. Dabei werden jene Dimensionen herausgearbeitet, die die Protestrepertoires der untersuchten Bürgerinitiativen in besonderer Weise prägten. Damit wird die Forschungsfrage 2 abschließend beantwortet: Welche Faktoren prägen die Wahl der Protestrepertoires von Bürgerinitiativen?

5.3.7.1 Ressourcenmobilisierung

Bei der Zusammenführung in das theoretische Modell wurde die Ressourcenmobilisierung als das Ausschöpfen der in einer Bürgerinitiative verfügbaren Ressourcen sowie die Mobilisierung solcher Ressourcen, die für das Aufrechterhalten der Organisation der Bürgerinitiative sowie für ihr kollektives Handeln notwendig sind, definiert. Wichtig für die theoretische sowie empirische Einordnung ist, dass die Ressourcenausstattung einer Bürgerinitiative nicht lediglich die Summe der verfügbaren Ressourcen einer Bürgerinitiative repräsentiert (im Sinne einer Aufzählung), sondern die damit verbundenen subjektiven Deutungen der Aktivistinnen und Aktivisten herausgearbeitet

werden: Ressourcen können somit immer auch „übersehen“ werden, da diese aus Sicht der BI-Mitglieder falsch eingeschätzt werden. Im umgekehrten Fall kann es vorkommen, dass Ressourcen mobilisiert werden, die einem außenstehenden Beobachter als wenig geeignet für die BI-Arbeit erscheinen. Im ersten Fall können dies häufigere Treffen sein, die zwar den einzelnen Mitgliedern mehr Zeit abverlangen, jedoch insgesamt zu einer besseren Handlungsfähigkeit der Bürgerinitiative führen. Im zweiten Fall kann ein externer Beobachter die Finanzierung einer Klage gegen einen Planfeststellungsbeschluss als wenig sinnvoll bewerten.

Welche Schlussfolgerungen können zu den einzelnen Dimensionen der Ressourcennobilisierung gezogen werden? In der theoretischen Auseinandersetzung mit der Ressourcennobilisierungstheorie wurde deutlich, dass Protest zum einen von Führungspersönlichkeiten abhängig ist und zum anderen einer organisationalen Basis bedarf. Mit Blick auf die *sozio-organisationalen Ressourcen* wird durch die Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte der untersuchten Fälle deutlich, dass die generelle Idee einer Bürgerinitiative sowie die grundlegenden Organisationsprinzipien bei allen Aktivistinnen und Aktivisten ganz grundsätzlich kognitiv verfügbar waren. Dies gilt auch für die „ostdeutschen“ Bürgerinitiativen. Mit der Etablierung fester Vorstands- bzw. Sprecherrollen wird an die den Mitgliedern bekannten Strukturen und Praktiken anderer institutionalisierter Akteure angeknüpft. Nicht zuletzt ist dies darauf zurückzuführen, dass der Ausgangspunkt für die Organisation der Bürgerinitiativen, wie im Theorieteil hergeleitet, auch in den betrachteten Fällen auf den Strukturen des Alltags der Aktivistinnen und Aktivisten beruht (Jasper, 1999, S. 79). Das Engagement in einer Bürgerinitiative ist demzufolge keine gänzlich andere Handlungssphäre. Dieses Ergebnis wirkt in seiner Schlüssigkeit schon fast zu offensichtlich, als dass es nennenswert wäre. Man darf jedoch nicht vergessen, dass andere soziale Gruppen, insbesondere prekäre oder marginalisierte, sehr wahrscheinlich auf weniger sozio-organisationalen Ressourcen zurückgreifen können.

Die *nutzbaren sozio-organisationalen Ressourcen* (= *relationale Ressourcen*) stellen die horizontalen sowie vertikalen Beziehungsnetzwerke der jeweiligen Bürgerinitiative dar. Für diese kann festgehalten werden, dass alle untersuchten Bürgerinitiativen sowohl horizontale als auch vertikale Beziehungsnetzwerke knüpfen und der Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen sowie der Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik eine hohe Bedeutung attribuieren. Auf Grundlage des Forschungsstandes wurde angenommen, dass sich die Mitglieder der Bürgerinitiativen überwiegend aus relativ gut integrierten und bereits vor ihrem Engagement in der Bürgerinitiative gesellschaftlich oder politisch aktiven Menschen zusammensetzen (Oberschall, 1973, S. 135). Es wurde daran anschließend vermutet, dass die Integration in horizontale sowie vertikale

Netzwerke die Mobilisierung von Unterstützung erleichtert. Es wurde hypothetisiert, dass diese gut integrierten Bürgerinitiativen eine öffentlichkeitswirksame Mobilisierung nicht benötigten, da sie bestehende Netzwerke erfolgreich aktivieren können, ohne nach außen spektakulär auftreten zu müssen. Diese Annahme kann, mit Blick auf die vorliegenden Befunde der Fallstudien so nicht bestätigt werden. Zum einen überschätzt die Hypothese die Potenziale mobilisierbarer Netzwerke. Zum anderen wird bei einer solchen Argumentation auch der Charakter von Protestorganisationen, die sich auf die Interessen der Bevölkerung berufen, fehlgedeutet: Die Bürgerinitiativen benötigen die Rückversicherung der Zustimmung der Bevölkerung. Aus diesem Grund wird eine gute Integration in Politiknetzwerke nicht automatisch zu weniger öffentlicher Mobilisierung führen. Dieser Befund ist sehr wahrscheinlich auch auf das Thema der untersuchten Proteste zurückzuführen und ist nur teilweise verallgemeinerbar. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass Bürgerinitiativen, die sich für das sehr begrenzte Anliegen der Errichtung eines Spielplatzes in den Nachbarschaft einsetzen, sich der Zustimmung einer deutlich kleineren Personengruppe versichern müssen.

Die Betrachtung des Falls 1 hat gezeigt, dass die zunächst verfolgte NIMBY-Strategie der Bürgerinitiative die Integration in die Netzwerke anderer Bürgerinitiativen verhinderte. Mit dem Fall 4 wird darüber hinaus deutlich, dass das Selbstbild der Eigenständigkeit nicht zu einer vollständigen Integration in den Dachverband führte: Das Selbstbild sowie die Problemrahmung beeinflussen daher die Intensität der Bemühungen der Einbindung einer Bürgerinitiative in die Netzwerke.

Das Ausmaß und die Intensität der relationalen Ressourcen hängen darüber hinaus entscheidend von den *menschlichen Ressourcen* innerhalb der Bürgerinitiativen ab. Insbesondere die oben entwickelten Typen der kosmopolitischen Netzwerker sowie die kommunalpolitischen Mandatsträger sind hier zu erwähnen. Die Konzentration von Mehrfachengagierten in den Bürgerinitiativen hat sich, anders als es die Aussagen von Kitts (2000) vermuten ließen, nicht negativ auf die Mobilisierungsfähigkeit der untersuchten Bürgerinitiativen ausgewirkt, da gerade diese Mehrfachengagierten die bereits erwähnten „personalen“ Brücken in weitere wichtige Bereiche darstellten.

Diese Diskussion aufgreifend, können die folgenden Kernergebnisse mit Blick auf die Ressourcenmobilisierungstheorie festgehalten werden:

1. Zentralität relationaler Ressourcen (nutzbare sozio-organisationalen Ressourcen)

Von großer Bedeutung für die Protestpraktiken der untersuchten Bürgerinitiativen haben sich die Netzwerke zwischen den Bürgerinitiativen sowie die Kooperation mit der Kommunalpolitik erwiesen. Bei der Vorstellung der Typisierung der Bürgerinitiativmitglieder wurde bereits der Typus der *kommunalpolitischen Mandatsträger*

vorge stellt. Für die untersuchten Bürgerinitiativen bedeuteten diese direkten Kontakte mit der Kommunalpolitik sowie die teilweisen direkten personalen Überschneidungen eine privilegierte Situation: In Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik konnte beispielsweise die Bürgerinitiative 6 eine durchaus stattliche Summe für die Finanzierung eines wissenschaftlichen Gutachtens aufbringen. Im Fall des Dachverbands wurde darüber hinaus vornehmlich durch eine Person das Thema Höchstspannungsleitung aktiv auf die Agenda des Landtages gesetzt.

Über die Zusammenarbeit mehrerer Bürgerinitiativen können darüber hinaus mehr Menschen zu Protestveranstaltungen mobilisiert werden: Nur durch solche gemeinsame Protestmobilisierungen lässt sich eine Protestlogik „der Zahlen“ durchführen. Nicht zuletzt wird an den untersuchten neuen Bürgerinitiativen deutlich, dass diese in erheblichen Maß von den Erfahrungen der älteren Bürgerinitiativen profitieren.

2. Kulturelle Ressourcen: Erfahrungen in sozialen Bewegungen

In zwei Fällen (Fall 6 und Fall 7) wurde deutlich, dass vorausgegangene aktive Erfahrungen in sozialen Bewegungen einen wichtigen Beitrag für das Repertoire von Bürgerinitiativen liefern: Dieser Erfahrungsschatz liefert zum einen Routinen, wie Emotionen kanalisiert werden können sowie zum anderen auch ganz konkrete Ideen zur Umsetzung von Protesten. Ohne den aktiven Rückgriff auf die Idee des „Ostermarschs“ der Friedensbewegung, der durchaus als Symbol des Widerstands betrachtet werden konnte, hätte den Bürgerinitiativen in Thüringen und Bayern ein zentrales verbindendes Element ihres Engagements gefehlt.

3. Zentralität zeitlicher Ressourcen: Rentner als Rückgrat des BI-Engagements

Wenn man die Fälle 7 und 8 mit den anderen Fällen vergleicht, wird deutlich, dass sowohl die Intensität des Engagements als auch die Reichweite der Aktivitäten dieser Bürgerinitiativen die anderen Fälle übertreffen (mit Ausnahme des Falls 4). Nun befinden sich in beiden Fällen kosmopolitische Netzwerker in den Führungspositionen dieser Bürgerinitiativen. Dies ist jedoch in den Fällen 4 und 6 auch der Fall. Es mag auf den ersten Blick ein wenig trivial erscheinen: Die Ursache für die größere Intensität des Widerstands liegt in der Tatsache begründet, dass in den Fällen 7 und 8 diese kosmopolitischen Netzwerker gleichzeitig auch Rentner bzw. Pensionäre sind (und diese auch einen großen Teil ihrer Zeit für die Bürgerinitiative aufbringen).

5.3.7.2 *Framing und Identität*

Bei der Definition des unabhängigen Faktors Framing und Identität wurden verschiedene Desiderate thematisiert, die mit der Dynamik der Entwicklung von Protestorganisationen im Zusammenhang stehen: Eine der offenen Fragen war, zu welchen Zeitpunkten eine Anpassung der Frames (Frame-Alignment) erfolgt und auf welche externen oder internen Faktoren diese zurückzuführen sind. Gleichzeitig war es eine offene Frage, wie sich der Gruppenkonsens auf die Handlungsfähigkeit einer Bürgerinitiative und deren Protesthandeln auswirkt. Schließlich wurde, als Ergebnis der Auseinandersetzung mit der Bewegungsforschung sowie der Bürgerinitiativforschung, herausgearbeitet, dass Bürgerinitiativen sehr wahrscheinlich keine eigenen, stark ausgeprägten Bewegungsideologien entwickeln, die bereits bestimmte Protestformen (wie z.B. konfrontativen Protest) nahelegen, sondern diese – eher im Gegenteil – für die Bürgerinitiativen keine Rolle spielen. Im Lichte der empirischen Ergebnisse können diese Fragen nun gegenstandsspezifisch detailliert beantwortet werden.

Zunächst ist jedoch im Hinblick auf das Framing als zentrales Ergebnis festzuhalten, dass die Formulierung der Botschaften auch in den Bürgerinitiativen *aktiv* und *strategisch* erfolgt. Mag die Gründung der Bürgerinitiative zunächst eher einem intuitiven Reflex des Widerstands gegen einen plötzlich auftretenden Missstand oder einen moralischen Schock reflektieren, erfolgen die nächsten Schritte planvoll (und bestätigen die Annahmen der Ressourcenmobilisierungstheorie und des Framing-Ansatzes der Bewegungsforschung). Beispielhaft hierfür ist die Konstitution des Dachverbands, in dem durch die Gründung verschiedener Arbeitsgruppen ganz aktiv Organisationsstrukturen geschaffen wurden, in denen die Arbeit in unterschiedlichen Sachbereichen geleistet wurde. Da verschiedene Interessen und Vorstellungen abgeglichen werden müssen, stellt der Konsens zwischen den Mitgliedern einer Bürgerinitiative und zwischen verschiedenen Bürgerinitiativen keine Unterordnung unter zentrale ideologische „Glaubenselemente“ dar, sondern zum Teil einen pragmatischen Minimalkonsens (z.B. Fall 7).

Das Framing und die Bildung der Identität einer Bürgerinitiative ist eine aktive Auseinandersetzung mit der Umwelt. So gehört es zum Selbstbild aller untersuchten Bürgerinitiativen, dass sie nicht lediglich *gegen* etwas sind und dass es sich bei ihnen nicht um reinen *NIMBY-Protest* handelt. Die Mitglieder legitimieren aktiv ihren Widerstand (durch ihre Frames) und sie präsentieren sich als *kompetent* und *dialogbereit*. Dafür werden viele Ressourcen mobilisiert, sowohl auf der individuellen Ebene (durch aufwändige individuelle Recherchen über den Netzausbau) als auch auf der Ebene der BI-Organisation (z.B. durch die Finanzierung eines wissenschaftlichen Gutachtens).

Insbesondere der Umgang mit dem Aspekt der Gesundheitsgefahren liefert eine weitere Illustration des aktiven und strategischen Framing der Bürgerinitiativen. Die Mitglieder haben durchaus ernste Sorgen um ihre eigene Gesundheit sowie um die Gesundheit ihrer Mitmenschen. In den Dokumenten und in den Interviews wurden die gesundheitlichen Risiken durch Höchstspannungsleitungen wiederkehrend thematisiert. Keine Informationsveranstaltung der Netzbetreiber (sowie keine andere energiepolitische Veranstaltung) kommt ohne einen Fachvortrag aus, der versucht diese Ängste auszuräumen. Nicht zuletzt durch diese konkreten Erfahrungen wird den Mitgliedern deutlich, dass die Thematisierung von Gesundheitsrisiken im Rahmen der Planungs- und Genehmigungsverfahren für sie selbst keinen Wert hat, da sie die wissenschaftlich begründete Argumentation nicht mit stichhaltigen wissenschaftlichen Argumenten aushebeln können. Das folgende Zitat aus dem Fall 2 zeigt diese Haltung sehr deutlich:

„Und da ging es ja hauptsächlich am Anfang darum, was hat das für Auswirkungen auf den Menschen, gesundheitliche Gefahren und so weiter. Da sind wir auch schnell drauf gestoßen, dass Grenzwerte eingehalten werden und die Grenzwerte sind ja gesetzlich festgeschrieben und so hat man ja eigentlich wenig Aussicht auf Erfolg, auf dieser Schiene was zu erreichen.“ (Interview_02_01, Abs. 44)

Diese Aussage zeigt nicht, dass die Kernmitglieder der Bürgerinitiativen sich keine Sorgen um ihre eigene Gesundheit und die Gesundheit ihrer Mitmenschen machen würden. Sie zeigt auch nicht, dass die Thematisierung von Gesundheitsrisiken von den Bürgerinitiativen generell aufgegeben wird. Allerdings kommt in ihr zum Ausdruck, dass Bürgerinitiativen in der Lage sind, ihre Argumentationen der jeweiligen Situation anzupassen. Die zentralen Unterscheidungsdimensionen im Framing sowie im Selbstbild der Bürgerinitiativen und deren Einfluss auf das Protesthandeln sollen nun zusammengefasst werden:

1. Das Selbstbild: Zwischen rationalem Akteur und Protestler

Konsens unter allen Bürgerinitiativen ist die Ablehnung jeglicher Formen politischer Gewalt. Unterschiede im Hinblick auf Formen konfrontativen Protests oder auch spektakulärer Protestinszenierungen kommen dennoch vor. Die Grenzen der Aneignung von Protestpraktiken sind in der *kollektiven Identität* einzelner Bürgerinitiativen begründet. So gibt es in einzelnen Bürgerinitiativen Kernaktivisten, die eine (konfrontative) öffentlichkeitswirksame Protest-Inszenierung grundsätzlich ablehnen. In der Argumentation findet sich hierbei eine Mischung aus *rationalen Abwägungen* sowie ganz *grundsätzlichen Einstellungen gegenüber dem Protest*. Im Rahmen rationaler Abwägungen wird bestimmten Protesten keine Wirkung attribuiert oder der Aufwand und Nutzen öffentlichkeitswirksamer Proteste wird in einem Missverhältnis gesehen (Fall 3). Darüber hinaus wird wahrgenommen, dass sich bestimmte Protest-Inszenierungen

und der Selbstanspruch als dialogbereite und kompetente Akteure, die auf Augenhöhe mit Politik und Netzbetreiber verhandeln wollen, widersprechen. Schließlich kommt neben diesen durchaus rationalen Abwägungen noch hinzu, dass bestimmte Formen öffentlichen und lautstarken Protests, also die im Theorieteil erarbeitete Protestlogik des *Bearing Witness*, nicht dem Selbstbild der allermeisten BI-Mitglieder entsprechen. Akte zivilen Ungehorsams, das Überschreiten von weithin akzeptierten Grenzen des Miteinanders, auch in Konfliktsituationen, gehört nicht zum BI-Protestspektrum dazu. Wenngleich bei den Beobachtungen der Erörterungstermine oder von öffentlichen Diskussionsveranstaltungen durchaus immer wieder auch lautstarke, den Ablauf einer Diskussion auch leicht aus dem Konzept bringende, Zwischenrufe festgestellt werden konnten. Soweit das untersucht werden konnte, sind solche leichten Formen der Störung jedoch nicht strategische Inszenierungen der Bürgerinitiativen. Sie werden als legitime Form des Bekundens von Einspruch und Widerspruch wahrgenommen. Eine Aussage, wie sie ein BI-Mitglied im Anschluss an ein Interview formulierte, war, dass solche Störungen eine legitime Reaktion auf die Asymmetrie, beziehungsweise das Machtgefälle zwischen Bürgern und Politik bzw. Netzbetreibern sind. Solche Äußerungen bilden jedoch eine absolute Ausnahme. Auch Überlegungen, ob nicht eine stärker auf Konfrontation ausgerichtete Proteststrategie mehr Erfolg hätte, wie sie von einem weiteren Interviewten geäußert wurde, sind die absolute Ausnahme. Vielmehr erscheint es, dass die meisten BI-Mitglieder konfrontativen Protest überhaupt nicht in Betracht ziehen. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass die Bürgerinitiativen sich – wie im nächsten Unterkapitel noch ausführlicher dargelegt werden wird – nicht grundlegend in Opposition zur Politik sehen, sondern als aktive Bürgerinnen und Bürger, die ihre demokratischen Grundrechte einfordern.

2. *Gemeinschaft als Katalysator*

Der Entstehungsprozess einer kollektiven Identität wurde theoretisch so erklärt: Die *gemeinsamen Aspekte* der Mitglieder einer Protestgruppe treten in den Vordergrund (Choup, 2008, S. 193). Dies war im Fall der untersuchten Bürgerinitiativen die Erfahrung gemeinsamer Betroffenheit durch die Planungen einer konkreten Höchstspannungsleitung. Darüber hinaus wurde insbesondere bei den Fällen 1, 2 und 6 deutlich, dass über diese Betroffenheit hinaus eine starke Identifikation mit der heimatlichen Region vorhanden ist und diese durchaus einen wichtigen Bestandteil der gesamten BI-Identität ausmacht. In allen Bürgerinitiativen entstand ein Gruppenbewusstsein im Hinblick darauf, dass die Mitglieder denselben Problemen gegenüberstehen.

Ein weiterer aus der Theorie abgeleiteter Aspekt der Identität war, dass die Mitglieder in Protestgruppen feststellen, sich in Opposition gegenüber der dominierenden Ordnung zu befinden (Choup, 2008, S. 193). Nun ist es durchaus so, dass die

Bürgerinitiativen auf Widerstände, Widersprüche und klare Zurückweisungen ihrer Forderungen stoßen. Jedoch empfinden sie sich nicht in Opposition gegenüber der dominierenden Ordnung. Eher im Gegenteil haben sie den Anspruch, die Werte der dominierenden demokratischen Ordnung mit ihrem Engagement zu repräsentieren. In den Ursachenattributionen und den moralischen Bewertungen kommt eine Opposition gegenüber bestimmten Praktiken des Einflusses von Unternehmen auf politische Entscheidungen zum Ausdruck (Stichwort: Lobbyismus), was jedoch lediglich die Betonung des Imperativs demokratischer Entscheidungen durch die Bürgerinitiativen widerspiegelt und eher eine gewisse Distanz zum Wirtschaftssystem andeutet. Die untersuchten Bürgerinitiativen verfügen über geteilte Frames (z.B. die Befürwortung erneuerbarer Energien und die Idee der dezentralen Energieversorgung). Diese kommen auch in gemeinsamen Pressemitteilungen verschiedenster Bürgerinitiativen (auch auf nationaler Ebene) zum Ausdruck. Es hat sich jedoch (noch) keine gefestigte allgemeine „Bewegungsideologie“ herausgebildet.

Ein Aspekt, der bei der theoretischen Betrachtung nicht berücksichtigt wurde und durch die Ergebnisse der Feldstudien ergänzt werden kann, ist das Gefühl der Gemeinschaft auf Basis persönlicher Sympathien. Es hat sich gezeigt, dass der Aspekt der Identifikation der eigenen Bürgerinitiative als „Gemeinschaft“ eine Dimension einer *gruppenspezifischen kollektiven Identität* darstellt (vgl. Green, 1999, S. 154). Im Fall 4 wurden von den Mitgliedern die kollektiven Prozesse als so positiv empfunden, dass diese Bürgerinitiative auch unabhängig von dem Engagement gegen die konkrete Trasse gemeinsam weiter arbeiten möchte. Diese starke Identifikation führt zu einer besonderen internen Kohärenz und schließlich dazu, dass das Engagement in der Bürgerinitiative (trotz der Wahrscheinlichkeit einer Niederlage des Engagements) „Spaß“ macht. Ein solches Gemeinschaftsgefühl führt dazu, dass nicht alle Handlungen unter dem Vorbehalt strategischer und rationaler Abwägungen stehen.

3. Zäsuren und Re-Framing-Prozesse

Für die Existenz einer Bürgerinitiative ergeben sich Herausforderungen durch mögliche *Zäsuren*: Wenn im Rahmen der Raumordnung eine Entscheidung der obersten Planungsbehörde getroffen wurde, ist ein Resultat, dass durch die Favorisierung eines bestimmten Korridors die örtliche Betroffenheit der eigenen Bürgerinitiative nicht mehr gegeben sein kann. In der in dieser Arbeit untersuchten Bürgerinitiative 2 war dies der Fall: Einerseits hatte man das eigene Engagement immer im Sinn der gesamten Region betrachtet. Andererseits ist durch den Wegfall der individuellen Betroffenheit der selektive Anreiz für das Engagement in der Bürgerinitiative weggefallen. Im Fall 2 wurde eine gewisse Ratlosigkeit, wie man damit umgehen sollte, spürbar. Auch wurde wahrgenommen, dass die lokale Bevölkerung aufgrund des Wegfalls der

unmittelbaren Betroffenheit kaum mehr mobilisierbar ist. Auch im Fall 8 wurde nach dem Raumordnungsbeschluss der Trassenkorridor verworfen. Hier wurde sich allerdings explizit darauf verständigt, die Bürgerinitiative mit einer Frühwarnsystem-Funktion für die Region weiterzuführen. Beide Fälle verdeutlichen, dass die *Re-Framing-Prozesse* entlang von außen definierter Zäsuren unterschiedlich verlaufen können. Diese Re-Framing-Prozesse sind durchaus substantiell, wie im Fall 5, bei dem sich die Mitglieder im Vorstand darauf verständigt hatten, die neuen Bürgerinitiativen mit ihren Erfahrungen zu beraten. Alle genannten Beispiele verdeutlichen, dass eine der zentralen Herausforderungen im Leben einer Bürgerinitiative in diesem Politikfeld vor allem die äußeren Zäsuren durch Entscheidungen im Rahmen der Planungs- und Genehmigungsverfahren darstellen.

4. Dilemma des Wissens

In allen untersuchten Bürgerinitiativen war die Mobilisierung technischer Expertise eine zentrale Aufgabe (siehe Kapitel 5.2.7.1). Bis zu einem gewissen Maß kann dies durchaus auch als *Professionalisierungsstrategie* in fachlicher Hinsicht betrachtet werden. Insbesondere die Verdichtung der verschiedenen Informationen der besonders aktiven Mitglieder und deren unmittelbarer Kontakt mit Vertretern aus der Politik sowie der Netzbetreiber führt zum Teil nicht nur dazu, dass die negativen moralischen Bewertungen der Konfliktgegner einer sachlicheren und „pragmatischeren“ Haltung weichen. Gleichzeitig sind die Problemrahmungen der Bürgerinitiativen mit Zunahme des Wissens auch nicht mehr so einfach zu vertreten. Die Komplexität des Themas wird anerkannt. Protest bedarf jedoch eines Quantums an Unmut und moralischer Ent-rüstung, damit er überhaupt mobilisierungsfähig sein kann. Das Führungspersonal in Bürgerinitiativen muss beide Elemente letztlich immer geschickt ausbalancieren: Einerseits muss es pointierte Kritik vorbringen, damit die Mitglieder und die Bevölkerung sich kontinuierlich mobilisieren lassen. Andererseits muss die Argumentation mindestens so informiert sein, dass die Gegenseite sie nicht sofort als unbegründet zurückweisen kann.

5.3.7.3 Gelegenheitsstrukturen

In der theoretischen Auseinandersetzung mit den *politischen Gelegenheitsstrukturen* wurde herausgearbeitet, dass vor allem die Output-Phase im Policy-Kreislauf Gelegenheiten für Bürgerinitiativen eröffnet (Kitschelt, 1986, S. 63). In den ersten beiden Kapiteln der Vorstellung der Ergebnisse dieser Arbeit (Kapitel 5.1.1 und 5.1.2) wurden die Beteiligungsmöglichkeiten der Output-Phase ausführlich vorgestellt. Die Ergebnisse der Fallstudien belegen, dass für alle untersuchten Bürgerinitiativen die politische *Gelegenheitsstruktur der Implementierung politischer Entscheidungen* einen zentralen

Anker für ihre Arbeit bedeutet, auch wenn die spezifischen Gelegenheitsstrukturen überwiegend kritisch betrachtet werden und ihnen zum Teil eher der Charakter der „Pseudopartizipation“ zugeschrieben wird. Da die gängige Praxis der Durchführung der Planungs- und Genehmigungsverfahren als mangelhaft empfunden wird, zählt es zu den wichtigen Elementen der Arbeit der untersuchten Bürgerinitiativen, Informationsveranstaltungen zu initiieren, Mustereinwendungen zu formulieren und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit aufzubauen. Die Mobilisierung möglichst vieler substanzieller Einwendungen ist das erklärte Ziel aller untersuchten Bürgerinitiativen.

Darüber hinaus wurde im Theorieteil argumentiert, dass die Bürgerinitiativen vorrangig auf Kommunal- und Landespolitiker zugehen und demzufolge vor allem dem politischen Nahbereich Bedeutung zuschreiben. In der Tat standen die Kommunal-, Regional- und Landespolitik für die untersuchten Bürgerinitiativen zunächst im Zentrum. Die Bedeutung dieser *proximalen Gelegenheitsstrukturen* (Tarrow, 1996, S. 42) wird mit der Differenzierung der unterschiedlichen Entstehungsbedingungen der Bürgerinitiativen, wie sie in Kapitel 5.3.1 dargelegt wurde, deutlich: Bei offenen Gelegenheitsstrukturen entwickeln sich Koalitionen zwischen der Kommunalpolitik und den Bürgerinitiativen. Bei zunächst geschlossenen Gelegenheitsstrukturen werden diese durch die Arbeit der Bürgerinitiativen – in den untersuchten Fällen – erfolgreich hergestellt. Auf der Ebene der Landespolitik werden von den Bürgerinitiativen sowohl zwischen den verschiedenen Landesregierungen in einem Bundesland als auch zwischen den Landesregierungen verschiedener Bundesländer Unterschiede in deren Offenheit, sich mit dem Thema zu beschäftigen, wahrgenommen.

Mit Blick auf die *diskursiven Gelegenheitsstrukturen* wird der Bevölkerung ein zu geringes Interesse an der Thematik sowie eine grassierende Kritiklosigkeit und Apathie attestiert. Die zentrale Konsequenz aus dieser Wahrnehmung ist, dass nicht genügend Menschen für eine konsequente Protestlogik der Massenmobilisierung gewonnen werden können. Es lassen sich insgesamt zu wenige Menschen für wirklich wirksame Protestereignisse mobilisieren. Insofern wird mit dem Protest nicht die gewünschte Aufmerksamkeit erreicht, eine „Protestlogik der Zahlen“ lässt sich nicht durchführen. Auf die Wahrnehmung der *medialen Gelegenheitsstrukturen* wurde bereits im vorangegangenen Kapitel detailliert eingegangen.

Das zentrale Fazit bei der empirischen Auseinandersetzung mit der Wahrnehmung der politischen und der diskursiven Gelegenheitsstrukturen ist, dass diese zum Großteil auf den konkreten eigenen Erfahrungen sowie auf Basis der mit den anderen BI-Mitgliedern geteilten Erfahrungen beruhen. Es handelt sich nicht um Annahmen, die vorrangig auf Basis der alltäglichen Medienrezeption getroffen wurden und

generalisierte Vorstellungen von Politik, Medien und Bevölkerung widerspiegeln, sondern um gegenstandsspezifische Laientheorien.

Die Ergebnisse dieser zusammenfassenden Diskussion der Erklärungsfaktoren sowie des abhängigen Faktors sind in der Abbildung 15 grafisch zusammengefasst. Gegenüber dem vorläufigen theoretischen Modell konnten im Bereich der Ressourcenmobilisierung die relationalen Ressourcen (vertikale und horizontale Netzwerke), die Verfügbarkeit kultureller Ressourcen sowie die Verfügbarkeit zeitlicher Ressourcen (durch das Engagement von Rentnern bzw. Pensionären) als die zentralen Größen für das Protesthandeln präzisiert werden.

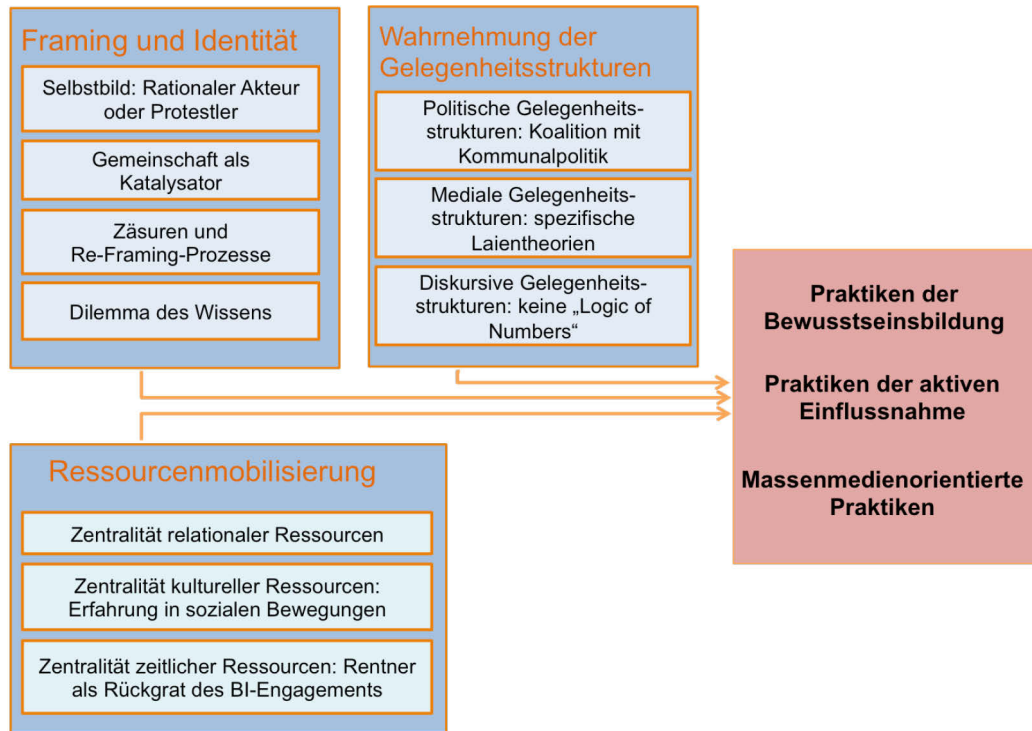
Im Bereich des Framing sowie der Identität wurde das Modell um die Aspekte der Gemeinschaft als Katalysator, der Zäsuren und der daraus resultierenden Re-Framing-Prozesse (*Frame Transformation*) sowie des Dilemmas durch Wissen ergänzt.

Bei der Betrachtung der Gelegenheitsstrukturen kann im Lichte der Befunde dieser Arbeit herausgearbeitet werden, dass die Aktivistinnen und Aktivisten der Bürgerinitiativen differenzierte Laientheorien entwickeln, die verschiedene Ebenen des politischen Systems sowie des Mediensystems genau berücksichtigen. Für die Ausgestaltung der Protestrepertoires stellte sich insbesondere die Geschlossenheit des kommunalpolitischen Systems als wichtiger Faktor für die Ausgestaltung der Proteste heraus. War die Kommunalpolitik zunächst nicht offen für die Anliegen der Bürgerinitiativen, mussten diese das Thema über ihren Protest auf die kommunalpolitische Agenda setzen. Mit Blick auf die diskursiven Gelegenheitsstrukturen wurde deutlich, dass die für eine konsequente Strategie der Logic of Numbers notwendige Mobilisierung der Bevölkerung nicht erfolgreich war. Diese Dimensionen prägen die Protestrepertoires der Bürgerinitiativen in den drei Bereichen der Praktiken der Bewusstseinsbildung, der Praktiken der aktiven Einflussnahme sowie der massenmedienorientierten Praktiken.

Dieses hier vorgestellte empirisch-gesättigte theoretische Modell hat seinen primären Geltungsbereich im Themenfeld „Netzausbau“. Die Planungen und der Bau von Autobahnen und von ICE-Trassen durchlaufen ähnliche Genehmigungsprozesse. Es ist daher zu erwarten, dass die Mobilisierungsleistungen von Bürgerinitiativen in diesen Bereichen durchaus ähnlich sind. Ein Problem für die Übertragung dieser Ergebnisse ist die Lokalisierung aller untersuchten Bürgerinitiativen im ländlichen Raum. In der theoretischen Erörterung wurde deutlich, dass in urbanen Ballungszentren die Ressourcen anders verteilt sind. Es ist wahrscheinlich, dass die Mobilisierung und die Repertoires dieser Bürgerinitiativen auch in einem identischen Sachthema anders aussehen werden. Daher ist es die Aufgabe weiterer Forschung, Stadt-Land-Differenzen bei der Fallauswahl zu berücksichtigen. Gerade mit Blick auf die

Potenziale der quantitativen Mobilisierung im Rahmen einer Proteststrategie der Logic of Numbers erscheint weitere Forschung notwendig.

Abbildung 15: Das empirisch gesättigte Erklärungsmodell



6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In diesem abschließenden Kapitel werden zunächst die zentralen Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst. Daran schließt eine Diskussion der Konsequenzen dieser Ergebnisse für die weitere kommunikationswissenschaftliche Erforschung von Bürgerinitiativen im Konkreten sowie die Erforschung von Konflikten im Rahmen des Ausbaus des Höchstspannungsnetzes im Allgemeinen. Dabei wird eine Reihe von Vorschlägen für die weitere Forschung entwickelt. Schließlich erfolgt eine Diskussion und Kritik der in dieser Arbeit zum Einsatz gekommenen Methoden. Daraus werden methodische Empfehlungen abgeleitet. Die Arbeit schließt mit Schlussfolgerungen für die Praxis.

6.1 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse

Die im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Bürgerproteste zeichneten sich durch die folgenden zentralen Charakteristika aus:

1. Rationalität und Emotionalität: Die untersuchten Bürgerinitiativen waren Akteure, die planvoll vorgehen. Sie beobachteten den politischen sowie medialen Diskurs und auch die Reaktionen, die sie aus der Bevölkerung erhielten. Sie waren sich bewusst, dass sie als NIMBY-Aktivistinnen und Aktivisten wahrgenommen werden. Aus diesem Grund entwickelten sie aktiv Problemdeutungen und Lösungsvorschläge. Gleichwohl waren auch Emotionen und negative moralische Bewertungen von Politik und Energiekonzernen sowie entsprechende Appelle Bestandteile des Engagements in den Bürgerinitiativen. Die in dieser Arbeit verfolgte Integration verschiedener theoretischer Modelle aus der Bewegungsforschung erweist sich daher als eine angemessene theoretische Perspektive, um das Handeln von Bürgerinitiativen zu verstehen.

Die Schlussfolgerung, die Marg et al. (2013, S. 123f.) aus ihrer Studie zu Bürgerinitiativen gegen Energieinfrastrukturanlagen ziehen, dass Bürgerinitiativen die Logik des Politischen fremd sei, kann im Licht der Ergebnisse dieser Arbeit nicht bestätigt werden. Richtig ist zwar, dass die Grenzen der „Rationalität“ in der Laienorientierung der Bürgerinitiativen liegen. Die vorliegenden Ergebnisse verdeutlichen, dass – wie bereits im Theorieteil vermutet – die Mitglieder der Bürgerinitiativen keine kühl planenden „Bewegungsunternehmer“ sind, sondern aus eigener Betroffenheit heraus handeln. Emotionalität ist aus diesem Grund eine Dimension des Protest-Involvements, die in die Analyse des Phänomens „Bürgerinitiative“ immer integriert sein sollte. Gleichwohl, viele der interviewten BI-Mitglieder haben das politische System und das Mediensystem genau beobachtet und deren Eigenlogik durchaus analytisch nachvollzogen. In Einzelfällen wurde sogar versucht, Politik und Medien für die eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Das bedeutet, dass den Bürgerinitiativen die Logiken des politischen

Systems und des Mediensystems nicht fremd bleiben. Wenn Bürgerinitiativen das Agieren von Politik und Medien skandalisieren, dann ist dies im Licht der Ergebnisse dieser Arbeit eher eine bewusste Entscheidung für eine bestimmte Kommunikationsstrategie und weniger ein intuitiver Reflex politischer „Unwissenheit“, wie es Marg et al. (2013, S. 123) mit Blick auf ihre Ergebnisse konstatieren.

2. Partizipation und Protest: Die untersuchten Bürgerinitiativen sahen sich als Vertretung von legitimen und allgemeinen Bürgerinteressen. Auch wenn die institutionellen Abläufe sowie die Handlungen der einzelnen Politikerinnen und Politiker kritisiert wurden, blieb das politische System immer der Hauptansprecher und markierte den Rahmen, in dem sich die Bürgerinitiativen bewegten. Wenngleich einige Mitglieder angaben, durch das Engagement in der Bürgerinitiative vom politischen System entfremdet worden zu sein, führte dies nicht zu einer generellen Abkehr. Die bestehenden partizipativen Spielräume wurden von den Bürgerinitiativen umfassend ausgenutzt. Darüber hinaus wurden zum Teil auch Vorschläge für eine verbesserte Praxis der Bürgerbeteiligung entwickelt. Da das politische System aus Sicht der untersuchten Bürgerinitiativen jedoch in keinem Fall den Anliegen der Bürgerinitiativen die notwendige Aufmerksamkeit schenkte und die partizipatorischen Spielräume als zu gering eingeschätzt wurden, zählte zum Engagement in den Bürgerinitiativen immer auch der öffentliche Protest als Aufmerksamkeitsstrategie. In der Einleitung wurden die beiden konkurrierenden Deutungen der „Wutbürger“ und der „Mutbürger“ gegenübergestellt. Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass es sich hierbei um kein antagonistisches Begriffspaar handelt, sondern dass sowohl Protest als auch Partizipation grundlegende Elemente im Repertoire der Bürgerinitiativen sind. Insofern ist eine Forschungsstrategie, die sich nicht bereits im Vorfeld dem Untersuchungsgegenstand mit normativen Kategorien wie „NIMBY-Protest“ oder „Mutbürgern“ nähert, auch für weitere Studien zu Bürgerinitiativen anzuraten.

3. Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit: Die untersuchten Bürgerinitiativen erkannten das System der Massenmedien zunächst grundsätzlich an. Ähnlich wie bei der Wahrnehmung der Politik kritisierten sie jedoch, dass ihren Anliegen häufig zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Darüber hinaus wurde einzelnen Journalistinnen und Journalisten Unkenntnis und eine negative Tendenz unterstellt. Die intensive Herstellung von Formen der Öffentlichkeit durch Bürgerinitiativen, seien es Veranstaltungsöffentlichkeit oder die verschiedenen Formen der Entwicklung eigener Bürgerinitiativ-Medien waren jedoch nicht primäre Reaktionen auf die beobachteten Fehlleistungen der Massenmedien. Vielmehr waren diese in der tiefen Verwurzelung der Bürgerinitiativ-Mitglieder in kommunalen und regionalen Kommunikationsstrukturen begründet. Bestätigt wurde in dieser Arbeit, dass Aktivistinnen und Aktivisten

eigene Lagentheorien zu der Funktionsweise von Massenmedien entwickeln und Massenmedien reflexiv nutzen.

Überraschend im Forschungsprozess war zunächst dennoch, dass Massenmedien, aber auch Onlinemedien, keine vorrangige Rolle in den Repertoires der Bürgerinitiativen spielten. In den theoretischen Erörterungen wurde zwar im Vorfeld der Untersuchung ein differenziertes Öffentlichkeitskonzept entwickelt, welches es ermöglichte das Augenmerk auf nicht-mediale, lokale Formen der Öffentlichkeit zu legen. Da die Mobilisierung der Öffentlichkeit für die Bürgerinitiativen überwiegend die Mobilisierung der betroffenen Menschen in der Region bedeutete, war die Herstellung regionaler Encounter- und Veranstaltungsöffentlichkeit sowie das Herstellen einfacher medialer Formen, wie Flyer, Plakate und Transparente, tatsächlich dominant. Diese Elemente der Öffentlichkeit sollten bei der Untersuchung weiterer Proteste berücksichtigt werden, gerade auch um Vergleichsmöglichkeiten zu eröffnen.

4. Online und Offline: Im Untersuchungsfeld stellte die Onlinekommunikation einerseits einen zentralen Faktor für die Organisation von Protesten dar: E-Mails waren das zentrale Medium zur Information und Kommunikation der Aktivisten untereinander. Auch die von den Bürgerinitiativen erstellten Websites wurden zur gegenseitigen Information genutzt. Auf der anderen Seite verdeutlichen die Ergebnisse dieser Arbeit, dass die Encounteröffentlichkeit (durch interpersonale Kommunikation) und die Veranstaltungsöffentlichkeit weiterhin eine herausragende Rolle in den regionalen Protesten einnahmen. Unter den Mitgliedern der Bürgerinitiativen befand sich durchaus eine Reihe von Menschen, die das Internet (noch) nicht nutzten. Diese wurden aktiv von den anderen Mitgliedern informiert. Es ist zu erwarten, dass es in der Zukunft weniger „Offliner“ unter den Mitgliedern in Bürgerinitiativen gibt. Die Aktivitäten der im Rahmen dieser Studie untersuchten Bürgerinitiativen auf Facebook und bei Online-Petitionsplattformen belegen, dass diese (noch) nicht genügend Aufmerksamkeit für eine effektive quantitative Mobilisierung erreichen konnten. Ob dies an der zu geringen Zahl potenziell Betroffener oder an anderen strukturellen Faktoren lag, kann diese Untersuchung nicht klären. Eine Antwort auf die Frage, warum die BI Onlinemedien eher zögerlich genutzt haben, kann jedoch gegeben werden: Es handelt sich um ein Ressourcenproblem. Das Herstellen der regionalen Offline-Öffentlichkeit sowie die Präsenz in den regionalen Massenmedien erfordern bereits einen großen zeitlichen Aufwand. Von Seiten der Bürgerinitiativen wurde immer wieder beklagt, dass für die Pflege der Internet-Auftritte oftmals nicht genügend Zeit zur Verfügung stünde. Eine stärkere Konzentration auf die Online-Mobilisierung wäre demzufolge erst dann zu erwarten, wenn sich die Mobilisierungsstrategien und -ziele der Bürgerinitiativen

generell ändern und von vornherein dem Internet eine stärkere Rolle zugeschrieben würde.

6.1.1 Bürgerinitiativen und die Kommunikationswissenschaft

Im Zentrum des Interesses der kommunikationswissenschaftlichen Erforschung politischer Kommunikation im deutschsprachigen Raum standen, neben der individuellen politischen Kommunikation, auf der Mesoebene eher die etablierten politischen Akteure sowie „progressive“ zivilgesellschaftliche Akteure: Dazu zählten beispielsweise Umweltorganisationen wie Greenpeace (Baringhorst, 2000) oder auch Netzaktivistinnen und Netzaktivisten (Löblich & Wendelin, 2012; Wendelin & Löblich, 2013). Diese Arbeit hat sich mit einem Akteur beschäftigt, der vom kommunikationswissenschaftlichen Mainstream als Gegenstand theoretischer und empirischer Forschung bislang weitestgehend ignoriert wurde.

Die Ergebnisse dieser Arbeit verdeutlichen, dass die untersuchten Bürgerinitiativen zur Verankerung des Themas „Netzausbau“ in den öffentlichen Debatten und nicht zuletzt auch im politischen Raum beigetragen haben. Dies tun sie, indem sie als Akteure in öffentlichen Diskursen auftreten und eigene Formen der Öffentlichkeit herstellen.

Mit dieser Arbeit wurde zum einen das Ziel verfolgt, mit Hilfe der Integration von Theorien sozialer Bewegungen einen Beitrag für eine kommunikationswissenschaftliche Bürgerinitiativforschung zu leisten. Dieser Weg wurde mit der Entwicklung und empirischen Fundierung eines theoretischen Erklärungsmodells der Wahl von Protestrepertoires durch Bürgerinitiativen beschritten.

Das Modell zeichnet sich dadurch aus, dass das Protesthandeln der Bürgerinitiativen umfassend in den Blick genommen wird. Die Ergebnisse der Fallstudien zeigen, dass interpersonale Kommunikation, die direkte Ansprache von Politikerinnen und Politikern sowie nicht zuletzt die Nutzung der partizipativen Optionen von Planungs- und Genehmigungsverfahren zentrale Elemente des Handelns von Bürgerinitiativen darstellen. Darüber hinaus ist es wichtig, Öffentlichkeit nicht mit der massenmedial hergestellten Öffentlichkeit oder der Online-Öffentlichkeit gleichzusetzen: Die interpersonale Kommunikation (Encounteröffentlichkeit), die Veranstaltungsöffentlichkeit sowie verschiedene Formen von Medienöffentlichkeit (Amtsblätter, Flyer und Broschüren, Bürgerinitiativ-Medien) konstituieren in einem hohen Maß den öffentlichen Raum für die Diskurse um den Netzausbau. Die Proteste der Bürgerinitiativen können nur dann umfassend verstanden werden, wenn die theoretischen Modelle diesen Teil der Protestwirklichkeit nicht ausklammern. Das erweiterte theoretische Modell reflektiert diese Vielfalt der Formen öffentlicher Kommunikation und bestimmt darüber

hinaus zentrale Dimensionen, die die Entwicklung der Protestrepertoires von Bürgerinitiativen erklären.

Das im Rahmen dieser Arbeit entwickelte theoretische Erklärungsmodell der Wahl von Protestrepertoires sowie die gewonnenen empirischen Einsichten sollten jedoch nicht einfach in der Peripherie der politischen Kommunikationsforschung verbleiben. Sowohl das Modell als auch die Ergebnisse liefern konkrete Impulse für die weitere kommunikationswissenschaftliche Beschäftigung mit den Protesten von Bürgerinitiativen. Dabei kann explizit an klassische kommunikationswissenschaftliche Forschungstraditionen angeknüpft werden. Diese sind die (1) Agenda Setting und Framing-Forschung, (2) die Forschung zum Two-Step-Flow of Communication und zu den Meinungsführern und die (3) Medialisierungsforschung.

1. Agenda Setting und Framing: Die in dieser Arbeit herausgearbeiteten Praktiken der Bewusstseinsbildung von Bürgerinitiativen lassen sich als Aktivitäten des *Agenda Setting* und *Frame Building* beschreiben. Während die klassische Agenda-Setting-Forschung vor allem der Agenda der Massenmedien das größte Einflusspotenzial attribuiert und Wirkungen auf die Publikumsagenda im Vordergrund stehen (McCombs & Shaw, 1972; Rössler, 1997; McCombs, 2005), legen die theoretischen Betrachtungen sowie empirischen Ergebnisse dieser Arbeit eine Ergänzung und Erweiterung dieser grundlegenden theoretischen Konzepte und Kausalrichtungen nahe:

Die Ergebnisse dieser Arbeit verdeutlichen, dass Praktiken des Agenda Setting und Framing durch Bürgerinitiativen, aber auch von Politik und Netzbetreibern, in einem nicht unerheblichen Maß in nicht massenmedial vermittelten Bereichen der politischen Öffentlichkeit stattfinden. Mit den Praktiken der Bewusstseinsbildung beabsichtigen die Bürgerinitiativen das Thema Netzausbau als wichtiges Thema sowohl auf der Publikumsagenda als auch auf der politischen Agenda zu verankern und gleichzeitig im Rahmen des Framing auch ihre Problemrahmungen und Lösungsvorschläge wirksam zu vermitteln. Dies bedeutet für Bürgerinitiativen in vielen Fällen zunächst, eine lokale und regionale politische sowie öffentliche Aufmerksamkeit herzustellen.

Den in dieser Arbeit untersuchten Bürgerinitiativen ist es jedoch nicht gelungen, eine kontinuierliche überregionale massenmediale Öffentlichkeit herzustellen (wie es beispielsweise den Protestierenden im Rahmen der Auseinandersetzung um Stuttgart 21 gelungen war). Damit konnten sie das Thema Netzausbau nicht kontinuierlich auf der massenmedialen Agenda verankern. Sind die Proteste damit wirkungslos?

In einem klassischen Verständnis der politischen Kommunikationsforschung werden nur dann Themen und Forderungen aus der politischen Peripherie aufgegriffen, wenn diese im massenmedialen öffentlichen Diskurs eine prominente Rolle spielen

(Medienagenda) und auch für das Publikum, das heißt für die Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung sind (Publikumsagenda). Dies ist sicherlich für viele Themen zutreffend. Das Beispiel von Bürgerprotesten gegen Infrastrukturprojekte im Rahmen der Energiewende erlaubt es jedoch, einen zusätzlichen Agenda-Setting-Prozess zu hypothetisieren. Anhaltende regionale Widerstände mögen zwar nicht in der Lage sein, eine kritische Masse zu erzeugen, die für die überregionale massenmediale Berichterstattung notwendig ist. Jedoch ist es nicht auszuschließen, dass die regionalen Proteste eine nachhaltige Wirkung auf die Bevölkerung und auf die Kommunal- und Regionalpolitik haben. Der Druck durch die im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Bürgerinitiativen führte zu einer Beschäftigung der Kreistage und Landtage mit dem Thema Netzausbau. In diesem Zusammenhang wurde der Protest auch innerhalb des politischen Systems auf die jeweils höheren politischen Ebenen weitergeleitet.

Dass auf der Bundesebene im Jahr 2015 auf die Forderungen nach einer Erdverkabelung eingegangen wurde, lässt vermuten, dass die anhaltenden Protestmobilisierungen durch die Bürgerinitiativen hierfür durchaus eine Rolle spielten. Die Ergebnisse dieser Arbeit lassen die Annahme zu, dass hierfür nicht allein der Druck über die Massenmedien entscheidend war. Die kontinuierliche Protestmobilisierung auf der Ebene regionaler Öffentlichkeit hat einen kontinuierlichen Druck auf das politische System in den Regionen ausgeübt. Dieser Druck wurde dann möglicherweise innerhalb des politischen Systems an die höheren Ebenen weitergetragen. Die massive Mobilisierung von Bürgerinitiativen in Bayern und Hessen gegen weitere Leitungsprojekte hatte das Thema Netzausbau schließlich zu einem wichtigen Thema auf der Agenda der Regierungskoalition in Berlin werden lassen. Somit ist es durchaus wahrscheinlich, dass anhaltende regionale Proteste durch ihre Wirkung auf die Regionalpolitik doch eine Wirkung auf die Bundespolitik haben können, auch wenn diese kein anhaltendes Thema in den überregionalen Medien sind.

Für die kommunikationswissenschaftliche Agenda-Setting-Forschung wäre es empfehlenswert, neben der Medienagenda und der Publikumsagenda verstärkt das Zusammenspiel von öffentlichen Diskursen und deren Einfluss auf die politische Agenda zu untersuchen und dabei die Differenzierung der verschiedenen Ebenen des politischen Systems und der politischen Öffentlichkeit in den Blick zu nehmen. Die Ergebnisse dieser Arbeit liefern zumindest Indizien dafür, dass nicht nur eine massenmedial sichtbare Mobilisierung politisch wirksam werden kann.

Darüber hinaus zeigen die vielen von Bürgerinitiativen hergestellten Formen medialer und nicht-medialer Öffentlichkeit, dass diese möglicherweise auch ein Wirkungspotenzial auf die regionale Bevölkerung besitzen: Es ist somit durchaus wahrscheinlich, dass diese Formen der Öffentlichkeit eine Rolle für das regionale Agenda-Setting und

Framing spielen. Trotz der vielfältigen methodischen Herausforderungen (z.B. die Bestandsaufnahme der Vielfalt lokaler Medienformen) sollten diese Formen der Öffentlichkeit in die Analyse von Agenda-Setting-Prozessen, insbesondere bei Protestthemen, integriert werden.

2. Two-Step-Flow of Communication und Meinungsführer: Im Zusammenhang mit dem Agenda Setting und Framing nehmen die Mitglieder der Bürgerinitiativen in ihren regionalen Zusammenhängen die Rolle von Meinungsführern ein. Bei der Entwicklung der Typologie der Kernmitglieder der Bürgerinitiativen wurde bereits auf das Konzept der Meinungsführer zurückgegriffen. Damit wird an einen älteren Ansatz der politischen Kommunikationsforschung angeknüpft: Die Modelle des *Two-Step-Flow* der Kommunikation von den Massenmedien über die *Meinungsführer* an die Bevölkerung (Lazarsfeld, Berelson & Gaudet, 1968).

Bereits die im Theorieteil dieser Arbeit vorgestellten empirischen Ergebnisse aus der Bewegungsforschung hatten gezeigt, dass die Kernmitglieder in Bewegungsorganisationen häufig bereits vor dem Engagement in der Bewegungsorganisation in verschiedene Netzwerke gut integrierte Personen sind. Auch die Ergebnisse dieser Arbeit bestätigen, dass die Kernmitglieder in den Bürgerinitiativen durchaus zu den wichtigen Persönlichkeiten in der Region zählen (kommunalpolitische Mandatsträger, lokale Prominente). Sie entwickeln sich für den Bereich ihres Engagements zu Meinungsführern. Dabei geben sie, in Übereinstimmung mit dem klassischen Modell des Two-Step-Flow, Informationen aus den Massenmedien an die Bevölkerung vor Ort weiter und ordnen gleichzeitig diese Informationen in Übereinstimmung mit ihrer eigenen Meinung ein. Darüber hinaus übermitteln sie auch Informationen aus anderen Bereichen der Öffentlichkeit: z.B. von Informationsveranstaltungen, alternativen Energiegipfeln und von öffentlichen Sitzungen anderer Bürgerinitiativen sowie von Websites anderer Bürgerinitiativen. Damit wird die Aussage von Wimmer (2007) bestätigt, dass der öffentliche Diskurs in einem bedeutenden Maß durch die interpersonale Kommunikation konstituiert wird (Wimmer, 2007, S. 44).

Mit der im Kapitel 5.3.2 entwickelten Typologie der Kernmitglieder liegt ein Ausgangspunkt für die weitere Erforschung von Bürgerinitiativmitgliedern als potenzielle Meinungsführer vor. Mit den Typen der *kommunalpolitischen Mandatsträger*, der *lokalen Prominenten* sowie der *kosmopolitischen Netzwerker* und nicht zuletzt der *neuen Meinungsführer* können Informations- und Meinungsflüsse in verschiedene Richtungen plausibilisiert werden. Beispiele hierfür sind Informations- und Meinungsflüsse (a) vom (kommunal)politischen System zu den Bürgerinitiativen und zurück, (b) von Bürgerinitiativen zu Bürgerinitiativen und (c) von den Bürgerinitiativen zu den Massenmedien und zurück. Eine genaue Analyse der kommunikativen Netzwerke, die von den

verschiedenen Akteuren gebildet werden, könnte Aufschluss darüber geben, welche Ideen und Meinungen von welchen Akteuren ausgetauscht werden und welchen Stellenwert die Bürgerinitiativen in diesem Gesamtnetzwerk einnehmen. Dafür bietet sich ein Rückbezug auf das von Hilgartner und Bosk (1988) ausdifferenzierte begriffliche Rahmenwerk aus „öffentlichen Arenen“ und „Agenten“ an. Eine solche Studie würde zum einen Aufschluss über die oben beschriebenen Agenda-Setting-Prozesse geben. Zum anderen könnte die Diffusion von Informationen, Meinungen und nicht zuletzt auch von Protestpraktiken näher erforscht werden.

3. Medialisierungsforschung: Im Theorieteil der Arbeit wurde das Konzept der *reflexiven Medialisierung* vorgestellt. Die Ergebnisse der Fallstudien verdeutlichen, dass Bürgerinitiativen Katalysatoren für die Medialisierung der Planungs- und Genehmigungsverfahren sind: Indem sie Einwendungen aus der Bevölkerung mobilisieren, stellen sie Öffentlichkeit her. Die vormals rein administrativen Verfahren stehen unter einer gesteigerten öffentlichen Aufmerksamkeit. Dies wird insbesondere dann deutlich, wenn die Erörterungstermine zu Schauplätzen der politischen Auseinandersetzung werden und Bürgerinitiativen hierfür ein Publikum mobilisieren. Ob die immense Zahl der mobilisierten Einwendungen für die Landesplanungsbehörden oder auch die Bundesnetzagentur eine organisatorische Herausforderung bedeuten, kann nicht beantwortet werden. Jedoch wird die öffentliche Aufmerksamkeit in den Behörden sicherlich die Notwendigkeit und die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit erhöhen.

Durch die anhaltenden Proteste vor und während der Informationsveranstaltungen von Netzbetreibern, durch die Organisation von Demonstrationen und Mahnmachen und gerade auch durch die Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse vor dem Bundesverwaltungsgericht werden die Massenmedien auf die Konflikte um den Netzausbau aufmerksam. Nicht zuletzt dadurch tragen die Bürgerinitiativen dazu bei, dass die Planungen des Netzausbaus nicht mehr dem Bereich der Subpolitik zugeordnet werden können. Informationskampagnen der Bundesregierung sowie der Netzbetreiber scheinen auch eine Reaktion auf die Mobilisierungsleistung der Bürgerinitiativen darzustellen. Zukünftige Studien sollten im Rahmen von Befragungen mit Vertretern der Planungsbehörden, von Fachpolitikerinnen und Politikern sowie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmenskommunikationsabteilungen der Netzbetreiber Prozesse der reflexiven Medialisierung in den Blick nehmen. Auch Inhalts- und Diskursanalysen der öffentlichen Kommunikation könnten einen Beitrag für ein besseres Verständnis der Medialisierungsprozesse von Infrastruktur-Protesten liefern.

6.1.2 *Methodische Aspekte*

Die Fallstudien hätten ohne die aktive Unterstützung der Bürgerinitiativen nicht stattfinden können. Insbesondere wäre das gesamte Forschungsprojekt ohne die Fürsprache der Vorsitzenden der Bürgerinitiativen unmöglich gewesen. Diese waren die ersten Ansprechpartner und stellten somit die entscheidenden „Gatekeeper“ dar: Sie gaben die Kontaktdaten der weiteren Mitglieder der Kernteams für die Interviews weiter. Darüber hinaus entschieden sie über den Zugang zu den Dokumenten. Sie gaben ihr Einverständnis, an den Mitgliederversammlungen teilnehmen zu können.

Insgesamt haben die Mitglieder der Bürgerinitiativen die Unabhängigkeit der Forschung anerkannt. Dennoch wurde am Rande der Untersuchung einige Male thematisiert, dass es durchaus möglich sei, dass die Ergebnisse dieser Arbeit an die Netzbetreiber oder an die Politik weitergegeben werden könnten. Aus solchen Äußerungen wird deutlich, dass eine Forschungsstrategie, wie sie in diesem Projekt verfolgt wurde, ohne gegenseitiges Vertrauen nicht funktioniert hätte.

Es gab durchaus Unterschiede zwischen den Bürgerinitiativen, wie weit man sich „in die Karten“ schauen lassen wollte. Insgesamt war der Zugang zu internen Dokumenten sehr eingeschränkt. Eine Aufnahme in die E-Mail-Verteiler war bei keiner der Bürgerinitiativen möglich. Darüber hinaus war eine Teilnahme an den verschiedenen Vorbereitungstreffen der Vorstandsmitglieder für die Mitgliederversammlungen oder für anstehende Termine mit Politikerinnen und Politikern nicht zu realisieren.

Das bedeutet in der Konsequenz, dass die hier vorgestellten Fallstudien einen Ausschnitt aus dem „Innenleben“ der Bürgerinitiativen untersucht haben. In welchem Ausmaß die inhaltlichen Auseinandersetzungen und maßgeblichen Entscheidungen während der erwähnten Vorbereitungstreffen stattfanden oder im Rahmen von E-Mail-Diskussionen erfolgten, kann nicht exakt eingeschätzt werden. Die vielen Hinweise aus den Interviews deuten darauf hin, dass beide Aspekte durchaus eine Rolle spielen.

Aus dieser Diskussion können die folgenden Schlussfolgerungen gezogen werden:

(1) Keine der kontaktierten Bürgerinitiativen hatte es im Rahmen dieses Forschungsprojekts grundsätzlich abgelehnt die Forschung zu unterstützen. Denkbar und wahrscheinlich ist es dennoch, dass sich einige Bürgerinitiativen im Allgemeinen für die Forschung nicht öffnen. Jene Bürgerinitiativen, die Forschungsvorhaben grundsätzlich nicht unterstützen und deren Mitglieder sich keinen Interviews stellen mögen, können eventuell systematisch anders über ihr Engagement denken, als jene Bürgerinitiativen und Mitglieder, die an der Forschung teilnehmen.

(2) Leitfadengestützte Interviews sind, wie jede Form der Befragung, reaktiv. Die Interviewten können mit dem Interview verschiedene Erwartungen verbinden und auch bestimmte Ziele verfolgen. Zum einen können sie darum bemüht sein, für den Interviewer interessante Aspekte zu nennen (soziale Erwünschtheit). Zum anderen können die Interviewten versuchen, provozierende Meinungen und Thesen zu äußern. Schließlich ist es denkbar, dass die Interviewpartner bemüht sind, ein ganz bestimmtes Bild von sich selbst zu zeichnen. Diese Motivationslagen wiederum können sich auch überschneiden. Solche Taktiken lassen sich nur bis zu einem bestimmten Punkt identifizieren. Im Rahmen dieser Untersuchung konnten bestimmte Aussagen mit denen der anderen interviewten Mitglieder verglichen werden. Auch die Teilnahme an den Mitgliederversammlungen war eine Möglichkeit, das Bild über die Bürgerinitiative aus den Interviews mit dem der wahrgenommenen Wirklichkeit der Sitzung zu vergleichen. Ein Rückschluss auf die Dinge, die in den internen und privaten Treffen sowie in den E-Mail-Diskussionen erfolgen, lässt sich jedoch abschließend nicht ziehen.

Um die Entstehung von Gruppenmeinungen besser einschätzen zu können, sollten im Rahmen zukünftiger Studien Gruppendiskussionen zum Einsatz kommen. Dabei könnte man einerseits natürliche Gruppen von Mitgliedern einer einzelnen Bürgerinitiative oder auch künstliche Gruppen untersuchen, die sich aus den Mitgliedern unterschiedlicher Bürgerinitiativen zusammensetzen.

Darüber hinaus sind einige weitere kritische Aspekte zu erwähnen: Auch wenn alle untersuchten Bürgerinitiativen vom Forschenden bewusst ausgewählt wurden und die Fallauswahl nicht auf einem Schneeballverfahren basierte, ist das Ergebnis dieses Vorgehens durchaus kritikwürdig. Im Leitungsverlauf Wahle-Mecklar wurden lediglich zwei Bürgerinitiativen untersucht. Diese repräsentieren sicherlich nicht das gesamte Spektrum der Bürgerinitiativen in diesem Projekt, auch wenn beide Bürgerinitiativen bewusst nach ihren Unterschieden hin ausgewählt wurden (Bundesland, Verfahrensstand). Ursprünglich wurde versucht, wie im Methodenkapitel erwähnt, eine weitere Bürgerinitiative im Verlauf Wahle-Mecklar in die Fallauswahl einzubeziehen (Neugründung). Diese Bürgerinitiative hatte sich jedoch schnell wieder aufgelöst. Aus diesem Grund wurde dann der Fall 4 (eine Neugründung in Franken) in die Fallauswahl einbezogen (da diese Bürgerinitiative sowohl eine Neugründung als auch eine Bürgerinitiative in einem alten Bundesland darstellte). Mit dieser Entscheidung wurde dem Aspekt der Neugründung gegenüber dem Aspekt Leitungsprojekt der Vorzug gegeben.

Abschließend kann man kritisch hinterfragen, warum nicht von vornherein eine Gleichverteilung von Bürgerinitiativen für beide Leitungsprojekte vorgesehen wurde. Andere Forschungsprojekte zu ähnlichen Konfliktfeldern sollten zukünftig entweder möglichst viele Bürgerinitiativen in lediglich einem Infrastrukturprojekt untersuchen

oder eine Gleichverteilung der Anzahl an Bürgerinitiativen bei der Untersuchung verschiedener Infrastrukturprojekte explizit anstreben.

6.2 Schlussfolgerungen für die Praxis

Am Ende dieser Arbeit soll nochmals auf den im Sommer 2015 getroffenen Beschluss der Bundesregierung, einen Teil der neuen Höchstspannungsleitungen als Erdkabelvariante zu bauen, zurückgekommen werden. Damit griff die Bundesregierung nicht zuletzt auch eine Forderung der im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Bürgerinitiativen auf. Wie verhält es sich mit der in der Einleitung formulierten Frage nach der *Wirksamkeit* der Bürgerproteste?

In den Leitfadenterviews der Fallstudien wurde zum Abschluss nach der Wahrnehmung von *Erfolgen* der Bürgerinitiativen gefragt. Was den Bürgerinitiativen aus ihrer Sicht gelingt ist, die *Herstellung von Öffentlichkeit*. Darüber hinaus hätten sie erkämpft, dass die Politik dem Thema Netzausbau *stärkere Aufmerksamkeit* widmet. Die Aktivisten sehen es zum Teil als einen Erfolg an, zu einer *Verzögerung* der Projekte beizutragen. Durch den Protest gelingt es den Bürgerinitiativen auch, ganz konkrete lokale und regionale Verbesserungen zu erreichen und z.B. den Preis für Kompensationen in die Höhe zu treiben oder das Schlagen von Schneisen in Wälder zu verhindern. Aus Sicht der Bürgerinitiativen sind all diese genannten Aspekte kleine Erfolge. Den tatsächlichen Bau einer Trasse konnten sie jedoch (noch) nicht verhindern.

Derzeit ist eine wachsende Zahl von Bürgerinitiativen im Bereich Netzausbau festzustellen. Die im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Bürgerinitiativen können als die „erste Generation“ von Bürgerinitiativen gegen den Netzausbau bezeichnet werden. Da einige der interviewten Personen offen sagten, sie wollten ihre Erfahrungen an die neuen Bürgerinitiativen weitergeben, wird die „zweite Generation“ von den Erfahrungen ihrer Vorgänger profitieren. Derzeit gründen sich Landes- und Bundesverbände von Bürgerinitiativen gegen weitere Leitungsprojekte (z.B. der Bundesverband Bürgerinitiativen gegen SuedLink). Diese zweite Generation der Bürgerinitiativen ist allein in ihrer Anzahl der ersten Generation weit überlegen. Nach eigenen Recherchen lassen sich in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Netzausbaus derzeit rund 160 Bürgerinitiativen identifizieren. Es ist nicht zu erwarten, dass diese Bürgerinitiativen in der nahen Zukunft einen Bedeutungsverlust erfahren werden, da sich noch eine Reihe weiterer Höchstspannungsleitungen in Planung befindet.

Welche Schlussfolgerungen für eine bessere Praxis können aus den Ergebnissen dieser Arbeit gezogen werden? Die Arbeit hat gezeigt, dass Bürgerinitiativen neben lautstarkem Protest nach sachlichen Lösungen und Kompromissen suchen. Es wäre daher

empfehlenswert darüber nachzudenken, ihnen eine wichtigere Rolle zuzusprechen. Dies könnte beispielsweise erfolgen, indem Bürgerinitiativen im Rahmen der Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren eine dem Status der Träger öffentlicher Belange ähnliche Anerkennung erhalten würden. Wäre dies der Fall, müssten den Bürgerinitiativen die Unterlagen für die einzelnen Verfahren zugeschickt werden. Die derzeit stattfindende Bildung von Landes- und Bundesverbänden der Bürgerinitiativen würde einer solchen Veränderung des Planungsrechts entgegenkommen, da die Bürgerinitiativen adressiert werden könnten. Mit einem solchen Schritt würden die Bürgerinitiativen in die Pflicht genommen, Öffentlichkeit für die Verfahren herzustellen. Dies erfordert von ihnen die kontinuierliche Bereitschaft, sich aktiv an der Suche nach praktikablen Kompromissen zu beteiligen. Gleichzeitig hätten sie für diese Aufgabe eine bessere Ausgangsposition.

Die im Rahmen dieser Arbeit von den Bürgerinitiativmitgliedern erhobenen Einschätzungen der Repräsentanten des politischen Systems der Landesebenen sowie der Bundesebene sind insgesamt betrachtet durchaus als verheerend zu bezeichnen. Zum einen ist dieser Befund wenig überraschend, reflektiert er die Erfahrungen und die Einstellungen einer Konfliktpartei. Ohne (emotionale) Betroffenheit würden die Mitglieder der Bürgerinitiativen nicht aktiv werden. Zum anderen liegt in den Aussagen auch der Appell an die höheren politischen Ebenen, sich ernsthaft mit den Fragen des Netzausbaus zu beschäftigen. Wenn die Bürgerinitiativen kritisieren, dass die Netzentwicklungspläne von der Energieindustrie erstellt werden, dann drückt diese Aussage nicht zwangsläufig eine antikapitalistische Einstellung aus. Vielmehr wünschen sich die Bürgerinitiativen, dass die Repräsentanten des politischen Systems sich ebenso sachkundig wie sie selbst machen, dass sie ihre Entscheidungen begründen können und diese Begründungen auch öffentlich kundtun. Akzeptanzförderungsprogramme und die damit verbundene Persuasionskommunikation allein werden nicht zum Ziel führen, solange die Bürgerinnen und Bürger nicht den Eindruck erhalten, dass es nicht lediglich ein rhetorisches Argument ist, dass die Energiewende eine der zentralen politischen Projekte der Gegenwart sei. Die Vertreterinnen und Vertreter des politischen Systems müssen dies auch durch ihr individuelles Engagement unter Beweis stellen.

Diese Aussagen bedeuteten jedoch in der Konsequenz eine *Politisierung* von Infrastrukturplanungen. Die untersuchten Bürgerinitiativen waren jedoch gegenüber einem verstärkten „parteilpolitischen“ Engagement in Bezug auf ihre Probleme sehr zurückhaltend bis ablehnend. Gerade für Landrätinnen und Landräte, Landtagsabgeordnete, ja sogar für Vertreterinnen und Vertreter von Landesregierungen, ist ein solches Engagement ohnehin mit hohen Risiken verbunden: Ihre eigenen Spielräume sind im Themenfeld äußerst gering. Sie setzen sich daher einem hohen Risiko aus, am Ende selbst

als „machtlos“ wahrgenommen zu werden. Dennoch, die Landespolitik hat in einem anderen Bereich durchaus gestalterische Spielräume. Eine geeignete politische Unterstützung könnte darin liegen, die jeweiligen Planungsgesetze zu novellieren und hier vorrangig die Aspekte der Öffentlichkeitsbeteiligung zu spezifizieren (Stichwort: Ortsüblichkeit) und zu stärken. Darüber hinaus sollten die Verwaltungen dazu angehalten werden, Erörterungstermine, die Auslegung von Unterlagen etc. auch in den Abendstunden zu ermöglichen und auf den verstärkten Einsatz von Online-Konsultationsverfahren hinzuwirken. Mit einem solchen Vorgehen könnte auf die sachlich berechtigte Kritik der Bürgerinitiativen an den Planungsverfahren legislativ und administrativ auf der Landesebene eingegangen werden. Diese politische Strategie der *Ermöglichung* eines besseren Interessenausgleichs zwischen den an der Planung Beteiligten ist einer generellen Politisierung der Planung in jedem Fall vorzuziehen.

Den Bürgerinitiativen, die sich gegen die Südwest-Kuppelleitung engagierten, hatten sowohl der Netzbetreiber als auch die Politik über Jahre hinweg signalisiert, dass eine Erdverkabelung technisch und ökonomisch außerhalb des machbaren Spielraumes liege. Nun mussten sie im Sommer 2015 erfahren, dass diese Erdverkabelung im Rahmen eines anderen Projektes politisch gewollt und offenbar auch technisch machbar ist. Diese Entscheidung wird von vielen Bürgerinitiativen anderer Leitungsprojekte mit Interesse aufgenommen worden sein. Die Aushandlungsprozesse um den Netzausbau sind in eine weitere Phase gegangen. Bürgerinitiativen werden hierbei weiterhin eine zentrale Rolle als Akteure des projektbezogenen Widerstandes spielen. Ob sie auch eine Rolle als Akteure der Kooperation spielen können, haben sie in der Hand ebenso wie die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger.

Neben diesen Schlussfolgerungen für die Praxis war der Anspruch der Arbeit, für die Kommunikationswissenschaft einen theoretischen Zugang zum Untersuchungsgegenstand Bürgerinitiative zu schaffen. Mit der Durchführung der Fallstudien wurde die Binnenperspektive von Bürgerinitiativen empirisch erfasst. Augenfällig ist, dass sich die Mobilisierung von Aufmerksamkeit für die Interessen der Bürgerinitiativen vor dem Hintergrund eines überaus komplexen politischen sowie medialen Umfeldes vollzieht. Die Integration dieser Bürgerinteressen ist letztlich nur durch den kontinuierlichen Aufbau öffentlichen und politischen Drucks möglich. Wenn eine solche Mobilisierung erfolglos bleibt, bedeutet dies, dass bestimmte Interessen im öffentlichen und politischen Raum nicht artikuliert werden. Daraus resultieren neue Fragen und weitere Impulse für die zukünftige Forschung zur Problemverarbeitungskapazität von Politik und Öffentlichkeit.

Literaturverzeichnis

- Altheide, D., & Snow, R. P. (1979). *Media logic*. Beverly Hills, CA: Sage.
- Anduiza, E., Cristancho, C., & Sabucedo, J. M. (2014). Mobilization through online social networks: The political protest of the Indignados in Spain. *Information, Communication & Society, 17*(6), 750-764.
- Arlt, D., & Wolling, J. (2011). *Energiebewusstsein 2011. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Thüringen zu energiebezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen*. Ilmenau. URN: urn:nbn:de:gbv:ilm1-2011200540
Abgerufen von: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:ilm1-2011200540>
- Auer, K., & Sebald, C. (29. Januar 2014). Wutbürger in Kulmbach. *Süddeutsche Zeitung*.
- Ayres, J. M. (1999). From the streets to the internet: The cyber-diffusion of contention. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, 566*(1), 132-143.
- Baringhorst, S. (2000). Zur Mediatisierung des politischen Protests: Von der Institutionen- zur "Greenpeace-Demokratie"? In T. von Schell & R. Seltz (Hrsg.), *Inszenierungen zur Gentechnik - Konflikte, Kommunikation und Kommerz* (S. 169-185). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Baringhorst, S. (2008). Political protest on the net. *German Policy Studies, 4*(4), 63-93.
- Baringhorst, S. (2009). Politischer Protest im Netz - Möglichkeiten und Grenzen der Mobilisierung transnationaler Öffentlichkeit im Zeichen digitaler Kommunikation. In F. Marcinkowski & B. Pfetsch (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie. PVS - Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 42/2009* (S. 609-635). Wiesbaden: VS Verlag.
- Barnes, M., Newman, J., & Sullivan, H. (2006). Discursive arenas: Deliberation and the constitution of identity in public participation at a local level. *Social Movement Studies, 5*(3), 193-207.
- Beck, U. (1997). Subpolitics: Ecology and the disintegration of institutional power. *Organization & Environment, 10*(1), 52-65.
- Benford, R. D., & Snow, D. A. (2000). Framing processes and social movements: An overview and assessment. *Annual Review of Sociology, 26*(1), 611-639.
- Bennett, W. L. (1990). Toward a theory of press-state relations in the United States. *Journal of Communication, 40*(2), 103-127.
- Bennett, W. L. (2003). Communicating global activism. Strengths and vulnerabilities of networked politics. *Information, Communication & Society, 6*(2), 143-168.
- Bennett, W. L. (2009). Power and the news media: The press and democratic accountability. In F. Marcinkowski & B. Pfetsch (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie. PVS - Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 42/2009* (S. 84-102). Wiesbaden: VS Verlag.
- Bennett, W. L., Breunig, C., & Givens, T. (2008). Communication and political mobilization: Digital media and the organization of anti-Iraq war demonstrations in the U.S. *Political Communication, 25*(3), 269-289.
- Blee, K. M., & Taylor, V. (2002). Semi-structured interviewing in social movement research. In B. Klandermans & S. Staggenborg (Hrsg.), *Methods of social movement research* (S. 118-145). Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.

- Bogner, A., & Menz, W. (2005). Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In A. Bogner, B. Littig & W. Menz (Hrsg.), *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung* (S. 33-79). Wiesbaden: VS Verlag.
- Brainard, L. A., & Siplon, P. D. (2002). Cyberspace challenges to mainstream nonprofit health organizations. *Administration & Society*, 34(2), 141-175.
- Brainard, L. A., & Siplon, P. D. (2004). Toward nonprofit organization reform in the voluntary spirit: Lessons from the internet. *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 33(3), 435-457.
- Brainard, L. A., & Brinkerhoff, J. (2004). Lost in cyberspace: Shedding light on the dark matter of grassroots organizations. *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 33(3 suppl.), 32S-53S.
- Brändli, M., & Wassmer, C. (2014). Politische und mediale Strukturen als Determinanten der Bedeutung der persönlichen Website: Ein Vergleich von Parteien im Schweizer Nationalratswahlkampf 2011. In F. Oehmer (Hrsg.), *Politische Interessenvermittlung und Medien. Funktionen, Formen und Folgen medialer Kommunikation von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen* (S. 141-170). Baden-Baden: Nomos.
- Breuer, F. (2003). Subjekthaftigkeit der sozialwissenschaftlichen Erkenntnistätigkeit und ihre Reflexion: Epistemologische Fenster, methodische Umsetzungen. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 4(2).
- Brettschneider, F. (2014). Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung in der Energiewende. In Bundesnetzagentur (Hrsg.), *Wissenschaftsdialog 2013. Technologie, Landschaft und Kommunikation, Wirtschaft* (S. 13-31). Bonn: Bundesnetzagentur.
- Britt, D. W. (1997). *A conceptual introduction to modeling. Qualitative and quantitative perspectives*. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.
- Buechler, S. M. (1993). Beyond resource mobilisation. *The Sociological Quarterly*, 34(2), 217-235.
- Buechler, S. M. (2008). Social strain, structural breakdown, political opportunity, and collective action. *Sociology Compass*, 2(3), 1031-1044.
- Bundesregierung (2015). *Erdkabel statt Freileitung*. Abgerufen von: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/10/2015-10-07-netzausbau-erdkabel-statt-freileitung.html>
- Bussemer, T. (2011). *Die erregte Republik. Wutbürger und die Macht der Medien*. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag.
- Cammaerts, B. (2012). Protest logics and the mediation opportunity structure. *European Journal of Communication*, 27(2), 117-134.
- Cammaerts, B., Mattoni, A., & McCurdy, P. (Hrsg.). (2013). *Mediation and protest movements*. Bristol/Chicago: intellect.
- Carroll, W. K. & Hackett, R. A. (2006). Democratic media activism through the lens of social movement theory. *Media Culture Society*, 28(1), 83-104.
- Chadwick, A. (2007). Digital network repertoires and organizational hybridity. *Political Communication*, 24(3), 283-301.
- Choup, A. M. (2008). The formation and manipulation of collective identity: A framework for analysis. *Social Movement Studies*, 7(2), 191-207.

- Clemens, E. (2003). Organizational repertoires. In J. Goodwin & J. M. Jasper (Hrsg.), *The social movements reader. Cases and concepts* (S. 168-201). Malden, MA: Blackwell.
- Cotton, M., & Devine-Wright, P. (2010). NIMBYism and community consultation in electricity transmission network planning. In P. Devine-Wright (Hrsg.), *Renewable energy and the public: From NIMBY to participation* (S. 115-128). London: Routledge.
- Crossley, N. (2002). *Making sense of social movements*. Buckingham: Open University Press.
- Dahlgren, P. (2009). *Media and political engagement. Citizens, communication, and democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Della Porta, D., & Diani, M. (2006). *Social movements. An introduction* (zweite Auflage). Malden, MA: Blackwell.
- Della Porta, D. (2013). Bridging research on democracy, social movements and communication. In B. Cammaerts, A. Mattoni & P. McCurdy (Hrsg.), *Mediation and protest movements* (S. 23-37). Bristol/Chicago: intellect.
- Downing, J. (2008). Social movement theories and alternative media: An evaluation and critique. *Communication, Culture & Critique*, 1(1), 40-50.
- Downs, A. (1972). Up and down with ecology – “the issue-attention cycle“. *The National Affair*, 22(Summer 1972), 38-50.
- Dunbar-Hester, C. (2009). ‘Free the spectrum!’ Activist encounters with old and new media technology. *New Media & Society*, 11(1-2), 221-240.
- Dreiling, M., Lougee, N., Jonna, R., & Nakamura, T. (2008). Environmental organizations and communication praxis: A study of communication strategies among a national sample of environmental organizations. *Organization & Environment*, 21(4), 420-445.
- Dresing, T., & Pehl, T. (2011). *Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende* (5. Auflage). Marburg.
- Drury, J., Reicher, S., & Stott, C. (2003). Transforming the boundaries of collective identity: From the “local” anti-road campaign to “global” resistance? *Social Movement Studies*, 2(2), 191-212.
- Earl, J. (2006) ‘Pursuing social change online: the use of four protest tactics on the internet’. *Social Science Computer Review*, 24(3), 362-377.
- Earl, J. (2007). Leading tasks in a leaderless movement: The case of strategic voting. *American Behavioral Scientist*, 50(10), 1327-1349.
- Earl, J., Kimport, K., Prieto, G., Rush, C., & Reyonoso, K. (2010). Changing the world one webpage at a time: Conceptualizing and explaining internet activism. *Mobilization: An International Quarterly*, 15(4), 425-446.
- Earl, J., & Rohlinger, D. A. (Hrsg.). (2012). *Media, movements, and political change*. Bingley: Emerald Group.
- Eder, K. (2000). *Kulturelle Identität zwischen Tradition und Utopie: Soziale Bewegungen als Ort gesellschaftlicher Lernprozesse*. Frankfurt/Main: Campus.
- Edwards, B., & McCarthy, J. D. (2004). Resources and social movement mobilization. In D. A. Snow, S. A. Soule & H. Kriesi (Hrsg.), *The Blackwell companion to social movements* (S. 116-152). Oxford, UK: Blackwell.
- Eisinger, P. (1973). The conditions of protest behavior in American cities. *The American Political Science Review*, 67(1), 11-28.

- Emmer, M. (2005). *Politische Mobilisierung durch das Internet? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums*. München: Reinhard Fischer.
- Emmer, M., & Bräuer, M. (2010). Online-Kommunikation politischer Akteure. In W. Schweiger & K. Beck (Hrsg.), *Handbuch Onlinekommunikation* (S. 311-337). Wiesbaden: VS Verlag.
- Emmer, M., Vowe, G., & Wolling, J. (2011). *Bürger Online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*. Konstanz: UVK.
- Engesser, S., & Wimmer, J. (2009). Gegenöffentlichkeit(en) und partizipativer Journalismus im Internet. *Publizistik*, 54(1), 43-63.
- Entman, R. M. (1993). Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51-58.
- Entman, R. M. (2004). *Projections of power. Framing news, public opinion and U.S. foreign policy*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Ferree, M. M. (1992). The political context of rationality. In A. D. Morris & C. McClurg Mueller (Hrsg.), *Frontiers in social movement theory* (S. 29-52). Morristown, NJ: Yale University Press.
- Fillieule, O. (2014). Public space, media and protest movements. In F. Oehmer (Hrsg.), *Politische Interessenvermittlung und Medien. Funktionen, Formen und Folgen medialer Kommunikation von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen* (S. 337-357). Baden-Baden: Nomos.
- Fischer, S., Fischhaber, A., Grieb, A., Hengst, B., Reinbold, F., & Ternieden, H. (2010). *Protest gegen Großprojekte: Barrikadenrepublik Deutschland*. Abgerufen von: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/protest-gegen-grossprojekte-barrikadenrepublik-deutschland-a-721162.html>
- Fisher, D. R., & Boekkooi, M. (2010). Mobilizing friends and strangers. *Information, Communication & Society*, 13(2), 193-208.
- Flick, U. (2008). *Triangulation. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Frankenhäuser, Y. (2014). *Energiewende und Öffentlichkeitsbeteiligung: eine inhaltsanalytische Untersuchung des "Runden Tisches" zum geplanten Pumpspeicherwerk im Thüringer Rennsteig*. (Nicht veröffentlichte Masterarbeit). Technische Universität Ilmenau, Deutschland.
- Funke, P. N., & Wolfson, T. (2013). Class in-formation: The intersection of old and new media in contemporary urban social movements. *Social Movement Studies*, 13(3), 349-364.
- Gamson, W. A., & Modigliani, A. (1989). Media discourse and public opinion on nuclear power: A constructionist approach. *American Journal of Sociology*, 95(1), 1-37.
- Gamson, W. A. (1992) *Talking politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gamson, W. A., & Wolfsfeld, G. (1993). Movements and media as interacting systems. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 528(1), 114-125.
- Garcelon, M. (2006). The 'Indymedia' experiment: The internet as movement facilitator against institutional control. *Convergence*, 12(1), 55-82.
- Gerbaudo, P. (2012). *Tweets and the streets: Social media and contemporary activism*. London: Pluto Books.

- Gerhards, J., & Neidhardt, F. (1991). Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In S. Müller-Doohm & K. Neumann-Braun (Hrsg.), *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation* (S. 31-90). Oldenburg: Universitätsverlag.
- Gerhards, J., & Schäfer, M. (2007). Demokratische Internet-Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangenomforschung. *Publizistik*, 52(2), 210-228.
- Gerlach, L. P. (1999). The structure of social movements: Environmental activism and its opponents. In J. Freeman & V. Johnson (Hrsg.), *Waves of protest. Social movements since the sixties* (S. 85-97). Lanham: Rowman & Littlefield.
- Gibbs, L. (2002). Citizen activism for environmental health: The growth of a powerful new grassroots health movement. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 584(1), 97-109.
- Gitlin, T. (2003, Original 1980). *The whole world is watching. Mass media in the making and unmaking of the new left*. Berkeley: University of California Press.
- Gläser, J., & Laudel, G. (2009). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Green, J. C. (1999). The spirit willing: Collective identity and the development of the christian right. In J. Freeman & V. Johnson (Hrsg.), *Waves of protest. Social movements since the sixties* (S. 153-167). Lanham: Rowman & Littlefield.
- Guggenberger, B., & Kempf, U. (Hrsg.). (1978). *Bürgerinitiativen und repräsentatives System*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Guggenberger, B. (1980). *Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Von der Ökologiebewegung zur Umweltpartei*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer.
- Guggenberger, B., & Kempf, U. (Hrsg.). (1984). *Bürgerinitiativen und repräsentatives System* (zweite erweiterte Auflage). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Haas, S. M., Irr, M. E., Jennings, N. A., & Wagner, L. M. (2011). Communicating thin: A grounded model of online negative enabling support groups in the pro-anorexia movement. *New Media & Society*, 13(1), 40-57.
- Habermas, J. (2006). Political communication in media society: Does democracy still enjoy an epistemic dimension? The impact of normative theory on empirical research. *Communication Theory*, 16(4), 411-426.
- Hanel, K., Marschall, S., & Wilker, N. (2014). Neue Medien – Neue Machtverhältnisse? Eine Fallstudie zum Einsatz von Online-Beteiligungsplattformen durch Parteien. In F. Oehmer (Hrsg.), *Politische Interessenvermittlung und Medien. Funktionen, Formen und Folgen medialer Kommunikation von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen* (S. 115-140). Baden-Baden: Nomos.
- Hara, N., & Estrada, Z. (2005). Analyzing the mobilization of grassroots activities via the internet: a case study. *Journal of Information Science*, 31(6), 503-514.
- Hauff, V. (Hrsg.). (1980). *Bürgerinitiativen in der Gesellschaft: politische Dimensionen und Reaktionen*. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag.
- Haunss, S., & Ullrich, P. (2013). Viel Bewegung – wenig Forschung. Zu- und Gegenstand von sozialwissenschaftlicher Protest- und Bewegungsforschung in der Bundesrepublik. *Soziologie*, 42(3), 290-304.
- Helfferrich, C. (2005). *Die Qualität qualitativer Daten: Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Hickethier, K. (2000). Medialisierung, Medienverschmelzung und Öffentlichkeitsvielfalt. In W. Faulstich & K. Hickethier (Hrsg.), *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung* (S. 272-284). Bardowick: Wissenschaftler-Verlag.
- Hilgartner, S., & Bosk, C. L. (1988). The rise and fall of social problems: A public arenas model. *The American Journal of Sociology*, 94(1), 53-78.
- Hocke, P. (2001). Protestieren nur die Studenten? Ein Vergleich mittelgroßer Städte in der "alten" Bundesrepublik. In D. Rucht (Hrsg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen* (S. 211-239). Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Hocke, P. (2002). *Massenmedien und lokaler Protest. Eine empirische Fallstudie zur Medienselektivität in einer westdeutschen Bewegungshochburg*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hopf, C. (1982). Norm und Interpretation. Einige methodische und theoretische Probleme der Erhebung und Analyse subjektiver Interpretationen in qualitativen Untersuchungen. *Zeitschrift für Soziologie*, 11(3), 307-329.
- Holz-Bacha, C. (1990). *Ablenkung oder Abkehr von der Politik? Mediennutzung im Geflecht politischer Orientierungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hutter, S., & Teune, S. (2012). Politik auf der Straße: Deutschlands Protestprofil im Wandel. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (62)25-26, 9-17.
- Inglehart, R. (1977). *The silent revolution: Changing values and political styles among western publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Issig, P. (06. Februar 2014). Warum Seehofer allzeit auf Krawall gebürstet ist. *Die Welt*.
- Jarren, O. (1984). *Kommunale Kommunikation. Eine theoretische und empirische Untersuchung kommunaler Kommunikationsstrukturen unter besonderer Berücksichtigung lokaler und sublokaler Medien*. München: Minerva.
- Jarren, O., & Donges, P. (2002). *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Band 1: Verständnis, Rahmen und Strukturen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jasper, J. M. (1997). *The art of moral protest: Culture, biography, and creativity in social movements*. Chicago: University of Chicago Press.
- Jasper, J. M. (1999). Recruiting intimates, recruiting strangers: Building the contemporary animal rights movement. In J. Freeman & V. Johnson (Hrsg.), *Waves of protest. Social movements since the sixties* (S. 65-82). Lanham: Rowman & Littlefield.
- Jenkins, J. C. (1983). Resource mobilization theory and the study of social movements. *Annual Review of Sociology*, 9, 527-553.
- Kahn, R., & Kellner, D. (2004). New media and internet activism: From the "battle of Seattle" to blogging. *New Media & Society*, 6(1), 87-95.
- Karl, F. (1980). *Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung*. Frankfurt am Main: IMSF.
- Kessler, F. (2013). *Mut Bürger: Die Kunst des neuen Demonstrierens*. Berlin: Hanser.
- Kielbowicz, R. B., & Scherer, C. W. (1986). The role of the press in the dynamics of social movements. In K. Lang & G. E. Lang (Hrsg.), *Research in social movements, conflicts and change: A research manual* (S. 71-96). London: JAI Press.
- King, G., Keohane, R. O., & Verba, S. (1994). *Designing social inquiry. Scientific inference in qualitative research*. Princeton: Princeton University Press.

- Kitschelt, H. P. (1986). Political opportunity structures and political protest: Anti-nuclear movements in four democracies. *British Journal of Political Science*, 16(1), 57-85.
- Kitts, J. (2000). Mobilizing in black boxes: Social networks and participation in social movement organizations. *Mobilization: An International Quarterly*, 5(2), 241-257.
- Klandermans, B., & de Weerd, M. (2000). Group identification and political protest. In S. Stryker, T. Owens & R. W. White (Hrsg.), *Social psychology and social movements: Cloudy past and bright future* (S. 68-92). Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Knirsch, H., & Nickolmann, F. (1976). *Die Chance der Bürgerinitiativen. Ein Handbuch*. Wuppertal: Peter Hammer.
- Koopmans, R., & Statham, P. (2000). *Challenging immigration and ethnic relations politics: Comparative european perspectives*. Oxford: Oxford University Press.
- Koopmans, R. (2004). Movements and media: Selection processes and evolutionary dynamics in the public sphere. *Theory and Society*, 33, 367-391.
- Koopmans, R., & Muis, J. (2008). The rise of right-wing populist Pim Fortuyn in the Netherlands: A discursive opportunity approach. *WZB Discussion Paper, No. SP IV 2008-703*. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung.
- Kreß, K., & Nikolai, K.-G. (1985). *Bürgerinitiativen. Zum Verhältnis von Betroffenheit und politischer Beteiligung der Bürger*. Bonn: Bouvier.
- Kretschmer, W., & Rucht, D. (1991). Beispiel Wackersdorf: Die Protestbewegung gegen die Wiederaufbereitungsanlage. Gruppen, Organisationen, Netzwerke. In R. Roth & D. Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 180-212). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kriesi, H. (1996). The organizational structure of new social movements in a political context. In D. McAdam, J. D. McCarthy & M. N. Zald (Hrsg.), *Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framing* (S. 152-184). Cambridge: Cambridge University Press.
- Kriesi, H. (2004). Political context and opportunity. In D. A. Snow, S. A. Soule & H. Kriesi (Hrsg.), *The Blackwell companion to social movements* (S. 67-90). Oxford, UK: Blackwell.
- Krotz, F. (2000). Öffentlichkeit und medialer Wandel. Sozialwissenschaftliche Überlegung zur Verwandlung der Öffentlichkeit durch das Internet. In W. Faulstich & K. Hickethier (Hrsg.), *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung* (S. 210-223). Bardowick: Wissenschaftler-Verlag.
- Kubicek, H. (2014). "Mitreden" beim Netzausbau: Erwartungen, Wissensstand und Empfehlungen. In Bundesnetzagentur (Hrsg.), *Wissenschaftsdialog 2013. Technologie, Landschaft und Kommunikation, Wirtschaft* (S. 69-92). Bonn: Bundesnetzagentur.
- Kuckartz, U. (2012). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Kurbjuweit, D. (2010). Der Wutbürger. *DER SPIEGEL*, 41/2010, 26-27.
- Kurp, M. (1994). *Lokale Medien und kommunale Elite. Partizipatorische Potentiale des Lokaljournalismus bei Printmedien und Hörfunk in Nordrhein-Westfalen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kutz-Flamenbaum, R. V., Staggenborg, S., & Duncan, B. J. (2012). Media framing of the Pittsburgh G-20 protests. In J. Earl & D. A. Rohlinger (Hrsg.), *Media, movements, and political change* (S. 109-135). Bingley: Emerald Group.

- Lamnek, S. (1995). *Qualitative Sozialforschung. Band I: Methodologie*. Weinheim: Beltz.
- Lazarsfeld, P. F., Berelson, B., & Gaudet, H. (1968). *The people's choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign*. New York: Columbia University Press.
- Lester, L., & Hutchins, B. (2009). Power games: Environmental protest, news media and the internet. *Media, Culture & Society*, 31(4), 579-595.
- Leizerov, S. (2000). Privacy advocacy groups versus Intel: A case study of how social movements are tactically using the internet to fight corporations. *Social Science Computer Review*, 18(4), 461-483.
- Lindlof, T. R. (1995). *Qualitative communication research methods*. Thousand Oaks (CA), London, New Dehli: Sage.
- Lingenberg, S. (2014). Mobilisiert-Mediatisierte Lebenswelten und der Wandel des öffentlichen Raums. In J. Wimmer & M. Hartmann (Hrsg.), *Medienkommunikation in Bewegung. Mobilisierung – Mobile Medien – Kommunikative Mobilität* (S. 69-86). Wiesbaden: Springer VS.
- Lipsky, M. (1969). Protest as a political resource. *The American Political Science Review*, 62(4), 1144-1158.
- Loader, B. D. (2008). Social movements and new media. *Sociology Compass*, 2(6), 1920-1933.
- Löblich, M., & Wendelin, M. (2012). ICT policy activism on a national level: Ideas, resources and strategies of German civil society in governance processes. *New Media & Society*, 16(6), 899-915.
- Lomicky, C. S., & Hogg, N. M. (2010). Computer-mediated communication and protest. *Information, Communication & Society*, 13(5), 674-695.
- Lueger, M. (2000). *Grundlagen qualitativer Feldforschung*. Wien: WUV.
- Marcinkowski, F., & Steiner, A. (2009). Was heißt Medialisierung? Autonomiebeschränkung oder Ermöglichung von Politik durch Massenmedien? *National Centre of Competence in Research (NCCR) Challenges to Democracy in the 21st Century Working Paper No. 29*. Zürich: NCCR Democracy.
- Marcinkowski, F., & Steiner, A. (2010). Was heißt "Medialisierung"? Autonomiebeschränkung oder Ermöglichung von Politik durch Massenmedien? In K. Arnold, S. Kinnebrock & H.-U. Wagner (Hrsg.), *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen. Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert* (S. 51-76). Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Marg, S., Hermann, C., Hambauer, V., & Becké, A. B. (2013). "Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin". Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende. In S. Marg, L. Geiges, F. Butzlaff & F. Walter (Hrsg.), *Die Neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?* (S. 94-138). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Markham, T. (2014). Social Media, protest cultures and political subjectivities of the Arab Spring. *Media, Culture & Society*, 36(1), 89-104.
- Matthes, J. (2007). *Framing-Effekte: Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellungen der Rezipienten*. München: Reinhard Fischer.
- Matthöfer, H. (Hrsg.). (1977). *Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen*. Villingen-Schwenningen: Necker-Verlag.

- Mattoni, A. (2013). Repertoires of communication in social movement processes. In B. Cammaerts, A. Mattoni & P. McCurdy (Hrsg.), *Mediation and protest movements* (S. 39-56). Bristol/Chicago: intellect.
- Mattoni, A., & Treré, E. (2014). Media practices, mediation processes, and mediatization in the study of social movements. *Communication Theory*, 24(3), 252-271.
- Matzig, G. (2011). *Einfach nur dagegen: Wie wir unseren Kindern die Zukunft verbauen*. München: Goldmann.
- Mayer-Tasch, P. C. (1985). *Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Mayhall, L. E. N. (2006). Creating the "Suffragette spirit": British feminism and the historical imagination. *Women's History Review* 4(3), 319-344.
- Mayring, P. (1983). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz.
- Mazzoleni, G., & Schulz, W. (1999). "Mediatization" of politics: A challenge for democracy? *Political Communication*, 16(3), 247-261.
- McAdam, D. (1994). Taktiken von Protestbewegungen. Das „Framing“ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. In F. Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34/1994* (S. 393-412). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- McAdam, D., McCarthy, J. D., & Zald, N. N. (1996). Introduction. Opportunities, mobilizing structures, and framing processes. Toward a synthetic, comparative perspective on social movements. In D. McAdam, J. D. McCarthy & M. N. Zald (Hrsg.), *Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framing* (S. 1-20). Cambridge: Cambridge University Press.
- McAdam, D. (1996). The framing function of movement tactics. Strategic dramaturgy in the American civil rights movement. In D. McAdam, J. D. McCarthy, & M. N. Zald (Hrsg.), *Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framing* (S. 338-356). Cambridge: Cambridge University Press.
- McCarthy, J. D., & Zald, M. N. (1977). Resource mobilization and social movements. A partial theory. *American Journal of Sociology*, 82(6), 1212-1241.
- McCarthy, J. D., Smith, J., & Zald, M. N. (1996). Accessing public, media, electoral, and governmental agendas. In D. McAdam, J. D. McCarthy & M. N. Zald (Hrsg.), *Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framing* (S. 291-311). Cambridge: Cambridge University Press.
- McCarthy, J. D., McPhail, C., & Smith, J. (1996). Selektionskriterien in der Berichterstattung von Fernsehen und Zeitungen: Eine vergleichende Fallstudie anhand von Demonstrationen in Washington D.C. in den Jahren 1982 und 1991. *Forschungsjournal NSB*, 9(1), 26-45.
- McCarthy, J. D., & Zald, M. N. (2003). Social movement organization. In J. Goodwin & J. M. Jasper (Hrsg.), *The social movements reader. Cases and concepts* (S. 169-186). Malden, MA: Blackwell.
- McCarthy, J. D., & Walker, E. T. (2004). Alternative organizational repertoires of poor people's social movement organizations. *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 33(3), 97-119.
- McCombs, M. E., & Shaw, D. L. (1972). The agenda-setting function of mass media. *Public Opinion Quarterly*, 36(2), 176-187.

- McCombs, M. E. (2005). A look at agenda-setting: Past, present and future. *Journalism Studies*, 6(4), 543-557.
- McCurdy, P. (2009). *I predict a riot—Mediation and political contention: Dissent!'s media practices at the 2005 Gleneagles G8 Summit*. London: London School of Economics and Political Science.
- McCurdy, P. (2011). Theorizing “lay theories of media”: A case study of the Dissent! network at the 2005 Gleneagles G8 summit. *International Journal of Communication*, 5, 619-638.
- McCurdy, P. (2013). Mediation, practice and lay theories of news media. In B. Cammaerts, A. Mattoni & P. McCurdy (Hrsg.), *Mediation and protest movements* (S. 57-74). Bristol/Chicago: intellect.
- Melucci, A. (1999). Soziale Bewegungen in komplexen Gesellschaften. Die europäische Perspektive. In A. Klein, H.-J. Legrand & T. Leif (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven* (S. 114-130). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Merton, R. K. (1957). “Patterns of influence: Local and cosmopolitan Influentials” *Kapitel XII in Social theory and social structure*. New York: Free Press.
- Meyer, D. S. (2004). Protest and political opportunities. *Annual Review of Sociology*, 30(1), 125-145.
- Myers, D. J. (1994). Communication technology and social movements: Contributions of computer networks to activism. *Social Science Computer Review*, 12(2), 250-260.
- Miebach, B. (2010). *Soziologische Handlungstheorie. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Miles, M. B., & Huberman, A. M. (1994). *Qualitative data analysis: An expanded sourcebook*. London: Sage.
- Murck, M. (1983). Macht und Medien in den Kommunen. *Rundfunk und Fernsehen*, 31(3-4), 370-380.
- Neidhardt, F. (1994). Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In F. Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34/1994* (S. 7-41). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Neidhardt, F., & Rucht, D. (2001). Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994: Ereignisse, Themen, Akteure. In D. Rucht (Hrsg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen* (S. 27-70). Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Nessel, R., & Nowack, C. (1982). *Startbahn 18 West. Voraussetzungen und Folgen des Bürgerengagements gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Eine Fallstudie*. Frankfurt/Main: Haag+Herchen.
- Nestad, S. E., & Bob, C. (2006). When do leaders matter? Hypotheses on leadership dynamics in social movements. *Mobilization: An International Journal*, 11(1), 1-22.
- Neukirch, M. (2013). Konflikte um den Ausbau der Stromnetze. Status und Entwicklung heterogener Protestkonstellationen. *SOI Discussion Paper 2014-01*. Stuttgart: Universität Stuttgart.
- Niedermayer, O. (2015). *Pateimitglieder älter als 60 Jahre*. Abgerufen von: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42234/anteil-alte-menschen>

- Nisbet, M. C., Brossard, D., & Kroepsch, A. (2003). Framing science. The stem cell controversy in an age of press / politics. *The International Journal of Press/Politics*, 8(2), 36-70.
- Nowack, C. (1988). *Interessen, Kommunikation und politischer Protest. Die Rolle lokaler Interessen- und Kommunikationsstrukturen bei der Entstehung von Bürgerprotest*. Frankfurt/Main: Verlag für Akademische Schriften.
- Nowacki, A. (2015). *Bürgerproteste und Journalismus: Wie wirken sich Beziehungen zwischen Bürgerinitiativen und Journalistinnen und Journalisten auf deren journalistisches Handeln aus?* (Nicht veröffentlichte Bachelorarbeit). Technische Universität Ilmenau, Deutschland.
- Oberschall, A. (1973). *Social conflict and social movements*. Englewood Cliffs, NJ : Prentice-Hall.
- Offe, C. (1972). *Strukturprobleme des spätkapitalistischen Staats. Aufsätze zur politischen Soziologie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Oliver, P. E., & Myers, D. J. (1999). How events enter the public sphere: Conflict, location, and sponsorship in local newspaper coverage of public events. *American Journal of Sociology*, 105(1), 38-87.
- Oliver, P. E., & Maney, G. M. (2000). Political processes and local newspaper coverage of protest events: From selection bias to triadic interactions. *American Journal of Sociology*, 106(2), 463-505.
- Olson, M. (1971). *The logic of collective action. Public goods and the theory of groups*. Cambridge, MA, London: Harvard University Press.
- Ohlemacher, T. (1992). Social relays: Micro-mobilization via the meso-level. *WZB Report No. FS III 92-104*. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung.
- Ohme-Reinicke, A. (2012). *Das große Unbehagen. Die Protestbewegung gegen „Stuttgart 21“: Aufbruch zu neuem bürgerlichen Selbstbewusstsein?* Stuttgart: Schmetterling.
- Opp, K.-D. (1998). Die Perspektive der Ressourcenmobilisierung und der Theorie des kollektiven Handelns. Eine Anwendung zur Erklärung der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik. In K.-U. Hellmann & R. Koopmans (Hrsg.), *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehen und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus* (S. 90-108). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Owens, L., & Palmer, L. K. (2003). Making the news: Anarchist counter-public relations on the world wide web. *Critical Studies in Media Communication*, 20(4), 335-361.
- Peters, B. (1994). Der Sinn von Öffentlichkeit. In F. Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34/1994* (S. 42-76). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Pfetsch, B., & Marcinkowski, F. (2009). Problemlagen der „Mediendemokratie“ – Theorien und Befunde zur Medialisierung von Politik. In F. Marcinkowski & B. Pfetsch (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie. PVS-Sonderheft 42/2009* (S. 11-33). Wiesbaden: VS Verlag.
- Pickard, V. W. (2006). Assessing the radical democracy of Indymedia: Discursive, technical, and institutional constructions. *Critical Studies in Media Communication*, 23(1), 19-38.
- Poell, T., & Borra, E. (2012). Twitter, YouTube, and Flickr as platforms of alternative journalism: The social media account of the 2010 Toronto G20 protests. *Journalism*, 13(6), 695-713.

- Rauch, J. (2007). Activists as interpretive communities: rituals of consumption and interaction in an alternative media audience. *Media, Culture & Society*, 29(6), 994-1013.
- Reckwitz, A. (2002). Toward a theory of social practices: A development in culturalist theorizing. *European Journal of Social Theory*, 5(2), 243-263.
- Robinson, M. J. (1975). American political legitimacy in an era of electronic journalism: Reflections on the evening news. In D. Cater & R. Adler (Hrsg.), *Television as a social force: New approaches to TV criticism* (S. 97-139). New York, London: Praeger.
- Rohlinger, D. A., Kail, B., Taylor, M., & Conn, S. (2012). Outside the mainstream: Social movement organization media coverage in mainstream and partisan news outlets. In J. Earl & D. A. Rohlinger (Hrsg.), *Media, movements, and political change* (S. 51-80). Bingley: Emerald Group.
- Rolfe, B. (2005). Building an electronic repertoire of contention. *Social Movement Studies*, 4(1), 65-74.
- Rössler, P. (1997). *Agenda-Setting. Theoretische Annahmen und empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Roth, R. (1999). Lokale Demokratie „von unten“. Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegung in der Kommunalpolitik. In H. Wollmann & R. Roth (Hrsg.), *Kommunalpolitik: Politisches Handeln in den Gemeinden* (S. 2-22). Wiesbaden: VS Verlag.
- Rucht, D. (1982). *Planung und Partizipation. Bürgerinitiativen als Reaktion und Herausforderung politisch-administrativer Planung*. München: tuduv.
- Rucht, D. (1995). Soziale Bewegungen und Initiativgruppen. In U. Flick, E. von Kardoff, H. Keupp, L. von Rosenstiel & S. Wolff (Hrsg.), *Handbuch qualitative Forschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen* (S. 408-411). Weinheim: Psychologie VerlagsUnion.
- Rucht, D. (1996). The Impact of national contexts on social movement structures: A cross-movement and cross-national comparison. In D. McAdam, J. D. McCarthy & M. N. Zald (Hrsg.), *Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framing* (S. 185-204). Cambridge: Cambridge University Press.
- Rucht, D. (2002). Mobilization against large techno-industrial projects: A comparative perspective. *Mobilization: An International Quarterly*, 7(1), 79-95.
- Rucht, D. (2004). The quadruple 'a': Media strategies of protest movements since the 1960s. In W. van de Donk, B. D. Loader, P. Nixon & D. Rucht (Hrsg.), *Cyberprotest: new media, citizens and social movements* (S. 29-56). London: Routledge.
- Rucht, D. (2010). *PRODAT-Codesheet Deutsch/Englisch*. Abgerufen von: <https://www.wzb.eu/de/forschung/beendete-forschungsprogramme/zivilgesellschaft-und-politische-mobilisierung/projekt/prodat-dokument>
- Rucht, D., Baumgarten, B., Teune, S., & Stuppert, W. (2010). *Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010*. Abgerufen von: <https://www.wzb.eu/sites/default/files/projekte/stgt21kurzbericht2010.pdf>
- Russell, A. (2005). Myth and the Zapatista movement: Exploring a network identity. *New Media & Society*, 7(4), 559-577.
- Ryan, C. (1991). *Prime time activism: Media strategies for grassroots organizing*. Boston: South End Press.

- Schenk, M. (1981). Bürgerinitiativen: Interpersonelle Kommunikation und politischer Einfluss. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 33(4), 623–641.
- Schenk, M. (1982). *Kommunikationsstrukturen in Bürgerinitiativen. Empirische Untersuchungen zur interpersonellen Kommunikation und politischen Meinungsbildung*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Scheuer, A. (2013). *Materielle und postmaterielle Werte*. Abgerufen von: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/werte-und-einstellungen/174282/materielle-und-postmaterielle-werte>
- Schnelle, K., & Voigt, M. (2012). *Energiewende und Bürgerbeteiligung. Öffentliche Akzeptanz von Infrastrukturprojekten auf am Beispiel der „Thüringer Strombrücke“*. Erfurt: Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen.
- Schreier, M. (2012). *Qualitative content analysis in practice*. London: Sage.
- Schulz, W. (2004). Reconstructing mediatization as an analytical concept. *European Journal of Communication*, 19(1), 87-101.
- Schulze, A., & Preusse, J. (2014). Erwartungen und Ansprüche von Nutzern an den Auftritt intermediärer Organisationen in sozialen Onlinenetzwerken. Eine Studie am Beispiel der Facebook-Seiten von NGOs. In F. Oehmer (Hrsg.), *Politische Interessenvermittlung und Medien. Funktionen, Formen und Folgen medialer Kommunikation von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen* (S. 314-333). Baden-Baden: Nomos.
- Schweizer-Ries, P., Rau, I., & Zoellner, J. (2010). *Umweltpsychologische Untersuchung der Akzeptanz von Maßnahmen zur Netzintegration Erneuerbarer Energien in der Region Wahle – Mecklar (Niedersachsen und Hessen)*.
- Seo, H., Kim, J. Y., & Yang, S. U. (2009). Global activism and new media: A study of transnational NGOs' online public relations. *Public Relations Review*, 35(2), 123-126.
- Smith, J. (2002). Bridging global divides? Strategic framing and solidarity in transnational social movement organizations. *International Sociology*, 17(4), 505-528.
- Snow, D. A., Zurcher, L. A., & Eklund-Olson, S. (1980). Social networks and social movements: A microstructural approach to differential recruitment. *American Sociological Review*, 45(5), 787-801.
- Snow, D. A., Rochford, E. B., Wordon, S. K., & Benford, R. D. (1986). Frame alignment processes, micromobilization, and movement participation. *American Sociological Review*, 51(4), 464-481.
- Snow, D. A. & McAdam, D. (2000) 'Identity work processes in the context of social movements: Clarifying the identity/movement nexus'. In S. Stryker, T. J. Owens & R. W. White (Hrsg.), *Self, identity and social movements* (S. 41-67). Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Snow, D. A., & Trom, D. (2002). The case study and the study of social movements. In B. Klandermans & S. Staggenborg (Hrsg.), *Methods of social movement research* (S. 146-172). Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Snow, D. A., Soule, S., & Kriesi, H. (Hrsg.). (2004). *The Blackwell companion to social movements*. Malden, MA: Blackwell.
- SPIEGEL, der (2010). *Die Dagegen-Republik*.
- Staggenborg, S. (2011). *Social movements*. Oxford: Oxford University Press.

- Stamm, K.-H. (1988). *Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen*. Frankfurt/Main: Campus.
- Stein, L. (2009). Social movement web use in theory and practice: A content analysis of US movement websites. *New Media & Society*, 11(5), 749-771.
- Tarrow, S. (1996). States and opportunities: The political structuring of social movements. In D. McAdam, J. D. McCarthy & M. N. Zald (Hrsg.), *Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framing* (S. 41-61). Cambridge: Cambridge University Press.
- Taylor, V., & Whittier, N. E. (1999). Collective identity in social movement communities: Lesbian feminist mobilization. In J. Freeman & V. Johnson (Hrsg.), *Waves of protest. Social movements since the sixties* (S. 169-194). Lanham: Rowman & Littlefield.
- Tilly, C. (1978). *From mobilization to revolution*. New York: Random House.
- Tilly, C., & Tarrow, S. (2007). *Contentious politics*. Boulder, CO: Paradigm Publishers.
- Tufekci, Z., & Wilson, C. (2012). Social media and the decision to participate in political protest: Observations from Tahrir Square. *Journal of Communication*, 62(2), 363-379.
- Valenzuela, S. (2013). Unpacking the use of social media for protest behavior: The roles of information, opinion expression, and activism. *American Behavioral Scientist*, 57(7), 920-942.
- van Aelst, P., & Walgrave, S. (2002). New media, new movements? The role of the internet in shaping the "anti-globalization" movement. *Information, Communication & Society*, 5(4), 465-493.
- van de Donk W., Loader, B. D., Nixon, P. G., & Rucht, D. (Hrsg.). (2004). *Cyberprotest: New media, citizens and social movements*. London: Routledge.
- van Zoonen, E. A. (1992) The women's movement and the media: Constructing a public identity. *European Journal of Communication* 7(4), 453-476.
- Voss, K. (2008). Nichtregierungsorganisationen und das Social Web: Mittel der Zukunft oder Bedrohung? In A. Zerfaß, M. Welker & J. Schmidt (Hrsg.), *Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 2: Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik* (S. 231-247). Köln: Herbert von Halem.
- Voss, K. (2014). Soziale Bewegungen online – mediale Kommunikation, Mobilisierung und Proteste im Netz. In F. Oehmer (Hrsg.), *Politische Interessenvermittlung und Medien. Funktionen, Formen und Folgen medialer Kommunikation von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen* (S. 378-398). Baden-Baden: Nomos.
- Vowe, G. (2006). Mediatisierung der Politik? Ein theoretischer Ansatz auf dem Prüfstand. *Publizistik*, 51(4), 437-455.
- Walsh, E. J. (1981). Resource mobilization and citizen protest in communities around Three Mile Island. *Social Problems*, 29(1), 1-21.
- Wallner, C., & Adolf, M. (2014). Räume und Kontexte öffentlicher Kommunikation. In J. Wimmer & M. Hartmann (Hrsg.), *Medienkommunikation in Bewegung. Mobilisierung – Mobile Medien – Kommunikative Mobilität* (S. 87-101). Wiesbaden: Springer VS.
- Walter, F. (2013). Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft. In S. Marg, L. Geiges, F. Butzlaff & F. Walter (Hrsg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?* (S. 301-343) Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

- Ward, J. C., & Ostrom, A. L. (2006). Complaining to the masses: The role of protest framing in customer-created complaint web sites. *Journal of Consumer Research*, 33(2), 220-230.
- Wehling, H.-G., & Kost, A. (1999). Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. In A. Kost & H.-G. Wehling (Hrsg.), *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung* (S. 7-19). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Wendelin, M., & Löblich, M. (2013). Netzpolitik-Aktivismus in Deutschland. Deutungen, Erwartungen und Konstellationen zivilgesellschaftlicher Akteure. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 61(1), 58-75.
- Wimmer, J. (2007). *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft: Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Wisler, D., & Giugni, M. (1999). Under the spotlight: the impact of media attention on protest policing. *Mobilization: An International Quarterly*, 4(2), 171-187.
- Wöhler, K. (2000). Zur Verräumlichung von Öffentlichkeit. In W. Faulstich & K. Hickethier (Hrsg.), *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung* (S. 48-62). Bardowick: Wissenschaftler-Verlag.
- Wolling, J. (1999). *Politikverdrossenheit durch Massenmedien? Der Einfluss der Medien auf die Einstellungen der Bürger zur Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wolling, J., & Bräuer, M. (2010). *Bürgerinitiativen: Ihre Funktion aus Sicht der Bevölkerung und ihre kommunikativen Aktivitäten*. URN: urn:nbn:de:gbv:ilm1-2011200354
Abgerufen von: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:ilm1-2011200354>
- Wolling, J., & Bräuer, M. (2013). Representatives of the public? Members of protest groups versus party members, "IAMCR 2013 Conference Dublin. Crises, 'Creative Destruction' and the Global Power and Communication Orders". Dublin, Irland (unveröffentlichter Konferenzbeitrag).
- Wolsink, M. (2000). Wind power and the NIMBY-myth: Institutional capacity and the limited significance of public support. *Renewable Energy*, 21, 49-64.
- Wüstenhagen, H. H. (1975). *Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl – der Anfang?* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Xenos, M., & Moy, P. (2007). Direct and differential effects of the internet on political and civic engagement. *Journal of Communication*, 57(4), 704-718.
- Yin, R. K. (1994). *Case study research. Design and methods*. Thousand Oaks (CA), London, New Dehli: Sage.
- Zald, M. N., & McCarthy, J. D. (1979). Social movement industries? Competition and cooperation between social movement organizations. *CRSO Working Paper No. 201*. Ann Arbor: University of Michigan.
- Zald, M. N. (1996). Culture, ideology, and strategic framing. In D. McAdam, J. D. McCarthy & M. N. Zald (Hrsg.), *Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framing* (S. 261-274). Cambridge: Cambridge University Press.
- Ziekow, J., Gabriel, O. W., Remer-Bollow, U., Buchholz, F., & Ewen, C. (2013): Evaluation und Begleitforschung Runder Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf. *Forschungsbericht BWPULS*.

Abbildungsverzeichnis

| | | |
|---------------|--|-----|
| Abbildung 1: | Mitarbeit in Bürgerinitiativen | 22 |
| Abbildung 2: | Die Altersstruktur von Menschen, die in Bürgerinitiativen mitarbeiten | 24 |
| Abbildung 3: | Hauptdimensionen des Protestrepertoires | 62 |
| Abbildung 4: | Dimensionen des Konzeptes der Gelegenheitsstrukturen..... | 81 |
| Abbildung 5: | Dimensionen des Protestrepertoires..... | 127 |
| Abbildung 6: | Das theoretische Erklärungsmodell | 131 |
| Abbildung 7: | Agenda Setting der Bürgerinitiative 1 im öffentlichen Raum | 178 |
| Abbildung 8: | Regionale Identität als Ausdruck der Identität der Bürgerinitiative | 187 |
| Abbildung 9: | Banneraktion der Bürgerinitiative 4..... | 217 |
| Abbildung 10: | Plakat für den Ostermarsch 2011 | 230 |
| Abbildung 11: | Details eines Informationsstands zur Bürgerbefragung..... | 244 |
| Abbildung 12: | Der Einfluss der Gründungsbedingungen auf die Arbeit der BI..... | 259 |
| Abbildung 13: | Einordnung der Bürgerinitiativen entlang der Achsen Reichweite und Repräsentationsanspruch..... | 265 |
| Abbildung 14: | Reflexive Mediennutzung und medienorientierte Praktiken im Zusammenhang | 276 |
| Abbildung 15: | Das empirisch gesättigte Erklärungsmodell..... | 287 |

Tabellenverzeichnis

| | | |
|-------------|---|-----|
| Tabelle 1: | Einstellungen zu Bürgerinitiativen..... | 21 |
| Tabelle 2: | Definitionselemente von Bürgerinitiativen | 27 |
| Tabelle 3: | Handlungsfelder von Bürgerinitiativen..... | 32 |
| Tabelle 4: | Protestformen (nach Rucht, 2010) | 35 |
| Tabelle 5: | Akteure und Ebenen sozialer Bewegungen..... | 43 |
| Tabelle 6: | Typologie von Ressourcen (nach Edwards & McCarthy, 2004)..... | 56 |
| Tabelle 7: | Framing-Tasks und Framing-Elemente..... | 87 |
| Tabelle 8: | Fallauswahl..... | 141 |
| Tabelle 9: | Auszug aus den berücksichtigten Quellen für die Orientierungsphasen..... | 143 |
| Tabelle 10: | Methodenauswahl der Fallstudien..... | 145 |
| Tabelle 11: | Überblick über die Fallstudien | 146 |
| Tabelle 12: | Überblick über den Interviewleitfaden..... | 150 |
| Tabelle 13: | Übersicht über die untersuchten Bürgerinitiativen im Leitungsprojekt „Südwest-Kuppelleitung“ | 163 |
| Tabelle 14: | Übersicht über die untersuchten Bürgerinitiativen im Leitungsprojekt „Wahle-Mecklar“ | 165 |
| Tabelle 15: | Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 1..... | 177 |
| Tabelle 16: | Das Repertoire der Bürgerinitiative 1 im Überblick | 181 |
| Tabelle 17: | Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 2..... | 191 |
| Tabelle 18: | Das Repertoire der Bürgerinitiative 2 im Überblick | 194 |
| Tabelle 19: | Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 3..... | 203 |
| Tabelle 20: | Das Repertoire der Bürgerinitiative 3 im Überblick | 208 |
| Tabelle 21: | Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 4..... | 215 |
| Tabelle 22: | Das Repertoire der Bürgerinitiative 4 im Überblick | 219 |
| Tabelle 23: | Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 6..... | 229 |
| Tabelle 24: | Das Repertoire der Bürgerinitiative 6 im Überblick | 232 |
| Tabelle 25: | Überblick über die Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 7..... | 243 |
| Tabelle 26: | Das Repertoire der Bürgerinitiative 7 im Überblick | 247 |
| Tabelle 27: | Überblick über der Erklärungsfaktoren der Bürgerinitiative 8 | 252 |
| Tabelle 28: | Das Repertoire der Bürgerinitiative 8 im Überblick | 256 |

Anhang: Interviewleitfaden

Gesprächseinstieg

Bevor ich mit Ihnen über die Initiative selbst spreche, habe ich zum Anfang ein paar Fragen zu Ihnen:

Wie kam es, dass Sie in der Initiative mitmachen?

Was hat Sie bewogen bei der Initiative mitzumachen?

Warum genau?

Welche persönlichen Konsequenzen?

Wie lange sind Sie schon dabei?

Wie war das mit der Gründung der BI... Was war der Anlass der Gründung?

Wann war das?

Wer hat die Initiative gegründet?

Themenblock Framing

Ihre Initiative hat ja ein bestimmtes Anliegen, können Sie dieses bitte schildern? (Das Problem aus Sicht der Initiative)

Was wollen Sie erreichen? Was ist das Ziel Ihrer Initiative?

Was sind Ihre Lösungsvorschläge?

Wie kommt es, dass das Problem auftritt?

Wieso ist das so?

Wer ist für die Situation verantwortlich?

Was denken Sie, warum Menschen bei Ihnen mitmachen?

Was bieten Sie Ihnen?

Themenblock Ressourcen

Wie sieht das bei Ihnen mit politischem Engagement aus?

Haben Sie sich persönlich vorher schon politisch engagiert? Sind Sie engagiert?

Wo haben Sie politische Erfahrungen gesammelt?

Partei?

Andere BI?

Bewegung?

Wie sieht es im Allgemeinen in Ihrer Initiative mit den politischen Erfahrungen aus?

Gibt es da Leute, die politisch aktiv sind?

Partei?

Andere BI?

Bewegung?

Sind Sie in Vereinen oder anderen Organisationen aktives Mitglied?

Was machen Sie dort?

Wie sieht es im Allgemeinen in Ihrer Initiative mit der Mitarbeit in Vereinen aus?

Sie arbeiten ja für Ihr Vorhaben bestimmt mit anderen Menschen oder Institutionen zusammen. Welche sind das und was machen Sie diesen Menschen oder Institutionen zusammen?

Wie sieht es denn mit andere Initiativen oder Gruppen aus?

Wie sieht es mit Einzelpersonen aus (Politiker, Journalisten, andere wichtige Personen, z.B. Experten, Anwälte, Wissenschaftler)?

Wie sieht das mit dem Sprecherkreis „Wahle-Mecklar“/“IG“/oder anderen BIs in .. **(deutschlandweit)** aus?

Wie sieht die Zusammenarbeit aus?

Wie kam es zur Zusammenarbeit?

Wie informieren Sie sich über die Aktivitäten des Sprecherkreises?/IG/andere BI?

Wie informieren Sie sich über andere Gruppen?

Wie halten Sie den Kontakt zu anderen Gruppen?

Was macht die persönliche “Wellenlänge” aus? z.B. dass man ähnliche Ziele verfolgt? (Es geht um eine gemeinsame Sache?)

Sie benötigen ja auch materielle oder zeitliche Unterstützung:

Woher bekommen Sie z.B. Materialien? z.B. Papier für Flyer, Transparente, Aufkleber?

Räumlichkeiten für Treffen?

Gibt es eventuell weitere Förderer und wie unterstützen diese Sie?

Wie sieht das mit Spenden aus?

Glauben Sie dass es so eine Art Identifikation innerhalb der Gruppe gibt?

Wie würden Sie diese beschreiben?

Persönliche Wellenlänge?

Wie sieht es aus, diskutieren Sie über die Ziele und ob Sie diese erreichen?

Kommt es da manchmal zu unterschiedlichen Meinungen?

Wie gehen Sie damit um?

Gab es da eine Entwicklung?

Ich habe schon einige Leute in der BI kennengelernt. Könnten Sie weitere engagierte Einzelpersonen der BI nennen?

Wie viele besonders engagierte Einzelpersonen gibt es denn?

Welche Kompetenzen bringen die mit? Wo arbeiten die? Haben diese Personen bestimmte Kontakte?

Wie viel persönliche Arbeitszeit widmen Sie der BI?

„Normalphase“? „heiße Phase“?

Wie würden Sie die BI beschreiben? Wie ist die BI organisiert?

Gibt es feste Mitgliedstrukturen?

Verein?

Mitgliederbeitrag?

Unterschiedliche Mitglieder? Kern? Peripherie?

Wie sieht die Arbeit in Ihrer BI denn aus, also die interne Organisation und Zusammenarbeit?

Wie und wann treffen Sie sich?

Wie häufig?

Wie kommen? Differenzierung Kernteam, alle Mitglieder?

Gibt es andere Arbeitsformen, z.B. per E-Mail, Telefon? Wie sehen diese aus?

Wie funktioniert das Abstimmungsprocedere in Ihrer Initiative?

Gibt es Protokolle der Sitzungen?

Wie werden Mitglieder informiert? z.B. Rundschreiben?

Themenblock Kommunikationsstrategien und Repertoire

Was macht die BI?

Wie versuchen Sie auf Ihre Ziele aufmerksam zu machen und diese umzusetzen?

Was sind die Anlässe für die Kommunikation?

Wann kommunizieren Sie?

Information?

Mobilisierung?

Verfahren?

Es gibt ja verschiedene Formen, wie Informationsstände, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Info-Veranstaltungen (Events). Was machen Sie?

Welche Ziele verfolgen Sie damit?

Warum machen Sie das?

Entwickeln Sie eigene Flyer, Broschüren, Internetauftritt?

Gibt es weitere Aktivitäten, mit denen Sie Aufmerksamkeit auf Ihre Anliegen richten?

Wie treten Sie in Kontakt mit der Politik?

Gibt es ganz bestimmte Leute in der BI, die eher Kontakt mit Politikern haben?

An welche Politiker wenden Sie sich?

Wie treten Sie in Kontakt mit den Medien?

Wie sieht Ihre Zusammenarbeit mit den Medien aus?

Gibt es eine bestimmte Person in Ihrer Gruppe, die dafür verantwortlich ist?

Kommen Journalisten auf Sie zu?

Machen Sie Pressearbeit, also schreiben Sie Pressemitteilungen?

Medien arbeiten ja nach ihren eigenen Regeln. Passen Sie sich da manchmal an um Aufmerksamkeit zu erregen?

Wie treten Sie in Kontakt mit der Bevölkerung?

Was denken Sie, welche dieser Aktivitäten sind wohl für die jeweiligen Gruppen geeignet?

Können Sie eventuell auch Dinge nicht leisten? (Weil es Ihnen an Mitteln fehlt?)

Wahrnehmung der Gelegenheitsstrukturen

Wenn Sie an die Verantwortlichen in der Politik denken, wie offen sind diese für Ihre Anliegen?

Wie sieht es mit der Lokalpolitik aus?

Und der Landtag?

Landtagsabgeordnete?

die Landesregierung?

Bund?

Wenn Sie an die Presse, Radio und Fernsehen denken, wie offen sind diese für Ihre Anliegen?

Zeitung?

Radio?

Fernsehen?

Andere Medien?

Was haben Sie für Erfahrungen mit ... gemacht?

Schauen Sie sich die Berichterstattung in Presse, Radio, Fernsehen und Internet über die BI und das Thema im Allgemeinen an?

Sammeln Sie Zeitungsartikel oder Mitschnitte?

Werten Sie das in der BI aus?

Wer macht das?

Wie schätzen Sie die Resonanz in der Bevölkerung ein?

Hören Sie sich auch im Umfeld um, wie die BI ankommt?

Meinen sie es gibt Widersacher gegen die BI?

Welche sind das?

Was sind die Gründe, dass diese dagegen sind? (ideologisch/wirtschaftlich)

Themenblock Zielformulierung und Wahrnehmung des Erfolgs

Gibt es Erfolge bei Ihrer Initiative?

Was denken Sie kann Ihre Initiative bewirken?

Was denken Sie könnten Sie längerfristig bewirken?

Wann wäre Ihre Initiative erfolgreich?

Was würden Sie sich für die BI wünschen? Wie sollte sie sich entwickeln?

Wenn Sie nun zurück blicken und das Leben der Initiative Revue passieren lassen, gab es bestimmte Ereignisse, die zu Neuorientierungen oder Veränderungen führten? Welche sind das?

Gesprächsabschluss

Wir haben gerade viel gesprochen und ich habe Ihnen viele Fragen gestellt. Gibt es noch etwas, was Ihnen am Herzen liegt?

Der Ausbau des deutschen Höchstspannungsnetzes hat in den letzten Jahren in vielen der betroffenen Regionen zu Protesten geführt. Bürgerinitiativen sind die Hauptträger dieser Proteste. Wie diese Bürgerinitiativen den Protest organisieren, welches Selbstverständnis sie haben und welche Faktoren ihre Kommunikationsstrategien beeinflussen, wird im Rahmen dieser Arbeit untersucht.

Da die Kommunikationsaktivitäten von Bürgerinitiativen bislang kaum Gegenstand empirischer Forschung waren, wurden insgesamt acht Fallstudien mit Bürgerinitiativen durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bürgerinitiativen den politischen sowie medialen Diskurs sorgfältig beobachten. Darauf aufbauend entwickeln sie aktiv Problemdeutungen und Lösungsvorschläge, die sie in den unterschiedlichen Arenen der Öffentlichkeit gezielt kommunizieren. Die Studie stellt das analytische Handwerkszeug und die theoretischen Modelle bereit, auf die zukünftige Forschung zurückgreifen kann. Darüber hinaus werden Impulse für die Verbesserung der Kommunikation und Partizipation im Rahmen des Netzausbaus gegeben.

NEU – Nachhaltigkeits-, Energie- und Umweltkommunikation (ISSN 2197-6937)

Herausgegeben von Prof. Jens Wolling (Technische Universität Ilmenau),
Prof. Heinz Bonfadelli (Universität Zürich), Prof. Mike S. Schäfer (Universität Zürich)
und Prof. Oliver Quiring (Universität Mainz).

